SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Wertewandel oder Wirtschaftskrise? Die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs als Erklärungsansatz für den Wandel des generativen Verhaltens in Ungarn 1990-2005

Leibert, Tim

Veröffentlichungsversion / Published Version
Monographie / monograph

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Leibert, T. (2015). *Wertewandel oder Wirtschaftskrise? Die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs als Erklärungsansatz für den Wandel des generativen Verhaltens in Ungarn 1990-2005.* (Beiträge zur regionalen Geographie, 68). Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde e.V. (IfL). https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-68073-2

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

BEITRÄGE ZUR REGIONALEN GEOGRAPHIE 68 2015

Tim Leibert

Wertewandel oder Wirtschaftskrise? Die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs als Erklärungsansatz für den Wandel des generativen Verhaltens in Ungarn 1990-2005

Leibniz-Institut für Länderkunde

Tim Leibert

Wertewandel oder Wirtschaftskrise? Die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs als Erklärungsansatz für den Wandel des generativen Verhaltens in Ungarn 1990-2005

Herausgeber/Editor
Leibniz-Institut für Länderkunde – Sebastian Lentz

Schriftleitung/Editorial Office
Evelin Müller
e_mueller@ifl-leipzig.de

Satz/Layout
Classic Line GmbH

Redaktion von Karten und Grafiken/Map and graphic editing
Leibniz-Institut für Länderkunde

Verlag
©2015 Selbstverlag Leibniz-Institut für Länderkunde e.V.
Schongauerstraße 9, 04328 Leipzig
Tel. +49 341 600 55-0, Fax +49 341 600 55-198
www.ifl-leipzig.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung
und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany
ISBN 978-3-86082-095-7

Wertewandel oder Wirtschaftskrise?

Die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs als Erklärungsansatz für den Wandel des generativen Verhaltens in Ungarn 1990-2005

von Tim Leibert

Vorwort

Der vorliegende Text ist eine überarbeitete und leicht aktualisierte Version meiner von der Fakultät für Physik und Geowissenschaften der Universität Leipzig genehmigten Dissertation mit dem Titel „Wertewandel oder Wirtschaftskrise? Die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs und der ‚Crisis behaviour'-Ansatz als Erklärungsansätze für den Wandel des generativen Verhaltens in den postsozialistischen Mitgliedsstaaten der EU am Beispiel von Ungarn. Eine Regionalanalyse des Familiengründungs- und -erweiterungsverhaltens 1990-2005" (Leibert 2012).

Ich möchte an dieser Stelle allen danken, die zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Herrn Prof. Dr. Sebastian Lentz (Leipzig) und Herrn Prof. Dr. Paul Gans (Mannheim) danke ich für die Übernahme der Gutachten. Den Kolleginnen und Kollegen in der ehemaligen Abteilung Deutsche Landeskunde des Leibniz-Instituts für Länderkunde (IfL), insbesondere der Abteilungsleiterin, Frau Dr. Sabine Tzschaschel, danke ich für die freundliche Aufnahme im Institut. Zu besonderem Dank bin ich Herrn Dr. Konrad Großer und seinen Mitarbeiter_innen in der Abteilung Kartographie verpflichtet, die meine Abbildungsentwürfe mit großem Engagement in professionelle Grafiken und Karten ungesetzt haben und die mir mit zahlreichen Verbesserungsvorschlägen und konstruktiver Kritik bei den Visualisierungen dieses Bandes zur Seiten standen. Herrn Dr. Großer möchte ich auch für das Register der Orts-, Regionen- und Staatennamen danken. Frau Rita Juhász danke ich für die Übersetzung der Zusammenfassung ins Ungarische.

Nicht zuletzt möchte ich auch noch allen Beteiligten des Projekts „Demographischer Wandel – Komplexität als Herausforderung für die Stadt- und Regionalentwicklung" danken, in dessen Rahmen mein Dissertationsvorhaben begleitet und durch ein Promotionsstipendium finanziert wurde. Das Projekt wurde von der Leibniz-Gemeinschaft im Rahmen des Pakts für Forschung und Innovation gefördert. Neben dem IfL waren an dem Projekt die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hannover), das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (Dresden), das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (Erkner) sowie das Zentrum Demographischer Wandel der Technischen Universität Dresden beteiligt. Den Projektverantwortlichen in den jeweiligen Instituten und Einrichtungen sowie den am Projekt beteiligten Stipendiaten danke ich für anregende Diskussionen und inhaltliche und methodische Hinweise.

Den Herausgebern der „Beiträge zur Regionalen Geographie", Herrn Prof. Dr. Sebastian Lentz und Frau Prof. Dr. Ute Wardenga bin ich für die Aufname meiner Arbeit in die Publikationsreihe zu großem Dank verpflichtet.

Ich möchte diese Arbeit meiner Mutter, Frau Helmtrud Leibert, widmen, die leider den erfolgreichen Abschluss des Dissertationsverfahrens nicht mehr erleben durfte.

Leipzig im Dezember 2014
Tim Leibert

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abbildungen, Karten und Tabellen

Abbildungen

Karten

Tabellen

1 Der Wandel des generativen Verhaltens in den Transformationsstaaten seit 1990

Der Übergang vom Staatssozialismus zu Demokratie und Marktwirtschaft in den Jahren 1989/90 brachte in den postsozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE-Staaten)[1] nicht nur politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen mit sich, sondern löste auch eine demographische Zeitenwende aus, die sich insbesondere durch einen deutlichen Rückgang der Geburten- und Heiratsraten in einem Zeitraum von wenigen Jahren äußerte. Das vor 1989 vergleichsweise einheitliche Muster des „sozialistischen" generativen Verhaltens[2] gleicht sich seit dem Ende des Staatssozialismus zunehmend den jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs zu beobachtenden Trends an.

Das generative Muster der sozialistischen Zeit lässt sich mit dem Adjektiv „hoch" charakterisieren. Die Geburten-, Heirats-, Scheidungs- und Sterberaten lagen deutlich über den Werten in den nichtsozialistischen Staaten Europas (Rabušic 1996: 30). Für einen Aspekt des generativen Verhaltens, nämlich das Alter bei der ersten Familiengründung, ist dagegen das Adjektiv „niedrig" passender: „*oftentimes it was children who were having children*" (Rabušic 1996: 30). Die Familienbildung erfolgte bei Frauen spätestens mit Anfang 20 und war in der Regel mit Anfang 30 nach der Geburt von zwei Kindern abgeschlossen. Die zusammengefasste Geburtenrate (*Total Fertility Rate*, TFR, siehe Anhang 2) lag in den 1980er Jahren im Bereich des Bestandserhaltungsniveaus und die Kinderlosigkeit war niedrig (Philipov 2001: 5-6). Ein weiterer Aspekt des „sozialistischen" Familienbildungsmusters war die enge Verzahnung von Ehe und Fortpflanzung (Kulcsár 2007: 327-328). Die Ehe hatte eine hohe gesellschaftliche und ideologische Bedeutung. Alternative Lebensformen, vom Alleinleben bis zur nichtehelichen Lebensgemeinschaft, waren dagegen stigmatisiert (Schmitt 2006: 47, Brunnbauer 2007: 433) und von geringer quantitativer Bedeutung. Die mittel- und osteuropäischen Staaten zeichneten sich folglich vor 1990 durch ein Muster der frühen und universellen Eheschließung aus. Eine Ursache für dieses „junge" Muster der Familiengründung ist darin zu sehen, dass bereits in sozialistischer Zeit eine Liberalisierung der Sexualmoral stattgefunden hatte. Der erste Geschlechtsverkehr wurde bei beiden Geschlechtern zumeist vor der Heirat vollzogen. Da moderne, effektive Verhütungsmittel kaum verbreitet waren und eine sexuelle Aufklärung praktisch nicht stattfand, waren vor dem Hintergrund der Stärke der sozialen Norm, dass die Ehe den einzig akzeptablen Rahmen für die Geburt und Erziehung von Kindern darstellt, „Mussehen" sehr junger Paare an der Tagesordnung (Sobotka 2008a: 191). Die fehlende Verfügbarkeit moderner Verhütungsmittel hatte in Verbindung mit einem liberalen Abtreibungsrecht ferner die Herausbildung einer „Abtreibungskultur" (Grant 2005) zur Folge. Insbesondere nach

1 Der Begriff „Mittel- und Osteuropa" wird in dieser Arbeit als Oberbegriff für die 2004/7 der Europäischen Union beigetretenen Staaten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn verwendet. Als Synonyme werden „postsozialistische Staaten" und „Transformationsländer" benutzt, auch wenn diese Begriffe ebenso für Albanien, die übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion bzw. Jugoslawiens verwendet werden könnten.

2 Der Begriff „generatives Verhalten" wird in dieser Arbeit als Oberbegriff für die Gesamtheit der Prozesse der Bildung und Auflösung von Familien verwendet, welche die Konsequenz einer freien Entscheidung mindestens eines der (zukünftigen) Familienmitglieder sind. In diesem Sinn ist der Tod eines Familienmitglieds zwar ein Familienauflösungsprozess, der aber hier nicht zu den Elementen des generativen Verhaltens gezählt wird. Unter „Familie" wird nur die Kernfamilie verstanden; die Familienbildung beginnt, wenn zwei Menschen eine intime Paarbeziehung eingehen, aus der potentiell zu einem späteren Zeitpunkt gemeinsame leibliche Kinder hervorgehen können.

Erreichen der gewünschten Kinderzahl wurde der Schwangerschaftsabbruch als Verhütungsmethode „ex post“ genutzt. Eine Ausnahme von diesem „sozialistischen Familiengründungsmuster“ war aufgrund seiner wirtschaftlichen und politischen Sonderstellung Jugoslawien, wo ein Wandel des generativen Verhaltens nach dem westeuropäischen Muster bereits in den 1980er Jahren einsetzte (Philipov 2001: 6-7). Seit dem Ende des Staatssozialismus hat sich das Familienbildungsverhalten nachhaltig verändert. Die TFR ist von Werten um das Bestandserhaltungsniveau auf im europaweiten Vergleich ausgesprochen niedrige Werte abgesunken. Auch die Heiratsrate ist eingebrochen, während der Anteil der nichtehelichen Lebendgeburten in allen Staaten deutlich angestiegen ist (Tabelle 1). Es ist zu einer erneuten Ausdifferenzierung der demographischen Entwicklung gekommen (Sobotka 2002: 63-66), bei der sich insbesondere die Entwicklungsgeschwindigkeiten und nicht so sehr die Entwicklungsrichtungen unterscheiden.

Zur Erklärung des Wandels des generativen Verhaltens in den Transformationsstaaten werden zwei Ansätze diskutiert: Einerseits die Vorstellung, dass die Staaten des mittleren und östlichen Europas einen „Zweiten Demographischen Übergang“ (*Second Demographic Transition*; SDT) durchlaufen und damit einem ähnlichen Entwicklungspfad folgen wie die Länder Nord- und Westeuropas. Der Zweite Demographische Übergang wird als kultureller[3] Ansatz eingestuft, da der Wandel des generativen Verhaltens in erster Linie auf die Liberalisierung der familienbezogenen Wertvorstellungen zurückgeführt wird (Lesthaeghe & Surkyn 2002). Als zweite Erklärung findet sich in der Litera-

Tab. 1 Ausgewählte Staaten Mittel- und Osteuropas Zusammengefasste Geburtenrate, Nichtehelichenquote und rohe Heiratsrate 1989/90 - 2008

Staat	Zusammengefasste Geburtenrate				Nichtehelichenquote			Rohe Heiratsrate			
	1989	Min.	Jahr	Entw. [%]	1990	2008	Entw. [%]	1989	Min.	Jahr	Entw. [%]
Bulgarien	1,90	1,09	1997	-42,6	12,4	51,1	311,6	7,1	3,6	2008	-48,9
Estland	2,22	1,28	1998	-42,3	27,2	59,1	117,0	8,1	3,9	1998	-51,4
Lettland	2,05	1,12	1998	-45,4	16,9	43,5	157,5	9,2	3,9	2000	-57,8
Litauen	1,98	1,24	2002	-37,4	7,0	28,5	308,4	9,4	4,5	2001	-51,8
Polen	2,08	1,22	2003	-41,3	6,2	19,9	220,3	6,7	5,0	2004	-25,4
Rumänien	2,19	1,26	2002	-42,5	4,0	27,4	584,4	7,7	5,9	2001	-23,6
Slowakei	2,08	1,18	2002	-43,3	7,6	30,1	296,0	6,9	4,4	2001	-36,1
Slowenien	1,52	1,20	2003	-21,1	24,5	54,7	123,0	4,9	3,1	2008	-36,1
Tschechien	1,87	1,13	1999	-39,6	8,6	36,3	325,1	7,8	4,8	2003	-38,9
Ungarn	1,82	1,27	2003	-30,2	13,1	39,5	200,3	6,4	4,0	2008	-37,6

Datenquelle: Eurostat 2009; GUS 2008a; Mureşan et al. 2008, S. 858

3 Der englische Begriff “*culture*” hat eine breitere Bedeutung als das deutsche Wort „Kultur“: “*The term* culture […] *refers to a set of beliefs, values, and behaviour patterns that characterize a group. These groups may range in size from a small community to* […] *societies as a whole; they may be defined by religion, by race or ethnicity, by region or other dimensions*” (Smock & Gupta 2002: 63). Brons (2006: 549) sieht Kultur als die Gesamtheit von gesellschaftlichen Einflüssen auf das individuelle Verhalten („*map for behaviour*“, „*meta-behaviour*“). Dabei gilt, dass die Kultur das Verhalten des Einzelnen leitet, (mit-)bestimmt oder zumindest beeinflusst und dass Kultur sozial vermittelt ist. Da in der deutschen Sprache ein vergleichbarer Begriff fehlt, wird im Folgenden „kulturell” als wörtliche Übersetzung im Sinne der Definitionen von Brons beziehungsweise Smock und Gupta verwendet.

tur der ‚*Crisis behaviour*'-Ansatz, der postuliert, dass die wirtschaftlichen Verwerfungen, die der Systemwechsel mit sich gebracht hat, dazu geführt haben, dass junge Menschen irreversible biographische Festlegungen wie eine Heirat oder die Geburt eines Kindes aufschieben oder ganz vermeiden (Philipov 2003: 158-159). Vertreter des ‚*Crisis behaviour*' wie Dorbritz (2007: 49) bestreiten, dass in den MOE-Staaten nach 1989 ein beschleunigter Wandel der familienbezogenen Wertvorstellungen nach westeuropäischem Muster stattgefunden hat. Sie interpretieren die Veränderungen des generativen Verhaltens als pragmatische Reaktion der Bevölkerung auf die massive Verschlechterung der ökonomischen Rahmenbedingungen und das Absinken des Lebensstandards während der Transformationskrise.

Karte 1

Der Wertewandel würde sich dieser Argumentation zufolge erst mittel- bis langfristig als zusätzlicher Einflussfaktor etablieren.
Die Frage „Kultur oder Ökonomie?“ steht als übergeordnete Forschungsfrage auch im Mittelpunkt dieser Arbeit: *„Ist die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs ein geeignetes Instrument zur Erklärung des Wandels des generativen Verhaltens in Osteuropa oder sind rein ökonomische Ansätze wie das* ‚Crisis behaviour' *aussagekräftiger? Schließen sich beide Theorien von ihrer Logik her gegenseitig aus, oder lässt sich eine Integration erreichen, um aus dem ‚oder' ein ‚und' zu machen*“?[4] Daran schließt sich unmittelbar die Frage an, ob „Osteuropa“ – in der aus der Mental Map des Kalten Krieges abgeleiteten Definition als der die postsozialistischen Staaten umfassende Teilraum des Kontinents – in demographischer Hinsicht so homogen ist, dass sich eine solche globale Frage überhaupt eindeutig beantworten lässt. Es gilt daher auch die Wahrnehmung der Zweiteilung Europas entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs für bevölkerungsgeographische Fragestellungen zu hinterfragen und gegebenenfalls aufzubrechen.

Die Frage, welche Staaten und Regionen zu Osteuropa zu rechnen sind, wird zu verschiedenen Zeitpunkten und von verschiedenen Autoren unterschiedlich beantwortet. Szołtysek (2009: 4) sieht „Osteuropa“ vorrangig als ein geographisches Konstrukt westlicher Eliten an:

> *„Schon seit der Aufklärung wird ‚Osteuropa' als regionales Konzept wahrgenommen – insbesondere von westlichen Eliten. Damit einhergehend wurden politische, ökonomische und kulturelle Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa festgemacht. Die geopolitischen Realitäten des Kalten Krieges verstärkten die Wahrnehmung eines zweigeteilten Europas – auch über das Wendejahr 1989 hinaus*“.

In Jordans (2005b) Vorschlag einer kulturräumlichen Gliederung Europas, für die der Autor acht vorrangig historische Faktoren heranzieht, ist die Grenze zwischen Sozialismus und Kapitalismus, die Europa 40 Jahre lang geteilt hat, nicht zu erkennen (Karte 1). Auch in religiöser Hinsicht ist Osteuropa keineswegs einheitlich. Es gibt den „katholischen Gürtel“, traditionell katholische, heute jedoch stark säkularisierte Staaten, vorrangig protestantische Länder und Gesellschaften mit einer orthodoxen Tradition (Sobotka 2002: 7). Es ließen sich weitere Beispiele für die historische, kulturelle, politische und wirtschaftliche Heterogenität der Staaten des Warschauer Pakts anführen. Waren etwas mehr als 40 Jahre Staatssozialismus ausreichend, diese ererbte Verschiedenartigkeit zu überwinden? Dass das sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem einen vereinheitlichenden Einfluss hatte, zeigt sich in der Herausbildung des oben skizzierten sozialistischen Familienbildungsmusters. Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft und zur westlichen Demokratie sind die durch das sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gesetzten Rahmenbedingungen des generativen Verhaltens entfallen. Es ist daher zu überprüfen, ob nach dem Wegfall der einigenden Klammer des sozialistischen Wohlfahrtsstaats der Wandel des generativen Verhaltens in den Transformationsstaaten einem vergleichbaren Entwicklungspfad folgt, oder ob (und wenn ja in welchem Umfang) länderspezifische Besonderheiten einen moderierenden Einfluss ausüben. Abstrakter formuliert: Sind der

4 Dass demographische Variablen neben anderen Indikatoren (z.B. Wahlverhalten oder Religionszugehörigkeit) in quantitativen Analysen häufig zur indirekten Messung von „Kultur“ verwendet werden, unterstreicht, dass sich Kultur und Demographie schwer trennen lassen. Wenn das generative Verhalten ein wichtiges Element der nationalen, regionalen oder lokalen Kultur ist, ist im Umkehrschluss ein Wandel des Familienbildungsverhaltens unabhängig von kulturellem Wandel eher unwahrscheinlich.

Wandel des generativen Verhaltens in Europa und die Entwicklungspfade, denen er folgt, so einheitlich, dass sie sich durch eine übergeordnete Theorie des Wandels des Familienbildungsverhaltens erklären lassen?

Zur Wahrnehmung einer recht einheitlichen osteuropäischen Makroregion hat in den Bevölkerungswissenschaften sicherlich auch die „Hajnal-Linie" beigetragen. Diese imaginäre Linie, die St. Petersburg mit Triest verbindet, stellt die Grenze zwischen einem von Neolokalität, später Heirat, hoher dauerhafter Ehelosigkeit und einer Dominanz der Kernfamilie gekennzeichneten nordwesteuropäischen Heirats- und Haushaltsgründungsmuster und einem osteuropäischen Typ, der sich durch frühe, universelle Heirat, Patrilokalität und zusammengesetzte Haushalte[5] auszeichnet, dar (Hajnal 1982: 452-454).[6] Das „sozialistische" Muster der Familiengründung ähnelt in mehreren Punkten diesem historischen Modell. Gemeinsam ist beiden das jugendliche Alter bei der ersten Familiengründung, die Universalität von Ehe und Elternschaft und – angesichts der ausgeprägten Wohnungsnot in sozialistischer Zeit – die verbreitete Koresidenz junger Ehepaare mit den (Schwieger-) Eltern. Während an der Herausbildung eines vergleichsweise einheitlichen „sozialistischen" Musters des generativen Verhaltens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kaum Zweifel bestehen, wird die Gültigkeit der These einer historischen Zweiteilung der Familien- und Haushaltsformen in ein nordwest- und ein osteuropäisches Muster insbesondere von Autoren aus Staaten östlich der „Hajnal-Linie" in Frage gestellt. So kommt Szołtysek (2009: 4) in seiner Analyse der Ende des 18. Jahrhunderts im damaligen Polen-Litauen erhobenen Zensusdaten zu dem Schluss, dass in Polen zu dieser Zeit wie in Nordwesteuropa die Kernfamilie[7] dominierte und das Heiratsalter relativ hoch war. Nach Osten nahm die Komplexität der Haushaltsbildungsformen zu. Das nach den Thesen Hajnals zu erwartende Familienmuster findet der Autor jedoch nur in dem im heutigen Weißrussland liegenden östlichen Landesteil vor. Es deutet sich also an, dass es östlich der Linie St. Petersburg–Triest eine breite Übergangszone vom nordwesteuropäischen Muster der Kernfamilie zu einem von komplexen Haushalten dominierten Familientyp gegeben hat. Auch in Ungarn lassen sich Elemente beider Idealtypen feststellen, was die Vorstellung unterstreicht, dass das nordwest- und das osteuropäische Heiratsmuster eher fließend ineinander übergingen. Einen Eindruck, wie groß die kleinräumigen Variationen der Haushaltstrukturen Mitte des 18. Jahrhunderts sein konnten, gibt Abbildung 1 am Beispiel des ethnisch, religiös und naturräumlich sehr heterogenen Bezirks Pilis[8] in Mittelungarn. Dem „osteuropäischen Muster" ent spricht, dass die Heirat zu einem frühen Zeitpunkt im Lebenslauf (Frauen: 20,5, Männer:

5 In der zusammengesetzten Großfamilie besaß der älteste Mann als Familienoberhaupt eine fast uneingeschränkte Macht, sowohl über die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Familie als auch über das Verhalten der übrigen Familienmitglieder. Das als temporäres Arrangement in von der Kernfamilie dominierten Regionen vorkommende Zusammenleben mehrerer Generationen unterscheidet sich davon durch eine größere Unabhängigkeit des jungen Ehepaars von den Eltern und die Dominanz wirtschaftlicher Motive für das Zusammenleben mehrerer Generationen (Széman 1982: 7; 13).

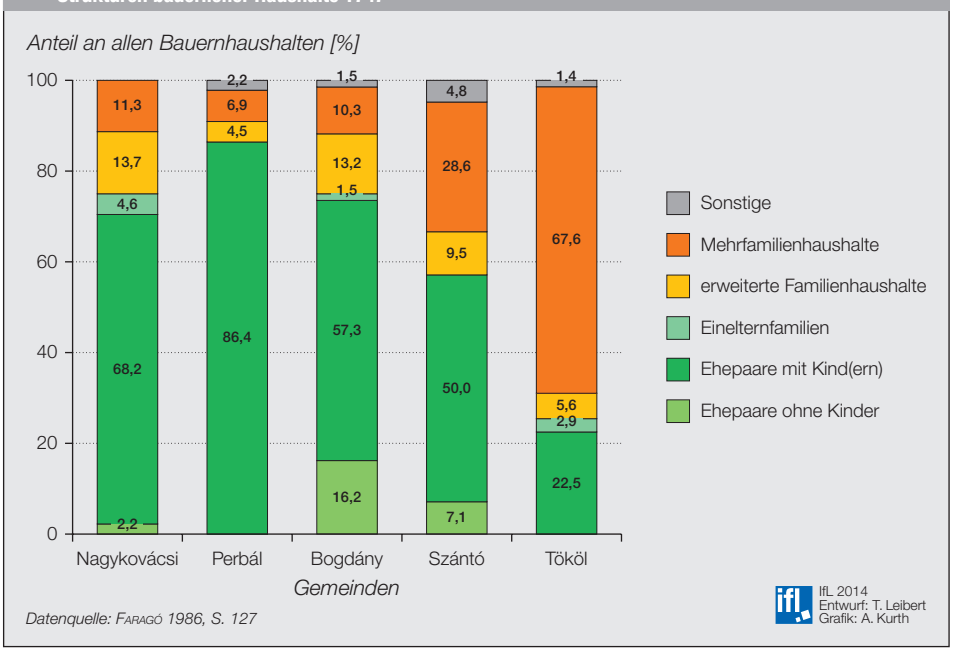
6 Für eine kritische Würdigung der Thesen von John Hajnal und der Weiterentwicklung des Ansatzes durch Michael Mitterauer und Karl Kaser siehe Szołtysek & Zuber-Goldstein (2009)

7 Kertzer (1995: 41) weist darauf hin, dass die Leibeigenen in Polen von ihren Herren zur Gründung von Kernfamilien gedrängt wurden, da die Haushalte, nicht die einzelnen Individuen, zur Erbringung von Frondiensten verpflichtet waren. Somit lag eine möglichst große Zahl von Haushalten im Interesse der Grundherren. Aus Sicht der Leibeigenen wären zusammengesetzte Haushalte vorteilhafter gewesen, da in dieser Haushaltsform ein geringerer Teil der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch Frondienste gebunden war. Das „westliche" Muster der Haushaltsbildung könnte daher „erzwungen" sein, in dem Sinne, dass es in erster Linie den ökonomischen Bedürfnissen der Herrschenden entsprach.

8 Der damalige Bezirk Pilis umfasst in etwa den westlich der Donau gelegenen Teil des heutigen Komitats Pest und die Insel Csepel (vgl. Faragó 1986: 105-110).

22,5 Jahre) erfolgte und nicht automatisch zur Gründung eines eigenen Haushalts führte. Es wurden allerdings auch nicht ausschließlich bereits bestehende Haushalte erweitert, wie die große Zahl von Kernfamilien und kinderloser Ehepaare in einigen der in Abbildung 1 dargestellten Dörfer zeigt.

1 Ausgewählte Gemeinden im ehemaligen Bezirk Pilis (Mittelungarn) Strukturen bäuerlicher Haushalte 1747



Datenquelle: Faragó 1986, S. 127

Für Ungarn war somit lange Zeit ein Nebeneinander von „nordwesteuropäischen Kernfamilien" und „osteuropäischen Großfamilien" charakteristisch (Faragó 2003). Auch in kultureller Hinsicht war das Land durch eine Koexistenz von „Östlichem" und „Westlichem" gekennzeichnet. So hat sich im überwiegend katholischen Ungarn bis weit in die sozialistische Zeit regional ein Ahnenkult erhalten (Széman 1982: 16), der in Europa ansonsten nur im Verbreitungsgebiet der Ostkirchen vorkam (Szołtysek & Zuber-Goldstein 2009: 15). Als Fazit kann festgehalten werden, dass die Ost-West-Unterschiede wohl geringer waren als von Hajnal postuliert, dass sich Ungarn und die übrigen Gebiete östlich der Linie St. Petersburg–Triest aber dennoch durch ein spezifisches Familiengründungs- und Haushaltsbildungsverhalten mit großen regionalen und sogar lokalen Besonderheiten auszeichneten:

> "*Hungary (and probably the whole of Eastern Europe) was the meeting place of 'Eastern' and 'Western' populations, cultural assets, family and household formation structures which mingle in this region creating a position which appears intermediate from a bird's eye view*" (Őri 2005: 58).

9 Erweiterte Familienhaushalte: Neben dem Haushaltsvorstand und seiner Familie leben unverheiratete Personen im Haushalt. Mehrfamilienhaushalte: Der Haushalt besteht aus mehreren Kernfamilien; es kann sich dabei um Dreigenerationenhaushalte (Großeltern, Eltern, Kinder) oder um Haushalte handeln, in denen Geschwister mit ihren jeweiligen Familien zusammenleben.

Dafür, dass historische Pfadabhängigkeiten nur teilweise für die Ausweitung der Unterschiede im generativen Verhalten dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs verantwortlich gemacht werden können, spricht auch, dass – um beim ungarischen Beispiel zu bleiben – die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts von starken Konvergenztendenzen gekennzeichnet war, sowohl was das Heiratsverhalten angeht, als auch im Bereich der Fruchtbarkeit. Angesichts der für Westeuropa eher atypischen Entwicklung von Fertilität und Nuptialität während des Babybooms der Nachkriegszeit kann „*with a little exaggeration*" sogar davon gesprochen werden, dass „*it was Western Europe that converged to Hungary*" (Tomka 2002: 25-36). Auch die Typologie des Familienbildungsverhaltens von Monnier und Rychtaříková (1992: 152-157) zeigt, dass es 1965 kein eindeutiges Muster mit geographisch klar abgegrenzten Makroregionen gab. In den einzelnen Clustern sind Norden, Süden, Osten und Westen oft bunt gemischt vertreten. Die folgenden 20 Jahre waren dagegen von einem deutlichen Divergenztrend geprägt. Es treten klare räumlich zusammenhängende Makroregionen mit ähnlichem Gebär-, Heirats- und Scheidungsverhalten hervor. Die Staaten des Warschauer Pakts – mit Ausnahme der DDR, deren Familienbildungsverhalten den Mustern in Frankreich, Großbritannien und Norwegen ähnelt – bilden zu diesem Zeitpunkt einen eigenen Typ. Für die demographische Divergenz der Staaten dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs waren offensichtlich die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen des „real existierenden Sozialismus" (Frejka 2008b: 148-155) von größerer Bedeutung als historische und kulturelle Pfadabhängigkeiten.

1.1 Methodische Konzeption und Forschungslücke

Ziel der vorliegenden Arbeit ist *nicht* die Erklärung des Wandels des generativen Verhaltens seit 1990 im östlichen Europa im Allgemeinen und in Ungarn im Besonderen, sondern die Beantwortung der Frage: *„Ist die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs ein geeignetes Instrument zur Erklärung des Wandels des generativen Verhaltens in Osteuropa oder sind rein ökonomische Ansätze wie das* ‚Crisis behaviour' *aussagekräftiger*?" Es wird folglich ein Weg verfolgt, der in der Geographie eher ungewöhnlich ist. Es soll kein theoretisches Modell zur Erklärung der in den Transformationsstaaten vorzufindenden Muster des generativen Verhaltens formuliert werden, sondern es soll im Gegenteil geprüft werden, ob vorhandene Theorien den Wandel des Familiengründungs- und -erweiterungsverhaltens hinreichend genau erklären und vorhersagen können. Das gewählte Vorgehen ist folglich abduktiv, das heißt, unter mehreren alternativen und gegebenenfalls sogar konkurrierenden Erklärungsansätzen soll derjenige mit der besten Erklärungsleistung identifiziert werden (Poon 2005: 767). Es ist denkbar, dass die Forschungsfrage mit einem „weder-noch" beantwortet werden muss, oder dass beide Erklärungsansätze nur einen Teil des Wandels des generativen Verhaltens in der postsozialistischen Zeit erklären können. Angesichts der vielfach kritisierten Theorielosigkeit der Bevölkerungsgeographie und der Forderungen, diesen Teilbereich der Geographie durch die Berücksichtigung von Ansätzen, die in anderen Sozialwissenschaften entwickelt wurden, stärker theoretisch zu unterfüttern (Graham & Boyle 2001), hat die vorliegende Arbeit in erster Linie den Anspruch, die Chancen und Grenzen einer theoriegeleiteten bevölkerungsgeographischen Forschung aufzuzeigen und Potenziale einer

geographischen Sichtweise für die (Weiter-)Entwicklung demographischer und bevölkerungssoziologischer Theorien offen zu legen.

Da nicht nur die Bevölkerungsgeographie, sondern auch die Demographie als eine Disziplin gilt, die „*all method and no theory*" ist (Graham 2000: 258), ist es pragmatisch, für diese Arbeit eine möglichst offene Definition von „Theorie" zu verwenden. Insbesondere der ‚*Crisis behaviour*'-Ansatz ist, wie im entsprechenden Kapitel zu zeigen sein wird, nur rudimentär ausgearbeitet und hat eher den Charakter einer Ad-hoc-Erklärung des Wandels des generativen Verhaltens in den Transformationsstaaten. In Anlehnung an Graham (2000: 258) wollen wir daher „Theorie" im Folgenden definieren als

> "*any set of ideas, or conceptualisation, which goes beyond the particularities of individual cases and offers some more general framework, or account of the nature of certain circumstances, relationships or events. In addition, a theory must have explanatory force, which is to say that it must contribute to making these circumstances, relationships or events intelligible.*"

Zur Beantwortung der Forschungsfrage sind mehrere methodische Ansätze denkbar. Der Autor hat sich für eine quantitative Untersuchung auf regionaler Ebene entschieden. Dabei soll sowohl die europäische Ebene als Vergleichsgröße betrachtet werden als auch ein postsozialistischer Staat als Einzelfallstudie. Daraus ergibt sich zunächst die Notwendigkeit, beide Ansätze für quantitative Analysen zu operationalisieren. Welche Muster des generativen Verhaltens sind „theoriekonform", welche nicht? Bei der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs steht der mit quantitativen Methoden arbeitende Forscher zudem vor der Herausforderung, geeignete Indikatoren für den Wertewandel zu finden. Ein weiteres Grundproblem ist, dass bevölkerungsstatistische Daten nicht für bevölkerungsgeographische Studien erhoben werden. Welche Daten gesammelt werden und wie erhoben wird richtet sich nach dem Informationsbedürfnis staatlicher Stellen. Der kritische Umgang mit den vorhandenen Statistiken und das konstante Hinterfragen, ob die vorliegenden Daten tatsächlich das messen, was in sie hineininterpretiert wird, sind daher unverzichtbare Aspekte der Arbeit mit quantitativen Methoden (Findlay 2003: 180, 185). In diesem Zusammenhang ist der immer wieder vorgebrachte Gegensatz zwischen (quantitativen) „*third-person objective investigations*" und (qualitativen) „*first-person subjective experimental investigations*" (Poon 2005: 767) nicht mehr haltbar: „*Use of numbers and statistical methods neither make the research process objective, nor the position of the researcher a neutral one*" (Findlay 2003: 180-181). Intersubjektiv nachvollziehbar kann nur ein Schritt des Forschungsprozesses sein: Dritte können überprüfen, ob die statistischen Berechnungen korrekt durchgeführt wurden. Sowohl die Auswahl der Indikatoren als auch die Wahl der statistischen Methoden sind ausgesprochen subjektive Entscheidungen. Auch der Weg zu den Indices, Clustern und Koeffizienten, die letztendlich veröffentlicht und zur Diskussion gestellt werden, ist keineswegs objektiv und gradlinig, sondern durchaus auch experimentell und reflexiv. Veröffentlicht wird die eine Lösung, die der Forscher für die beste hält. Auch diese Auswahl ist subjektiv. Die Masse der Alternativlösungen, die mit unterschiedlichen Indikatoren oder Methoden berechnet wurden, bekommen Dritte nie zu Gesicht. Nicht zuletzt sind auch die Schlüsse, die der Forscher aus seinen Berechnungen zieht, subjektiv. Als die wichtigsten Vorteile quantitativer Methoden und der Aggregatebene bei der Beantwortung der Forschungsfrage sieht der Autor insbesondere die Generalisierbarkeit. Mit qualitativen Methoden können wertvolle Erkenntnisse darüber gesammelt werden, wie sich Individuen in bestimmten räumlichen und gesellschaftlichen Kontexten verhalten und warum sie so handeln. Die Frage, ob es sich dabei

um Regel- oder Sonderfälle handelt, muss aber offen bleiben (Rye 2006: 201). Es kommt zwar gelegentlich vor, dass Wissenschaftler ihre qualitativen Forschungsergebnisse generalisieren, ohne deren Entstehungszusammenhang, also die im Untersuchungsgebiet gegebenen sozioökonomischen und soziokulturellen Rahmenbedingungen, hinreichend zu berücksichtigen (Milbourne 2007: 382). Ein solches Vorgehen ist jedoch unzulässig und kann zu Fehlinterpretationen führen. Notwendig ist ein Forschungsansatz, in dem sich qualitative und quantitative Methoden sinnvoll ergänzen und ihre jeweiligen Stärken ausspielen. Quantitative Studien wie die vorliegende Arbeit können die Informationen zum übergeordneten Kontext liefern und so eine wichtige Hilfestellung bei der Frage bieten, inwieweit qualitative Forschungsergebnisse generalisierbar und auf andere räumliche Kontexte übertragbar sind.

Da der SDT den Wandel des Familienbildungsverhaltens auf den Wertewandel sowie auf Veränderungen der sozioökonomischen Rahmenbedingungen (unter anderem Tertiärisierung, Bildungsexpansion, Abkehr vom lebenslangen „Normalarbeitsverhältnis", Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt) zurückführt, ist es zudem notwendig, bei der Analyse einen „ganzheitlichen" Ansatz zu verfolgen. Das bedeutet, dass nicht nur demographische Variablen zu untersuchen sind, sondern das Forschungsdesign um sozioökonomische und kulturelle Indikatoren erweitert werden muss. Auch beim ‚*Crisis behaviour*' ist es notwendig, demographische und ökonomische Entwicklungen gemeinsam zu untersuchen. Der Vorteil eines Fallstudiendesigns ist vor allem darin zu sehen, dass es dem Forscher möglich macht, den Wandel des generativen Verhaltens in den politischen, sozioökonomischen und historischen Kontext des jeweiligen Landes einzubetten und die fraglichen Phänomene vor diesem Hintergrund eingehender zu untersuchen. Zusätzlich lassen sich insbesondere die gesellschaftlichen und wertebezogenen Komponenten des Zweiten Demographischen Übergangs besser operationalisieren als dies im Rahmen einer vergleichenden Untersuchung möglich wäre, bei der grundsätzlich die Untersuchungseinheit mit der ungünstigsten Datenlage den Maßstab für die in die Analyse einzubeziehenden Indikatoren setzt.

Für einen regionalen Ansatz spricht, dass das Familienbildungsverhalten und die Fertilität in allen Staaten Europas zum Teil beachtliche regionale Disparitäten aufweisen. Auch die gesellschaftlichen, kulturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen unterscheiden sich innerhalb der Nationen zum Teil erheblich. Ohne eine regionale Sichtweise kann man daher kaum abschließend beurteilen, ob der theoretische Rahmen die Veränderungen im Familienbildungsverhalten befriedigend erklären kann. Beide Ansätze haben eine räumliche Dimension, die bisher noch zu wenig herausgearbeitet wurde. Die regionalen Disparitäten des Familienbildungsverhaltens spielen in der demographischen und soziologischen Literatur bislang ebenfalls eine untergeordnete Rolle und stellen damit eine weitgehend ungenutzte Informationsquelle dar. Der Vergleich der Muster des generativen Verhaltens in Krisen- und Boomregionen, in städtischen und ländlichen Räumen kann, so wird in dieser Arbeit argumentiert, einen wichtigen Beitrag zur empirischen Überprüfung und Weiterentwicklung der beiden Theorien leisten. Zudem kann die Regionalanalyse zur Identifizierung demographischer Subkulturen[10] (Lesthaeghe & Neels 2002) in bestimmten Landesteilen beitragen, die durch historische Besonderheiten entstanden sind und sich damit unter Umständen den theoretischen Erklärungs-

10 Nach Gordon (1947) kann man „Subkultur" definieren als „*a subdivision of national culture, composed of a combination of socio-situational components, such as social status, ethnical origin, urban or rural settlement and religious identity, whose combination creates a functional unity, integratively strengthening the individuals concerned in it*" (zitiert nach Pixová (2007: 110)).

mustern entziehen. Solche kulturellen Besonderheiten auf regionaler Ebene können beispielsweise mit der Analyse von Befragungsdaten auf der Individualebene nicht erkannt und analysiert werden. Die Grenzen dieses Vorgehens sollten nicht übersehen werden. Es können nur Aussagen auf der Aggregatebene getroffen werden. Ein Rückschluss auf die Individualebene verbietet sich. Es können regionale Muster und Typen des generativen Verhaltens herausgearbeitet und auf Basis der theoretischen Ansätze interpretiert werden – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Mit der vorliegenden Arbeit sollen drei Forschungslücken geschlossen werden:

- Der Zweite Demographische Übergang ist bisher selten als theoretische Basis bevölkerungsgeographischer Studien verwendet worden. Insbesondere fehlt ein „Theorievergleich" mit rein ökonomischen Ansätzen, wie er in dieser Arbeit angestrebt wird.
- Bisher sind nur wenige Untersuchungen zum Wandel des generativen Verhaltens in Mittel- und Osteuropa auf *regionaler* Ebene durchgeführt worden. Insbesondere fehlen Studien, die *sowohl* die Veränderungen im Quantum und Timing der Fertilität *als auch* den Wandel der Lebensformen analysieren.
- In der bevölkerungsgeographischen Forschung hat der Themenkomplex der Pluralisierung der Lebensformen bislang kaum Beachtung gefunden.

1.2 Auswahl des Fallbeispiels: Warum Ungarn?

Die Auswahl von Ungarn als Fallbeispiel erfolgte sowohl nach inhaltlichen als auch nach pragmatischen Kriterien. In sozialistischer Zeit zeichnete sich Ungarn durch eine vergleichsweise große Offenheit gegenüber westlichen Einflüssen aus (Kapitel 7). Es kann daher angenommen werden, dass der Eiserne Vorhang in Ungarn eine geringere Barriere bei der Ausbreitung der demographischen Innovation „Zweiter Demographischer Übergang" darstellte als in anderen mittel- und osteuropäischen Staaten. Mit Budapest verfügt das Land zudem über ein international bedeutsames städtisches Zentrum, das als Kristallisationspunkt des SDT dienen kann.

Zudem sollte – trotz aller Fragezeichen, die hinter diesem bevölkerungsgeschichtlichen Konzept stehen – ein Staat östlich der „Hajnal-Linie" untersucht werden, um zu überprüfen, ob das nordwesteuropäische Heiratsmuster die bevölkerungsgeschichtliche Grundvoraussetzung für den Zweiten Demographischen Übergang ist. Sollte dies der Fall sein, kann man mit gutem Gewissen die Einschätzung der Kritiker teilen, welche die Theorie als „*parochial Western European idiosyncrasy*" (Lesthaeghe & Surkyn 2004: 2) einstufen. Sollte das Konzept jedoch als Analyserahmen für Gesellschaften mit unterschiedlichen bevölkerungsgeschichtlichen Ausgangsbedingungen geeignet sein, ist zumindest nicht ausgeschlossen, dass auch außereuropäische Gesellschaften nach dem Ersten auch einen Zweiten Demographischen Übergang durchlaufen. Das Kriterium, dass ein Staat aus dem von John Hajnal definierten Verbreitungsgebiet des osteuropäischen Heirats- und Haushaltsgründungsmusters ausgewählt werden sollte, schließt die baltischen Staaten, Tschechien und Ostdeutschland aus (Philipov 2003: 154).[11] In diesen nach dem Zweiten Weltkrieg „*easternisierten*" Staa-

11 Das Baltikum bildete den nordöstlichen Vorposten des nordwesteuropäischen Heiratsmusters und gehörte zu den Vorreitern beim Fertilitätsrückgang im 19. Jahrhundert (Katus et al. 2007: 252-253). Insbesondere in Estland ließen sich in der Vergangenheit Ähnlichkeiten des generativen Verhaltens mit den skandinavischen Mustern feststellen (Katus et al. 2000: 133). Für Tschechien stellt Dudley Kirk in seiner Studie zur Bevölkerungsentwicklung Europas in der Zwischenkriegszeit fest dass „*the Czechs of Bohemia have fertility patterns closely resembling those of Germany and Austria*" (1967: 58). Vor der Etablierung des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems gehörte Tschechien außerdem zum Verbreitungsgebiet des nordwesteuropäischen Heiratsmusters (Fialová 2007: 41).

ten ist zu erwarten, dass die Übernahme des am osteuropäischen Familienbildungsmuster orientierten „sozialistischen" Familienmodells durch die Bevölkerung als eine pragmatische Anpassung an äußere Umstände ohne historische Fundierung verstanden werden kann. Es ist damit zu rechnen, dass es nach dem Ende des real existierenden Sozialismus und dem damit verbundenen Wegfall von Anreizen für eine frühe Heirat und Familiengründung zu einer Konvergenz mit dem westeuropäischen Familiengründungsmuster gekommen ist, wenn auch moderiert durch die sozialistische Sozialisierung breiter Bevölkerungsschichten und die Erfahrung sinkenden Lebensstandards und steigender Unsicherheiten in der Lebensplanung im Zuge des Transformationsprozesses.

Auch pragmatische Gründe sprechen für Ungarn, insbesondere das umfangreiche statistische Datenangebot des nationalen Statistikamts KSH, das detaillierte Analysen der Ergebnisse der Volkszählungen 1970, 1980, 1990 und 2001 sowie des Mikrozensus 2005 ermöglicht. Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch, dass bereits bei der Volkszählung 1990 Daten zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften erhoben wurden, die in beiden theoretischen Konzepten eine wichtige Rolle spielen. Daneben wird von der amtlichen Statistik eine breite Auswahl von Daten zur natürlichen Bevölkerungsbewegung und zu sozioökonomischen Variablen bereitgestellt. Um Zeitreihenanalysen zu ermöglichen, sollte weiterhin ein Staat gewählt werden, der gegenüber der sozialistischen Zeit auf der NUTS-3-Ebene[12] keine Gebietsreform durchgeführt hat, durch die eine Vergleichbarkeit der Daten im Zeitverlauf erschwert oder gar unmöglich gemacht wird. Durch diese Forderung werden insbesondere Bulgarien, Ostdeutschland und Polen[13] ausgeschlossen. Ungarn ist dagegen einer der wenigen Staaten, deren administrative Struktur auf dieser Hierarchieebene gegenüber der sozialistischen Zeit unverändert geblieben ist. Die Verwaltungsgliederung orientiert sich zudem an den kulturellen Regionen Ungarns (Jordan 2005a: 16) und ist daher für die Arbeit mit einem „kulturellen" theoretischen Ansatz besonders geeignet.

Wie bereits angedeutet hätte sich auch die Tschechische Republik als (zusätzliches) Fallbeispiel angeboten. War Ungarn das „offenste" Land in der sozialistischen Zeit, so zeigt das Wertesystem der Tschechen von allen Osteuropäern seit 1990 die stärksten „Verwestlichungstendenzen". Tschechische Autoren verweisen in diesem Zusammenhang auf die gegenüber der sozialistischen Zeit gestiegene gesellschaftliche Toleranz gegenüber Homosexuellen, die sie als einen zentralen Indikator für die Übernahme des westlichen Wertesystems interpretieren (Sobotka et al. 2003: 267). Tschechien gehört zudem zu den am stärksten säkularisierten Staaten Europas und weist von den postsozialistischen Staaten die stärksten Individualisierungstendenzen auf (Kovács et al. 2007: 109). Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die Tschechischen Republik der MOE-Staat mit den günstigsten Voraussetzungen für den Zweiten Demographischen Übergang ist. Neben unterschiedlichen Entwicklungspfaden in sozialistischer Zeit hätte die Arbeit damit auch unterschiedliche bevölkerungsgeschichtliche Prägungen berücksichtigen können. Von der Untersuchung der Tschechischen Republik wurde letztlich vor allem deswegen Abstand genommen, weil aktuelle Zahlen zu den Lebens- und Haushaltsformen fehlen und die Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften in den Zensusdaten erheblich unterschätzt wird. So legt der Vergleich mit den Ergebnissen groß angelegter internationaler

12 *Nomenclature des Unités territoriales Statistiques*; siehe Kapitel 6.3.

13 Siehe Iliewa (2002) für Bulgarien und Czyż (1999) für Polen.

Studien wie dem *Family and Fertility Survey* (1997) oder dem *Generation and Gender Survey* (2005) nahe, dass der Anteil der Paare, die ohne Trauschein zusammenleben, bedeutend größer ist als die Volkszählungsdaten suggerieren (Zeman 2007b: 6-7). Zwar gehen tschechische Demographen davon aus, dass die Aussagen der Volkszählung zur Struktur der „Ehen ohne Trauschein" verlässlich sind (Bartoňová 2007: 21), es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die Höhe der „Dunkelziffer" des unverheirateten Zusammenlebens durch regionale Subkulturen beeinflusst wird und deswegen nicht in allen Landesteilen gleich groß ist. Eine Regionalanalyse wäre folglich mit erheblichen Unsicherheiten behaftet gewesen.

1.3 Aufbau

Die vorliegende Arbeit ist in drei Hauptteile gegliedert. Im ersten Teil (Kapitel 2 bis 4) werden die theoretischen Ansätze des Zweiten Demographischen Übergangs und des ‚*Crisis behaviour*' vorgestellt und kritisch diskutiert. In den Kapiteln 5 und 6 steht die europäische Perspektive im Vordergrund, während im dritten Abschnitt (Kapitel 7 bis 9) das generative Verhalten in Ungarn untersucht wird.

In Kapitel 2 wird die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs vorgestellt. Dabei wird argumentiert, dass die übliche Einstufung dieses Ansatzes als eine kulturelle Erklärung des Wandels des generativen Verhaltens die Komplexität des Modells unterschätzt, das – dieser Punkt wird von Kritikern häufig übersehen – ökonomische Faktoren keineswegs ignoriert. Das Kapitel hat vier Schwerpunkte. Neben der Darstellung der theoretischen Kernaussagen und der Diskussion der Kritik am Zweiten Demographischen Übergang wird der Frage nachgegangen, ob der Wandel des generativen Verhaltens in Europa seit dem Ende der 1960er Jahre nicht zumindest teilweise eine Wiederherstellung traditioneller Muster ist. Als Vergleichsgröße für den Wandel des Familienbildungsverhaltens wird häufig das „Goldene Zeitalter der Ehe" während des Babybooms der Nachkriegszeit herangezogen, das jedoch in der Bevölkerungsgeschichte Europas einen Sonderfall darstellt. Bevor abschließend eine Operationalisierung des SDT als Basis für die quantitativen Analysen im zweiten und dritten Teil der Arbeit vorgenommen wird, wird noch die These, dass (West-)Europa bereits an der Schwelle eines Dritten Demographischen Übergangs durch einen zunehmenden Einfluss internationaler Wanderungen auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung steht, vorgestellt.

Ein zentraler Aspekt des Zweiten Demographischen Übergangs ist der Wandel der Lebensformen. Die Ehe hat ihre Stellung als biographische Selbstverständlichkeit und einzig gesellschaftlich akzeptabler Rahmen für das Zusammenleben von Frauen und Männern in weiten Teilen Europas zumindest bei den unter 30-Jährigen eingebüßt. Gleichzeitig ist es auch zu einer Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung gekommen, die sich in steigenden Anteilen nichtehelicher Kinder äußert. Neben die Ehe treten nichteheliche Lebensgemeinschaften und Partnerschaften, bei denen die Partner nicht zusammenleben; auch gleichgeschlechtliche Beziehungen werden zunehmend gesellschaftlich anerkannt. Dieser Wandel der partnerschaftlichen Lebensformen steht in Kapitel 3 im Mittelpunkt.

Das als Alternative zur Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs als Erklärungsansatz für den Wandel des generativen Verhaltens in den mittel- und osteuropäi-

schen Staaten häufig verwendete Konzept des demographischen ‚*Crisis behaviour*' wird in Kapitel 4 vorgestellt und diskutiert. Vertreter dieses Ansatzes bestreiten, dass in den postsozialistischen Staaten ein Wandel der familienbezogenen Wertvorstellungen nach westeuropäischem Muster stattgefunden hat. Sie interpretieren den Rückgang von Fruchtbarkeit und Heiratsneigung als eine pragmatische Anpassung an die für viele Bürger schwierige wirtschaftliche Situation nach dem Ende des Staatssozialismus. An diesem Ansatz wird die einseitige Konzeption der ökonomischen Rationalität kritisiert. Dem „klassischen" ‚*Crisis behaviour*' wird ein alternativer, familienorientierter Ansatz gegenübergestellt, der postuliert, dass bei ungünstigen Aussichten auf dem Arbeitsmarkt die Familie für benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu einem Vehikel der Selbstverwirklichung und der Stiftung eines Lebenssinns wird. Weiterhin wird der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen der Übergang vom Staatssozialismus zur westlichen Demokratie auf wichtige Einflussfaktoren des Familienbildungsprozesses hatte: Die gesellschaftliche Stellung der Frauen, die Religion und die Familienpolitik.

In Kapitel 5 wird die Entwicklung wichtiger Indikatoren zum generativen Verhalten in Nord- und Westeuropa als „Hochburg" des Zweiten Demographischen Übergangs einerseits und den postsozialistischen Staaten andererseits seit 1970 untersucht. Dabei steht die Frage im Vordergrund, ob es ähnliche Entwicklungstrends gibt, die dazu führen, dass die Muster des Familienbildungsverhaltens in Europa immer ähnlicher werden, oder ob nach wie vor die Unterschiede überwiegen und sich gegebenenfalls sogar verstärken. In Kapitel 6 wird darauf aufbauend untersucht, ob es in Europa mehrere Typen mit ähnlichem Familienbildungsverhalten gibt, die zu geographisch zusammenhängenden Makroregionen zusammengefasst werden können. Da davon auszugehen ist, dass durch die Durchschnittsbildung auf der nationalen Ebene wesentliche Informationen verloren gehen, wurde dazu eine regionale Perspektive gewählt. Die Vielfalt des Familiengründungs- und -auflösungsverhaltens kann so klarer herausgearbeitet werden. Aufgrund der fehlenden Verfügbarkeit wichtiger Indikatoren zu früheren Zeitpunkten kann nur die Situation zum Zeitpunkt der Volkszählungsrunde 2000 dargestellt werden. Die Datenlage erlaubt es zudem nicht, alle EU- und EFTA-Staaten in der Analyse zu berücksichtigen. Die Auswahl enthält dennoch mehrere Vertreter für jede der in der Literatur diskutierten demographischen Makroregionen und kann daher als repräsentativ angesehen werden.

In den folgenden drei Kapiteln wird im Rahmen einer Einzelfallstudie der Wandel des generativen Verhaltens in Ungarn zwischen 1990 und 2005 untersucht. In Kapitel 7 wird zunächst der sozioökonomische Rahmen aufgespannt. Dabei werden die gesellschaftliche Stellung der ungarischen Frauen, der Wandel der Familienpolitik seit dem Ende des Staatssozialismus und das Raummuster der Religionszugehörigkeit sowie die wirtschaftliche Entwicklung in sozialistischer Zeit und nach dem Systemwechsel dargestellt. Auf Basis der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs und des ‚*Crisis behaviour*'-Ansatzes werden Thesen zu Raummustern des Familienbildungsverhaltens in Ungarn abgeleitet, die in Kapitel 8 deskriptiv und in Kapitel 9 mit multivariaten Analysemethoden untersucht werden. Dazu werden Volkszählungsdaten und Zahlen aus der Statistik der natürlichen Bevölkerungsentwicklung verwendet. In Kapitel 10 werden die wichtigsten Erkenntnisse zusammengefasst und abschließend bewertet; dabei wird auch auf die Frage der Übertragbarkeit der Ergebnisse der Fallstudie auf andere postsozialistische Staaten eingegangen.

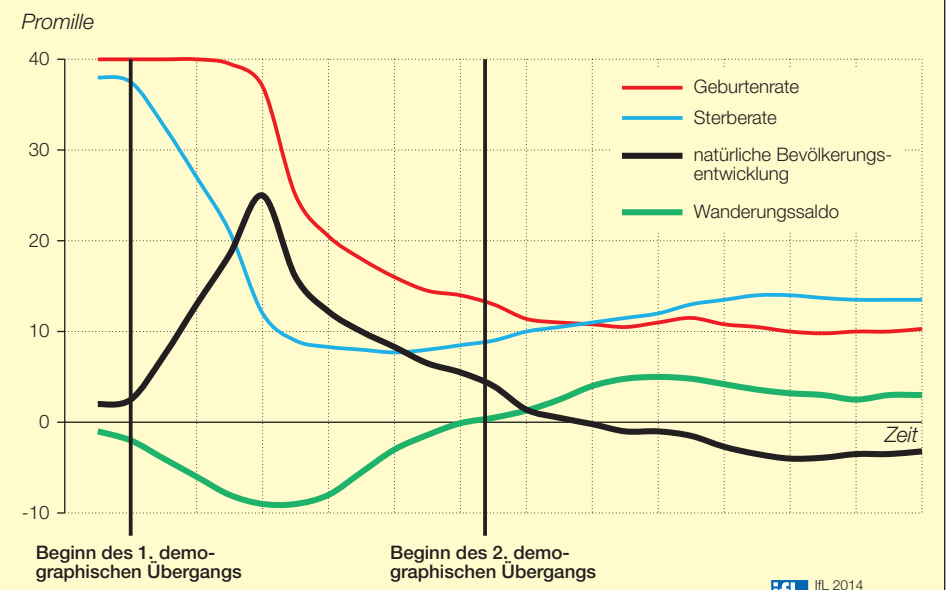
2 Die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs

Seit Mitte der 1960er Jahre ist die Geburtenrate in fast allen Staaten Europas mehr oder weniger deutlich unter das Bestandserhaltungsniveau gesunken. Die Ehe hat sukzessive ihre Stellung als einzig akzeptable Form des Zusammenlebens verloren, während die gesellschaftliche Akzeptanz „alternativer" Lebensformen, etwa nichtehelicher oder gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften, zugenommen hat. Diese Veränderungen werden in der wissenschaftlichen Diskussion häufig unter dem Begriff des Zweiten Demographischen Übergangs zusammengefasst, der von den Bevölkerungsforschern Dirk van de Kaa und Ron Lesthaeghe geprägt und zu einem theoretischen Gesamtkonzept weiterentwickelt wurde. Ältere Arbeiten zum Wandel der natürlichen Bevölkerungsentwicklung im Zeitverlauf gingen davon aus, dass sich langfristig ein Gleichgewicht von Geburten- und Sterberate mit einer stabilen Bevölkerungszahl und einer konstanten Altersstruktur einstellen würde (van de Kaa 1999: 12). Das Ausbleiben dieses erwarteten Gleichgewichtszustands war der Ausgangspunkt für die Formulierung der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs. Der wesentliche Unterschied zu dem bis dato verwendeten theoretischen Modell des (Ersten) Demographischen Übergangs[14] ist in der Annahme einer dauerhaft unterhalb der Sterberate liegenden Geburtenrate zu sehen (Abbildung 2). Das theoretische Konzept ist jedoch weitaus umfassender. Breiten Raum nehmen neben dem Rückgang der Fruchtbarkeit die Schwächung der normativen Verbindlichkeit der Ehe und die zunehmende Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung ein (Lesthaeghe et al. 2006: 2).

Van de Kaa (2002: 9-10) hat aus den demographischen Entwicklungen in Nord- und Westeuropa zwischen Mitte der 1960er und Mitte der 1990er Jahre ein idealtypisches fünfzehnstufiges Ablaufmodell des Zweiten Demographischen Übergangs entwickelt. Der SDT beginnt mit einem Rückgang der zusammengefassten Geburtenrate durch eine Reduktion der Familiengröße und einen Fruchtbarkeitsrückgang in höherem Lebensalter (1). Anschließend setzt eine Phase der Stärkung der traditionellen Ehesequenz ein (2). Die Zahl vorehelicher Schwangerschaften geht zurück und es werden weniger „Mussehen" geschlossen. Dann beginnt ein mehrere Jahre dauernder Rückgang des Erstheiratsalters (3), woran sich eine Verlängerung der Phase zwischen Hochzeit und Geburt des ersten ehelichen Kindes anschließt. Die TFR sinkt weiter, diesmal jedoch durch eine Reduktion von Geburten niedriger Parität und einen Fertilitätsrückgang bei jungen Frauen (4). In die gleiche Zeit fällt eine Liberalisierungswelle im Scheidungsrecht (5). Der Trend eines sinkenden Erstheiratsalters kehrt sich um; immer mehr Paare leben vor ihrer Hochzeit eine Zeit lang unverheiratet zusammen (6). Die Popularität nichtehelicher Lebensgemeinschaften nimmt in der Folge weiter zu. Viele Paare heiraten erst, wenn die Partnerin schwanger wird, auch die Zahl der vorehelichen Geburten nimmt zu. Dieser Prozess ist mit einem Anstieg des mittleren Alters bei Erstgeburt verbunden (7). Nach den Reformen im Scheidungsrecht wird in vielen Staaten auch das Abtreibungsrecht liberalisiert und Frauen und Männern das Recht eingeräumt, sich sterilisieren zu lassen,

14 Einen Überblick zum Ersten Demographischen Übergang (*First Demographic Transition*; FDT) geben die einschlägigen bevölkerungsgeographischen Lehrbücher (z.B. Bähr 2010[5]: 207-217).

2 Modell des Ersten und Zweiten Demographischen Übergangs



Quelle: VAN DE KAA *2004, S. 6*

wenn sie keine Kinder (mehr) wollen (8). Durch diese rechtlichen Maßnahmen nimmt die Zahl ungewollter Geburten weiter ab, Frauen am Beginn und am Ende der reproduktiven Lebensphase bekommen immer weniger Kinder. In der Folgezeit steigt die Beliebtheit nichtehelicher Lebensgemeinschaften weiter an (9). Zusammenleben ohne Trauschein verliert den Charakter einer „Testehe", da in zunehmendem Maß auch Geschiedene und Verwitwete diese Lebensform einer erneuten Heirat vorziehen. Die Kohabitation wird bald darauf auch als Alternative zum ehelichen Zusammenleben salonfähig. Gleichzeitig beginnt die Entkoppelung von Ehe und Reproduktion – eine Schwangerschaft ist kein Heiratsgrund mehr (10). Der Rückgang der TFR endet, die Geburtenrate stabilisiert sich zunächst auf niedrigem Niveau (11). Bald darauf steigt die zusammengefasste Geburtenrate durch das Nachholen „aufgeschobener" Geburten in höherem Lebensalter wieder leicht an (12), wobei jedoch in vielen Fällen nicht alle „aufgeschobenen" Geburten nachgeholt werden können, bevor die biologische Uhr abgelaufen ist (13). Ein steigender Prozentsatz der Bevölkerung bleibt – gewollt oder ungewollt – kinderlos (14). Mitte der 1990er Jahre dürfte auch die endgültige Kinderzahl in den meisten Staaten Europas unter das Bestandserhaltungsniveau gefallen sein (15). Es ist fraglich, ob dieses idealtypische Modell auf alle Staaten anwendbar ist. Insbesondere für die Situation in den MOE-Staaten bedarf es einer Modifizierung, da einige der institutionellen Voraussetzungen, z.B. die Aufhebung des Scheidungs- und Abtreibungsverbots, bereits in sozialistischer Zeit geschaffen wurden (SOBOTKA et al. 2003: 263-266).

Die skizzierten Veränderungen des generativen Verhaltens stehen in Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Wertewandel, dem wirtschaftlichen Aufschwung und dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts:

> *"In essence the theory proposes that the new freedom of sexual behaviour, the diversity of forms of sexual partnership, and the relaxation of traditional norms and constraints observed in many developed societies since the 1960s, are intimately related and share common causes. They are held to be irreversible and likely to become universal. The new transition is made possible by parallel trends in further economic growth, intellectual emancipation through education and the concomitant ease of diffusion of ideas, especially reflected in the status of women. Its underlying theory* [...] *posits an emancipation from traditional deferential modes of behaviour once material needs and anxieties are mostly satisfied though* [sic!] *the achievement of prosperity and, in Europe at least, the personal security offered by the welfare states* [...] *with concomitant freedom for self-realisation and tolerance of that of others"* (Coleman 2004: 12).

Ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal des SDT ist die zentrale Rolle, die kulturellen und gesellschaftlichen Faktoren bei der Erklärung der Veränderungen im generativen Verhalten eingeräumt wird (Tabelle 2). Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei die Individualisierung ein. Standen beim FDT („*altruistic transition*") das Wohlergehen der Familie und des Nachwuchses im Vordergrund, ist der SDT, der „individualistische Übergang", durch die Betonung der Selbstverwirklichung gekennzeichnet (van de Kaa 1999: 13). Neue Lebensformen, insbesondere das nichteheliche Zusammenleben und der Aufschub von Ehe und Elternschaft in ein höheres Lebensalter, sind nach der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs der Ausdruck säkularer und antiautoritärer Einstellungen gut gebildeter, postmaterialistischer junger Menschen mit egalitärem Weltbild und einem starken Bedürfnis nach Selbstverwirklichung (Lesthaeghe & Neidert 2006a: 669). Voraussetzungen für den Wertewandel sind wirtschaftlicher Wohlstand, materielle Sicherheit (Sobotka 2008a: 209) und eine Verbesserung des Bildungsniveaus der Bevölkerung, insbesondere im Bereich der tertiären Bildung, da Universitäten ein Innovationszentrum für die Ausbreitung neuer Ideen und Wertvorstellungen darstellen (Macura 2000: 204).

Der SDT ist ein *Multifaktoransatz*, der neben kulturellen auch ökonomische Aspekte einbezieht. Lesthaeghe et al. (2006: 1) verweisen darauf, dass weder kulturelle noch ökonomische Faktoren allein ausreichend sind, um die Veränderungen im generativen

Tab. 2 Charakteristika des Zweiten Demographischen Übergangs in Westeuropa

Ehebezogene Charakteristika	Fertilitätsbezogene Charakteristika	Gesellschaftliche Charakteristika
Aufschub der Eheschließung und geringere Heiratsneigung	TFR strukturell unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus	zweite Säkularisierungswelle, sexuelle Revolution, Emanzipation
Zunahme des Anteils nichtehelich zusammenlebender Personen	Aufschub von Geburten; Anstieg des Alters bei Erstgeburt	zunehmende Bedeutung von individueller Autonomie und Selbstverwirklichung
steigende Scheidungsraten	Zunahme der Kinderlosigkeit	Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts
geringere Neigung, nach Scheidung oder Verwitwung erneut zu heiraten	Zunahme des Anteils nichtehelicher Geburten; Rückgang kindorientierter Eheschließungen	Destandardisierung des Lebensverlaufs, Pluralisierung der Lebensformen, *„open future"*

Quelle: eigene Darstellung nach Lesthaeghe und Neels 2002, S. 331

Verhalten seit den 1960er Jahren zu erklären. Die Bedeutung und Gewichtung der einzelnen Aspekte kann sich in verschiedenen Gesellschaften unterscheiden, wobei ein Großteil der Variation auf historische Pfadabhängigkeiten zurückzuführen ist. In der wissenschaftlichen Diskussion wird der SDT häufig zu Unrecht als ausschließlich „*kultureller*" Ansatz missverstanden, so dass selbst Autoren, die die Bedeutung des Wandels familienbezogener Wertvorstellungen als Voraussetzung für den Wandel des generativen Verhaltens ausdrücklich betonen, die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs als unvollständige Teilerklärung zurückweisen (vgl. z.B. die Studie von Perelli-Harris et al. 2010).

Durch die postulierte Pluralisierung der Lebensformen ist auf der Individualebene mit einer Diversifizierung zu rechnen, ausgelöst durch eine fortschreitende Individualisierung, die zu einer Destandardisierung des Lebenslaufs[15] führt. Dem gegenüber steht eine zunehmende Homogenität des generativen Verhaltens auf der nationalen Ebene (Billari & Wilson 2001: 7). Der Prozess des Zweiten Demographischen Übergangs lässt sich dementsprechend kurz und prägnant mit dem Schlagwort ‚*Convergence to diversity*' (Billari & Wilson 2001: 5) zusammenfassen. ‚*Diversity*', sowohl im Sinne einer Pluralisierung der Lebensformen als auch im Sinne eines räumlichen Innovationsdiffusionsprozesses, ist ein wichtiges Element der Theorie. So ist die große regionale Varianz der demographischen Indikatoren einer der Gründe, warum Lesthaeghe und Neidert die USA als „Lehrbuchbeispiel" (2006b) für den Zweiten Demographischen Übergang bezeichnen:

> *"The US laboratory in this respect is a very gratifying one: variances are large. And they have been expanding since the 1960s as a result of the full unfolding of less conventional life styles and the rise of alternative forms of family formation along the classic ones. This occurred in tandem with a de-standardization of the life course and a diversification of the values system."* (Lesthaeghe & Neidert 2007: 33).

Im Folgenden soll zunächst der Frage nachgegangen werden, ob der Wandel des generativen Verhaltens, der von Lesthaeghe und van de Kaa als ein so massiver Bruch mit dem Familienbildungsmuster des Ersten Demographischen Übergangs eingestuft wurde, dass er ein eigenes Etikett beanspruchen kann, in bevölkerungshistorischer Perspektive tat-

---

15 Elchardus und Smits (2006: 320-322) sehen auf der normativen Ebene keine empirischen Belege für eine Abkehr vom Ideal des linearen, standardisierten Lebenslaufs. „*The linear or traditional life cycle appears to be solidly established as an ideal* [...] *and* [...] *deviations from that ideal appear limited. The thesis of the destructuration or individualization of the life cycle seems in fact so far removed from reality that one can but raise the question of why it is so popular and so readily believed*". Die Autoren kommen stattdessen zum Schluss, dass „demographische Innovationen" wie die nichteheliche Lebensgemeinschaft eher zu einer Modifikation als zu einer Auflösung der Idealvorstellung des chronologischen Lebenslaufs führen. Die auf der Verhaltensebene zu beobachtenden Abweichungen von der Norm, dass bestimmte Transitionen die Voraussetzung für andere darstellen (z.B. finanzielle Autonomie oder Abschluss der Berufsausbildung als Voraussetzungen für eine Familiengründung) interpretieren Elchardus und Smits als eine Folge externer Zwänge. Für die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs ist – im Gegensatz zur Individualisierungsthese – die Desequenzierung des Lebenslaufs keine tragende Säule. Von Bedeutung ist vielmehr, dass die Heirat nicht mehr das demographische Schlüsselereignis ist, das die Voraussetzung für die Etablierung einer koresidentiellen sexuellen Beziehung und die Fortpflanzung ist – sowohl auf der Ebene des tatsächlichen Verhaltens als auch auf der normativen Ebene. Die belgischen Befragungsdaten, die der Studie von Elchardus und Smits zu Grunde liegen, belegen, dass dieser Wandel tatsächlich stattgefunden hat. Das ideale Alter für den ersten Geschlechtsverkehr wird im Mittel mit 17,5 Jahren angegeben. Das Zusammenziehen mit einem Partner sollte etwa sechs Jahre später folgen. Nach Meinung der Belgier sollte die Heirat nach einigen Jahren des Zusammenlebens ohne Trauschein mit 26,4 Jahren erfolgen. Als ideales Alter für die Geburt des ersten Kindes wird ebenfalls 26,4 Jahre angegeben (2006: 310). Dies deutet darauf hin, dass für einen größeren Prozentsatz der Befragten eine Heirat im idealen Lebenslauf erst nach der Geburt des ersten Kindes erfolgt.

sächlich so einzigartig ist. Dazu wird überprüft, ob die vier demographischen ‚*Shifts*', die laut VAN DE KAA (1999: 14) seit Ende der 1960er Jahre in Europa stattgefunden haben, ohne historisches Vorbild sind, oder ob nach dem Ende des Babybooms der 1950er und 1960er Jahre, dessen Familienbildungsmuster ein bevölkerungsgeschichtlicher Sonderfall war (THERBORN 2006: 166), lediglich traditionelle Formen des generativen Verhaltens „zurückgekehrt" sind. Anschließend wird auf die Bedeutung des Wertewandels im Theoriegebäude eingegangen und mit dem so genannten RWA-Modell der grundlegende Mechanismus der Ausbreitung demographischer Innovationen diskutiert. An einen Überblick über die geographische Dimension der Theorie schließt sich eine Diskussion der wichtigsten Schwächen und Kritikpunkte an. Das Kapitel schließt mit einem Ausblick auf die Diskussion, ob mit der Internationalisierung vieler EU-Staaten schon ein Dritter Demographischer Übergang eingesetzt hat.

2.1 Die vier ‚Shifts' des Zweiten Demographischen Übergangs

Nach VAN DE KAA (1999: 14) wird die Veränderung der Bevölkerungsweise[16] im Rahmen des Zweiten Demographischen Übergangs durch sechs ‚*Shifts*' charakterisiert, von denen sich vier auf den Komplex Fertilität und Familie beziehen:

„*1. Shift from the Golden Age of Marriage to the Dawn of Cohabitation;*
2. Shift from the era of the King-Child-with-Parents to that of the King-Pair-with-a-Child;
3. Shift from Preventive Contraception to Self-fulfilling Conception;
4. Shift from Uniform to Pluralistic Famil[ies] and Household[s]."

Die weiteren ‚*Shifts*' beziehen sich auf die Verlängerung der Lebenserwartung („*Shift from Social to Biological Longevity*") und die im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts eingetretenen Veränderungen in den Mustern des Wanderungsverhaltens („*Shift from Sending to Receiving Countries and Region*[s]"). Diese beiden ‚*Shifts*' sind für die Fragestellung dieser Arbeit nicht relevant und werden daher im Folgenden nicht weiter besprochen. In den folgenden Abschnitten werden die ‚*Shifts*' näher vorgestellt und ihre Bedeutung im theoretischen Gesamtkonzept aufgezeigt. Dabei wird argumentiert, dass einige der familienstrukturellen Aspekte des Zweiten Demographischen Übergangs keine demographischen Innovationen sind, sondern in Europa auf eine lange Geschichte zurückblicken. Bei anderen handelt es sich dagegen um grundsätzlich neue Phänomene. Einige Charakteristika des SDT, etwa voreheliche Sexualbeziehungen oder das Zusammenleben nicht miteinander verheirateter Frauen und Männer, sind zwar der Form nach Aspekte des generativen Verhaltens, die seit Generationen typisch für (Nordwest-)Europa sind, in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts jedoch einen erheblichen Bedeutungswandel erfahren haben. Um einschätzen zu können, wie stark sich familienbezogene Wertvorstellungen und das generative Verhalten seit Mitte der 1960er Jahre tatsächlich verändert haben, ist ein Rückblick auf die Entwicklung von Ehe und Familie

16 Der Begriff „Bevölkerungsweise" wurde durch Gerhard MACKENROTH geprägt. Er versteht darunter einen „*Sinnzusammenhang, in dem alle Elemente eines generativen Verhaltens aufeinander in sinnvoller Weise abgestimmt sind: Familienverfassung, Heiratshäufigkeit, Fruchtbarkeit, usw., alle diese einzelnen ‚patterns of behaviour' bilden zusammen in ihrer Abgestimmtheit aufeinander eine Struktur*" [MACKENROTH (1953), zitiert nach KOPP (2002: 71)]. In diesem Sinne ist ein Demographischer Übergang der Wechsel zwischen verschiedenen Bevölkerungsweisen (KOPP 2002: 71).

in Europa notwendig. Bevor im Folgenden auf die vier ‚*Shifts*' genauer eingegangen wird, um zu prüfen, wie viel Tradition und wie viel Innovation im SDT steckt, soll zunächst der Frage nachgegangen werden, ob eine unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus liegende Geburtenrate – eines der wichtigsten Merkmale des Zweiten Demographischen Übergangs – eine bevölkerungsgeschichtliche Neuerung ist.

Die Antwort ist nein: Unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus liegende Geburtenraten sind in Europa und den anderen westlichen Industriestaaten kein neues demographisches Symptom. Anders als von van de Kaa (2002: 11) dargestellt waren Ungarn und Lettland keineswegs die ersten europäischen Staaten, deren Geburtenrate um 1965 unter das Bestandserhaltungsniveau gefallen ist. Die Geschichte der ‚*Subreplacement fertility*' in Europa beginnt weder Mitte der 1960er Jahre noch im östlichen Europa. In Deutschland, Frankreich, Schweden, Tschechien sowie in England und Wales lag die Nettoreproduktionsrate (NRR)[17] bereits 1925/6 deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau. Soweit die entsprechenden Daten vorhanden sind, waren die Niederlande das einzige Land westlich der Hajnal-Linie und nördlich von Alpen und Pyrenäen, das in der Zwischenkriegszeit durchgängig eine Nettoreproduktionsrate von mehr als eins aufwies (Van Bavel 2008: 37).

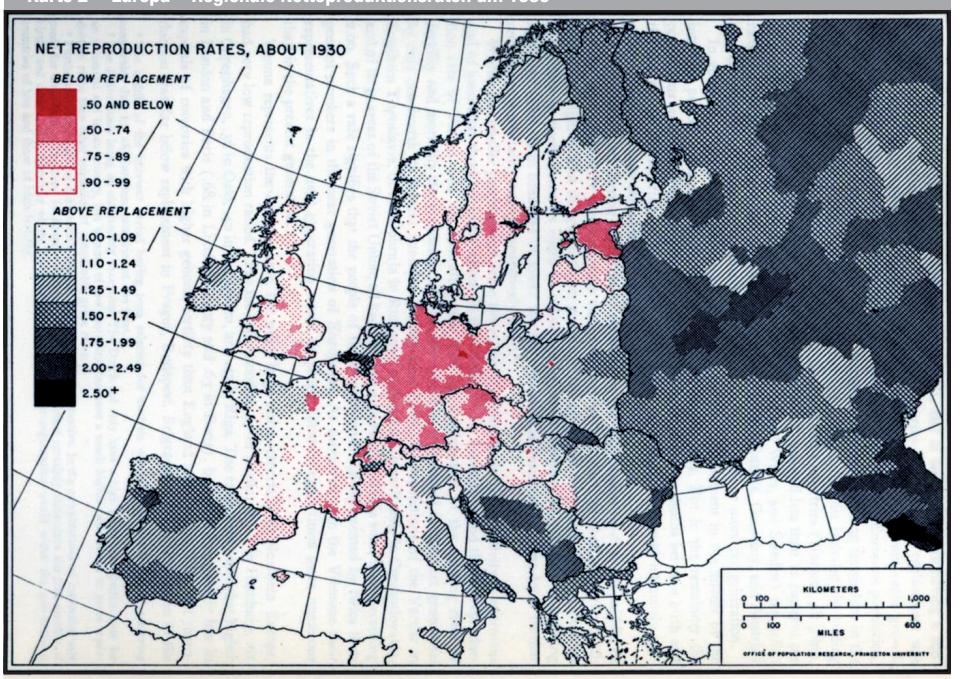
Um 1930 reichte die Zahl neugeborener Mädchen in weiten Teilen Nord-, West- und Mitteleuropas sowie im Baltikum nicht mehr aus, um ihre Mütter zu „ersetzen". In Staaten mit einer oberhalb des Bestandserhaltungsniveaus liegenden NRR zeichneten sich die Regionen, die heute als die Vorposten des Zweiten Demographischen Übergangs im jeweiligen Land identifiziert werden – etwa Katalonien in Spanien (Solsona 1998: 214-216) – durch ein besonders niedriges Fertilitätsniveau aus. Für das ungarische Fallbeispiel sollten Budapest und die Regionen um Pécs und Szeged im Süden des Landes als mögliche Innovationszentren des SDT im Auge behalten werden, da diese Gebiete um 1930 ebenfalls eine unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus liegende Fruchtbarkeit aufwiesen (Karte 2). Die niedrige Fertilität um 1930 ist nicht auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen. Der Rückgang der NRR in vielen Staaten, etwa in Dänemark oder England und Wales war in den „Goldenen Zwanzigern" wesentlich stärker als in der Krisenzeit zwischen 1930 und 1935 (Van Bavel 2008: 37). Die Ursache, dass ‚*Subreplacement fertility*' als eine demographische Innovation der 1970er Jahre wahrgenommen wird, liegt wohl daran, dass

> "*too many analyses start in the 1960s when data series from Eurostat and the Council of Europe so conveniently come on stream. The 1960s was the high point of the baby boom. A graph truncated at that period gives a false impression of an inexorable downward slide coinciding with the onset of the SDT, while in fact in most countries the real decline was forty years earlier. The 1950s and the 1960s are a deceptive aberration in fertility history*" (Coleman 2004: 18).

Zu der Vorstellung, unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus liegende Geburtenraten seien ein modernes Phänomen, trägt vermutlich auch bei, dass mit dem Begriff „Bestandserhaltungsniveau" häufig automatisch der Wert 2,1 der zusammengefassten Ge-

17 Die Nettoreproduktionsrate gibt an, inwieweit eine hypothetische Frauenkohorte durch ihre Töchter ersetzt wird, wenn sie den zum Analysezeitpunkt herrschenden Fertilitätsverhältnissen und Sterblichkeitsrisiken über ihre gesamte fruchtbare Lebensphase ausgesetzt wäre. Im Gegensatz zur Bruttoreproduktionsrate wird dabei auch die Sterblichkeit der Frauen vor der Menopause berücksichtigt. Bei Werten unter eins ist die natürliche Bevölkerungsentwicklung negativ. Werte über eins zeigen eine positive natürliche Bevölkerungsentwicklung an (Mueller 2000: 80-81)

Karte 2 Europa – Regionale Nettoproduktionsraten um 1930



Quelle: Kirk 1967, o.S. **Figure 18.** Net reproduction rates in Europe, by minor divisions, about 1930. *Reproduktion: IfL 2014*

burtenrate verbunden wird, wobei übersehen wird, dass dieser Wert – anders als eine Reproduktionsrate von eins – keine Konstante ist, sondern von der Sexualproportion der Neugeborenen, der Kindersterblichkeit und der Überlebenswahrscheinlichkeit potenzieller Mütter beeinflusst wird. Der theoretische Minimalwert liegt für den Fall, dass fünf Prozent mehr Jungen als Mädchen geboren werden und keine Frau vor dem Erreichen der Menopause stirbt, bei einer TFR von 2,05. Wegen der höheren Sterblichkeit war das Bestandserhaltungsniveau in früheren Zeiten bedeutend höher als heute (van Bavel 2008: 6). Für 1900 ist beispielsweise mit einem Wert von 3,0 für Belgien und 3,5 für Italien zu rechnen (van Bavel 2008: 38). Auch bei der Interpretation der endgültigen Kinderzahl müssen Schwankungen des Bestandserhaltungsniveaus berücksichtigt werden. So haben deutsche Frauen des Jahrgangs 1885 durchschnittlich 3,5 Kinder zur Welt gebracht – trotzdem wurde in dieser Kohorte erstmals das Bestandserhaltungsniveau unterschritten, das seither von keinem Frauenjahrgang mehr erreicht wurde (Dorbritz 2008: 566). Häufig wird zudem übersehen, dass in Europa, Australien und Nordamerika der Anteil der kinderlosen Frauen in den Geburtskohorten vor 1920 zum Teil deutlich über 15% lag. Das niedrigere Niveau der Kinderlosigkeit der zwischen 1925 und 1945 geborenen Frauen ist vor diesem Hintergrund eine historische Ausnahme, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass Frauen in der Babyboomära gesellschaftlich akzeptable und ökonomisch machbare Alternativen zum Rollenmodell der Hausfrau und Mutter fehlten. Die Kinderlosigkeit vergangener Zeiten ist wohl wegen der gleichzeitig hohen Zahl der Kinder pro Mutter in Vergessenheit geraten (Rowland 2007: 1333).

Die Gründe, die zeitgenössische Autoren für den Fertilitätsrückgang in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts angeben, sind übrigens im Grunde die gleichen, die auch von den Vertretern des SDT als Triebkräfte des Wandels des generativen Verhaltens seit den 1960er Jahren identifiziert wurden: Säkularisierung, Individualisierung, gewandelte Ansprüche an die Beziehungsqualität, Konsumdenken sowie Konflikte bei der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeitinteressen (Van Bavel 2008: 17-26). Die Soziologin Alva Myrdal nennt als Ursachen für die niedrigen schwedischen Geburtenraten und die gesunkenen Familiengrößen in den 1930er Jahren die folgenden Punkte:

> "*Childbearing involves discomfort and pain for the female partner. It causes drawbacks and even breaks in her work and ways of life. It temporarily impedes a satisfactory sexual life and so* [...] *endangers marital fidelity and confident partnership. It tends to reduce the mobility of the parents. Childbearing further entails considerable increase in the family budget and lowers the level of living. It makes the family more exposed to all sorts of economic insecurity. It involves worries in the future about education and ability to cope with problems of so raising children that the family will not through the children be brought into conflict with social standards*" (Myrdal 1968: 54).

Auch die Auswirkungen von Kindern auf die Freizeitgestaltung spricht Myrdal (1968: 57-58) an. Sie argumentiert, dass Freizeit in der Industriegesellschaft zunehmend außerhalb der eigenen Wohnung verbracht werde. Die Freizeitangebote seien vielfältiger geworden, könnten aber häufig nicht mit kleinen Kindern genutzt werden. Insbesondere für Frauen bedeute die Mutterschaft daher eine „d*eprivation of recreation*". Mit dieser Einschätzung steht Myrdal nicht alleine. Auch andere Autoren der Zwischenkriegszeit betonen, dass Kinder durch die fehlende Vereinbarkeit von Familie und modernen Freizeitaktivitäten ein Hindernis für die Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung der Eltern, insbesondere der Mütter, darstellten (van Bavel 2008: 22).

2.1.1 ‚*Shift*' 1: Das Ende des „Goldenen Zeitalters" der Ehe

Der Bedeutungswandel der Ehe, in der Literatur häufig mit dem Schlagwort ‚*Retreat from marriage*' versehen, und der Aufstieg des unverheirateten Zusammenlebens von einem stigmatisierten und vielerorts strafrechtlich verfolgten Randgruppenphänomen zu einer gesellschaftlich in weiten Teilen Europas vorbehaltlos akzeptierten Lebensform wird in Kapitel 3 ausführlich diskutiert. An dieser Stelle soll lediglich darauf hingewiesen werden, dass das „Goldene Zeitalter" der Ehe – wie wohl jedes goldene Zeitalter – nur eine kurze bevölkerungsgeschichtliche Episode war. Therborn (2006: 166) betont zurecht, dass der Zeitraum zwischen 1945 und Ende der 1960er Jahre, dessen Familiengründungsmuster im Allgemeinen als die Vergleichsgröße bei der Untersuchung der gegenwärtigen Situation des Heiratsverhaltens herangezogen wird, ein Sonderfall in der Bevölkerungsgeschichte der westlichen Industriestaaten war. „*Those two to three decades were* the *age of marriage and intra-marital sexuality in modern Western history*". Die Quote der Verheirateten war in Europa seit Jahrhunderten nicht so hoch wie im zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts. In Frankreich und den skandinavischen Staaten muss man bis ins 18. Jahrhundert zurückgehen, um in den Statistiken höhere Raten als während des Heiratsbooms der Nachkriegszeit zu finden. In England war der Bevölkerungsanteil der Verheirateten sogar so hoch wie seit Mitte des 16. Jahrhunderts nicht mehr (Ther-

born 2006: 163). Vieles spricht dafür, dass die historische Ehelosigkeit unfreiwillig und von den individuellen Lebensumständen diktiert war, während die heutige Ehelosigkeit zumeist die Folge einer freien Entscheidung ist.

Es kann kritisch hinterfragt werden, wie „golden" das „Goldene Zeitalter der Ehe" war. Cherlin hat diesen Zeitabschnitt die „Ära der verpflichtenden Ehe" genannt. Wer eine Familie gründen und/oder ein regelmäßiges Sexualleben führen wollte, kam nicht umhin zu heiraten (Cherlin 2004: 851-852). Das „Goldene Zeitalter der Ehe" fällt in Nordwesteuropa mit dem Zenit der Hausfrauenfamilie mit ihrer strengen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zusammen (Therborn 2006: 166). Ob man die Hochphase des Modells der „bürgerlichen Ehe" als „goldenes Zeitalter" verstehen will, hängt von der individuellen Vorstellung einer idealen Beziehung ab. In quantitativer Hinsicht ist der Begriff sicherlich richtig, da man aus nordwesteuropäischer Sicht lange in die Geschichte zurückreisen muss, um eine Zeit zu finden, in der die Eheschließung so früh und so universell war. Ob der Rest des Pakets „bürgerliche Ehe", die rigide geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die patriarchalische Struktur und die intensive Stigmatisierung aller anderen Lebensentwürfe außerhalb und innerhalb der Ehe, so positiv und erstrebenswert war, wie es das Bild eines „goldenen Zeitalters" suggeriert, kann dagegen kontrovers diskutiert werden. Zudem ist die Idealvorstellung der „traditionellen Ehe", wie Therborn (2006: 187) zeigt, eines der zentralen Themen des sozialen Konservativismus, der individuelle Rechte, insbesondere die von Frauen und Kindern, negativ bewertet und als Bedrohung oder gar „Zusammenbruch" der gesellschaftlichen Ordnung brandmarkt. Die „Morgendämmerung" der Kohabitation war nicht nur mit einem Wandel des Heiratsverhaltens verbunden, sondern auch mit einem Strukturwandel der Ehe selbst, den Cherlin (2004: 852) als den Übergang zur individualisierten Ehe bezeichnet, als „Gewichtsverlagerung von der Rolle zum Selbst". Was eine „gute" Ehe ist, wird demzufolge immer weniger von allgemein gültigen Normen definiert, sondern zunehmend von den Partnern selbst ausgehandelt.

2.1.2 ‚*Shift*' 2: Das Ende der Regentschaft des ‚*King child*'

Die Autoren der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs schließen sich der Interpretation von Philippe Ariès an, dass der Geburtenrückgang während des Ersten und Zweiten Demographischen Übergangs gegensätzlichen Logiken folge: Der erste Geburtenrückgang sei die Folge einer bis dato unbekannten finanziellen und gefühlsmäßigen Investitionsbereitschaft in den Nachwuchs gewesen. Eltern hätten während des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ihr Leben ganz an den Bedürfnissen ihrer Kinder ausgerichtet und ihre Fertilität begrenzt, um ihren Söhnen und Töchtern einen sozialen Aufstieg zu ermöglichen. In der Nachkriegszeit hat Ariès zufolge ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Paare bekommen ein Kind, weil es ihrer eigenen Selbstverwirklichung dient.

> "*The child's role within the family's plans, and his affective role within the family, changes between the end of the Middle Ages and the eighteenth century, his role expanded. In like manner, his role is changing today, before our very eyes. It is diminishing*" (Ariès 1980: 649-650).

Dem Kommentar von Coleman (2004: 13) zu den Thesen von Ariès ist eigentlich nichts hinzuzufügen: „*The much cited contrast between the reign of the 'king-child' and the later domain of the 'king-pair with a child' appears to lack substance in either sociology or in literature*". Ariès bleibt empirische Belege für seine Thesen schuldig. Es handelt sich

letztendlich um eine persönliche Interpretation des Wandels der Elternschaft, einen kulturkritischen Zwischenruf aus der Früher-war-alles-besser-Perspektive. Der kritische Leser fragt sich insbesondere, warum das ‚*King-pair*' überhaupt ein Kind bekommt. Warum wechselt ein (Ehe-)Paar Windeln, anstatt die Zweisamkeit bei einem Wellnesswochenende zu genießen? Warum verzichtet es zugunsten von Kinderkleidung und -spielzeug auf die Fernreise oder das neue Auto? Wie passt die Bildungsexpansion ins Bild? Viele Eltern unterstützen ihre Kinder bis ins dritte Lebensjahrzehnt mit erheblichen Summen, um ihnen eine Hochschulausbildung zu ermöglichen. Im Widerspruch zur Ariès'schen Argumentation steht auch die – empirisch belegte – gewachsene Normativität von Elternschaft. Elternschaft ist heute nicht nur anspruchsvoller als in früheren Zeiten, sondern durch die längere Erziehungs- und Ausbildungsbedürftigkeit der Kinder für die Eltern auch teurer (Kaufmann 2005: 139-140). Für einen Paradigmenwechsel in der innerfamiliären Bedeutung des Nachwuchses gibt es also kaum Anhaltspunkte.

Gegen die Vorstellung, der Gesellschaft und den Eltern seien Kinder weniger wert als während des Ersten Demographischen Übergangs, spricht auch die Stärkung der rechtlichen Position der Kinder und das weit verbreitete Ideal der gewaltlosen Erziehung. Nach Therborn (1993: 254-256) folgt die Ausweitung der Kinderrechte in den westlichen Staaten einem dreistufigen Modell. Die erste Entwicklungsstufe besteht in der Etablierung der kindzentrierten Familie, die sich durch das Prinzip der gleichberechtigten Elternschaft und den Vorrang des Kindeswohls bei Rechtsstreitigkeiten, etwa im Scheidungsfall, auszeichnet. Der zweite Schritt besteht darin, dass allen Kindern, unabhängig vom Familienstand ihrer Mutter, die gleichen Rechte zugesprochen werden, insbesondere das Recht auf einen Vater und das Erbrecht. In der dritten Phase wird schließlich das Recht aller Kinder auf Autonomie und Unversehrtheit, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Familie durchgesetzt. Im Lauf der Zeit ist das Wohl des Kindes im Familienrecht durch die veränderte gesellschaftliche Bewertung von Kindererziehung und Kindheit immer weiter in den Vordergrund gerückt.

2.1.3 ‚*Shift*' 3: Verhütung als Selbstzweck

Van de Kaa setzt den Wandel des Verhütungsverhaltens, der den Zweiten Demographischen Übergang erst ermöglicht hat, in der Reihenfolge seiner ‚*Shifts*' bescheiden an die dritte Stelle. Es ist dem Autor nicht bekannt, ob mit der Reihenfolge eine Bewertung der Wichtigkeit der jeweiligen Veränderungen verbunden ist. Sollte dies der Fall sein, wäre der dritte Platz indes keinesfalls gerechtfertigt. Die Erfindung der Pille war sicherlich das Schlüsselereignis beim Wandel des generativen Verhaltens, dessen Bedeutung weit über den Bereich der Familienplanung hinausgeht. Die traditionellen Methoden der Empfängnisverhütung sind situationsbezogen. Jeder Geschlechtsverkehr ist mit dem Risiko einer Schwangerschaft verbunden. Die Verhinderung einer Schwangerschaft erfordert Planung und Willenskraft. Mit Pille und Spirale tritt ein Paradigmenwechsel ein. Richtig benutzt besteht beim Geschlechtsverkehr nur ein minimales Schwangerschaftsrisiko. Einer Schwangerschaft geht folglich eine bewusste Entscheidung für ein Kind voraus. Die Erfindung der Pille und anderer nicht situationsbedingter effektiver Formen der Empfängnisverhütung hat das Machtgefüge in Beziehungen verändert. Mit Pille und Spirale entscheiden Frauen selbst, ob und wann sie schwanger werden wollen. Die traditionellen Methoden der Empfängnisverhütung – allen voran der Coitus Interruptus – setzten

dagegen die Kooperation des Partners bei der Familienplanung voraus. Die Pille ermöglichte es den Frauen erstmals in der Geschichte, ihre Fruchtbarkeit zu kontrollieren und zu regulieren. Sie ermöglicht es ihnen, ihre Sexualität ohne das Damoklesschwert einer verfrühten oder ungewollten Schwangerschaft zu genießen, und hat damit zum Abbau der traditionellen sexuellen Doppelmoral[18] beigetragen.

Die Entwicklung effektiver Kontrazeptiva hatte nicht nur Auswirkungen auf die Geburtenraten, sondern auch auf den Wandel der partnerschaftlichen Lebensformen. Kondom, Pille, Pessar und Sterilisierung haben eine Revolution des Sexuallebens ausgelöst und die Trennung von „sozialer" und „Fortpflanzungssexualität" ermöglicht. Die sexuelle Revolution, die durch die Erfindung der Pille wenn nicht ermöglicht, so doch zumindest erleichtert wurde, hatte in Verbindung mit dem steigenden Heiratsalter vor allem den Effekt, dass junge Europäer heute vor einer Heirat sexuell erfahrener sind als in früheren Zeiten: „*More than anything else, this is what the sexual revolution has brought: a long period for pre-marital sex, and a plurality of sexual partners over a lifetime becoming a 'normal' phenomenon, in the statistical as well as in a moral sense*" (Therborn 2006: 210). Mit der Abkopplung der Sexualität vom Fortpflanzungsgedanken geht, wie Hall (2003: 53) betont, auch eine Individualisierung der Intimität einher, in deren Folge die Sexualität von einer durch gesellschaftliche Werte und Normen, Geschlechterrollenbilder, geistliche und weltliche Institutionen streng regulierten Notwendigkeit im Interesse des Arterhalts zu einem Vehikel der Selbstverwirklichung und des Ausdrucks von Lebensstilen und der individuellen Persönlichkeit wird. Heute ist es möglich (und auch durchaus üblich), auch zu Zeiten und unter Lebensbedingungen eine sexuelle Beziehung zu führen, die eine Familiengründung ausschließen (Mitterauer 1997: 26). Diese Entwicklung ist natürlich nicht spurlos an den Partnerschaftsformen vorbeigegangen. Zusätzlich zu den eingangs erwähnten strukturellen Veränderungen hat sich auch die Art und Weise, wie Paare ihre Beziehung ausgestalten und leben gewandelt. Das Paar selbst rückt in den Mittelpunkt, die Partnerschaft wird zu einem Umfeld, in dem die Partner ihre individuelle Identität entwickeln und ausdrücken. Bei der alltäglichen Gestaltung des Beziehungslebens verlieren „traditionelle" Werte ebenso an Bedeutung als Leitlinien wie religiöse und gesellschaftliche Institutionen. Die Partner legen individuell fest, wie ihre Beziehung funktionieren soll. Dadurch werden Beziehungen auf der einen Seite flexibler, demokratischer und egalitärer als die patriarchalische Ehe, aber auch instabiler (Hall 2002: 178-179; Hall 2003: 54-55). Einen direkten Zusammenhang zwischen der sexuellen und der Verhütungsrevolution und dem Wandel des Heiratsverhaltens sieht auch Bergmann, die – recht holzschnittartig – argumentiert, dass Männer der Ehe im Grunde skeptisch gegenüber stünden und nur durch die Aussicht auf ein regelmäßiges Sexualleben dazu motiviert werden könnten, vor den Traualtar zu treten:

> "[The improvement of contraception] *contributed to the sexual revolution, which legitimized sex for unmarried women. As sex became easier to obtain for men outside of marriage, their motivation to marry decreased. Abstinence from sex by unmarried girls and women, which made sex hard to get for unmarried men, was previously bolstered by fear of life-ruining pregnancy. That scarcity of easily available sex provided a powerful motive for men to marry*" (Bergmann 2008: 5).

18 Männern wurden vor- und außereheliche „Abenteuer" zugestanden, während der soziale Status einer Frau eng mit ihrer Sittsamkeit und Keuschheit verbunden war (Morcillo 2000: 54).

2.1.4 ‚*Shift*' 4: Pluralisierung der Lebens- und Haushaltsformen

Das vierte Charakteristikum des Zweiten Demographischen Übergangs ist laut van de Kaa, dass „*the once uniform pattern of the nuclear family household comprised of a married couple and their children has been replaced by a much more complex and diverse pattern*" (van de Kaa 1987: 32). Wie die Vorstellung von der „traditionellen" Ehe ist auch die Idee einer „traditionellen" Familie, die in allen Gesellschaftsschichten die gleiche Struktur aufweist, und nach Jahrhunderten der Stabilität Ende der 1960er Jahre in die Krise geraten ist, historisch nicht haltbar. Coontz (1992: 9) ist darin zuzustimmen, dass „*like most visions of a 'golden age', the 'traditional family'* [...] *evaporates on closer examination. It is an ahistorical amalgam of structures, values, and behaviours that never co-existed in the same time and place*".

Familien waren in der vorindustriellen Zeit in erster Linie Wirtschaftseinheiten. Aus diesem Grund waren die Familienstrukturen eng mit der Produktionsweise der jeweiligen Bevölkerungsgruppen verknüpft.[19] Anstatt einer einheitlichen „traditionellen Familie" hat es daher eine große Vielfalt familiärer Lebensformen gegeben. Fast alle heute existierenden Lebensformen haben historische Vorbilder, wenn auch in allenfalls bedingt mit der heutigen Zeit vergleichbaren kulturellen Kontexten. Scheinbar so moderne Familienformen wie die nichteheliche Lebensgemeinschaft und die „Patchworkfamilie"[20] sind keine Erfindungen des späten 20. Jahrhunderts. Die Vielfalt der Familien- und Haushaltsformen dürfte in früheren Zeiten sogar größer gewesen sein als heute, da einige einstmals weit verbreitete Lebensformen verschwunden sind oder stark an Bedeutung eingebüßt haben (Peuckert 2005[6]: 21). Im Gegensatz zur landläufigen Vorstellung, in früheren Zeiten sei die Mehrgenerationenfamilie die dominante Lebensform gewesen, dominierte in Nordwesteuropa traditionell die nur aus der Eltern-Kind-Dyade bestehende Kernfamilie. Im bevölkerungsgeschichtlich weltweit wohl einzigartigen nordwesteuropäischen Heiratsmuster konnte die Neugründung eines Haushalts erst dann erfolgen, wenn die Brautleute über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügten. In der Regel konnte die junge Generation erst nach dem Tod der Eltern oder deren Rückzug auf ein Altenteil heiraten. Dreigenerationenhaushalte waren daher eher die Ausnahme, da in der Regel die finanziellen Mittel junger Paare weder für die Einrichtung eines Altenteils noch für die Neugründung eines Haushalts ausreichten. Das übliche Muster der Haushaltsgründung war somit die Übernahme des elterlichen Haushalts nach dem Tod des Vaters oder die Heirat einer verwitweten, unter Umständen wesentlich älteren Person. Aus diesen Heiratsbeschränkungen ergibt sich ein hohes Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung und ein hoher Prozentsatz lebenslang lediger Frauen und Männer (Oesterdieckhoff 2002: 179; Engelen und Kok 2003: 72). Der Prozentsatz der endgültig ehelosen Frauen liegt in vielen europäischen Staaten heute auf in etwa dem gleichen Niveau wie im Jahr 1900. Ausnahmen sind Schweden, wo die starke Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften der Hauptgrund für die von einem hohen Ausgangsniveau aus deutlich angestiegene Ehelosigkeit ist, sowie das Vereinigte Königreich

---

19 Auf die Frage, wie die Arbeitsorganisation und das Erbrecht die Familien- und Haushaltsbildung in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg beeinflusst haben, kann hier nicht eingegangen werden. Es sei auf die Studien von Mitterauer (1986) zu Österreich oder Faragó (1986) zu Mittelungarn verwiesen.

20 Die historischen Patchworkfamilien entstanden hauptsächlich durch Folgeehen, die aufgrund der Notwendigkeit, nach dem Tod eines der Ehepartner Betrieb und Haushalt weiterzuführen, eingegangen wurden. Aus wirtschaftlichen und arbeitsorganisatorischen Gründen war das Alleinleben keine realistische Option (Oesterdieckhoff 2002: 179).

und Portugal, wo der Ledigenanteil bei den Endvierzigerinnen im Lauf des 20. Jahrhunderts deutlich zurückgegangen ist (Therborn 2006: 182).

Bei den Lebens- und Haushaltsformen gibt es natürlich auch einige „echte" Innovationen. In erster Linie ist dabei der Einpersonenhaushalt zu nennen, der in früheren Zeiten schon aus wirtschaftlichen Gründen kaum möglich war. Zudem galt der Ehestand als notwendige Voraussetzung dafür, einem Haushalt vorzustehen. Ledige, insbesondere ledige Jugendliche, waren daher immer Teil eines Familienhaushalts und standen in hausrechtlicher Abhängigkeit von dessen Haushaltsvorstand, entweder als Kind oder als Gesinde (Mitterauer 1997: 21), das in der in vorindustrieller Zeit üblichen Lebens- und Wirtschaftsform des „ganzen Hauses" als zur Familien- und Hausgemeinschaft zugehörig betrachtet wurde (Peuckert 2005[6]: 21). Eine Neuerung unter den Lebens- und Haushaltsformen ist auch der „Single", verstanden als der *lebenslange Jugendliche*, der die Freiheiten dieser Lebensphase nicht aufgeben möchte und bewusst mit der „Normalbiographie" bricht, indem er sich gegen feste Partnerschaft und Kinder entscheidet (Mitterauer 1997: 22; Opaschowski 2005: 40-47). Der von den genannten Autoren verwendete Singlebegriff ist enger als die Definition von „Single" als eine in einem Einpersonenhaushalt lebende Person, da sich der Single in diesem Verständnis durch spezifische Lebensstile und Werthaltungen auszeichnet. Mit statistischen Daten ist es nicht möglich, Singles im engeren Sinne von Menschen zu unterscheiden, die in einem Einpersonenhaushalt leben, aber einen Partner zur Gründung einer Familie suchen oder in einer nicht koresidentiellen Partnerschaft leben. Kritisch wäre zu hinterfragen, ob es sich bei der in der Diskussion um Singles dominierenden Vorstellung von „Berufsjugendlichen" nicht um eine sehr kleine Gruppe handelt, deren quantitative Bedeutung in keinem Verhältnis zur ihnen zuteil werdenden Aufmerksamkeit steht. Als in historischer Perspektive völlig neues Phänomen sieht Mitterauer (1997: 26) auch die nichtehelichen Lebensgemeinschaften an, die sich qualitativ von den „Ehen ohne Trauschein" früherer Zeiten unterscheiden, da in letzteren eine Heirat angestrebt wurde, die jedoch aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen ausgeschlossen war. Es wird deutlich, dass die Pluralisierung der Lebensformen in erster Linie Jugendliche und junge Erwachsene nach dem Auszug aus dem Elternhaus betrifft. Kritiker der Vorstellung einer Pluralisierung der Lebensformen sprechen daher von einer „Pluralität in Grenzen", da es nur in der Altersgruppe der 20- bis 35-Jährigen zu einer Ausdifferenzierung der Lebensformen gekommen sei. Sie betonen außerdem, dass die Pluralisierung nur den nichtfamilialen Sektor betreffe, während bei den familialen Lebensformen eine gegenläufige Entwicklung zu einer größeren Homogenität zu beobachten sei (Matthias-Bleck 2006: 29).

Als Fazit kann festgehalten werden, dass nicht die Vielfalt der Lebens- und Familienformen neu ist, sondern die Tatsache, dass diese Vielfalt heute zumeist die Folge bewusst getroffener freier Entscheidungen ist und nicht wie in früheren Zeiten vorrangig auf strukturelle Zwänge und fehlende individuelle Wahlmöglichkeiten zurückzuführen ist. Die Neuerungen beim Zweiten Demographischen Übergang liegen folglich nicht so sehr in den Familienstrukturen an sich als vielmehr in der im Vergleich zu früheren Zeiten größeren quantitativen Bedeutung und den sie bedingenden Rahmenbedingungen. Dafür, dass der SDT eine demographische Innovation darstellt, sind vor allem die folgenden Aspekte von Bedeutung:

- Die historische Trendwende bei der sozialen Akzeptanz der Sexualität;
- Die verminderte soziale Kontrolle durch Institutionen und eine größere individuelle Autonomie in Fragen der (Sexual-)Moral;

- Die Entwicklung hocheffizienter Verhütungsmittel und die damit verbundene Plan- und Kontrollierbarkeit der Fortpflanzung durch die Frauen;
- Die verstärkte Bedeutung der Paarbeziehung und die Betonung individueller Erwartungen hinsichtlich des Gewinns aus Lebensgemeinschaften und Partnerschaften;
- Die allgemeine wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen und die damit verbundene steigende Bedeutung von Opportunitätskosten für die Familien- und Lebensplanung;
- Der Abbau der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung bei Austauschprozessen innerhalb von Lebensgemeinschaften (Lesthaeghe 1991: 349).

2.2 Der Wertewandel als Auslöser des Zweiten Demographischen Übergangs

Der Wandel der familien- und geschlechtsbezogenen Wertvorstellungen nimmt im Konzept des Zweiten Demographischen Übergangs eine besondere Stellung ein. Werte sind definiert als grundlegende Vorstellungen davon, was wünschenswert ist. Als solche beeinflussen sie Handlungsarten und -ziele. Aufgrund ihrer Allgemeinheit lassen sich aus ihnen jedoch keine direkten Handlungsanweisungen ableiten. Werte dienen lediglich als allgemeine Wegweiser. Die „Übersetzung" von Werten in mehr oder weniger verbindliche und allgemein gültige Vorschriften, wie man sich in bestimmten Situationen zu verhalten hat, leisten Normen, die im Sozialisationsprozess internalisiert werden, und deren Nichteinhaltung mit Sanktionen geahndet wird. Normen schaffen eine gewisse Regelhaftigkeit und Vorhersehbarkeit des sozialen Handelns. Werte können durch verschiedene, auch widersprüchliche, Normen „übersetzt" werden. Zudem sind Werte (z. T. auch Normen) an einen bestimmten sozialen Kontext gebunden. Neben einem gesamtgesellschaftlich dominanten Wertesystem gibt es zahlreiche Subsysteme, aus denen sich bei einem stärkeren Grad der Abweichung vom dominanten Wertekanon Subkulturen entwickeln können (Peuckert 2000[6]a: 255-259; Peuckert 2000[6]b: 434-438). Das in der gesellschaftlichen Gruppe, in der sich ein Mensch bewegt, gültige Werte- und Normensystem bestimmt, ob ein Verhalten belohnt, geduldet oder sanktioniert wird und definiert so die individuellen Handlungsspielräume. Am Prinzip der Kosten-Nutzen-Maximierung orientierte Erklärungen demographischer Trends greifen folglich zu kurz, weil der Einzelne angesichts der sozialen Kosten seines Handelns nicht alle möglichen ökonomisch rationalen Verhaltensoptionen realisieren kann, aber auch, weil auch die Ziele des Handelns vom individuellen und/oder gesellschaftlichen Wertesystem gesteuert werden und damit unklar ist, ob die ökonomische Rationalität „Henne oder Ei" ist:

> "*Economic rationality* […] *is an instrument of goal attainment that can be applied to a variety of ideational 'end-states'. In this sense, the ideational configuration may lead an economic cost-benefit-calculus rather than being led by it. In addition, moral and normative prescriptions both limit and pattern strategies of action and the cost of deviance may change over time*" (Lesthaeghe & Meekers 1986: 227).

Lesthaeghe (1992: 350) sieht den „Kern" des Zweiten Demographischen Übergangs „*in der Äußerung individueller Autonomie sowie im Recht der Entscheidungsfreiheit des einzelnen*". Voraussetzung dafür ist nicht zuletzt, dass „*die Ära des wachsenden Einflusses*

religiöser und politischer Doktrinen auf das Leben des einzelnen [...] *beendet*" ist. Als die wichtigsten Voraussetzungen für einen Wandel der familienbezogenen Wertvorstellungen werden demzufolge Individualisierung und Säkularisierung angesehen. Beide Prozesse bewirken eine Auflösung traditioneller Lebensformen und ermöglichen damit eine Herauslösung des Individuums aus normativen Bindungen und sozialen Abhängigkeiten. Dadurch öffnen sich neue Handlungsspielräume und Wahlmöglichkeiten, die eine individuelle Gestaltung des Lebenslaufs ermöglichen. Diese neue Freiheit wird jedoch dadurch konterkariert, dass der Mensch in der (post-)modernen Gesellschaft neuen Anforderungen und Zwängen ausgesetzt ist, die sich aus den Regelwerken, Vorgaben und Anspruchsvoraussetzungen ergeben, die Staat und Arbeitsmarkt den Individuen auferlegen (Beck-Gernsheim 1994: 136). Neben Individualisierung und Säkularisierung, auf die im Folgenden näher eingegangen wird, nennen Surkyn und Lesthaeghe (2004: 51-52) Egalitarismus, die Forderung nach Gleichberechtigung der Geschlechter und Toleranz gegenüber Minderheiten, unkonventionelle bürgerliche Moral und Ethik, und die verstärkte Betonung der Beziehungsqualität sowie die gestiegene Toleranz gegenüber Abweichungen von der strikten Ehe- und Sexualmoral, als weitere Punkte, die den Wandel des Familien- und Haushaltsbildungsverhaltens beeinflussen.

Die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs geht davon aus, dass es eine Hierarchie menschlicher Bedürfnisse gibt, die sich modellhaft als eine Pyramide darstellen lässt, an deren Basis die physiologischen Grundbedürfnisse stehen – Hunger, Durst, Schlaf. Sind diese befriedigt, treten der Wunsch nach Sicherheit, Stabilität und Freiheit von Angst in den Vordergrund. Die nächste Schicht stellen die sozialen Bindungsbedürfnisse Zugehörigkeit und Liebe dar. Als nächste Stufe folgen Selbstachtung und Wertschätzung. An der Spitze der Pyramide steht das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung. Die Befriedigung der Bedürfnisse auf allen niedrigeren Stufen ist die *notwendige* Voraussetzung für den Übergang auf eine höhere Hierarchieebene (Thieme 1985: 225; Topp 2007: 267). Da der SDT gewissermaßen der demographische Ausdruck des Bedürfnisses nach Selbstverwirklichung ist, kann er erst einsetzen, wenn eine Gesellschaft einen gewissen materiellen Wohlstand erreicht hat und ihren Mitgliedern Sicherheit und Stabilität garantieren kann.

Weitere strukturelle Voraussetzungen für den SDT sind die Bildungsexpansion als „*Katalysator des Wertewandels*" (Klages 2001: 732) und der Übergang von der fordistischen zur postfordistischen Gesellschaft. Leitbegriff des Fordismus war *Standardisierung*. Dies gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für das Privatleben, wo die eheliche Kernfamilie mit strikter geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung zum allgemeinen Leitbild wurde (Wood 2003: 140). Durch den Wandel des wirtschaftlichen Akkumulationsregimes hat sich auch das Arbeitsleben verändert. Von den Beschäftigten wird zunehmend Mobilität und Flexibilität erwartet, die Zahl der in „atypischen" – prekären und befristeten – Arbeitsverhältnissen Beschäftigten steigt. Über Jahrzehnte geregelte Arbeits-, Zeit und Einkommensgerüste, die als Basis einer langfristigen Lebensplanung dienen könnten, werden immer mehr zur Ausnahme. Von großer Bedeutung für den sozialen Wandel ist schließlich die zunehmende Erwerbsorientierung der Frauen (Menzl 2007: 14-15). Die genannten Faktoren untergraben das Modell der Versorgerehe mit in Vollzeit berufstätigem Ehemann und Hausfrau. Es fällt nicht nur der Aspekt der langfristigen Planbarkeit des Lebenslaufs – sowohl in wirtschaftlicher als auch in räumlicher Hinsicht – weg, sondern auch die ehestabilisierende Wirkung der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Frauen und Kindern vom Versorger.

2.2.1 Individualisierung

Durch die Betonung der individuellen Autonomie haben Institutionen aller Art an Bedeutung verloren. Der Einzelne lässt sich von außen immer weniger in seinen Entscheidungen beeinflussen, sondern bildet sich eine eigene Meinung, die insbesondere in Fragen der (Sexual-)Moral und des Familienlebens verstärkt von den sogenannten „traditionellen" Wertvorstellungen abweicht. Nach Laplante (2006: 5) kann man „Individualisierung" definieren als

> "*a process in which 1) the traditional notion of the individual as simply the indivisible empirical unit of the human species, as an interchangeable unit defined by its position within society or as the sum of the various qualities that may describe him rather than by its personality, is replaced by the notion of the individual as a moral entity with universal value, each unit of the species being seen as a special incarnation of this moral entity, and in which 2) society — as well as the understanding of it —, previously organized around society itself, the nation or God, is reorganized along this new notion of the individual".*

Individualisierung hat drei Bedeutungsdimensionen: Die Befreiung des Einzelnen aus traditionellen Kontrollen, den Verlust traditioneller Stabilitäten und das Hervortreten neuer Bindungen, Zwänge und Kontrollen. Primäre (Kontroll-)Institutionen, etwa die Dorfgemeinschaft, werden durch sekundäre Institutionen, z.B. den Wohlfahrtsstaat oder den Arbeitsmarkt, ersetzt. Dadurch wandelt sich auch die Art der gesellschaftlichen Kontrolle, die das Leben des Individuums steuert und strukturiert, von einer direkten, mit Sanktionen bei Fehlverhalten verbundenen Form, zu einer indirekten Form, die eher mit Anreizen Wohlverhalten belohnt. Die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen nimmt dadurch zu – er oder sie trägt allerdings auch die alleinige Verantwortung für die getroffenen Entscheidungen. Es können jedoch nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen von den erweiterten Handlungsspielräumen profitieren. Inwieweit das Individuum die Freiheit hat, sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen zu gestalten, hängt nicht zuletzt von den zur Verfügung stehenden Ressourcen ab (Scherger 2009: 111). Individualisierung hat also nicht nur den positiven Effekt größerer persönlicher Freiheiten in der Gestaltung des eigenen Lebensverlaufs und in der Weiterentwicklung der eigenen Persönlichkeit, sondern auch eine Kehrseite, die sich durch die Einbindung in Institutionen ergibt, die mit ihren Regelwerken die neu gewonnene Freiheit wieder beschneiden. Der Verlust traditioneller Stabilitäten ist ebenfalls ein zweischneidiges Schwert. Einerseits ergeben sich durch die Auflösung von Klassen- und Standesschranken neue Chancen für in früheren Zeiten aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft oder ihrer Rasse benachteiligte Gruppen, andererseits ist damit aber auch eine Individualisierung sozialer Risiken[21] verbunden. Der Einzelne muss die Konsequenzen seiner (Fehl-)Entscheidungen selbst tragen, da die „klassischen Schutzvorrichtungen" – Familie, Bildung und Beruf – instabiler, unberechenbarer und damit weniger kalkulierbar werden. Neu ist nicht unbedingt die Individualisierung an sich, sondern die Tatsache, dass es sich in den westlichen Industriestaaten als Folge der gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse nicht mehr nur kleine, elitäre Minderheiten leisten können, ihre „*riskanten Chancen*" zu nutzen, sondern dass der Individualisierungsprozess die Bevölkerung in ihrer ganzen

21 Vgl. dazu auch Beck (1986: 115-129)

Breite erfasst hat (Beck-Gernsheim 1994: 127-139). Dabei ist zu beachten, dass die Individualisierung eine strukturelle und eine kulturelle Komponente hat. Erstere bezieht sich auf die Existenz erweiterter Handlungsspielräume, letztere auf die gesellschaftliche Legitimation, diese auch nutzen zu können. Der Individualisierungsprozess kann erst dann einsetzten, wenn sich *sowohl* die strukturellen *als auch* die kulturellen Zwänge verringern (Scherger 2009: 111-112).

Für den Wandel des generativen Verhaltens ist die Individualisierung insofern eine wichtige Voraussetzung, als sich der Einfluss primärer Institutionen wie etwa der Herkunftsfamilie oder der Kirche reduziert und weniger vorhersehbar ist. Sofern die entsprechenden monetären und nicht-monetären Ressourcen vorhanden sind, *kann* sich der Einzelne in seinem Familienbildungsverhalten den Vorgaben dieser Institutionen widersetzen, wobei noch nicht gesagt ist, dass er oder sie das auch *will*. Auf der anderen Seite wächst der Einfluss der sekundären Institutionen. Beispiele für die eher indirekte Steuerungswirkung dieser Institutionen sind etwa das Paar, das heiratet, „um Steuern zu sparen" oder die nicht realisierten Kinderwünsche durch die fehlende Vereinbarkeit von Ausbildung oder Beruf und Familie.

2.2.2 Säkularisierung

Säkularisierung kann man nach Wunder (2005: 74) als „*die Transformation von Religion unter den Bedingungen der Moderne*" definieren. In diesem Sinne ist die Ausbreitung säkularer Weltanschauungen wie Atheismus oder Humanismus nur ein Teil und keineswegs die Kernaussage des Konzepts „Säkularisierung". Unter Säkularisierung ist folglich nicht das Verschwinden der Religion und des Glaubens zu verstehen, sondern deren Wandel. Dieser Wandel führt sowohl zu Erosionserscheinungen als auch zu neuen Sozialformen der Religion. Auf der einen Seite breitet sich religiöse Indifferenz aus, nimmt die Teilnahme am religiösen Gemeinschaftshandeln ab und verwischen sich die Konfessionsgrenzen. Auf der anderen Seite gewinnen religiöser Fundamentalismus und Sekten, aber auch nicht-institutionalisierte Sozialformen von Religion – laut Wunder (2005: 136) der „*bedeutsamste religiöse Output des Säkularisierungsprozesses*", zunehmend Anhänger. Mit der Deinstitutionalisierung ist eine Privatisierung der Religion verbunden. Eine wachsende Zahl von Gläubigen weigert sich, die Dogmen der Kirchen als Richtschnur für ihre individuelle Religiosität zu übernehmen und „basteln" sich ihre eigene Glaubenswelt (Wunder 2005: 80-144). Diese Tendenz zur „Bastelreligion" betrifft vor allem Kirchenmitglieder:

> „*Die alte Kirchenreligion zerfällt von innen heraus, sie desintegriert. Die zurückbleibenden Zerfallsprodukte rekombinieren sich mit anderem Traditionsmaterial sowie neuen religiösen Innovationen, verbleiben aber zu erheblichen Teilen innerhalb des entkernten Stahlgerüsts der kirchlichen Institutionen*" (Wunder 2005: 105).

Die Hauptleidtragenden der Säkularisierung sind folglich in erster Linie die religiösen Institutionen. Am Ende des Prozesses steht daher nicht die postreligiöse, sondern die postkonfessionelle Gesellschaft, die sich dadurch auszeichnet, dass es kein gesellschaftlich dominantes Religionsmodell mehr gibt, das als Maßstab zur Definition von religiöser Devianz herangezogen werden kann. Die oben skizzierten Entwicklungen führen zudem zu einer zunehmenden Instabilität von Religion in der postkonfessionellen Gesellschaft.

Da das Christentum besonders stark institutionalisiert ist, dürfte es auch stärker als andere Religionen von der Säkularisierung betroffen sein (Wunder 2005: 91; 144-146).

Religion und Religiosität gelten als wichtige Einflussfaktoren auf das generative Verhalten. So haben praktizierende Gläubige, die den Lehren der Kirche folgen, häufig überdurchschnittlich viele Kinder (Spéder & Kamarás 2008: 645). Dies wird auf einen erhöhten Traditionalismus, die pronatalistische Ideologie der Religionsgemeinschaften und negative Einstellungen zur Empfängnisverhütung zurückgeführt. Bei religiösen Personen wird auch eine erhöhte Heiratswahrscheinlichkeit konstatiert, die mit der Ablehnung vorehelicher Intimbeziehungen und Lebensgemeinschaften insbesondere durch die katholische Kirche und den sakralen Charakter, den die Ehe für die Gläubigen hat, begründet wird (Lois 2008: 19-20). Die Religiosität und Kirchlichkeit einer Person beeinflussen auch die Einstellungen zum Sexualverhalten (Caltabiano et al. 2006), wobei allerdings die Vorstellungen und das Verhalten der Gläubigen flexibler zu sein scheinen als die Lehren und Dogmen der Kirchen (Garcia Ballesteros 1998: 417). Der Zusammenhang von Religion bzw. Religiosität und dem generativen Verhalten ist nicht immer eindeutig. So sind länderspezifische Ausnahmen bei Zusammenhängen von Religiosität und generativem Verhaltens keineswegs ungewöhnlich. Philipov und Berghammer (2007: 291-295) stellen beispielsweise in ihrer Studie zum Einfluss der individuellen Religiosität auf Kinderwunsch und tatsächliche Kinderzahl in Europa fest, dass religiöse Frauen in den meisten untersuchten Ländern mehr Kinder haben und wünschen und eher willens sind, auch ein zweites oder drittes Kind zur Welt zu bringen. In Estland ist dagegen sowohl die tatsächliche Kinderzahl als auch die Absicht, ein zweites Kind zu bekommen, bei Frauen, die sich selbst als nicht religiös einstufen, höher als bei denen, die angeben, gläubig zu sein. In Bulgarien ist der Zusammenhang zwischen Kirchgangshäufigkeit, idealer und tatsächlicher Kinderzahl sowie der Intention, ein zweites Kind zu bekommen, sogar negativ. Auch der Zusammenhang von Scheidungshäufigkeit und Grad der Religiosität einer Gesellschaft ist nicht grundsätzlich negativ. Daten zur Beziehungsinstabilität deuten zwar darauf hin, dass Ehen in katholisch geprägten Staaten Europas stabiler sind als in stärker säkularisierten Ländern (Andersson 2003: 9). Beziehungen in den USA sind dagegen unabhängig von ihrer Form deutlich instabiler als in Europa, obwohl der Glaube im Leben der Menschen eine wesentlich größere Bedeutung hat als in der alten Welt (Frejka & Westoff 2006: 5-6). Fast 40% der Ehen ohne vorheriges Zusammenleben der Partner enden in den Vereinigten Staaten innerhalb von 15 Jahren vor dem Scheidungsrichter, in Europa sind es dagegen nur 15 bis 25% (Andersson 2003: 8).

Die Säkularisierung ist für Norris und Inglehart (2004: 14) eine wichtige Voraussetzung für sozialen Wandel, insbesondere im Bereich der familienbezogenen Wertvorstellungen:

> "*The process of secularisation tends to bring systematic cultural changes that move in a predictable direction, diminishing the importance of religion in people's lives and weakening allegiance to traditional cultural norms, making people more tolerant of divorce, abortion, homosexuality and cultural change in general.*"

Auch die Ergebnisse einer von Sobotka und Adigüzel (2002: 13-14) durchgeführten Studie zum Einfluss der Religiosität auf regionale Unterschiede im generativen Verhalten in den Niederlanden belegen, dass die unter dem Schlagwort des Zweiten Demographischen Übergangs zusammengefassten demographischen Veränderungen in engem

Zusammenhang mit dem regionalen Säkularisierungsgrad stehen. Inwieweit der Säkularisierungsprozess und die in seinem Gefolge erwartete Liberalisierung der familienbezogenen Wertvorstellungen und der Sexualnormen einen Automatismus darstellen, der von religiösen Bevölkerungsgruppen ohne große Gegenwehr hingenommen wird, sei dahingestellt. Die USA sind ein Beispiel, wo Säkularisierung und nonkonformistische Tendenzen zur Entstehung einer Gegenbewegung in Gestalt der religiösen Rechten geführt haben (Lesthaeghe & Neidert 2009: 399-400). Der amerikanische „Kulturkampf"[22] kreist vor allem um Fragen der sexuellen Selbstbestimmung sowie die von bestimmten gesellschaftlichen Gruppierungen postulierte Krise der Ehe und der „traditionellen Familienwerte". Dabei bilden sich Wertekoalitionen mit dem Ziel, den als schädlich konstruierten sozialen Wandel durch aktive Lobbyarbeit in Form von Graswurzelbewegungen aufzuhalten und eine Rückkehr zu „traditionellen" Werten und Normen herbeizuführen. Sozialer Wandel wird also nicht nur zugelassen, sondern aktiv gestaltet.[23]

McQuillan (2004: 49-50) identifiziert drei Voraussetzungen, damit die Religion einen Einfluss auf das generative Verhalten eines Menschen hat:

1.) Die oder der Betreffende muss einer Religionsgemeinschaft angehören, deren Lehre Verhaltensnormen zu Sexualität, Familienleben und/oder Geschlechterrollen vorgibt.
2.) Die Religionsgemeinschaft muss über die Mittel verfügen, die Gläubigen über ihre familienbezogenen Lehren zu informieren und normwidriges Verhalten sanktionieren bzw. normkonformes Verhalten belohnen zu können.
3.) Der Einfluss der religiösen Lehren auf das Verhalten des Einzelnen ist umso größer, je stärker die Verbundenheit mit der Kirche ist. Dies gilt insbesondere, wenn die Mitgliedschaft in einer bestimmten Religionsgemeinschaft mit einer nationalistischen Bewegung in Zusammenhang steht oder wenn in der Heimatregion Konflikte oder ein starker Wettbewerb zwischen verschiedenen ethno-religiösen Gruppen herrscht.

Es gibt jedoch auch Studien, die darauf hindeuten, dass allein die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft, unabhängig von den oben genannten Punkten, einen Einfluss auf familienbezogene Wertvorstellungen hat. So haben beispielsweise Kirchenmitglieder in den USA generell eine negativere Einstellung gegenüber Lesben und Schwulen als Personen, die keiner Glaubensgemeinschaft angehören. Dies gilt auch für Personen, die einer Kirche angehören, die Homosexualität ausdrücklich toleriert (Brumbaugh et al. 2008: 348).

Unter Berücksichtigung der Wunder'schen Thesen zur Natur der Säkularisierung ist zu erwarten, dass sich in Zukunft der Einfluss der Religion auf das generative Verhalten vermindert und weniger vorhersagbar sein wird. In einer postkonfessionellen Gesellschaft wird es für die Religionsgemeinschaften immer schwerer, ihre Vorstellungen zum Familien- und Sexualleben als allgemeinen Standard durchzusetzen, insbesondere, wenn die eigenen Anhänger ihre individuellen moralischen Standards zum Familien- und Sexualleben definieren, anstatt sich an den Lehren der Kirchen zu orientieren.

---

22 Zum „Kulturkampf" in den USA siehe Lesthaeghe & Neidert (2007).

23 Ein Beispiel dafür ist etwa die „Pledging"-Bewegung in den USA, eine vorrangig im Milieu der fundamentalistischen Protestanten verwurzelte Jugendbewegung, die voreheliche Enthaltsamkeit propagiert und die Initiierung eines Bewusstseinswandels unter den Jugendlichen hin zu einer an „traditionellen Werten" orientierten Sexualmoral anstrebt (Uecker 2008: 728-732).

2.2.3 Pfadabhängigkeiten beim Wertewandel

Die in einer Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt bestehenden Werte und Normen sind das Ergebnis einer spezifischen geschichtlichen Prägung (Bosveld 1996: 35). Gleichzeitig sind die Institutionen, die diese Gesellschaft aufgebaut hat, unter dem Einfluss von und im Einklang mit den vorherrschenden Wertvorstellungen entstanden. Dies gilt in besonderem Maß für die Institution Familie, die sowohl als historisches und kulturelles als auch als ideologisches Konstrukt aufgefasst werden kann. Familie als ideologisches Konstrukt spiegelt nicht nur die grundlegenden Wertvorstellungen einer Gesellschaft wider, sondern stellt auch eine normative Idealvorstellung davon dar, wie das partnerschaftliche Zusammenleben von Frauen und Männern (und gegebenenfalls deren Kindern) aussehen und funktionieren sollte. Das ideologische Konstrukt Familie wird durch gesellschaftliche Werte und Institutionen wie Religion, Rechts- und Bildungssystem nicht nur geschaffen, sondern auch stabilisiert (Oinonen 2000: 141-142). Diese Rahmenbedingungen beeinflussen zugleich auch die Möglichkeiten, Richtung und Geschwindigkeit des Wandels familialer Lebensformen. Veränderungen in den Bereichen Fortpflanzung und Zusammenleben folgen dementsprechend wenigstens teilweise einem durch die Geschichte und die institutionelle Ausstattung eines Staates vorgegebenen Entwicklungspfad. Da beide Faktoren einzigartige Alleinstellungsmerkmale des jeweiligen Landes sind, erklären sich dadurch die zwischen verschiedenen Nationen bestehenden Unterschiede im Fertilitäts- und Familienbildungsmuster (Bosveld 1996: 35). Norris und Inglehart (2004: 14) zufolge hinterlässt insbesondere die historische religiöse Prägung in einer Gesellschaft Spuren, die sich nachhaltig auf familienbezogene Werte und Normen, etwa zur Akzeptabilität von Scheidung und Homosexualität, aber auch im Bereich der Geschlechterrollenbilder auswirken. „*Where a society starts from continues to influence where it is at later points in time.*" Daraus ergibt sich, dass eine Wertekonvergenz zwischen Gesellschaften nur dann möglich ist, wenn der Wertewandel in der „traditionelleren" mit einer größeren Geschwindigkeit vonstattengeht als in der „moderneren", da für eine Konvergenz zunächst die Unterschiede in der historischen Prägung „überwunden" werden müssen. Die historische Prägung ist nicht nur auf der nationalen Ebene und im internationalen Vergleich von Bedeutung, sondern auch ein wichtiger Baustein zur Erklärung von regionalen und lokalen Entwicklungsunterschieden (Micheli 2004a: 29).

2.3 Grundsätze der Ausbreitung demographischer Innovationen: Das RWA-Modell

Der Wandel des generativen Verhaltens in den Industriestaaten kann als demographische Innovation aufgefasst werden, die von bestimmten Räumen und gesellschaftlichen Gruppen ausgeht und im Lauf der Zeit in andere Bevölkerungsgruppen und Regionen expandiert. Zur Erklärung der Ausbreitung demographischer Innovationen greift die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs auf das Anfang der 1970er Jahre von Ansley Coale entwickelte RWA-Modell zurück, wonach ein Wandel im generativen Verhalten nur dann möglich ist, wenn drei Vorbedingungen gleichzeitig erfüllt werden:

- ***R**eadiness*: Der Nutzen einer Verhaltensänderung muss größer sein als ihre ökonomischen, sozialen und psychologischen Kosten.

- ***W**illingness*: Das neue Verhalten muss mit den herrschenden religiösen und ethisch-moralischen Standards vereinbar sein[24].
- ***A**bility*: Die praktische Umsetzbarkeit muss sichergestellt sein. Es darf keine technischen oder rechtlichen Barrieren geben (Sobotka 2008a: 194).

Eine demographische Innovation wird sich nicht durchsetzen, wenn eine der genannten Vorbedingungen nicht erfüllt wird (Flaschenhalskriterium). Welche der Vorbedingungen den „Flaschenhals" darstellt, hängt in der Regel vom historischen Kontext ab. Das Flaschenhalskriterium kann im Verlauf des Innovationsdiffusionsprozesses wechseln. Durch Änderungen bei einer der drei Vorbedingungen kann die Rolle des Innovationsinhibitors auf ein anderes Kriterium übergehen („*leapfrogging*").[25] Das RWA-Modell lässt sich sowohl auf der Makro- als auch auf der Mikroebene anwenden. Damit kann die Bildung von Subgruppen erklärt werden, die ein abweichendes Muster des generativen Verhaltens oder eine abweichende Geschwindigkeit der Innovationsdiffusion aufweisen (Lesthaeghe & Neidert 2007: 3). Auf der Mikroebene sind sowohl individuelle Charakteristika der jeweiligen Akteure als auch Netzwerkeffekte von Bedeutung. Ein besonders großes Gewicht haben die Meinungen und das Verhalten enger Verwandter und Freunde. Die Wahrscheinlichkeit der Übernahme einer demographischen Innovation steht folglich in einem engen Zusammenhang mit dem Grad der individuellen Autonomie bzw. der sozialen Kontrolle, dem ein Individuum ausgesetzt ist. Die Ausbreitung demographischer Innovationen folgt einem „Ansteckungseffekt", bei dem der Kontakt eines Individuums mit sozialen Netzwerken von entscheidender Bedeutung ist (Lesthaeghe & Neels 2002: 328-329). Geschwindigkeit und Ausmaß der „Ansteckung" hängen vom Grad der Permeabilität der jeweiligen sozialen Gruppen ab. Da Personen mit vergleichbaren Werthaltungen und Lebensentwürfen, die vom gesellschaftlichen Mainstream abweichen, dazu tendieren, abgeschlossene Netzwerke bilden, kann es zur Entstehung von gesellschaftlichen Subgruppen kommen (Lesthaeghe & Vanderhoeft 2001: 252-253). Je nach ihrer numerischen Bedeutung und dem Grad der Impermeabelität kann die Existenz solcher Subgruppen zu Entstehung spezifischer Fertilitäts- und Familienbildungsmuster führen, bzw. zur Erhaltung regionaler Besonderheiten im generativen Verhalten beitragen, soweit sich die entsprechenden Gruppen in bestimmten Räumen konzentrieren.

Die räumliche und soziale Ausbreitung einer demographischen Innovation erfolgt von einem Innovationszentrum aus, bis sie auf Barrieren trifft. Diese Barrieren können ökonomischer, kultureller oder kommunikativer Natur sein. Für den Prozess der Innovationsdiffusion sind folglich auf der Makroebene beobachtbare sozioökonomische, kulturelle und räumliche Variablen von entscheidender Bedeutung. Für die räumliche Ausbreitung neuer Formen des generativen Verhaltens gelten zwei Grundsätze:

---

24 Für Lesthaeghe und Vanderhoeft (2001: 244) steht die W-Bedingung in engem Zusammenhang mit der Säkularisierung. Sie hat dabei vier Dimensionen: „*First, the W condition deals with the* legitimacy *of interfering with nature or with a 'natural order' as a cultural construction. Second, it deals with the belief in the* power *that individuals have to alter this natural order, and hence W depends, inter alia, on dimensions such as fatalism. Third, the W condition depends on the degree of internalization of traditional believes and codes of conduct. And fourth, W depends on the severity of sanctions* […] *attached to transgressions of normative prescriptions*." (Hervorhebungen im Original)

25 Ein Beispiel für „*leapfrogging*" im Innovationsdiffusionsprozess wäre die Aufhebung rechtlicher Hürden, etwa eines Verhütungsmittelverbots. Nach Wegfall des A-Kriteriums als wichtigste Barriere der Innovationsdiffusion würde eines der anderen Kriterien die Rolle des „Flaschenhalses" übernehmen – das R-Kriterium, falls die Kosten der Familienplanung ihren Nutzen überschreiten, oder das W-Kriterium, wenn die Nutzung von Verhütungsmitteln als moralisch nicht vertretbar eingestuft wird.

- „*Spatial diffusion of a new form of behaviour will essentially be shaped by the spatial patterning of the bottleneck condition*."
- „*New innovations corresponding to new opportunities commonly replace older ones according to the same principles, and if the locus of innovation and the barriers remain similar, there should be historical, social or spatial continuity from one innovation wave to the next*" (Lesthaeghe & Neels 2002: 329-330).

Das RWA-Modell bettet den Wandel des generativen Verhaltens in den sozioökonomischen, kulturellen und rechtlichen Kontext ein und ermöglicht so die Identifizierung von Barrieren, welche die räumliche oder gesellschaftliche Ausbreitung des SDT behindern. Es können aber auch Rahmenbedingungen aufgedeckt werden, die nach dem Wegfall eines „Flaschenhalses" den Zweiten Demographischen Übergang begünstigen (Sobotka 2008a: 194). Aus dem RWA-Modell kann ebenso abgeleitet werden, warum es unzulässig ist, aus niedrigen Anteilen unehelicher Geburten und nichtehelicher Lebensgemeinschaften die Aussage abzuleiten, dass die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs als widerlegt anzusehen ist, da in der untersuchten Region kein Wertewandel stattgefunden habe. Die Befürworter des Konzepts werden nicht müde, zu betonen, dass der SDT ein Multifaktoransatz ist, in dem der Wertewandel zwar die tragende Säule des Theoriegebäudes darstellt, aber keineswegs der einzige relevante Faktor ist:

> "*[T]he shift towards 'unconventional' values, often occurring via a succession of generations, is by no means the only factor that has shaped the 'second demographic transition' in the West, but it has been a* non-redundant *factor in sustaining a long-term demographic trend through periods of slower and faster economic growth alike*" (Lesthaeghe & Surkyn 2002: 203, Hervorhebung im Original).

Das RWA-Modell liefert die Begründung dafür, dass der Wandel familienbezogener Wertvorstellungen nicht zwingend zu einem Wandel des generativen Verhaltens führen muss. Die „unkonventionellen" Werte werden nur dann in ein verändertes Familienbildungsverhalten übersetzt, wenn sich das veränderte Verhalten „rechnet". Ist dies nicht der Fall, besteht auch kein Grund vom konventionellen Muster der Familiengründung und -erweiterung abzuweichen. Bevor die Theorie als Erklärungsansatz zurückgewiesen werden kann, ist folglich zuerst zu prüfen, ob nicht ein „latenter" Zweiter Demographischer Übergang stattgefunden hat, dessen Entfaltung durch ökonomische, rechtliche oder institutionelle Barrieren blockiert wird.[26] In diesem Fall wäre die Theorie nicht abzulehnen, sondern zu erweitern, da die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass die SDT-Sequenz ablaufen wird, wenn die Barrieren wegfallen.

---

26 Ein Beispiel für einen „latenten" Zweiten Demographischen Übergang ist Spanien, das einen spektakulären Wandel von einem konfessionellen Staat während der nationalkatholischen Franco-Diktatur zu einem Land, in dem breite Bevölkerungsschichten Umfragen zufolge nichteheliche Lebensgemeinschaften, uneheliche Geburten oder homosexuelle Beziehungen als nicht verwerflich ansehen und ein völliges Desinteresse an der Kirche und ihren Glaubensinhalten an den Tag legen (Collado Seidel 2008: 307-312). Die hohe gesellschaftliche Akzeptanz des unverheirateten Zusammenlebens hat sich jedoch zunächst nicht in einem Bedeutungsgewinn dieser Lebensform niedergeschlagen (Castro Martín & Domínguez Folgueras 2008: 54). Die geringe Zahl unverheiratet zusammenlebender Paare sollte nicht vorschnell als eine Inkompatibilität dieser Lebensform mit der spanischen Kultur interpretiert werden, ohne die institutionellen Barrieren und den generellen Aufschub der Familiengründung zu berücksichtigen: „*Low levels of cohabitation are not necessarily linked to a rejection of this type of partnership, but seem to be related to the difficulties the younger generations have in achieving family formation, thus remaining with their families of origin until their thirties. Family structures are only apparently traditional and might indicate that old models are not viable anymore, even if new models have not yet been established*" (Tobío 2001: 69). Den „Flaschenhals" scheinen in Spanien insbesondere ökonomische Faktoren – die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die geringe Zahl von Mietwohnungen – darzustellen (Castro Martín & Domínguez Folgueras 2008: 65).

Das RWA-Modell wird in dieser Arbeit nur verwendet, um den aktuellen Stand und die zukünftige Entwicklung des Zweiten Demographischen Übergangs in den MOE-Staaten aufzuzeigen und zu interpretieren. Prinzipiell ist es auch möglich, die Diffusion demographischer Innovationen mathematisch nachzuvollziehen (Lesthaeghe & Neels 2002: 327-328), allerdings sind dazu – insbesondere, wenn die Mikroebene untersucht werden soll – umfangreiche Befragungsdaten notwendig. Auch wenn es empirisch schwer greifbar ist, hat das RWA-Modell als Interpretationshilfe drei wichtige Vorteile:

- Das RWA-Modell ermöglicht die Integration ökonomischer und nichtökonomischer Erklärungsansätze zur Ausbreitung demographischer Innovationen.
- Die argumentative Sackgasse eines Gegeneinanders ökonomischer und kultureller Erklärungsmodelle wird durch die Perspektive eines „Miteinanders" ersetzt.
- Das Modell verdeutlicht, dass der demographische Wandel in Abhängigkeit von der Verortung einer Gesellschaft in einem dreidimensionalen RWA-Raum und der Geschwindigkeit des Wandels individuelle Entwicklungspfade aufweisen kann und keinem Einheitsmuster folgen muss (Lesthaeghe & Vanderhoeft 2001: 261-262).

Die Arbeit mit der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs erfordert also eine sorgfältige Analyse der gesellschaftlichen, politischen *und* wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Dabei sollte immer auf mögliche Flaschenhalskriterien geachtet werden, mit denen nicht theoriekonforme Ausprägungen demographischer Variablen erklärt werden könnten.

2.4 Die geographische Dimension des SDT

In der Demographie und der Familiensoziologie werden Prozesse der Familiengründung und -erweiterung überwiegend auf der nationalen Ebene untersucht. Die wenigen vorliegenden Studien mit regionalem Bezug beschäftigen sich vorrangig mit Stadt-Land-Gegensätzen (Kulu & Boyle 2007: 3-4). Das Ausblenden der regionalen und lokalen Ebene ist insoweit problematisch, als damit auch der kulturelle und sozioökonomische Kontext, in dem familienbezogene Entscheidungen getroffen werden, in der Analyse unberücksichtigt bleiben muss (Duncan & Smith 2006: 3). Mit der Nichtberücksichtigung der verhaltensbeeinflussenden Einbettung in soziale Systeme und regionale Subkulturen geht ein erheblicher Informationsverlust[27] einher, auch wenn mit Individualdaten gearbeitet wird. Erschwerend kommt hinzu, dass durch räumliche Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt, bei den Einkommen und im Bildungswesen auch die ökonomischen Voraussetzungen für die Gründung und Erweiterung einer Familie in den verschiedenen Teilräumen eines Landes unterschiedlich sind. Vor diesem Hintergrund ist der potenzielle Beitrag der Geographie zu einem besseren Verständnis des Wandels des Gebärverhaltens in den Industrieländern nicht zu unterschätzen: *„[I]t has become increasingly clear that geographical variations in patterns of fertility*

27 Ein Informationsverlust durch Generalisierung kann natürlich auch bei einer regionalen Betrachtungsweise nicht ausgeschlossen werden. Eine statistische Region kann mehrere Räume mit unterschiedlichem generativem Verhalten umfassen. Denkbar ist auch, dass eine in demographischer Hinsicht einheitliche Region von Verwaltungsgrenzen durchschnitten wird. Unabhängig vom Problem der Regionsabgrenzung ist bei der Interpretation von ähnlichen Mustern des generativen Verhaltens in verschiedenen Raumeinheiten zu berücksichtigen, dass diese das Ergebnis unterschiedlicher sozialer Prozesse sein können (Duncan & Smith 2006: 7).

[...] *provide clues about the validity of some of the most widely quoted and powerful demographic concepts.*" (Boyle 2003: 616).[28] Dies gilt z.B. für die Diskussion, ob eine Konvergenz des generativen Verhaltens in den Industrieländern zu erwarten ist, die im Zuge der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs geführt wird (Boyle 2003: 619). Die Bevölkerungsgeographie, als Raumwissenschaft für eine regionale Sichtweise prädestiniert, ist jedoch, wie Boyle (2003: 615-616) beklagt, auf die Untersuchung von Wanderungen fokussiert, und blendet so die Themenblöcke Fertilität in Industrieländern und partnerschaftliche Lebensformen fast völlig aus.

Ein anderer Aspekt, bei dem sich eine regionale Betrachtungsweise als hilfreich erweisen könnte, ist die Frage der Ausbreitung demographischer Innovationen. Als Innovatoren werden insbesondere junge, urbane, gut ausgebildete Frauen und Männer angesehen, die nicht religiös sind. Im Lauf der Zeit folgen alle gesellschaftlichen Gruppen ihrem Beispiel, mit der Konsequenz, dass sich die Unterschiede im generativen Verhalten zwischen den Landesteilen und Bevölkerungsgruppen im Verlauf des Innovationsdiffusionsprozesses verringern. Eine geographische Sichtweise kann über die Analyse des Transformationsprozesses zum besseren Verständnis des Wandels des generativen Verhaltens beitragen (de Beer & Deven 2000: 3). Gegebenenfalls müssen Modifikationen am Modell der Innovationsdiffusion vorgenommen werden, da der regionale soziale Kontext als Einflussfaktor hinzutritt. Regionale soziale Kontexte bestehen aus drei Komponenten – dem sozialen Bezugsrahmen (z.B. regionale Normensysteme), dem kulturellen Bezugsrahmen (z.B. regionale Wertesysteme) und den Opportunitätsstrukturen (z.B. regionale Arbeitsmärkte). Daneben wirkt der regionale Faktor über soziale Kontrolle und selektive Migration[29] auf das generative Verhalten (Hank 2002: 6-8), aber auch über unterschiedliche Konstruktionen von Weiblichkeit und Mutterschaft. Regionale Kontexteffekte entziehen sich weitgehend der statistischen „Erklärung" und stellen deshalb gerade für quantitative Studien eine Herausforderung dar. Die Bedeutung regionaler und lokaler ‚*Gender contracts*', deren Entstehung nur aus der Wirtschafts- und Sozialgeschichte einer Region erklärt werden kann, für das Familienbildungsverhalten zeigen Duncan und Smith (2002) und McDowell und Massey (1994) für Großbritannien sowie Forsberg (1998) für Schweden. Auf Grenzen des Konzepts weisen McDowell et al. (2005: 230-231) hin. Insbesondere in durch hohe Mobilität geprägten, sozial durchmischten lokalen Kontexten scheinen sich ‚*Gender contracts*' nicht ausbilden zu können. Die Autoren sehen Indizien dafür, dass familienbezogene Wertvorstellungen nicht statisch sind, sondern flexible Konstrukte darstellen, die unter Berücksichtigung von Erfahrungen und den äußeren Umständen ständig reinterpretiert werden.

---

28 Eine Gegenposition dazu vertritt Compton (1991: 74-75), der argumentiert, dass die Fertilität ein Forschungsfeld sei, das sich nicht für die geographische Forschung eigne. Die Geographie könne allenfalls bereits bekannte, allgemeine Thesen stützen, sei aber ungeeignet, neues Wissen zu generieren oder Beiträge zur Formulierung einer Fertilitätstheorie zu leisten (Compton 1991: 88). Konsequenterweise kommt Compton zu einem anderen Schluss als Boyle, nämlich: „*population geographers might best be advised to forget the analysis of fertility*" (1991: 91).

29 Selektionseffekte durch Wanderungen ergeben sich beispielsweise dadurch, dass Frauen (oder Paare) mit Kinderwunsch in Gebiete ziehen, die ihnen „familiengerecht" erscheinen. Dabei spielen auch gesellschaftliche Normen über kindgerechte Wohnstandorte eine Rolle (Boyle et al. 2007: 15-16). Dieses Beispiel zeigt, dass sich der Einfluss von Werten, Normen und Opportunitätsstrukturen nur schwer auseinanderdividieren lässt.

2.4.1 Regionalstudien zum Zweiten Demographischen Übergang

Der SDT ist bisher kaum auf regionaler Ebene untersucht worden. Wichtige Ausnahmen sind die Arbeiten von Lesthaeghe und Neels (2002) und von Lesthaeghe und Neidert (2006a;b, 2007, 2009), in denen der Zusammenhang von Werten und generativem Verhalten untersucht wird. In ihrer Studie zu den regionalen Diffusionsmustern des Ersten und Zweiten Demographischen Übergangs in Belgien, Frankreich und der Schweiz weisen Lesthaeghe und Neels (2002: 348-351) nach, dass die Innovationszentren beider Übergänge in den gleichen Regionen liegen und dass Strukturvariablen wie Urbanisierungsgrad, Frauenerwerbsquote oder Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor als Erklärung für dieses Raummuster nicht ausreichend sind. Die Autoren führen dies auf regionale Subkulturen zurück, die die Ausbreitung demographischer Innovationen hemmen oder begünstigen können und die im Zeitverlauf äußerst stabil sind. Die Untersuchungen von Lesthaeghe und Neidert zeigen, dass in den USA eine enge statistische Beziehung zwischen dem Entwicklungsstand eines Bundesstaats oder Counties im Zweiten Demographischen Übergang und dem Wahlergebnis republikanischer Präsidentschaftskandidaten besteht. Dies gilt sowohl für den Stimmenanteil von George W. Bush bei den Wahlen 2000 und 2004 als auch für den Prozentsatz der Wähler, der 2008 für John McCain gestimmt hat. Diese „*SDT-Bush connection*“ bleibt auch nach Kontrolle sozioökonomischer Hintergrundvariablen signifikant, was darauf hindeutet, dass es auch in den USA ausgeprägte regionale Subkulturen gibt.

Eine weitere Studie liegt von Valkonen et al. (2008) vor, die für Finnland untersuchen, inwieweit sozioökonomische und kulturelle Indikatoren wie Urbanisierungsgrad, Religiosität, Bildungsniveau und Wahlverhalten die Raummuster eines SDT-Index erklären, den die Autoren aus dem Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften an allen Paarhaushalten und der Scheidungsrate berechnet haben.[30] Der Analyse zufolge bestimmen vor allem zwei Variablen – der Verstädterungsgrad und der Anteil der vom Eigentümer selbst genutzten Wohnungen – das Raummuster des SDT. Kulturelle Indikatoren wie Religiosität oder die Wahlergebnisse der Linksparteien und der Grünen verbessern die Erklärungswirkung des Modells dagegen nur geringfügig. Valkonen et al. (2008: 2053) ziehen daraus den Schluss, dass in Finnland regionale Subkulturen fehlen, welche die Modernisierung des generativen Verhaltens fördern oder bremsen könnten. Den Autoren zufolge hat sich die Innovation „Zweiter Demographischer Übergang“, wie nach den Kernthesen der Innovationsdiffusionstheorie zu erwarten, entlang der Hierarchie des Siedlungssystems vollzogen, wobei die Großstädte als Innovationszentren fungieren.

30 Die Konstruktion eines Index aus lediglich zwei Variablen ist für ein komplexes soziodemographisches Phänomen wie den SDT etwas problematisch, da aus theoretischer Sicht wichtige Aspekte des Wandels des generativen Verhaltens, etwa die Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung, der Aufschub der Familiengründung in ein höheres Lebensalter, die gesunkene Bedeutung der Ehe und der Wandel der Haushaltsformen nicht berücksichtigt werden. An der grundsätzlichen Aussage, der engen kausalen Beziehung von urbanem Lebensstil und Zweitem Demographischen Übergang, dürfte sich allerdings auch durch diese zusätzlichen Indikatoren nichts ändern.

2.5 Das „Heilige Römische Reich der Demographie"? Kritik an der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs

Der SDT ist keineswegs unumstritten. Coleman (2004: 11-15) vergleicht die Theorie mit dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, das weder heilig, noch römisch noch ein Reich gewesen sei. Der Zweite Demographische Übergang ist für ihn ein ähnlicher Etikettenschwindel: Erstens sei der Wandel des generativen Verhaltens nicht so umfassend, dass es gerechtfertigt sei, von einem „Zweiten" Demographischen Übergang zu sprechen. Zweitens sei der SDT nicht wirklich „demographisch", sondern eher soziologisch, da sich das Konzept in erster Linie mit der Ehe und ihren Alternativen befasse – mit „*sex, morals and living arrangements*". Schließlich stellt Coleman auch in Frage, dass es sich beim SDT um einen „Übergang" in dem Sinn, dass sich das generative Verhalten vollständig und unumkehrbar verändert, handelt. Als weitere Kritikpunkte führt er fehlende statistische Kohärenz, Schwächen der dem Konzept zugrunde liegenden Vorstellung des gesellschaftlichen Wertewandels sowie eine „Überdehnung" durch den Versuch, Phänomene in den theoretischen Rahmen zu integrieren, für die andere Erklärungsansätze besser geeignet wären, an. Durch den Anspruch, den Wandel aller Elemente des Familienbildungsverhaltens zu erklären *und* mit den oben nicht besprochenen ‚*Shifts*' 5 und 6 auch noch Veränderungen im Wanderungsverhalten und bei der Mortalität einzubeziehen, sehen selbst wohlwollende Kommentatoren wie Sobotka et al. (2003: 254) im Zweiten Demographischen Übergang eher ein Dachkonzept als ein gut ausgearbeitetes Theoriegebäude. In eine ähnliche Richtung geht die Kritik von Berger und Kahlert (2006: 13), für die die Bezüge zu den soziologischen Konzepten von Wertewandel und Modernisierung im SDT „*eher eklektisch, mehr von gerade vorhandenen Datenbeständen als von systematischen theoretischen Überlegungen motiviert und häufig eindimensional wirken*". Für die Arbeit mit dem Konzept ergibt sich aus den Schwächen im theoretischen Fundament das nicht unerhebliche Problem, dass nicht klar ist, was Kür und was Pflicht ist, sprich welche Indikatoren ein integraler Aspekt des SDT sind, und welche nur schmückendes Beiwerk darstellen und das Bild lediglich abrunden. Dies sei am Beispiel von Italien verdeutlicht: Sieht man eine deutlich unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus liegende Geburtenrate und ein ausgeprägtes Postponement der Erstgeburt als Pflicht an, und den Prozentsatz nichtehelicher Lebensgemeinschaften und unehelicher Geburten lediglich als Kür, könnte man folgern, dass Italien zwar im Sinne der Theorie kein Musterbeispiel ist, aber dennoch den Zweiten Demographischen Übergang durchläuft. Bei einer umgekehrten Gewichtung der Indikatoren müsste man jedoch angesichts der geringen Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften und der niedrigen Nichtehelichenquote zum Schluss kommen, dass die Theorie zur Erklärung des Wandels des generativen Verhaltens im italienischen Fall ungeeignet ist. Im Folgenden soll auf drei Felder der Kritik am SDT eingegangen werden: Kritik an der Vorstellung einer demographischen Konvergenz, Kritik an der „Genderblindheit" und Kritik an der Verknüpfung von Wertewandel und Geburtenrückgang.

2.5.1 Kritik an der Konvergenzerwartung

Eine der Kernthesen des SDT besagt, dass alle Länder dem gleichen linearen Entwicklungspfad folgen, an dessen Ende ein einheitliches Familienbildungsmuster steht.

"*The concept of the Second Demographic Transition* [...] *suggests that European countries experience one common transition process. This implies that differences across European countries are temporary. Inter-country differences are due to the fact that countries are in a different stage of the transition process.*" (De Beer et al. 2000: 115). Basis für die Annahme, dass ein demographischer „Punkt Omega" existiert, auf den letztendlich die Entwicklung des generativen Verhaltens in den Industriestaaten zusteuert, ist zunächst die Annahme, dass die sozioökonomischen Charakteristika dieser Länder im Lauf der Zeit einander immer ähnlicher werden und dass sich daraus eine Konvergenz der Lebensstile ergibt, die durch die Globalisierung und die Informationsgesellschaft weiter gefördert wird. Die unterschiedlichen Werte der wichtigsten demographischen Indikatoren zwischen verschiedenen Staaten können aus dieser Perspektive als die Konsequenz unterschiedlicher Entwicklungsgeschwindigkeiten interpretiert werden. „*Remaining demographic contrasts* [will] *only persist for as long as it* [takes] *for countries at different stages to catch up. On that view, rich and ‚progressive' countries such as the Netherlands, Sweden and Denmark set the pace which the rest of Europe will follow*" (Coleman 2002: 319-321). Kritiker setzen dem erwarteten Einheitsmuster des Zweiten Demographischen Übergangs das Schlagwort ‚*Unity in diversity*' entgegen. Die Familienbildung in Europa zeichnet sich demnach sowohl durch Vereinheitlichungstendenzen als auch durch fortbestehende Unterschiede aus, so dass nicht mit der Herausbildung eines einheitlichen Musters zu rechnen ist (Dorbritz 2000: 262-264). Bei der kritischen Auseinandersetzung mit der Konvergenzerwartung ist allerdings zu berücksichtigen, dass ‚*convergence*' im Englischen zwei Bedeutungen hat: (1) "*the act of* [...] *moving toward union or uniformity*" (Prozess) und (2) „*the state* [...] *of being convergent*"[31] (Zustand). Es ist sinnvoll, den Begriff gemäß der Definition (1) zu operationalisieren, da selbst Dirk van de Kaa einräumt, dass der Konvergenzprozess angesichts der unterschiedlichen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Ausgangssituation in den verschiedenen Ländern einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird:

> "*Deviations from a fairly general pattern do not by themselves diminish the value of a conceptual research tool or framework.* [...] [I]*t is not of any great significance if countries and regions do not rapidly converge to a standard pattern. In fact, if specific ideas reach populations with quite different cultural endowments at different points of time, diffuse at different speeds depending on the social and economic setting, rapid convergence is* [...] *unlikely. However, over a longer period of time largely parallel behavioural shifts will probably narrow the range of the measures demographers apply*" (van de Kaa 2004: 8-9).

Sofern die kulturelle Vielfalt Europas nicht komplett oder weitgehend erodiert und einer europäischen „Einheitskultur" Platz macht, ist folglich allenfalls ein gradueller Annäherungsprozess zu erwarten. Diese ‚*Convergence to diversity*', bei der die Richtungen der demographischen Entwicklungstrends übereinstimmen, wird angesichts der Unterschiede im Ausgangsniveau und bei der Entwicklungsgeschwindigkeit jedoch nicht zu einem „Einheitsmuster" führen. In Europa wird es auch in Zukunft erhebliche Unterschiede im Quantum und Timing der Fertilität und im Bereich der partnerschaftlichen

31 http://www.m-w.com/dictionary/convergence (Abfrage am 24.04.2007).

Lebensformen geben, sowohl auf der nationalen als auch auf der regionalen Ebene. Es gibt jedoch auch Stimmen, die selbst einen solchen „Minimalkompromiss" in Frage stellen (z.B. Heuveline et al. 2003: 49). Der Frage, ob auf der nationalen Ebene ein Trend zu einer Konvergenz der Entwicklungstrends erkennbar ist, wird in Kapitel 5 vertiefend nachgegangen.

2.5.2 Fehlende Zukunftserwartung

Viele Kritiker bemängeln, dass keine Aussage getroffen wird, wie das generative Verhalten in der Endphase des SDT aussieht, und wann der Übergangsprozess abgeschlossen ist. Rotariu (2006: 12) hält die Theorie angesichts dieser Schwächen sogar für unbrauchbar:

> "*We consider the concept of the second demographic transition to be inadequate to the reality it is supposed to cover. 'Transition' means a process by which something undergoes a change and passes from one stage to another.* [...] *Van de Kaa's concept of the second demographic transition is debatable because we lack an image of the final stage toward which the transition is aiming. Temporality marked by the process of moving from one stage to another is completely ignored.*"

Die Kritik von Rotariu ist jedoch nur teilweise berechtigt. Verschiedene Autoren haben Übersichten zum Ablauf des Zweiten Demographischen Übergangs entwickelt. Konkrete Zukunftsaussagen wagt allerdings niemand. Im von van de Kaa (1997: 16) entworfenen Phasenmodell der Entwicklung der TFR und der altersspezifischen Geburtenraten ist nur ein sehr vager Ausblick auf zukünftige Entwicklungen enthalten. Van de Kaa (1994: 103-104) begründet diese Zurückhaltung damit, dass das Konzept des SDT im Gegensatz zur Theorie des Ersten Demographischen Übergangs bereits in der Frühphase des Wandels des generativen Verhaltens formuliert wurde, wodurch der Stand des demographischen Wissens für eine Formulierung eines konsistenten Theoriegebäudes noch nicht ausreichend gewesen sei. Die Entwicklung eines allgemeingültigen Ablaufschemas wird zusätzlich dadurch erschwert, dass der SDT im Gegensatz zum Ersten Demographischen Übergang auch den Wandel der Familien- und Haushaltsformen zu erklären versucht. Dies führt dazu, dass bevölkerungsgeschichtliche, politische, rechtliche und kulturelle Aspekte berücksichtigt werden müssen. Im Bereich der vergleichenden Forschung würde die Formulierung eines allgemeinen Ablaufschemas die Nutzbarkeit der Theorie sicher erleichtern, insbesondere wenn es mit einer klar definierten Endphase einen eindeutigen Maßstab gäbe, an dem die Position eines Landes (oder einer Region) im Entwicklungsprozess gemessen werden kann. Als Ausweg aus diesem Dilemma hat sich die Strategie durchgesetzt, „Vorreiter" des SDT zu identifizieren, etwa die skandinavischen Staaten oder die Niederlande, und diese dann als Maßstab zu verwenden (Billari & Liefbroer 2004: 2). Ein solches Vorgehen verletzt jedoch Giddens' (1983: 15) „zweites Gebot" der Soziologie: „*Vermeide Überverallgemeinerungen auf der Grundlage einer einzigen Gesellschaft!*" Dass zwischen dem niederländischen und dem schwedischen Modell des generativen Verhaltens erhebliche qualitative Unterschiede bestehen, etwa bei der Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung, stellt ein solches Vorgehen zusätzlich in Frage.

Ein Pluralismus der familialen und nichtfamilialen Lebensformen ist eines der Hauptmerkmale des SDT, der sich durch den absoluten Vorrang der Wahlfreiheit des Individuums auszeichnet (Lesthaeghe et al. 2006: 7). Vermutlich tun sich die Theoretiker deshalb auch etwas schwer damit, einen Gleichgewichtszustand als Endphase des SDT zu definieren. In diesem Pluralismus sollten alle Lebensformen vorkommen. Ein Ersatz der universellen Ehe durch ebenso universelles unverheiratetes Zusammenleben würde die Pluralisierungserwartung nicht erfüllen. In einer hochgradig individualisierten Gesellschaft sollte es für jede Lebensform eine Zielgruppe geben. Dies gilt für die Alleinverdienerehe genauso wie für die Senioren-WG. Durch den in vielen europäischen Ländern zu beobachtenden Trend, die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren zu öffnen oder registrierte Partnerschaften als neues Rechtsinstitut für gleich- und/oder gemischtgeschlechtliche Paare zu schaffen (siehe Abschnitt 3.2), wird sich die Vielfalt der Lebens- und Partnerschaftsformen weiter erhöhen. Es ist ohnehin fraglich, ob die Erwartung realistisch ist, dass ein komplexes System wie die natürliche Bevölkerungsentwicklung mit ihren zahlreichen Einflussfaktoren und Wechselwirkungen – seien sie kulturell, ökonomisch oder politisch – einen dauerhaften Gleichgewichtszustand erreichen kann. Schon die Tatsache, dass der im Konzept des Ersten Demographischen Übergangs für die posttransitionale Phase vorausgesagte Gleichgewichtszustand, der in der Babyboomära weitgehend erreicht wurde, keine drei Jahrzehnte angehalten hat, sollte nachdenklich machen. Es gab wohl keinen Zeitraum in der Geschichte des Kontinents, in dem das generative Verhalten über Landes- und Klassengrenzen hinweg so einheitlich war, in dem eine bestimmte Vorstellung der Organisation von Familie so dominant war, dass selbst regionale und soziale Subpopulationen mit abweichenden Familienbildungsmustern sich schließlich weitgehend den Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft angepasst hatten. Ein „Ende der Geschichte" erscheint daher in der Demographie wenig wahrscheinlich. Die andere Lehre der Babyboomära ist allerdings, dass eine weitgehende (wenn auch nur zeitweise) Konvergenz des generativen Verhaltens nicht ausgeschlossen ist. In jedem Fall sollte man – im Sinn von Giddens' (1983: 15) „erstem Gebot" der Soziologie – „*Vermeide Überverallgemeinerungen auf der Grundlage kurzer Zeitspannen!*" – davon absehen, aktuelle demographische Entwicklungen unverändert in die Zukunft fortzuschreiben. So kam der Anstieg der TFR in vielen Niedrigfertilitätsländern in den 2000er Jahren (Goldstein et al. 2009: 3-8) für zahlreiche Beobachter völlig unerwartet. Auch wenn gegenwärtig wenig dafür spricht – Überraschungen sind auch bei der Entwicklung der Lebensformen möglich.

Möglicherweise war der Begriff *Übergang*, der impliziert, dass es sich beim SDT um einen Prozess handelt, bei dem ein demographischer Gleichgewichtszustand von einem anderen abgelöst wird, eine etwas unglückliche Wortwahl. Bernhardt (2004: 28) schlägt daher vor, statt von einem Zweiten Demographischen Übergang von einer „*Revolution des Familienbildungsmusters*" zu sprechen. Auch van de Kaa (2004: 7), als einer der „Väter" der Theorie immerhin für die Namensgebung mitverantwortlich, räumt ein, dass es besser gewesen wäre, von einer „demographischen Revolution" als von einem „demographischen Übergang" zu sprechen. Als *Revolution* bezeichnet man eine sich in einem relativ kurzen Zeitabschnitt vollziehende tiefgreifende Änderung der politischen, gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse, die – unter anderem – von einer Legitimationskrise des alten Systems verursacht wird (Schmidt 1995: 840-841). Übertragen auf das Familienbildungsverhalten trifft der Begriff *Revolution* tatsächlich besser

den Kern des Wandels. Die Ehe ist durch den Wertewandel und den Übergang von der fordistischen zur postfordistischen Wirtschaftsweise sowie die mit beiden Prozessen verbundene Veränderung der Rolle der Frau in eine Legitimationskrise geraten und hat ihre dominante Stellung eingebüßt.

2.5.3 Fehlende Genderperspektive

Ein weiterer Kritikpunkt ist die fehlende Genderperspektive. Laut Bernhardt (2004: 26-28) sind die Konzepte von Autonomie und Selbstverwirklichung nicht geschlechtsneutral. Ehe und Familie verursachten im Gegenteil für den weiblichen Partner größere Opportunitätskosten. Dass eine „Genderperspektive" zum besseren Verständnis des generativen Verhaltens beitragen kann, ist inzwischen durch zahlreiche Studien eindrucksvoll belegt. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, einen umfassenden Überblick über die Literatur zu diesem Thema zu geben. Nichtsdestotrotz soll anhand einiger neuerer Aufsätze deutlich gemacht werden, dass ein gendersensibler Forschungsansatz in der Bevölkerungsforschung zu wichtigen Einsichten führen kann. So zeigt Reneflot (2006), dass es bei unverheirateten Paaren geschlechtsspezifische Unterschiede in den Heiratspräferenzen und den Gründen für oder gegen eine Heirat gibt. Männer sind demzufolge eheskeptischer, weil sie fürchten, aufgrund der gesellschaftlichen Rollenerwartungen an Ehemänner nach der Heirat in die Ernährerrolle gedrängt zu werden. Unter Umständen hält die sinkende Akzeptanz der „klassischen" Rollenverteilung viele Männer nicht nur vom Heiraten, sondern auch von der Realisierung eines Kinderwunschs ab. Dribe und Stanfors (2009) kommen zu dem Ergebnis, dass die Geburt eines Kindes eine traditionelle innerfamiliäre Rollenverteilung begünstigt. Die Autoren weisen anhand schwedischer Daten aber auch nach, dass dieser Effekt, der Anfang der 1990er Jahre noch klar zutage trat, 2001 nicht mehr festzustellen war. Ob dies auf staatliche Programme zur Förderung aktiver Vaterschaft oder die Folgen einer wirtschaftlichen Rezession zurückzuführen ist, konnte mit den zur Verfügung stehenden Daten nicht beantwortet werden.[32] Lois (2008) untersucht ebenfalls den Übergang zur ersten Ehe in geschlechtsspezifischer Perspektive und zeigt, dass berufsorientierte Frauen nichteheliche Lebensgemeinschaften präferieren, während sich die Karriereorientierung bei Männern nicht auf die Wahl der Lebensform auswirkt. Auch die Aufteilung der Hausarbeit und die gesellschaftlichen Idealvorstellungen zur geschlechtsspezifischen Rollenverteilung wirken sich auf die Familiengründung und -erweiterung aus. Die Analyse von Mills et al. (2008) zeigt, dass sich die Doppelbelastung von Frauen durch Berufstätigkeit und Hausarbeit negativ auf den Kinderwunsch auswirkt. Die Autorinnen verweisen aber auch darauf, dass eine egalitärere Aufteilung der Reproduktionsarbeit nur dann möglich ist, wenn die Arbeitsbelastung der Männer in am Ernährermodell orientierten Wohlfahrtsstaaten reduziert wird. Die fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird in der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskussion als Argument angebracht, warum sich Frauen gegen (weitere) Kinder entscheiden. MacInnes (2006) zeigt jedoch, dass Probleme bei der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsle-

32 In einer international vergleichenden Studie kommen González et al. (2010: 469-470) zu dem Ergebnis, dass die Pluralisierung der Familienformen mit einer verstärkten Beteiligung der Väter an der Kindererziehung einhergeht. Die Ergebnisse der Studie von Driebe und Stanfors dürften folglich auch auf andere europäische Staaten übertragbar sein.

ben auch für Väter ein wichtiger Grund sind, keine weiteren Kinder mehr zu planen. Es wird zudem deutlich, dass in fast allen europäischen Ländern der Prozentsatz der Männer, die keine Kinder wollen, deutlich höher ist als derjenige der Frauen (MacInnes 2006: 7). Vor diesem Hintergrund sollte die Forschung in Zukunft die Determinanten des Kinderwunschs bei Männern stärker thematisieren. Um dem Mangel der „Genderblindheit" zu begegnen, plädiert Bernhard (2004) dafür, den SDT um Elemente des ‚*Gender-equity*'-Ansatzes nach McDonald zu erweitern, dessen Kernaussagen sich wie folgt zusammenfassen lassen:

> *"Sustained very low levels of fertility in advanced countries can be explained by incoherence between the levels of gender equity applying in different social institutions. In countries with very low levels of fertility, high levels of gender equity are postulated in institutions that deal with people as individuals, while low levels of gender equity apply in institutions that deal with people as members of families"* (McDonald 2000a: 1).

Es liegen bisher allerdings kaum empirische Studien vor, die den ‚*Gender-equity*'-Ansatz als theoretisches Fundament nutzen.[33] Dies mag auch daran liegen, dass das Konzept der ‚*Gender equity*' schwierig statistisch zu operationalisieren ist, da Unterschiede zwischen einer quantitativen und einer qualitativen ‚*Gender equity*' bestehen können. Eine hohe Frauenerwerbsquote kann den Blick für ausgeprägte Muster der geschlechtsspezifischen Segregation auf dem Arbeitsmarkt verstellen, wie sie beispielsweise in Schweden festzustellen sind:

> "*The labour market in Sweden is still strongly gendersegregated* [sic!], *to the extent that one can say that men and women have more or less divided the labour market into non-overlapping segments. Women have stuck to their traditional occupations* [...]. *Moreover, young women continue to choose such educational curricula, which will almost inevitably lead them into jobs and workplaces, which are dominated by women"* (Bernhardt 2002: 69; vgl. auch Klement & Rudolph 2003: 24).

Es sollte daher hinterfragt werden, ob man Gesellschaften, die trotz eines großen Prozentsatzes berufstätiger Frauen an einer klaren Trennung von „Frauen- und Männerberufen" festhalten, wirklich echte Chancengleichheit unterstellen kann. Das gleiche gilt für die Bildungsbeteiligung. Es könnte hilfreich sein, nicht die Beteiligung von Frauen an tertiären Bildungsgängen insgesamt, sondern den Prozentsatz der Studentinnen in den Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften – oder alternativ den Männeranteil in „klassischen Frauenberufen" als Indikator heranzuziehen. Noch schwieriger ist es, objektive Indikatoren für den Grad der Geschlechtergerechtigkeit in den familienorientierten Institutionen, insbesondere in der Familie selbst, zu finden, da hier internalisierte Rollenmuster und Erwartungen an den Partner ein besonderes Gewicht haben und die

33 Ausnahmen sind beispielsweise die Arbeit von Mills et al. (2008) zum Kinderwunsch in Italien und den Niederlanden, in der die Annahmen des ‚*Gender-equity*'-Ansatzes weitgehend bestätigt werden, und der Beitrag von Cooke (2006) zur Fertilität in Italien und Spanien. Für Italien findet die Autorin eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit zweiter Geburten in Familien mit egalitärer Arbeitsteilung, für Spanien dagegen nicht (2006: 73). Die Studie von Miettinen et al. (2011) kommt für Finnland zu dem Ergebnis, dass der Zusammenhang zwischen Fertilitätsintentionen und Einstellungen zu Geschlechterrollen bei Männern u-förmig ist, d.h. dass sich sowohl Männer mit traditionellen als auch Männer mit egalitären Geschlechterrollenbildern mehr Kinder wünschen als die Mittelgruppe. Bei den Frauen können die Autoren dagegen in der multivariaten Analyse keinen signifikanten Zusammenhang zwischen Geschlechterrollenbildern und Fertilitätsintentionen nachweisen.

individuelle Situation des Haushalts berücksichtigt werden muss. Individuen und Paare treffen die Entscheidung für oder gegen Kinder aus ihrer persönlichen Lebenssituation heraus. Es kommt daher auf die „gefühlte" ‚*Gender equity*'[34] an, zu deren Messung noch geeignete Indikatoren herausgearbeitet werden müssten.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass der ‚*Gender-equity*'-Ansatz eine sinnvolle Ergänzung des SDT darstellen könnte. Dazu müsste das Konzept allerdings empirisch stärker unterfüttert werden. Auch Verbesserungen im theoretischen Rahmen wären notwendig, da der ‚*Gender-equity*'-Ansatz zwar nicht gänzlich „genderblind" ist wie der SDT, aber trotzdem bestenfalls „einäugig" – das Konzept ist auf die Auswirkungen der (fehlenden) Gleichberechtigung auf die Frauen fokussiert und ignoriert die Männer. Zu einem umfassenden Verständnis der Entscheidungsprozesse bei Partnerschaft und Fortpflanzung ist jedoch eine Betrachtung beider Partner notwendig (Cannold 2004: 9-10).

2.5.4 Führt der Wertewandel zu niedrigen Geburtenraten?

McDonald (2000b: 16) bestreitet einen Zusammenhang von niedrigen Geburtenraten und dem Wertewandel. Mit Verweis auf die in Umfragen von jungen Frauen in vielen Industriestaaten geäußerte Präferenz[35] für eine Kinderzahl oberhalb des Bestandserhaltungsniveaus argumentiert er, dass nicht postmaterialistische Wertvorstellungen für die ‚*Subreplacement fertility*' in den meisten entwickelten Gesellschaften verantwortlich seien, sondern „harte" familienökonomische Faktoren, die zunehmende wirtschaftliche Unsicherheit und die antinatalistische Natur der gesellschaftlichen Institutionen. Der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs unterstellt er, auf einem ökologischen Fehlschluss aufgebaut zu sein:

> "*The theory that post-materialist values encourage low fertility is a classic example of the ‚ecological fallacy'. Within any one society, on average, individual women who are more highly educated, less religious, more urban, or more liberal in their attitudes and values have lower fertility than the less educated, more religious, more rural and more conservative. This finding is then used to draw the fallacious conclusion across societies that more liberal societies will have lower fertility than more conservative societies" (2000b: 16-17).*

McDonalds Kritik am SDT zeigt noch einmal deutlich, dass die Nichteinbeziehung von Gender-Aspekten und die fehlende Paarperspektive der meisten Untersuchungen zum Familiengründungs- und -erweiterungsverhalten auch aus theoretischer Hinsicht eine problematische Unterlassung ist. Studien zum Kinderwunsch und zur Kinderzahl

---

34 Trotz der ungleichen Aufteilung der Hausarbeit sind die Europäer mit der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung in ihrem Haushalt zufrieden. Dies gilt insbesondere für die Kinderbetreuung und Kindererziehung. Obwohl sich die Väter kaum an der Sorge- und Pflegearbeit beteiligen, wünscht sich nur ein kleiner Teil der Mütter von ihrem Partner mehr Engagement (Gil Alonso 2004: 10-11)

35 Präferenzen der Familiengröße sind ein problematischer Indikator, insbesondere, wenn der Wortlaut der Frage nicht bekannt ist. Wird allgemein nach der idealen Kinderzahl gefragt, besteht die Gefahr, dass sich der/die Befragte an gesellschaftlichen Normen orientiert oder eine Zahl nennt, die in der gegenwärtigen Lebenssituation nicht realisierbar ist, etwa weil er/sie gerade „solo" ist. Bei der Interpretation ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass Entscheidungen zur Familienplanung in den meisten Fällen nicht von Individuen, sondern von Paaren getroffen werden und bei unterschiedlichen Vorstellungen der Partner einen Kompromisscharakter haben können. Es ist auch wahrscheinlich, dass sich Idealvorstellungen zur Kinderzahl im Lebensverlauf ändern. Einen umfassenden Überblick zu diesem Thema gibt MacInnes (2006) in seiner Analyse der freiwilligen Kinderlosigkeit in der EU.

von Männern mit konservativen und egalitären familienbezogenen Wertvorstellungen zeigen, dass sich letztere mehr Kinder wünschen und auch mehr Kinder haben, obwohl sie durch ihre aktive Vaterrolle mehr Zeit und Energie in ihren Nachwuchs investieren als ihre Geschlechtsgenossen, die sich auf die Ernährerrolle beschränken und die Kindererziehung ihren Partnerinnen überlassen. Für Männer mit konservativen Wertvorstellungen sind Kinder zwar als Bestätigung ihrer männlichen Identität von großer Bedeutung, sie sind allerdings stärker als egalitäre Männer besorgt, dass die Vaterrolle ihre persönliche Freiheit beschränken könnte. Männer mit einem egalitären Familienbild sind insgesamt familienorientierter und genießen ihre Vaterrolle stärker, während der Vater-Kind-Kontakt bei Männern mit konservativem Familienbild häufig oberflächlich bleibt. Bei den Familienerweiterungswahrscheinlichkeiten zeigt sich auf der Paarebene ein U-förmiger Zusammenhang. Die Wahrscheinlichkeit, ein zweites Kind zu bekommen ist bei Paaren, die eine egalitäre Rollenverteilung der Hausarbeit praktizieren, am höchsten. Auch Paare, die das Ernährer-Hausfrauen-Modell leben, bekommen zumeist recht schnell ein zweites Kind, während zur Mittelgruppe gehörende Paare oft nur ein Kind haben, da für sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf problematischer zu sein scheint als für die „Extremgruppen" (Puur et al. 2008: 1887-1901). Familienorientierte Frauen können ihre Kinderwünsche am ehesten in einer Hausfrauenehe realisieren, familienorientierte Männer dagegen in egalitärer organisierten Familienformen. Für den SDT kann aus diesen Forschungsergebnissen gefolgert werden, dass es auch eine Form der Selbstverwirklichung sein kann, Kinder zu erziehen, insbesondere für Männer. Der Wertewandel sollte vor diesem Hintergrund nicht mit einem individuellen Prioritätensystem in Verbindung gebracht werden, in dem Kinder keinen Platz mehr haben.

2.6 Ausblick: Ein „Dritter Demographischer Übergang"?

Lesthaeghe und van de Kaa konzentrieren sich in ihren theoretischen Arbeiten auf die Dynamik des Wandels des generativen Verhaltens im Zeitverlauf und lassen die Frage nach dem Endzustand des SDT offen. Sobotka et al. (2003: 254-255) zitieren Ron Lesthaeghe mit den Worten *„the second demographic transition is about ‚trajectories' and not about the convergence or the final-state equilibrium"*. Der einzige Ausblick auf die Zukunft, den die Vertreter des SDT wagen, ist, dass sich aus der strukturell unterhalb des Reproduktionsniveaus liegenden Geburtenrate die Notwendigkeit von ‚*replacement migration*'[36] ergibt und dass die (west-)europäischen Staaten immer mehr zu unvollständig integrierten multikulturellen Gesellschaften werden (Lesthaeghe & Neels 2002: 336). Erwartungen, welche Konsequenzen die Zuwanderung von Personen aus anderen Kulturkreisen für das generative Verhalten haben könnte, werden jedoch nicht geäußert. Dirk van de Kaa hat in seinen grundlegenden Aufsätzen der internationalen Zuwanderung nach Europa einen gewissen Raum beigemessen (1987: 38-46; 2002: 21-23), allerdings lässt auch er dieses Phänomen nicht in seine theoretischen Überle-

36 *Replacement migration*' ist das Volumen internationaler Wanderungen, das notwendig wäre, um einen Rückgang der Gesamtbevölkerung oder einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, etwa der Personen im erwerbsfähigen Alter, auszugleichen.

gungen einfließen. Die zunehmende Bedeutung internationaler Wanderungen für die demographische Situation in Europa greift der britische Demograph David Coleman auf. Er geht davon aus, dass Westeuropa bereits am Beginn eines Dritten Demographischen Übergangs steht, in dessen Verlauf sich die Bevölkerungsstruktur durch internationale Wanderungen und die unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus liegenden Geburtenraten sowie eine zunehmende Auswanderungsbereitschaft der autochthonen Bevölkerung dahingehend verändert, dass der Bevölkerungsanteil des Staatsvolks deutlich absinkt – unter Umständen sogar unter 50% (Coleman 2006). Wie der SDT hat auch der Dritte Demographische Übergang eine klare räumliche Komponente. Zuwanderer lassen sich bevorzugt in den großen Städten eines Landes nieder, da sie dort günstige Arbeitsmarktstrukturen und ethnische Netzwerke vorfinden, die ihnen die Integration erleichtern (Johansson & Rauhut 2005: 135). Es ist daher mit einem zunehmenden Gegensatz von multikulturellen Städten und ethnisch homogeneren, aber überalterten ländlichen Räumen zu rechnen: *„On the small scale, urban daily life outside the home would be conducted more and more in the company of strangers, and the distribution of an older indigenous population increasingly confined to suburban and rural areas"* (Coleman 2007: 660). Auch wenn die Thesen Colemans nicht die gleiche Aufmerksamkeit erfahren haben wie die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs, soll an dieser Stelle kurz auf mögliche Auswirkungen der Internationalisierung auf Fertilität und Familienbildung in Westeuropa eingegangen werden.

Coleman zufolge kann man von einem demographischen Übergang sprechen, wenn sich der Wandel in einem historisch kurzen Zeitraum vollzieht, unumkehrbar und ohne geschichtliches Vorbild ist sowie wesentliche gesellschaftliche, kulturelle und politische Veränderungen mit sich bringt (Coleman 2006: 419). Bei der von ihm erwarteten Beeinflussung des Geburtenverhaltens durch Migranten und den sich daraus ergebenden Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur sieht Coleman (2006: 402-403) diese Voraussetzungen erfüllt:

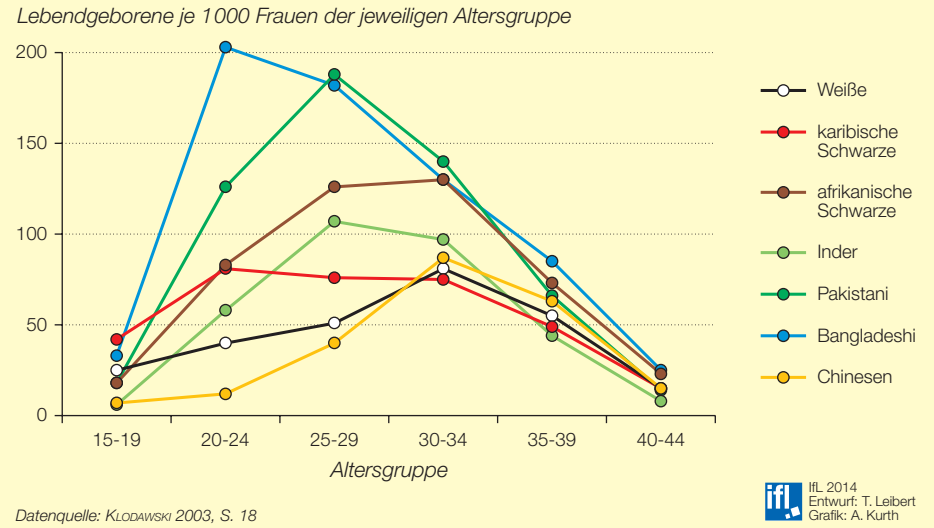
> "*The processes* […] *are significant because they are changing* […] *the culture, physical appearance, social experiences, and self-perceived identity of the inhabitants of European nations. Vital rates, population growth, and living arrangements* […] *are also affected, as is the age structure.* […] *If current trends continue, the majority population of indigenous origin of many* […] *European countries would give way to equivalence, or even numerical inferiority, relative to populations of recent immigrant or mixed origin"*.

Coleman konzentriert sich in seinen Betrachtungen auf Fertilität und Bevölkerungsstruktur und ignoriert in seinem Konzept des Dritten Demographischen Übergangs die Auswirkungen der Zuwanderung auf Familienbildungsprozesse weitgehend. Es gibt jedoch Hinweise, dass sich autochthone und allochthone Gruppen gerade im Bereich der partnerschaftlichen Lebensformen erheblich unterscheiden und dass ein Verständnis der Fertilität von Migranten ohne diese Zusatzinformationen unvollständig bleiben muss. Insbesondere bei der Deinstitutionalisierung der Ehe und der Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung sind große Unterschiede zwischen Zuwanderern und Einheimischen, aber auch zwischen den verschiedenen Zuwanderergruppen, feststellbar. Beispielsweise haben Kinder türkischer Zuwanderer in Schweden deutlich negativere Einstellungen zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften als gleichaltrige Schweden ohne Migrationshintergrund (Bernhardt et al. 2007: 62). Die Einstellungen der Zuwande-

rergruppen zum unverheirateten Zusammenleben spiegeln sich auch in erheblichen Unterschieden im Partnerschaftskontext bei der Geburt eines Kindes wider. So ist die Kopplung von Ehe und Fortpflanzung bei pakistanischstämmigen Frauen im Vereinigten Königreich ausgesprochen eng, während eine Mehrheit der ‚*Black Caribbeans*' bei der Geburt weder verheiratet ist, noch mit einem Partner zusammenlebt (Kiernan & Smith 2003: 28). Für den in Zukunft zu erwartenden Grad der Pluralisierung der Lebensformen und die Entwicklung des Anteils nichtehelicher Geburten in Europa ist damit die Zuwanderung aus Kulturkreisen mit starker Eheorientierung ein wichtiger Einflussfaktor. Von besonderer Bedeutung wird dabei das Bildungsniveau der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sein. In Deutschland unterscheiden sich die familienbezogenen Wertvorstellungen von Zuwandererkindern mit Abitur nur wenig von denen ihrer deutschen Altersgenossen. Offensichtlich versetzt ein hohes Bildungsniveau junge Erwachsene mit Migrationshintergrund in die Lage, ihre individuellen Lebensentwürfe unabhängig von den Vorstellungen ihrer Eltern zu realisieren (Röhr-Sendlmeier & Yun 2006: 106-107). Dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund eine in demographischer Hinsicht äußerst heterogene Gruppe ist, zeigt sich auch im Heiratsverhalten. Ethnische Homogamie ist ein wichtiges Instrument, ‚*Ethnic distinctiveness*' zu bewahren. In diesem Sinn ist das Heiratsverhalten ein wichtiger Indikator, um den Grad der Integration in die Gesellschaft des Ziellandes zu messen (Bernhardt et al. 2007: 59; 63). Umfragen zufolge lehnt beispielsweise die Hälfte der türkischstämmigen jungen Erwachsenen in Deutschland eine Partnerschaft mit Autochthonen ab. Bei der Elterngeneration ist die Ablehnung interkultureller Beziehungen noch stärker ausgeprägt (Röhr-Sendlmeier & Yun 2006: 91-92). Bei der Bereitschaft, interkulturelle Partnerschaften einzugehen, sind jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Zuwanderergruppen festzustellen. Im Vereinigten Königreich ist ethnische Homogamie insbesondere unter islamischen und hinduistischen Zuwanderern stark ausgeprägt. Zuwanderer aus Afrika oder der Karibik haben dagegen häufiger autochthone Ehepartner (Coleman 2007: 658-659). Ein ähnliches Muster zeigt sich auch in den Niederlanden. Surinamer und Antillianer der zweiten Generation heiraten überwiegend Autochthone, die Nachkommen von Zuwanderern aus Marokko und der Türkei dagegen vorrangig Angehörige der eigenen ethnischen Gruppe (Alders et al. 2001: 50).

Als Fazit zum Dritten Demographischen Übergang kann festgehalten werden, dass in Hinblick auf die Auswirkungen internationaler Wanderungen auf das generative Verhalten noch eklatante Wissenslücken bestehen. Dies ist zum Teil auf das Fehlen einer Theorie zur Entwicklung des generativen Verhaltens von Migranten zurückzuführen, hängt aber auch mit methodischen, Daten- und Definitionsproblemen zusammen. So existieren in den EU-Staaten unterschiedliche statistische Konzepte, wer ein Migrant ist. Nach der am häufigsten verwendeten Definition ist ein Migrant eine Person, die im Ausland geboren ist und/oder eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzt. Da die einzelnen Staaten unterschiedliche Einbürgerungsraten aufweisen, ist der Bevölkerungsanteil mit ausländischer Staatsbürgerschaft häufig eher ein Indikator für die Liberalität des Ausländerrechts als für das Zuwanderungsvolumen. Daneben erschwert auch die unzureichende Datenlage die Erforschung des generativen Verhaltens der Zuwanderer. Ein weiteres Problem betrifft die Messinstrumente. Die zusammengefasste Geburtenrate von Migrantinnen ist laut Sobotka und Lutz (2009: 24-25) nur bedingt zur Beschreibung des generativen Verhaltens dieser Bevölkerungsgruppe geeignet, da die Fruchtbarkeit weniger vom Alter als vielmehr von der Dauer des Aufenthalts im Zielland beeinflusst wird. Dies

3 In London lebende Frauen
Altersspezifische Geburtenraten nach ethnischer Selbsteinstufung 2001



Datenquelle: Klodawski 2003, S. 18

ist darin begründet, dass der Zuzug häufig mit dem Ziel der Familiengründung erfolgt. Mit Daten der amtlichen Statistik kann zudem nur das Gebärverhalten der legal in einem Land lebenden Migranten untersucht werden (Sobotka 2008b: 228). Illegale und eingebürgerte Ausländer sind statistisch unsichtbar. Angesichts dieser Wissenslücken räumt auch Coleman (2007: 661) ein:

> "*Much would depend* [...] *on the persistence of distinctions of culture, identity and attitude between immigrants and natives, whether the immigrant societies adopt native norms or their own prevailed, on the relative rights of the natives and immigrant populations to their own perpetuation, and whether the outcome could be accommodated in a prosperous welfare society at peace with itself*".

Die Kernfrage ist, ob es gelingt, die gesellschaftliche Integration von Zuwanderern aus anderen Kulturkreisen auszubauen und weiterzuentwickeln, oder ob die europäischen Staaten zu Multiminoritätengesellschaften werden. Opaschowski (2005: 84) definiert dieses Phänomen als „*bloß additiv zusammengesetzte Menge einer Vielzahl von Individuen und Bevölkerungsgruppen*", die aus voneinander abgegrenzten Parallelgesellschaften besteht, in denen jede Gruppe „*an ihren unterschiedlichen kulturellen Interessen*" festhält. Eine solche Gesellschaft dürfte sich durch einen ausgeprägten Pluralismus des generativen Verhaltens auszeichnen. Aus theoretischer Sicht wird deutlich, dass eine Trennung von Familienbildung und Fertilität zu kurz greift, und dass ein Ausblenden familienbezogener Wertvorstellungen und von Normen, die das Familienbildungs- und -erweiterungsverhalten steuern, die Gefahr mit sich bringt, dass entscheidende Aspekte „übersehen" werden, die für das Verständnis des generativen Verhaltens von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund von Bedeutung sind. Zusätzlich ist vor Generalisierungen zu warnen. „*Die*" Migranten sind keine homogene Gruppe mit einem einheitlichen Familienbildungsverhalten. Zusätzlich zu den bereits erwähnten Unterschieden im

Heiratsverhalten gibt es auch erhebliche Abweichungen beim Quantum und Timing der Fertilität (Abbildung 3).

Wenn Migranten sich länger im Zielland aufhalten und dessen Staatsbürgerschaft annehmen, passt sich das Gebärverhalten an das der autochthonen Bevölkerung an. Der „Geburtenüberschuss" der Frauen mit Migrationshintergrund ist daher unter dem Strich deutlich kleiner als vielfach vermutet. Zusätzlich sollte nicht nur nach der Staatsbürgerschaft und der Aufenthaltsdauer, sondern auch zwischen der ersten und der zweiten Zuwanderergeneration zu unterschieden werden. So weist Milewski (2008: 4) nach, dass das Fertilitätsverhalten in Deutschland geborener Frauen mit Migrationshintergrund stärker dem deutscher Frauen ähnelt als dem ihrer Eltern. Es ist jedoch unklar, ob der Fertilitätsrückgang der zweiten Zuwanderergeneration allein auf eine verstärkte Orientierung am Verhalten der autochthonen Frauen zurückzuführen ist. Möglicherweise spielt auch eine Veränderung des Gebärverhaltens im Heimatland eine Rolle (Garssen & Nicolaas 2008: 1250). Bei dieser These ist kritisch anzumerken, dass der Wandel des generativen Verhaltens in den Herkunftsländern auch eine Folge des Wandels familienbezogener Wertvorstellungen bei der zweiten und dritten Migrantengeneration durch die Integration insbesondere der Frauen[37] in die Gesellschaft des Ziellandes sein kann. Gans und West (2004: 40) verweisen dabei auf die Existenz sozialer Netzwerke, über die Informationen zu den sozialen Entwürfen des Ziellandes ins Herkunftsland gelangen und dort zu einer Veränderung sozialer Normen führen können.

2.7 Versuch einer Operationalisierung des Zweiten Demographischen Übergangs

Im Folgenden soll unter dem Zweiten Demographischen Übergang ein demographischer Prozess verstanden werden, durch den die Dominanz des Modells der bürgerlichen Familie durch einen Pluralismus der Lebens- und Haushaltsformen abgelöst wird. Ausgelöst wird der Zweite Demographische Übergang durch drei Trends des gesellschaftlichen Wandels: Einerseits den Wandel der familienbezogenen Wertvorstellungen, der mit einer Liberalisierung der Sexualnormen einhergeht und durch den alternative Familienformen ethisch und moralisch für breite Bevölkerungsschichten akzeptabel werden. Der zweite Rahmenprozess ist der Wandel des Arbeitslebens durch den Übergang von einem fordistischen zu einem postfordistischen Akkumulationsregime, der geprägt ist durch einen Bedeutungsverlust des „Normalarbeitsverhältnisses", eine zunehmende Instabilität und Unsicherheit der Erwerbsbiographie, eine geringere Planbarkeit des eigenen Lebens und eine Entgrenzung von Arbeit und Freizeit. Der dritte Trend ist der Wandel der Rolle der Frau, der sich insbesondere in einem steigenden Bildungsniveau und einer zunehmenden Berufsorientierung äußert. Frauen sind dadurch immer weniger auf einen männlichen Versorger angewiesen und können ihre Interessen stärker in den Familienbildungs- und -auflösungsprozess einbringen. Der SDT wird als Multifaktoransatz aufgefasst, in dem die drei Trends miteinander verwoben sind und sich gegenseitig bedingen und beeinflussen. Der Wandel des generativen Verhaltens ergibt sich aus dem Zusam-

37 Untersuchungen von Idema und Phalet (2007: 90) zu den Geschlechterrollenbildern von türkischen Zuwanderern der zweiten Generation in Deutschland deuten auf einen ‚*Gender gap*' hin. Demnach sind die Töchter egalitärer eingestellt als ihre Mütter, während Söhne tendenziell konservativere Einstellungen aufweisen als ihre Väter.

menwirken der genannten Prozesse. Keiner ist für sich genommen eine ausreichende Erklärung, genauso wie für das Verständnis des postmodernen Familienbildungs- und -erweiterungsverhaltens auf keinen der Faktoren verzichtet werden kann.

Der Zweite Demographische Übergang wird als ein demographischer Prozess verstanden, der in erster Linie durch einen Bedeutungsverlust der Ehe und einen parallelen Bedeutungsgewinn „alternativer" Lebensformen, insbesondere nichtehelicher Lebensgemeinschaften, gekennzeichnet ist. Die Pluralisierung der Lebensformen schlägt sich auch darin nieder, dass Einpersonenhaushalte von jungen Erwachsenen, nichtfamiliale Lebensformen (etwa Wohngemeinschaften) und nicht koresidentielle Beziehungen keine Randgruppenphänomene mehr darstellen. Weiterhin kommt es zu einer Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung. Eine Schwangerschaft ist kein zwingender Heiratsgrund mehr; gleichzeitig bleiben mehr Ehen dauerhaft kinderlos. Die Familiengründung wird in ein späteres Lebensalter aufgeschoben. Dadurch steigen sowohl das Erstgeburts- als auch das Erstheiratsalter. Die Geburt des ersten Kindes verschiebt sich zunehmend in die Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen. Ein größerer Prozentsatz der Frauen bleibt zudem dauerhaft kinderlos. Die stärkere Betonung der Partnerschaftsqualität führt zu einer sinkenden Bereitschaft, eine als unbefriedigend wahrgenommene Ehe fortzuführen. Die Scheidungsraten steigen, dadurch nimmt auch die Zahl der Einelternfamilien zu. Alle diese Faktoren sind als *notwendige* Bestandteile des SDT mit einem logischen „und" verbunden. Von einem Zweiten Demographischen Übergang kann nur dann gesprochen werden, wenn *alle* genannten Bedingungen erfüllt werden.

3 Der Wandel der partnerschaftlichen Lebensformen im Zweiten Demographischen Übergang

Der Wandel und die Pluralisierung der Lebensformen ist sicherlich das bedeutendste Element des Zweiten Demographischen Übergangs. Dies gilt insbesondere für den Bedeutungsverlust der Ehe, die keine biographische Selbstverständlichkeit mehr ist, sondern eine von mehreren Optionen. Die Pluralität der Lebensformen ist dabei nur die statistisch messbare Dimension eines tief greifenden Wandels der familienbezogenen Wertvorstellungen, der Geschlechterrollenbilder und der internen Struktur von Partnerschaften (Tabelle 3). Sie symbolisiert zudem, dass Intimbeziehungen zunehmend zu einer privaten Angelegenheit werden. Liebe und Sexualität sind Lebensbereiche, die immer weniger durch gesellschaftliche Vorgaben reguliert, sondern zunehmend individuell gestaltet werden.

Tab. 3 Merkmale „alter“ und „neuer“ Lebensformen

„Alte“ Lebensformen	„Neue“ Lebensformen
Modell der Versorgerehe mit berufstätigem Mann und Hausfrau ermöglicht durch den Familienlohn	Anerkennung individueller Rechte: beide Partner können Versorger oder Hausfrau/ -mann sein
Zusammenleben in der Kernfamilie	längere oder dauerhafte Trennung von Sexualität/ Intimität und Zusammenleben
rigide geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen den Ehepartnern	Doppelverdienerfamilie: beide Partner übernehmen die Reproduktions- und Sorgearbeit
Fortpflanzung und Sexualität nur im Rahmen der Ehe akzeptabel	Entkopplung von Sexualität bzw. Fortpflanzung und der Ehe
dauerhafte Bindungen zwischen Ehepartnern und Verwandten	Bindungen werden nur solange aufrecht erhalten, wie gegenseitige Zufriedenheit garantiert ist
kulturelle und institutionelle Barrieren erschweren Beendigung einer Ehe	Trennungen und Ehescheidungen werden akzeptiert und nicht mehr sanktioniert
dominantes Modell der heterosexuellen Partnerschaft	zunehmende Sichtbarkeit und Anerkennung homosexueller Partnerschaften

Quelle: Gonzáles López und Solsona Pairó 2000, S. 80; verändert

In diesem Abschnitt steht der qualitative Wandel der Lebensformen im Vordergrund, die Vielfalt und Komplexität menschlicher Beziehungen. Der Aufbau des Kapitels orientiert sich am Institutionalisierungsgrad der jeweiligen Lebensformen. Zuerst wird auf den Wandel der Ehe eingegangen. Dabei werden zunächst die bürgerliche Ehe und ihr sozialistisches Pendant vorgestellt, um anschließend der Frage nachzugehen, ob die Ehe im Zweiten Demographischen Übergang zum Auslaufmodell geworden ist. Danach wird ein kurzer Überblick über die in einigen europäischen Staaten eingeführten registrierten Partnerschaften für gleich- und verschiedengeschlechtliche Paare gegeben. Dabei wird argumentiert, dass die Schaffung eines Rechtsinstituts für heterosexuelle Paare *zusätzlich* zur Ehe eine Reaktion des Staates auf einen offensichtlich bestehenden Regelungsbedarf darstellt, mit dem der Wunsch vieler Paare anerkannt wird, ihre Beziehung rechtlich absichern zu können, ohne heiraten zu müssen. Anschließend wird auf die nichteheliche Lebensgemeinschaft eingegangen, die einen der wichtigsten Aspekte des Zweiten Demographischen Übergangs darstellt, da sie die Entkopplung von Ehe und Sexualität statistisch und gesellschaftlich sichtbar macht. Das Kapitel schließt mit der am

wenigsten institutionalisierten Lebensform, dem ‚*Living apart together*' (LAT), das man als ideale Lebensform des SDT bezeichnen kann, da es wie keine der anderen Partnerschaftsformen eine Kombination von Individualismus und Intimität ermöglicht.

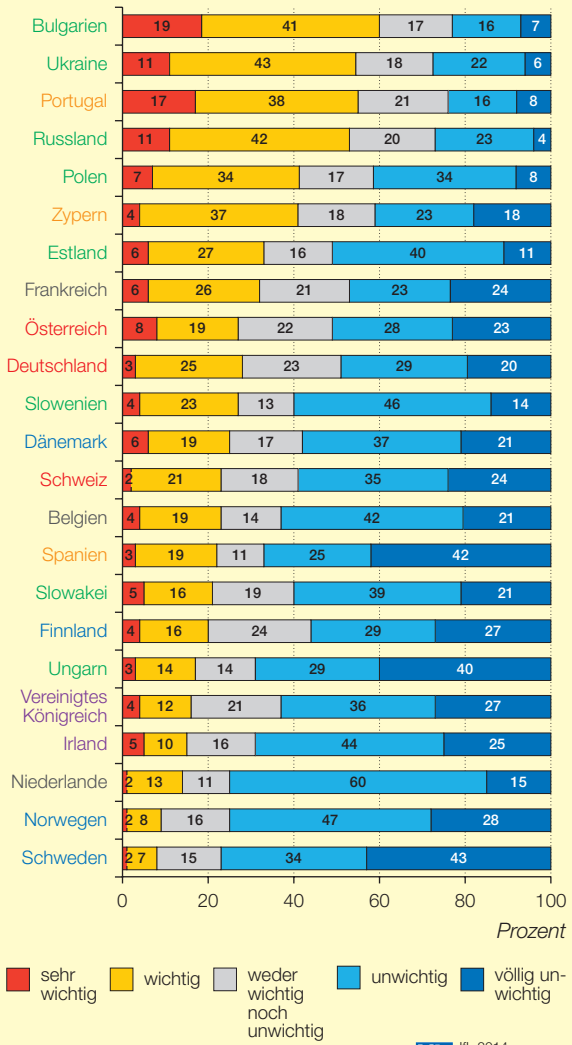
3.1 Bedeutungswandel und zunehmende Instabilität der Ehe

Die Hauptfunktionen der Ehe sind laut Therborn (2006: 131-133) die Regulierung der menschlichen Sexualität, die Schaffung eines Rahmens für die Zeugung und Erziehung von Kindern sowie die Schaffung eines Instruments der sozialen Integration und Abgrenzung. Daneben ist die Ehe ein Marker des sozialen Status, insbesondere für Männer, und die Basis für die Gründung eines Haushalts. Vor dem Hintergrund des sinkenden institutionellen Werts der Ehe und der Lockerung der Sexualnormen gewinnt in Europa der Statusaspekt der Ehe zunehmend an Bedeutung. „*Marriage has become a luxury rather than a necessity, a status symbol in the true meaning of the phrase*" (Edin & Reed 2005: 121). Rückläufig ist dagegen die Bedeutung der Ehe als Übergangsritus. Wie Abbildung 4 zeigt, wird die Heirat in vielen europäischen Staaten nicht mehr als Marker für das Ende der Jugend verstanden.

Im Zuge des Wertewandels ist es in den Industriestaaten in den letzten Jahrzehnten zu einer Deinstitutionalisierung der Ehe

4 Ausgewählte Staaten Europas – Bewertung der Ehe 2006

Antwort auf die Frage: „Wie wichtig ist es, mit einem Ehepartner zusammengelebt zu haben, um als Erwachsener betrachtet zu werden?"



Datenquelle: ESS 2010

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: A. Kurth

gekommen. Unter Deinstitutionalisierung versteht man eine Schwächung der gesellschaftlichen Normen, die das Verhalten in sozialen Institutionen bestimmen. Sind diese Normen allgemein akzeptiert, dienen sie dem Individuum als eine Richtschnur, wie es sein Leben zu führen hat. Da die Normen allgemeine Gültigkeit haben, wird auch das Handeln der anderen Menschen vorhersehbar. Der soziale Wandel beseitigt diese Planungs- und Prognosesicherheit. Was früher unhinterfragt vorausgesetzt wurde, muss nun ausgehandelt werden – dies eröffnet neue Handlungsspielräume, kann aber auch Konflikte auslösen. Die Deinstitutionalisierung der Ehe bringt die geschlechtsspezifische Rollenverteilung der bürgerlichen Familie ins Wanken (Cherlin 2004: 848). Parallel dazu zeichnet sich ab, dass größere Anforderungen an die Qualität von Zweierbeziehungen gestellt werden als in früheren Zeiten und dass die Toleranz gegenüber unerwünschten Verhaltensformen des Partners gesunken ist. Unzufriedenheit mit der Beziehungsqualität gewinnt dementsprechend als Scheidungsgrund an Bedeutung (Lesthaeghe 1992: 320-321).

3.1.1 Die „bürgerliche Normalfamilie“ als dominante Familienform des Ersten Demographischen Übergangs

Die bürgerliche Familie unterscheidet sich von vorindustriellen Familienformen durch eine Polarisierung der Geschlechterrollen (der Mann als Ernährer, die Frau als Hausfrau und Mutter), die „Privatisierung des Familienlebens“, d. h. die räumliche Trennung von Wohnung und Arbeit sowie das Ideal der Liebesehe (Peuckert 2005[6]: 22). Eine im Vergleich zu anderen Kulturkreisen hohe Bedeutung der persönlichen Entscheidung bei der Partnerwahl ist ein traditionelles Charakteristikum des nordwesteuropäischen Heiratsmusters. Die Wurzeln dieser Besonderheit liegen einerseits im relativ hohen Erstheiratsalter beider Geschlechter, andererseits in der Durchsetzung des Prinzips der Konsensehe durch die Westkirchen (Mitterauer 1997: 14-15). Arbeiten zur historischen Familiensoziologie zeigen, dass die individuelle Freiheit bei der Wahl eines Ehepartners und die Akzeptanz informeller Kontakte, Bekanntschaften und Freundschaften zwischen unverheirateten jungen Frauen und Männern in verschiedenen Regionen und gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich stark ausgeprägt waren. Insbesondere in Regionen mit starken sozialen Disparitäten war der Einfluss der Eltern auf die Partnerwahl ihrer Kinder sehr stark. In Gegenden, in denen es eine größere Zahl einigermaßen gleichwertiger Heiratspartner gab, hatte dagegen die individuelle Neigung einen größeren Einfluss auf die Partnerwahl (Wikman 1937: 357-358). In den meisten Fällen beugten sich die Jugendlichen den Wünschen ihrer Eltern oder waren von sich aus darauf aus, eine gute Partie zu machen (Coontz 2005: 138). Die Neigungsehe unterscheidet sich von der Liebesehe. Bei der Partnerwahl standen nicht Gefühle, sondern andere Aspekte im Vordergrund, etwa Tüchtigkeit, Arbeitsethos oder ein guter Ruf. Gegenseitige Zuneigung und körperliche Attraktivität waren allenfalls Pluspunkte (Wikman 1937: 126). Zu starke emotionale Bande zwischen den Ehepartnern wurden nicht unbedingt gern gesehen, bevor sich die Liebesehe zu einer gesellschaftlichen Norm entwickelte (Coontz 2005: 139). In den Unterschichten und auf dem Land dauerte es bis ins 19. Jahrhundert, bis sich über Romane und Volksstücke die Vorstellung, dass die Liebe der einzig legitime Grund der Partnerwahl sei, durchsetzte, und die Ehe vorrangig als erotisch-emotionale Intim-

beziehung angesehen wurde statt als Wirtschafts- und Fortpflanzungsgemeinschaft (Niklas 1992: 75-76).

Das oft als „traditionelle Familie" bezeichnete Modell der Versorger-/Hausfrauenehe entstand im 17. Jahrhundert in Großbritannien und den Niederlanden und hat sich im Lauf der Zeit in weiten Teilen Europas als dominante Familienform etabliert. Es sollte jedoch nicht übersehen werden, dass die Alleinverdienerehe nie alle gesellschaftlichen Schichten erreicht hat, und dass es Regionen gab, in denen sich dieses Familienmodell nur sehr zögerlich durchgesetzt hat (Duncan & Smith 2002: 471). Die Zahl der dem Versorgermodell folgenden Familien war zwar bis Mitte des 20. Jahrhunderts aufgrund des niedrigen Lebensstandards breiter Bevölkerungskreise vergleichsweise klein, nichtsdestotrotz war in allen gesellschaftlichen Schichten ab dem späten 19. Jahrhundert eine zunehmende Orientierung am bürgerlichen Familienleitbild erkennbar. Damit ging eine Zuordnung der Frau zur innerhäuslichen und des Mannes zur außerhäuslichen Sphäre einher (Peuckert 2005[6]: 23-25). Die bürgerliche Familie fasste zuerst in den Oberschichten Fuß, während die Ehefrauen von Arbeitern lange nicht auf eine Berufstätigkeit verzichten konnten (van Poppel et al. 2006: 16). Die regionalen Disparitäten in der Ausbreitung der Alleinverdienerehe lassen sich zum Teil auf subnationale Einkommensungleichgewichte zurückführen. So hat sich das Hausfrauenideal in den Niederlanden in der vom Dienstleistungssektor dominierten, verstädterten Provinz Holland aufgrund der hohen Löhne früher und stärker durchgesetzt als in den von kleinbetrieblicher Landwirtschaft und Heimindustrie geprägten ländlich-peripheren Provinzen (van Poppel et al. 2006: 23). In der Ausbreitung des Hausfrauenideals in alle Gesellschaftsschichten der Niederlande zeigt sich auch, wie kraftvoll die soziale Norm war, dass verheiratete Frauen keiner Erwerbstätigkeit nachgehen sollten. Insbesondere für die Unterschichten war das Einverdienermodell keine wirtschaftlich tragfähige Option. Da der soziale Druck, dem ‚*Male-breadwinner*-Modell' zu folgen, sehr stark war, gingen viele Frauen verdeckt einer Erwerbstätigkeit nach, etwa in der Hausindustrie, um nach außen hin den Anschein zu erwecken, eine Hausfrau zu sein (van Poppel et al. 2006: 27).

Die für die Industriegesellschaft typische Tendenz zur Standardisierung erfasste auch die Familie. „*[F]or all social classes there should be a single family model and it should be served by highly ordered life course transitions: no marriage without solid financial basis or prospects, and procreation strictly within wedlock.*" (Lesthaeghe et al. 2006: 7). Auch auf regionaler Ebene kam es zu einer Angleichung des Familienbildungsverhaltens. In einigen Regionen Europas waren nichteheliche Geburten und unverheiratetes Zusammenleben im 19. Jahrhundert keine Seltenheit.[38] In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gerieten diese Traditionen zunehmend unter den Druck einer Interessenkoalition von Staat und Kirche, die ein solches Verhalten als unmoralisch und unvereinbar mit einem ordentlichen Familienleben einstuften. Bis in die 1950er Jahre waren die regionalen Disparitäten im Familienbildungsverhalten und bei der nichtehelichen Fertilität weitgehend verschwunden (Lesthaeghe & Surkyn 2004: 3). Die bürgerliche Familie hatte sich in allen sozialen Schichten und in allen Teilräumen Europas als dominante Lebensform durchgesetzt. Extrembeispiele für die Gesellschaftsordnung des Ersten Demographischen Übergangs sind Irland und die Niederlande. Nach der Loslösung von Großbritannien ist es der traditionell konservativen katholischen Kirche Irlands gelungen, das im

38 Dies gilt beispielsweise für Norwegen (Boyle 2003: 618).

Unabhängigkeitskampf erworbene Prestige in einen starken Einfluss auf Politik und Gesellschaft umzusetzen, der sich in der von katholischen Werten durchdrungenen Verfassung von 1937 widerspiegelt. Bis in die 1970er Jahre gehörte Irland zu den europäischen Staaten, in denen die Rechte der Frauen am stärksten beschnitten wurden. Durch ein Verbot von Scheidung, Abtreibung und Verhütungsmitteln und die Diskriminierung von Frauen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt – etwa durch die Regelung, dass weibliche Staatsbedienstete im Falle einer Heirat ihr Beschäftigungsverhältnis aufgeben mussten – war das staatliche Handeln darauf angelegt, das Ideal der Einverdienerehe mit Kindern zu fördern und zu konservieren. In dieses Bild passt auch die Tatsache, dass allein erziehenden Müttern jegliche staatliche Unterstützung verweigert wurde (Creton 1998: 401-407). Auch in den konfessionell gemischten Niederlanden war es gesellschaftlicher Konsens, dass verheiratete Frauen keiner Berufstätigkeit nachgehen sollen. Der starke Einfluss der katholischen und orthodox protestantischen Parteien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts führte dazu, dass christliche Vorstellungen von Familie, Sexualität und der gesellschaftlichen Stellung von Frauen und Männern die Politik und Gesetzgebung auf nationaler und lokaler Ebene bestimmten. Ähnlich wie in Irland versuchten die christlichen Parteien, ihr Idealbild von der verheirateten Frau als Hausfrau und Mutter durch das Arbeitsrecht zu einer gesellschaftlichen Realität werden zu lassen. Ehefrauen sollte der Zugang zu Arbeitsverhältnissen außerhalb ihrer Wohnung verboten oder doch zumindest erschwert werden (van Poppel et al. 2006: 9). Zwischen 1904 und 1925 wurden verschiedene Gesetze erlassen, die vorschrieben, im öffentlichen Dienst beschäftigte Frauen nach ihrer Heirat zu entlassen. Auch in der Privatwirtschaft war es üblich, Arbeitnehmerinnen nach der Heirat oder während der Schwangerschaft zu kündigen. 1937 wurde eine Gesetzesinitiative diskutiert, mit der es Ehefrauen verboten worden wäre, einer bezahlten Arbeit nachzugehen. Nach dem Krieg wurde die Diskriminierung verheirateter Frauen auf dem Arbeitsmarkt schrittweise abgebaut. Heirat oder Schwangerschaft wurden als Entlassungsgründe aber erst 1976 offiziell gestrichen (Pott-Buter 1993: 248-250).

In den 1950er Jahren begann, zunächst in Skandinavien und den USA, ein Anstieg der Scheidungsraten. Die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz der Ehescheidung stellt laut Lesthaeghe und Surkyn (2004: 4-7) das erste Aufbegehren der individuellen Autonomie gegen die von Staat und Kirche verordneten Moralvorstellungen dar und markiert damit den Beginn des Zweiten Demographischen Übergangs. Die Scheidungsgesetzgebung orientierte sich lange Zeit am christlichen Ideal der lebenslangen, monogamen Ehe. Das Scheidungsrecht basierte auf dem Schuldprinzip, eine Scheidung in gegenseitigem Einvernehmen war – wenn überhaupt – nur nach einer längeren Trennungsphase möglich. Um 1960 wurde die Liberalität oder Rigidität des Scheidungsrechts in Westeuropa stark von der Gesetzgebungstradition und der dominanten Religion bestimmt. In den protestantischen Staaten Skandinaviens waren die Regelungen am liberalsten; im deutschsprachigen Raum hatten die Gesetze einen Kompromisscharakter, der durch die konfessionelle Mischung und den Einfluss des Code Napoléon erklärt werden kann. In Süd- und Westeuropa war die Gesetzeslage zur Scheidung deutlich restriktiver, namentlich durch Modifizierungen der Regelungen des Code Napoléon im Sinne der an der Unauflöslichkeit der Ehe orientierten katholischen Lehre. Im Vereinigten Königreich war das restriktive kanonische Scheidungsrecht der Vorreformationszeit mit geringen Änderungen in Kraft geblieben (Castels & Flood 1993: 295-300). Der Grad der Libe-

ralität des Scheidungsrechts war zumindest in der Frühphase des SDT der wichtigste eigenständige Prädiktor der Scheidungsrate und des Wandels der Scheidungshäufigkeit (Castels & Flood 1993: 317-321). Für die Interpretation von Zeitreihen ist es wichtig, Reformen des Scheidungsrechts zu berücksichtigen und die Möglichkeit von ‚*De facto*-Scheidungen' zu bedenken. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Destabilisierung der Ehe im Zeitverlauf überschätzt wird, da die Ausgangswerte nach unten verzerrt sein könnten (Cvrcek 2009).

3.1.2 Eheschließung und Scheidung im Staatssozialismus

Im sozialistischen Wertesystem kam der Ehe ein hoher Stellenwert zu. Ein „*nützliches Mitglied der sozialistischen Gesellschaft*" hatte verheiratet zu sein, während sich Ledige dem Verdacht ausgesetzt sahen, „*moralisch instabile*" Persönlichkeiten zu sein (Schmitt 2006: 47). In einigen Staaten Mittel- und Osteuropas wurden Unverheiratete im gebärfähigen Alter mit einer Sondersteuer belegt. Ein Beispiel ist die 1951 eingeführte bulgarische „Junggesellensteuer", eine zusätzliche Einkommenssteuer, die auch kinderlose Ehepaare zu zahlen hatten (Brunnbauer 2007: 642; 649). Eine ähnliche Abgabe wurde während der kurzen Phase des „intoleranten Pronatalismus" auch in Ungarn erhoben. Die Sondersteuer wurde damit begründet, dass Kinderlose die kollektiven Bemühungen zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft untergrüben und sich ihren (Fortpflanzungs-)Pflichten der Allgemeinheit gegenüber entzögen (Melegh 2002: 31). Die pronatalistische Familienpolitik der sozialistischen Regierungen hatte in allen Ländern einen ausgeprägten pronuptialistischen Unterton. Durch Ehedarlehen wurde eine frühe Erstheirat gefördert; zusätzlich wurden Ehepaare bei der Zuteilung des knappen Wohnraums bevorzugt. Eine Heirat war folglich häufig die Voraussetzung, aus dem Elternhaus ausziehen zu können (Therborn 2006: 257).

In den theoretischen Grundlagen des Kommunismus spielen Ehe und Familie dagegen keine große Rolle. Einer der wenigen Autoren, die sich zu diesem Thema äußern, ist August Bebel (1910[50]: 515), der die Ehe im Sozialismus als Liebesehe charakterisiert, die ausschließlich aus gegenseitiger Zuneigung und nicht aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen wird. Bebel betont, dass Frauen und Männer in Liebesdingen völlig gleichberechtigt sein sollen:

> „*In der Liebeswahl ist* [die Frau] *gleich dem Mann frei und ungehindert. Sie freit oder lässt sich freien und schließt den Bund aus keiner anderen Rücksicht als auf ihre Neigung. Dieser Bund ist ein Privatvertrag ohne Dazwischentreten eines Funktionärs, wie die Ehe bis ins Mittelalter ein Privatvertrag war. Der Sozialismus schafft hier nichts Neues, er stellt auf höherer Kulturstufe und unter neuen gesellschaftlichen Formen nur wieder her, was, ehe das Privateigentum die Gesellschaft beherrschte, allgemein in Geltung war*".

Aus dem Ideal der Liebe als einzig legitimem Heiratsgrund ergibt sich, dass eine Ehe zu scheiden ist, wenn die Liebe zwischen den Partnern erloschen ist. Bebel (1910[50]: 516) zufolge ist das Aufrechterhalten einer zerrütteten Ehe ein unsittliches Verhalten. Die Partner haben geradezu die moralische Pflicht, sich zu trennen: „*Stellt sich zwischen zwei Menschen, die einen Bund schlossen, Unverträglichkeit, Enttäuschung oder Abneigung heraus, so gebietet die Moral, die unnatürlich und darum unsittlich gewordene Verbindung zu lösen*".

Nach der Oktoberrevolution wurde in der UdSSR ein für die damalige Zeit äußerst liberales Familienrecht eingeführt. Abtreibungen waren legal, nichteheliche Lebensgemeinschaften rechtlich anerkannt, uneheliche Kinder ehelichen rechtlich gleichgestellt und Ehescheidungen ohne großen Aufwand möglich. Diese liberale Phase währte jedoch nicht lange. Unter Stalin kam es in den 1930er Jahren zu einer Retraditionalisierung des Familienrechts und der Familienpolitik (Schenk 1988[2]: 170). Zumindest in den ersten Jahren der Sowjetunion stand hinter der Liberalisierung des Ehe- und Scheidungsrechts neben dem Ziel, allen Heiratswilligen eine Eheschließung zu ermöglichen, auch die Absicht, durch die Schwächung der Loyalität zur Familie letztlich das sozialistische Kollektiv zu stärken. Auch im Sozialismus war die eheliche Familie die einzig akzeptierte Lebensform, es wurde jedoch nicht erwartet, dass eine Ehe ein Leben lang hält (Schmitt 2006: 42-43). Seit der Stalinzeit unterschied sich die „sozialistische" Ehe nur noch durch die fehlende religiöse Komponente von ihrem bürgerlichen Gegenstück. Jancar (1978: 75-76) beschreibt, wie sich in der Stalinzeit das zur „sozialistischen Ehe" geadelte Konzept der bürgerlichen Familie in der UdSSR und ihren Satellitenstaaten als die einzige gesellschaftlich akzeptierte Familienform durchsetzte:

> "*Clearly, Marx's and Engels' vague generalizations about the kind of new relationships socialism would bring about between men and women, and between parents and children, found no response except among a minority of Russian Bolsheviks. The leadership apparently saw no alternative to the 'bourgeois' nuclear family as the basic social unit of the new society. To this they gave the name 'socialist marriage', as if by changing the adjective one could change the content and structure. The Stalinist marriage law was the legal embodiment of the old cultural attitude toward marriage, the family, and woman's place in both. Henceforth, the nuclear family would be the focus of Communist propaganda.* [...] *Today, the nuclear family occupies a cardinal place in official thinking about the transition to communism. While communism has seen a transformation of the family from its feudal to 'bourgeois' form, and has tried to argue that the socialist marriage is in some way an improvement upon the 'bourgeois' form, the nuclear family* [...] *is regarded as a permanent institution, with women at its center. This form will carry the socialist state into communism. In place of a church ceremony, there is the marriage palace, but the long white dress remains, together with the ritual reception, honeymoon, and other trappings that attend a Western marriage.*"

Jancar (1978: 76) sieht im sozialistischen Ehe- und Familienkonzept lediglich eine Kopie der bürgerlichen Familie. „*The European Communist contribution to the subject of marriage and the family is at best unoriginal and at worst only a transference of the norms of the 'bourgeois' culture communism is supposed to replace. In the main, Communist ideology has simply absorbed the dominant European tradition.*" Auch die Sexualmoral war während des Staatssozialismus sehr konservativ. Sex war vor Beginn der *Perestroika* ein tabuisiertes Thema, das in der Öffentlichkeit nicht diskutiert wurde. Die in den Staaten Mittel- und Osteuropas vor 1989/90 herrschende Prüderie interpretiert Grant (2005: 5) als Folge der Angst der Mächtigen vor der Sexualität, einem der wenigen Bereiche des menschlichen Lebens, der sich nicht der totalen Kontrolle durch die Partei unterwerfen ließ. Sexualität wurde als eine Kraft gesehen, die das Potenzial habe, Ehe und Familie,

letztendlich sogar die gesamte Gesellschaft, zu zerstören. Daher wurde betont, dass für den „sozialistischen Menschen" in Beziehungen die Liebe und nicht die sexuelle Anziehung die wichtigste Rolle spiele. Der Jugend wurde voreheliche Enthaltsamkeit nahe gelegt; Sexualität sollte kein Selbstzweck sein, sondern vorrangig der Reproduktion dienen. Sexualität um der Lust willen, also Geschlechtsverkehr ohne Fortpflanzungsabsicht, galt als ein unsozialistisches „*bourgeoises Überbleibsel*" und wurde als „*Verfall und Entartung*" gebrandmarkt (Brunnbauer 2007: 500-502). Lenin lehnte die ‚*freie Liebe*' als ein Symptom bürgerlicher Dekadenz ab. Der klassische Marxismus-Leninismus sah in der sexuellen Freiheit der Frauen kein erstrebenswertes Ziel (Schenk 1988[2]: 169-173), da die sexuelle Befreiung laut Lenin eine Ablenkung von der Aufgabe, den Sozialismus aufzubauen, darstelle (Brunnbauer 2007: 501).

3.1.3 Der Zweite Demographische Übergang: Die Ehe in der Krise?

Sinkende oder auf niedrigem Niveau stabile Heiratsraten, hohe Scheidungsraten, steigende Anteile nichtehelicher Geburten und die zunehmende Bedeutung unverheirateten Zusammenlebens werden insbesondere von konservativen Beobachtern als eine moralische Krise der westlichen Gesellschaften interpretiert.[39] Ist diese moralische Endzeitstimmung gerechtfertigt? Werden künftige Generationen von Europäern die Ehe nur noch aus den Geschichtsbüchern kennen oder werden die Partnerschaftsformen nur der Form nach vielfältiger, ohne dass sich grundlegende Änderungen im Verhältnis der Partner untereinander und zwischen Eltern und Kindern ergeben?

Der sinkende ökonomische Nutzen der Ehe

Die familienökonomische Heiratstheorie von Becker (1993[2]: 225-281) geht von der Annahme aus, dass die Ehe ein Tauschgeschäft ist, das auf einer Arbeitsteilung und Spezialisierung der Ehepartner beruht. Es wird angenommen, dass Frauen im Haushalt einen relativen Produktivitätsvorsprung haben, Männer dagegen auf dem Arbeitsmarkt. Für beide Partner wird der Nutzen maximiert, indem sich Frauen auf die Haus- und Männer auf die Erwerbsarbeit spezialisieren. Die Arbeitsteilung und die sich daraus ergebenden Produktivitätsvorteile sind dieser Theorie zufolge die wichtigsten Vorteile der Ehe. Die durch die zunehmende Erwerbstätigkeit vergrößerte wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen muss nach diesem Modell zu einer Destabilisierung der Ehe führen. Dieser „frauenorientierten" Sichtweise setzen Oppenheimer et al. (1997: 311-313) einen „männerorientierten" Ansatz entgegen, der die sinkenden Realeinkommen und die gegenüber dem fordistischen „Normalarbeitsverhältnis" verschlechterte Arbeitsmarktposition junger Männer als Ursache für den Rückgang der Heiratsneigung beziehungsweise den Aufschub der Eheschließung ausmacht:

> "*Career immaturity may affect marriage formation not only because it raises questions whether a young man is currently able and/ or willing to make a serious commitment to adult responsibilities, but also because it creates uncertainties about his future capabilities in this respect. And because marriages are supposed to last, uncertainties about a young man's future eco-*

39 vgl. z.B. Wehner und Levin (2008: 31) oder Bergmann (2008)

nomic stability also tend to influence current marriage behaviour" (Oppenheimer 2003: 131).[40]

Ein wichtiger Grund, nicht zu heiraten, ist also insbesondere für sozial Schwache fehlende finanzielle und berufliche Stabilität. Wirtschaftlich gerade so über die Runden zu kommen mag für eine nichteheliche Lebensgemeinschaft noch als akzeptabel angesehen werden, für eine Ehe jedoch nicht. Von einem Brautpaar wird erwartet, dass es als unabhängige ökonomische Einheit funktionieren kann, dass die Partner in der Lage sind, mit ihrem Geld umzugehen und langfristig planen können (Edin & Reed 2005: 122). Weitere Gründe, die in den Augen vieler unverheiratet zusammenlebender Paare gegen eine Heirat sprechen, sind Zweifel an der Beziehungsqualität und Angst vor einer Scheidung. Trotz hoher Scheidungsraten nehmen offensichtlich die meisten Brautpaare das Eheversprechen so ernst, dass sie den Partner vorher genau kennen lernen wollen.[41] In Zeiten, in denen ein Trauschein nicht mehr notwendig ist, um sexuelle Beziehungen zu legitimieren oder Kinder zu haben, ist die Bereitschaft gering, einen Partner zu heiraten, dessen Verhalten und Persönlichkeit Zweifel an der Dauer- und Ernsthaftigkeit der Beziehung aufkommen lassen. Vor einer Heirat sollen alle Zweifel an der Stabilität und der Ernsthaftigkeit der Beziehung ausgeräumt sein (Gibson-Davis et al. 2005: 1308-1309). An einen Ehepartner werden dabei höhere Ansprüche gestellt als an einen Lebenspartner (Edin & Reed 2005: 124). Die voreheliche Lebensgemeinschaft bekommt so noch einen weiteren Aspekt. Es wird auch getestet, ob der Partner in der Lage ist, sich auf dem Arbeitsmarkt zu etablieren und dadurch heiratsfähig zu werden (Oppenheimer 2003: 131). Da im Zuge der Deinstitutionalisierung der Ehe auch die Normen, wie sich die Gatten untereinander und ihrem sozialen Umfeld gegenüber zu verhalten haben, an Bedeutung verlieren, und die Erstehe dadurch immer mehr zu einer „unvollständigen Institution" wird (Cherlin 2004: 848), kommt als weitere Motivation für eine „Testehe" auch der Bedarf hinzu, die Rechte und Pflichten der Partner und die Arbeitsteilung innerhalb der Beziehung zu definieren und auszutarieren.

---

40 Als ein empirischer Beleg für die Thesen Oppenheimers können die Studien von Edlund (2000; 2005) zu unausgeglichenen Sexualproportionen in Schweden angesehen werden. Die Autorin stellt fest, dass in Gemeinden mit Männerüberschüssen ein höherer Anteil der Frauen ledig ist als in Städten, in denen auf dem Heiratsmarkt ein Frauenüberschuss herrscht. Sie schließt daraus, dass nicht die quantitative Verfügbarkeit von potentiellen Ehepartnern für niedrige Heiratsraten verantwortlich ist, sondern – wie von Oppenheimer postuliert – die niedrigen Einkommen der auf dem regionalen Heiratsmarkt verfügbaren Männer (Edlund 2005: 38-39). Im Gegensatz zu Männern neigen Frauen nicht dazu, bei der Partnerwahl Kompromisse zu machen und Partner mit niedrigerem Einkommen zu heiraten sondern bleiben eher unverheiratet (Edlund 2000: 8).

41 In der Literatur ist umstritten, ob diese Strategie erfolgreich ist. Die Ergebnisse nordamerikanischer Studien deuten darauf hin, dass Ehen, denen eine nichteheliche Lebensgemeinschaft vorausging, instabiler sind als Ehen, bei denen keiner der Partner jemals in einer Kohabitation gelebt hat (Ambert 2005: 8-10). In Europa zeichnet sich dagegen kein eindeutiger Zusammenhang zwischen vorehelichem Zusammenleben und erhöhtem Scheidungsrisiko ab. Zwar gibt es laut Liefbroer und Dourleijn (2006: 212-213) Staaten, in denen Ehen mit vorherigem „Test" des Partners weniger stabil sind als direkte Ehen, in anderen Staaten ist ein solcher Zusammenhang jedoch nicht festzustellen. Boyle und Kulu (2006) plädieren dafür, bei der Analyse von vorehelichen Lebensgemeinschaften Selektionseffekte zu berücksichtigen, da sich die Persönlichkeitsmerkmale derjenigen, die eine „Testehe" eingehen, von denen der direkt Heiratenden unterscheiden. Die Autoren zeigen, dass in Österreich Ehen mit vorehelicher Lebensgemeinschaft stabiler sind als direkte Ehen, wenn die Selektionseffekte in der Analyse berücksichtigt werden. Da in Europa voreheliches Zusammenleben zunehmend zur Regel wird, ist zu fragen, ob das Scheidungsverhalten direkt heiratender Paare als Vergleichsmaßstab noch geeignet ist. Je kleiner diese Gruppe wird, desto wahrscheinlicher handelt es sich um eine selektive Gruppe mit ehestabilisierenden Persönlichkeitsmerkmalen.

Der „symbolische Mehrwert" der Ehe

Warum heiraten Frauen und Männer nach wie vor, obwohl die Ehe den größten Teil ihres ökonomischen Nutzens und ihrer religiösen Bedeutung verloren hat und ein Trauschein auch nicht mehr die Voraussetzung für das Führen einer koresidentiellen Partnerschaft und die Erfüllung eines Kinderwunschs ist? Schwedische Studien zeigen, dass die Ehe in Gesellschaften, in denen unverheiratetes Zusammenleben eine allgemein akzeptierte Lebensform ist, vor allem ein Signal nach außen für die Ernsthaftigkeit und Tiefe einer Beziehung ist. Ein weiterer Aspekt ist die Einschätzung, dass es „romantisch" ist, zu heiraten. Ökonomische Gründe und ein Kinderwunsch spielen jedoch als Motivation, vor den Traualtar zu treten, keine bedeutende Rolle mehr (Bernhardt 2004a: 2). In der „post-traditionellen Ehe" wird die Beziehung von den Partnern nach ihren individuellen Bedürfnissen gestaltet. Eine große Bedeutung kommt dabei dem Ideal der egalitären Arbeitsteilung und der gleichberechtigten Partnerschaft zu (Matthias-Bleck 2006: 87). Mit dem Wandel der Ehe zu einer biographischen Option steigt die Bedeutung der Heiratszeremonie. Für viele Paare ist die Hochzeitsfeier ein Anlass, Botschaften an die Umwelt auszusenden, die über die Beziehung der Heiratenden oder die Institution Ehe hinausgehen. Diese Botschaften können religiöser Art sein, den Anspruch des Paares auf einen Platz in einer (ethnischen) Gemeinschaft oder der Gesamtgesellschaft verdeutlichen (Lewin 2004: 1001). Die Ehe wird dadurch zu einem kulturellen Gut mit hoher symbolischer Bedeutung, das an gewisse materielle Voraussetzungen gebunden ist. Die Ehe ist nicht mehr die Voraussetzung für die ökonomische und gesellschaftliche Etablierung junger Frauen und Männer, sondern ein Indikator dafür, dass diese Etablierung gelungen ist, wie Cherlin (2004: 855) betont:

> "*Marriage is at once less dominant and more distinctive than it was. It has evolved from a marker of conformity to a marker of prestige. Marriage is a status one builds up to, often by living with a partner beforehand, by attaining steady employment or starting a career, by putting away some savings, and even by having children. Marriage's place in the life course used to come before these investments were made, but now, it often comes afterward. It used to be the foundation of adult personal life; now it is sometimes the capstone. It is something to be achieved through one's own efforts rather than something to which one routinely accedes.*"

Die Brautpaare lassen sich diese Botschaft an ihre Umwelt viel Geld kosten. Schätzungen einer Hochzeitszeitschrift zufolge haben Paare im Vereinigten Königreich 2004 durchschnittlich knapp 18.000£ für die Hochzeitsfeier bezahlt (Barlow et al. 2005: 51). Die steigende Bedeutung der „weichen" Heiratsgründe geht einher mit einer zunehmenden Kommerzialisierung der Hochzeit. Eine Heirat tritt in direkte Konkurrenz zu anderen kostspieligen Konsumwünschen – dem neuen Auto, dem Haus, der Reise – und wird von vielen als weniger attraktiv eingestuft und deshalb immer wieder verschoben (Barlow et al. 2005: 72). Auf der anderen Seite schließt der neue Charakter der Heirat als hochpreisiges Konsumgut auch weniger zahlungskräftige Gruppen von der Ehe aus:

> "*The wedding as public display, to be effective, costs a lot of money. This commodification of marriage as another consumer good, albeit one which is particularly useful in establishing social status, has certain economic consequences. Some people will not be able to afford the good and, for all, the good will be subject to opportunity costs*" (Barlow et al. 2005: 71).

Die gestiegene symbolische Bedeutung der Ehe zeigt sich auch darin, dass immer mehr Paare einen „besonderen" Ort für ihre Trauung auswählen (vgl. Exkurs: „Heiratstourismus" als Indikator für die Individualisierung im Heiratsverhalten: Das Beispiel Gretna Green). Auf der anderen Seite ist die Funktion der Ehe als öffentliche Botschaft der Zusammengehörigkeit für einige Paare auch der Grund, *nicht* zu heiraten. Sie sind der Ansicht, dass ihre Liebe zueinander rein privater Natur ist, und nicht durch eine Zeremonie unter Beteiligung von Staat, Kirche und Verwandtschaft nach außen legitimiert werden muss (Lewis 2001: 139).

Exkurs: „Heiratstourismus" als Indikator für die Individualisierung im Heiratsverhalten: Das Beispiel Gretna Green

In dem Maße wie die Ehe von der biographischen Selbstverständlichkeit zu einem *Event* wird, gewinnt die Wahl des Heiratsorts an Bedeutung, wie am Beispiel des schottischen „Heiratsmekkas" Gretna Green deutlich wird. Dass dieser kleine Ort zu einem der berühmtesten Heiratsorte der Welt wurde, hängt mit einer Reform des Eherechts in England und Wales 1754 zusammen. Damals wurde festgelegt, dass Ehen, bei denen einer der Partner unter 21 war, nur mit Zustimmung der Eltern eingegangen werden konnten. In Schottland, das von der Reform nicht betroffen war, konnte weiterhin eine Ehe allein durch ein im Beisein von zwei Zeugen gegebenes Jawort geschlossen werden. Das nur wenige Kilometer nördlich der englisch-schottischen Grenze an der Postkutschenlinie von London nach Edinburgh gelegene Gretna Green wurde daraufhin zum Ziel heiratswilliger minderjähriger Engländer, die – häufig in der örtlichen Schmiede – gegen den Willen ihrer Eltern den Bund fürs Leben schlossen. Die Zeit des Heiratsbooms in der kleinen schottischen Gemeinde endete eigentlich schon Mitte des 19. Jahrhunderts als die Regelungen für „irreguläre Eheschließungen" auch in Schottland verschärft wurden. Die Renaissance Gretna Greens als Hochzeitsparadies begann in den 1980er Jahren und hat sich schnell zum Selbstläufer entwickelt: Zwischen 1975 und 2000 stieg die jährliche Zahl der Trauungen von etwa 70 auf über 5.000 (Jackson 2001: 2-3). Im Jahr 2010 wurden 17% der in Schottland geschlossenen Ehen und 13% der Lebenspartnerschaften im Bezirk Dumfries & Galloway registriert, in dem nur 3%[42] der Schotten leben. Vier von fünf im Bezirk registrierten Ehen entfallen auf Gretna Green. Dabei tritt nur bei jeder zehnten Heirat eine in Schottland lebende Person vor den Traualtar (General Register Office for Scotland 2007: 42). Mehrere Aspekte des Heiratsbooms an der englisch-schottischen Grenze sind im Kontext des Zweiten Demographischen Übergangs interessant. Gretna Green ist kein Ort mehr, an dem verliebte jugendliche Ausreißer heiraten. Ganz im Gegenteil: Das Durchschnittsalter von Braut und Bräutigam liegt über dem schottischen Mittelwert – wenn auch nicht mehr so deutlich wie in den 1980er und 1990er Jahren. Gleichzeitig ist auch der Anteil Geschiedener, die eine neue Ehe eingehen, in Gretna Green deutlich höher als in Schottland üblich. In den späten 1990er Jahren ist es zu einem deutlichen Anstieg des Anteils kirchlicher Heiraten gekommen. Vor 2002 durften in Schottland Zivilehen nur im Standesamt geschlossen werden, während religiöse Würdenträger Paare an jedem beliebigen

42 Eigene Berechnung; Datenquelle: General Register Office for Scotland (2011: 89)

Ort trauen können. Es ist folglich davon auszugehen, dass der Anstieg kirchlicher Hochzeiten vor allem auf dem Wunsch des Brautpaars beruht, an einem besonderen Ort – etwa in der alten Schmiede – zu heiraten. Auch die überdurchschnittlich häufige Wahl eines symbolischen Heiratsdatums zeigt, dass an eine Eheschließung in Gretna Green besondere Erwartungen geknüpft werden. Im Jahr 2000 waren der 14. Februar, der Valentinstag, und der 29. Februar Tage mit besonders vielen Trauungen. Eine entsprechende Häufung war im Rest Schottlands nicht zu beobachten (Jackson 2001: 3-6). Diese Indizien deuten darauf hin, dass eine Heirat in Gretna Green für die Beteiligten mehr als eine normale Eheschließung ist: Ein Akt der Selbstverwirklichung als Paar. Ganz bewusst werden ein besonderes Datum, ein besonderer Rahmen und ein besonderer Ort ausgewählt.

Die Deinstitutionalisierung der Ehe scheint in Kontinentaleuropa Bürgern und Politikern weniger Sorgen zu bereiten als in den angelsächsischen Ländern, wo der Bedeutungsverlust der Ehe bisweilen eine „moralische Panik" auslöst, wie etwa im Vereinigten Königreich Anfang der 1990er Jahre (Bach 2002: 93-94). So legen etwa die Deutschen dem Wandel der Familienformen gegenüber eine große Indifferenz an den Tag, bisweilen scheint sogar klammheimliche Freude aufzukommen: „*German élites seem to welcome the erosion of the strongholds which other western societies, such as the United States, define as contributing to society's cohesion: marriage, family, the nation state or religion*" (Ostner 2001: 90). Dementsprechend wurden bisher kaum Schritte unternommen, die Institution Ehe zu propagieren. Genauso wenig kann die Entstehung einflussreicher Graswurzelbewegungen festgestellt werden, die sich der Erhaltung und Stärkung der „traditionellen" Ehe widmen. Eine solche konservative Massenbewegung hatte sich als Reaktion auf die gesellschaftlichen Umwälzungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa entwickelt und möglicherweise zur Retraditionalisierung des generativen Verhaltens in der Babyboomära beigetragen:

> "*The tide of modernisation had been producing ever more social changes at a pace that was bewildering many common people. Some were enthusiastically embracing the opportunities and freedom promised by modernity, within as well as outside the family. Others were alarmed by new patterns of behaviour and saw modernity as threatening the proper, established order, bringing degeneration, decline, and decay instead. Over time, the latter group formed a powerful, conservative, even reactionary counter-force against modernity*" (van Bavel 2007: 29).

Kritiker sehen die Anstrengungen zur "Rettung" der Ehe in den USA als einen Versuch, die Uhren auf die Zeit vor der sexuellen Revolution und der Emanzipation der Frau zurückzudrehen und die patriarchalische Familie wieder als dominante Lebensform zu etablieren (Bergmann 2008: 6). Eine Rückkehr zur „traditionellen Familie" der 1950er Jahre erscheint vor dem Hintergrund der weit fortgeschrittenen Individualisierung und der Egalisierung der Geschlechterrollen, die die Haupttriebkräfte des Wandels der Familienformen in den letzten Jahrzehnten waren, unwahrscheinlich (Cherlin 2004: 857). Angesicht der Deregulierung der Arbeitsmärkte und der zunehmenden Verbreitung von prekären Arbeitsverhältnissen ist die diesem Familienmodell eigene Spezialisierung

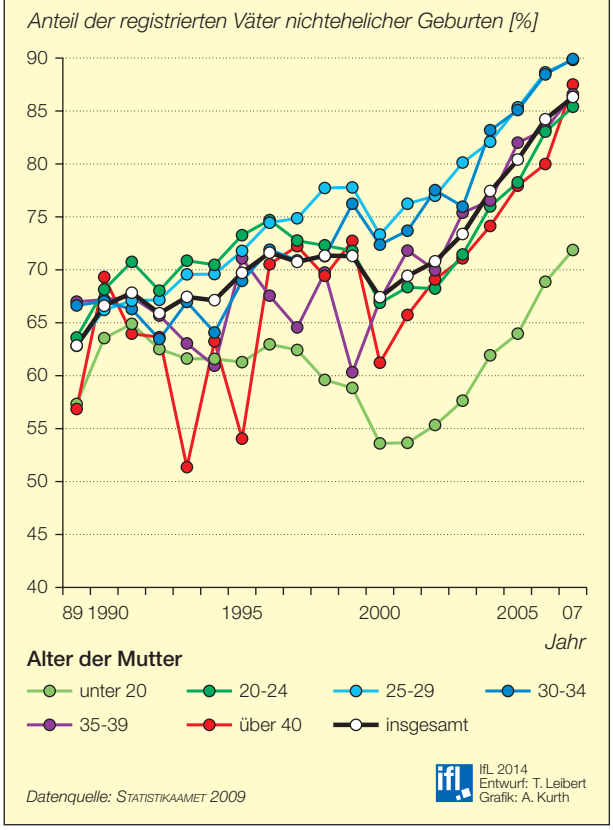
der Geschlechterrollen zudem keine ökonomisch rationale Strategie mehr (Domínguez-Folgueras & Castro-Martín 2008: 1539).

Als Fazit kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass die Krisenrhetorik übertrieben ist. Die Ehe hat sich sicherlich verändert, ist aber noch immer die von breiten Bevölkerungsschichten als ideal angesehene Lebens- und Familienform. Es mag mehr dauerhaft ehelose Frauen und Männer geben als in früheren Zeiten, die Mehrheit tritt jedoch nach wie vor im Laufe ihres Lebens vor den Traualtar: „*The question is not cohabitation* or *marriage but cohabitation* and *marriage, seen from a life course perspective. Or, to put it differently: Cohabitation? Yes of course! Marriage? Yes, probably*" (Bernhardt 2004a: 8). Offensichtlich ist die Ehe den Menschen immer noch mehr wert als das Papier, auf dem die Heiratsurkunde gedruckt ist. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Ehe vor dem Abrutschen in die Bedeutungslosigkeit steht, auch wenn immer weniger „harte" ökonomische Gründe für diese Lebensform sprechen. Ein Grund, warum die Ehe auch in Zukunft noch eine wichtige Rolle im Leben der Europäer spielen wird, ist der Traditionsfaktor. *„[P]eople are conservative in that they stick to traditions. So even though marriage from more technical points of view is not very important for the inhabitants in a country the tradition is so strong that marriage is still popular*" (Trost 1978: 315). Dafür, dass die Ehe nach wie vor von vielen jungen Frauen und Männern als eine attraktive Lebensform angesehen wird, spricht auch, dass ein großer Teil der unverheiratet zusammenlebenden Paare zu einem späteren Zeitpunkt eine Heirat plant und dies zumeist auch an das soziale Umfeld kommuniziert. Das voreheliche Zusammenleben wird als „Probephase" gesehen, in der getestet werden soll, ob die Paarbeziehung stabil genug für eine Ehe ist. Das Bedürfnis, erst nach einer „Testphase" vor den Traualtar zu treten, wird in der Literatur auch als eine Reaktion auf die gestiegene Instabilität der Ehe angesehen. Eine genaue Prüfung der Kompatibilität der Partner soll das Risiko einer Scheidung verringern (Thornton et al. 2007: 86-87). Kann man es als Krisenphänomen werten, wenn Paare die Entscheidung, zu heiraten nicht auf die leichte Schulter nehmen? Zahlreiche Indizien deuten darauf hin, dass *„at the heart of marital hesitancy is a deep respect for the institution of marriage. Most couples insist that getting married ought to be a serious and irrevocable decision and should not be treated like it is 'just a piece of paper'"* (Gibson-Davis et al. 2005: 1309). Auf einem anderen Blatt steht, dass die hehren Ideale und die voreheliche „Testphase" trotzdem in vielen Fällen eine Scheidung letztlich nicht verhindern können.

3.1.4 Die Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung

Die Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung ist ein zweidimensionaler Prozess. Von einer Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung kann man sprechen, wenn alleinstehende oder in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebende Frauen Mutter werden, aber auch wenn sich eine kritische Masse von Ehegatten gegen Kinder entscheidet. Für die Ehe als Institution ist der zweite Aspekt vermutlich gefährlicher als der erste. Coontz (2005: 255) weist darauf hin, dass die Rechtfertigung, der Ehe im Vergleich zu anderen Lebensformen einen privilegierten Status zuzuerkennen, in dem Maße schwindet, in dem die Zahl kinderloser Ehen wächst. Uneheliche Geburten sind ein Indikator dafür, dass die klassische Sequenz des traditionellen Ehesystems – sexuelle Enthaltsamkeit während der Verlobungszeit und Zeugung des ersten Kinds frühestens in der Hochzeitsnacht – von

Estland
5 Registrierte Väter nichtehelicher Geburten 1989 - 2007 nach dem Alter der Mutter



einer moralischen Verpflichtung mit empfindlichen Sanktionen bei Zuwiderhandlung zunehmend zu einer Option wird. Die Norm, dass Kinder ehelich zur Welt kommen sollen, scheint zählebiger zu sein als das Tabu gegenüber vorehelichem Geschlechtsverkehr, so dass uneheliche Geburten bei der Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung erst der zweite Schritt sind. Die klassische Ehesequenz wird auch verletzt, wenn vorehelicher Geschlechtsverkehr und eine voreheliche Schwangerschaft zu einer ehelichen Geburt führen, allerdings nicht so offensichtlich wie bei einer unehelichen Geburt. Zur steigenden Toleranz gegenüber einer unehelichen Familiengründung hat beigetragen, dass uneheliche Kinder zunehmend in Familien ohne Trauschein hineingeboren werden und mit beiden leiblichen Eltern aufwachsen. Solange unverheiratetes Zusammenleben ein Randgruppenphänomen war, konnte quasi automatisch davon ausgegangen werden, dass uneheliche Kinder von partnerlosen Frauen zur Welt gebracht werden, insbesondere solange die soziale Kontrolle stark genug war, die Kindsväter zu einer „Mussehe" zu zwingen. Vor diesem Hintergrund galt der Anteil unehelicher Kinder lange Zeit als ein zuverlässiger Indikator für soziale Probleme und moralischen Verfall.[43]

Aus Sicht des Zweiten Demographischen Übergangs ist die Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung als Indikator für einen Wandel der Sexualmoral zwar von großer Bedeutung, aus theoretischer Sicht noch wichtiger ist jedoch die Frage, ob ein steigender Prozentsatz unehelicher Kinder in nichteheliche Lebensgemeinschaften hineingeboren wird, ob es also zu einer Entkopplung von Ehe und Familie kommt. Leider wird nur in wenigen EU-Staaten erfasst, ob die Eltern nichtehelicher Kinder zusammenleben. Da es sich dabei vorrangig um Länder handelt, die zumindest regional sehr hohe Anteile nichtehelicher Geburten aufweisen, und in denen unverheiratetes Zusammenleben weit verbreitet

43 Vgl. dazu z.B. die Ausführungen von Ertl (1887: 393-395).

ist, lassen sich keine verallgemeinernden Aussagen für ganz Europa ableiten, zumal die Partnerschaftstransformationen unverheirateter Paare zwischen der Zeugung und dem ersten Geburtstag des ersten Kindes in Europa keinem einheitlichen Entwicklungsmuster folgen, sondern länderspezifische Pfadabhängigkeiten eine große Rolle zu spielen scheinen (Perelli-Harris et al. 2009: 24). Als indirekter Indikator für das Vorliegen einer festen Partnerschaft zwischen den Eltern eines unehelichen Kindes wird häufig die Registrierung durch den Vater verwendet. Dieser Indikator sollte jedoch vorsichtig interpretiert werden. Es ist insbesondere nicht gerechtfertigt, aus einer gemeinsamen Registrierung auf eine nichteheliche Lebensgemeinschaft zu schließen. Nichtsdestotrotz zeigt der hohe Anteil gemeinsamer Registrierungen,[44] dass das Gros der Väter zu seinem unehelichen Kind steht. In diesem Sinn kann man den Anteil der gemeinsamen Registrierungen als Indikator für die gesellschaftliche Akzeptanz unverheirateter Elternschaft interpretieren. Abbildung 5 zeigt für Estland, dass der Anteil der von beiden Elternteilen registrierten unehelichen Kinder seit 1989 in allen Altersgruppen kontinuierlich steigt.

Mittel- und Osteuropa: Von der „Mussehe" zur unverheirateten Elternschaft

In sozialistischer Zeit waren nichteheliche Geburten in den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas relativ selten. Die Norm, dass Kinder nur im Rahmen einer Ehe geboren werden sollten, war in der Bevölkerung tief verwurzelt und wurde, wie im vorangegangenen Abschnitt dargestellt, auch von der offiziellen Propaganda betont. Die Bevölkerungspolitik hatte – insbesondere durch die Bevorzugung von Ehepaaren bei der Zuteilung des knappen Wohnraums – ebenfalls eine pronuptialistische Richtung (Kulcsár 2007: 327). Die Haltung der Regierungen zur außerehelichen Fertilität war ambivalent. Es wurde betont, dass die Ehe der einzig legitime Rahmen für intime Beziehungen sei. Ledige Mütter wurden in der Presse als leichtsinnig und verantwortungslos dargestellt, schwangeren Schülerinnen drohte der Schulausschluss. Auf der anderen Seite wurde angesichts der hohen Abtreibungsraten bei unverheirateten Frauen versucht, ledige Schwangere dazu zu bewegen, ihr Kind auszutragen. Als Ursache für die vielen Schwangerschaftsabbrüche wurde das *„feudale und kleinbürgerliche Vorurteil gegen außereheliche Kinder"* ausgemacht, gegen das Staat und Partei anzukämpfen hätten (Brunnbauer 2007: 501; 662-663). Initiativen zur Verbesserung der Lage unehelicher Kinder und ihrer Mütter waren folglich nicht wie in Westeuropa eine Reaktion auf einen gesellschaftlichen Wertewandel, der zu einer zunehmenden Lockerung der Verbindung von Ehe und Fortpflanzung führte, sondern bevölkerungspolitisch motiviert.

Trotz der offiziellen Prüderie waren voreheliche sexuelle Beziehungen in den meisten Staaten des mittleren und östlichen Europa bereits in sozialistischer Zeit gesellschaftlich akzeptiert. Selbst in einem sozial konservativen Land wie der Slowakei, wo ein traditioneller Typ der Gläubigkeit vorherrscht und die katholische Kirche einen großen Einfluss auf das gesellschaftliche und politische Leben hat (Potančoková et al. 2008: 1007-1008), ist vorehelicher Geschlechtsverkehr weit verbreitet. Sexuelle Unerfahrenheit wird bei jungen Paaren nicht mehr als wünschenswert angesehen. Die Slowaken betrachten es als ideal, wenn Frauen im späten Teenageralter ihre ersten Erfahrungen machen, mit Anfang

44 Der Anteil gemeinsamer Registrierungen liegt in Frankreich, Spanien und Slowenien bei etwa 95% (Toulemon et al. 2008: 525; Domínguez et al. 2007: 6; Stropnik & Šircelj 2008: 1032).

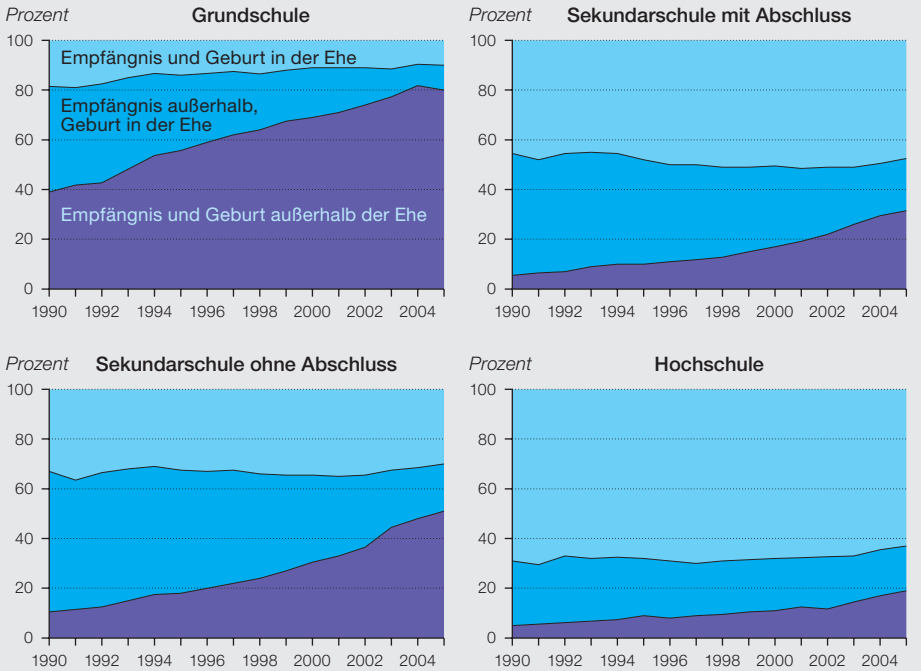
bis Mitte 20 heiraten und kurz darauf ihr erstes Kind zur Welt bringen (Bútorová 1996: 39-45). In sozialistischer Zeit waren in den MOE-Staaten die Rahmenbedingungen für eine „sexuelle Revolution" durch den fehlenden Zugang zu effektiven Kontrazeptiva ungünstiger als im Westen. Die „sexuelle Befreiung" in sozialistischer Zeit war daher eher eine Evolution als eine Revolution. Der eigentliche Liberalisierungsschub hat erst nach dem Übergang zur Demokratie begonnen, wie Ostrowska (2005: 144) am Beispiel von Polen beschreibt:

> "*The idea that marriage, sex and procreation were basically independent spheres which did not have to be implemented within one, integrated model gradually worked its way into the Polish mentality. But we can hardly say that these changes were 'revolutionary'* [...] *because we usually associate revolutions with changes which are sudden and radical. For many years we have been witnessing an evolution rather than a revolution, with systematic accumulation of small, gradual and often imperceptible changes. It was only in the nineties, when Polish society began to undergo modernisation under the influence of the West, that traditional values linking sex to marriage and procreation began to compete with the recognition of and acceptance of sex as an autonomous value and an important element of relations between people who are not necessary* [sic!] *married and not necessary* [sic!] *heterosexual. One of the important accelerators of this liberalisation of ideas concerning sex was definitely the rapidly expanding porno-business* [...] *and ubiquitous, highly sexualised commercials. So perhaps the sexual revolution is really just beginning in Poland and the battle between traditional and liberal sex culture is still to come".*

Junge Frauen entschieden sich im Falle einer Schwangerschaft vor 1990 in den meisten Fällen dafür, das Kind auszutragen und den Kindsvater zu heiraten (Potančoková et al. 2008: 997). Dies ist angesichts des in den meisten Staaten relativ einfachen Zugangs zur Abtreibung etwas überraschend. Dass erste Schwangerschaften selten unterbrochen wurden, hängt einerseits mit der Furcht vor Komplikationen und durch den Eingriff ausgelöster Unfruchtbarkeit zusammen (Perelli-Harris 2008: 1160), andererseits dürfte hinter diesem Verhalten die Logik stehen, dass die Gründung einer Familie eine wichtige Voraussetzung für ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben war (Frejka 2008b: 155). Zusätzlich verursachte die Mutterschaft nur geringe monetäre und Opportunitätskosten, da der sozialistische Wohlfahrtsstaat für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgte (Sobotka 2004b: 209-210) und einen Großteil der Kindererziehungskosten übernahm (van Hoven 2004: 167).

Die Entwicklung nach 1990 war uneinheitlich. In einigen Staaten hat sich der Anteil der „Mussehen" kaum verändert. Anderswo ist der Prozentsatz der vorehelich konzipierten ehelichen Lebendgeburten rückläufig, etwa in Tschechien. Dort ist es zu einer Substitution von „Mussehen" durch nichteheliche Geburten gekommen (Abbildung 6), da in allen Bildungsgruppen der Anteil der ehelich gezeugten Erstgeborenen relativ stabil geblieben ist. Die zunehmende Bedeutung nichtehelicher Geburten ist somit eine direkte Folge der geringeren Bereitschaft tschechischer Frauen, während der Schwangerschaft zu heiraten. Im Gegensatz zu den theoretischen Erwartungen ist der Bildungsgradient bei der Entkoppelung von Ehe und Fortpflanzung allerdings negativ. Bedeutet dies, dass der SDT nicht in der Lage ist, den Anstieg der Nichtehelichenquote zu erklären, wie

6 Tschechien – Familiengründungstypen nach dem Bildungsstand der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes 1990 - 2005



Quelle: Zeman 2007b, S. 6

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: R. Schwarz, T. Zimmermann

Perelli-Harris und Gerber (2009) und Perelli-Harris et al. (2010) aus ihren Untersuchungen zum Bildungsstand unverheirateter Mütter schlussfolgern? Die Autoren schlagen ein ‚*Pattern of disadvantage*' als alternativen Erklärungsansatz vor, dessen Kernthese sich zusammenfassen lässt als „*feminism and an increasing acceptance of nonmarital childbearing coupled with growing economic uncertainty produces a negative educational gradient for childbearing within cohabitation*" (Perelli-Harris et al. 2010: 12). Diese Argumentation entspricht weitgehend der in Abschnitt 2.8 dargestellten Operationalisierung des Zweiten Demographischen Übergangs und spricht daher eher für eine zu enge, den Charakter des SDT als Multifaktoransatz ignorierende, Definition bei Perelli-Harris und ihren Koautoren.

Der negative Bildungsgradient bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kind lässt sich mit der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs auch als ein Selektionsprozess verstehen, bei dem sich familienorientierte Frauen in die Ehe „sortieren".[45] Der überdurchschnittliche Prozentsatz ehelich konzipierter und geborener Kinder ist

45 Eine britische Studie zeigt, dass sich der Partnerschaftsstatus mit dem Bildungsniveau verändert: Frauen ohne Schulabschluss lebten zu 57% bei der Geburt ihres unehelichen Kindes nicht mit einem Partner zusammen, während 81% der Kinder unverheirateter Akademikerinnen in eine nichteheliche Lebensgemeinschaft hineingeboren wurden (Kiernan & Smith 2003: 30).

die Konsequenz einer strategischen Lebensplanung. Für eine Heirat sprechen weniger ökonomische Gründe oder das Festhalten an Traditionen, sondern der „symbolische Mehrwert" dieser Lebensform. Das Zusammenleben der Partner dürfte eher dem Ideal der „post-traditionellen" Ehe entsprechen als dem patriarchalischen Charakter der bürgerlichen Ehe. Auf der anderen Seite muss eine nichteheliche Lebensgemeinschaft mit Kind bei Paaren mit niedrigem Bildungsniveau keine individualistische Lebensform sein, sondern kann von der Aufteilung der Hausarbeit und vom Machtgefüge innerhalb der Beziehung der gleichen Logik folgen wie die bürgerliche Ehe. Ohnehin ist der Bannerträger des SDT nicht die nichteheliche Lebensgemeinschaft mit Kind, sondern die kinderlose Lebensgemeinschaft, da sie am stärksten das Prinzip des ‚King pair' und der Temporalität von koresidentiellen Beziehungen repräsentiert. An diesen Überlegungen wird deutlich, dass die Forschung zum Zweiten Demographischen Übergang – die vorliegende Arbeit ist dabei keine Ausnahme – zu sehr an der Form orientiert ist und den Inhalt zu stark ignoriert. Es wäre notwendig, die Thesen des SDT mit qualitativen Methoden auf der Individualebene zu überprüfen. Dabei müsste nicht die Frage nach der Beziehungsform im Vordergrund stehen, sondern wie Paare ihre Beziehung leben: Wie individualistisch kann eine Ehe sein und wie konventionell eine nichteheliche Lebensgemeinschaft?

3.2 Die registrierte Partnerschaft

Seit Mitte des letzten Jahrhunderts hat sich die Toleranz der meisten europäischen Gesellschaften gegenüber Homosexuellen deutlich vergrößert. In vielen Staaten hat sich bei den Regierenden die Auffassung durchgesetzt, dass die rechtliche Stellung von gleichgeschlechtlichen Paaren, die in stabilen Partnerschaften Verantwortung füreinander übernehmen, verbessert werden sollte. Ein Instrument dazu stellen eingetragene Partnerschaften dar, die in den vergangenen Jahren in einigen Staaten eingeführt wurden. Dabei lassen sich zwei Modelle unterscheiden:

- Eingetragene Partnerschaften stehen nur gleichgeschlechtlichen Paaren offen. Der Gesetzgeber will so die rechtliche Stellung homosexueller Paare durch ein der Ehe ähnliches Rechtsinstitut zu verbessern, ohne die Ehe selbst zu öffnen.
- Eingetragene Partnerschaften stehen sowohl homo- als auch heterosexuellen Paaren offen und treten damit in direkte Konkurrenz zur Ehe.

Die meisten Staaten haben es vermieden, ein mit der Ehe in direkte Konkurrenz tretendes Rechtsinstitut zu schaffen. In Dänemark (Baatrup & Waaldijk 2005: 68), Deutschland (Siegfried & Waaldijk 2005: 108), Finnland (Hiltunen & Waaldijk 2005: 80), Großbritannien (Barlow et al. 2005: 110-111), Island (De Fridriksdóttir & Waaldijk 2005: 122), Norwegen (Asland & Waaldijk 2005: 156), Schweden (Ytterberg & Waaldijk 2005: 170-171), der Schweiz,[46] Slowenien[47] und Tschechien (Alda 2006) können nur gleichgeschlechtliche Paare eine registrierte Partnerschaft eingehen.[48] Dem zweiten

46 http://www.admin.ch/ch/d/sr/2/211.231.de.pdf Abfrage vom 16.10.2008

47 In Slowenien existiert seit den 1970er Jahren außerdem eine unregistrierte Partnerschaft für verschiedengeschlechtliche Paare (Rijavec & Kraljić 2005: 396).

48 In einigen der genannten Länder wurde die registrierte Partnerschaft nach Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe inzwischen wieder abgeschafft.

Modell folgen Andorra,[49] Belgien (De Schutter & Waaldijk 2005: 50), Frankreich (Borrillo & Waaldijk 2005: 94), Luxemburg[50] und die Niederlande (Waaldijk 2005b: 138). In Kroatien (Hrabar 2005: 399-402), Portugal (González Beilfuss 2005: 258-259) und Ungarn[51] sieht das Gesetz eine Angleichung der Rechte und Pflichten nichtehelicher (gleich- und verschiedengeschlechtlicher) Partnerschaften an die Rechtsfolgen der Ehe vor, ohne dass eine formelle Registrierung notwendig ist.

3.2.1 Registrierte Partnerschaften als Ehealternative?

Daten zu registrierten Partnerschaften als Alternative zur Ehe liegen aus Belgien, Frankreich und den Niederlanden vor. Während die heterosexuellen Niederländer die eingetragene Partnerschaft nur in geringem Maß als Ehealternative betrachten, erfreuen sich die belgische *Cohabitation légale* und der französische *Pacte Civil de Solidarité* in dieser Bevölkerungsgruppe Jahren wachsender Beliebtheit. In diesem Zusammenhang spielt sicher auch die Tatsache eine Rolle, dass die Franzosen der Institution Ehe gegenüber kritischer eingestellt sind als die Niederländer. In den Altersgruppen 15-29 und 30-49 stimmten 1999 jeweils 40% der Franzosen der Aussage zu, dass die Ehe eine überholte Institution sei. Unter den Niederländern war die Zustimmung mit 23 bzw. 29% deutlich geringer. In Belgien ist die Eheskepsis stärker ausgeprägt als in den Niederlanden, aber nicht so weit verbreitet wie in Frankreich (ASEP/JDS 2009).

Die belgische *Cohabitation légale* steht auch unverheirateten Blutsverwandten offen, sofern diese in einer Solidargemeinschaft in einem gemeinsamen Haushalt leben (De Schutter & Waaldijk 2005: 61-62). Da die Personen, die eine registrierte Partnerschaft eingehen, individuell und nicht als Paar erfasst werden, ist keine Aussage darüber möglich, in welchem Umfang Blutsverwandte die Möglichkeit nutzen, eine *Cohabitation légale* eintragen zu lassen. Wie in den beiden anderen Ländern ist in den letzten Jahren auch in Belgien eine zunehmende Beliebtheit der eingetragenen Partnerschaft festzustellen (Abbildung 7). Der Bedeutungsgewinn der *Cohabitation légale* hat offensichtlich keine Auswirkungen auf das Heiratsverhalten, da die Zahl der Eheschließungen zwischen 2000 und 2007 stabil geblieben ist. Die Neigung, eine registrierte Partnerschaft einzugehen, ist im französischsprachigen Landesteil stärker ausgeprägt als in Flandern und Brüssel.[52] Traditionell setzen sich demographische Innovationen in Belgien zuerst im stärker säkularisierten Wallonien durch (Lesthaeghe & Neels 2002: 342-344).

---

49 Die „*Unió estable de parella*“ können nicht verwandte Personen, die die andorranische Staatsbürgerschaft besitzen oder dauerhaft in Andorra leben, eingehen (Principat d'Andorra 2005: 1022).

50 Eine registrierte Partnerschaft können geschäftsfähige, nicht miteinander verwandte, unverheiratete und nicht anderweitig verpartnerte Personen eingehen, die ihren Wohnsitz im Großherzogtum haben (Grand-Duché de Luxembourg 2004: 2020)

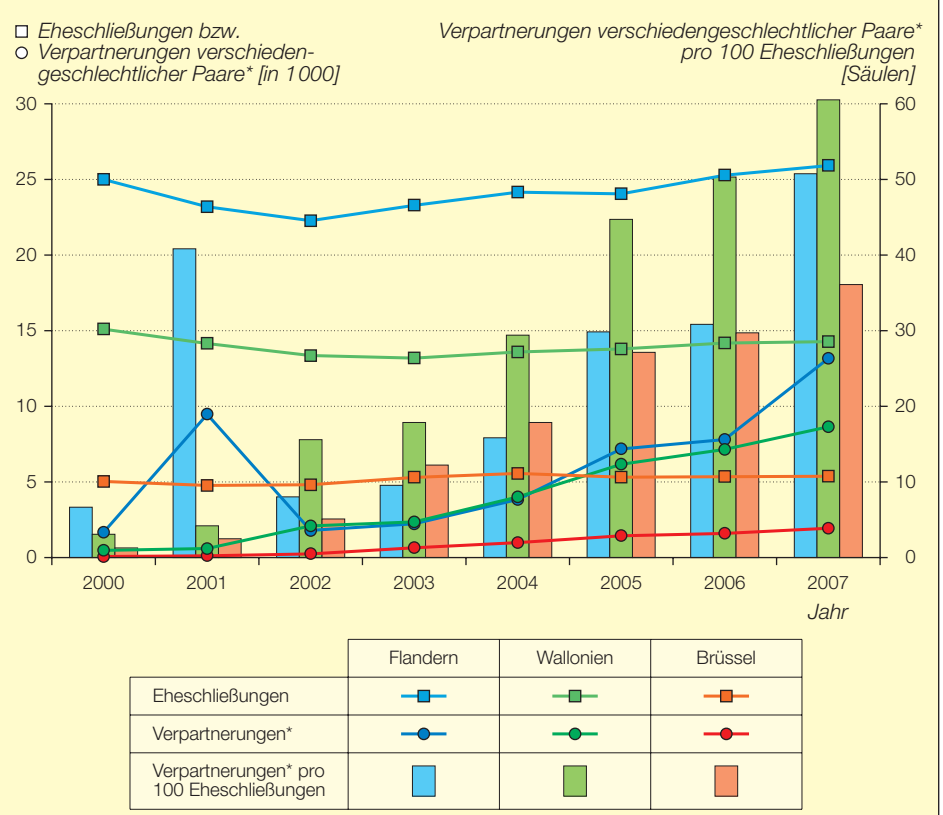
51 „*Following from the definition in the Civil Code, domestic partnership shall exist if the parties (1) live together, (2) share the same household, (3) are in emotional and financial community, and (4) undertake their togetherness toward any third party*.“ (http://www.magyarorszag.hu/english/keyevents /a_alpolg/a_csalad/a_elettars/a_elettars20061010.html; Abfrage am 15.10.2008)

52 Die regionalen Unterschiede der Beliebtheit der *Cohabitation légale* korrespondieren wiederum mit unterschiedlichen Einschätzungen, ob die Ehe noch eine zeitgemäße Institution ist: In Brüssel hielten 1999 27% der 15- bis 49-Jährigen die Ehe für überholt, in Flandern 29%. In der Wallonie waren dagegen fast 40% überzeugt, dass die Ehe nicht mehr zeitgemäß ist (Eigene Berechungen; Datenquelle: ASEP/JDS (2009)).

Die relativ geringe Beliebtheit des gesetzlichen Zusammenlebens in Brüssel könnte mit dem hohen Migrantenanteil[53] zusammenhängen.

In Frankreich hat der Gesetzgeber großen Wert darauf gelegt, mit dem *Pacte Civil de Solidarité* (PACS) ein Rechtsinstitut zu schaffen, das sich deutlich von der Ehe abhebt. Im Gegensatz zu Eheschließungen, die im Rathaus vom Bürgermeister oder seinem Stellvertreter durchgeführt werden, wird der PACS ohne formelles Ritual im Beisein eines Beamten des *Tribunal d'instance*, des in Frankreich für kleinere Alltagsstreitigkeiten zuständigen Gerichts, registriert. Im Gegensatz zu einer Heirat hat die Unterschrift unter den Partnerschaftsvertrag keine Folgen für den Familienstand: die *Pacsé(e)* bleiben weiterhin ledig, geschieden oder verwitwet (Rault 2004). Der *Pacte Civil de Solidarité* erfreut sich insbesondere bei heterosexuellen Paaren einer zunehmenden Popularität.[54]

7 Regionen Belgiens
Eheschließungen und registrierte Partnerschaften verschiedengeschlechtlicher Paare 2000 - 2007



* Cohabitation légale

Datenquelle: SPF Economie 2008

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: A. Kurth

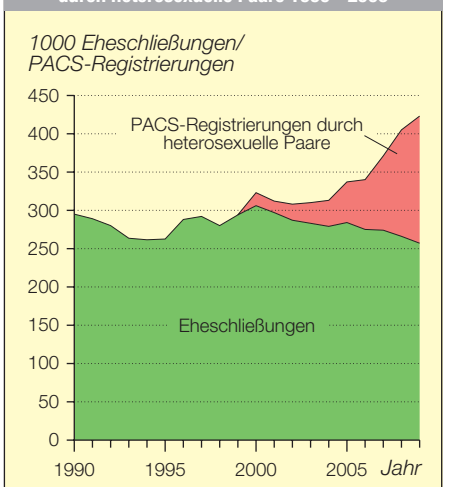
53 2001 lag der Bevölkerunganteil der Zuwanderer der ersten und zweiten Generation aus dem „demographisch konservativen" Mittelmeerraum bei 27%; die größte Einzelgruppe stellen die Marokkaner mit 13% (Eigene Berechnungen nach Willaert & Deboosere 2005: 69)

54 2010 wurden 195000 PACS registriert, davon 95% von verschiedengeschlechtlichen Paaren (Pla & Beaumel 2011: 3).

Die steigende Beliebtheit des PACS seit 2005 ist die Folge der zunehmenden rechtlichen Gleichbehandlung von *Pacsés* und Eheleuten (Ruelland 2006: 4). Der Trend zur „Ver-PACS-ung" hält an: 2010 kamen auf vier Eheschließungen drei Partnerschaftsverträge (Pla & Beaumel 2011). Parallel zur steigenden Beliebtheit des PACS ist die Zahl der Hochzeiten kontinuierlich zurückgegangen. Von einem Nullsummenspiel, bei dem Ehen durch registrierte Partnerschaften substituiert werden, kann man allerdings nicht sprechen. Der PACS ist – wie Abbildung 8 deutlich zeigt – in erster Linie für Gruppen attraktiv, die der Ehe eher skeptisch gegenüber stehen. Insgesamt sind seit 1999 mehr Paare eine gesetzlich institutionalisierte Beziehung eingegangen. Es ist anzunehmen, dass die Eheunähnlichkeit des PACS von Paaren, die nicht heiraten wollen, sich aber dennoch eine größere rechtliche Sicherheit für ihre Beziehung wünschen, durchaus begrüßt wird. In demographischer Hinsicht beginnt der PACS der Ehe immer mehr zu ähneln. Das Durchschnittsalter bei „Ver-PACS-ung" entspricht bei verschiedengeschlechtlichen Paaren weitgehend dem mittleren Heiratsalter (Carrasco 2007: 2, Pla 2008: 3). Auch beim Trennungsverhalten ist eine Annäherung unverkennbar. Die Wahrscheinlichkeit einer Kündigung des PACS ist zwar in den ersten Jahren höher als die einer Ehescheidung, mit zunehmender Beziehungsdauer sind die eingetragenen Partnerschaften jedoch stabiler als Ehen. Im Jahr 2006 lag die zusammengefasste Trennungsziffer (berechnet analog zur zusammengefassten Scheidungsziffer) der heterosexuellen *Pacsés* nach sechs Jahren etwa auf dem Niveau der Scheidungsrate von Paaren im siebten Ehejahr (Carrasco 2007: 2).

Bei der Neigung, einen Partnerschaftsvertrag abzuschließen, sind erhebliche regionale Disparitäten festzustellen, die auf Unterschiede in der gesellschaftlichen Akzeptanz dieser Partnerschaftsform hindeuten (Joseph 2008: 3). Im Heiratsverhalten treten Disparitäten dieser Größenordnung nicht auf (Carrasco 2007: 4). Tendenziell sind die „Ver-PACS-ungsraten" in urbanisierten Départements höher als im ländlichen Raum. Relativ hohe Werte werden auch in Départements erreicht, in denen bedeutende Universitätsstädte liegen. In der Region Nord-Pas-de-Calais ist dagegen eine angesichts des hohen Verstädterungsgrads und der Existenz wichtiger Universitäten überraschend niedrige Popularität festzustellen (Ruelland 2006: 2-3). Der bis ins 19. Jahrhundert teilweise flämischsprachige Nordosten gehört traditionell nicht zum demographischen „Innovationskern" Frankreichs (Lesthaeghe & Neels 2002: 341), in dem die Bevölkerung demographischen Neuerungen wie dem *Pacte civil de solidarité* aufgeschlossener gegenübersteht. Das zur Pariser Agglomeration gehörenden Département Seine-Saint-Denis weist – trotz Rahmenbedingungen, die eine hohe Akzeptanz des PACS vermuten lassen sollten – neben der starken Verstädterung

Frankreich
8 Eheschließungen und PACS-Registrierungen durch heterosexuelle Paare 1990 - 2006



Datenquelle: Pla und Beaumel 2010

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: R. Schwarz

die räumliche Nähe zur Hauptstadt – eine ausgesprochen niedrige „Ver-PACS-ungsrate" auf (Joseph 2008: 3). Möglicherweise ist die Tatsache, dass ein großer Teil der Bewohner dieses Departements kulturelle Wurzeln im Maghreb hat, eine Erklärung für die geringe Neigung, einen Partnerschaftsvertrag abzuschließen.

3.2.2 Die Bedeutung registrierter Partnerschaften im Konzept des Zweiten Demographischen Übergangs

Die Einführung registrierter Partnerschaften in immer mehr europäischen Staaten kann unter zwei Gesichtspunkten als eine Bestätigung der von der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs postulierten zunehmenden Abkehr von „traditionellen" Einstellungen zum Familienbildungsverhalten interpretiert werden. Da eingetragene Partnerschaften in den meisten Staaten nur von gleichgeschlechtlichen Paaren eingegangen werden können, sind sie vor allem ein Symbol für veränderte Einstellungen zu Lesben und Schwulen. Die radikalste Form der rechtlichen Gleichstellung von gleich- und verschiedengeschlechtlichen Paaren ist die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule, wie sie (Stand 2011) in Belgien, Island, Norwegen, Portugal, Schweden, Spanien und den Niederlanden vollzogen wurde. Die Schaffung eines intermediären Rechtsinstituts zwischen Ehe und nichtehelichen Lebensgemeinschaften ist darüber hinaus symptomatisch für einen veränderten Umgang der Obrigkeit mit der Lebenswirklichkeit der Bevölkerung. War der Staat lange Zeit bestrebt, die lebenslange Ehe als einzig legitime Form des Zusammenlebens von Frau und Mann zu etablieren und nichteheliche Lebensgemeinschaften wenn nicht zu kriminalisieren, so doch wenigstens in eine rechtliche Grauzone zu drängen, ist seit Mitte des letzten Jahrhunderts ein pragmatischeres Vorgehen festzustellen. Das unverheiratete Zusammenleben wird juristisch geregelt. In verschiedenen Staaten werden nichteheliche Lebensgemeinschaften rechtlich sogar Ehepaaren weitgehend gleichgestellt. Eine Abkehr von der besonderen Privilegierung der Ehe wird jedoch vermieden. Die unregistrierten Partnerschaften in Kroatien, Portugal, Slowenien und Ungarn sind ein gutes Beispiel für dieses pragmatische Vorgehen. Der Staat überlässt die Entscheidung über die Form des Zusammenlebens den Paaren und erkennt mit der stillschweigenden Gleichstellung an, dass langjährige nichteheliche Lebensgemeinschaften vom juristischen Regelungsbedarf her letztendlich nichts anderes sind als Ehen ohne Trauschein, auch wenn sie sich soziologisch von Ehen mit Trauschein unterscheiden mögen.

Es kann argumentiert werden, dass die Einführung von registrierten Partnerschaften für heterosexuelle Paare revolutionärer ist als die so genannte „Homoehe", da dadurch ein Rechtsinstitut geschaffen wird, das es Paaren ermöglicht, sich aktiv gegen die Institution Ehe und die mit ihr verbundenen Rollenmuster und Erwartungen zu entscheiden. Mit einer solchen Maßnahme reagiert der Gesetzgeber auf eine in Teilen der Bevölkerung verbreitete Ablehnung beziehungsweise Indifferenz gegenüber der Ehe, während die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare im Grunde genommen nur eine Erweiterung des Adressatenkreises der Institution Ehe ist. Ein Indikator für die von der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs postulierte Schwächung der Institution Ehe ist sie allerdings nicht. Aus der gesellschaftlichen Perspektive stellt die gleichgeschlechtliche Ehe die konsequenteste Form der Gleichstellung von Homo- und Heterosexuellen dar und ist damit ein guter Indikator für die größere Akzeptanz von Lesben und Schwulen in der Bevölkerung. Gleichzeitig symbolisiert die Öffnung der Ehe für gleichge-

schlechtliche Paare auch einen Wandel des Ehebilds. Die Ehe wird nicht mehr vorrangig als Reproduktions- und Versorgungsinstitution wahrgenommen, sondern in erster Linie über die Beziehung der Partner zueinander definiert. Ein anschauliches Beispiel für diese Sichtweise ist die Urteilsbegründung des Ontario Court of Appeal im Fall *Halpern v. Canada (Attorney General)* (zitiert nach Holland 2005: 493):

> "*Marriage is, without dispute, one of the most significant forms of personal relationships.* […] *Through the institution of marriage individuals can publicly express their love and commitment to each other. Through this institution, society publicly recognizes expressions of love between individuals, granting them respect and legitimacy as a couple. This public recognition and sanction of marital relationships reflect society's approbation of the personal hopes, desires and aspirations that underlie loving, committed conjugal relationships. This can only enhance an individual's sense of self-worth and dignity.*"

Der Wandel der Institution Ehe und die zunehmende Akzeptanz von Lesben und Schwulen sind der Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe vorausgegangen und haben sie erst ermöglicht. Da die Ehe eine "vollständige Institution" mit klaren gesellschaftlichen Vorgaben, die das Verhalten der Partner untereinander und ihrer Umwelt gegenüber regeln (Hansen et al. 2008: 915), ist, kann davon ausgegangen werden, dass die sozialen Normen für verschiedengeschlechtliche Ehepartner nach einer Öffnung der Ehe für Homosexuelle auch auf gleichgeschlechtliche Partner übertragen werden. Die Stellung der Ehe als der gesellschaftlich verbindliche Rahmen einer auf Dauer angelegten monogamen Partnerschaft wird somit durch die Ausweitung des Rechts auf Heirat auf Homosexuelle gestärkt. Die Einführung eingetragener Partnerschaften für verschiedengeschlechtliche Paare als leichter zu trennende „Ehe light" mit geringeren Rechten und Pflichten bedeutet jedoch eine Abkehr von dieser gesellschaftlichen Verbindlichkeit. Die Pluralisierung der Lebensformen äußert sich nicht nur darin, dass in der Vergangenheit kriminalisierte und geächtete Formen des Zusammenlebens ihre Anstößigkeit verlieren und zu einer gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit werden, sondern auch darin, dass der gemeinsame Haushalt von einem notwendigen zu einem hinreichenden Merkmal einer Paarbeziehung wird. Das ‚*Living apart together*', auf das im übernächsten Abschnitt eingegangen wird, ist neben den registrierten Partnerschaften für Lesben und Schwule und den Einpersonenhaushalten die einzige wirkliche strukturelle demographische Innovation im Zeitalter des Zweiten Demographischen Übergangs.

3.3 Nichteheliche Lebensgemeinschaften

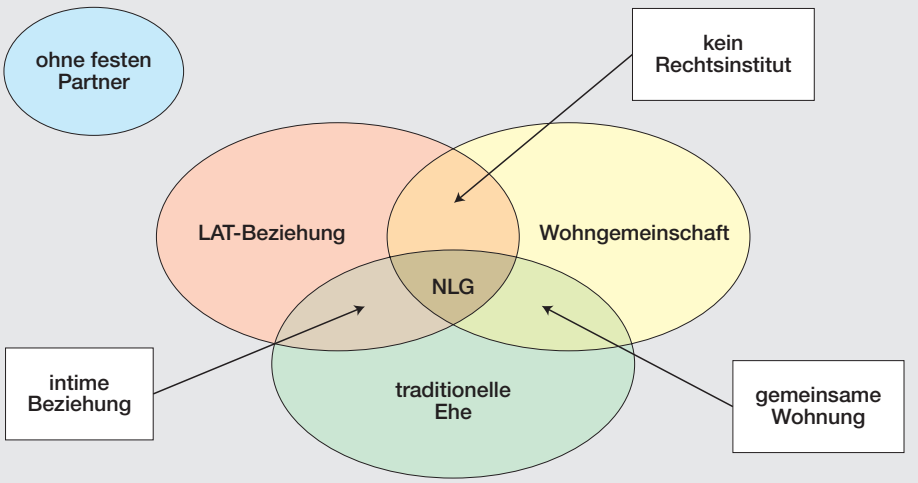
Nach Rijavec und Kraljić (2005: 375-376) lassen sich in rechtlicher Hinsicht drei Unterscheidungsmerkmale zwischen einer Ehe und einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft (NLG) feststellen:

- Das Eingehen einer Ehe ist ein juristischer und administrativer Akt, während die Bildung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft im gegenseitigen Einvernehmen der Partner erfolgt, ohne dass staatliche Stellen hinzugezogen werden (müssen).
- Die Ehe ist eine rechtlich und sozial allgemein anerkannte Partnerschaftsform, während nichteheliche Lebensgemeinschaften gesellschaftlich weniger etabliert und akzeptiert sind.

- Die Aufhebung einer Ehe kann nur von staatlichen Stellen auf der Basis genau definierter gesetzlicher Regelungen durchgeführt werden. Die Auflösung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft erfolgt dagegen formlos und ohne die Einbeziehung staatlicher Stellen.

Die Ehe ist primär über den Familienstand definiert, die nichteheliche Lebensgemeinschaft dagegen über die Tatsache des Zusammenlebens. Das unverheiratete Zusammenleben ist folglich in erster Linie eine Haushalts- und keine Beziehungsform. Sobald ein Konsensualpartner die gemeinsame Wohnung verlässt, z.B. aus beruflichen Gründen, ist die nichteheliche Lebensgemeinschaft de facto beendet, auch wenn das Paar sich nicht getrennt hat. Anders formuliert: solange ein Ehepaar nicht geschieden ist, wird quasi automatisch davon ausgegangen, dass eine intakte Ehe vorliegt, während bei einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft ebenso automatisch angenommen wird, dass mit der gemeinsamen Wohnung auch die Paarbeziehung aufgelöst wird. Die Beendigung des Zusammenlebens wird folglich als Äquivalent zu einer Ehescheidung aufgefasst.

9 Venn-Diagramm der Lebens- und Beziehungsformen



LAT living apart together
NLG nichteheliche Lebensgemeinschaft

Quelle: eigener Entwurf

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: A. Kurth

Nichteheliche Lebensgemeinschaften sind eine Beziehungsform, die gewissermaßen die Schnittmenge zwischen verschiedenen koresidentiellen Lebensformen darstellt (Abbildung 9). Mit der „traditionellen" Ehe[55] hat sie das Zusammenleben der Partner und eine zwischen ihnen bestehende intime Beziehung gemeinsam, mit der Wohngemeinschaft

55 In Abbildung 9 wird der Begriff „traditionelle Ehe" verwendet, um auszudrücken, dass die Ehe hier nicht im juristischen Sinn definiert ist, sondern als eine Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft zweier Personen, zwischen denen eine sexuelle Beziehung besteht, verstanden wird. Diese Einschränkung der Ehedefinition ist notwendig, da sich die Familienstandskategorie „verheiratet" mit den anderen Beziehungsformen überschneiden kann. So ist die Definition von ‚*Living apart together*' familienstandneutral. Eine LAT-Beziehung können auch miteinander verheiratete Personen führen. Es ist zudem nicht ausgeschlossen, dass verheiratete Personen eine nichteheliche Lebensgemeinschaft mit einer dritten Person führen, insbesondere in Staaten mit restriktivem Scheidungsrecht.

und dem ‚*Living apart together*' die Tatsache, dass es sich im Gegensatz zur Ehe nicht um Rechtsinstitute handelt. Von der Wohngemeinschaft unterscheidet sich das unverheiratete Zusammenleben dadurch, dass die Lebenspartner eine Liebesbeziehung führen, vom LAT durch die Tatsache des Zusammenlebens. Als eigenständige Dimension erscheinen die „Singles", Frauen und Männer ohne festen Partner. In vielen Studien zum Heirats- und Familiengründungsverhalten wird eine problematische Definition des Begriffs „Single" verwendet. Es werden drei Analysekategorien definiert – verheiratet, in einer NLG lebend und nicht mit einem Partner zusammenwohnend. Bei der letzteren Kategorie wird angenommen, dass Personen, die allein oder noch im Elternhaus leben, keine feste Partnerschaft führen. Dies ist methodisch und forschungslogisch bedenklich, weil dabei Familienstand, Lebens- und Beziehungsform in einen Topf geworfen werden (Castro-Martín et al. 2008: 444). Der hier verwendete Begriff „ohne festen Partner" orientiert sich an der Single-Definition von Thornton et al. (2007: 77), die zu Recht darauf hinweisen, dass „*being single encompasses a variety of intimate relationships that do not involve marriage or cohabitation. Being single can also involve a variety of different living arrangements, including living with parents, in a dormitory, with housemates, or alone*". Das Zusammenleben erwachsener Kinder mit ihren Eltern kann im Sinne der Abbildung als eine Sonderform der Wohngemeinschaft aufgefasst werden.

In der Literatur wird argumentiert, dass sich Menschen, die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben, in ihren Persönlichkeitsmerkmalen von Personen, die „direkt" heiraten unterscheiden. Erstere weisen tendenziell ein höheres Bildungsniveau, eine niedrigere Religiosität und modernere familienbezogene Wertvorstellungen sowie eine schwächere Familienorientierung auf. Damit verbunden ist eine geringere Bereitschaft, normativen Verpflichtungen, wie etwa dem gesellschaftlichen Ideal, engen Kontakt zu Eltern und Schwiegereltern zu halten, zu gehorchen. Konsensualpartner haben häufiger als Verheiratete eine Scheidung der Eltern und/oder das Scheitern einer Beziehung erleben müssen. Sie sind häufiger kinderlos, leben bevorzugt in Städten und haben weniger Kontakt zu Familienmitgliedern (Hogerbrugge & Dykstra 2009: 136; 142). Bisweilen kommt auch noch eine Ablehnung der Institution Ehe dazu, die als Symbol für das Patriarchat und die Unterdrückung der Frau interpretiert wird (Barlow et al. 2005: 72). In nichtehelichen Lebensgemeinschaften ist die innerfamiliäre *Gender equity* stärker ausgeprägt, was sich beispielsweise darin äußert, dass die Hausarbeit egalitärer aufgeteilt wird. Es ist jedoch umstritten, ob dieser in allen Industriestaaten festzustellende Zusammenhang auf Selektionseffekte – Frauen und Männer mit egalitären Geschlechterrollenbildern bevorzugen nichteheliche Lebensgemeinschaften – zurückzuführen ist, oder ob die schwächere Ausprägung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bereits in der Struktur und Logik des unverheirateten Zusammenlebens angelegt ist (Davis et al. 2007: 1263-1269). Umstritten ist auch die soziale Signifikanz des unverheirateten Zusammenlebens. Lois (2008: 29-30) zufolge handelt es sich häufig um Beziehungen stark berufs- und karriereorientierter Menschen mit hohem Bildungsniveau. In einer solchen Konstellation würde die Partnerin nur in geringem Maße von der wirtschaftlichen Absicherung durch eine Ehe profitieren. Unverheiratete Paare mit Kindern scheinen dagegen in vielen europäischen Staaten eher benachteiligten Bevölkerungsschichten anzugehören (Perelli-Harris et al. 2010: 32-33). Wichtige Erfolgsfaktoren der nichtehelichen Lebensgemeinschaft in der postmodernen Gesellschaft scheinen ihre Flexibilität, indi-

viduelle Gestaltbarkeit und der Kompromisscharakter zwischen Freiheit und Bindung beziehungsweise Eigenständigkeit und Verpflichtung zu sein (Matthias-Bleck 2006: 93; 170). Trotz ihres Kompromisscharakters ist die partnerschaftliche Bindung („*commitment*") in nichtehelichen Lebensgemeinschaften offensichtlich nicht schwächer als in Ehen. Insgesamt scheinen sich – zumindest in Westeuropa – Ehe- und Lebenspartner mit vergleichbarem demographischem Hintergrund in diesem Zusammenhang nicht signifikant zu unterscheiden (Barlow et al. 2005: 56-65; 75).

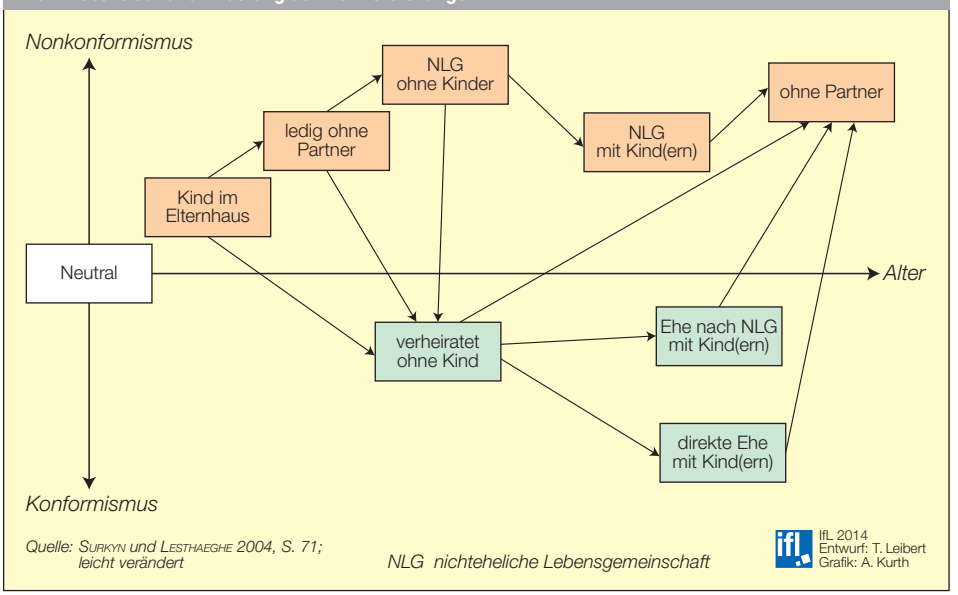
3.3.1 Die Bedeutung nichtehelicher Lebensgemeinschaften im Konzept des Zweiten Demographischen Übergangs

Im Konzept des Zweiten Demographischen Übergangs gelten nichteheliche Lebensgemeinschaften als der Ausdruck säkularisierter und antiautoritärer Einstellungen gut ausgebildeter junger Menschen mit egalitären Geschlechterrollenbildern (Lesthaeghe et al. 2006: 34). Der Bedeutungsgewinn des unverheirateten Zusammenlebens ist sicher eines der revolutionärsten Elemente des Wandels des generativen Verhaltens in Europa. Die Ehe hat seit dem Ende der 1960er Jahre zwei ihrer wichtigsten Funktionen, die Regulierung der menschlichen Sexualität und die Schaffung eines Rahmens für die Zeugung und Erziehung von Kindern, eingebüßt. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft stellt damit die traditionelle Dominanz der Ehe als einziger ethisch-moralisch akzeptabler Rahmen des Zusammenlebens von Mann und Frau, der Sexualität und der Erziehung von Kindern in Frage. Von Bedeutung ist auch der Vorbildcharakter für zukünftige Generationen: „*conjugal and procreative choices constitute moral lessons for the next generation*" Ambert (2005: 23). Auch Surkyn und Lesthaeghe (2004: 69) vertreten die These, dass die familiale Vorgeschichte auf der Individualebene ein wichtiger Einflussfaktor für familienbezogene Entscheidungen ist. In diesem Zusammenhang ist zu erwarten, dass durch das Vorbild der Eltern voreheliches Zusammenleben und unverheiratete Elternschaft in der nächsten Generation weiter an Bedeutung gewinnen, während sich die Heirat ohne vorheriges Zusammenleben zunehmend auf selektive Bevölkerungsgruppen beschränken dürfte. Die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs geht davon aus, dass sich die Wahl einer Lebensform nicht nur aus den individuellen familienbezogenen Wertvorstellungen ergibt, sondern dass es durch die Entscheidung, zu heiraten oder ohne Trauschein zusammenzuleben, auch zu einer Bestätigung und Verstärkung dieser Familienwerte kommt. Auch eine Neuorientierung des Wertesystems ist möglich, etwa durch die Geburt eines Kindes oder das Scheitern einer Ehe (Abbildung 10). Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder bilden den nonkonformistischen[56] Pol, Ehepaare mit Kindern, die „direkt" geheiratet haben, den konformistischen. Das unverheiratete Paar ohne Kinder ist gewissermaßen der Bannerträger des SDT. Etwas unlogisch ist, dass Surkyn und Lesthaeghe davon ausgehen, dass Paare, die nach einer vorehelichen Lebensgemeinschaft heiraten, nach der Hochzeit ähnlich konventionelle Wertvorstellungen entwickeln wie Paare, die „direkt" geheiratet haben, die Erfahrung des unverheirateten Zusammenlebens aber nach der Geburt des ersten Kindes einen „Fußabdruck"

56 Als nonkonformistisch gelten neben einer geringen Religiosität und einem ausgeprägten Postmaterialismus Wertorientierungen, die die individuelle Autonomie betonen und sich durch Misstrauen gegenüber Institutionen und Autoritäten sowie eine ausgeprägte Toleranz gegenüber Minderheiten, „Weltbürgertum" und liberale Moralvorstellungen auszeichnen (Lesthaeghe & Surkyn 2002: 203).

hinterlässt. Die Autoren räumen zwar die Möglichkeit ein, dass eine Kohabitation einen lebenslangen nonkonformistischen Einschlag hinterlassen *könnte* (LESTHAEGHE et al. 2006: 37), widmen diesem Punkt aber keine weitere Aufmerksamkeit.

10 Lebenslauf und Änderung der Wertvorstellungen



3.3.2 Ein Blick zurück: Die Geschichte unverheirateten Zusammenlebens

Das Zusammenleben nicht miteinander verheirateter Frauen und Männer hat – wie bereits in Kapitel 2 angedeutet – in Europa Tradition. In vielen Regionen, etwa in Skandinavien und Schottland, war nicht die Eheschließung, sondern bereits die Verlobung, also das öffentliche Eheversprechen, die Legitimation für das Zusammenleben und die Aufnahme einer sexuellen Beziehung. Aus solchen Verbindungen hervorgegangene Kinder galten erbrechtlich als legitime Nachkommen. Traditionelle Übergangsformen zwischen unverheiratetem Zusammenleben und der Ehe sind die gewohnheitsrechtliche und die Ersitzungsehe. Dabei gingen formlos begründete Lebensgemeinschaften nach einer bestimmten Zeit ohne formellen Rechtsakt oder kirchliche Segnung in eine legitime Ehe über. Es ist allerdings fraglich, ob es gerechtfertigt ist, diese zum Teil in uralten Traditionen wurzelnden Formen der Familiengründung mit den heutigen nichtehelichen Lebensgemeinschaften zu vergleichen, da erstere mit einem Legitimationsakt verbunden waren. Die „Illegitimität" dieser Verbindungen ist die Sichtweise der Kirche – nicht der Paare und ihres sozialen Umfelds. Ausschließlich auf dem Konsens der Partner basierendes unverheiratetes Zusammenleben kam auch in den Unterschichten, insbesondere in Zeiten einer weitgehenden Pauperisierung vor. Da über die Lebensumstände und Wertvorstellungen der Armen kaum historische Quellen vorliegen, lässt sich nicht nachvollziehen, ob es eine Art unterschichtspezifisches „*moral concept of the family*" gegeben hat, mit dem ein Familienleben ohne staatlichen und kirchlichen Segen legitimiert wurde (MITTERAUER 1983: 14-16). Ein solches Konzept dürfte ohnehin zeit- und ortsspezifisch

gewesen sein, da die Geschichte des unverheirateten Zusammenlebens in Westeuropa von einer Abfolge von Phasen von Akzeptanz und Repression geprägt war:

> "*Informal cohabitation – a purely consensual marriage* – [...] *is an ancient Western European Christian practice, which was de-legitimized in early modernity, to surge forward in proletarianized and early industrial Europe, and then abandoned in the age of industrial marriage. In the last third of the twentieth century, simultaneously with the turn to de-industrialization, cohabitation was returning with a vengeance, primarily in its areas of historical origin"* (Therborn 2006: 193).

Wie Therborn andeutet, hat sich die Haltung der Kirche zum unverheirateten Zusammenleben im Lauf der Zeit gewandelt. In der Spätantike wurde es durch das Konzil von Toledo ausdrücklich erlaubt, solange es strukturell dem christlichen Partnerschaftsideal entsprach, es sich also um eine monogame, auf Dauer angelegte Beziehung handelte, in der auch Nachwuchs zu erwarten war. Bis ins frühe Mittelalter ging es der römischen Kirche – die Haltung der Ostkirchen zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften war weniger permissiv – vor allem um die Bekämpfung der Polygamie und um die Durchsetzung des Monogamieprinzips. Ab dem 13. Jahrhundert setzte sich eine ablehnende Haltung gegenüber freien Beziehungen durch (Wagner 2005: 21-29). Seit der frühen Neuzeit versuchte die katholische Kirche, das auf dem Konzil von Trient beschlossene Konzept der durch einen Geistlichen vor Zeugen geschlossenen Ehe als die einzig legitime Lebensform durchzusetzen. Vor diesem Hintergrund sind auch die verstärkten Bemühungen zur Bekämpfung der vorehelichen Sexualität durch kirchliche Stellen seit dieser Zeit zu sehen, die insbesondere zwei Instrumente umfassten – den Ausschluss von religiösen Handlungen und die rituelle Degradierung (Clementi 1998: 191-201). Neben einer Beeinträchtigung des sozialen Status zielten die kirchlichen Disziplinierungsstrategien vor allem auf die „*Zerrüttung des Vertrauens auf den Schutz und die Gnade Gottes*" (Clementi 1998: 200). Eine Verfehlung wie die Geburt eines unehelichen Kindes zog nicht nur eine gesellschaftliche Stigmatisierung nach sich, sondern auch die Gewissheit, keinen Platz in der göttlichen Ordnung mehr zu haben. „*Gefallene und dem Laster verfallene Personen*" mussten in einer Zeit, in der insbesondere auf dem Land eine traditionelle Volksfrömmigkeit tief verwurzelt war, mit der Befürchtung leben, einer größeren Bedrohung durch den Teufel ausgesetzt zu sein als ihre „rechtschaffenen" Nachbarn und nach dem Tod nicht die ewige Ruhe finden zu können, da sie mit Gott nicht im Reinen waren (Clementi 1998: 197-201). Angesichts der „Illegitimitätswelle" in Europa ab dem späten 18. Jahrhundert verwundert es nicht, dass die katholische Kirche im 19. Jahrhundert mit einer Verschärfung der Disziplinierungsmaßnahmen (Clementi 1998: 201) und einer Propagierung des Jungfräulichkeitsideals reagierte (Mitterauer 1983: 20).

Der erneute Bedeutungsgewinn nichtehelicher Lebensgemeinschaften in den 1960er Jahren ging von Dänemark und Schweden aus. Die Gründe dafür sind in soziokulturellen Besonderheiten der beiden skandinavischen Staaten zu sehen. Die Kirche hatte nie einen so starken Einfluss auf das Privatleben des Einzelnen wie in anderen Ländern (Trost 1981: 422). Dänemark und Schweden entwickelten sich daher zu den am stärksten säkularisierten Staaten Europas, in denen Appelle an religiöse Moralvorstellungen und „Familienwerte" bei der Mehrheit der Bevölkerung auf wenig Zustimmung stoßen (Therborn 2006: 196). Außerdem ist das Privatleben den Dänen und Schweden heilig. Was der Einzelne tut oder lässt ist seine eigene Entscheidung und sollte von

den Behörden nicht in Frage gestellt werden, solange nicht Dritte geschädigt werden (Trost 1981: 422). In beiden Ländern existiert eine lange Tradition unverheirateten Zusammenlebens. Nichteheliche Lebensgemeinschaften sind folglich eine *„erneuerte Institution*" (Trost 1981: 422). Selbst zu Zeiten des „Heiratsbooms" der 1950er und 1960er Jahre waren nichteheliche Lebensgemeinschaften vergleichsweise weit verbreitet, ohne jedoch besondere Aufmerksamkeit zu erregen, da es sich dabei zumeist um zeitlich begrenzte voreheliche Kohabitationen handelte (Therborn 2006: 196). Auch voreheliche Schwangerschaften waren in Schweden keine Seltenheit (Myrdal 1968: 46). Es ist argumentiert worden, dass Gesellschaften, in denen kindorientierte Eheschließungen verbreitet sind, familienbezogene Wertvorstellungen entwickeln, welche die Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung erleichtern (Shimizu 2006: 18). Mit Blick auf die offensichtlich weite Verbreitung vorehelichen Geschlechtsverkehrs bilanziert die Soziologin Alva Myrdal (1968: 47) dass *„the marriage ceremony is less valued and the absence of it is less of a taboo in Sweden than in most other countries*". Traditionell war jedoch eine Verlobung die Voraussetzung für das Zusammenleben und die sexuelle Aktivität eines unverheirateten Paares. Verlobte Paare waren in gesellschaftlicher Hinsicht in vielen Punkten Verheirateten gleichgestellt (Trost 1978: 310). Das *traditionelle* unverheiratete Zusammenleben unterscheidet sich mithin von der *modernen* Version dadurch, dass es keine „individualistische" Lebensform darstellte, sondern durch soziale Konventionen reguliert war. Die skandinavischen Staaten waren außerdem die Vorreiter bei der Demontage der patriarchalischen Familie. Früher als in den anderen europäischen Staaten setzte sich ein von individualistischen und egalitären Wertvorstellungen geprägtes Familienbild durch. Die Reform des schwedischen Familienrechts 1969-73 erfolgte unter der Maßgabe der Neutralität des Gesetzgebers gegenüber verschiedenen Lebensformen und Moralvorstellungen (Therborn 2006: 196-198). Mit der Reform des Familienrechts war auch eine weitgehende Abschaffung von Unterhaltszahlungen nach einer Scheidung verbunden. In der Literatur wird verschiedentlich die Auffassung vertreten, dass im schwedischen Arbeitsethos die Vorstellung fest verwurzelt sei, dass jeder Bürger – ob weiblich oder männlich, ob ledig oder verheiratet – wirtschaftlich selbständig sein solle (Wu 2000: 159). Eine weit verbreitete, gesellschaftlich erwünschte Frauenerwerbstätigkeit jedoch reduziert den ökonomischen Nutzen der Ehe, der – wie bereits dargestellt – nicht zuletzt auf der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung beruht. Insbesondere in Schweden war der Bedeutungsgewinn des unverheirateten Zusammenlebens eng mit dem Wertewandel ab Mitte der 1960er Jahre verknüpft, der unerwarteter und tiefgreifender war als in anderen europäischen Staaten. Innerhalb weniger Jahre wandelte sich das Anfang der 1960er Jahre von ausländischen Beobachtern als steif und formal beschriebene Land zu einer wohlhabenden, egalitären und urban geprägten Gesellschaft, in der althergebrachte Konventionen einen geringen Stellenwert haben (Therborn 2006: 197).

Der eigentliche Auslöser des Wandels der Partnerschaftsformen war jedoch der Übergang von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft, durch den die Ehe ihre Bedeutung als Versorgungsinstitution für Frauen und Kinder weitgehend eingebüßt hatte. In Schweden war der Übergang von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft mit einer gesellschaftlichen Diskussion über die zukünftige gesellschaftliche Rolle der Frauen verbunden. Die Hausfrauenrolle wurde zunehmend in Frage gestellt und vom Ideal der berufstätigen Mutter abgelöst. Es wurde argumentiert, dass die Erwerbs-

tätigkeit Frauen die Möglichkeit biete, ihr soziales Netz zu vergrößern und sich selbst zu verwirklichen. Eine eigene Berufstätigkeit würde zudem die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ehemann reduzieren. In der Folge wurden Programme implementiert, die Hausfrauen den Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern sollten und eine Diskussion über den Ausbau der Kindertagesbetreuung geführt. Auch die Institution Ehe selbst und das am Ideal der Stabilisierung bestehender Ehen orientierte Scheidungsrecht wurden kritisiert, gleichzeitig wuchs die Akzeptanz von nichttraditionellen Familienformen. In diesem Zusammenhang sollte auch die Rolle der Massenmedien beim Wertewandel unterstrichen werden. Fernsehen, Radio und Printmedien haben gesellschaftliche Diskussionen erst ermöglicht und die verschiedenen Positionen einem breiten Publikum zugänglich gemacht (Trost 1978: 312-313).

3.3.3 Nichteheliche Lebensgemeinschaften im Sozialismus

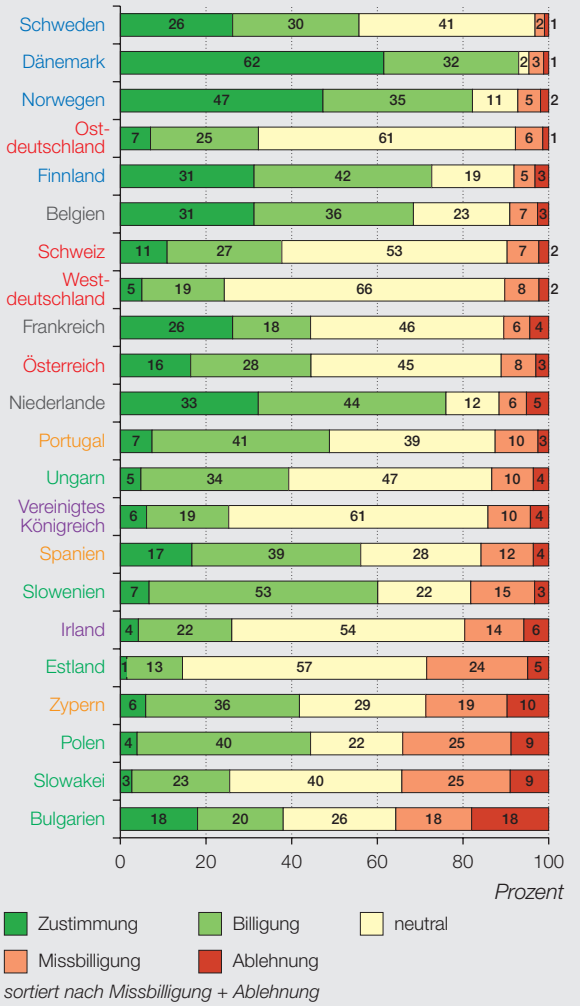
Nichteheliche Lebensgemeinschaften waren in sozialistischer Zeit nicht gern gesehen. So wurde in Bulgarien auf Mitglieder der Kommunistischen Partei, die ohne Trauschein mit einem Partner zusammenlebten, Druck ausgeübt, zu heiraten. Sollten sie dieser Forderung nicht nachkommen, drohte der Ausschluss aus der Staatspartei (Brunnbauer 2007: 433). Der Traditionalismus der mittel- und osteuropäischen Regime in Familienfragen steht in einem gewissen Gegensatz zu den Entwicklungen in der Sowjetunion vor dem Zweiten Weltkrieg. Bereits kurz nach der Oktoberrevolution wurde in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) die Einführung einer „faktischen Ehe“ diskutiert, zunächst jedoch verworfen, da man befürchtete, dadurch die neu eingeführte obligatorische Zivilehe zu untergraben. Die „faktische Ehe“ wurde schließlich im November 1926 mit dem *Gesetzbuch über Ehe, Familie und Vormundschaft* in der RSFSR eingeführt. Die Regelungen des russischen Familienrechts wurden von den meisten anderen Sowjetrepubliken übernommen. Unter Stalin wurden die „faktische Ehe“ und die rechtliche Gleichstellung ehelicher und unehelicher Kinder 1944 wieder abgeschafft (Geilke 1978: 133-134).

Trotz der Vorbehalte der Mächtigen gegenüber alternativen Lebens- und Partnerschaftsformen bahnte sich unter der Oberfläche bereits in sozialistischer Zeit ein Wandel des Familienbildungsverhaltens an, der zunächst jedoch statistisch noch weitgehend unsichtbar blieb. So weisen beispielsweise Hoem et al. (2007) nach, dass der bis heute anhaltende Rückgang der Heiratsneigung in Bulgarien und Ungarn bereits Anfang der 1980er Jahre begonnen hat. Auch der Bedeutungsgewinn nichtehelicher Lebensgemeinschaften als erster koresidentieller Paarbeziehung fällt in die sozialistische Zeit. Für Bulgarien und Ungarn kann ab Anfang der 1960er Jahre eine zunehmende Wahrscheinlichkeit nachgewiesen werden, dass Paare vor ihrer Hochzeit einige Zeit zusammenleben. Während diese Phase in Bulgarien tendenziell sehr kurz war – in der Regel weniger als sechs Monate – ließen sich die ungarischen Paare mehr Zeit. Selbst in Rumänien, dem osteuropäischen Staat, in dem die Regierung am stärksten in das generative Verhalten der Bevölkerung eingegriffen hat, ist seit den 1960er Jahren eine stetige Zunahme des Anteils nichtehelicher Lebensgemeinschaften festzustellen (Hoem et al. 2009: 1). Trotz der für die MOE-Staaten in sozialistischer Zeit üblichen frühen und universellen Eheschließung waren nichteheliche Lebensgemeinschaften kein marginales Phänomen. Zusätzlich zu den bereits erwähnten vorehelichen Lebensgemeinschaften

war das Zusammenleben ohne Trauschein auch bei Geschiedenen oder Personen mit niedrigem Bildungsniveau recht weit verbreitet (Sobotka et al. 2008: 427). Im Gegensatz zu Westeuropa, wo sich zu dieser Zeit unverheiratetes Zusammenleben und Kindererziehung weitgehend ausschlossen, waren nichteheliche Lebensgemeinschaften in den sozialistischen Staaten eine Lebensform mit Kindern. Mitte der 1980er Jahre lebten vier von fünf Konsensualpaaren in Ungarn mit Kindern zusammen. Die Gründe dafür, eine erneute Eheschließung zu vermeiden, waren zumeist pragmatisch. Konsensualpaare verzichteten auf eine „Legitimierung" ihrer Beziehung, um die Erbansprüche der Kinder nicht zu gefährden, oder um ihren Anspruch auf den knappen Wohnraum nicht zu verlieren (Carlson & Klinger 1987: 96-98). In Polen scheint sich bis heute wenig an diesem „traditionellen" Muster geändert zu haben.[57] Nichteheliche Lebensgemeinschaften haben einen schlechten Ruf und werden vorrangig von geschiedenen, getrennt lebenden oder verwitweten Städtern über 40 mit niedrigem Bildungsniveau und geringem sozialem Status eingegangen (Mynarska & Bernardi 2007: 3-4). Seit Mitte der 1990er Jahre ist allerdings auch in Polen eine zunehmende Verbreitung des unverheirateten Zusammenlebens in Bevölkerungsgruppen mit hoher Bil-

11 Ausgewählte Staaten Europas Reaktion auf nichteheliche Partnerschaften 2006

nach einer Befragung des European Social Survey



sortiert nach Missbilligung + Ablehnung

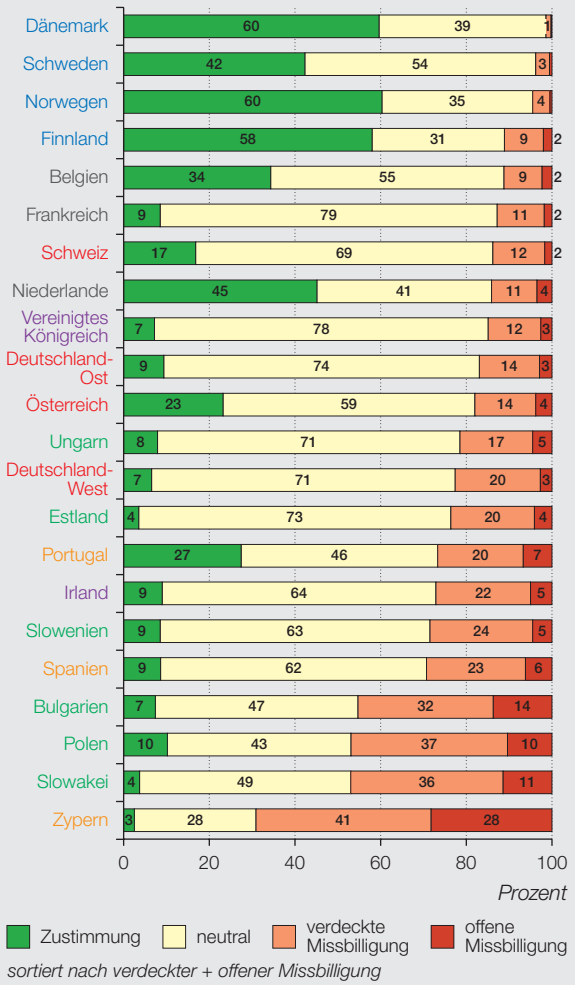
Datenquelle: ESS 2010

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: A. Kurth

57 Eine vergleichende Analyse mit 2004 im Rahmen des *Gender and Generations Surveys* gesammelten Daten kommt zu dem Ergebnis, dass die Wahrscheinlichkeit, dass nach 1970 geborene polnische Frauen vor ihrem 35 Lebensjahr eine NLG geführt haben, mit 32% zwar erheblich niedriger ist als in Bulgarien (63%), Rumänien (51%), Russland (73%) und Ungarn (60%), aber keineswegs eine vernachlässigenswerte Größe darstellt (Hoem et al. 2010: 205).

12 Ausgewählte Staaten Europas Einschätzung der Reaktion „der meisten Menschen“ auf nichteheliche Partnerschaften 2006

nach einer Befragung des European Social Survey



sortiert nach verdeckter + offener Missbilligung

Datenquelle: ESS 2010

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: A. Kurth

dung und eine „Verjüngung“ dieser Lebensform zu beobachten (Matysiak 2009: 7-9). In Ungarn ist diese Entwicklung bereits weit fortgeschritten. 1990 waren nichteheliche Lebensgemeinschaften noch überwiegend nacheheliche Partnerschaften. Nur ein Drittel der Lebenspartnerinnen war ledig. Bis 2001 hat sich dieses Verhältnis umgekehrt. Nichteheliche Lebensgemeinschaften setzen sich zunehmend als erste koresidentielle Partnerschaft durch. Dabei zeigt sich eine u-förmige Beziehung zwischen der Wahrscheinlichkeit, eine nichteheliche Lebensgemeinschaft zu führen, und dem Bildungsniveau. Sowohl bei Frauen mit maximal primärem Bildungsabschluss als auch bei Akademikerinnen ist das unverheiratete Zusammenleben als erste koresidentielle Beziehung besonders populär, während in den mittleren Gruppen auch in der Kohorte 1972-76 mehrheitlich „direkt“ geheiratet wurde. Diese Altersgruppe war die erste, in denen Frauen mit Universitätsabschluss die höchste Wahrscheinlichkeit aufwiesen, eine nichteheliche Lebensgemeinschaft einzugehen. Der Übergang von der „alten“ Form der Kohabitation – nacheheliche Partnerschaft marginalisierter Gruppen – zur „neuen“ Form – voreheliche Partnerschaft der Gebildeten – setzte bereits in sozialistischer Zeit ein und hat sich nach 1990 beschleunigt (Spéder 2005: 82-99).

Auch wenn in sozialistischer Zeit eine vorsichtige Pluralisierung der Lebensformen begonnen hat, werden nichteheliche Lebensgemeinschaften in den meisten postsozialistischen Staaten deutlich negativer bewertet als in Nord- und Westeuropa. Ausnah-

men von diesem Muster sind Ostdeutschland, Ungarn und Slowenien (Abbildung 11). In Polen ist eine Polarisierung der Meinungen zum unverheirateten Zusammenleben erkennbar: Im europäischen Vergleich ist der Bevölkerungsanteil, der nichteheliche Lebensgemeinschaften ablehnt, recht hoch. Auf der anderen Seite entspricht der Prozentsatz derjenigen, die Zusammenleben ohne Trauschein positiv bewerten, genau dem europäischen Durchschnitt. Ein interessanter Fall ist Estland, wo nichteheliche Lebensgemeinschaften weit verbreitet sind (siehe Kapitel 5). Trotzdem ist die Bewertung dieser Lebensform negativer als in Zypern, wo unverheiratetes Zusammenleben eine seltene Ausnahme ist. Estland ist auch einer der wenigen Staaten, in denen der Prozentsatz derjenigen, die nichteheliche Lebensgemeinschaften ablehnen, höher ist als der Anteil derjenigen, die erwarten, dass Konsensualpaare mit gesellschaftlicher Missbilligung rechnen müssen (Abbildung 12).

3.3.4 Typen nichtehelicher Lebensgemeinschaften

Nichteheliche Lebensgemeinschaften sind eine sehr heterogene Lebensform, sowohl was die Motivation der Partner angeht als auch hinsichtlich der Stabilität der Beziehung. Während auf individueller Ebene häufig vereinfachend von „der“ nichtehelichen Lebensgemeinschaft gesprochen und damit die Vielfältigkeit dieser Lebensform ausgeblendet wird, haben die Unterschiede in der Verbreitung des unverheirateten Zusammenlebens

Tab. 4 Typen nichtehelicher Lebensgemeinschaften nach Heuveline und Timberlake

Typ	Rolle	Beschreibung	Empirische Indikatoren		
			Erwachsene		
			Verbreitung der NLG	mittlere Dauer	Wahrscheinlichkeit späterer Heirat
A	gering	Die NLG ist nicht verbreitet und wird von Öffentlichkeit und Politik kaum unterstützt.	geringer	kürzer	höher
B	Vorstufe zur Ehe	Vorreproduktive Phase für Erwachsene. Verbindungen sind meist kurz und kinderlos führen aber zur Heirat.	größer	kürzer	höher
C	Schritt im Heiratsprozess	Übergangsphase zur Reproduktion. Verbindungen dauern länger, und Kinder werden häufiger in der NLG geboren als in Typ **B**.	größer	kürzer	höher
D	Alternative zum Singledasein	Die NLG ist vor allem eine kurze, nichtreproduktive Verbindung, die eher mit einer Trennung als mit einer Heirat endet.	größer	kürzer	geringer
E	Alternative zur Ehe	NLG ist eine bestimmte Art der Partnerschaft. Unter Erwachsenen ist sie verbreitet und von längerer Dauer als bei Typ **C**. Geringe Heiratswahrscheinlichkeit.	größer	länger	geringer
F	kein Unterschied zur Ehe	Es gibt nur geringe soziale Unterschiede zwischen NLG und Ehe. Die NLG wird nicht als Alternative zur Ehe angesehen.	größer	länger	geringer

Datenquelle: Heuveline und Timberlake 2004, S. 1219; verändert

in der Literatur größeres Interesse gefunden. Angesichts der schwierigen Datenlage sind die Studien, die sich in vergleichender Perspektive mit der unterschiedlichen quantitativen und qualitativen Bedeutung nichtehelicher Lebensgemeinschaften beschäftigen, jedoch nicht sehr zahlreich [vgl. z.B. die Studien von Kiernan (2001; 2002), Liefbroer & Dourleijn (2006), Nazio & Blossfeld (2008) oder Perelli-Harris et al. (2009; 2010)]. Einen thematisch breiteren Ansatz wählen Heuveline und Timberlake (2004) als Basis für ihre Typologie, bei der sie die Funktion der Kohabitation im Heiratsprozess, die Verbreitung und die Dauer des unverheirateten Zusammenlebens sowie die Rolle nichtehelicher Lebensgemeinschaften als Rahmen für die Geburt und Erziehung von Kindern berücksichtigen (Tabelle 4). Zur Zuordnung der einzelnen Staaten zu den anhand theoretischer Überlegungen im Vorfeld festgelegten Idealtypen haben die Autoren Daten der in den 1990er Jahren durchgeführten *Fertility and Family Surveys* verwendet.

Polen, Italien und Spanien sind Beispiele für Typ A; Belgien, Tschechien, Ungarn und die Schweiz repräsentieren den Typ B. Deutschland, Finnland, Lettland, Österreich und Slowenien ordnen Heuveline und Timberlake dem Typ C zu. Der Typ D kommt in Europa nicht vor und wird von den USA und Neuseeland repräsentiert. Frankreich und Kanada – trotz starker regionaler Disparitäten zwischen den anglo- und frankophonen

n und Voraussagen			Beschreibung	Rolle	Typ
Kinder					
Wahrscheinlichkeit von Kindern in der NLG	mittlere Dauer	Wahrscheinlichkeit späterer Heirat			
geringer	kürzer	höher	Die NLG ist nicht verbreitet und wird von Öffentlichkeit und Politik kaum unterstützt.	gering	**A**
geringer	kürzer	höher	Vorreproduktive Phase für Erwachsene. Verbindungen sind meist kurz und kinderlos führen aber zur Heirat.	Vorstufe zur Ehe	**B**
höher	kürzer	höher	Übergangsphase zur Reproduktion. Verbindungen dauern länger, und Kinder werden häufiger in der NLG geboren als in Typ **B**.	Schritt im Heiratsprozess	**C**
höher	kürzer	geringer	Die NLG ist vor allem eine kurze, nichtreproduktive Verbindung, die eher mit einer Trennung als mit einer Heirat endet.	Alternative zum Singledasein	**D**
höher	länger	geringer	NLG ist eine bestimmte Art der Partnerschaft. Unter Erwachsenen ist sie verbreitet und von längerer Dauer als bei Typ **C**. Geringe Heiratswahrscheinlichkeit.	Alternative zur Ehe	**E**
höher	länger	höher	Es gibt nur geringe soziale Unterschiede zwischen NLG und Ehe. Die NLG wird nicht als Alternative zur Ehe angesehen.	kein Unterschied zur Ehe	**F**

Landesteilen[58] – lassen sich dem Typ E zuordnen. Schweden[59] ist in den 1990er Jahren das einzige Land, in dem sich Ehe und NLG kaum mehr unterscheiden (Heuveline & Timberlake 2004: 1226).

Perelli-Harris et al. (2009: 22-24) kritisieren, dass die Auswahl der Indikatoren, anhand derer Heuveline und Timberlake ihre Typologie konstruiert haben, nicht berücksichtigt, wann und wieso aus einer nichtehelichen eine eheliche Lebensgemeinschaft wird. Sie schlagen eine alternative Typisierung vor, die auf dem Wandel der Beziehungsformen der Mutter zwischen der Konzeption und dem ersten Geburtstag des ersten Kindes beruht.[60] Eine grundsätzliche Kritik an Typisierungsvorschlägen, die um die Frage kreisen, ob und inwieweit nichteheliche Lebensgemeinschaften eine Ehealternative sind, übt Lewin (2004: 1002), wenn sie argumentiert, dass „*the demographic facts speak for themselves: if people are not getting married, then whatever they are doing instead* is *an alternative*" und sich verwundert darüber zeigt, dass viele Autoren „*seem to be strangely reluctant to stand by the demographic data as conveying something real and authentic*". Eine generelle Schwäche der Versuche, nichteheliche Lebensgemeinschaften zu typisieren, ist, dass dadurch versucht wird, das unverheiratete Zusammenleben in den Kontext bestehender Lebensform einzupassen. Die Pluralisierung der Lebens- und Familienformen hat jedoch dazu geführt, dass es zunehmend schwierig wird, diese Vielfältigkeit in eine einzige Definition von „Familie" zu pressen. Es wäre sinnvoller, nichteheliche Lebensgemeinschaften als eine eigenständige Familienform zu begreifen, die sich nicht problemlos in einem Kontinuum vom Single zum Ehepartner verorten lässt (Cross-Barnett & Cherlin 2008: 3). Angesichts der Komplexität der Formen des unverheirateten Zusammenlebens und der dahinter stehenden Motive, die in den Typisierungsvorschlägen angeklungen sind, sollte zudem Abschied von der Vorstellung genommen werden, dass es „die" nichteheliche Lebensgemeinschaft gibt. Auf das Problem, dass die Komplexität des unverheirateten Zusammenlebens in vielen Studien ausgeblendet wird, und die sich daraus ergebenden Folgen wird im folgenden Abschnitt genauer eingegangen.

3.3.5 Die Kohabitation als Herausforderung für die Forschung

Parallel zu ihrer wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung ist das Interesse der Wissenschaft an nichtehelichen Lebensgemeinschaften in den letzten Jahren gewachsen. Das unverheiratete Zusammenleben ist ein anspruchsvolles Forschungsfeld. Einerseits erschwert die fehlende Verfügbarkeit von quantitativen Daten die Untersuchung dieser Lebensform, andererseits sind nichteheliche Lebensgemeinschaften eine komplexe Partnerschaftsform:

> "*Cohabitation, unlike marriage, covers a whole range of unions from 'going steady' to fully committed long-term relationships; some types are likely to include children, whereas others are highly unlikely to. [T]here is no evidence that all types are moving in the same direction in terms of the commitment*

58 Vgl. Le Bourdais & Juby (2002), Le Bourdais & Lapierre-Adamcyk (2004) oder Kerr et al (2006).

59 Indizien für die zunehmende Ununterscheidbarkeit von Ehe und unverheiratetem Zusammenleben sind z.B. die Institutionalisierung nichtehelicher Lebensgemeinschaften, die gesellschaftlich zunehmend wie Ehen behandelt werden (Hansen et al. 2007: 928), oder die Tatsache, dass die Unterschiede zwischen Ehe- und Konsensualpaaren bei der Bildung von Wohneigentum weitgehend verschwunden sind (Lauster & Fransson 2006: 925).

60 Dieses Vorgehen ist angesichts der großen Zahl kinderloser Lebensgemeinschaften fragwürdig.

> *to, and the solidity of, the relationship. Quite the contrary, recent research points to a polarization of behaviours, with a substantial increase in the percentages of both 'unstable' and 'stable' cohabiting unions, implying that they are selective of different subgroups of individuals. If this is the case, we would expect the impact of given determinants to vary between the two groups"* (Le Bourdais & Juby 2002: 112; 116; vgl. dazu auch Thornton et al. 2007: 79).

Zur Komplexität des Phänomens nichteheliche Lebensgemeinschaft trägt weiterhin bei, dass diese Lebensform in verschiedenen Gesellschaften oder gesellschaftlichen Subgruppen unterschiedlich bewertet wird (Hoelter & Stauffer 2002: 255). Viele wissenschaftliche Befragungen berücksichtigen nicht die zunehmende Diversifizierung der Familienformen und die Tatsache, dass sich nichteheliche Lebensgemeinschaften im Zuge des Bedeutungswandels von Familie zunehmend zu einer eigenständigen Partnerschaftsform entwickeln, sondern messen das unverheiratete Zusammenleben mit den gleichen Maßstäben wie die Ehe. Es ist kritisch zu hinterfragen, ob es gerechtfertigt ist, die Ehe durch die Funktion als Vergleichsmaßstab für alle anderen Lebensformen implizit zur idealen Partnerschaftsform zu erheben. Dies gilt insbesondere für Gesellschaften, in denen unverheiratetes Zusammenleben weit verbreitet ist und nur wenige Ehen ohne vorherige Lebensgemeinschaft der Partner geschlossen werden.[61] Das Verhalten einer mehr oder weniger großen Minderheit, nämlich die „direkte" Eheschließung, wird dadurch als „normal" konstruiert, während das von der Mehrheit der jungen Erwachsenen praktizierte unverheiratete Zusammenleben als „abweichend" angesehen wird. Zurecht fordern Le Bourdais und Juby (2002: 114-115), die Forschungsfrage bei der Untersuchung nichtehelicher Lebensgemeinschaften umzukehren: „*Instead of asking who cohabits and why, it may be more appropriate to try and understand who* marries *and why they continue to do so*".

Auch die Ehe ist kein monolithischer Block, an dem die Veränderungen des Paar- und Familienlebens spurlos vorübergegangen sind. Parallel zur Pluralisierung der Lebens- und Familienformen hat sich die Ehe gewandelt und ist facettenreicher geworden, was letztlich dazu führt, dass eher die Idealvorstellung von dem, was eine Ehe ausmachen sollte, als die differenziertere Realität als Maßstab für die Untersuchung (und Bewertung) anderer Lebens- und Partnerschaftsformen herangezogen wird. Smock und Gupta (2002: 68) weisen auf eine weitere Gefahr der Verwendung der Ehe als Referenzkategorie zur Untersuchung des unverheirateten Zusammenlebens hin. Die Fixierung auf *Unterschiede* zwischen den beiden Familienformen verdeckt die Tatsache, dass es zwischen Ehe- und Konsensualpaaren zahlreiche *Gemeinsamkeiten* gibt: *„Both marriage and cohabitation are romantic, coresidential unions that allow individuals to pool income, to bear and/ or raise children as a couple, and generally benefit in emotional, social, and economic ways from living with a partner".* Auch bei den Mustern der Partnerwahl scheinen die Gemeinsamkeiten zu überwiegen. „*Gleich und gleich gesellt sich gern*" trifft auf beide Partnerschaftsformen zu, auch wenn die Homogamie in nichtehelichen Lebensgemein-

61 Der Anteil der Frauen, deren erste koresidentielle Partnerschaft eine „direkte" Ehe war, liegt bei 1964 geborenen Frauen in Schweden bei nur 7%. Bei 52% war die erste Partnerschaft dagegen eine nichteheliche Lebensgemeinschaft, die bis zum Befragungszeitpunkt (1996) nicht in eine Ehe umgewandelt wurde. Auch in Deutschland, Finnland, Frankreich, Österreich und der Schweiz haben nur 15 bis 21% der Ende der 1960er Jahre geborenen Frauen „direkt" geheiratet (Kiernan 2002: 9).

schaften tendenziell schwächer ausgeprägt ist als in Ehen. Noch einen Schritt weiter gehen Barlow et al. (2005: 75), die sich dafür aussprechen, die Ehe als einen Sonderfall der Kohabitation zu betrachten. „*It is perhaps more adequate to say that marriage is a variety of cohabitation. Both cohabitants and married spouses are attempting to work out how to combine personal freedom with commitment to others*".

Daten zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften

Nichteheliche Lebensgemeinschaften sind aufgrund der fehlenden Registrierung ein schwieriges Forschungsfeld. Im Gegensatz zum Familienstand wird die *Lebensform*, die mit einbezieht, ob eine Person mit einem Partner zusammenlebt oder nicht, statistisch nicht (regelmäßig) erhoben. Studien zum unverheirateten Zusammenleben analysieren daher überwiegend Befragungsdaten, wobei der Fokus der Untersuchung zumeist auf dem weiblichen Partner liegt, während die Frage, warum Männer in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben, häufig vernachlässigt wird (Bernhardt 2004: 1). Der Nachteil von Surveydaten ist – insbesondere bei international vergleichenden Umfragen – dass sie aufgrund niedriger Befragtenzahlen und fehlender Repräsentativität nur selten für Regionalstudien geeignet sind.[62] Als weitere wichtige Informationsquelle kommen vor allem Volkszählungen in Betracht. Zensusdaten sind jedoch nicht unproblematisch, da die Variablenauswahl und die Erhebungsmethoden von politischen Vorgaben und administrativen Traditionen bestimmt werden und sich nicht nach sozialwissenschaftlichen Bedürfnissen richten. Die Daten geben folglich nur einen Ausschnitt der gesellschaftlichen Realität wider. Da Volkszählungen keine Zeitreihenanalyse auf der Individualebene ermöglichen ist es zudem schwierig, Alters- und Kohorteneffekte auszumachen (Kytir & Münz 1999: 170-171). In der Regel stufen sich die Befragten bei einer Volkszählung selbst ein, wobei das Problem auftreten kann, dass den Interviewten selbst nicht ganz klar ist, ob sie zusammenleben oder nicht, da der Übergang von einer LAT-Beziehung zu einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft in vielen Fällen gradueller Natur ist (Mynarska & Bernardi 2007: 16-17) und eher als Prozess denn als Ereignis zu charakterisieren ist, wie Thornton et al. (2007: 79) betonen:

> "*[T]he key element separating unmarried cohabitation from being single is the joint occurrence of regular sexual relations and common residence. The transition from being single to cohabiting is also frequently a process rather than an event. The establishment of regular sexual relations and common residence is often spread out over weeks, months and years. Frequently, the couple maintains two separate residences, even as they begin to experiment with sharing a household. Thus, the boundary between cohabitation and being single can also be relatively fuzzy and arbitrary.*"

In Staaten, in denen der Prozess des Wandels des unverheirateten Zusammenlebens von einem abweichenden Verhalten marginaler Bevölkerungsgruppen zu einer von breiten Gesellschaftsschichten akzeptierten Lebensform noch in den Kinderschuhen steckt, ist zudem die Schnappschussperspektive der Volkszählung (und vieler Surveys) ein Problem. Gerade in diesem Stadium der Ausbreitung sind nichteheliche Lebensgemeinschaf-

62 Ein weiterer Nachteil sind die z.T. methodisch begründeten Diskrepanzen im Anteil der unverheirateten Paare zwischen verschiedenen Surveys (Murphy 2000: 44-48).

ten tendenziell kurzlebig, so dass es, um das Ausmaß der Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften abschätzen zu können, angebrachter wäre, danach zu fragen, ob ein Individuum zu irgendeinem Zeitpunkt ohne Trauschein mit einem Partner in einem gemeinsamen Haushalt gelebt hat (Matysiak 2009: 13). Ein Problem bei Umfragedaten, insbesondere bei international vergleichenden Studien, möglicherweise aber auch bei Volkszählungsdaten, liegt darin, dass im Fragetext bisweilen „zu wissenschaftliche" Ausdrücke für die Tatsache des unverheirateten Zusammenlebens verwendet werden, die von breiten Bevölkerungsschichten nicht verstanden werden oder die negativ konnotiert sind. Die Wortwahl bei der Frageformulierung könnte ein Grund für die erheblichen Unterschiede im Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften bei verschiedenen in Polen durchgeführten Befragungen zu demographischen Untersuchungen sein[63] (Matysiak 2009: 13-14).

Volkszählungsergebnisse haben den Vorteil einer Vollerhebung mit einer großen Zahl von sozioökonomischen Hintergrundvariablen. Der Nachteil ist jedoch, dass die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften unterschätzt wird und dass keine Aussagen über die Stabilität dieser Lebensform, Heiratsabsichten oder die Gründe für den Entschluss, ohne Trauschein zusammenzuleben, möglich sind. Die in vielen Staaten geplante Umstellung der Volkszählungen auf registerbasierte Erhebungsmethoden bringt zusätzliche Probleme, aber auch vielversprechende neue Analysemöglichkeiten. Durch mangelnde „Anmeldedisziplin" könnte es zu einer Unterschätzung der Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften kommen. Auf der anderen Seite bietet die Möglichkeit der Auswertung gut geführter Bevölkerungsregister die Chance, das Problem der Schnappschussperspektive zu überwinden und zuverlässige Informationen über das Ausmaß des unverheirateten Zusammenlebens, die Dauer nichtehelicher Lebensgemeinschaften und die Heirats- oder Trennungswahrscheinlichkeiten auch auf regionaler und lokaler Ebene zu gewinnen. Durch die Verknüpfung mit bei staatlichen Stellen vorhandenen sozioökonomischen Daten könnte so ein umfassendes Profil unverheirateter Paare erstellt werden, das als Basis für eingehendere Untersuchungen mit qualitativen Methoden dienen könnte. Es bleibt abzuwarten, wie sorgfältig die Behörden bei der Pflege ihrer Bevölkerungsregister vorgehen, inwieweit die Daten für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung stehen und ob die Konzeption der Registerauswertung flexibel genug ist, um zeitnah auf den aktuellen und zukünftigen Wandel des Familiengründungs- und Haushaltsbildungsverhaltens zu reagieren.

Als Fazit kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass sekundärstatistische Analysen die Komplexität nichtehelicher Lebensgemeinschaften nicht in angemessener Form berücksichtigen können, da der Forscher auf das vorhandene Datenangebot angewiesen ist. Soweit die amtliche Statistik überhaupt Daten zum unverheirateten Zusammenleben zur Verfügung stellt, sind diese für detaillierte Analysen nur bedingt geeignet. Da das unverheiratete Zusammenleben zwar ein entscheidender Baustein, aber keineswegs der einzige Untersuchungsgegenstand des SDT ist, dürften die Schwächen der zur Verfügung stehenden Datenbasis zu verkraften sein. Soweit möglich wird in der statistischen Analyse im zweiten Teil dieser Arbeit versucht, der Komplexität der nichtehelichen Le-

63 In den meisten Befragungen wurde für „nichteheliche Lebensgemeinschaft entweder der ungebräuchliche Begriff ‚*Kohabitacja*' (Kohabitation) oder der negativ besetzte Ausdruck ‚*Konkubinat*' verwendet; angesichts solcher Formulierungen haben Konsensualpaare ihre Partnerschaftssituation möglicherweise nicht wahrheitsgemäß angegeben (Matysiak 2009: 13-14).

bensgemeinschaften durch eine sorgfältige Indikatorenauswahl gerecht zu werden, etwa durch Differenzierung nach Altersgruppen, Bildungsstand oder dem Vorhandensein von Kindern. Dadurch ist es möglich, sich der unterschiedlichen Bedeutung von Konsensualbeziehungen in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten zumindest anzunähern.

3.4 ‚Living apart together' – Die ideale Beziehungsform im Zeitalter des Zweiten Demographischen Übergangs?

‚*Living apart together'* – das Führen einer festen Paarbeziehung ohne gemeinsamen Haushalt – gilt als die informellste und am stärksten individualisierte Lebensform (Latten 2004: 58). Aus diesem Grund kann das getrennte Zusammenleben als eine weitere Manifestation des Zweiten Demographischen Übergangs gewertet werden. Man könnte sogar argumentieren, dass Paare, die sich bewusst für diese Beziehungsform entscheiden, geradezu idealtypisch für den Wandel familienbezogener Wertvorstellungen stehen. In den theoretischen Texten zum SDT wird dem Phänomen jedoch keine große Beachtung geschenkt. LAT-Beziehungen werden vorrangig im Zusammenhang mit der rückläufigen Heiratsneigung nach einer Scheidung oder Verwitwung thematisiert (z.B. Lesthaeghe & Neidert 2006b: 3). Auch andere Autoren widmen dem ‚*Living apart together*' in ihren Untersuchungen zum Wandel des Familienbildungsverhaltens keine besondere Aufmerksamkeit. Paare, die in getrennten Haushalten leben, sind folglich so etwas wie ein „blinder Fleck" der Familienforschung (Noyon & Kock 2006: 28). Das Ignorieren der LAT-Beziehungen in vielen Studien zum Wandel der Partnerschaftsformen ist dabei durchaus problematisch: Im Zusammenhang mit der Pluralisierung der Lebensformen wird häufig die These einer zunehmenden Vereinzelung der Gesellschaft vertreten (z.B. von Opaschowski 2005: 40-47). Dabei wird jedoch übersehen, dass „allein wohnend" und „allein lebend" keine Synonyme sind. Ein erheblicher Teil der Frauen und Männer, die nicht mit einem Partner zusammenleben, führt dennoch eine feste Beziehung. Eine Auswertung der Längsschnittdaten des Sozioökonomischen Panels hat ergeben, dass der Rückgang der Zahl der Verheirateten in Deutschland zwischen 1992 und 2006 fast vollständig durch die Zunahme von nichtehelichen Lebensgemeinschaften und LAT-Beziehungen ausgeglichen wurde. Der Zweite Demographische Übergang führt folglich nicht zwangsläufig zu einer Gesellschaft von Einzelgängern – allerdings zeigt der Bedeutungsgewinn der Partnerschaften ohne Trauschein, dass es einen Trend zu weniger stabilen, weniger interdependenten Partnerschaften gibt (Asendorpf 2008: 30-31). Die am Zusammenleben der Partner orientierte Familiendefinition ist tief in der nordwesteuropäischen Kultur verwurzelt (Mitterauer 1997: 16). Angesichts der zunehmenden Pluralisierung der Lebensformen und des häufigeren Wechsels zwischen verschiedenen Haushaltstypen sowie der Tatsache, dass „*individuals now move through a more complex array of social relations and networks through their life-course*" (Buzar et al. 2007: 657) erweist sich eine am gemeinsamen Haushalt orientierte Forschungsperspektive zunehmend als problematisch. Auch wenn die Haushaltsperspektive insbesondere für die Untersuchung des demographischen Wandels in den Städten ausgesprochen geeignet ist (Buzar et al. 2005: 428-429), ist aus der Perspektive des Zweiten Demographischen Übergangs die Paarperspektive von entscheidender Bedeutung, da sich die Theorie – wie bereits gezeigt – besser zur Erklärung des Wandels der Beziehungsformen als zur Erklärung des Wandels des Gebärverhaltens eignet.

3.4.1 Demographie, Soziologie und Psychologie nicht koresidentieller Beziehungen

Nach Levin (2004: 226-227) kann man von einer LAT-Beziehung sprechen, wenn zwei Menschen sich als Paar verstehen und auch von ihrem Umfeld als solches wahrgenommen werden, ohne dauerhaft zusammenzuleben. Jeder Partner hat seine eigene Wohnung, die auch seinen Lebensmittelpunkt darstellt. ‚*Living apart together*' kommt sowohl bei Ledigen als auch bei Personen vor, die verheiratet waren oder sind (Beaujouan et al. 2008: 1).[64] Es lassen sich zwei Typen von LAT-Beziehungen unterscheiden. Das Zusammenleben der Partner kann durch äußere Umstände erschwert oder verhindert werden. Das ‚*Living apart together'* hat in diesem Fall den Charakter einer Kompromiss- oder Notlösung. Dieser Typ ist kommt häufig bei jüngeren Menschen und in der Kennenlernphase vor. Die Gründung eines gemeinsamen Haushalts wird durch fehlende Ressourcen, Probleme, eine geeignete Wohnung zu finden, das Gefühl, noch nicht „reif" für den Auszug aus dem Elternhaus zu sein oder unterschiedliche Arbeits- bzw. Ausbildungsorte der Partner erschwert. Das Paar plant, sich eine gemeinsame Wohnung zu suchen, sobald diese Barrieren beseitigt sind (Peukert 2005[6]: 99-100). Neben diesen „individualistischen" Motiven gibt es noch „altruistische" Gründe. Dabei wird das Zusammenziehen mit einem neuen Partner aus Verantwortungsgefühl gegenüber noch im Haushalt lebenden Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen vermieden. Das getrennte Zusammenleben ermöglicht ein „sowohl als auch" – die tief empfundene moralische Pflicht den Angehörigen gegenüber kann mit dem Wunsch, eine Liebesbeziehung zu führen, verbunden werden (Levin 2004: 230-231). Der zweite Typ zeichnet sich dagegen dadurch aus, dass die Partner die Gründung eines gemeinsamen Haushalts nicht anstreben. ‚*Living apart together'* ist bei diesen Paaren ein Beziehungsideal. Man möchte eine feste Partnerschaft mit einem Maximum an individueller Freiheit verbinden und die Beziehung nicht durch Alltagsprobleme belasten (Peukert 2005[6]: 99). Geschiedene entscheiden sich häufig für ein getrenntes Zusammenleben, weil sie die Fehler, die zum Scheitern ihrer Ehe geführt haben, nicht wiederholen wollen. Die Trennung vom Expartner wurde als so schmerzhaft empfunden, dass ein erneutes Scheitern der Beziehung unbedingt vermieden werden soll. Für ältere Menschen kann die Entscheidung für eine LAT-Beziehung auch eine Strategie sein, sich auf einen neuen Partner einzulassen und gleichzeitig große Teile ihres „alten Lebens" beizubehalten. Die Bildung eines gemeinsamen Haushalts würde die Trennung von der alten Wohnung und liebgewordenen Habseligkeiten und gegebenenfalls auch die Notwendigkeit, sich an einem neuen Ort einzuleben, mit sich bringen. Oft ist auch die Befürchtung vorhanden, dass das Zusammenziehen mit einem neuen Partner die Beziehung zu Kindern und Enkeln belasten könnte (Levin 2004: 233-236). Das ‚*Living apart together'* ermöglicht es, bestehende soziale Beziehungen zu Familienangehörigen und Freunden mit einer neuen Partnerschaft in Einklang zu bringen (de Jong Gierveld 2004: 242).

Als Gründe, „freiwillig" eine Partnerschaft mit getrennten Haushalten zu führen, sind einer niederländischen Untersuchung zufolge vor allem der Wunsch, seine Freiheit zu behalten, schlechte Erfahrungen mit dem Zusammenleben in früheren Beziehungen und

64 Eine Form des ‚*Living apart together*' von Ehepaaren sind die „Commuter-Ehen", eine Eheform, bei der die Partner in getrennten Haushalten leben, da *beide* stark karriereorientiert sind und am selben Ort keine adäquate Arbeitsstelle finden konnten. Im Gegensatz zur „traditionellen" Ehe ordnet die Frau ihr berufliches Erfolgsstreben nicht der Karriere ihres Mannes unter (Peukert 2005[6]: 299-300).

das Vorhandensein von Kindern von Bedeutung. Männer betonen dabei den Freiheitsaspekt, während Frauen vor allem wegen der Kinder davon absehen, mit ihrem neuen Partner zusammenzuziehen. Berufliche Gründe spielen dagegen nur eine sehr untergeordnete Rolle (de Graaf & Loozen 2004: 62). Die Tatsache, dass ‚*Living apart together*' offensichtlich gerade von Senioren als eine vorteilhafte Beziehungsform angesehen wird, spiegelt sich darin wider, dass die mittlere Dauer einer LAT-Beziehung bei 90 Monaten liegt – fast die Hälfte der Paare lebt seit mehr als zehn Jahren „getrennt zusammen". Bei jungen Erwachsenen endet mehr als die Hälfte der LAT-Beziehungen innerhalb der ersten zwei Jahre – entweder durch Trennung oder Bildung eines gemeinsamen Haushalts (Beaujouan et al. 2008: 20). Dies ist ein Indiz dafür, dass in dieser Gruppe ‚*Living apart together*' zumeist unfreiwillig ist.

Frauen und Männer, die in einer nicht koresidentiellen Beziehung leben, haben ein ähnliches demographisches Profil wie Singles und unterscheiden sich damit strukturell von Menschen, die mit ihrem Partner zusammenleben. ‚*Living apart together*' ist typisch für jüngere Bevölkerungsgruppen, lediglich bei homosexuellen Männern scheint es keinen Zusammenhang zwischen dem Lebensalter und der Wahrscheinlichkeit, in einer LAT-Beziehung zu leben, zu geben. Tendenziell haben Frauen und Männer, die eine nicht koresidentielle Beziehung führen, ein höheres Bildungsniveau, egalitärere Wertvorstellungen und eine ausgeprägtere Arbeitsorientierung als Ehepartner. Sie sind individualistischer, leben häufiger in Städten und haben – ähnlich wie Personen, die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben, mit größerer Wahrscheinlichkeit eine Scheidung ihrer biologischen Eltern miterlebt (Strohm et al. 2009: 191; 202). Untersuchungen zur Partnerschaftszufriedenheit zufolge sind nicht mit ihrem Partner zusammenlebende Frauen mit ihrer Beziehung zufriedener. Dies liegt vor allem an einer größeren Zufriedenheit mit der Rollenverteilung in der Beziehung und der Aufteilung der Hausarbeit. Mit ihrem Partner zusammenlebende Frauen leiden oft darunter, dass sie allein für Haushaltsführung und Kindererziehung zuständig sind, und wünschen sich eine egalitäre Aufteilung der Reproduktionsarbeit. Dieser Missmatch zwischen Anspruch und Realität resultiert in einer niedrigen Beziehungsqualität. Für die Beziehungszufriedenheit der Männer macht es keinen Unterschied, ob sie mit ihrer Partnerin zusammenleben oder nicht. Noyon und Kock (2006: 40-43) folgern daraus, dass „*Frauen im klassischen Beziehungsmodell stärker benachteiligt werden als Männer*" und dass „*die Lebensform der LAT-Beziehung* […] *für Frauen eine attraktive und der eigenen Zufriedenheit zuträgliche Gestaltungsform*" darstellt. Das ‚*Living apart together*' wird daher häufig auch von älteren Frauen als Möglichkeit geschätzt, ihre nach einer Scheidung oder Verwitwung erreichte Autonomie zu erhalten, und zu vermeiden, dass sich in der neuen Beziehung wieder die „klassische" geschlechtsspezifische Rollenverteilung einstellt (de Jong Gierveld 2004: 237). Im Hinblick auf die familienbezogenen Wertvorstellungen ist jedoch nicht die Tatsache des (Nicht-)Zusammenlebens, sondern der Trauschein das entscheidende Kriterium. Die Untersuchungen von Duncan und Philips (2010: 121-131) zeigen, dass – unabhängig vom Alter – Singles, LAT-Partner und Frauen und Männer, die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben, deutlich liberalere Einstellungen zu Familie, Sexualität und Partnerschaft haben als die Verheirateten. Tendenziell sind Menschen in nicht koresidentiellen Beziehungen die permissivste und am wenigsten traditionelle Gruppe, der „Liberalitätsvorsprung" zu den nichtehelichen Lebensgemeinschaften ist jedoch vergleichsweise gering.

3.4.2 ‚*Living apart together*' – ein modernes Phänomen?

Levin (2004: 223-225) argumentiert, dass es sich bei LAT-Beziehungen um eine Familienform handelt, die erst durch den Wandel der familienbezogenen Wertvorstellungen seit den 1960er Jahren entstehen konnte. Das „traditionelle" Ehesystem, das bis etwa 1970 in Westeuropa dominierte, war durch vier Elemente gekennzeichnet: Heiratszeremonie, Zusammenziehen, Geschlechtsverkehr, Geburt des ersten Kindes frühestens neun, spätestens zwölf Monate nach der Heirat. Unverheiratetes Zusammenleben und vorehelicher Geschlechtsverkehr – vor allem bei Frauen – waren gesellschaftlich nicht akzeptiert, wobei der normative Druck, eine intime Beziehung nicht vor einer Eheschließung aufzunehmen, nicht in allen Teilen Europas gleich groß war. Durch die zunehmende Bedeutung nichtehelicher Lebensgemeinschaften im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts sind die Reihenfolge und der zeitliche Zusammenhang der vier Elemente heute keine gesellschaftliche Norm mehr, sondern eine individuelle Entscheidung der Paare. Die Entstehung der Familienform ‚*Living apart together*' ist ohne diesen Wandel der Familienbildungsnormen nicht vorstellbar. Zwar gab es auch zu früheren Zeiten Paare, die eine feste Beziehung führten, ohne Tisch und Bett zu teilen. Im Gegensatz zu heute wurde diese Beziehung vom sozialen Umfeld vor der Hochzeit nicht als vollwertig akzeptiert. Das Paar „ging miteinander" oder war „verlobt". Eine intime Beziehung musste verheimlicht werden. Gleichzeitig war es unüblich, als Ehepaar in getrennten Haushalten zu leben. Sicherlich würde es auch ohne den Wandel der familienbezogenen Wertvorstellungen LAT-Paare geben, es würde sich aber um ein seltenes, anstößiges und verheimlichtes Phänomen handeln und nicht um eine akzeptierte Familienform. Eine weitere, mit dem Bedeutungswandel der Ehe zusammenhängende, Voraussetzung für die Entstehung von LAT-Beziehungen als spezifische Familienform ist in den gestiegenen Scheidungsraten und der gesunkenen Bereitschaft, nach dem Scheitern einer Ehe erneut zu heiraten, zu sehen. Einerseits erhöht sich dadurch die „Risikobevölkerung", andererseits wollen viele Menschen eine weitere Scheidung verhindern und verzichten deshalb auf eine erneute Eheschließung (Levin 2004: 225-226).

3.4.3 LAT-Beziehungen als Herausforderung für die Forschung

Paare ohne gemeinsamen Haushalt sind ein Forschungsfeld, das bisher nur in Ansätzen bearbeitet ist. Ein Grund dafür liegt darin, dass die amtliche Statistik keine Daten über LAT-Paare sammelt (Noyon & Kock 2006: 28). Aktuelle Studien aus Deutschland (Asendorpf 2008; Noyon & Kock 2006), Frankreich (Beaujouan et al. 2008), Schweden (Levin 2004), den Niederlanden (de Graaf & Loozen 2004), Spanien (Castro-Martín et al. 2008), dem Vereinigten Königreich (Duncan & Philips 2010) und den USA (Strohm et al. 2009) zeigen, dass ‚*Living apart together*' kein Randphänomen ist und dass viele Alleinlebende eine feste Beziehung führen. Die Erforschung von LAT-Beziehungen wird auch durch den Übergangscharakter dieser Beziehungsform erschwert. Insbesondere bei standardisierten Befragungen ist daher die Frageformulierung von entscheidender Bedeutung, um stabile, langfristig angelegte Beziehungen von unverbindlichem ‚*Dating*' und „freiwillige" von „unfreiwilligen" LAT-Beziehungen zu unterscheiden. Bei vielen Surveys ist zudem in erster Linie der Haushalt und weniger das Paar Untersuchungsgegenstand, so dass die Gefahr besteht, dass nicht koresidentielle Beziehungen durchs Raster fallen (Strohm et al. 2009: 201-204).

Das Phänomen einer festen Beziehung in getrennten Haushalten kann daher im Folgenden nicht untersucht werden. Dies ist umso bedauerlicher, da dass das ‚*Living apart together*' in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen dürfte. Da es immer mehr Doppelverdienerpaare gibt, ist damit zu rechnen, dass berufsbedingtes ‚*Living apart together*' zu einem immer häufigeren Phänomen wird. Ein weiterer Grund für eine zunehmende Bedeutung des getrennten Zusammenlebens ist in der steigenden Lebenserwartung in Verbindung mit der abnehmenden Bereitschaft, nach einer Scheidung oder Verwitwung erneut zu heiraten, zu sehen. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen schließlich die Mobilitäts- und die Kommunikationsrevolution, durch die sich die Möglichkeiten vervielfachen, in der Ferne Menschen kennen- und lieben zu lernen. Gleichzeitig wird es einfacher, eine Fernbeziehung aufrecht zu erhalten. Ein letzter Punkt ist in der Schwächung traditioneller Normen und der zunehmenden Emanzipation der Frau zu sehen. Der Druck, nach einer Scheidung oder Verwitwung erneut zu heiraten, sinkt, das Umfeld akzeptiert LAT-Beziehungen zunehmend als vollwertige Beziehungsform und Frauen sind seltener bereit, der Institution Ehe ihre Freiheit zu opfern (Levin 2004: 237-238). In der Literatur gehen die Meinungen auseinander, wie der Bedeutungsgewinn des ‚*Living apart together*' zu interpretieren ist. Handelt es sich um eine neuartige Partnerschaftsform, in der demographische Pioniere eine radikale Neudefinition der Paarbeziehung vornehmen, die sich durch eine im Vergleich zu „traditionellen" Partnerschaftskonzepten gesunkene Priorität des Paares und eine besonders starke Wertschätzung und intensive Pflege von Freundschaften auszeichnet? Oder ist ‚*Living apart together*' eher eine Lebensform, die von Menschen gewählt wird, die sich nicht binden wollen (Duncan & Philips 2010: 115-116)?

Eine Theorie des Wandels des Familienbildungs- und -erweiterungsverhaltens muss ohne die Berücksichtigung von nicht koresidentiellen Beziehungen unvollständig bleiben. Der SDT berücksichtigt das ‚*Living apart together*' zwar nicht explizit, diese Beziehungsform lässt sich jedoch problemlos mit der Theorie in Einklang bringen. Wie das unverheiratete Zusammenleben sind auch LAT-Beziehungen ein Indikator für eine zunehmende Pluralisierung und Individualisierung der Familien- und Haushaltsformen. Insbesondere in der Diskussion, ob Südeuropa angesichts des relativ geringen Anteils nichtehelicher Lebensgemeinschaften „immun" gegen den SDT ist, wäre es hilfreich, das ‚*Living apart together*' als eine zusätzliche „alternative" Lebensform stärker als bisher in die Argumentation einzubeziehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass LAT-Beziehungen im spanischen oder italienischen Kontext aufgrund der Besonderheiten des Arbeits- und Wohnungsmarkts und des familialistischen Wohlfahrtsstaats stärker als in anderen Teilen Europas durch die ökonomischen Rahmenbedingungen erzwungen werden:

> "*The lack of specific public policies aimed at youths, low wages and precarious work contracts, as well as tight housing markets, reinforce young adults' dependency on the family of origin and, consequently, delay their transition to living alone, with peers or with a partner.* [...] *Living-apart-together relationships will remain as an adaptive strategy used by young adults to balance their needs for intimacy with their needs for family support if nothing* [...] *changes regarding the precariousness of the labor market and the cost and availability of accommodation"* (Castro-Martín et al. 2008: 463).

Eine stärkere Berücksichtigung dieser Hindernisse würde den Blick dafür öffnen, dass eine Argumentation nach der Gleichung „wenig Kohabitation = kein SDT" zu kurz gegrif-

fen ist und dass der Zweite Demographische Übergang ein Multifaktoransatz ist, bei dem auch ökonomische Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Dem RWA-Paradigma zufolge kann die Nullhypothese, dass der Zweite Demographische Übergang in einer Raumeinheit mit geringem Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften abläuft, nur zurückgewiesen werden, wenn das W-Kriterium den „Flaschenhals" darstellt, die Ablehnung des unverheirateten Zusammenlebens also kulturell bedingt ist. Dies ist jedoch nur die hinreichende Bedingung; die notwendige Bedingung für den SDT ist die von breiten Gesellschaftsschichten akzeptierte Entkopplung der Sexualität – insbesondere der weiblichen – von der Ehe. Die Pluralisierung der Lebensformen beginnt also bereits, wenn Paare mit Billigung ihres sozialen Umfelds das Bett, aber nicht den Tisch teilen. Sofern es Anhaltspunkte dafür gibt, dass das ‚*Living apart together*' vorrangig auf ökonomische Zwänge zurückzuführen ist und unverheiratetes Zusammenleben nicht grundsätzlich inkompatibel mit der herrschenden Kultur ist, kann die Gültigkeit der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs als gegeben betrachtet werden. Besteht jedoch trotz weitverbreiteter vorehelicher sexueller Initiation und einem großen Prozentsatz von LAT-Beziehungen bei jungen Erwachsenen eine kulturelle Inkompatibilität von unverheiratetem Zusammenleben und außerehelicher Familiengründung, wie dies etwa in Japan der Fall ist (Goldstein et al. 2009: 6), sind starke Zweifel angebracht, dass der SDT den Wandel des generativen Verhaltens in der betreffenden Gesellschaft erklären kann, da die Pluralisierung der Lebens- und Familienformen ein grundlegender Aspekt der Theorie ist.

3.5 Fazit

Die Kritik am Zweiten Demographischen Übergang als „*Heiliges Römisches Reich der Demographie*" (Kap. 2.6) mag berechtigt sein, wenn man nur die Entwicklung der Fertilität im Blick hat. Bezüglich des Wandels der Lebensformen stellt der SDT jedoch eine Umwälzung historischen Ausmaßes dar, die keine historischen Vorbilder hat. Dass für das Zusammenleben von Frauen und Männern, für die Befriedigung sexueller Bedürfnisse und für die Erziehung von Kindern eine von gesellschaftlichen Normen und sozialer Kontrolle regulierte und kontrollierte Institution geschaffen wurde, zieht sich als roter Faden durch die menschlichen Gesellschaften, so unterschiedlich sie auch ansonsten sein mögen. Der Zweite Demographische Übergang hat eine Individualisierung des Zusammenlebens von Paaren und Familien mit sich gebracht. Dies betrifft nicht nur die Form, sondern auch den Inhalt. Lebensformen, die in früheren Zeiten moralische Entrüstung auslösten und teilweise sogar strafrechtlich verfolgt wurden, werden in weiten Teilen Europas (und in den außereuropäischen englischsprachigen Industriestaaten) inzwischen von breiten gesellschaftlichen Gruppen akzeptiert und praktiziert. Gleichzeitig wächst durch den Wandel und die Liberalisierung der familienbezogenen Wertvorstellungen der Spielraum, partnerschaftliche und familiale Lebensformen individuell zu gestalten. Es wird dadurch zunehmend schwieriger, von *der* Ehe oder *der* Familie zu sprechen, weil die Pluralisierungstendenz auch das interne Gefüge des Zusammenlebens, etwa die Machtverteilung oder die Art und Weise, wie Entscheidungen getroffen oder (elterliche) Autorität ausgeübt wird, erfasst hat.

Die Schattenseite ist, dass ein Teil der Individualisierung und Flexibilisierung durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der postindustriellen Gesellschaft erzwungen

ist. Für eine berufliche Karriere werden häufige Ortswechsel und „*Mobilitäts- und Multilokalitätskompetenz*“ immer entscheidender (Hilti 2009: 82). Multilokalität und Mobilität betreffen dabei nicht nur diejenigen, die zwischen verschiedenen Orten pendeln, sondern auch Partner und Kinder, die zu „Ko-Mobilen“ werden (Weiske et al. 2009: 68). Der steigende Druck zur Mobilität und räumlichen Flexibilität stellt hohe Anforderungen an die Familie: ‚*Doing family*' erfordert Zeit und räumliche Kopräsenz. Während der Abwesenheit des Partners wird der Sesshafte zum funktionalen Alleinerziehenden auf Zeit (Schier 2009: 56-61). Dieser Aspekt des Wandels von Familie, der quer liegt zu den gängigen Lebensformtypen und Familienstandskategorien, ist bisher kaum erforscht. Der Wind ist rauer geworden für Familien. Als ein grundsätzlich statisches, auf langfristige Bindungen angelegtes Konzept, das damit auch langfristige Planbarkeit des Lebenslaufs und ein Mindestmaß an materieller Sicherheit voraussetzt, geraten sie immer mehr in Konflikt zu den Erfordernissen der globalisierten Wirtschaft und zur postfordistischen Entgrenzung von Leben und Arbeit. Der Wandel der partnerschaftlichen und familialen Lebensformen, der Wandel der familienbezogenen Wertvorstellungen und der Wandel der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind eng miteinander verwoben und beeinflussen sich wechselseitig. Dadurch ist eine Trennung in einen „kulturellen“ und einen „ökonomischen“ Anteil des demographischen Wandels unrealistisch. Die Konzeption der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs als Multifaktoransatz trägt dieser Verzahnung Rechnung.

4 Rahmenbedingungen und Erklärungsansätze des Wandels des generativen Verhaltens in den MOE-Staaten

Zur Erklärung des Wandels des generativen Verhaltens in den postsozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas stehen sich zwei Argumentationsschulen gegenüber. Die Vertreter des ‚C*risis behaviour'-Ansatzes* argumentieren, dass der Rückgang der Geburtenraten und der Wandel des Familienbildungsverhaltens vor allem auf die Verschlechterung der ökonomischen Situation eines Großteils der Bevölkerung und auf die gestiegene wirtschaftliche Unsicherheit nach dem Übergang zur Marktwirtschaft zurückzuführen sei (Rychtařiková 2000: 101). Andere Autoren gehen dagegen von einem *beschleunigten Zweiten Demographischen Übergang* aus, der unmittelbar nach dem Ende des Sozialismus eingesetzt habe. Die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre sozialisierten Kohorten hätten „westliche" familienbezogene Wertvorstellungen entwickelt, welche die notwendige Voraussetzung für die „demographische Revolution" darstellten, die dem politischen Umbruch gefolgt sei (Rabušic 2001: 100-101). Die Vertreter dieser Denkschule betonen, dass die Demokratisierung die notwendige Voraussetzung für den Beginn des Zweiten Demographischen Übergangs gewesen sei (Sobotka et al. 2001: 7), auch wenn sich einige der demographischen Entwicklungen, die sich nach dem Systemwechsel verstärkt haben, bereits vor dem Fall des Eisernen Vorhangs angekündigt hätten, z.B. der Anstieg der Nichtehelichenquote (Kulik 2005: 3) oder der Rückgang der Heiratsneigung (Kulcsár 2007: 327). In sozialistischer Zeit wurden zudem einige die Ausbreitung des SDT begünstigende Entwicklungen eingeleitet, etwa die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt oder die forcierte Säkularisierung (Sobotka et al. 2003: 259). Kritiker der These eines beschleunigten Zweiten Demographischen Übergangs wenden ein, dass ein Wertewandel nach westlichem Muster angesichts der Selbstabschottung der mittel- und osteuropäischen Gesellschaften in sozialistischer Zeit fragwürdig sei (Dorbritz 2007: 48-49) oder erst mit zeitlichem Abstand zur Transformation eingesetzt haben könne (Stankuniene & Jasilioniene 2008: 730). Andere Autoren setzen den Beginn des SDT in einigen Staaten bereits deutlich vor dem Systemwechsel an, verweisen aber darauf, dass es keinen „idealtypischen" Ablauf gegeben habe:

> "*Despite all commonalities, it is evident that the Second Demographic Transition is not a unitary movement that reached all countries in Central and Eastern Europe roughly at the same time and had the same features throughout. If anything, such a transition did not start simultaneously in all countries, and above all, it began well before the fall of communism and before the societal transition to a market economy got underway around 1990*" (Hoem et al. 2007: 4).

Als Multifaktoransatz schließt die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs nicht aus, dass ökonomische Faktoren das generative Verhalten entscheidend beeinflussen. Vertreter des ‚*Crisis behaviour*' tun sich dagegen oft schwer, kulturelle Argumente als Erklärung des Wandels des Familienbildungsverhaltens zu akzeptieren. Nur wenige Autoren gehen freilich so weit wie der rumänische Soziologe Traian Rotariu (2006: 25), der einen Einfluss von Werten auf das generative Verhalten komplett ausschließt. *„[T]here is neither synchronicity nor deterministic relations – as claimed by the theoreti-*

cians of the second demographic transition – between the system of values, beliefs, and attitudes, on the one hand, and demographic behaviour or various aspects of family relations […] *on the other*."

In diesem Kapitel wird zunächst die ‚*Crisis behaviour*'-Theorie vorgestellt und kritisch gewürdigt. Dabei wird die Frage aufgeworfen, ob es eine übergeordnete familienökonomische Rationalität gibt, die für alle Bevölkerungsgruppen gleich ist und in der Konsequenz zu einem vergleichbaren Verhalten führt. Da die Antwort negativ ausfallen muss, wird eine alternative Operationalisierung des demographischen ‚*Crisis behaviour*' vorgeschlagen. Anschließend werden die wichtigsten Rahmenbedingungen des Wandels des generativen Verhaltens analysiert. Zunächst ist dies der Transformationsprozess selbst, durch den ein Teil der notwendigen Voraussetzungen für das „sozialistische" Familienbildungsmuster beseitigt wurde. Weiterhin wird auf den Wertewandel, die gesellschaftliche Rolle der Frauen, den Wandel der Familienpolitik und die Frage, ob die MOE-Staaten nach dem Ende des Staatssozialismus ein Revival der Religion erlebt haben, eingegangen.

4.1 Die ‚Crisis behaviour'-Theorie

Die ‚C*risis behaviour'*-Theorie geht davon aus, dass der mit dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft einhergehende Rückgang des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten, die steigende Arbeitslosigkeit, das verbreitete Gefühl wirtschaftlicher Unsicherheit, die Intensivierung sozialer Pathologien wie Kriminalität und Korruption sowie die vielerorts immer noch gegebene Wohnungsnot die Triebkräfte hinter dem Wandel des generativen Verhaltens in den Transformationsstaaten darstellen. Für die Bevölkerung hat das tägliche Überleben oberste Priorität, Entscheidungen mit langfristiger Tragweite wie eine Heirat oder die Geburt eines (weiteren) Kindes werden aufgeschoben oder ganz aus der Lebensplanung gestrichen. Die Transformation hat zudem durch den Abbau familien- und sozialpolitischer Leistungen einen Anstieg der Opportunitätskosten von Kindern gebracht, der laut den Thesen der Neuen Familienökonomie zu einer Reduktion der Fruchtbarkeit führt (Philipov 2003: 158-159, Ranjan 1999: 41; Rychtaříková 1999: 28). Vielfach wird zudem der Befriedigung lange aufgestauter Konsumbedürfnisse Vorrang vor einer Familienerweiterung eingeräumt:

> "*Consumer products of all sorts appeared, and the desire for children was eroded by the yearning to enjoy products previously in short supply everywhere* [...]. *The temptation to spend on pleasure-giving goods and services 'here and now' inhibited people from making the long term financial commitments that childbearing entails*" (Billari et al. 2004: 87).

Einige Autoren sehen im demonstrativen Konsum eine Strategie zur Bewältigung der Transformationsfolgen. Das durch den Wegfall des Staatssozialismus entstandene Wertevakuum werde durch die Akkumulation von Statussymbolen gefüllt, mit denen der Einzelne seinen wirtschaftlichen Erfolg zu beweisen suche. Andere Lebensbereiche, auch die Familie, würden diesem Streben untergeordnet:

> *„Die sichtbarsten Ersatzideologien sind Konsumismus und Materialismus. Hier gibt es auch den größten Nachholbedarf in prestigeträchtiger Absicht.* […] *Ein entscheidendes postrevolutionäres Imagekriterium ist die Sichtbarkeit des wirtschaftlichen Erfolgs, und zwar des Individuums, nicht mehr des*

> *Kollektivs.* […] *Dem Ziel, wirtschaftlich möglichst sichtbar zu reüssieren und andere hinter sich zu lassen, wird vieles untergeordnet. Der ökonomische Selbstbeweis durch Markenidentität und Statussymbole gewinnt den Charakter einer als frei und selbstbestimmt empfundenen Ersatzbefriedigung für das Geist- und Sinndefizit durch den Wegfall der früheren sozialistischen Ideologie und Identität*" (Henkel 2009: 41-42).

Ein ausgeprägtes Konsumdenken bürgerte sich in den Gesellschaften Mittel- und Osteuropas bereits in sozialistischer Zeit als Reaktion auf die Schwierigkeiten des Alltagslebens ein. Der Verbesserung des eigenen Lebensstandards wurde in der Bevölkerung höchste Priorität beigemessen (Stloukal 1999: 31). Der Konsumismus hat damit letztendlich zur Stabilisierung des politischen Status quo beigetragen, da die Bevölkerung von Aktivitäten „abgelenkt" wurde, die eine potenzielle Gefahr für die herrschende politische und gesellschaftliche Ordnung waren: „*Individual action was guided mainly by short term materialist interests and by respect for the existing value system and power structure. For most individuals, the struggle to secure higher consumer standards was more important than a struggle for the solution of other problems*" (Stloukal 1999: 32). Auch wenn der Konsumismus den Sozialismus stabilisierte, wurde von den Herrschenden bemängelt, dass die Bürger eine Steigerung ihres Lebensstandards höher bewerteten als eine Familienerweiterung, dass also die Konsumorientierung in Widerspruch zu den pronatalistischen Idealen der Machthaber geriet. Insbesondere bei der Entscheidung für eine Abtreibung scheint die Befürchtung, dass ein weiteres Kind den Lebensstandard der Familie verringern würde, eine wichtige Rolle gespielt zu haben (Melegh 2002: 32). Dass eine Familienerweiterung den Konsumwünschen untergeordnet wird, ist folglich nicht die Folge veränderter individueller Prioritäten und familienbezogener Wertvorstellungen, die durch den Systemwechsel ausgelöst wurden, sondern ein Verhaltensmuster, das sich bereits in sozialistischer Zeit herausgebildet hat. Verändert haben sich die Möglichkeiten. Angesichts des mittlerweile breiten Angebots an Konsumgütern stellt sich die Frage „Konsum oder Kind?" für junge Paare heute häufiger als vor 1990.

Rychtaříková (2000: 91) argumentiert, dass ein in allem Teilräumen eines Landes mehr oder weniger gleichmäßiger Fertilitätsrückgang wie er in der Tschechischen Republik zu beobachten gewesen sei, als Anzeichen für ein ‚*Crisis behaviour*' interpretiert werden könne. Geringe regionale Disparitäten deutet sie dahingehend, dass alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen von den sozialen Kosten der Transformation und der geringeren Kinderfreundlichkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems betroffen sind und ihr generatives Verhalten pragmatisch an die neuen Verhältnisse anpassen (Rychtaříková 2000: 98). Es erscheint jedoch unwahrscheinlich, dass eine „pragmatische Anpassung" in allen Regionen und Bevölkerungsgruppen gleich aussieht, zumal nicht alle Regionen und Bevölkerungsgruppen in gleichem Umfang von der Transformationskrise betroffen waren. Die Wende vom Staatssozialismus zu einem marktwirtschaftlichen System war mit einer Verstärkung wirtschaftlicher Disparitäten verbunden (Gorzelak & Smętkowski 2010; Smith & Timár 2010: 118-121). Wenn die ökonomische Lage der wichtigste Einflussfaktor auf das generative Verhalten ist, dürfte ein Fahrstuhleffekt unwahrscheinlich sein. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass die Geburtenrate in von der Transformationskrise weniger stark betroffenen Staaten oder Regionen höher ist (Philipov 2002: 14). Bevölkerungsgruppen, die stärker von der Transformationskrise betroffen waren, sollten dagegen ein intensiveres ‚*Crisis behaviour*' an den Tag legen.

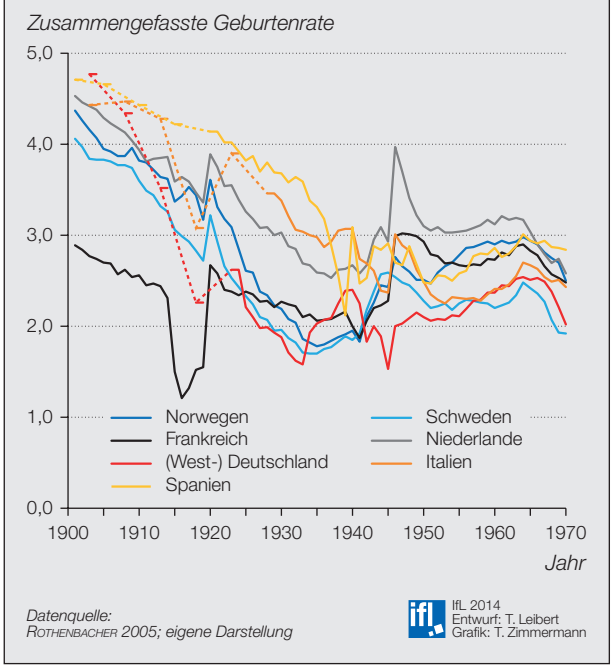
In der Konsequenz müssten sich die wirtschaftlichen Disparitäten, die sich während des Transformationsprozesses herausgebildet haben, im generativen Verhalten widerspiegeln.

Neben den seit 1990 fast vollständig vom Arbeitsmarkt verdrängten und in der Folge von massiver Verarmung betroffen Roma (Váradi 2005: 291-292) gelten Personen mit geringer Bildung, insbesondere Frauen (Meusburger 2001b: 177-179), und die Bewohner ländlicher Räume (Csatári 2005: 468) als die großen Verlierer der Transformation. Nach den Vorstellungen der ‚*Crisis behaviour*'-Theorie wäre es für diese Bevölkerungsgruppen rational, auf Kinder zu verzichten, da eine Familienerweiterung ihre ohnehin engen finanziellen Spielräume weiter beschränken und eine empfindliche Reduktion des Lebensstandards des gesamten Haushalts nach sich ziehen würde (Macura 2000: 203). Für die Gewinner des Transformationsprozesses wird ein Aufschub von Heirat und Familiengründung ebenfalls als ein ökonomisch rationales Verhalten angesehen – allerdings weniger aus finanziellen Zwängen. In Zeiten unsicherer Zukunftsaussichten bergen unumkehrbare biographische Festlegungen erhebliche Risiken, die ein ökonomisch vernünftig handelnder Akteur verhindern würde (Philipov & Dorbritz 2003: 61). Ein generelles Problem familienökonomischer Ansätze ist, dass die Frage, welches Verhalten rational ist, oft schwierig zu beantworten ist. So kann Arbeitslosigkeit bei Frauen dazu führen, dass sie ein geplantes Kind nicht bekommen, um die Haushaltskasse zu schonen und ihre Aussichten, einen neuen Job zu finden, nicht zu schmälern. Andererseits sinken bei arbeitslosen Frauen die Opportunitätskosten eines Kindes, da mit der Geburt weder ein Verdienstausfall noch sinkende Karrierechancen verbunden sind. Es wäre daher ebenso rational, ein Kind früher als geplant zu bekommen (Philipov et al. 2005: 6). Als ähnlich uneindeutig sind die auch Auswirkungen unsicherer beruflicher Zukunftsaussichten einzustufen (Kreyenfeld 2005: 6-7).

4.1.1 Gibt es empirische Belege für ‚*Crisis behaviour*'?

Zur Beantwortung der Frage, ob plötzlich eintretende schwere Wirtschaftskrisen negative Auswirkungen auf die Fruchtbarkeit haben, lohnt ein Blick zurück. Von vielen Autoren wird die Ende 1929 einsetzende (erste) Weltwirtschaftskrise als ein Beispiel angeführt, wo „*a sudden increase in unemployment was followed by an erratic drop in birth rates*" (Kreyenfeld 2005: 2; vgl. dazu auch Ahn & Mira 2001: 519; Billari et al. 2004: 79; Macura 2000: 202; für eine empirische Analyse siehe van Bavel 2008: 14-16). In der langfristigen Entwicklung der TFR stechen die Jahre 1930 bis 1933 – von Italien abgesehen – jedoch nicht durch besonders niedrige Werte oder einen spektakulären Fruchtbarkeitsrückgang hervor. Vielmehr setzten sich Trends fort, die bereits vor 1900 eingesetzt hatten. Mitte der 1930er Jahre endete in Nord- und Westeuropa der jahrzehntelange Fertilitätsrückgang des Ersten Demographischen Übergangs und der „Babyboom" setzte ein (Greenwood et al. 2005: 184; 205). Interessanterweise hat der Fertilitätsanstieg in Staaten wie Frankreich, den Niederlanden oder Schweden während des Zweiten Weltkriegs sogar noch an Fahrt gewonnen (Abbildung 13). Natürlich sind die Weltwirtschaftskrise und die Transformationskrise in den MOE-Staaten nicht direkt vergleichbar. Die Entwicklung der TFR in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zeigt jedoch, dass es keine Gesetzmäßigkeit gibt, dass eine wirtschaftliche Krise, während der sich die Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsgruppen massiv ver-

13 Ausgewählte Staaten Europas Zusammengefasste Geburtenrate 1901 - 1970



schlechtern, zu einem massiven und länger andauernden Fruchtbarkeitsrückgang führen muss.[65]

Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass ein demographisches ‚*Crisis behaviour*' nur in den Transformationsstaaten auftritt. Wirtschaftliche Zwänge prägen auch in den westlichen Staaten das Leben vieler Menschen. Eine besonders niedrige Fertilität benachteiligter Gruppen ist jedoch nicht zu erkennen. Im Gegenteil: Mit Blick auf Australien merkt Birrell (2000) an, dass die Aufgabe der Erziehung der nächsten Generation zunehmend in den Händen der Haushalte mit dem niedrigsten Einkommensniveau liege. Frauen mit geringem Bildungsniveau sind am ehesten bereit, auch außerhalb einer stabilen Paarbeziehung ein Kind zu bekommen und den Nachwuchs allein aufzuziehen, selbst wenn dadurch das Armutsrisiko steigt. Auch in den USA besteht in allen Bevölkerungsgruppen ein positiver statistischer Zusammenhang von Armut, niedriger Bildung und Kinderzahl (Billari et al. 2004: 90). Für Westdeutschland hat Kreyenfeld (2005: 26) festgestellt, dass die Wahrscheinlichkeit einer Schwangerschaft bei Frauen ohne Schulabschluss und mit Hauptschulabschluss *größer* ist, wenn sie arbeitslos, mit ihrem Leben unzufrieden oder besorgt über ihre ökonomische Situation sind. Sie folgert daraus, dass die Elternschaft für benachteiligte Gruppen eine Strategie ist, ihren von Unsicherheiten geprägten Lebenslauf zu strukturieren. Der Wunsch, dem Leben einen Sinn zu geben, ist auch einer der Gründe, den britische Teenagermütter aus von Armut und Benachteiligung geprägten Milieus als Gründe für ihre frühe Mutterschaft angeben. Eine Mutterschaft scheint dabei am ehesten geeignet zu sein, den jungen Frauen Anerkennung und Selbstwertgefühl zu geben (Cater & Coleman 2006: 30-34).

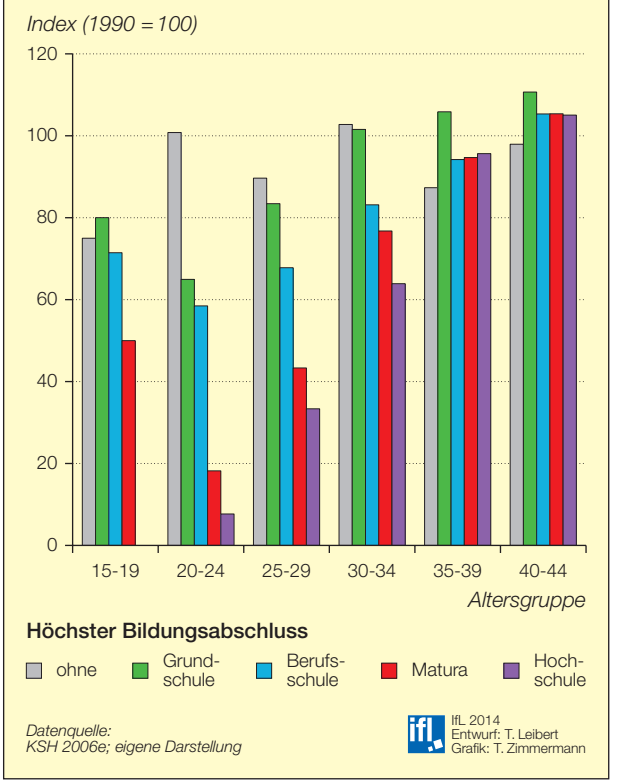
Auch für die MOE-Staaten sind die empirischen Belege für ein demographisches ‚*Crisis behaviour*' nach dem Systemwechsel eher schwach. Während Zakharov (2008:

65 Ein weiteres Beispiel dafür, dass es keinen „automatischen" Zusammenhang von Wirtschaftskrisen und Geburtenrückgängen gibt, ist die schwere Rezession in den frühen 1990er Jahren in Finnland, in deren Verlauf die Arbeitslosenquote von 3% 1990 auf 16% 1993 gestiegen ist. Junge Frauen waren noch stärker als die Gesamtbevölkerung von Erwerbslosigkeit und Unsicherheit bezüglich ihrer beruflichen Zukunft betroffen. Während dieser schweren Wirtschaftskrise ist die Zusammengefasste Geburtenrate anders als in den Transformationsstaaten nicht eingebrochen, sondern hat im Gegenteil das höchste Niveau seit 1970 erreicht. Anders als in den MOE-Staaten konnte allerdings der finnische Wohlfahrtsstaat die Folgen der Krise abmildern (Vikat 2004: 181; 201-203).

932) in Studien zum Wandel des generativen Verhaltens in der Russischen Föderation einen Einfluss von Werten und soziokulturellen Rahmenbedingungen auf das generative Verhalten eindeutig nachweisen kann, werden die Annahmen des ‚*Crisis behaviour*'-Ansatzes nicht bestätigt. Weder die tatsächliche noch die gewünschte Kinderzahl werden von ökonomischen Faktoren beeinflusst. Im Gegensatz zu den Erwartungen der Vertreter der ‚C*risis behaviour*'-Theorie hat die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der Lebensbedingungen in Mittel- und Osteuropa auch keine Rückkehr zu den in der staatssozialistischen Ära vorherrschenden Mustern des generativen Verhaltens gebracht (Zakharov 2008: 931). Spéder (2006: 267-268) zeigt, dass ungarische Frauen mit niedrigem Bildungsniveau ihr generatives Verhalten was Timing und Quantum der Fertilität angeht im Gegensatz zu Hochschulabsolventinnen in den 1990er Jahren nur moderat verändert haben. Auch Husz (2006: 11) kommt zu dem Ergebnis, dass der Anstieg des Durchschnittsalters bei der ersten Geburt umso stärker ausgefallen ist, je höher das Bildungsniveau war. Während das Erstgeburtsalter bei Frauen ohne Schulabschluss auf niedrigem Niveau stabil ist und bei Frauen mit primärem Bildungsniveau zwischen 1989 und 2004 nur um ein Jahr angestiegen ist, bekamen ungarische Frauen mit Abitur oder Berufsschulabschluss ihr erstes Kind 2004 knapp vier Jahre später als 1989.

Konträr zu den theoretischen Erwartungen ist das „sozialistische" Muster des generativen Verhaltens bei den von der Transformationskrise besonders betroffenen Gruppen am ehesten erhalten geblieben. Ein Vergleich der Zahl lebend geborener Kinder ungarischer Frauen 2005 mit dem Wert der gleichen Altersgruppe 1990 (Abbildung 14) liefert ebenfalls keinen eindeutigen Beleg für die Thesen der ‚*Crisis behaviour*'-Theorie. Frauen der Altersgruppe 35-39 ohne abgeschlossene Grundschulbildung haben tatsächlich ihre Fertilität im Vergleich zu ihren 15 Jahre früher geborenen Geschlechtsgenossinnen am stärksten reduziert. In den jüngeren Altersgruppen ist die Kinderzahl dagegen in den höheren Bildungsgruppen weitaus stärker zurückgegangen. Am interessantesten ist dabei die Altersgruppe der 30- bis

14 Index der Kinderzahl ungarischer Frauen 1990/2005 nach Alters- und ausgewählten Bildungsgruppen



34-Jährigen. Es handelt sich um die erste Altersgruppe, die nach 1990 in die Familiengründungsphase eingetreten ist. Hier zeigt sich, dass Frauen mit niedriger Bildung ihre Kinderzahl gegenüber der sozialistischen Zeit *nicht* reduziert haben. Am stärksten war der Rückgang bei den Akademikerinnen. Offensichtlich ist die große Schwäche des ‚*Crisis behaviour*'-Ansatzes, dass zu stark generalisiert wird. Die ökonomische Rationalität der Frauen mit hoher Bildung, der einzigen Bevölkerungsgruppe, deren Verhalten den theoretischen Erwartungen entspricht, wird auf die Gesamtbevölkerung übertragen, ohne zu hinterfragen, ob es nicht alternative ökonomische Rationalitäten gibt, die von diesem Muster abweichen.

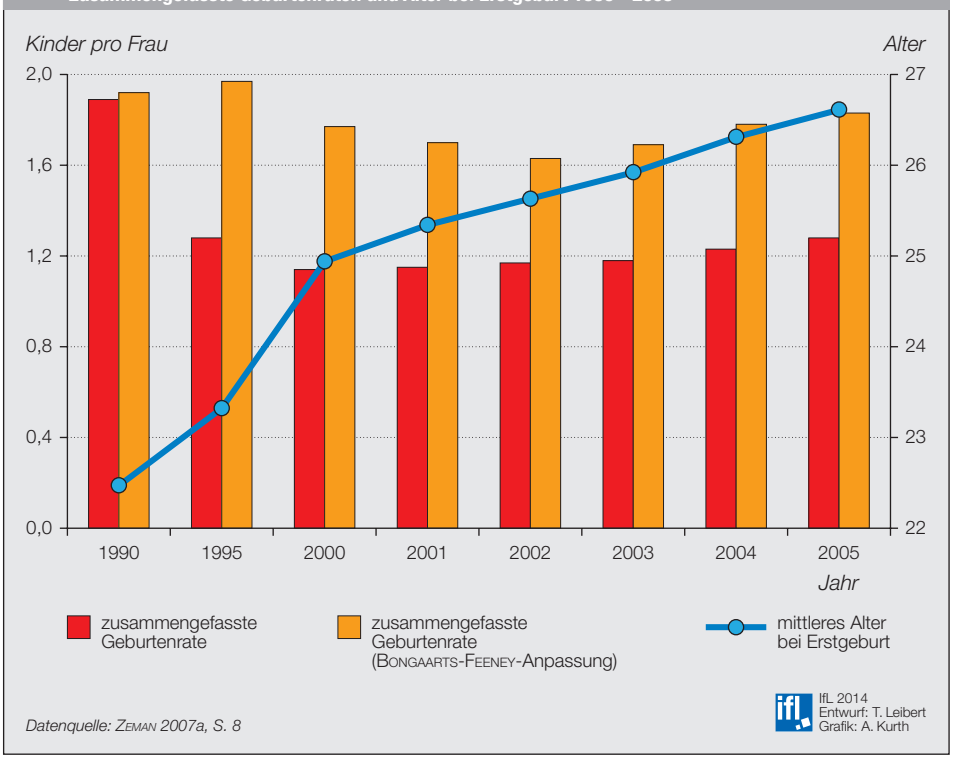
4.1.2 Kritik an der ‚*Crisis behaviour*'-Theorie

Ein erster Kritikpunkt am ökonomischen Ansatz, wie er in der Diskussion um den Wandel des generativen Verhaltens in den Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas operationalisiert wird, ist die in der Argumentation verankerte Dominanz der wirtschaftlichen Rationalität. Dadurch wird unterstellt, dass in allen Bevölkerungsgruppen die Familie materiellen und beruflichen Erwägungen untergeordnet wird und dass soziale und psychologische Faktoren keine Rolle spielen, aber auch, dass es ein Verhalten gibt, dass für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen „rational" ist. Auch dürfte der „Wert" von Kindern für Kosten-Nutzen-Analysen kaum quantifizierbar sein. Für manche Frauen bzw. Paare mögen die Freuden der Elternschaft einen sinkenden Lebensstandard und einen Karriereknick aufwiegen, für andere dagegen nicht. Weiterhin wird ignoriert, dass die Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen ein gewisses Sozialkapital voraussetzt. Es ist davon auszugehen, dass es Menschen mit höherem Bildungsniveau leichter fällt, die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zu überschauen und eine ökonomisch rationale Strategie der Lebensplanung zu entwickeln, während sich Frauen und Männer mit niedriger Bildung eher an etablierten Sitten und Normen orientieren dürften. Der ‚*Crisis behaviour*'-Ansatz blendet zudem aus, dass auf der Ebene des Individuums wirkende Faktoren den Einfluss „objektiver" Variablen wie Haushaltseinkommen oder Erwerbstätigkeit moderieren können. Dies gilt beispielsweise für soziale Netze, die durch informelle Hilfeleistungen die Folgen ungünstiger sozioökonomischer Rahmenbedingungen abmildern können. Aus diesem Grund dürfte die Eingebundenheit in unterstützende soziale Netze einen wichtigen Baustein zum besseren Verständnis des generativen Verhaltens in den Transformationsstaaten darstellen (vgl. dazu Bühler & Fratczak 2004: 3-4; Philipov et al. 2004: 10). Auch Charaktereigenschaften wie die individuelle Risikobereitschaft (Schmidt 2008: 441-442) oder eine optimistische Lebenseinstellung (Perelli 2004: 6-7) scheinen einen Einfluss auf das Heirats- und Gebärverhalten zu haben. Bisher wurden diese Aspekte kaum untersucht. Der Einfluss der genannten Indikatoren auf das generative Verhalten ist zudem teilweise uneindeutig, das heißt, es lassen sich Argumente sowohl für eine fertilitätssteigernde als auch für eine fertilitätssenkende Wirkung finden. Dies gilt jedoch auch für „harte" Faktoren wie Arbeitslosigkeit (vgl. dazu z.B. Perelli 2004: 4-5).

Entscheidungen, die eine Familiengründung oder -erweiterung betreffen, werden zudem nicht aufgrund einfacher ökonomischer Kosten-Nutzen-Rechnungen getroffen, sondern beziehen auch soziale, emotionale und moralische Faktoren mit ein (Barlow et al. 2005: 51-52). Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass Individuen nur

dann auf Kinder verzichten, eine nichteheliche Lebensgemeinschaft eingehen oder ein uneheliches Kind zur Welt bringen, wenn der ökonomische Nutzen die sozialen, moralischen und emotionalen Kosten übertrifft. Ein „pragmatisches Verhalten" setzt also voraus, dass im Vorfeld die sozialen, moralischen und emotionalen Barrieren, die dem entsprechenden Verhalten entgegenstehen, beseitigt wurden. Die Konsequenz daraus ist, dass dem ‚*Crisis behaviour*' ein Wertewandel vorausgehen *muss*, durch den Kinderlosigkeit, Postponement, nichteheliche Lebensgemeinschaften oder uneheliche Geburten erst zu einem von der Gesellschaft akzeptierten oder wenigstens tolerierten Verhalten werden. Provokant formuliert: Die ‚*Crisis behaviour*'-Theorie verneint, dass der Wandel des generativen Verhaltens in Mittel- und Osteuropa durch einen Wandel der familienbezogen Wertvorstellungen ausgelöst wurde, obwohl die Indikatoren des Familienbildungsverhaltens sich in eine Richtung entwickeln, die der pronatalistischen und pronuptialistischen Familienideologie der sozialistischen und vorsozialistischen Zeit widerspricht. Ein Verhalten muss ethisch und moralisch akzeptabel sein, damit es überhaupt als Option wahrgenommen wird. Auch wenn eine nichteheliche Lebensgemeinschaft vorrangig aus wirtschaftlichen Erwägungen eingegangen wird, geschieht das nur, wenn im Vorfeld der Wertewandel dafür gesorgt hat, dass das Zusammenleben ohne Trauschein überhaupt als Handlungsoption wahrgenommen wird. Dass Entscheidungen in Familienfragen vom sozialen und regionalen Kontext beeinflusst werden und nicht unbedingt der ökonomischen Logik folgen, zeigen Kytir und Münz (1986: 15-16) am Beispiel unehelicher Geburten in Österreich. In den 1970er Jahren

15 Tschechien
Zusammengefasste Geburtenraten und Alter bei Erstgeburt 1990 - 2005



Datenquelle: Zeman 2007a, S. 8

wurden verschiedene Sozialleistungen eingeführt, die es unverheirateten Müttern ermöglichen, in den ersten drei Lebensjahren ihres Kindes ein Transfereinkommen zu beziehen. Während in Regionen mit einer traditionell hohen Nichtehelichenquote in der Folge eine gewisse Verschiebung von der ehelichen und unehelichen Familiengründung zu beobachten war, verzichteten viele Frauen in Gebieten, wo der Anteil nichtehelicher Geburten deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lag, aus Angst vor sozialer Diskriminierung auf die ihnen zustehenden Sozialleistungen. Auch an der Praxis der Heirat während der Schwangerschaft, um die „Schande" einer unehelichen Geburt zu verhindern, änderte sich wenig, obwohl es für viele Paare wirtschaftlich sinnvoller gewesen wäre, mit der Eheschließung bis zum dritten Geburtstag des Kindes zu warten. Dieses Beispiel bestätigt die Einschätzung von van Poppel et al. (2006: 3), dass die Befolgung einer sozialen Norm durch Bevölkerungsgruppen, für die ein solches Verhalten ökonomisch nachteilig ist, als Lackmustest für die Stärke dieser Norm angesehen werden kann.

Es ist auch zu hinterfragen, wie stark der Fertilitätsrückgang nach dem Ende des Staatssozialismus wirklich ausgefallen ist. Haben die MOE-Staaten tatsächlich einen ‚*Baby bust*' historischen Ausmaßes erlebt? Diese Interpretation beruht vor allem auf der Entwicklung der zusammengefassten Geburtenrate, die jedoch den Nachteil hat, dass sie die „tatsächliche" Fertilität unterschätzt, wenn das Erstgeburtsalter ansteigt (vgl. Anhang 2), wie dies in den Transformationsstaaten nach 1990 der Fall war. Um diese Tempoeffekte aus der TFR herauszurechnen, wurden verschiedene statistische Methoden entwickelt. Die Ergebnisse dieser Tempobereinigungen deuten darauf hin, dass sich das Quantum der Fertilität nicht so dramatisch verändert hat wie der Rückgang der TFR vermuten ließe. Analysiert man statt der Entwicklung der konventionellen TFR diejenige der korrigierten TFR, ergeben sich begründete Zweifel an der Validität des ‚*Crisis behaviour*'-Ansatzes.

Den korrigierten Daten zufolge hat die Bevölkerung ihr generatives Verhalten keineswegs pragmatisch an die wirtschaftlichen Bedingungen angepasst. In der Tschechischen Republik begann der Rückgang der Geburtenrate nicht während der Transformationskrise Anfang der 1990er Jahre, sondern erst nach Stabilisierung der Wirtschaftslage Mitte des Jahrzehnts und ist eher mäßig ausgefallen (vgl. Abbildung 15).[66] Damit werden zwei Kernaussagen des ökonomischen Ansatzes in Frage gestellt: (1) Die Fortpflanzungsbereitschaft steht in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen „Großwetterlage" und (2) Wirtschaftskrisen wirken sich unmittelbar auf die Geburtenrate aus. Die Bereinigung der TFR um Tempoeffekte ist allerdings in der Fachwelt nicht unumstritten.[67] Es wäre folglich übereilt, die Argumente des ‚*Crisis behaviour*'-Ansatzes vom Tisch zu wischen, nur weil die tempobereinigten Kurven der TFR eine den theoretischen Aussagen widersprechende Entwicklung zeigen. Wie die „konventionelle" liefert auch die tempobereinigte TFR lediglich eine *Ceteris-paribus*-Prognose der endgültigen Kinderzahl. Ein wesentlicher Unsicherheitsfaktor ist folglich, ob die „aufgeschobenen" Geburten tatsächlich „nachgeholt" werden. Die Interpretation, dass das Ausmaß des Fertilitätsrückgangs in der Tschechischen Republik (und wohl auch in anderen Transformationsstaaten) durch die TFR erheblich überschätzt wird, bestätigen allerdings Analysen, bei denen alternative Indikatoren verwendet werden (Sobotka et al. 2008: 413-416; Sobotka & Lutz 2009: 20)
Abschließend – und dieser Kritikpunkt gilt auch für die anderen Theorieansätze zur Er-

66 Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Husz (2006: 9) für Ungarn.

67 Zu den wichtigsten Kritikpunkten siehe Sobotka (2004a: 198).

klärung des Wandels des generativen Verhaltens in den Transformationsstaaten – soll zu bedenken gegeben werden, ob vor dem Hintergrund der Unterschiede in Ausmaß und Stärke der Transformationskrise zwischen den einzelnen MOE-Staaten der Versuch, mit *einem* Theoriegebäude die Entwicklung in *allen* postsozialistischen Staaten erklären zu wollen, überhaupt zu einem befriedigenden Ergebnis führen kann. Haben nicht vielleicht sowohl ökonomische als auch kulturelle Ansätze ihre Berechtigung, wenn auch möglicherweise nicht zur gleichen Zeit und am gleichen Ort? So kommt beispielsweise Billingsley (2010: 210-211) zum Ergebnis, dass der Fruchtbarkeitsrückgang nach dem Ende des Staatssozialismus in Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn komplett auf den Zweiten Demographischen Übergang zurückgeführt werden kann. Für Bulgarien und die baltischen Staaten kommt sie zu dem Schluss, dass der Rückgang der TFR in den wirtschaftlich turbulenten frühen 1990er Jahren eine Reaktion auf die ökonomische Krise war. Nach der wirtschaftlichen Erholung Mitte der 1990er Jahre hat auch dort der SDT eingesetzt. In Rumänien und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion findet sie während ihres gesamten Analysezeitraums (1990-2003) keine Anzeichen für einen Beginn des SDT.

4.1.3 Vorschlag für eine alternative Operationalisierung des ‚*Crisis behaviour*'

Die in diesem Abschnitt diskutierte Literatur legt nahe, dass die „klassische" Form des ‚*Crisis behaviour*' vor allem für den Wandel des generativen Verhaltens der „Gewinner" des Transformationsprozesses charakteristisch ist, also für diejenigen, für die biographische Bindungen eine Einschränkung ihrer Optionen auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt darstellen. Auf der anderen Seite scheint es jedoch ein Muster des ‚*Crisis behaviour*' zu geben, bei dem ökonomische Benachteiligung nicht zu einem Aufschub der Familiengründung und der Geburt des ersten Kindes in ein höheres Lebensalter, sondern im Gegenteil zu höherer Fertilität und einem sinkenden Erstgeburtsalter führt. In einer Situation, in der benachteiligte Gruppen keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt mehr sehen, in der alle anderen Wege zur Selbstverwirklichung – Bildung, Karriere, Konsum – verbaut sind, bleibt nur noch die Familie. So stellt Durst (2002: 466) in ihrer Studie zu einer von extremer Armut und erdrückender Arbeitslosigkeit gekennzeichneten nordungarischen Romasiedlung fest: „*During my ethnographic field work I found that the young girls giving birth early did not do so because they did not want to study or learn a trade, but they assessed the opportunities available to them and found none, which, in turn, had a significant influence on their choices and behaviour concerning childbearing*". Ähnlich argumentieren Róbert und Bukodi (2002: 15-16):

> "*Non-employment has a positive impact* [on] *the risk of the first birth for women without qualifications and reasonable earnings. This means that females with uncertain employment prospects respond to their unfavourable situation by choosing the predictable and secure 'career' of a mother or housewife. Women with less human capital and with an uncertain labor force future are forced to choose motherhood instead of an employment career.*"

Im empirischen Teil wird also zu überprüfen sein, ob in besonders benachteiligten Regionen ein Muster der überdurchschnittlich späten Familiengründung vorherrscht, oder ob die Fertilität hoch und „jung" ist. Ein solches Muster des generativen Verhaltens wäre

mit der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs kompatibel, da ein gewisser wirtschaftlicher Wohlstand als Voraussetzung für die Ausbildung postmaterialistischer Wertvorstellungen gilt, durch die wiederum die „Modernisierung" des generativen Verhaltens ausgelöst wird. Ökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen sollten folglich stärker am „traditionellen" – in diesem Fall sozialistischen – generativen Verhalten festhalten. Das Familienbildungsverhalten sollte sich in den Krisenregionen weniger stark gewandelt haben als in den wirtschaftlichen Kernräumen und größere Ähnlichkeiten mit dem alten „sozialistischen" Muster haben. In Anlehnung an Perelli-Harris und Gerber (2009) bezeichnen wir das „alternative" ‚*Crisis behaviour*'-Konzept fortan als ‚*Pattern of disadvantage*' (POD) oder Benachteiligungsmuster.

4.2 Die Rolle des Systemwechsels

Der Zweite Demographische Übergang ist eine Theorie zum Wandel des generativen Verhaltens, die auf der Basis der demographischen und sozioökonomischen Lage in Nordwesteuropa in den späten 1980er Jahren entwickelt wurde. Die ökonomischen Ansätze bauen im Wesentlichen auf den Arbeiten amerikanischer Autoren wie Gary Becker oder Valerie Oppenheimer auf. Für Philipov (2002: 22) sind beide Ansätze unvollständig, da sie nicht die Folgen des Übergangs vom Staatssozialismus zur Marktwirtschaft berücksichtigen. Er postuliert, dass die Transformation zu einem Zustand von Normlosigkeit (Anomie), Diskontinuität und Ordnungslosigkeit geführt habe. Dieser Zustand der wirtschaftlichen und Verhaltensunsicherheit habe – gepaart mit einem Effizienzverlust der staatlichen und sozialen Institutionen – die negativen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit, Verarmung und sinkendem Lebensstandard verstärkt. Anomie führt zu Verhaltensunsicherheit, da dem Einzelnen vor dem Hintergrund des schnellen und umfassenden gesellschaftlichen Umbruchs Orientierungspunkte fehlen, wie das (Familien-)Leben zu gestalten ist. Auf der anderen Seite sinken in einer Phase, in der ein Wertesystem sukzessive durch ein anderes ersetzt wird, die sozialen Kosten einer Abweichung von dem durch die „alten" Werte und Normen vorgegebenen Verhalten, wodurch die Ausbreitung alternativer Lebens- und Familienformen erleichtert wird (Philipov et al. 2004: 10; Philipov et al. 2005: 8). Dieses Argument ist jedoch nicht unumstritten. Inglehart und Baker (2000: 26-28) zufolge schätzen Menschen, die in durch Unsicherheit, Unzufriedenheit und geringen Lebensstandard gekennzeichneten Gesellschaften leben, wirtschaftliche und körperliche Sicherheit in einem besonders hohen Maß. Damit verbunden ist einerseits eine Ablehnung von kulturellem Wandel und kultureller Diversität, die sich beispielsweise in Intoleranz gegenüber Homosexuellen oder Ausländern äußert. Auf der anderen Seite werden „traditionelle" Geschlechterrollenbilder, Sexualnormen und familienbezogene Wertvorstellungen besonders betont. Die Autoren sehen darin den Versuch, eine unsichere und schwer überschaubare Welt etwas vorhersehbarer zu machen. Nach dieser Lesart sollte die Transformationskrise in Mittel- und Osteuropa eine Renaissance „traditioneller" Familienwerte ausgelöst haben. Da kultureller Wandel und alternative Lebensentwürfe als Bedrohung wahrgenommen und abgelehnt werden, sollten die sozialen Kosten einer Abweichung von diesen Werten und Normen so hoch sein, dass eher mit einer Retraditionalisierung des Familiengründungs- und -erweiterungsverhaltens zu rechnen wäre. Tatsächlich stellen Inglehart und Baker (2000: 41)

in ihrer Analyse der Daten der verschiedenen Wellen des *World Values Surveys* für die Transformationsstaaten fest, dass der ökonomische, politische und soziale Kollaps, der auf den Systemwechsel folgte, den in sozialistischer Zeit feststellbaren Trend zu moderneren Wertvorstellungen umgekehrt habe.

Der patriarchalische sozialistische Wohlfahrtsstaat bot jungen Menschen relativ günstige Bedingungen für die Gründung einer Familie. Der Staat sorgte durch sichere Arbeitsplätze und Vollbeschäftigung für materielle Sicherheit. Ein Großteil der Kosten der Kindererziehung wurde der Bevölkerung durch die extensiven bevölkerungspolitischen Leistungen abgenommen. Gleichzeitig waren Alternativen zum Familienleben – Konsumgüter, Karrieremöglichkeiten, Freizeitaktivitäten – nur in sehr beschränktem Umfang vorhanden (Frejka 2008b: 163-166). Die Familie bildete den einzigen Freiraum innerhalb des autoritären Überwachungsstaats mit seinem Klima des Misstrauens (Sobotka 2004b: 211). Die Strategie, sich angesichts beschränkter Alternativen über die Familie selbst zu verwirklichen, fasst der tschechische Soziologe Ladislav Rabušic (2001: 102-103) pointiert zusammen:

> "*Since every single newly born person used to become the property of the communist state from his/ her school days, there was little leeway for free and independent activity. Boredom was the rule* [...] *and thus the only authentic act left to the discretion of young people was entering into marriage and giving birth to some two or three children. And so they did. This practice did not change until the onset of the social transformation in the early 1990s when the boredom was (hopefully) over once for all, and the process of establishing a new state and rebuilding capitalism was initiated. It is no coincidence that we have been recording sharp changes in demographic trends since the early 1990s".*

Ein weiteres Charakteristikum der sozialistischen Gesellschaft war ihre Homogenität. Bildung und Sozialkapital konnten kaum in Wert gesetzt werden. Die Lohnhöhe war für alle Berufsgruppen relativ einheitlich und nur in geringem Maß von der individuellen Leistung abhängig (Hamplová 2004: 9). Folglich waren die Opportunitätskosten niedrig; die Geburt eines Kindes hatte weder einen negativen Einfluss auf das Lohnniveau noch auf die Karrierechancen von Frauen (Kantorová 2004: 80). Für Frauen mit hohem Bildungsniveau ergaben sich angesichts der fehlenden Bereitschaft der Ehemänner, sich an der Hausarbeit zu beteiligen und der daraus resultierenden Doppelbelastung (siehe Abschnitt 4.5) durchaus Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die zu Kinderlosigkeit oder zur Beschränkung der Familiengröße auf ein ‚*Status child*' (Oláh & Fratczak 2004: 232), ein Einzelkind, mit dem man die „Gebärpflicht" erfüllen und gleichzeitig Karriere machen konnte (Rabušic 2001: 118), führte. Mit dem sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem brachen die tragenden Säulen des osteuropäischen Familienbildungsmusters weg. Dass sich unter den geänderten Rahmenbedingungen das generative Verhalten der sozialistischen Zeit wieder einstellt, ist selbst unter den günstigsten wirtschaftlichen Umständen ausgeschlossen (Frejka 2008b: 153). Das Familiengründungsverhalten vor 1990 ist ohne die Rahmenbedingungen des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems nicht denkbar. Die ‚*Crisis behaviour*'-Theorie ignoriert mithin, dass eine Rückkehr zum generativen Verhalten der Zeit vor 1990 die Wiedereinführung des sozialistischen Wohlfahrtsstaats erfordern würde.

Neben den pronatalistischen Rahmenbedingungen des sozialistischen Wohlfahrtsstaats begünstigten die sexuelle Uninformiertheit und die fehlende oder unzureichende Versorgung mit effektiven und zuverlässigen Verhütungsmitteln das Muster der frühen und universellen Familiengründung. Moderne Verhütungsmittel wurden von den Mächtigen als Indikator für den moralischen Verfall des Westens betrachtet und galten in der Bevölkerung als risikoreicher als ein Schwangerschaftsabbruch. Sie waren zudem in den meisten Staaten als Importgüter für breite Bevölkerungsschichten preislich unerschwinglich (Bajos et al. 2003: 14). Sofern Verhütungsmittel hergestellt wurden, waren sie von schlechter Qualität und hatten zahlreiche Nebenwirkungen (Potančoková et al. 2008: 997). In Staaten ohne eigene Verhütungsmittelindustrie war die Verfügbarkeit zudem unstet und unvorhersehbar. Einerseits ist dies auf Devisenknappheit zurückzuführen, andererseits war angesichts der pronatalistischen Ausrichtung der Familienpolitik die Neigung der Verantwortlichen gering, in ausreichendem Maß zuverlässige Verhütungsmittel zur Verfügung zu stellen (Vassilev 1999: 83). Dafür spricht auch, dass Kontrazeptiva teilweise nur gegen Westwährung erhältlich waren, oder dass die heimische Verhütungsmittelproduktion gedrosselt oder eingestellt wurde (Titkow 1999: 179). Mitte der 1980er Jahren lag der Anteil der Frauen, die bei ihrem ersten Geschlechtsverkehr eine moderne oder traditionelle Methode der Empfängnisverhütung benutzten, in Bulgarien, Tschechien und den baltischen Staaten zwischen 20 und 40%, in Polen und Slowenien um die 50%. Mit einem Wert von ca. 70% nahm Ungarn eine Sonderstellung unter den sozialistischen Staaten ein (Bajos et al. 2003: 21). Ein Hauptgrund für die Nichtnutzung von Verhütungsmitteln dürfte bei Mängeln in der sexuellen Aufklärung liegen. In der Slowakei war beispielsweise der Mythos verbreitet, dass eine Frau bei der Entjungferung nicht schwanger werden könne (Potančoková et al. 2008: 997). In der UdSSR gab es bis Ende der 1980er Jahre keinen Sexualkundeunterricht an den Schulen und Verhütung war ein Tabuthema, das in der Öffentlichkeit nicht diskutiert wurde (Grant 2005: 5). Die sexuelle Uninformiertheit war nicht nur der Grund für die exzessive Nutzung der Abtreibung zur Familienplanung, sondern auch verantwortlich für die große Zahl ungewollter oder verfrühter Schwangerschaften, die häufig zu in jugendlichem Alter geschlossenen „Mussehen" führten. Die fehlende Aufklärung trug so zur hohen Fertilität und zum niedrigen Erstheiratsalter in den MOE-Staaten bei (Zeman 2003: 13; 17). Diese pronatalistischen Rahmenbedingungen fielen mit dem Ende des Staatssozialismus weg. Einige der MOE-Staaten, etwa die Tschechische Republik, haben nach 1990 eine regelrechte „sexuelle Revolution" erlebt. Insbesondere begünstigte das neu erwachte Interesse der Medien an der Sexualität die Verbreitung moderner Verhütungsmittel. Nach 1970 geborene Frauen sind im Gegensatz zu früheren Generationen gut über die verschiedenen Methoden der Empfängnisverhütung informiert und in der Lage, ihre Fruchtbarkeit effektiv zu regulieren (Sobotka et al. 2008: 431-432). In anderen Staaten gibt es dagegen noch erhebliche Vorbehalte gegen moderne Verhütungsmittel. Ende der 1990er Jahre waren beispielsweise 70% der Slowakinnen überzeugt, dass hormonelle Kontrazeptiva gesundheitsschädlich seien (Potančoková et al. 2008: 999). Diese Skepsis hat den Siegeszug der Pille in den MOE-Staaten jedoch nicht aufhalten können. Das Beispiel Polen zeigt, dass der Wandel des generativen Verhaltens weder durch ein weitgehendes Abtreibungsverbot noch durch Einschränkungen beim Zugang zu Verhütungsmitteln und zu Informationen zur Familienplanung aufgehalten werden kann. Seit 2002 werden die Kosten für die Pille nicht mehr von der Krankenversicherung erstattet, so dass moderne

und zuverlässige Methoden der Empfängnisverhütung für viele Polen unerschwinglich geworden sind (Mishtal 2009: 606). Einen Babyboom haben diese Maßnahmen nicht ausgelöst. Die sexuelle und die Verhütungsrevolution, die nach 1990 die MOE-Staaten erfasst haben, lassen sich ebenso wenig ungeschehen machen wie der sozialistische Wohlfahrtsstaat unter kapitalistischen Rahmenbedingungen aufrecht erhalten werden kann. Auch ohne einen Wandel der familienbezogenen Wertvorstellungen wäre aufgrund dieser strukturellen Veränderungen eine Rückkehr zum „sozialistischen" Muster des generativen Verhaltens unmöglich, egal wie sich die Wirtschaft und die Lebensbedingungen der Bevölkerung entwickeln. Die Transformation hat mit dem sozialistischen Wohlfahrtsstaat die Rahmenbedingen beseitigt, die eine frühe Familiengründung zu einem rationalen Verhalten machten. In Verbindung mit der problemloseren Versorgung mit effektiven Verhütungsmitteln konnten sich „westliche" demographische Verhaltensweisen wie Postponement von Erstgeburt und Eheschließung sowie die Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung in den Staaten Mittel- und Osteuropas beschleunigt ausbreiten (Spéder & Kamarás 2008: 646).

4.3 Wandel der familienbezogenen Wertevorstellungen in Mittel- und Osteuropa nach dem Ende des Staatssozialismus

Kritiker des Zweiten Demographischen Übergangs betonen das Fehlen von individueller Autonomie in den nach außen abgeschotteten sozialistischen Gesellschaften, in denen nur ein geringes Maß an Toleranz gegenüber individualistischen Verhaltensmustern geherrscht habe, wodurch der für den Zweiten Demographischen Übergang notwendige Wertewandel blockiert worden sei. Nach dieser Argumentation wäre es unwahrscheinlich, dass mit dem Ende der sozialistischen Regime sofort ein sich unmittelbar auf das generative Verhalten auswirkender Wandel der familienbezogenen Wertvorstellungen einsetzte (Dorbritz 2007: 48-49). Zur Beantwortung der Frage, ob in den MOE-Staaten ein Wertewandel nach westlichem Vorbild stattgefunden hat, bietet es sich an, die Wertesysteme in West- und Ostdeutschland zu untersuchen. Dabei zeigt sich, dass der Wertewandel in der DDR zwar etwa zehn Jahre später einsetzte als in der Bundesrepublik, aber grundsätzlich in die gleiche Richtung ging. Mitte der 1990er Jahre waren – von der deutlich höheren Religiosität in Westdeutschland abgesehen – keine signifikanten Ost-West-Unterschiede bei den Wertvorstellungen mehr festzustellen (Klages 2001[2]: 732-733). Im Folgenden soll untersucht werden, ob auch in den anderen postsozialistischen Staaten eine ‚*Westernization*' der Wertvorstellungen stattgefunden hat. Von besonderer Bedeutung sind dabei zwei Fragen: Wann bildet sich das individuelle Wertesystem aus? Und: Gab es in sozialistischer Zeit bereits Individualisierungstendenzen? Wenn einmal internalisierte Wertvorstellungen das ganze Leben konstant bleiben, ist davon auszugehen, dass es noch geraume Zeit dauern wird, bis es zu einer kulturellen Konvergenz zwischen den postsozialistischen Staaten und Nordwesteuropa kommt. Sollte dagegen eine ständige Reevaluierung und Neuausrichtung des Wertesystems stattfinden, wäre ein beschleunigter Zweiter Demographischer Übergang möglich. Für die Geschwindigkeit des Wertewandels ist auch von Bedeutung, ob in sozialistischer Zeit bereits eine Basis in Form von Individualisierung und Säkularisierung geschaffen wurde.

4.3.1 Wann bildet sich das individuelle Wertesystem aus?

Inglehart geht davon aus, dass sich das individuelle Wertesystem in der jugendlichen Sozialisationsphase herausbildet und sich später im Lebensverlauf nicht mehr wesentlich verändert. Der Wertewandel wird dabei von der Knappheit materieller Güter in diesem Lebensabschnitt bestimmt. Ein postmaterialistisches Wertesystem setzt folglich voraus, dass in den ‚*formative years*' kein materieller Mangel herrschte (Klages 2001[2]: 728). Da dieser Sicht zufolge beim sozialen Wandel Kohorteneffekte dominieren, ist davon auszugehen, dass ein Einfluss postmaterialistischer Wertvorstellungen auf das generative Verhalten in den Transformationsstaaten erst beginnen kann, wenn Kohorten in die Familiengründungsphase eintreten, die in einem gewissen materiellen Wohlstand sozialisiert wurden. Aufgrund der „sozialistischen Verkleinbürgerlichung" (siehe Kapitel 7) könnte dies in Ungarn bereits in den 1980er Jahren der Fall gewesen sein, während der Prozess in Staaten mit einer langwierigen und schmerzhaften Transformationskrise möglicherweise noch nicht begonnen hat. Van de Kaa (1997: 2) kritisiert die Definition von Kohorteneffekten, wonach ein gemeinsam erlebtes Ereignis dazu führt, dass im gleichen Zeitraum geborene Personen ein ähnliches Verhalten an den Tag legen. Damit verbunden ist die These, dass Kohorten den sozialen Wandel nicht verursachen, sondern ihn lediglich zulassen. Van de Kaa stellt der Geburtskohorte die ‚mentale Kohorte' gegenüber. In diesem Konzept gestalten Kohorten den sozialen Wandel aktiv im Rahmen der gegebenen Optionen. Das einigende Element der Mitglieder der Kohorte ist weniger das Geburtsjahr als vielmehr eine einheitliche Lebensauffassung. Van de Kaa zufolge ist das Konzept der mentalen Kohorte insbesondere für das Verständnis des generativen Verhaltens von Bedeutung:

> "*[I]t is precisely through the choice that people make with regard to such life shaping events as marriage, having a child, and method of contraception, that people express their sense of belonging to a certain sub-group. Through choices dealing with the meaning of life people group themselves in* […] *'mental cohorts'. Such mental cohorts may straddle a series of birth cohorts. By the same token, birth cohorts are likely to comprise varying proportions of members of a given mental cohort. The vital event mental cohorts have in common is that they have acquired a similar approach to life. They share a common outlook and tend to make choices (stereo)typical for that mental cohort"* (1997: 2).

Der Vorteil der mentalen Kohorte liegt darin, dass im Gegensatz zum klassischen Konzept auch Heterogenitäten im Verhalten der Mitglieder einer Geburtskohorte erklärt werden können. Es ist unwahrscheinlich, dass alle Individuen einer Generation auf einen gemeinsam erlebten Stimulus in der gleichen Weise reagieren, da jede Form des sozialen Wandels von mehr oder weniger großen Bevölkerungsgruppen abgelehnt wird. Auf der anderen Seite eröffnet der soziale Wandel auch Angehörigen anderer Geburtskohorten neue Freiheiten in der Lebensgestaltung, so dass ein bestimmter Bevölkerungsteil, der von seiner Wertestruktur für eine Verhaltensänderung prädestiniert ist, sich bisher aufgrund hoher sozialer Kosten aber konformistisch verhalten hat, die demographische oder gesellschaftliche Innovation ebenfalls übernehmen wird. Insbesondere in Situationen, in denen es zu nachhaltigen gesellschaftlichen Umbrüchen kommt, die mit einem Zuwachs an individuellen Freiheiten und Handlungsoptionen verbunden sind, ist davon auszugehen, dass die neuen Chancen nicht nur von Personen genutzt werden, die zum Zeitpunkt des Umbruchs ein bestimmtes Alter hatten.

4.3.2 Individualisierung im Staatssozialismus: Von Persönlichkeiten und Kollektiven

Ob, und wenn ja ab wann, in den postsozialistischen Staaten ein Individualisierungsprozess wie in Westeuropa stattgefunden hat, ist in der Literatur umstritten. Zahlreiche Autoren betonen die Unvereinbarkeit der kollektivistischen sozialistischen Ideologie mit dem Ideal der freien Entfaltung des Individuums und verweisen auf die Bemühungen der jeweiligen Staatsparteien, eine uniforme Gesellschaft zu schaffen:

> "*Although the socialist ideology was to create freedom and equality for all people, the ruling party imposed a discriminative social order, which prohibited diversity and violated human rights. The official ideology forbade individualism and introduced collectivism as a norm, which legalized the oppression of minorities and purposefully erased differences in opinions, outlook and behavior amongst the population"* (Koytcheva 2006: 30).

Andere Autoren argumentieren, dass es in sozialistischer Zeit zu einer Atomisierung der Gesellschaft durch die Zerstörung nicht-sozialistischer gesellschaftlicher Organisationen gekommen sei. Mittel- und Osteuropa war demzufolge bereits vor 1990 weitgehend individualisiert. Durch die fehlende Einbettung des Einzelnen in horizontale Organisationen wie Kirchengemeinden, Bürgerinitiativen oder Vereine hatte die Individualisierung allerdings einen anderen Charakter als im Westen (Spéder & Kamarás 2008: 643). Sie hatte keinen Bedeutungsgewinn der individuellen Autonomie zur Folge, sondern Entfremdung und Konformismus (Philipov 2002: 14). Stloukal (1999: 32) interpretiert die in sozialistischer Zeit für die Bevölkerungen Mittel- und Osteuropas charakteristische Tendenz zur Anonymität als eine Reaktion auf die Rahmenbedingungen des totalitären Überwachungsstaats. Eigeninitiative, Verantwortungsbewusstsein und eine markante Persönlichkeit galten als potentielle Quellen des Konflikts mit der Staatsmacht. Viele Bürger zogen es daher vor, möglichst wenig aufzufallen und sich flexibel an die jeweilige Situation anzupassen:

> *„Jeder hatte mindestens zwei Schaltkästen im Kopf: den offiziellen in der Öffentlichkeit und am Arbeitsplatz – und den eigenen zu Hause und im vertrauten Kreis.* […] *Das Ergebnis* […] *war ein Leben in absolut getrennten Parallelwelten: der staatlich-politischen Floskelsphäre und der privaten Welt. Der Bürger mutierte als vom real existierenden Sozialismus beglückter Genosse zum schizophrenen Chamäleon mit Wechsel der politischen Außenfarbe je nach der aktuellen Umgebung. Diese Doppelzüngigkeit war reine Überlebensstrategie*" (Henkel 2009: 35-36).

In sozialistischer Zeit ist es mit hohem propagandistischen Aufwand mehr oder weniger gut gelungen, das traditionelle Wertesystem der Bevölkerungen in Mittel- und Osteuropa ins Wanken zu bringen. Es ist jedoch nicht gelungen, die „alte Ordnung" durch ein alternatives, sozialistisches Wertesystem zu ersetzen:

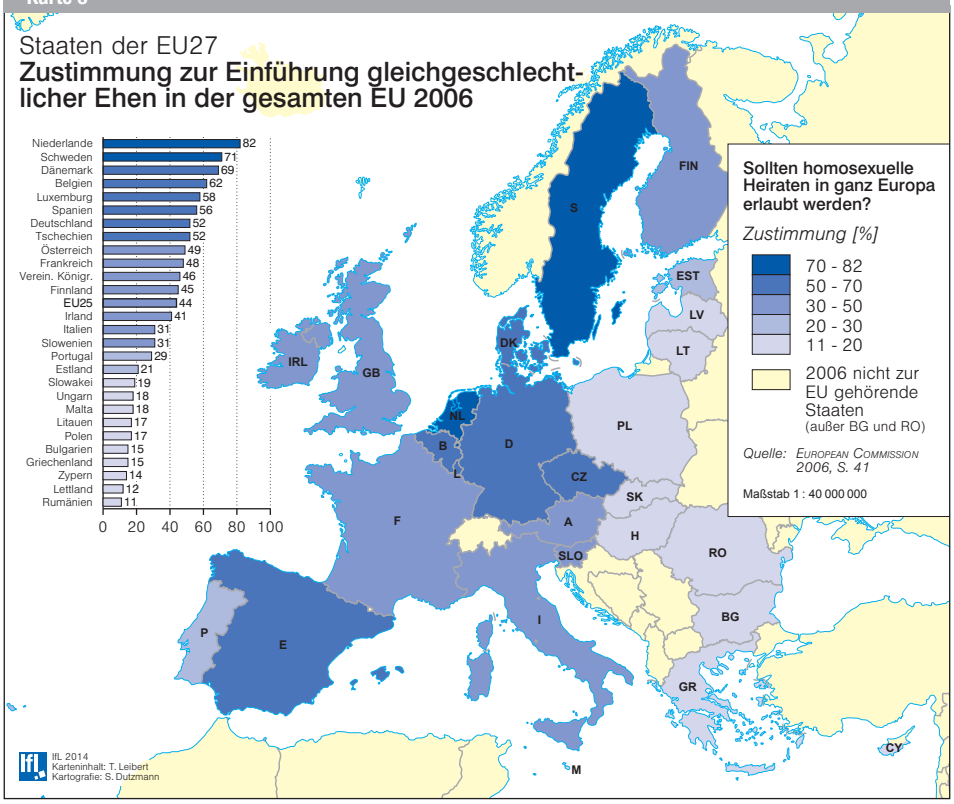
> "*When the communists came to power after 1945, they launched a frontal attack against the traditional value system. They dismantled the traditional value-generating institutions such as churches, communities, associations, and social movements. They denigrated the values of the previous socio-political system, including values relating to private property, personal autonomy, freedom, and responsibility. However, the idea of replacing these values with those of collective discipline, altruism, and revolutionary consciousness failed completely.*" (Stloukal 1999: 31).

Der Sozialismus hat gewissermaßen ein Wertevakuum geschaffen. Die alten Werte und Normen haben ihre Bindungskraft verloren. Angesichts der daraus erwachsenden Verhaltensunsicherheiten sind die Bürger offen für neue Verhaltensweisen. In einer solchen Situation können sich westliche Werte und Normen als besonders durchsetzungskräftig erweisen, denn *„they come with the prestige of being part of the world commonly defined as being at the apex of development and progress"* (Thornton & Philipov 2008: 51-52). In diesem Sinne erscheint ein beschleunigter Wertewandel nach westlichem Muster nicht ausgeschlossen, zumal auch die Medien eine wichtige Rolle bei der Ausbreitung neuer Wertvorstellungen und Lebensstile spielen (Kantorová 2004: 90). Auch der Einfluss der Globalisierung sollte nicht unterschätzt werden, insbesondere in den Großstädten, wo sich zunehmend ein uniformisierender „globaler Lebensstil" durchsetzt (Parysek 2005: 112-113), der zu einer Vereinheitlichung der Wertvorstellungen beitragen dürfte.

4.3.3 Liberalisierung der familienbezogenen Wertvorstellungen in den 1990er Jahren?

Nimmt man den Grad der Zustimmung zur Einführung gleichgeschlechtlicher Ehen – eines der Hauptthemen im „Kulturkampf" um ‚*Family values*' in den USA (Lesthaeghe & Neidert 2007: 4-6) – als Lackmustest für den Grad der Liberalität der familienbezoge-

Karte 3



nen Wertvorstellungen, zeigt sich auch 15 Jahre nach dem Ende des Staatssozialismus noch ein massives Gefälle der Akzeptanz unkonventioneller Lebensformen entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs. Lediglich in der Tschechischen Republik und in Ostdeutschland[68] liegt die Zustimmung zur Einführung gleichgeschlechtlicher Ehen über dem EU-Mittelwert, und auch Slowenien hebt sich – wenn auch weit weniger stark – von den übrigen postsozialistischen Staaten durch einen überdurchschnittlichen Prozentsatz der Befürworter einer Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule ab (Karte 3). Von den genannten Ausnahmen abgesehen ist die Akzeptanz alternativer Lebensentwürfe in den Transformationsstaaten ausgesprochen gering. Ein beschleunigter Wertewandel scheint zumindest was die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensentwürfe angeht, nicht stattgefunden zu haben. Eine solche Entwicklung ist allerdings nach Inglehart und Baker auch nicht zu erwarten, da die Richtung des Wertewandels von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sei:

> "*Economic development is associated with pervasive, and to some extent predictable, cultural changes. Industrialization promotes a shift from traditional to secular-rational values, while the rise of postindustrial society brings a shift toward more trust, tolerance, well-being, and post-materialist values. Economic collapse tends to propel societies in the opposite direction. [P]rotraced economic collapse can reverse the effects of modernization, resulting in a return to traditional values* […] (Inglehart & Baker 2000: 49).

Aspekte dieser Rückkehr zu traditionellen Werten sind die Betonung traditioneller Geschlechterrollenbilder und Sexualnormen, die Ablehnung ethnischer und kultureller Diversität und eine ausgeprägte Intoleranz gegenüber ‚*Outgroups*' wie Homosexuellen. Mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung und der daraus resultierenden existenziellen Sicherheit verlieren kulturelle Diversität und alternative Lebensentwürfe ihre Bedrohlichkeit und werden stärker akzeptiert (Inglehart & Baker 2000: 28). In diesem Zusammenhang ist zu erwarten, dass mit einer zunehmenden ökonomischen Konvergenz innerhalb der EU auch die kulturellen Unterschiede geringer werden. Die Herausbildung eines einheitlichen Musters ist jedoch wenig wahrscheinlich, da die historische kulturelle Prägung Spuren hinterlassen hat. Das „kommunistische Erbe" wird folglich auch in Zukunft eine wichtige Erklärung für kulturelle Unterschiede in Europa sein. Inglehart und Baker (2000: 49) betonen daher auch, dass

> "*modernization is probabilistic, not deterministic. Economic development tends to transform a given society in a predictable direction, but the process and path are not inevitable. [A]ny prediction must be contingent on the historical and cultural context of the society in question.*"

Bei anderen familienbezogenen Wertvorstellungen ist es im Lauf der 1990er Jahre zu erheblichen Umwälzungen gekommen, etwa bei der Frage, ob Frauen Kinder brauchen, um ein erfülltes Leben führen zu können (Tabelle 5). Anfang der 1990er Jahre wurde diese Aussage außer in Ostdeutschland und Slowenien in allen Staaten nur von einer Minderheit verneint. Gegen Ende des Jahrzehnts haben Tschechien, die Slowakei und Slowenien zu Dänemark, den Niederlanden und Schweden aufgeschlossen, während in Ungarn nach wie vor nur eine kleine Minderheit der Ansicht ist, dass kinderlose Frauen ein er-

68 In Ostdeutschland liegt die Zustimmung zur Einführung gleichgeschlechtlicher Ehen bei 59%, in den alten Bundesländern bei 51% (European Commission 2006: 461).

Tab. 5 Ausgewählte EU-Staaten Ablehnung der Aussage „Eine Frau braucht Kinder, um ein erfülltes Leben führen zu können" 1990/1999, nach Altersgruppen

Staat	Altersgruppe 15-29			Altersgruppe 30-49			Altersgruppe über 50		
	Ablehnung [%]			Ablehnung [%]			Ablehnung [%]		
	1990	1999	Entw.	1990	1999	Entw.	1990	1999	Entw.
Bulgarien	13	37	24	11	27	16	3	16	13
Ostdeutschland	48	43	-5	33	31	-2	26	23	-3
Estland	12	40	27	7	26	19	10	17	7
Lettland	5	23	19	4	7	3	3	6	3
Litauen	21	44	23	6	31	25	10	25	15
Polen	34	43	9	29	34	5	17	19	2
Rumänien	25[3]	29	4	15[3]	18	3	15[3]	18	3
Slowakei	15	63	48	17	55	38	12	48	37
Slowenien	60[2]	75	15	40[2]	69	29	33[2]	45	12
Tschechische Republik	17	68	50	10	60	51	12	46	33
Ungarn	7[1]	11	4	3[1]	6	3	3[1]	3	0
Mittelwert DK-NL-SE	69	64	-4	65	62	-3	55	53	-2

Datenquelle: ASEP/JDS 2009 *[1] 1991; [2] 1992; [3] 1993* *Angaben gerundet*

fülltes Leben führen können. Da auch in Ungarn die Kinderlosigkeit zunimmt, offenbart sich eine Diskrepanz zwischen „*Modern behaviour* [und] *traditional values*" (Tóth 2006).

Auch die Institution Ehe wird Ende der 1990er Jahre kritischer bewertet als zu Anfang des Jahrzehnts (Tabelle 6). In der jüngsten Altersgruppe ist der Prozentsatz derjenigen,

Tab. 6 Ausgewählte EU-Staaten Zustimmung zur Aussage „Die Ehe ist eine unzeitgemäße Institution" 1990/1999 nach Altersgruppen

Staat	Altersgruppe 15-29			Altersgruppe 30-49			Altersgruppe über 50		
	Zustimmung [%]			Zustimmung [%]			Zustimmung [%]		
	1990	1999	Entw.	1990	1999	Entw.	1990	1999	Entw.
Bulgarien	17	37	20	12	22	10	5	6	1
Ostdeutschland	23	26	3	17	23	6	10	8	-2
Estland	16	27	11	8	17	8	9	9	0
Litauen	17	36	19	7	19	13	6	11	6
Polen	7	12	6	6	9	3	7	8	1
Rumänien	12[3]	15	3	9[3]	14	5	6[3]	10	3
Slowakei	9	16	7	11	12	1	5	8	3
Slowenien	18[2]	33	15	20[2]	31	11	15[2]	20	5
Tschechische Republik	10[1]	19	8	8[1]	14	6	4[1]	6	2
Ungarn	13[1]	24	11	12[1]	19	8	10[1]	11	1
Mittelwert DK-NL-SE	22	19	-3	20	25	5	12	16	4

Datenquelle: ASEP/JDS 2009 *[1] 1991; [2] 1992; [3] 1993* *Angaben gerundet*

Tab. 7 Ausgewählte EU-Staaten Anteil der Materialisten und Postmaterialisten 1990/1999 nach Altersgruppen

Staat	Altersgruppe 15-29				Altersgruppe 30-49			
	Materialisten		Postmaterialisten		Materialisten		Postmaterialisten	
	1990	1999	1990	1999	1990	1999	1990	1999
Bulgarien	22	41	15	6	27	40	11	4
Ostdeutschland	3	21	34	16	9	33	24	12
Estland	25	35	9	5	31	38	7	2
Lettland	19	20	10	10	29	32	10	5
Litauen	19	27	20	9	27	25	12	8
Polen	25	35	18	10	32	34	10	7
Rumänien	31[3]	39	13[3]	12	41[3]	42	9[3]	8
Slowakei	39[1]	38	6[1]	5	34[1]	42	8[1]	4
Slowenien	18[2]	11	10[2]	21	30[2]	16	8[2]	16
Tschechische Republik	20[1]	22	8[1]	13	29[1]	24	7[1]	10
Ungarn	36[1]	45	6[1]	4	41[1]	44	6[1]	3
Mittelwert DK-NL-SE	11	9	29	20	10	6	29	23

Datenquelle: ASEP/JDS 2009 *[1] 1991; [2] 1992; [3] 1993*

die die Ehe für eine unzeitgemäße Institution halten, sogar höher als in den „Hochburgen" des Zweiten Demographischen Übergangs. Diese Entwicklungen würden die These stützen, dass mit zunehmender wirtschaftlicher Erholung und einer Verbesserung der Lebensbedingungen eine Liberalisierung der familienbezogenen Wertvorstellungen verbunden ist, in deren Folge sich die zum Teil beträchtlichen Ost-West-Unterschiede im Lauf der Zeit abschwächen.

Für eine Ausbreitung postmaterialistischer Wertvorstellungen in den MOE-Staaten gibt es dagegen wenig Anhaltspunkte. Mit Ausnahme von Slowenien und der Tschechischen Republik ist der Anteil der Postmaterialisten überall im Lauf der 1990er Jahre *gesunken*. Gleichzeitig ist in den meisten Staaten der Anteil der Materialisten angestiegen. In den postsozialistischen Staaten ist es tatsächlich zu einem Wandel der Wertvorstellungen gekommen, der jedoch nicht in der erwarteten Richtung verläuft. Der Vergleich mit den „Hochburgen" des SDT zeigt, dass auch dort der Anteil der Postmaterialisten rückläufig ist. Im Gegensatz zu den MOE-Staaten ist in Dänemark, Schweden und den Niederlanden allerdings auch der ohnehin schon niedrige Prozentsatz der Materialisten weiter geschrumpft (Tabelle 7).

Die aus den EVS-Daten ablesbare Tendenz zur einer „Re-Materialisierung" Mittel- und Osteuropas stützt die These, dass der Faktor Wirtschaft beim Wandel des generativen Verhaltens von entscheidender Bedeutung ist. Ist damit gleichzeitig bewiesen, dass der SDT eine nordwesteuropäische Besonderheit ist und für die postsozialistischen Staaten keine Gültigkeit hat? Nicht unbedingt. In der Werteforschung ist der Ansatz von Inglehart, dass der Wertewandel nur eine Dimension hat – ein Bedeutungsgewinn postmaterialistischer Wertvorstellungen geht automatisch mit einem Bedeutungsverlust der materialistischen einher – umstritten. Kritiker argumentieren, dass der Wertewandel ein mehrdimensionaler Prozess sei. Klages zufolge gibt es drei voneinander unabhängige

Wertedimensionen, die in jeder beliebigen Form kombinierbar sind: Pflicht und Akzeptanz, hedonistisch-materialistische Selbstentfaltung sowie idealistische Selbstentfaltung (Klages 2001[2]: 727-728; 734-735, Peuckert 2000[6]: 436-437). Es wäre also möglich, dass es trotz einer materialistischen Grundtendenz zu einer Liberalisierung der Familienwerte und zu einer verstärkten Individualisierung kommt. Mangels geeigneter Daten kann dieser These nicht nachgegangen werden.

Als Zwischenfazit kann festgehalten werden, dass es Anzeichen dafür gibt, dass Individualisierungstendenzen bereits in sozialistischer Zeit festzustellen waren. Für den Zweiten Demographischen Übergang war der Übergang zur Marktwirtschaft mithin keine „Stunde Null", da der Wandel der familienbezogenen Wertvorstellungen bereits vor 1990 vorbereitet wurde. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die forcierte Säkularisierung und die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt als Punkte zu nennen, mit denen in sozialistischer Zeit Strukturen geschaffen wurden, die den SDT tendenziell begünstigen. Auf der anderen Seite sind die familienbezogenen Wertvorstellungen in den postsozialistischen Staaten noch immer deutlich konventioneller als in Westeuropa. Es ist zwar ein Liberalisierungstrend erkennbar, der jedoch mit einer geringeren Geschwindigkeit abläuft als in den Hochburgen des Zweiten Demographischen Übergangs. Von einem beschleunigten Wandel der familienbezogenen Wertvorstellungen und einer Konvergenz mit Westeuropa kann folglich keine Rede sein. Der „Modernisierungsrückstand" der MOE-Staaten hat sich im Lauf der 1990er Jahre sogar noch vergrößert. Dies gilt in verschärfter Form auch für den Wertewandel vom Materialismus zum Postmaterialismus, der in den meisten Transformationsstaaten in die „falsche" Richtung verläuft. Da begründete Zweifel an der Richtigkeit der Annahme der Eindimensionalität des Wertewandels bestehen, wird hier die Auffassung vertreten, dass in den MOE-Staaten – mit Ausnahme der Tschechischen Republik und Ostdeutschlands – ein *gebremster* Wandel der familienbezogenen Wertvorstellungen abläuft.

4.4 Die sozioökonomische Lage der Frauen in Mittel- und Osteuropa vor und nach dem Ende des Staatssozialismus

Umfragen zu Geschlechterrollen zeigen, dass sich – mit Ausnahme von Ostdeutschland[69] – in den ehemals sozialistischen Staaten trotz Vollbeschäftigung der Frauen weder egalitäre Rollenbilder noch eine gleichmäßigere Verteilung der Haus- und Reproduktionsarbeit herausgebildet haben. Offensichtlich hat die „von oben" verordnete Gleichberechtigung eine Gegenbewegung in der Bevölkerung ausgelöst, die zu einer Konservierung „traditioneller" familienbezogener Wertvorstellungen geführt hat (Pongrácz 2006: 83). Das sozialistische Konzept der „Frauenbefreiung" hatte allerdings auch nicht zum Ziel, die Rollenverteilung im Haushalt zu verändern: [T]*he liberation of women* [...] *was to be achieved* [...] *by giving them jobs and facilitating the socialisation of their domestic responsibilities*" (van Hoven 2004: 165). Die „natürliche" Rollenverteilung, in der die Frauen die Sorgearbeit übernehmen und Männer körperlich anstrengende Tätigkeiten verrichten, wurde nicht in Frage gestellt.

4.4.1 Eine „erzwungene" und unvollständige Emanzipation

Für die Machthaber war die Emanzipation der Frau, genauer gesagt die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt, einer der wichtigsten Aspekte der „sozialistischen Modernisierung". Ideologisch wurde dies damit begründet, dass finanzielle Unabhängigkeit die Voraussetzung dafür sei, dass Frauen ein politisches Bewusstsein entwickeln könnten. Weiterhin wurde die Frauenerwerbstätigkeit als ein Mittel zur Produktivitätssteigerung angesehen, da zum Aufbau der sozialistischen Industrie alle Arbeitskräftereserven mobilisiert werden müssten. Eine wichtige Rolle spielte auch die Überlegung, dass erwerbstätige Frauen der patriarchalischen Kontrolle in den Familien entzogen und unter die Kontrolle des Staates gebracht werden konnten (Fodor 2011: 31). Die „*erzwungene Emanzipation*" (Sobotka et al. 2001: 6) blieb allerdings unvollständig. Als „erzwungen" kann man die Emanzipation der Frauen bezeichnen, weil es praktisch keine Möglichkeit gab, alternative Lebensentwürfe zu realisieren. Das Recht auf Arbeit war gleichzeitig eine Pflicht zu arbeiten. Frauen, die Hausfrau und Mutter sein wollten, wurden als „*Parasiten der sozialistischen Gesellschaft*" gebrandmarkt (van Hoven 2004: 165; 180). Wer nicht erwerbstätig war, hatte keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Sogar das Kindergeld und das Recht auf einen Betreuungsplatz waren an eine Berufstätigkeit gekoppelt (Oláh & Fratczak 2004: 217). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass zahlreiche Transfer- und Dienstleistungen nicht von staatlichen Stellen erbracht und organisiert wurden, sondern von den Betrieben; das gilt auch für die Kinderbetreuung (van Hoven 2004: 166-167). Unvollständig war die Emanzipation, weil sie nur einen Teil des Lebensumfelds, nämlich die Arbeitswelt betraf. An der patriarchalischen Struktur des Familiensektors änderte sich jedoch wenig (Vlad 2004: 115-116). Nichtsdestotrotz vergrößerten sich in sozialistischer Zeit die Handlungsspielräume der Frauen erheblich und die wirtschaftliche Abhängigkeit von ihren Ehemännern und Familien verringerte sich.

69 Unter den postsozialistischen Ländern gilt die DDR als der Staat, in dem die Gleichberechtigung von Frauen und Männern am weitesten fortgeschritten war. Dies gilt insbesondere für die Geschlechterverhältnisse im ländlichen Raum (van Hoven 2004: 164).

Die Schattenseite der kommunistischen Politik der „*Befreiung der Frauen von der patriarchalischen Macht*“ war jedoch, dass sie mit einer verstärkten Abhängigkeit vom Staat als Beschützer und Förderer der weiblichen Unabhängigkeit einherging. Mit dem Ende des sozialistischen Wohlfahrtsstaats gerieten daher auch die Emanzipationserfolge ins Wanken (Brunnbauer 2007: 524-526).

Für die sozialistischen Staaten war das Ideal der berufstätigen Mutter prägend, das durch die Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen ermöglicht wurde. In den ersten Lebensjahren sollten Kinder jedoch bevorzugt zu Hause betreut werden. Mütter wurden durch großzügige Mutterschafts- und Erziehungsurlaubsregelungen dazu ermutigt, Kleinkinder selbst zu betreuen und erst dann wieder in das Berufsleben einzusteigen, wenn der Nachwuchs das Kindergartenalter erreicht hatte (Fodor et al. 2002: 480). Das Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren war daher außer in der DDR sehr beschränkt. In Bulgarien und der Tschechoslowakei besuchten in den 1980er Jahren 20% der Kleinkinder eine Krippe, in Ungarn 15% und in Polen 5% (DDR: 73%) (Klinger 1991: 520). Im „real existierenden Sozialismus“ wurde die kulturell konditionierte Identifikation der Frau mit der Haus- und Sorgearbeit nicht hinterfragt (Jancar 1978: 76), sondern im Gegenteil als Leitbild übernommen:

> “*The new Communist woman is a wife, a mother, a worker, but she is best identified by her traditional role.* […] *While Marx and particularly Engels did make some suggestions that challenged the social mystique of woman's place in the home, the ideological trend of Communist regimes that have gained power points toward an increasing departure form revolutionary norms and the ultimate absorption of traditional values”* (Jancar 1978: 80).

Das sozialistische Geschlechterrollenbild konstruierte Frauen als Mütter, Arbeiterinnen und Aktivistinnen. Eine vergleichbare Wahrnehmung von Männern als Arbeiter und Väter hat es dagegen nicht gegeben.[70] Die Dreifachbelastung der Frauen wurde zusätzlich durch die Mangelwirtschaft, die ungünstigen Wohnbedingungen, das unzureichende Dienstleistungsangebot und die geringe Verfügbarkeit arbeitssparender Haushaltsgroßgeräte verschärft (Frejka 2008: 153). Teilweise gab es zwar öffentliche Einrichtungen, an die Haushaltsdienstleistungen abgegeben werden konnten, etwa Wäschereien, diese wurden jedoch wegen der geringen Qualität der angebotenen Dienstleistungen nur ungern genutzt. Viele Frauen erledigten die Hausarbeit lieber selbst (Brunnbauer 2007: 515-516).

4.4.2 Retraditionalisierungstendenzen nach der Transformation

In vielen Staaten ist es nach der Transformation zu einem konservativen Roll-Back hin zu einem „traditionellen“ Rollenbild gekommen, das Frauen wieder auf die Hausfrauenrolle festzulegen sucht (Fodor & Balogh 2010: 292). Es wird argumentiert, dass sich nach 1990 in der Politik patriarchalische Strukturen konsolidiert hätten, und die Regierungen in ihrer Politik vor allem „männliche Interessen“ verfolgten. Dies resultiere in einem „*noticeable trend toward confining women to the home and to roles as wives, mothers and bearers of (nationalistic and) traditional values*” (van Hoven 2004: 173- 180). Teilweise wird der Rückgriff auf „traditionelle“ Geschlechterrollen von Politikern auch als eine

70 So hatten Väter vor 1990 nur in Ungarn ein Recht auf Erziehungsurlaub (Fodor et al. 2002: 480).

„Sprache der Sicherheit und Stabilität" in Zeiten der Unsicherheit verwendet und als im Wesen der jeweiligen Nation verwurzelte Alternative zur „abnormalen" sozialistischen Gesellschaft konstruiert. Die „traditionelle" Familie, insbesondere die Hausfrau und Mutter als Symbol der Nation, nimmt damit im nationalistischen Diskurs eine Schlüsselrolle ein, während ethnische und sexuelle Minderheiten aus dem „Wir" der Volksgemeinschaft ausgeschlossen und als Bedrohung für die Nation dargestellt werden, wie Waitt (2005: 163-171) am Beispiel von Lettland zeigt. Fodor zufolge hat die Propagierung der Einverdienerfamilie noch zwei weitere Ursachen: Die Legitimierung der Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt und das Vollziehen eines symbolischen Bruchs mit der sozialistischen Vergangenheit in Verbindung mit einer „Modernisierung" der gesellschaftlichen Verhältnisse nach westeuropäischem Muster: "*Since it was clearly understood as "Western European" and therefore superior, in the early 1990s the breadwinner ideology came to be seen as Hungarians' road toward modernity, a move away from the "East" and a much coveted "return" to what was seen as the civilized West*" (Fodor 2006: 22).

Der Übergang zur Marktwirtschaft bedeutete für die Frauen Osteuropas eine deutliche Verschlechterung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Frauenerwerbsquoten, die vor 1989 zu den weltweit höchsten zählten, sind auf Werte unterhalb des europäischen Durchschnitts abgesunken. Dabei sind erhebliche Unterschiede zwischen Müttern und Nicht-Müttern festzustellen, die sich insbesondere in Tschechien, Ungarn und der Slowakei in einem ausgeprägten „*Employment gap*" zuungunsten von Frauen mit Kindern niederschlagen (Glass & Fodor 2011: 5-6). Die genannten Staaten sind derzeit die Schlusslichter innerhalb der EU was die Arbeitsmarktbeteiligung von Müttern angeht (Fodor 2011: 36). Auch die Arbeitslosenquote der Frauen liegt in den MOE-Staaten zumeist deutlich über der der Männer (Vlad 2004: 113); zudem wird eine verbreitete Tendenz zu geschlechtsspezifischer Diskriminierung bei Neueinstellungen beklagt. Heinen (2000: 131-132) zeigt am Beispiel Polens, dass dabei häufig Argumentationsmuster verwendet werden, die der Logik des Versorgermodells folgen, demzufolge es oberste Priorität habe, dem Mann als Familienoberhaupt ein regelmäßiges Einkommen zu sichern. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen wird als nicht wünschenswert betrachtet, da sie in Konkurrenz zu ihren familiären Verpflichtungen tritt (Glass & Fodor 2011: 9-15). Fodor fasst die Situation der Frauen in den MOE-Staaten wie folgt zusammen:

> *„Insgesamt haben es Frauen, vor allem einige besondere Gruppen von Frauen (Mütter, Roma-Frauen und ältere Frauen) schwer, sich auf dem postsozialistischen Arbeitsmarkt zu behaupten. Während ihre Qualifikation mit der der Männer vergleichbar ist, erfahren sie Diskriminierung, die von einer Politik befördert wird, welche die häusliche Rolle der Frauen stärker betont als ihre Rolle als „Produktivkräfte"* (2011: 37).

Die Wiederkehr der geschlechtsspezifischen Segregation der Beschäftigungsverhältnisse und die Refamilialisierung der Sorgearbeit nach der Transformation wertet Neyer (2006: 12) als eine Strategie zur Reduzierung der (statistisch sichtbaren) Arbeitslosigkeit. Den Verantwortlichen mag dabei vor Augen gestanden haben, dass die Vollbeschäftigung in den westlichen Industrieländern in der Nachkriegszeit nur möglich war, weil die Erwerbsquote der Frauen so niedrig war (Gesterkamp 2009: 7). Von geschlechtsspezifischer Diskriminierung am Arbeitsplatz sind vor allem Schwangere und Frauen mit kleinen Kindern betroffen. Häufig werden junge Mütter nach ihrem Mutterschaftsurlaub

entlassen (Glass & Fodor 2011: 16, Mishtal 2009: 613-617). Die Berufsaussichten von Müttern mit kleinen Kindern werden zudem durch den Abbau staatlicher Leistungen für Familien verringert. Im Vergleich zur sozialistischen Zeit hat sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erheblich verschlechtert (Mishtal 2009: 603-605). Dies führt dazu, dass viele Berufseinsteigerinnen, insbesondere Frauen mit tertiärer Bildung, die Geburt des ersten Kindes aufschieben, bis sie sich beruflich etabliert haben (Matysiak & Vignoli 2009: 21). Der Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet nicht nur einen finanziellen Rückschlag, sondern ist auch mit einem Gefühl des Überflüssig-Seins und der Wertlosigkeit sowie der gesellschaftlichen Isolierung verbunden (van Hoven 2004).

4.5 Familienpolitik: Können Staaten Kinder kaufen?

In der Literatur ist umstritten, inwieweit familienpolitische Maßnahmen geeignet sind, das generative Verhalten der Bevölkerung zu beeinflussen und Paare dazu zu bewegen, mindestens zwei Kinder zu bekommen. Es stehen sich zwei Positionen gegenüber: Skeptiker halten den pronatalistischen Effekt für gering, während Optimisten davon ausgehen, dass sich die „richtige" Politik auch in einer höheren Geburtenrate niederschlagen wird. Dirk van de Kaa (2006: 204) ist dagegen überzeugt, dass „*fertility is largely beyond government control*". Er verweist darauf, dass postmoderne Gesellschaften durch einen Pluralismus gekennzeichnet sind, der es schwierig mache, einen breiten gesellschaftlichen Konsens für eine pronatalistische Politik zu erzielen. Der Themenkreis Familie, Fortpflanzung und Partnerschaft sei wie kaum ein anderes Feld des gesellschaftlichen Lebens von Handlungserwartungen und Wertvorstellungen durchzogen. Der Staat müsste, so van de Kaa, Position beziehen, welche Entwicklungen im Bereich der Familie ermutigt und welche nach Möglichkeit verhindert werden sollten und sich damit im Spannungsfeld zwischen traditionellen und permissiven Wertvorstellungen verorten. Für eine solche Positionierung fehlten jedoch eindeutige Mehrheiten, da ein gesellschaftlicher Konsens über den wünschenswerten Grad individueller Freiheit fehle (2006: 205). Letztendlich sollten sich Politiker und Wähler die Frage stellen, ob ihnen Quantität oder Qualität wichtiger sei: „*Raising children with a hunger for knowledge, a sense of adventure and endeavour, confidently looking forward to face international competition, and intent on making the most of opportunities offered, might be a better policy option than trying to increase their numbers*" (van de Kaa 2006: 209).

Eine Ursache für die unterschiedlichen Ansichten zur Effektivität von Familienpolitik ist, dass es sich dabei um ein schwieriges Forschungsfeld handelt. Hoem (2008: 252-256) nennt vier Bereiche, in denen zahlreiche Probleme lauern:

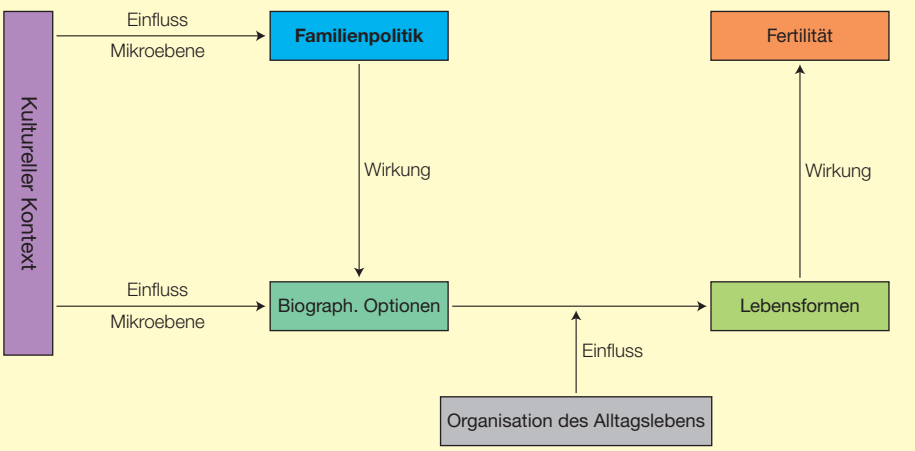
- ***Methodik:*** Welche Variablen werden analysiert? Ist die TFR trotz ihrer Schwächen ein geeignetes Maß der Fertilität? Sind Kohorten- oder Periodendaten besser geeignet? Sollten neben Aggregat- auch Individualdaten berücksichtigt werden? Ist der methodische Ansatz der Komplexität des Forschungsgegenstandes angemessen[71]?

71 So zeigen Rindfuss et al. (2007: 358) am Beispiel der Frage, ob ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuungsplatzen fertilitätsfördernd wirkt, dass durch die Wahl des Forschungsdesigns und der Forschungsmethode bei gleichen Daten gegensätzliche Analyseergebnisse möglich sind.

- ***Kausalität:*** Der Wirkungszusammenhang von Familienpolitik und generativem Verhalten kann nicht unbedingt als wenn-dann-Beziehung operationalisiert werden, die nur in eine Richtung wirkt. Familienpolitische Weichenstellungen können auch eine Reaktion auf bereits stattgefundene Veränderungen im generativen Verhalten darstellen.
- ***Fehlende Gegenbeispiele:*** Es ist schwierig, die Effektivität einer bestimmten familienpolitischen Maßnahme zu bewerten, da unbekannt ist, wie die Entwicklung *ohne* sie verlaufen wäre. Wenn ein bevölkerungspolitisches Maßnahmenpaket nicht zu einer Erhöhung der Geburtenrate führt, muss dies nicht bedeuten, dass es ein Misserfolg war, da ohne den staatlichen Eingriff ein Fertilitätsrückgang hätte stattfinden können.
- ***Gesellschaftlicher und politischer Kontext der Familienpolitik:*** Familienpolitik existiert nicht im luftleeren Raum. In jeder Gesellschaft bestehen Wechselwirkungen zwischen dem generativen Verhalten und Faktoren, welche die (Familien-)Politik nicht direkt beeinflussen kann. Zudem ist nicht ausgeschlossen, dass eine Regierung mögliche Erfolge ihrer eigenen Familienpolitik durch antinatalistische Weichenstellungen an anderer Stelle im Keim erstickt.

Angesichts der Schwierigkeiten, den Erfolg von familienpolitischen Maßnahmen im internationalen Vergleich zu evaluieren, ist davor zu warnen, in der „richtigen" Familienpolitik ein Allheilmittel gegen niedrige Geburtenraten zu sehen, ohne den gesellschaftlichen Zusammenhang zu berücksichtigen. „*[N]ational fertility is possibly best seen as a systemic outcome that depends more on broader attitudes, such as the degree of family-friendliness of a society, and less on the presence and detailed construction of monetary benefits*" (Hoem 2008: 249).

16 Modell des Einflusses der Familienpolitik auf die Fertilität



Quelle: Strohmeier 2002, S. 117; leicht verändert

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: A. Kurth

Strohmeier (2002: 113) stellt fest, dass "*Familien politikresistente und höchst eigensinnige soziale Systeme sind, in die hinein zu intervenieren kaum möglich ist*". Dies soll nicht bedeuten, dass jeder Einfluss von familienpolitischen Weichenstellungen auf die Fertili-

tät auszuschließen wäre. Familienpolitik wirkt allerdings eher indirekt auf die Fruchtbarkeit, indem sie auf die biographischen Optionen potenzieller Eltern einwirkt und die Wahl der Lebensform beeinflusst. Dabei agiert die Familienpolitik jedoch nicht in einem Vakuum. Auf der Makro- wie auch auf der Mikroebene wirken Werte und Normen sowohl auf die Formulierung der Politik als auch auf die Palette biographischer Optionen ein. Die Freiheitsgrade bei der Organisation des Alltagslebens beeinflussen schließlich, inwieweit die vorhandenen biographischen Optionen tatsächlich realisierbar sind (Abbildung 16). Eine erfolgreiche Familienpolitik sollte also im Einklang mit den Wertvorstellungen und der Lebenswirklichkeit der Mehrheit der jungen Frauen und Familien stehen. In diesem Zusammenhang wird auch klar, warum die bis in die jüngste Vergangenheit am Ideal des männlichen „Ernährers" und der nicht berufstätigen Ehefrau und Mutter ausgerichtete deutsche Familienpolitik gescheitert ist. Die im internationalen Vergleich äußerst hohe Kinderlosigkeit in (West-)Deutschland ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass dieses Familienmodell nicht mehr der gesellschaftlichen Realität entspricht. In Tschechien haben dagegen familienpolitische Reformen, mit denen es Müttern durch eine Verbesserung der finanziellen Situation der Familien erleichtert wird, aus dem Berufsleben auszusteigen, solange die Kinder klein sind, zu einem „Babyboom" geführt, da diese Maßnahmen den familienbezogenen Wertvorstellungen breiter Schichten entsprechen (Kocourková 2009: 49-51). Familienpolitik ist stark kontextabhängig; Maßnahmen, die in einem Land höchst erfolgreich sind, können sich in einem anderen als wenig effektiv oder gar kontraproduktiv erweisen.

4.5.1 Familienpolitik in den mittel- und osteuropäischen Staaten

Der Familienpolitik kam im Rahmen der Sozialpolitik der sozialistischen Regierungen Mittel- und Osteuropas ein großer Stellenwert zu. Während die *Mittel* zwischen den einzelnen Ländern variierten, waren die *Ziele* weitgehend die gleichen. In erster Linie sollten Frauen ermutigt werden, mehr Kinder zu bekommen, um einen Anstieg der Bevölkerungszahl zu erreichen (Fodor et al. 2002: 479-480). Den Ausschlag für die Formulierung und Implementierung einer pronatalistischen Familienpolitik gab, dass entgegen der ideologischen Erwartungen die Geburtenraten sanken (Frejka 2008b: 149). Es machte die Verantwortlichen ratlos, dass ein steigender Lebensstandard mit einer sinkenden Fruchtbarkeit einherging, wie das folgende Zitat aus einem Bericht des ungarischen Gesundheitsministeriums von 1960 zeigt:

> *"In a strange way the rise of the living standard had a negative impact on the number of births. This is proved by the fact that since the counterrevolution*[72] *the number of births have declined, although since the counterrevolution the standard of living, the working conditions and the housing of the people improved. This is due to – according to the views of doctors and the abortion committees – the fact that families do not undertake children as they are seen as an obstacle to raise the individual living standard (e.g. furniture, television, motorcycle)"* (Melegh 2002: 32).

Im Rückblick waren für den Rückgang der Geburtenraten in den MOE-Staaten in den späten 1950er und den 1960er Jahren die gleichen Gründe verantwortlich wie andert-

72 Der gescheiterte Aufstand 1956

halb Jahrzehnte später auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs: die Bildungsexpansion der Frauen und ihre Integration in den Arbeitsmarkt. Als regionsspezifische Besonderheit kommt der Zugang zur Abtreibung als Familienplanungsinstrument „ex post" hinzu.

Die pronatalistischen Maßnahmen, die zur Anhebung der Geburtenraten ergriffen wurden, unterschieden sich von Land zu Land. Einige Kernelemente waren aber in allen Staaten anzutreffen: finanzielle Unterstützung von Familien, Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur für alle Altersgruppen und Bevorzugung junger Familien mit Kindern bei der Zuteilung von Wohnraum. Die Maßnahmen bewirkten eine erhebliche Reduzierung der Kosten der Kindererziehung (Frejka 2008b: 149-150). Van Hoven (2004: 167) schätzt, dass in der DDR 80% der Kosten der Kindererziehung von der Allgemeinheit übernommen wurden, einerseits durch direkte Transferleistungen zugunsten der Familien, andererseits durch die Verlagerung von Tätigkeiten, die in anderen gesellschaftlichen Kontexten die Familie übernimmt, in die öffentliche Sphäre. Die Regierungen standen jedoch vor einem Zielkonflikt. Einerseits sollten die Geburtenraten gesteigert werden, andererseits sollten gemäß dem Ziel der Vollbeschäftigung auch die Frauen in Vollzeit erwerbstätig sein. Dies äußerte sich in widersprüchlichen Anreizsystemen. Einerseits wurden Regelungen geschaffen, die günstige Rahmenbedingungen für eine frühe Familiengründung boten, etwa durch eine relativ problemlose Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine gute Planbarkeit des Lebensverlaufs mit einem hohen Maß an ökonomischer Sicherheit für Mutter und Kind auch im Fall einer Scheidung. Andererseits unterblieben aber Maßnahmen, die formelle Gleichheit und weitgehende materielle Unabhängigkeit der Mütter im öffentlichen Leben auch im Familienleben zu fördern. Die Folge war eine Doppelbelastung durch Vollzeiterwerbstätigkeit und Reproduktions- und Sorgearbeit. Strategien zur Bewältigung der Doppelbelastung waren, direkt nach der Heirat mit dem Gebären zu beginnen und die gewünschte Kinderzahl in einem möglichst kurzen Lebensabschnitt zur Welt zu bringen oder die Beschränkung auf ein ‚*Status child*'. Durch die Ein-Kind-Familie konnten die Vorteile der pronatalistischen Familienpolitik genutzt und gleichzeitig die Doppelbelastung durch Erwerbs- und Reproduktionsarbeit begrenzt werden. Die geringe Kinderlosigkeit und frühe Familiengründung in den MOE-Staaten erklären sich zum Teil durch diese Mitnahmeeffekte (Dornseiff & Sackmann 2002: 90-92). Der Trend zur Ein-Kind-Familie wurde von den Regierungen mit Besorgnis registriert. Da diese Familienform zur Erreichung der bevölkerungspolitischen Ziele ungeeignet war, wurden verstärkt ihre angeblichen negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft in den Mittelpunkt der Propaganda gerückt. Einzelkinder wurden als verwöhnte, schwächliche, selbstbezogene, egoistische und verantwortungslose Muttersöhnchen mit beschädigter Psyche charakterisiert (Brunnbauer 2007: 627-634). In Ungarn wurde Anfang der 1970er Jahre in offiziellen Dokumenten die Meinung vertreten, dass die ideale Kinderzahl drei sei. Dieser Idealwert sollte weder unter- noch überschritten werden. Bevölkerungsgruppen mit einer höheren Fertilität – in erster Linie die Roma – sollten vom Staat nicht darin unterstützt werden, dieses Fruchtbarkeitsniveau beizubehalten, da in solchen Familien Kinder „minderer Qualität" produziert würden (Melegh 2002: 32-33). Während die antinatalistischen Elemente in Ungarn Rhetorik blieben, folgten in der Tschechoslowakei den Worten Taten: Das starke Bevölkerungswachstum der Roma wurde als ein bevölkerungspolitisches Problem identifiziert, dem mit den tradi-

tionellen Instrumentarien der Familienplanung nicht beizukommen sei. Die Regierung propagierte das Mittel der Sterilisierung, das mit erheblichen finanziellen Anreizen verbunden war. Laut Gesetz war die Sterilisierung in der Tschechoslowakei nur aus medizinischen Gründen legal und sollte nicht als Familienplanungsinstrument genutzt werden. Eine Sterilisierung sollte nur mit Zustimmung der betroffenen Frau und nach ärztlicher Genehmigung erfolgen. Tatsächlich wurde aber in vielen Fällen Druck auf Romnija[73] ausgeübt oder die Sterilisierung bei einer Geburt mit Kaiserschnitt ohne Wissen der Betroffenen durchgeführt (Center for Reproductive Rights & Poradňa pre občianske a ľudské práva 2003: 42-43, Wynnyczuk & Uzel 1999: 106). Menschenrechtsorganisationen zufolge ist die Praxis, Frauen gegen ihren Willen, ohne ihr Wissen oder unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zu sterilisieren, oder ihnen ein Intrauterinpessar einzusetzen, auch heute noch in der Slowakei verbreitet (Center for Reproductive Rights & Poradňa pre občianske a ľudské práva 2003: 55-74). Das von der Politik propagierte Ideal der Drei-Kind-Familie stieß in den Bevölkerungen Mittel- und Osteuropas auf wenig Gegenliebe. Wie in Westeuropa setzte sich zunehmend die Zwei-Kind-Familie als bevorzugte Familienform durch. Trotz der Propaganda gegen die angeblichen Pathologien der Ein-Kind-Familie konnte nicht verhindert werden, dass breitere Bevölkerungsschichten eine Präferenz für diese Familienform entwickelten. Die Abkehr von der Norm der Zwei-Kind-Familie begann zuerst in Russland, wo sich bereits bei den Kohorten der 1940er Jahre ein Trend zur Ein-Kind-Familie abzeichnet, der sich bei den Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre geborenen Frauen verstärkt. (Frejka 2008a: 65; 68). In Ungarn waren Ein-Kind-Familien ebenfalls weit verbreitet. Von den zwischen 1935 und 1968 geborene Frauen brachten zwischen 20 und 25% nur ein Kind zur Welt. Dieser Wert ist deutlich höher als in England und Wales, den Niederlanden, Norwegen oder Schweden, wo der Anteil der Ein-Kind-Familien für die betreffenden Kohorten zwischen zehn und 15% liegt – allerdings bei höherer Kinderlosigkeit (Breton & Prioux 2009: 661-664).

Nach 1989/90 kam es im Bereich der Familienpolitik zu einer Refamilialisierung. Die Regierungen versuchten explizit oder implizit, Mütter vom Arbeitsmarkt zu verdrängen, etwa durch eine Ausdünnung der Kinderbetreuungsinfrastruktur und die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs (Saxonberg & Sirovátka 2006). Dass diese Retraditionalisierung der Familienpolitik nicht zu Protesten aus der Bevölkerung geführt hat, führen Saxonberg und Sirovátka (2006: 192-193) auf das „anti-feministische Erbe" der sozialistischen Regime und die damit verbundene Schwäche der Frauenbewegung zurück.[74] Für Mishtal (2009: 621) belegen diese politischen Weichenstellungen, dass die familienpolitischen Entwicklungstrends in West- und Osteuropa in entgegengesetzte Richtungen verlaufen:

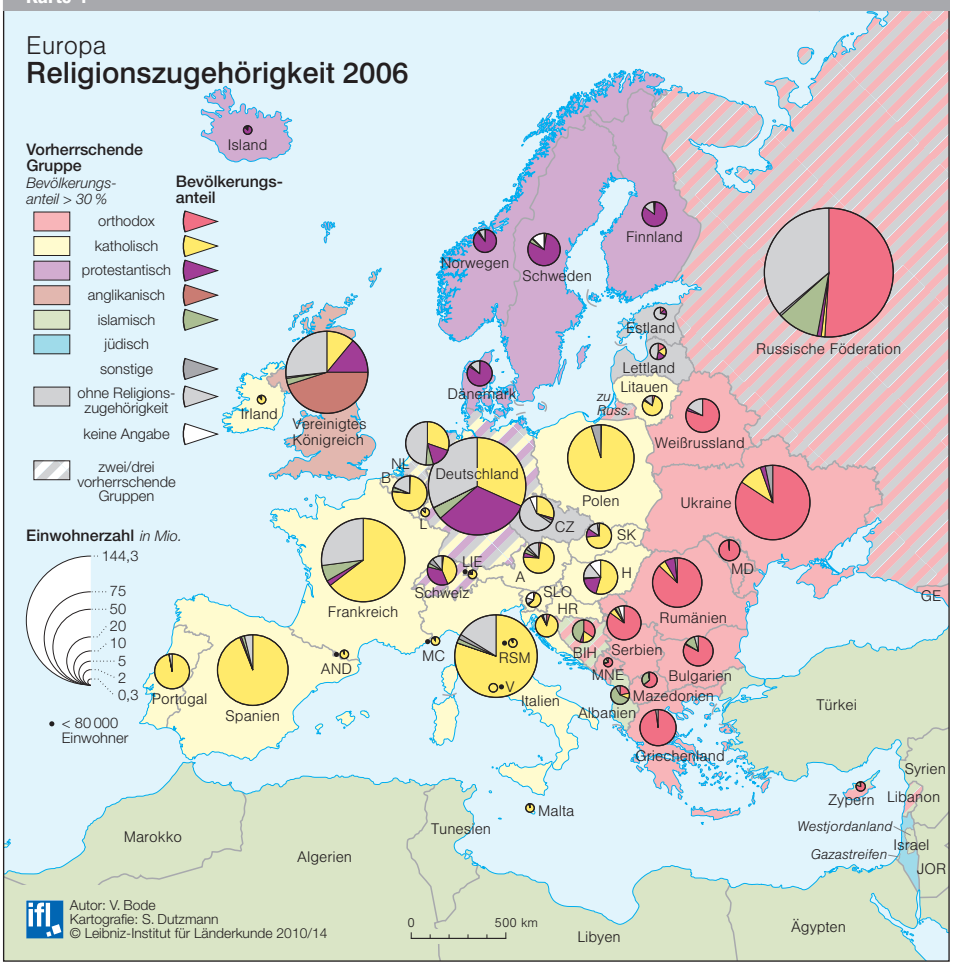
> *"Ironically, Eastern Europe enjoyed family-friendly policies during state socialism* […] *– before they were implemented elsewhere in Europe – but these benefits have been systematically dismantled since the 1989 neoli*

73 Bezeichnung für weibliche Roma

74 Kocourková (2009: 49-50) vertritt dagegen die These, dass die Politiker mit der Retraditionalisierung der Familienpolitik – zumindest in der Tschechischen Republik – den Erwartungen der Wähler entsprochen haben. Breite Teile der Bevölkerung sehen Umfragen zufolge die Erwerbstätigkeit von Müttern mit kleinen Kindern kritisch und sprechen sich für eine „traditionelle" Rollenverteilung aus.

beral turn in economics, and they have simultaneously been discredited in the postsocialist discourse since all things communist have been clumped together as 'failed'".

Karte 4



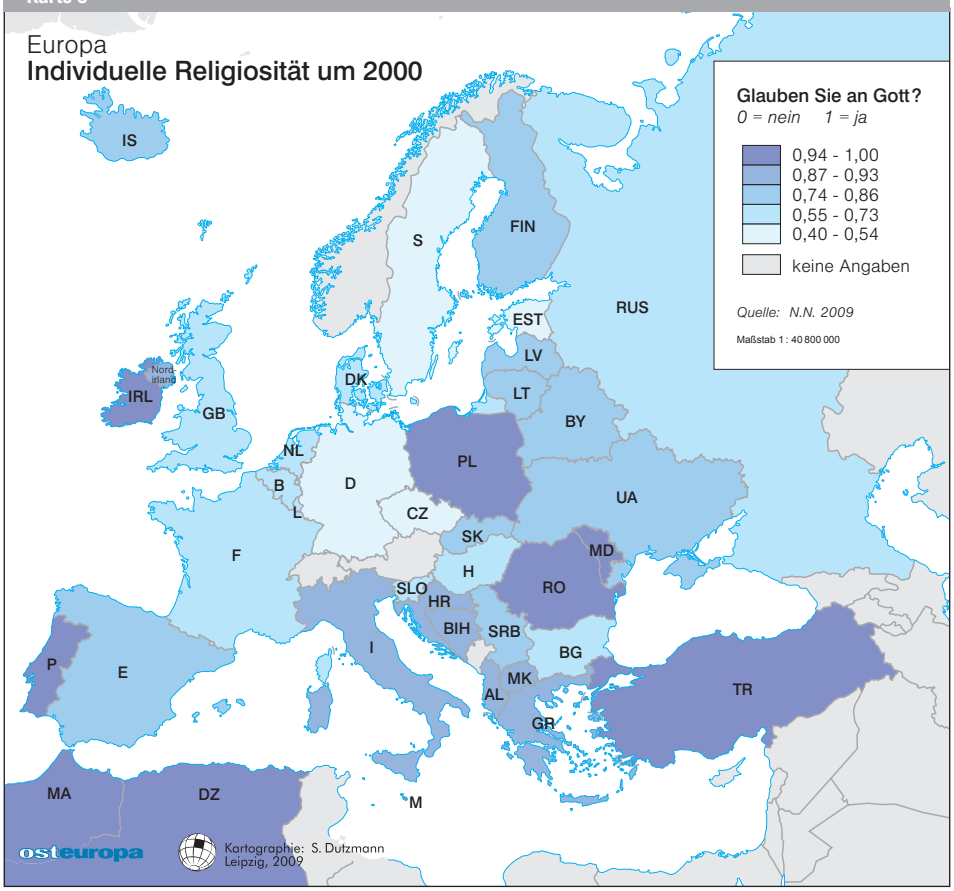
4.6 Religion und Religiosität in den postsozialistischen Staaten

Die sozialistischen Regierungen Mittel- und Osteuropas hatten das Ziel, den Einfluss von Kirche und Religion zurückzudrängen. Dabei verfolgten die jeweiligen kommunistischen Parteien unterschiedliche Strategien. In einigen Ländern, etwa in Polen (Bingen 2009: 101-105), wurde auf die Erzielung eines Modus vivendi zwischen dem Staat und den Kirchen gesetzt. Zumeist wurde jedoch versucht, die atheistische Gesellschaft durch Unterdrückung von Religionsgemeinschaften und Gläubigen zu erreichen (Tomka 2009: 193). Nur Albanien ist allerdings so weit gegangen, die Religion komplett zu verbieten – ohne Erfolg, wie man im Nachhinein feststellen kann. Die Indikatoren der individuellen und

institutionellen Religiosität deuten darauf hin, dass das Land eine Renaissance der Religion erlebt hat und heute zu den religiöseren Staaten Europas gehört (Pollack 2009). In diesem Abschnitt wird zu klären sein, ob es gelungen ist, in 40 Jahren Staatssozialismus religiöse Bindungen aufzulösen oder ob es nach dem Übergang zur Demokratie, mit dem auch die Wiederherstellung der Glaubensfreiheit verbunden war, zu einer Renaissance der Religion gekommen ist.

Eine besondere Herausforderung bei der Darstellung und Interpretation von Raummustern der Religion ist die Beschaffung der Daten. Nicht alle Staaten führen Buch über die Religions- und Konfessionszugehörigkeit ihrer Einwohner. Teilweise enthalten die Volkszählungen Fragen zur Religion. Dabei stufen sich die Befragten in der Regel selbst ein, das heißt, sie geben an, welcher Religionsgemeinschaft sie sich zugehörig *fühlen*. Dieses Gefühl der Zugehörigkeit schließt nicht unbedingt die de jure-Mitgliedschaft in der betreffenden Religionsgemeinschaft oder die Teilnahme am religiösen Leben ein. Eine weitere wichtige Datenquelle sind die Mitgliederlisten der Religionsgemeinschaften. Bei der Interpretation der Karte 4 ist darauf zu achten, die Daten nicht zu überinterpretieren. Wenn sich eine Person zu einer Glaubensgemeinschaft bekennt, bedeutet

Karte 5



dies noch nicht, dass er oder sie auch ein religiöser Mensch ist oder nach den Lehren und Geboten der jeweiligen Religion lebt.

4.6.1 Individuelle und institutionelle Religiosität

Pollack (2009: 31) unterscheidet drei Dimensionen der Religiosität. Als *Identifikationsdimension* bezeichnet er die Identifikation mit bzw. die Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft. Die *Dimension der religiösen Praxis* umfasst Indikatoren wie die Kirchgangs- und Gebetshäufigkeit. Fragen zum Glauben an Gott oder zu religiösen Erfahrungen machen die *Dimension der religiösen Erfahrung und des Glaubens* aus. Die letzten beiden Dimensionen werden hier als „individuelle Religiosität" bezeichnet, die erste als „institutionelle Religiosität". Der Vergleich von Karte 4 zur Religionszugehörigkeit mit Karte 5, auf der der Glaube an Gott als Indikator der individuellen Religiosität dargestellt ist, zeigt, dass beide Faktoren nicht zwingend zusammenhängen müssen. In einer hochgradig säkularisierten Gesellschaft wie Schweden kann sich trotzdem eine Mehrheit der Menschen einer Religionsgemeinschaft zugehörig fühlen. Die (Nicht-)Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft ist daher als Säkularisierungsindikator mit Vorsicht zu interpretieren. Um „individuelle Religiosität" quantifizierbar zu machen, wurde mit Hilfe einer Faktoranalyse[75] mit Daten des *European Values Survey* ein Index der individuellen Religiosität berechnet. Dazu wurden Indikatoren zur Dimension der religiösen Praxis und zur Dimension des Glaubens verwendet (Tabelle 8). Die Indexwerte sind in Tabelle 9 dargestellt. Negative Werte zeigen, dass die individuelle Religiosität in einem Land relativ zu den anderen untersuchten Staaten unterdurchschnittlich ausgeprägt ist. Positive Faktorwerte sind für Länder charakteristisch, in denen ein großer Bevölkerungsanteil dem Glauben eine hohe Bedeutung für das eigene Leben zumisst.

Die teilweise großen Diskrepanzen zwischen der „institutionellen" und der individuellen Religiosität lassen sich dadurch erklären, dass das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft einen „Mehrwert" hat. So gaben in einer französischen Umfrage 55% der Personen, die sich selbst als „katholisch" bezeichnen, an, dass ihr Gefühl der Zugehörigkeit zur Kirche daher rührt, dass sie aus einer katholischen Familie kommen. Für 9% ist die Verbundenheit mit der Geschichte und Kultur Frankreichs der Hauptgrund, sich als Anhänger der katholischen Kirche zu bezeichnen. Beide Gruppen zeichnen sich

Tab. 8 Komponenten des Index der individuellen Religiosität

Indikator	Faktor 1	Kommunalitäten [%]
	Individuelle Religiosität	
„Die Religion gibt mir Trost und Kraft."	0,969	94,0
„Ich glaube an Gott."	0,938	87,9
„Gott ist ein sehr wichtiger Teil meines Lebens."	0,934	87,1
„Die Religion ist ein sehr wichtiger Teil meines Lebens."	0,915	83,7
„Ich gehe nie in die Kirche."	-0,906	82,2
„Ich bin ein religiöser Mensch."	0,852	72,6
Eigenwert	5,076	
Erklärte Varianz [%] (kumulativ)	84,593	

Quelle: Leibert 2010a, S. 202

75 Methode: Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation; Maß der Stichprobeneignung nach Kaiser-Meyer-Olkin: 0,88, zur Methodik der Faktoranalyse vgl. Kap. 6.

Tab. 9 Ausgewählte Staaten Europas Index der individuellen Religiosität um 2000

Sehr religiöse Gesellschaften		Mäßig bis schwach religiöse Gesellschaften		Schwach säkularisierte Gesellschaften		Mäßig säkularisierte Gesellschaften		Stark säkularisierte Gesellschaften	
Staat	Index	Staat	Index	Staat	Index	Staat	Index	Staat	Index
Malta	2,24	Albanien	0,56	Ukraine	-0,05	Belgien	-0,50	Vereinigtes Königreich	-1,18
Rumänien	1,73	Nordirland	0,48	Finnland	-0,20	Bulgarien	-0,68	Frankreich	-1,30
Polen	1,72	Österreich	0,40	Spanien	-0,22	Weißrussl.	-0,71	Schweden	-1,36
Mazedonien	1,41	Slowakei	0,39	Schweiz*	-0,25	Russland	-0,73	Estland	-1,44
Portugal	1,10	Serbien	0,30	Lettland	-0,29	Niederlande	-0,74	Tschechien	-1,71
Irland	1,04	Litauen	0,19	West-deutschland	-0,41	Norwegen*	-0,85	Ost-deutschland	-1,97
Kroatien	0,99	Island	0,16	Ungarn	-0,43	Dänemark	-0,86		
Italien	0,96	Montenegro	0,02	Luxemburg	-0,43				
Griechenland	0,92			Slowenien	-0,46				

Quelle: Leibert 2010a, S. 203 ** 1996*

durch eine geringe individuelle Religiosität aus. Mehr als 60% halten die Existenz Gottes für unwahrscheinlich oder ausgeschlossen oder geben an, nicht zu wissen, ob es Gott gibt. Gebetet wird selten oder nie und der Gottesdienstbesuch beschränkt sich auf familiäre Ereignisse. Nur 21% geben den Glauben als Grund für ihre Selbsteinstufung als Katholiken an. Bei dieser Gruppe ist sowohl die institutionelle als auch die individuelle Religiosität stark ausgeprägt (CSA 2006: 3-47). Die Bedeutung der einzelnen Gruppen dürfte von Land zu Land variieren. Dass ein bestimmter Prozentsatz der Bevölkerung sich als Mitglied einer Kirche versteht, ohne gläubig zu sein, unterstreicht, dass Daten zur Zugehörigkeit zu einer Kirche bzw. zum Gefühl der Verbundenheit mit einer Religionsgemeinschaft eine begrenzte Aussagekraft als Stellvertretervariable für die individuelle Religiosität haben, für die es naturgemäß keine Statistik gibt.

Die Karten und die Ergebnisse der Faktoranalyse zeigen, dass die vier Makroregionen, in die Europa für viele demographische Untersuchungen unterteilt wird, nur sehr bedingt mit der Verteilung der Religionsgemeinschaften und dem Grad der Religiosität der jeweiligen Gesellschaften übereinstimmen. Mittel- und Osteuropa ist der in religiöser Hinsicht heterogenste Teilraum Europas. Die Grenze zwischen der lateinischen und der orthodoxen Christenheit verläuft quer durch die Region, es gibt Staaten mit einer moslemischen Bevölkerungsmehrheit (Albanien, Bosnien-Herzegowina) und mit bedeutenden autochthonen islamischen Minderheiten (Bulgarien, Mazedonien, Russische Föderation). Westlich der Konfessionsgrenze dominiert der Katholizismus, wobei es in der Slowakei und Ungarn zahlenmäßig bedeutende protestantische Minderheiten gibt. Die traditionell protestantischen Länder Estland und Lettland sind heute wie das vormals katholische Tschechien Staaten, in denen die Mehrheit der Bevölkerung keiner Kirche mehr angehört (Karte 4). Dort ist nicht nur die institutionelle, sondern auch die individuelle Religiosität schwach ausgeprägt. In Bulgarien, der Russischen Föderation, Slowenien und Ungarn ist die Kirchenbindung stärker, die individuelle Religiosität dagegen gering. Auf der anderen Seite gehören mit Polen, Rumänien, Kroatien und Mazedonien ausge-

sprochen religiöse Gesellschaften zur Makroregion. Die Heterogenität der religiösen Verhältnisse unterstreicht einmal mehr, dass „Osteuropa“ alles andere als ein einheitlicher Raum ist. Im Gegenteil: die kulturellen Unterschiede zwischen den Staaten und innerhalb der einzelnen Länder sind beträchtlich, daran konnten auch vier Jahrzehnte Staatssozialismus nichts ändern. Es spricht für den tiefen Eindruck, den der Eiserne Vorhang und der ideologische Gegensatz von West und Ost auf die Europäer gemacht haben, dass das gedankliche Konstrukt „Osteuropa“ bis heute durch die Literatur geistert.

4.6.2 Kirche und Religion in Mittel- und Osteuropa nach 1990: Eine Renaissance des Glaubens?

Ein wichtiges Anliegen der sozialistischen Regierungen war die Schaffung einer säkularen Gesellschaft. Aus Angst vor Sanktionen scheint sich die Religiosität in sozialistischer Zeit „individualisiert“ zu haben. Der Glaube wurde nicht mehr öffentlich und in der Gemeinschaft gelebt, sondern allein und im Verborgenen. Dies hat zu einer nachhaltigen Schwächung religiöser Normen beigetragen (Philipov 2002: 13). Einer besonders intensiven Unterdrückung sahen sich die Religionsgemeinschaften beispielsweise in der Tschechoslowakei ausgesetzt. Die Religionspolitik der Kommunistischen Partei zielte auf eine gesellschaftliche Isolierung der Kirchen. Religiöse Symbole wurden sukzessive aus dem Alltagsleben verbannt (Sobotka et al 2008: 436). Nach der Samtenen Revolution verlief die religiöse Entwicklung in den Nachfolgestaaten in verschiedenen Richtungen. In der Tschechischen Republik ist der Einfluss der Kirche bis heute gering, während die Säkularisierungspolitik in der Slowakei auf größeren gesellschaftlichen Widerstand gestoßen ist. Auch in sozialistischer Zeit war die katholische Kirche dort eine einflussreiche Institution. Nach 1990 konnte sie ihre politische und gesellschaftliche Bedeutung weiter steigern (Potančoková et al. 2008: 1007). Diese gegensätzlichen Entwicklungen deuten darauf hin, dass der Säkularisierungsgrad der MOE-Staaten nicht allein mit der Kirchenpolitik in sozialistischer Zeit erklärt werden kann. Ein vollständiges Bild ergibt sich erst unter Einbeziehung der historischen Entwicklung. Auch wenn die atheistische Propaganda und die Benachteiligung der Gläubigen in der sozialistischen Zeit eine gewisse Rolle dabei gespielt haben, dass Tschechien heute als der am stärksten säkularisierte Staat Europas gilt, sollte nicht übersehen werden, dass die katholische Kirche insbesondere in Böhmen seit der Gegenreformation nur schwach in der Gesellschaft verwurzelt ist und dass antikatholische Einstellungen in weiten Bevölkerungskreisen schon vor dem Zweiten Weltkrieg verbreitet waren (Fiala 2009: 93-97). In traditionell katholischen Staaten hat das gesellschaftliche Modernisierungsniveau einen Einfluss auf den gegenwärtigen Grad der Religiosität. So sind weiter entwickelte Länder wie Tschechien oder Slowenien stärker entkirchlicht als eher agrarisch geprägte Staaten wie Polen oder die Slowakei (Pollack 2002: 19).

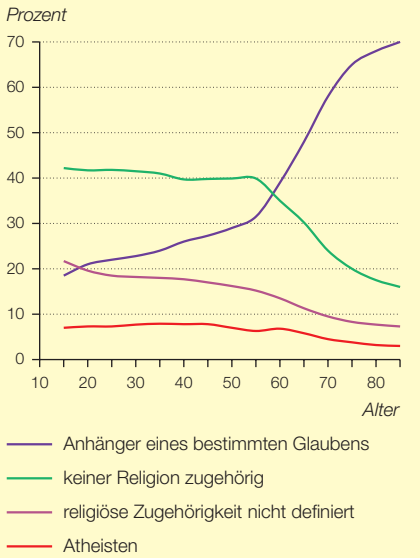
Das Ende des Sozialismus war auch in religiöser Hinsicht eine Zeitenwende. In allen mittel- und osteuropäischen Staaten wurde die Religionsfreiheit wieder hergestellt und die politische Unterdrückung und ideologische Stigmatisierung der Kirchen beendet. Die Transformation eröffnete den Glaubensgemeinschaften jedoch nicht nur neue Handlungsmöglichkeiten, sondern stellte sie auch vor Probleme. Viele Pfarrer waren alt und häufig auch schlecht ausgebildet. Einzelne Persönlichkeiten waren zudem aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit den früheren Machthabern politisch belastet oder kompro-

mittiert. In der sozialistischen Zeit hatten die Kirchen in Mittel- und Osteuropa zudem den Anschluss an neuere theologische Entwicklungen verpasst. Nach der „Wende" fiel es ihnen schwer, sich auf die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse einzustellen und den Trend zu kulturellem Pluralismus und religiösem Individualismus zu akzeptieren. In einigen Staaten, etwa in Polen, reklamierte die Kirche für sich einen geistig-moralischen Führungsanspruch und versuchte, Einfluss auf politische Entscheidungen und auf das Wahlverhalten der Bevölkerung zu nehmen. Als problematisch erwies sich auch der Umgang der großen Kirchen mit den Glaubensgemeinschaften nationaler Minderheiten. Dabei „*ziehen* [sie] *immer wieder die nationale Karte*" und bedienen auch antiwestliche Ressentiments (Pollack 2002: 16-17). Auch vor Polemik gegen ethnische Minderheiten wie die Roma scheinen Teile der Kirchen und ihrer Vorfeldorganisationen nicht zurückzuschrecken. So beklagt das European Roma Rights Center (2002: 37), dass „*in Poland, anti-Romani sentiment is also reportedly propagated by influential institutions, such as the Catholic Church, as well as by media closely associated with the Catholic Church*".

Viele Beobachter erwarteten angesichts der wichtigen Rolle, welche die Kirchen beim Übergang zur Demokratie spielten, dass es in den postsozialistischen Staaten nach dem Wegfall der Unterdrückung der Kirchen und der Gläubigen zu einem Bedeutungsgewinn der Religion kommen würde. In einigen Staaten, etwa Slowenien, Tschechien und Ungarn, ist das Interesse an der Religion unmittelbar nach der Transformation deutlich angestiegen, was sich unter anderem in einer steigenden Zahl von Gottesdienstbesuchern manifestierte. Zu einer nachhaltigen Rechristianisierung der MOE-Staaten ist es jedoch nicht gekommen. Die Phase der religiösen Euphorie war schnell wieder vorbei, der Säkularisierungsprozess setzte sich fort – erkennbar an sinkenden Mitgliederzahlen und leeren Kirchenbänken (Pollack 2002: 15-17). Wie die in Tabelle 9 dargestellten Zahlen zeigen, ist die Ausgangslage für eine religiöse Renaissance in den verschiedenen Ländern unterschiedlich. In Polen, Rumänien und Kroatien – mit Abstrichen auch in Litauen und der Slowakei – ist die individuelle Religiosität hoch und die Glaubensgemeinschaften sind ein wichtiger Teil des gesellschaftlichen Lebens. Wenn breite Bevölkerungsgruppen ein positives Bild von der Kirche haben und ihren Botschaften offen gegenüberstehen, erhöht dies die Wahrscheinlichkeit eines religiösen Revivals. So sieht der ehemalige Leiter der evangelischen Akademie Siebenbürgen, Jürgen Henkel, in Rumänien nach dem Sturz des Ceauşescu-Regimes einen religiösen Aufbruch, durch den die Kirchen „*heute eine unübersehbare positive und identitätsstiftende Rolle in der Gesellschaft*" spielten. Die Kirche, in sozialistischer Zeit ein Rückzugsort „*in Zeiten der Angst und der kollektiven Traumata*" habe in der von Umbrüchen und Unsicherheiten geprägten Zeit seit dem Regimewechsel als gesellschaftlicher Stabilisator gewirkt (2009: 43). Die Kollaboration mit dem Ceauşescu-Regime scheint der rumänisch-orthodoxen Kirche nicht geschadet zu haben (Kremm 2007: 87-90). In Polen gibt es Anzeichen für eine leichte Abnahme der Religiosität. Die Zahl der Gottesdienstbesucher ist rückläufig, ebenso wie die Bindung an die katholische Kirche und ihr Einfluss auf das individuelle Verhalten. Diese Erosionstendenzen vollziehen sich jedoch von einem außergewöhnlich hohen Niveau aus. Nach wie vor ist das Vertrauen in die Kirche groß und auch bei jungen Menschen spielt die Religion eine wichtige Rolle im täglichen Leben. Nach Einschätzung polnischer Autoren kann man in diesem Zusammenhang nicht von Säkularisierung, sondern eher von einer De-Institutionalisierung und Individualisie-

rung der Religiosität sprechen (Kotowska et al. 2008: 838). In Estland, Tschechien und Ostdeutschland ist dagegen der Bevölkerungsanteil der keiner Religionsgemeinschaft angehörenden Einwohner so hoch, dass die Kirche und der Glaube als gesellschaftliche Kräfte nur noch wenig in Erscheinung treten. Die Demokratisierung und die Wiederherstellung der Religionsfreiheit haben den Säkularisierungstrend nicht umkehren können (Sobotka et al. 2008: 436). Wie Abbildung 17 beispielhaft für Estland zeigt, ist die religiöse Indifferenz insbesondere bei jungen Menschen stark ausgeprägt. Da auch die Elterngeneration häufig kirchlich nicht gebunden ist und daher keine religiösen Traditionen an ihre Kinder weitergeben kann, wird sich die Kirchenferne in Zukunft weiter verstärken.[76] In diese Richtung deuten auch die Ergebnisse einer in 14 mittel- und osteuropäischen Staaten durchgeführten Untersuchung zur subjektiven Bewertung der Entwicklung der Zahl der religiösen Menschen (Tomka 2009: 196). In Ostdeutschland und Tschechien ist die Mehrheit der Befragten überzeugt, dass die Zahl der religiösen Menschen zwischen 1997 und 2007 gesunken ist und dass in Zukunft mit einem weiteren Rückgang zu rechnen ist. Diese Einschätzung teilen auch die Slowenen und interessanterweise die Polen, wobei dort das hohe Ausgangsniveau zu berücksichtigen ist. Die rumänischen Befragten gehen dagegen (trotz eines ebenfalls sehr hohen Ausgangsniveaus) von einem Anstieg der Zahl religiöser Menschen aus, was „*die Sonderstellung* [Rumäniens] *als das religiöseste Land Europas*“ (Tomka 2009: 197) bekräftigt.

17 Estland – Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft nach Altersgruppen 2000



Quelle: Statistikaamet 2002, S. 31

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: A. Kurth

4.6.3 Ausblick

In der Literatur werden vor allem drei Ansätze zur Erklärung des religiösen Wandels diskutiert, aus denen sich auch Hypothesen für die weitere Entwicklung ableiten lassen. Die *Säkularisierungsthese* geht von der Annahme aus, dass die Modernisierung und die Ausdifferenzierung der Gesellschaft die Bindungs- und Integrationsfähigkeit religiöser Gemeinschaften schwäche. Die Folge sei eine zunehmende Abkehr vom Glauben, ein Rückgang der religiösen Praxis und ein Autoritätsverlust der Religionsgemeinschaften.

76 Untersuchungen zur Religiosität aus der Lebenslaufperspektive deuten darauf hin, dass religiös erzogene Personen als Erwachsene mit höherer Wahrscheinlichkeit am religiösen Leben teilnehmen, an Gott glauben oder sich einer Religionsgemeinschaft verbunden fühlen (Pollack 2009: 44).

Die Säkularisierung wird von vielen Autoren als ein unausweichlicher und unumkehrbarer Prozess beschrieben (Henkel 2006: 80-81; Pollack 2009: 29). Aus der Säkularisierungsthese lässt sich die Erwartung ableiten, dass die Bedeutung der Religion in Europa mit fortschreitender Modernisierung in Zukunft weiter abnehmen wird, vor allem in den Staaten Südost- und Osteuropas.

Ein Ansatz, der vor allem von US-Autoren vertreten wird, ist die *religionsökonomische These*. Die Grundannahme ist, dass die Religion ähnlichen Prinzipien gehorche wie die Wirtschaft, namentlich dem Grundsatz „Konkurrenz belebt das Geschäft". Weiterhin wird postuliert, dass der Mensch ein angeborenes Bedürfnis nach Religion habe, das auf dem religiösen Markt befriedigt werde. Eine Verzerrung des Marktes durch staatliche Eingriffe und religiöse Monopole führe dazu, dass der religiösen Nachfrage kein bedarfsgerechtes Angebot gegenüber stehe. Leere Kirchenbänke und eine hohe Zahl von Menschen, die keiner Glaubensgemeinschaft angehören, sind nach dieser Lesart die Konsequenz von Marktversagen und fehlendem Wettbewerb. Dagegen wird argumentiert, dass die komplette Deregulierung des religiösen Marktes zu einer Revitalisierung des Religiösen führen wird[77] (Henkel 2006: 82-85; Pollack 2009: 29-30; Wunder 2005: 163-167). Aus dieser These lässt sich folgendes Szenario ableiten: Die Religionsgemeinschaften beginnen sich verstärkt wie Wirtschaftsunternehmen zu verhalten, der Staat zieht sich völlig aus dem religiösen Markt zurück und neue Akteure treten mit innovativen Konzepten in den Wettbewerb um die Seelen ein – Folge: eine Renaissance der Religion in Europa, in deren Verlauf die traditionellen Kirchen zunehmend an Bedeutung verlieren.

Die *Individualisierungsthese* geht schließlich davon aus, dass zwischen Kirche und Religion unterschieden werden muss, dass also ein Rückgang der Kirchlichkeit nicht mit einem Bedeutungsverlust der Religion gleichgesetzt werden kann. Das Individuum stellt sich sein maßgeschneidertes religiöses Menü zusammen und distanziert sich von den Dogmen der Religionsgemeinschaften. Die Religion wird gewissermaßen privatisiert, ein Bedeutungsgewinn außerkirchlicher, nichtchristlicher und/oder synkretistischer Formen der Religiosität bzw. Spiritualität gleicht den Rückgang der traditionellen Kirchlichkeit aus (Pollack 2009: 30; Pollack & Pickel 2003: 447-452). Nach der Individualisierungsthese ist ein weiteres Auseinanderklaffen von individueller und institutioneller Religiosität zu erwarten. Die organisierte Religion verliert an Gewicht, die Menschen begeben sich verstärkt aktiv auf die Suche nach religiöser Erfüllung und werden dabei experimentierfreudiger. Sie wechseln häufiger die Konfession oder gar den Glauben; die religiöse Pluralisierung setzt sich fort.

So unterschiedlich die drei Thesen auch sind – in zwei Punkten stimmen sie weitgehend überein: Die traditionellen großen Religionsgemeinschaften dürften weiter an Bedeutung und Autorität verlieren und verstärkt Konkurrenz bekommen. Die Buntheit der religiösen Landkarte Europas dürfte sich daher weiter verstärken – nicht nur in kontinentaler Perspektive, sondern in zunehmendem Maß auch auf der nationalen, regionalen und lokalen Ebene.

77 Zur Kritik an der religionsökonomischen These vgl. Wunder (2005: 167-186)

4.7 Fazit

Ein wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umbruch von der Tragweite des Übergangs vom Staatssozialismus zu Demokratie und Marktwirtschaft wird sich in allen Lebensbereichen niederschlagen, auch im generativen Verhalten. Die Entscheidung für ein Kind und – in geringerem Maß – die Ehe bedeuten biographische Festlegungen, die für das weitere Leben bindend sind. Aus einer von ökonomischen Rationalitäten bestimmten Sichtweise ist folglich damit zu rechnen, dass biographische Ereignisse mit einer solchen Tragweite aufgeschoben oder aufgehoben werden und stattdessen weniger bindende Alternativen gewählt werden. Der ‚*Crisis behaviour*'-Ansatz hat jedoch mehrere Schwachstellen. Die Fokussierung auf ökonomische Rationalitäten trübt den Blick dafür, dass sich familienbezogene Entscheidungen oft einer solchen Logik entziehen. Weiterhin wird die gesellschaftliche Realität zu stark vereinfacht, wenn davon ausgegangen wird, dass es für alle Bevölkerungsgruppen ein einheitliches ökonomisch sinnvolles Verhalten gibt. Ein entscheidender Punkt ist auch, dass in der Argumentation die strukturellen Rahmenbedingungen ausgeblendet werden: Das Familienbildungsmuster der Zeit vor 1989/90 ist untrennbar mit dem sozialistischen Wohlfahrtsstaat verbunden, der wiederum mit der Logik des globalisierten Kapitalismus unvereinbar ist. Schon aus diesem Grund ist eine Wiederkehr des „sozialistischen" Musters des generativen Verhaltens mit früher, universeller Familiengründung, einer Dominanz des Zweikindideals und einer engen Kopplung von Ehe und Fortpflanzung unwahrscheinlich. Wäre die Transformationskrise „nur" eine Wirtschaftskrise gewesen, läge eine Rückkehr zum Status quo ante durchaus nahe. Das Besondere am Umbruch in den MOE-Staaten 1989/90 war jedoch, dass alle Lebensbereiche betroffen waren, nicht nur die Wirtschaft. Die biographische Planungssicherheit und die garantierte Erfüllung materieller Grundbedürfnisse sind mit dem sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem praktisch über Nacht verschwunden. Das Leben ist dadurch weniger vorhersehbar geworden, alte Werte und Normen haben ihre Verbindlichkeit eingebüßt, wodurch die Unsicherheit weiter verstärkt wird. Andererseits eröffnen sich neue Chancen. Das sozialistische System hatte den Bürgern der mittel- und osteuropäischen Staaten zahlreiche Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und der Realisierung „alternativer" Lebensentwürfe weitgehend verweigert, die nun ausgelebt werden können. Der Verlust der Planbarkeit ist – das soll an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betont werden – kein rein „osteuropäisches" Phänomen. Durch den „*Übergang vom sorgenden zum ‚aktivierenden' Wohlfahrtsstaat*" und die Zunahme flexibler, unsteter und häufig auch prekärer Beschäftigungsverhältnisse ist es auch in den westlichen Staaten zu einem Verlust der Planbarkeit des eigenen Lebenslaufs gekommen, der die Menschen dazu zwingt, zu „*Optionen maximierenden Selbstmanagern*" zu werden. Fehlen einem Individuum die dazu notwendigen Ressourcen, kann dies zu sinkender Lebensqualität und sozialem Abstieg führen (Dörre 2009). Im Unterschied zu den MOE-Staaten hat sich der Wandel auf der westlichen Seite des Eisernen Vorhangs gradueller vollzogen. Unsicherheit in der Lebensplanung hat es zudem schon in früheren Zeiten gegeben. Ein neues Phänomen ist jedoch, dass angesichts des Wertewandels keine verbindlichen gesellschaftlichen Nomen mehr bestehen, wie das eigene Leben zu leben ist. Die Abkehr vom „Normallebenslauf" und der gesunkene Druck, gesellschaftliche Konventionen erfüllen zu müssen, werden von den einen als ein Gewinn an Freiheit be-

grüßt, während das „*Leben in Projekten*“ für andere Menschen eine schwere Belastung darstellt (Pelizäus-Hoffmeister 2008)

Der Aufschub oder die Vermeidung biographischer Festlegungen ist nicht als eine temporäre Strategie, mit Verarmung, Arbeitslosigkeit und sinkendem Lebensstandard fertig zu werden, zu interpretieren, sondern im Gegenteil als eine Strategie, die sich eröffnenden Chancen zu nutzen. Es ist also davon auszugehen, dass das Postponement, die Pluralisierung der Lebensformen und die Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung in den MOE-Staaten keine vorübergehenden Erscheinungen sind, sondern wie in Nordwesteuropa zu festen Bestandteilen des generativen Verhaltens werden. Aus diesem Grund wird in dieser Arbeit eine „alternative“ Form des ‚*Crisis behaviour*’ vorgeschlagen, die sich darin äußert, dass das „sozialistische“ Muster der frühen Familiengründung und der vergleichsweise hohen Fruchtbarkeit in benachteiligten Bevölkerungsgruppen weitgehend beibehalten wird, da angesichts fehlender Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt und beschränkter Mittel für die Teilhabe an der Konsumkultur nur die Familie als Vehikel für Selbstverwirklichung und Stiftung eines Lebenssinns verbleibt. Die Argumentation des „klassischen“ ‚*Crisis behaviour*’ wird dadurch gewissermaßen auf den Kopf gestellt. Wirtschaftliche Marginalisierung stabilisiert das „traditionelle“, in diesem Fall „sozialistische“, Muster des generativen Verhaltens. Diese Interpretation ist mit der SDT-Theorie vereinbar. Benachteiligte Gruppen wären in diesem Zusammenhang die ‚*Laggards*’, welche die demographischen Innovationen des SDT erst mit einem gewissen Zeitverzug übernehmen. Das ‚*Crisis behaviour*’ liegt nach diesem Verständnis nicht “quer” zum SDT, sondern stellt gewissermaßen die Ausgangskonfiguration oder ein frühes Entwicklungsstadium dar. Der Fragestellung, ob ein solches „alternatives“ ‚*Crisis behaviour*’ existiert, wird in der Fallstudie zu Ungarn in den Kapiteln 7 bis 9 ausführlich nachgegangen. In den nächsten beiden Kapiteln soll zunächst die Entwicklung des generativen Verhaltens auf beiden Seiten des ehemaligen Eisernen Vorhangs seit 1970 dargestellt und auf Basis der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs vergleichend interpretiert werden.

5 Konvergenz oder ‚*Unity in diversity*'? Wandel des generativen Verhaltens in Europa 1970-2008

Wie der Erste kann auch der Zweite Demographische Übergang als eine demographische Modernisierungstheorie aufgefasst werden. Als solche zeichnet er sich durch folgende Grundannahmen aus (Greenhalgh 1995: 6):

- Der Wandel des generativen Verhaltens vollzieht sich in mehreren Phasen von einem traditionellen zu einem modernen Muster.
- Es handelt sich um einen homogenisierenden Prozess, der einen Konvergenztrend auslöst.
- Der demographische Übergang ist irreversibel und ein längerfristiger Prozess.

In diesem Kapitel soll der Schwerpunkt auf der Konvergenzannahme liegen und ein Überblick über die Entwicklung des generativen Verhaltens in den EU- und EFTA-Staaten zwischen 1970 und 2008 gegeben werden. Im Vordergrund stehen dabei die nationale Ebene und der Vergleich von Nordwesteuropa und den MOE-Staaten. In den Abschnitten zu Fertilität und Postponement (5.2), zur Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung (5.4) und zum unverheirateten Zusammenleben (5.6) wird der Fokus zusätzlich auf die regionale Ebene erweitert. Weiterhin werden der Auszug aus dem Elternhaus (5.1) als Voraussetzung für die Gründung einer eigenen Familie, Ost-West-Unterschiede im Verhütungs- und Abtreibungsverhalten (5.3) sowie bei der Heirats- und Scheidungshäufigkeit (5.5) besprochen. Das Kapitel schließt mit einem Überblick über die Verbreitung von Einelternfamilien (5.7), die eine Konsequenz der gestiegenen Instabilität der Ehe und der Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung darstellen. Die in diesem Kapitel verwendeten Maße werden in Anhang 2 definiert; dort wird auch auf ihre Vor- und Nachteile eingegangen.

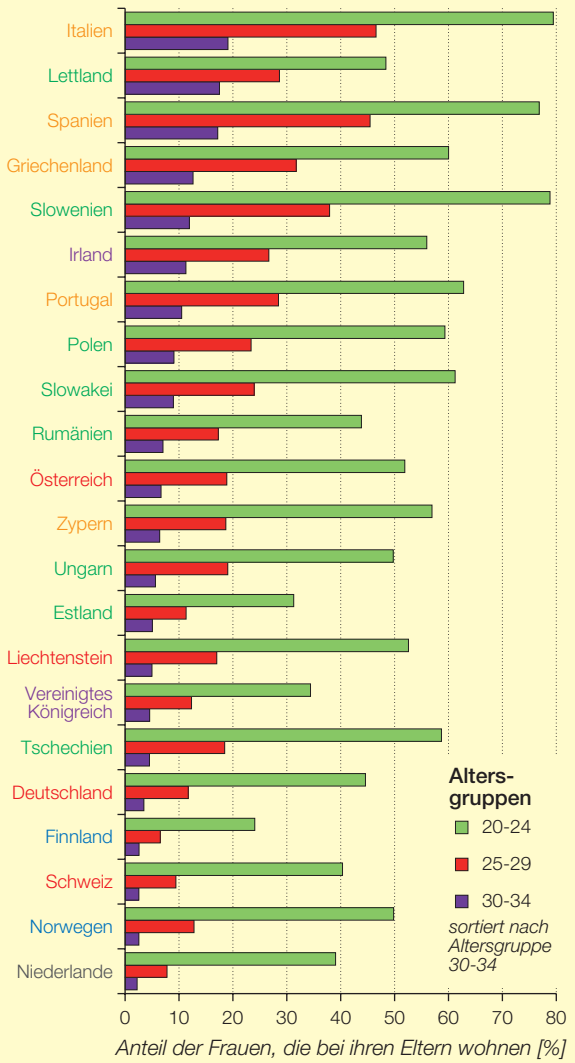
5.1 Auszug aus dem Elternhaus

Für das junge Erwachsenenalter, den Zeitraum zwischen dem 15. und 25. Geburtstag, sind drei Lebensformen denkbar. In diesem Lebensabschnitt wohnen junge Frauen und Männer entweder

- im Haushalt eines Mitglieds der Herkunftsfamilie, in der Regel im Elternhaus;
- in einem neu gegründeten Familienhaushalt mit (Ehe-)Partner und/oder eigenen bzw. Stiefkindern oder
- in einem Einpersonenhaushalt, einem Nichtfamilienhaushalt (z.B. in einer Wohngemeinschaft) oder einem institutionellen Haushalt (z.B. in einem Wohnheim).

Viele Forschungsarbeiten beleuchten nur eine dieser drei Möglichkeiten und liefern damit ein unvollständiges Bild des Wandels der Lebensformen bei jungen Erwachsenen. Für Westeuropa sind zwei übergeordnete Entwicklungstendenzen festzustellen. Das Alter beim ersten Auszug aus dem Elternhaus steigt zwar an, ist aber immer noch niedriger als in der Zwischenkriegszeit; dies kann als Normalisierung nach der für Nordwesteuropa ungewöhnlichen Phase der frühen Eheschließung während des Babybooms der Nachkriegszeit gewertet werden. Auf der anderen Seite sinkt der Prozentsatz der jungen Frauen und Männer, die das Elternhaus verlassen, um zu heiraten, stetig. Zwischen dem

18 Ausgewählte Staaten Europas
Im Elternhaus lebende Frauen nach Altersgruppen um 2001



Datenquelle: Eurostat 2009

Auszug aus dem Elternhaus und einer Heirat liegt bei einer wachsenden Zahl junger Erwachsener eine Phase des Alleinlebens oder des Lebens in einer nichttraditionellen Haushaltsform. Der Auszug aus dem Elternhaus ist zudem nicht unbedingt ein endgültiger Abschied. Es kommt recht häufig vor, dass junge Menschen nach einer Phase der residentiellen Selbstständigkeit wieder zu ihren Eltern zurückkehren (Goldscheider 2000: 8-11).

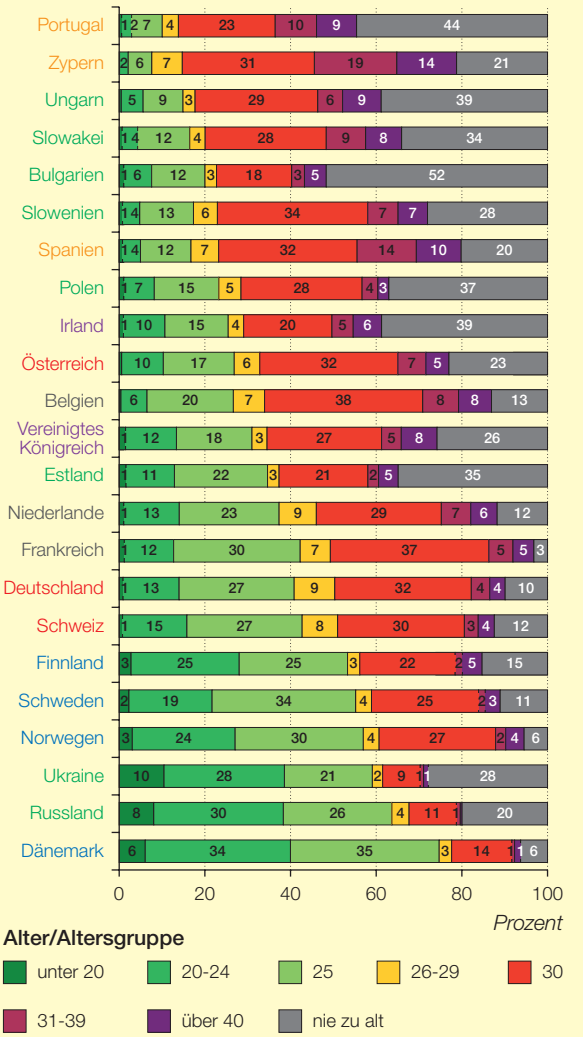
Die wichtigste Motivation für den Auszug aus dem Elternhaus ist der Wunsch, mit einem Partner zu leben. Die Aufnahme einer Ausbildung oder Berufstätigkeit spielt demgegenüber eine geringere Rolle. Eine österreichische Studie deutet darauf hin, dass der Wunsch nach Unabhängigkeit und Konflikte mit den Eltern als Gründe für den Auszug aus dem Elternhaus in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben (Prskawetz et al. 2008: 318-319). Die relative Bedeutung der verschiedenen Motive wird zwischen den einzelnen europäischen Staaten schwanken. So ist es in einigen Ländern üblich, an einer Universität in der Nähe des Herkunftsorts zu studieren und während der Ausbildung weiterhin bei den Eltern leben, während anderswo ein größerer Prozentsatz zum Studium in eine andere Stadt zieht und dort erstmals einen eigenen Haushalt gründet (Billari et al. 2001: 16-17). Eine Teilerklärung für den Aufschub des (ersten) Auszugs aus dem Elternhaus ist, dass es im Zuge der Globalisierung für junge Menschen zunehmend schwierig ist, wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen, da Berufseinsteiger häufig nur befristete und gering bezahlte Stellen bekommen

(Blossfeld 2003: 304). Ein weiterer Aspekt ist das Wohnungsmarktregime. In Staaten mit einer hohen Wohneigentumsquote ist der Kauf einer Eigentumswohnung beziehungsweise der Bau eines Eigenheims eine wichtige Voraussetzung für den Auszug aus dem Elternhaus. Ausschließlich an den Barrieren zur residentiellen Unabhängigkeit orientierte Erklärungsmuster greifen jedoch zu kurz. Viele „Nesthocker" könnten sich die Gründung eines eigenen Haushalts durchaus leisten. Dieser Personenkreis bleibt nicht wegen äußerer Zwänge im Elternhaus, sondern wegen der dort genossenen Vorteile (De Rose et al. 2008: 689).

Der Anteil der im Elternhaus lebenden jungen Erwachsenen schwankt in Europa erheblich, wie Abbildung 18 zeigt.[78] Nach Reher (1998: 203-204; 2004: 45-46) lassen sich westlich der Hajnal-Linie zwei Familiensysteme abgrenzen, die sich im Grad der Enge der familiären Bindungen unterscheiden. Das ‚*Strong family system*' der Mittelmeerstaaten ist dadurch gekennzeichnet, dass die Interessen des Individuums denen der Familie untergeordnet werden. Enge Eltern-Kind-Beziehungen bleiben auch im Erwachsenenalter erhalten (Bernardi & Oppo 2007: 1). Für das ‚*Weak family system*' Nord- und West-

19 Ausgewählte Staaten Europas
Bewertung des maximalen Alters bei Auszug aus dem elterlichen Haushalt 2006

Antwort auf die Frage: „Ab welchem Alter ist man zu alt, um noch bei seinen Eltern zu leben?"



Datenquelle: ESS 2010

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: A. Kurth

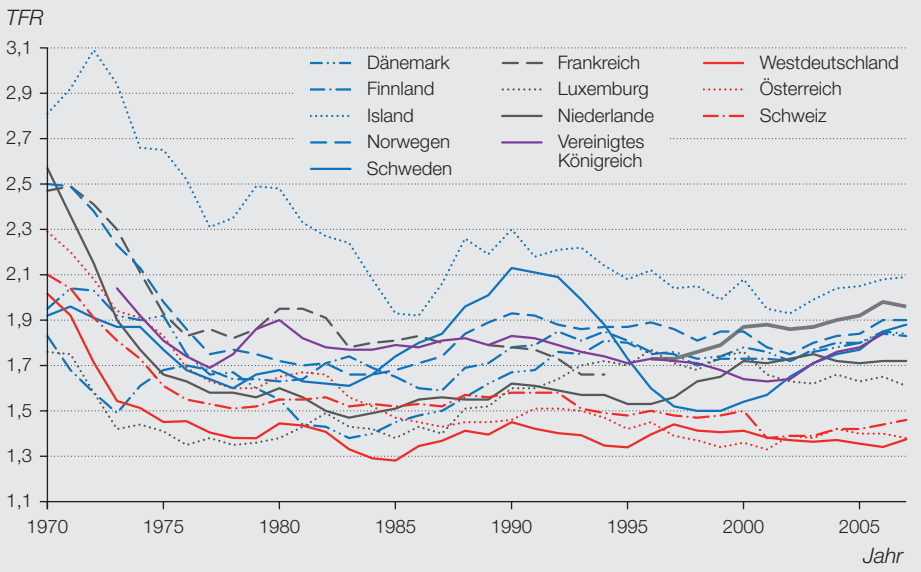
78 In der Grafik ist nur der Anteil der *ledigen* und *kinderlosen* Frauen der jeweiligen Altersgruppe dargestellt, der noch zum Haushalt der Eltern gehört. Nicht berücksichtigt werden zusammengesetzte Haushalte, in denen erwachsene Töchter mit (Ehe-)Partner(in) oder als alleinerziehende Mutter im Haus der (Schwieger-)Eltern leben.

europas ist dagegen typisch, dass individualistischen Wertvorstellungen hohe Priorität eingeräumt wird; dies fördert eine frühe Lösung von den Eltern. Abbildung 18 bestätigt diese Einschätzung weitgehend. Für die Mittelmeeranrainer, zu denen in diesem Zusammenhang auch Slowenien gezählt werden kann, ist in allen Altersgruppen ein überdurchschnittlicher Anteil noch im Elternhaus lebender Frauen charakteristisch. Umgekehrt ist für die Staaten nördlich von Alpen und Pyrenäen und westlich der Hajnal-Linie ein früher Auszug aus dem Elternhaus typisch. Dabei muss jedoch eine Einschränkung gemacht werden: In überwiegend katholischen Staaten wie Irland, Liechtenstein und Österreich leben junge Frauen länger bei ihren Eltern als in stark säkularisierten und/oder protestantisch geprägten Ländern. Es ist anzunehmen, dass die katholische Tradition einen Verbleib junger Frauen im Elternhaus begünstigt, bis sie heiraten. Im Vergleich zu den südeuropäischen Staaten erfolgt die Lösung von den Eltern jedoch auch in diesen Ländern zu einem früheren Zeitpunkt im Lebenslauf. Erhebliche Unterschiede zwischen den EU-Staaten bestehen auch in der Lebensform nach dem Auszug aus dem Elternhaus. In den MOE- und den Mittelmeerstaaten lebt nur eine kleine Minderheit der 20- bis 29-jährigen Frauen und Männer allein (Iacovou & Skew 2011: 475) – der Auszug aus dem Elternhaus ist folglich stärker an eine Familiengründung gekoppelt als in Skandinavien, Frankreich oder Deutschland.

Von den westlich der Hajnal-Linie gelegenen postsozialistischen Staaten fügt sich lediglich Estland nahtlos in das Muster einer frühen residentiellen Unabhängigkeit junger Frauen ein. Tschechien, obgleich stark säkularisiert (Sobotka et al. 2008: 436), weist dagegen starke Ähnlichkeiten mit Österreich auf. Lettland ist ein Sonderfall: der Prozentsatz der 20- bis 24-jährigen Frauen, die noch bei ihren Eltern leben, ist vergleichsweise niedrig, während der Anteil der Frauen Anfang 30, die noch zum Haushalt der Eltern gehören, außergewöhnlich hoch ist. Die zum Verbreitungsgebiet des traditionellen „osteuropäischen Heiratsmusters" gehörenden Staaten weisen kein eigenständiges Auszugsmuster auf. Die ungarischen Werte unterscheiden sich nur marginal von den österreichischen und tschechischen. Der Prozentsatz der jungen Polinnen und Slowakinnen, die nicht mehr im elterlichen Haushalt leben, ist mit den irischen Werten vergleichbar. Dies würde die Einschätzung untermauern, dass eine starke katholische Tradition einen längeren Verbleib junger Frauen im Elternhaus fördert. In Staaten mit einem Muster des späten Auszugs aus dem Elternhaus scheint die individuelle Entscheidungsfreiheit über den Zeitpunkt der residentiellen Selbstständigkeit größer zu sein als in den Hochburgen des SDT, wo die ausgeprägte Homogenität des Auszugsmusters auf die Existenz mächtiger Altersnormen hindeutet (Billari et al. 2001: 20). Die Ergebnisse der dritten Welle des *European Social Surveys*, in der Einstellungen zum Timing wichtiger Lebensentscheidungen abgefragt wurden, stützt diese These. In Skandinavien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz sind mindestens drei Viertel der Befragten der Ansicht, dass der Nachwuchs spätestens bis zum 31. Geburtstag das Elternhaus verlassen haben sollte. In den meisten traditionell katholischen Staaten, aber auch in Bulgarien, ist dagegen weniger als ein Drittel der Ansicht, dass Kinder vor ihrem 30.Geburtstag residentiell auf eigenen Füßen stehen sollten. Dafür ist der Prozentsatz der Befragten, die finden, dass man nie zu alt sei, um noch bei Mutter und Vater zu leben, im europäischen Vergleich am höchsten (Abbildung 19). Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Anteil zusammengesetzter Haushalte in den MOE-Staaten deutlich über den EU-Durchschnitt liegt. In Polen, Rumänien und insbesondere Bulgarien ist der Prozentsatz von Dreige-

nerationenhaushalten ausgesprochen hoch (Iacovou & Skew 2011: 477), was erklären dürfte, warum in diesen Ländern so viele Befragte der Ansicht sind, dass man nie zu alt sei, um noch bei den Eltern zu wohnen.

20 Ausgewählte Staaten Nord- und Westeuropas Zusammengefasste Geburtenrate 1970 - 2007



Datenquellen: Eurostat 2009, Statistisches Bundesamt 2008b

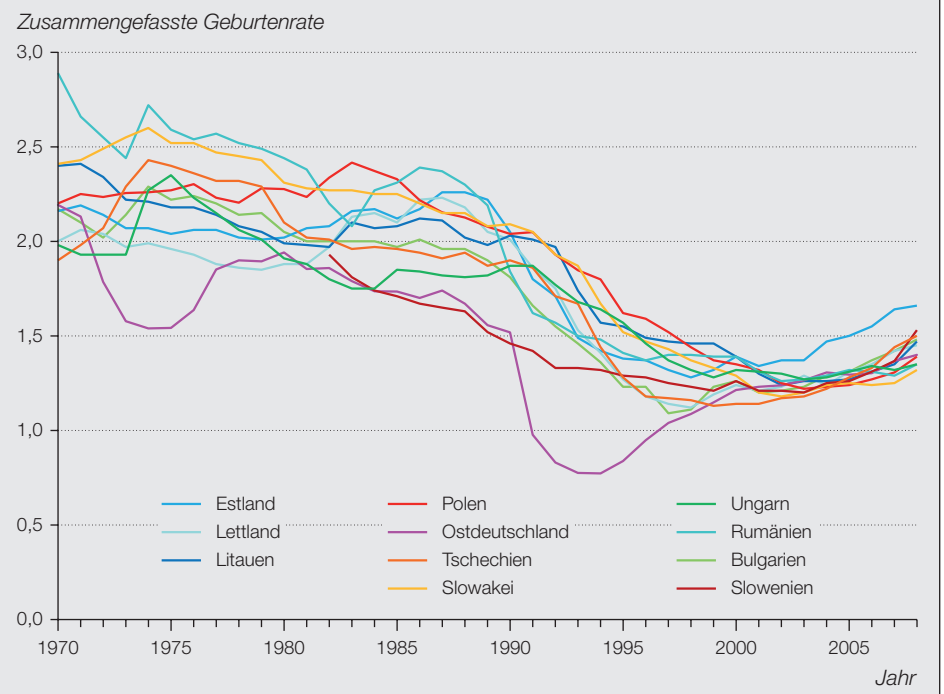
IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: A. Kurth

5.2 Geburtenrückgang und Postponement

Niedrige Fertilität wird häufig als das Hauptkennzeichen des SDT aufgefasst. Diese Gleichsetzung ist jedoch problematisch, da gerade die Länder, in denen der Wertewandel am weitesten fortgeschritten ist – insbesondere die skandinavischen Staaten – sich im europäischen Vergleich keineswegs durch besonders niedrige Geburtenraten auszeichnen. Im Gegenteil: Frauen im hohen Norden des Kontinents bekommen deutlich mehr Kinder als ihre Geschlechtsgenossinnen in anderen Teilen Europas. Nach dem Ende des Babybooms ist die zusammengefasste Geburtenrate in den Staaten Nord- und Westeuropas – mit Ausnahme von Irland und Island – innerhalb weniger Jahre deutlich unter das Bestandserhaltungsniveau gefallen (Abbildung 20). Im Gegensatz zu Südeuropa ist jedoch die Grenze zur ‚Lowest-low'-Fertilität, die Kohler et al. (2001: 4) bei einer TFR von 1,3 ansetzen, nie unterschritten worden. Die berühmte Ausnahme, die die Regel bestätigt, ist Westdeutschland, wo der Schwellenwert Mitte der 1980er Jahre kurzfristig knapp verfehlt wurde. Besonders hervorzuheben ist, dass die in Staaten, die man zur Vorhut des SDT zählen kann, im gesamten Zeitraum nicht durch außergewöhnlich niedrige Geburtenraten auffallen. Von Dänemark in den 1980er Jahren abgesehen, lag die TFR eher im Bereich des europäischen Durchschnitts oder darüber. Aus theoretischer

Perspektive kann festgehalten werden, dass die TFR kein zuverlässiger Indikator dafür zu sein scheint, ob in einem Staat der Zweite Demographische Übergang abläuft und wenn ja, wie weit er fortgeschritten ist. Der Indikator, dessen Entwicklung vor mehr als 20 Jahren die Ausarbeitung der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs ausgelöst hat, wird zunehmend zum „Sorgenkind" des Ansatzes: *„Surprisingly, among different demographic manifestations of the SDT, the often emphasised association with (very) low fertility has become most questionable"* (Sobotka 2008a: 181).

21 Postsozialistische Mitgliedsstaaten der EU – Zusammengefasste Geburtenrate 1970 - 2008



Datenquellen:
Eurostat 2009; Goldstein et al. 2009; MPIDR 2006; Mureşan et al. 2008, S. 858; Rothenbacher 2005; Statistikaamet 2008; Statistisches Bundesamt 2009; eigene Darstellung

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: T. Zimmermann

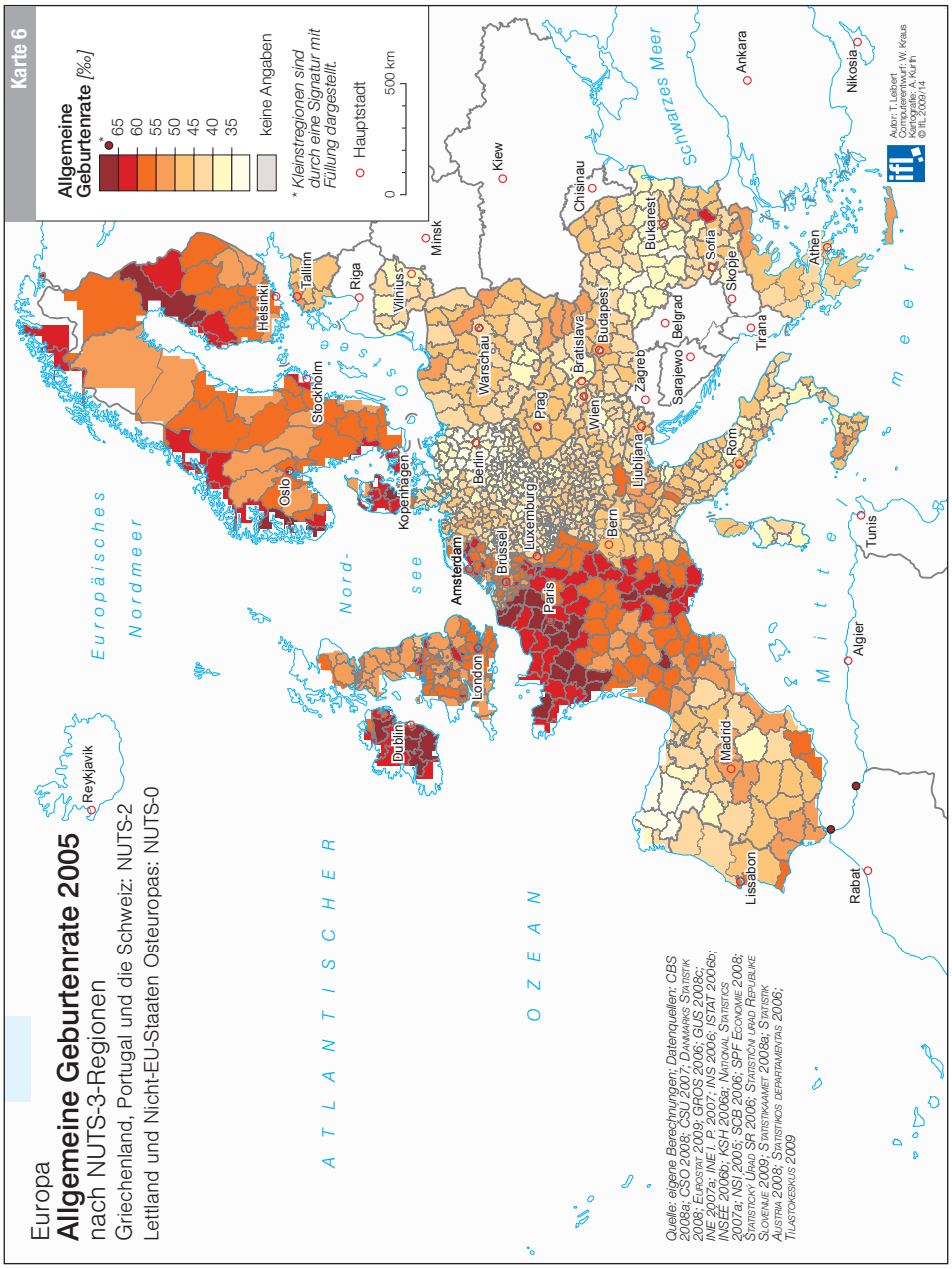
In den MOE-Staaten ist die Entwicklung anders verlaufen (Abbildung 21). In sozialistischer Zeit hatte sich die TFR im Bereich des Bestandserhaltungsniveaus eingependelt. Ähnlich niedrige Werte wie in Nord- und Westeuropa wurden in den 1970er Jahren nur in der DDR erreicht. Interessanterweise verlief der Fertilitätsrückgang in den beiden deutschen Staaten Anfang der 1970er Jahre fast parallel. Ab Mitte der 1970er Jahre hat in der DDR jedoch die pronatalistische Politik Früchte getragen. Die zusammengefasste Geburtenrate ist vorübergehend auf Werte um 1,9 angestiegen, gehörte aber bis zur „Wende" zu den niedrigsten im Warschauer Pakt. Bei der Interpretation der im Bereich des Bestandserhaltungsniveaus liegenden Geburtenraten der MOE-Staaten in den 1970er und 1980er Jahre sollte nicht übersehen werden, dass die aus der mangelhaften

Versorgung mit verlässlichen Verhütungsmitteln und der mangelnden Sexualaufklärung resultierende geringe Kontrolle der Frauen über ihre Fruchtbarkeit zu einem hohen Anteil ungeplanter, ungewollter oder zu einem ungünstigen Zeitpunkt im Lebensverlauf gezeugter Kinder geführt hat – ebenso wie zu exorbitant hohen Abtreibungszahlen (Sobotka 2003: 469). Die DDR, Slowenien und Ungarn – die Staaten, in denen die Pille in sozialistischer Zeit für breite Bevölkerungsgruppen verfügbar war – wiesen bereits in den 1980er Jahren unterdurchschnittliche Geburtenraten auf.

Der plötzliche und ausgeprägte Rückgang der Geburtenrate, der kurz nach dem Ende des Staatssozialismus begonnen hat, bildet den Ausgangspunkt für die ‚*Crisis behaviour*'-These. Es wird argumentiert, dass die Bevölkerung auf die wirtschaftliche Krise und das Absinken des Lebensstandards mit einem „Gebärstreik" reagiert habe. Besonders ausgeprägt war der Rückgang der TFR in Ostdeutschland. Der Autor ist der Ansicht, dass der dramatische Abfall der Geburtenrate zusätzlich zu den wirtschaftlichen Aspekten, die sicherlich eine wichtige Rolle spielt, von der Übernahme des westdeutschen Institutionensystems ausgelöst wurde. Das westdeutsche Familienmodell, das wie kaum ein anderes in Europa am Leitbild der Versorgerehe ausgerichtet ist und eine Berufstätigkeit von Müttern erschwert, traf auf eine gesellschaftliche Realität, in der eine Vollzeitberufstätigkeit von Müttern üblich, und die Entkopplung von Ehe und Elternschaft bereits weit fortgeschritten war. Diese Inkongruenz hat zweifellos ebenfalls stark zum Einbruch der Geburtenrate in den frühen 1990er Jahren beigetragen. Das neue Jahrtausend brachte eine weitgehende Konvergenz der Werte der TFR in den postsozialistischen EU-Staaten mit sich, aus der lediglich Estland ausschert. Aktuell deutet sich eine erneute Ausdifferenzierung der Entwicklungspfade an. Slowenien und die Tschechische Republik liegen mit Werten über 1,5 mittlerweile im europäischen Mittelfeld. Bis 2008 haben auch alle anderen Staaten der Makroregion den Bereich der ‚Lowest-low'-Fertilität verlassen, wobei Rumänien und die Slowakei, im demographischen Sinne eher konservative Staaten, die Schlusslichter bilden. Da sich auch in vielen Staaten Nord- und Westeuropas ein Anstieg der Geburtenraten abzeichnet, scheint diese Erholung Teil eines gesamteuropäischen Trends zu sein. Wie nachhaltig diese Entwicklung ist, wird die Zukunft zeigen.

Regionale Fertilitätsunterschiede sind in Demographie und Bevölkerungsgeographie ein Randthema; von den Studien, die den räumlichen Aspekt berücksichtigen, arbeiten viele mit einer einfachen Stadt-Land-Dichotomie. In der Literatur wird häufig die Ansicht geäußert, dass die Fertilität mit zunehmender Siedlungsgröße zurückgehe, und dass Frauen in ländlichen Regionen eine höhere Geburtenrate aufwiesen als Städterinnen. Studien, die zusätzlich auch den suburbanen Raum als eigene Kategorie berücksichtigen, kommen zu dem Ergebnis, dass das generative Verhalten dort städtische und ländliche Elemente aufweist und dass die Fruchtbarkeit in den Vororten deutlich höher ist als in den Kernstädten (Kulu et al. 2006; Kulu et al. 2008: 3-9). Das Stadt-Land-Muster wird von Kontexteffekten überlagert, die mit den demographischen und sozioökonomischen Charakteristika der ortsansässigen Bevölkerung nicht erklärt werden können (Boyle et al. 2007: 20). Dies kann auf die Existenz regionaler Subkulturen hindeuten. Berücksichtigt man zusätzlich die Thesen des Dritten Demographischen Übergangs, ist ein Einfluss des ethnischen Faktors als vierte Dimension nicht auszuschließen. Da Migranten in den Kernstädten konzentriert sind (Johansson & Rauhut 2005: 135), wird das Bild von der städtischen Geburtenarmut gegebenenfalls etwas modifiziert. Aus Karte 6 können für jede der erwähnten Thesen Belege und Gegenbeispiele abgeleitet werden. In vielen Staa-

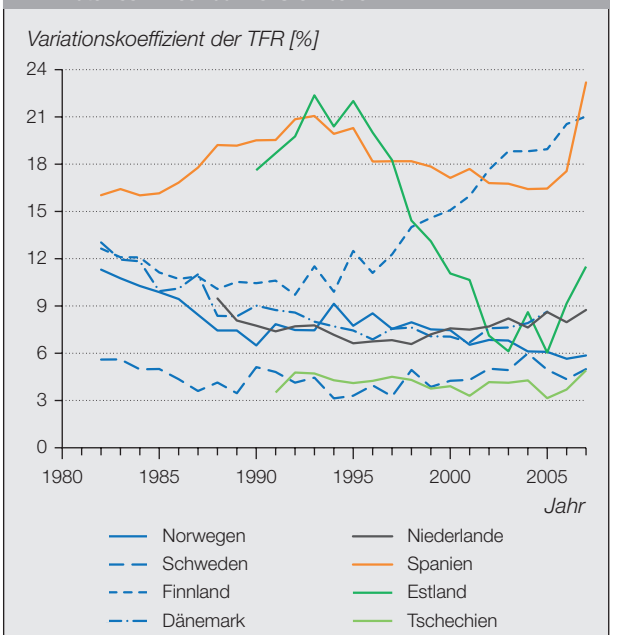
ten ist die allgemeine Geburtenrate (GFR) in den städtischen Zentren, insbesondere in den Hauptstadtregionen, besonders niedrig. Dieser Zusammenhang gilt insbesondere für die Transformationsstaaten. So ist in Ungarn die Zahl der Geburten pro 1000 Frauen zwischen 15 und 44 in Budapest am niedrigsten, während das suburbane Umland der Hauptstadt und der ländliche Nordosten die geburtenstärksten Regionen des Landes sind. An-



dererseits treten in einigen Staaten die Kernstädte als Gebiete mit überdurchschnittlich hoher GFR hervor, etwa im Vereinigten Königreich, in Belgien oder Skandinavien – die These des Dritten Demographischen Übergangs hat offensichtlich auch ihre Berechtigung. Der ethnische Faktor ist auch eine Erklärung für die überdurchschnittlichen Geburtenraten in den spanischen autonomen Städten Ceuta und Melilla. Zu regionalen Subkulturen des Gebärverhaltens liegen kaum Studien vor. Lesthaeghe und Neels (2002: 341) argumentieren, dass in Frankreich einige der Nachzüglerregionen des Ersten und Zweiten Demographischen Übergangs bis heute auf der demographischen Landkarte auffielen – etwa die Region Nord-Pas-de-Calais durch besonders hohe und der westliche Pyrenäenraum durch besonders niedrige Geburtenraten. Falls die Unterschiede auf persistente regionale Subkulturen zurückzuführen sind, ist ihre Wirkungsrichtung auf die Geburtenrate zumindest nicht in allen Regionen gleich.

Eine einfache Methode, einen Überblick über die Entwicklung regionaler Disparitäten über einen bestimmten Zeitraum zu gewinnen, ist der Vergleich des Variationskoeffizienten[79] einer Variablen. Steigt der Wert über den Zeitraum an, deutet das auf eine Verstärkung regionaler Disparitäten hin, nimmt er ab, ist dies ein Indikator für eine zunehmende räumliche Gleichverteilung (Graham 1995: 38). Wie Abbildung 22 zeigt, sind die regionalen Disparitäten der Fruchtbarkeit gering und im Zeitverlauf recht stabil. Es gibt jedoch Staaten, in denen sich die Unterschiede im Gebärverhalten zwischen den einzelnen Landesteilen in jüngster Zeit verstärkt haben. In Spanien und Estland ist dies z.B. darauf zurückzuführen, dass die Geburtenrate in bestimmten Regionen – der Hauptstadtregion Harjumaa in Estland und den spanischen Exklaven in Nordafrika – überdurchschnittlich stark gestiegen ist. Ein Konvergenztrend bei der Fertilität ist weder auf der nationalen (Abbildung 20; Abbildung 21) noch auf der subnationalen Ebene (Abbildung 22) festzustellen. Insbesondere in Nord- und Westeuropa sind die Fruchtbarkeitsunterschiede

22 Ausgewählte Staaten Europas Variationskoeffizienten der zusammengefassten Geburtenrate 1982 - 2007 auf NUTS-3-Ebene



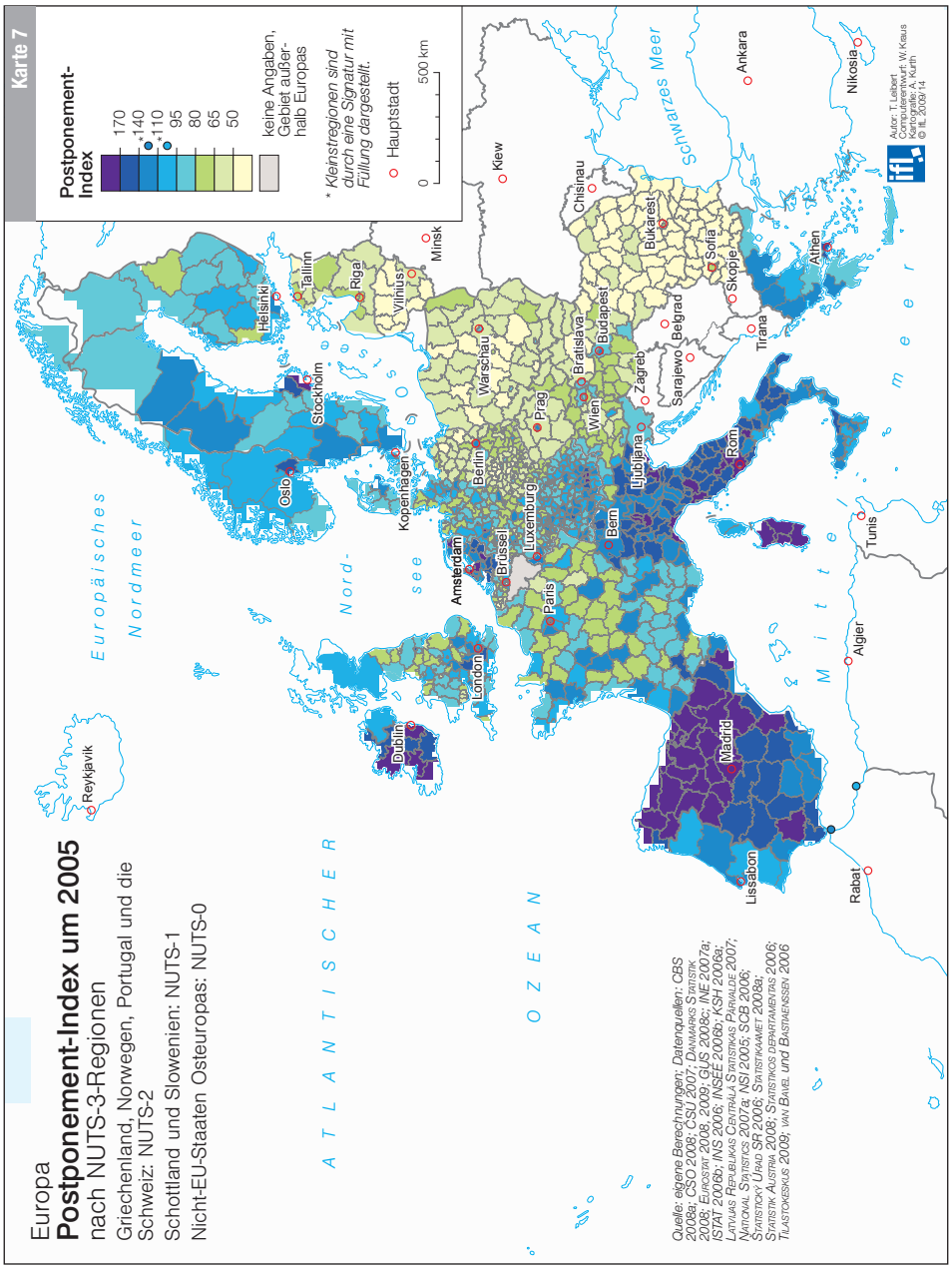
Datenquellen: CBS 2009, Danmarks Statistik 2008, INE 2007a, SCB 2008, Statistikaamet 2008a, Statistisk Sentralbyrå 2009, Tilastokeskus 2009, eigene Berechnungen

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: T. Zimmermann

79 Der Quotient aus Standardabweichung und Mittelwert

zwischen den einzelnen Staaten sehr ausgeprägt.

Neben dem Absinken der Geburtenrate unter das Bestandserhaltungsniveau ist der Aufschub der ersten Geburt in ein höheres Lebensalter eines der wichtigsten Merkmale des Wandels des generativen Verhaltens im Zuge des Zweiten Demographischen Übergangs. Das Postponement ist einer der wenigen Erklärungsansätze zum Fertilitätsrück-

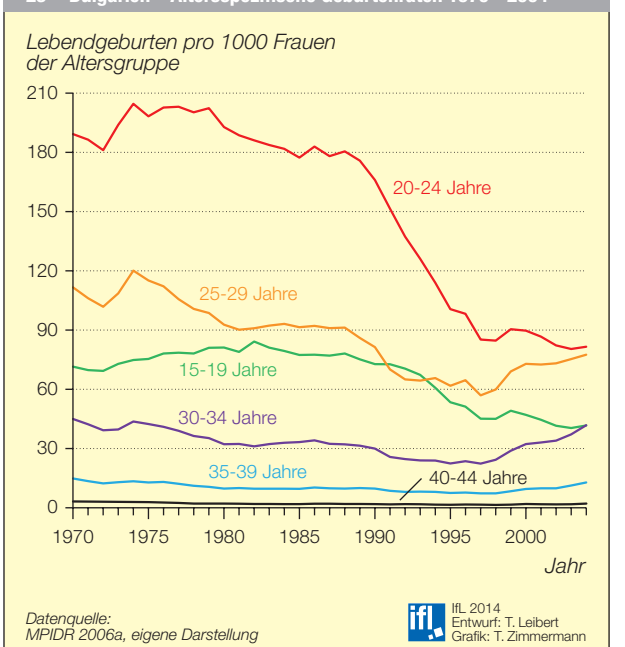


gang, der in der wissenschaftlichen Diskussion auf breite Zustimmung stößt (Billari 2008: 4). Die Ursachen für den Aufschub der Erstgeburt sind vor allem in der Bildungsexpansion, der zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit, der wachsenden Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die junge Menschen dazu zwingt, vor der Gründung einer Familie umfangreiche Berufserfahrung zu sammeln, und der durch die modernen Verhütungsmittel ausgelösten reproduktiven Autonomie zu sehen. Dazu kommen noch die direkten und indirekten Kosten der Kindererziehung (Kippen 2006: 1; Matysiak & Vignoli 2009: 3-5).

In der Literatur gilt das Postponement als ein spezifisch urbaner Aspekt des generativen Verhaltens. Wie beim Quantum der Fertilität gibt es auch beim Timing die These, dass Frauen in den Großstädten, insbesondere den Hauptstädten, die erste Geburt im Lebenslauf am stärksten aufschieben, während im ländlichen Raum ein Muster der frühen Familiengründung üblich ist (Kulu et al. 2006: 10-14). Die Ursachen und die Raummuster deuten darauf hin, dass das Postponement von Geburten als ein zuverlässigerer Indikator für den Zweiten Demographischen Übergang angesehen werden kann als die Geburtenrate (Sobotka 2008a: 181-183). Als einfachen Indikator zur Analyse der Alterung der Fertilität schlagen Lesthaeghe et al. (2006: 18-19) einen Postponement-Index vor. Dieser Indikator ist der Quotient aus der Summe der altersspezifischen Geburtenraten über 30-jähriger Frauen und der Fruchtbarkeitsraten der Altersgruppe 20-29. Aufgrund ihrer abweichenden soziologischen Bedeutung wird die Teenagerfertilität bei der Berechnung des Index nicht berücksichtigt. Indexwerte über 100 zeigen, dass breite Bevölkerungsgruppen die Realisierung eines Kinderwunschs erst nach dem 30. Geburtstag in Angriff nehmen.

In Karte 7 ist die regionale Verteilung des Postponement-Index für ausgewählte Staaten Europas dargestellt. Der ehemalige Eiserne Vorhang ist in der Karte noch klar erkennbar. Für die postsozialistischen Staaten sind Indexwerte unter 65 charakteristisch, in Bulgarien, Litauen, Mazedonien, Rumänien und den nicht zur EU gehörenden Nachfolgestaaten der Sowjetunion liegt der Landesdurchschnitt unter 50. Zwar ist auch in diesen Staaten ein langsamer Anstieg der altersspezifischen Geburtenraten über 30 zu beobachten, wie Abbildung 23 am Beispiel von Bulgarien zeigt. Die Alterung der Fertilität äußert sich jedoch

23 Bulgarien – Altersspezifische Geburtenraten 1970 - 2004



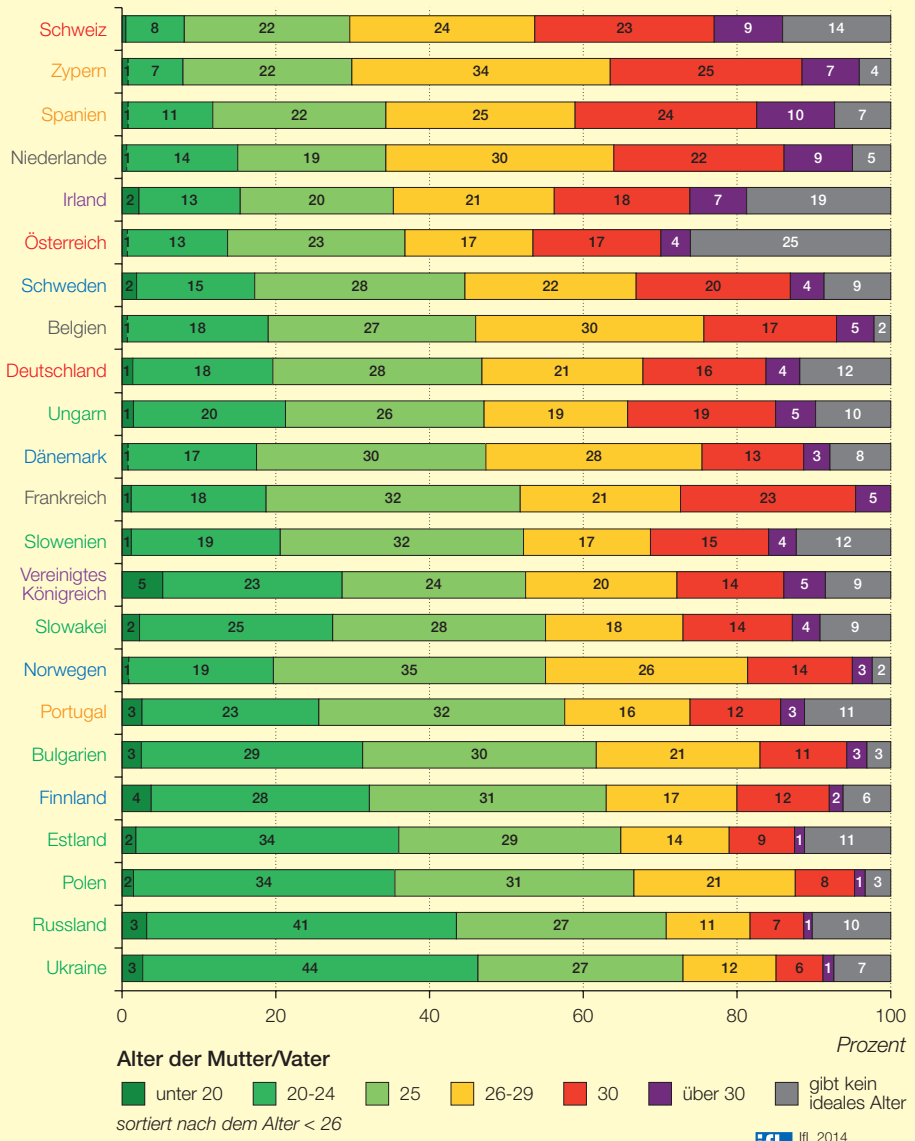
Datenquelle: MPIDR 2006a, eigene Darstellung

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: T. Zimmermann

in erster Linie in einem Bedeutungsgewinn der Altersgruppe 25-29 zu Lasten der Altersgruppe 20-24. Das Postponement innerhalb des dritten Lebensjahrzehnts kann der Index jedoch nicht erfassen.
Eine Ursache für das „junge" Fertilitätsmuster in Osteuropa ist in der Existenz starker

24 Ausgewählte Staaten Europas
Bewertung des idealen Alters für die Elternschaft 2006

Antwort auf die Frage: „In welchem Alter sollte man erstmals Mutter/Vater werden?"



Datenquelle: ESS 2010

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: A. Kurth

Altersnormen zu sehen. Für die Bewohner der postsozialistischen Staaten liegt das ideale Alter für die erste Elternschaft zwischen 20 und 25 (Abbildung 24). Dies gilt insbesondere für die Russische Föderation und die Ukraine, wo über 70% diese Einschätzung teilen. Perelli-Harris (2008: 1151) zeigt für die Ukraine, dass von Seiten des sozialen Umfelds auf junge Frauen Druck ausgeübt wird, das erste Kind jung zu bekommen, was vor allem mit der Vorstellung begründet wird, dass sich der Gesundheitszustand ab Ende 20 verschlechtere und eine Schwangerschaft risikoreicher werde. Angesichts der geringen Verbreitung moderner Kontrazeptiva sind verfrühte oder ungeplante Schwangerschaften häufig. Da die Überzeugung verbreitet ist, eine Abtreibung könne zur Unfruchtbarkeit führen, wird ein Großteil dieser Schwangerschaften ausgetragen. In den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU, die sich an der dritten Welle des *European Social Survey* beteiligt haben, ist eine gewisse Pluralisierung der Altersnormen festzustellen, allerdings ist immer noch mindestens jeder zweite Befragte überzeugt, dass man ab 26 zu alt für das erste Kind ist. Mynarska (2007: 14-21) hat für Polen nachweisen können, dass die Norm, dass Frauen ihr erstes Kind vor dem 30. Geburtstag zur Welt bringen sollen, so stark ist, dass selbst Frauen ohne konkreten Kinderwunsch versuchen, schwanger zu werden, wenn sie sich dieser Altersgrenze nähern. Einen Sonderfall stellt Ungarn dar. Dass sich die Altersnormen der Ungarn nur in Nuancen von denen der Deutschen unterscheiden, stützt die These einer fortgeschrittenen „Verwestlichung" der familienbezogenen Wertvorstellungen.

Am ausgepägtesten ist das Postponement in allen MOE-Staaten in den Hauptstadtregionen, die ausnahmslos Indexwerte aufweisen, die deutlich über den anderen Regionen des jeweiligen Landes liegen, was die eingangs zitierte Einschätzung stützt, dass der Aufschub der Familiengründung ein städtisches Phänomen ist. Insbesondere Prag (117) und Budapest (123) stechen durch weit überdurchschnittliche Werte hervor. Neben Slowenien ist Ungarn das einzige Land, in dem auch außerhalb der Hauptstadt eine gewisse Alterung der Fertilität festzustellen ist. Die Komitate Csongrád und Pest sind die einzigen nicht hauptstädtischen NUTS-3-Regionen in den postsozialistischen Staaten, in denen der Indexwert über 80 liegt. Die „Hauptstadtregel" gilt auch im westlichen Europa. Insbesondere in England und Wales, Flandern, Frankreich, Österreich und Westdeutschland sind weite Teile des ländlichen Raums durch unterdurchschnittliche Werte des Postponement-Index geprägt. Auf einem insgesamt etwas höheren Niveau gilt dies auch für Skandinavien. Interessanterweise ist das Postponement dort, wo es am spätesten begonnen hat, am weitesten fortgeschritten: in Südeuropa. Der Postponement-Index erreicht im Norden Spaniens flächenhaft Werte über 170. Den Europarekord halten die drei baskischen Provinzen mit Werten zwischen 288 und 321 – Frauen, die ihr erstes Kind vor dem 30. Geburtstag bekommen, sind dort die Ausnahme. Der Vergleich mit Karte 6 zeigt, dass sich die NUTS-3-Regionen mit dem ausgeprägtesten Postponement durch sehr niedrige Geburtenraten auszeichnen. Auch in Süd- und Westeuropa gibt es Altersnormen, ab wann eine Frau zu alt ist, um Mutter zu werden, die allerdings bedeutend höher liegen als in den postsozialistischen Staaten. West- und Südeuropäer sind der Auffassung, dass die Altersgrenze für die (erste) Mutterschaft bei etwa 41 Jahren liegt; dies entspricht in etwa dem Alter, in dem Frauen in Populationen mit „natürlicher" Fertilität ihr letztes Kind bekommen (Billari et al. 2007: 2; 7).

5.3 Empfängnisverhütung und Abtreibung

Die so genannte Zweite Verhütungsrevolution, die in den 1960er Jahren mit der Entwicklung hormoneller Kontrazeptiva begonnen hat, ist eine der größten Zäsuren in der Geschichte der Menschheit. Die Pille hat es den Frauen erstmals ermöglicht, ihre Fruchtbarkeit effektiv zu kontrollieren und selbst zu bestimmen, wie viele Kinder sie zur Welt bringen möchten. Moderne Verhütungsmittel ermöglichen es den Nutzerinnen, den Zeitpunkt der Realisierung ihres Kinderwunschs mit ihrer Lebensplanung zu harmonisieren und ihre Sexualität ohne das Damoklesschwert einer ungewollten Schwangerschaft zu genießen. Die Entwicklung effektiver Methoden der Empfängnisverhütung war eine der notwendigen Voraussetzungen für den Zweiten Demographischen Übergang. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass die Familienplanung eine demographische Innovation des 20. Jahrhunderts ist, oder dass Frauen in früheren Zeiten dem Schicksal hilflos ausgeliefert waren. Bereits Ende des 18. Jahrhunderts begann sich in Frankreich, zunächst in den Oberschichten, ein neues Familienmodell durchzusetzen, das auf einer bewussten Planung der Kinderzahl und des Abstands zwischen den einzelnen Geburten beruhte. Möglich wurde diese Planbarkeit durch die Anwendung der bis heute bedeutendsten traditionellen Verhütungsmethoden: Verzicht auf Geschlechtsverkehr an den fruchtbaren Tagen und Coitus Interruptus. Die Innovation der Familienplanung breitete sich Anfang des 19. Jahrhunderts in ganz Westeuropa aus (Ariès 1980: 645). Neben den beiden genannten Methoden wurden vor der Erfindung von Pille und Spirale auch Vorformen des Kondoms, Intimduschen und spermizide Flüssigkeiten zur Geburtenkontrolle verwendet (van de Kaa 1999: 10). Diese „traditionellen" Verhütungsmethoden gelten zwar als wenig effektiv, nichtsdestotrotz hat die Verbreitung des Wissens über die Möglichkeiten und Methoden der Empfängnisverhütung seit dem späten 19. Jahrhundert zu einem massiven Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau beigetragen.

UN-Daten zufolge zeichnen sich die westeuropäischen und die skandinavischen Staaten heute durch eine weite Verbreitung der Empfängnisverhütung und eine Dominanz moderner Methoden aus. Von den Paaren, die Empfängnisverhütung betreiben, nutzen etwa 95% Pille, Spirale oder Kondom. Der Anteil der Paare, die auf Geburtenkontrolle verzichten, liegt zwischen 20 und 25% (Frejka 2008c: 77). Es würde an dieser Stelle zu weit führen, das Verhütungsverhalten in Nord- und Westeuropa detailliert darstellen zu wollen. Aus diesem Grund sollen einigen Beispiele herausgegriffen werden, anhand derer die generellen Charakteristika der Nutzung von Kontrazeptiva in dieser Makroregion erläutert werden sollen. Der Überblick muss skizzenhaft bleiben, da Untersuchungen zur Verhütungsmittelnutzung vergleichsweise selten durchgeführt werden. Von besonderem Interesse sind Schweden und die Niederlande als die Innovationszentren des Zweiten Demographischen Übergangs.

In Schweden wurde im Zusammenhang mit der Liberalisierung des Abtreibungsrechts Mitte der 1970er Jahre die Versorgung mit Informationen zur Empfängnisverhütung verbessert, etwa durch die Einrichtung von Familienplanungskliniken oder die Ausdehnung der Sexualaufklärung an den Schulen. Der Staat beteiligt sich an den Verhütungsmittelkosten. Das Ziel dieser Maßnahmen war, ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Bei der Verhütungsmittelnutzung bevorzugen die Schwedinnen die Pille und die Spirale. Der Anteil der Paare, die moderne Methoden nutzen, ist zwischen 1967 und 1996 weitgehend stabil geblieben, allerdings hat sich die relative Bedeutung der einzelnen

Methoden in diesem Zeitraum verschoben. Pille und Spirale werden verstärkt genutzt, Kondome dagegen seltener. Zu beiden Zeitpunkten praktizierte jedes fünfte Paar „natürliche" Formen der Empfängnisverhütung, insbesondere den Coitus Interruptus.[80] Diese hohe Bedeutung traditioneller Methoden ist für ein Land, das als „Prototyp" des SDT gilt, überraschend. Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten ist auch die Sterilisierung in Schweden nicht besonders weit verbreitet. Dies hängt möglicherweise mit der vergleichsweise hohen Beziehungsinstabilität zusammen. Man möchte sich für die Zukunft nicht die Chance verbauen, gegebenenfalls mit einem neuen Partner noch eine Familie gründen zu können (Oláh & Bernhardt 2008: 1117-1118).

Die Haltung der niederländischen Gesellschaft zur Empfängnisverhütung spiegelt den umfassenden Wertewandel wider, den das Land in den 1960er Jahre erlebt hat. 1967 endete eine jahrzehntelange Vorherrschaft der christlichen Parteien, in deren Verlauf die traditionelle niederländische Toleranz durch einen politischen Moralismus abgelöst worden war (Kennedy 2004: 194-196). Während dieser Phase war die Gesetzgebung in den Bereichen Familie und Moral stark von christlichen Wertvorstellungen geprägt (Schutte 2004: 174-175). Unter diesen politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen war Verhütung ein Tabuthema. Man befürchtete, dass eine verbesserte Versorgung mit Verhütungsmitteln der Promiskuität Vorschub leisten und die Institution Ehe unterhöhlen würde. Nach 1965 setzten sich innerhalb weniger Jahre liberale Wertvorstellungen zur Empfängnisverhütung durch. Zusätzlich trug auch die um 1970 in der niederländischen Gesellschaft und Politik verbreitete Furcht vor einer Überbevölkerung des dicht besiedelten Landes zu einer größeren Akzeptanz der Familienplanung bei. 1969 wurde das Verkaufsverbot für Kontrazeptiva aufgehoben, zwei Jahre später die Übernahme der Verhütungsmittelkosten durch die Sozialversicherung eingeführt. Gleichzeitig wurden spezielle Familienplanungskliniken eingerichtet. Die am weitesten verbreitete Verhütungsmethode ist heute die Pille. Sterilisierung, Spirale und Kondom spielen nur eine Nebenrolle. Hormonelle Kontrazeptiva dominieren bei Frauen, die ihre Familienplanung noch nicht abgeschlossen haben, Spirale und Sterilisierung werden dagegen von älteren Frauen bevorzugt, die bereits Kinder haben (Fokkema et al. 2008: 766-767; 784).

Nord- und Westeuropa zeichnen sich – mit Ausnahme von Irland und Nordirland – im weltweiten Vergleich durch eine liberale Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch aus. In den meisten Staaten kann eine Abtreibung ohne Angabe von Gründen durchgeführt werden und auch dort, wo die Rechtslage restriktiver ist, sind Schwangerschaftsunterbrechungen aus sozioökonomischen Gründen rechtmäßig (CRR 2008: 2). Im langjährigen Durchschnitt kommt eine Abtreibung auf drei bis sieben Lebendgeburten (Abbildung 25). Im europäischen Vergleich niedrige Abtreibungsraten weisen die Niederlande (Frejka 2008c: 80) und Belgien – insbesondere Flandern[81] (Kind en Gezin 2010: 36) – auf. In England und Wales hat sich die Abtreibungsrate nach einem Anstieg in den 1990er Jahren den letzten Jahren stabilisiert (National Statistics 2007b: 1). Die relative Häufigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen liegt etwa auf dem Niveau von Frankreich und Dänemark. England und Wales heben sich damit deutlich von den außer-

80 Die anhaltend hohe Bedeutung traditioneller Verhütungsmethoden in Schweden bestätigt auch eine aktuelle Studie, wonach 2008 etwa 16% der Frauen zwischen 18 und 49 eine natürliche Familienplanungsmethode verwenden, im Vergleich zu 5% in Deutschland, 7% im Vereinigten Königreich, 10% in Frankreich und 23% in Rumänien (de Irala et al. 2011: 561).

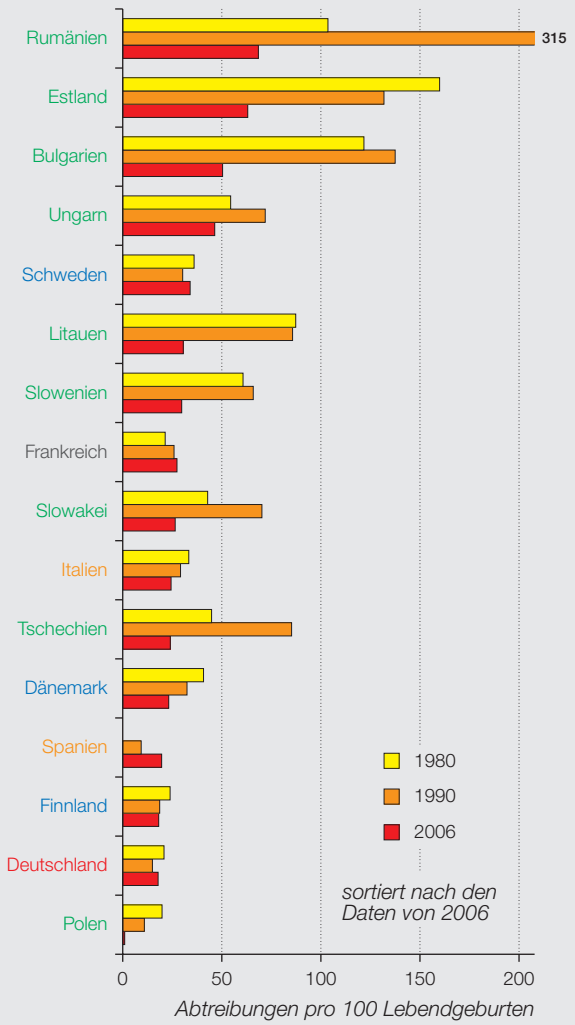
81 2009 wurden 114 Abtreibungen pro 1000 Lebendgeburten registriert (Kind en Gezin 2010: 26).

europäischen englischsprachigen Industriestaaten mit ihren hohen Abtreibungsraten ab (Sigle-Rushton 2008: 481).

In den MOE-Staaten lag die Häufigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen während des Staatssozialismus mit Ausnahme von Polen wesentlich höher als im Westen (Abbildung 26). Seit 1990 ist ein deutlicher Rückgang der Abtreibungszahlen zu verzeichnen, so dass sich die scharfen Ost-West-Gegensätze der Vergangenheit verwischt haben (Abbildung 25). Als einziger Staat der Makroregion hat Polen nach 1989 das Abtreibungsrecht verschärft und gehört so zu den EU-Staaten mit der restriktivsten Gesetzeslage (CRR 2008: 2). Die Zahl illegaler Aborte dürfte daher hoch sein. In der Literatur werden zwischen 10.000 und 170.000 unregistrierte Abtreibungen pro Jahr angegeben (Kotowska et al. 2008: 840).

Die Transformation brachte auch weit reichende Veränderungen im Verhütungsverhalten mit sich. In sozialistischer Zeit hatte sich eine so genannte „Abtreibungskultur" (Grant 2005) entwickelt. Anders als im Westteil des Kontinents, wo die volle Kontrolle der Frauen über ihre Fertilität mit der Entwicklung zuverlässiger Verhütungsmittel erreicht wurde, war Geburtenkontrolle in den MOE-Staaten eng mit der Abtreibung verbunden. Die Staaten Mittel- und Osteuropas waren in den 1950er Jahren die Vorreiter bei der Legalisierung der Abtreibung.

25 Ausgewählte EU-Staaten Abtreibungshäufigkeit 1980 - 2006 [82]



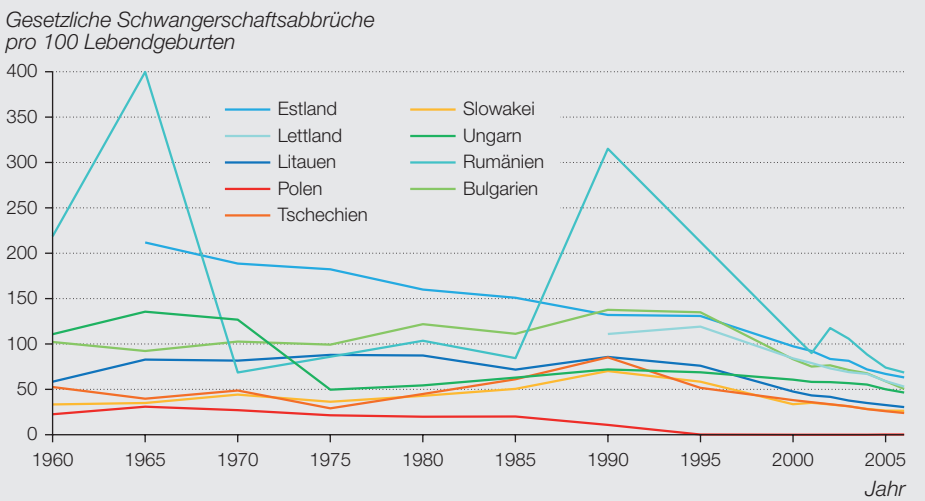
Datenquelle: Eurostat 2008a, eigene Darstellung

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: T. Zimmermann

82 Abweichende Bezugsjahre: Deutschland 1991; Frankreich und Italien 2004; Spanien 2005; Frankreich ohne Überseeterritorien, Deutschland 1980: Wert für die Bundesrepublik

Die Sowjetunion war 1920 weltweit das erste Land, in dem Schwangerschaftsabbrüche auf Wunsch erlaubt wurden (Brunnbauer 2007: 659). In der Stalinzeit wurde der Abort allerdings wieder verboten. Mit Ausnahme von Jugoslawien (1952) erfolgte die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in den sozialistischen Staaten Europas erst nach dem Tod des Diktators, zuerst in Ungarn und der Tschechoslowakei (1953), dann in Bulgarien, Polen und der DDR (1956), zuletzt in Rumänien (1958). Nur in Albanien war die Abtreibung während der sozialistischen Zeit durchgängig verboten (Dymi & Pine 1999: 61).[83] Seit der Wende ist die Zahl der Nutzerinnen moderner Verhütungsmethoden erheblich angestiegen. Die „Abtreibungskultur" macht zunehmend einer „Verhütungskultur" Platz, was als Indiz für die Übernahme „westlicher" familienbezogener Wertvorstellungen durch die junge Generation interpretiert werden kann (Rabušic 2001: 112-113). Derzeit scheint jedoch eine gewisse Verhütungsmüdigkeit einzusetzen. Um 1998 verwendeten noch 69% der Frauen mit festem Partner eine Form der Geburtenkontrolle, 2005 waren es nur noch 62%. Zwar erfreuen sich Pille, Spirale und Kondom zunehmender Beliebtheit, nichtsdestotrotz werden in keiner Makroregion des Kontinents so häufig traditionelle Verhütungsmethoden praktiziert wie in den MOE-Staaten. Um 1998 nutzten 56% der Frauen Abstinenz und Coitus Interruptus. Bis 2005 ist dieser Wert zwar auf 42% gesunken, aber immer noch beachtlich hoch (Frejka 2008c: 77). Möglicherweise hat dieser hohe Wert ökonomische Gründe. Die traditionellen Methoden sind zwar unzuverlässiger, dafür aber kostenlos.

26 Ausgewählte Staaten Mittel- und Osteuropas
Häufigkeit gesetzlicher Schwangerschaftsabbrüche 1960 - 2006



Quelle: eigene Berechnungen; Datenquellen: Eurostat 2009 und Latvijas Republikas Centrālā Statistikas Pārvalde 2007, S. 71

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: A. Kurth

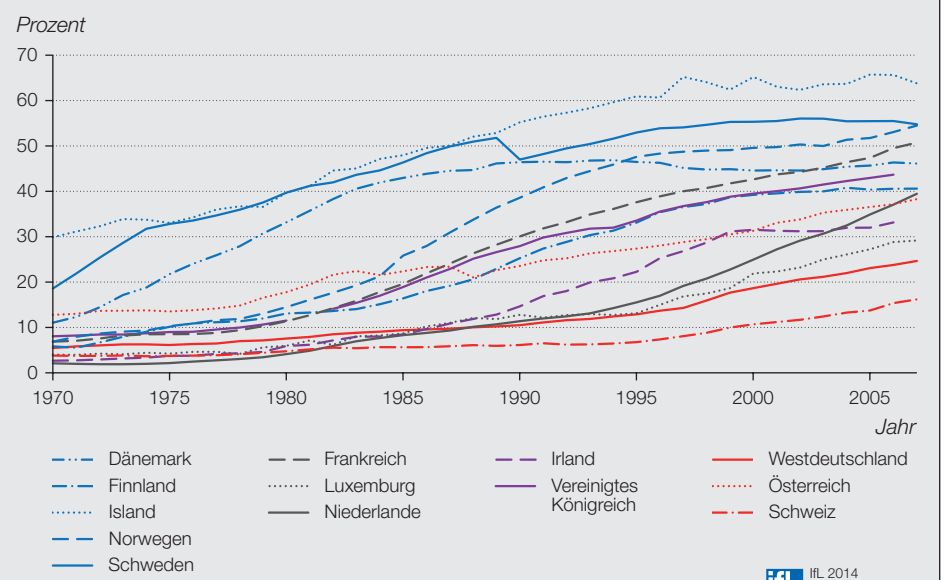
83 Abtreibungen aus medizinischen Gründen waren jedoch möglich; dieses „Schlupfloch" wurde in sozialistischer Zeit zumindest in den Städten wohl auch rege genutzt (Gjonca et al 2008: 278).

5.4 Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung

Als un- oder nichtehelich bezeichnet man Kinder, deren Mutter zum Zeitpunkt der Geburt ledig, geschieden oder verwitwet war. Bei verheirateten Frauen wird von der amtlichen Statistik in der Regel automatisch davon ausgegangen, dass der Ehemann der biologische Vater des Neugeborenen ist. Unehelich geborene Kinder können durch eine Heirat ihrer Eltern zu einem späteren Zeitpunkt „legitimiert", also ehelichen Kindern gleichgestellt werden. In der heutigen Zeit hat die Legitimierung eher eine symbolische Funktion oder erfolgt, um dem Vater seine elterlichen Rechte zu sichern. Die rechtliche Ungleichbehandlung von ehelichen und nichtehelichen Kindern wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in allen europäischen Staaten abgeschafft. Vorreiter waren die skandinavischen Länder. In Schweden erfolgte die Gleichstellung bereits ab 1949, Norwegen folgte 1956, Dänemark 1960. Die westeuropäischen Staaten beseitigten die rechtliche Ungleichheit erst in der gesellschaftlichen Umbruchsituation Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre: Deutschland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich 1969, Belgien 1970, Frankreich 1972. Zuletzt wurde die Diskriminierung unehelicher Kinder aus den Gesetzbüchern der südeuropäischen Staaten gestrichen (Muñoz-Perez 2006: 582). Als Ursache für die rechtliche Gleichstellung ehelicher und unehelicher Kinder ist die Entwicklung eines Bewusstseins für die Rechte von Kindern anzusehen. Es setzte sich in Gesellschaft und Politik zunehmend die Einsicht durch, dass Kinder nicht für die moralischen „Verfehlungen" ihrer Eltern bestraft werden sollten.

Der bis heute andauernde Anstieg der Nichtehelichenquote nach dem Zweiten Weltkrieg begann zu Beginn der 1970er Jahre in Dänemark, Island und Schweden; die ande-

27 Ausgewählte Staaten Nord- und Westeuropas Nichteheliche Geburten 1970 - 2007

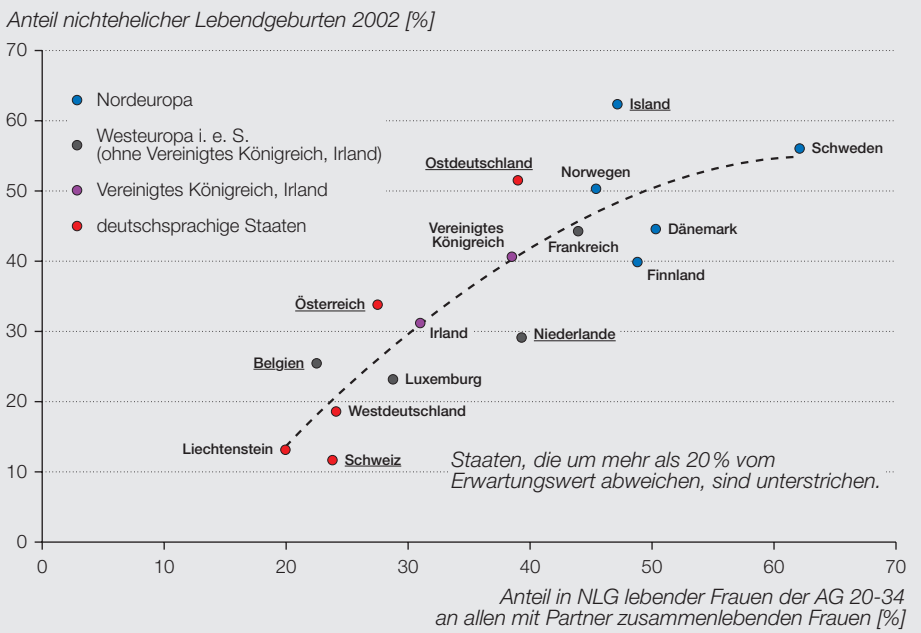


Datenquellen: Eurostat 2009, Statistisches Bundesamt 2009

ren Staaten des nördlichen und westlichen Europa folgten um 1980, die Schweiz Mitte der 1990er Jahre. Bemerkenswert ist, dass ein nennenswerter Anstieg der Nichtehelichenquote in den Niederlanden ebenfalls recht spät, nämlich Anfang der 1990er Jahre, begonnen hat (Abbildung 27). Offensichtlich kann man beim SDT einen skandinavischen Subtyp, bei dem der Wandel des generativen Verhaltens von Anfang an mit der Entkopplung von Ehe und Elternschaft verbunden war, und einen niederländischen Untertyp, bei dem der Anstieg der Nichtehelichenquote der Ausbreitung der Kohabitation mit beträchtlichem zeitlichen Abstand folgt, unterscheiden. Die Entwicklung der Kurven in Abbildung 27 deutet darauf hin, dass sich die Nichtehelichenquote mit der Zeit auf einem bestimmten Niveau einzupendeln scheint. Dieser Wert unterscheidet sich zwischen den verschiedenen Staaten. In Dänemark schwankt der Anteil unehelicher Kinder seit Beginn der 1990er Jahre um 45%, in Schweden scheint sich die Nichtehelichenquote bei Werten um die 55% zu stabilisieren. In Finnland liegt der entsprechende Wert bei etwa 40%, in Irland um die 33%.

Therborn (2006: 202) unterscheidet zwei Idealtypen der unehelichen Fertilität: Das „anglo-franko-skandinavische" Modell, in dem uneheliche Kinder überwiegend in nichteheliche Lebensgemeinschaften hineingeboren werden, und das „amerikanische" Modell, das dadurch charakterisiert ist, dass Mütter zum Zeitpunkt der Geburt ihrer unehelichen Kinder häufig partnerlos sind. In Abbildung 28 ist der Zusammenhang von Nichtehelichenquote und dem Prozentsatz der in einer nichtehelichen Lebensgemein-

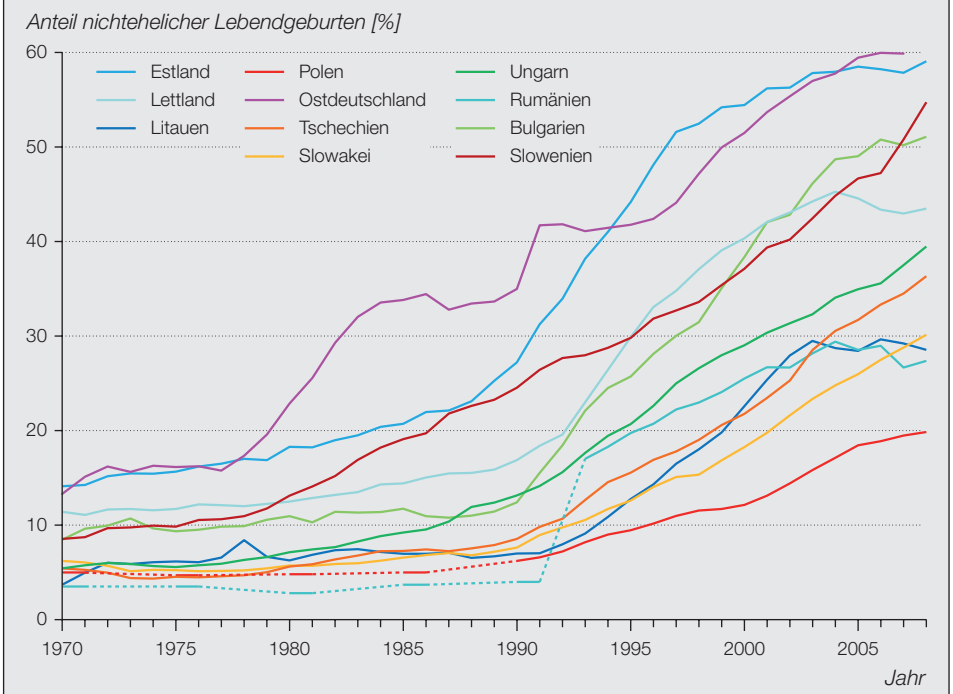
28 Nord-, West- und deutschsprachiges Europa
Nichteheliche Lebendgeburten und nichteheliche Lebensgemeinschaften 2001/2002



Datenquellen: Eurostat 2009; Kreyenfeld und Konietzka 2005, S. 70-74; Sobotka und Toulemon 2008, S. 106; eigene Darstellung

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: T. Zimmermann

29 Postsozialistische Mitgliedsstaaten der EU – Anteil nichtehelicher Lebendgeburten 1970 - 2008



Datenquellen:
Eurostat 2009; GUS 2008a; Mureşan et al. 2008, S. 858; Rothenbacher 2005; Statistikaamet 2008; Statistisches Bundesamt 2009; eigene Darstellung

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: T. Zimmermann

schaft lebenden Frauen in der Altersgruppe der 20- bis 34-Jährigen dargestellt. Staaten, die um mehr als 20% vom Erwartungswert abweichen, sind unterstrichen. Die im Bereich der Regressionskurve liegenden Staaten können als Vertreter des „anglo-franko-skandinavischen" Modells betrachtet werden, wohingegen Belgien, Island, Ostdeutschland und Österreich eher zum „amerikanischen" Modell tendieren. Der Anteil der unehelichen Geburten ist in diesen Ländern deutlich höher als aufgrund der Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften zu erwarten wäre. Einen weiteren Typ bilden die Schweiz und die Niederlande. Hier ist die Nichtehelichenquote *geringer* als erwartet. Dies deutet darauf hin, dass in beiden Ländern nichteheliche Lebensgemeinschaften als Rahmen für die Geburt und Erziehung von Kindern skeptisch beurteilt werden. Die Ausbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften hat in Staaten mit eher traditionellen familienbezogenen Wertvorstellungen – in diesem Fall der Norm, dass Kinder nur im Rahmen einer Ehe geboren werden und aufwachsen sollen, – zu einem Aufschub der ersten Geburt im Lebensverlauf geführt. Darin liegt auch einer der Gründe für das ausgeprägte Postponement in den Niederlanden. In eher liberalen Ländern hat sich dagegen parallel zum Bedeutungsgewinn des unverheirateten Zusammenlebens die Verknüpfung von Ehe und Fortpflanzung gelockert. Der Anstieg des Erstgeburtsalters ist langsamer verlaufen, da sich in erster Linie der Familienstand der Mutter, weniger das Timing der Geburten verändert hat (Lesthaeghe & Willems 1999: 225). Auch wenn die Niederlan-

de als Vorreiter des SDT gelten, und die Niederländer in europaweiten Umfragen regelmäßig durch ausgesprochen liberale Wertvorstellungen auffallen, verhalten sich Paare mit Kinderwunsch dort eher konservativ und ziehen die Ehe als Rahmen für die Geburt und Erziehung von Kindern vor (Coleman & Garssen 2002: 454).

Anfang der 1970er Jahre kam in den meisten Staaten Mittel- und Osteuropas etwa jedes 20. Kind unehelich zur Welt. Mittlere Anteile um zehn Prozent waren für Bulgarien, Lettland und Slowenien charakteristisch, während in der DDR und in Estland mit etwa 15% die höchsten Nichtehelichenquoten registriert wurden. Der Prozentsatz unehelicher Kinder ist in sozialistischer Zeit in den meisten Ländern recht stabil geblieben. Die markantesten Ausnahmen sind die DDR und Slowenien, wo der bis heute andauernde Anstieg des Anteils nichtehelicher Lebendgeburten um 1980 begonnen hat. Eine ähnliche Entwicklung ist in Estland zu beobachten, der Anstieg war jedoch zu Beginn etwas zögerlicher und gewinnt erst ab Ende der 1980er Jahre an Fahrt. Zur gleichen Zeit beginnt in Ungarn der Prozentsatz der Neugeborenen mit unverheirateter Mutter zu steigen. In den übrigen Staaten fällt der Beginn des Anstiegs der Nichtehelichenquote zeitlich mit dem Übergang vom Staatssozialismus zur Marktwirtschaft zusammen. In Ungarn, Tschechien und der Slowakei verlief der Anstieg zwischen 1990 und 2008 fast linear. Bis 2006 galt dies auch für Slowenien; seither ist dort jedoch eine starke Zunahme festzustellen. Slowenien hebt sich damit deutlich von den übrigen Nachfolgestaaten Jugoslawiens ab, wo der Anteil nichtehelicher Lebendgeburten im europaweiten Vergleich am niedrigsten ist (Karte 8). Die Nichtehelichenquote scheint sich in Bulgarien, Estland und Ostdeutschland ab 2005 auf hohem Niveau zu stabilisieren (Abbildung 29). Der Anstieg des Anteils unehelicher Geburten in Estland ähnelt seit 1970 stark der Entwicklung in Skandinavien. Die ersten Jahre der sowjetischen Okkupation waren durch eine für damalige Verhältnisse sehr hohe Nichtehelichenquote geprägt. Zwischen 1955 und 1965 sank der Anteil der Neugeborenen mit unverheirateter Mutter vorübergehend, um danach in den bis heute andauernden Anstieg überzugehen (Katus et al. 2000: 130). Der Anstieg der Nichtehelichenquote in den 1980er Jahren wurde vor allem durch eine höhere Zahl unehelicher Folgegeburten verursacht: 1980 waren vier von fünf nichtehelichen Kindern Erstgeburten, zehn Jahre später nur noch 60% (Vikat 1994: 90).

Der hohe Anteil nichtehelicher Geburten in der DDR wird auf eine unbeabsichtigte Förderung nichtehelicher Elternschaft im Rahmen der pronatalistischen Familienpolitik zurückgeführt. Die Bevölkerungspolitik der DDR enthielt zwar eine Reihe von eheförderndem Elementen, wie Ehekredite oder eine Bevorzugung von Ehepaaren bei der Zuteilung von Wohnraum, auf der anderen Seite gab es jedoch auch Maßnahmen, bei denen Alleinerziehende Vorteile genossen, etwa bei der Zuteilung von Krippenplätzen oder beim Mutterschaftsurlaub. Ab dem zweiten Kind wurden verheiratete und unverheiratete Mütter weitgehend gleich behandelt. Viele Paare entschlossen sich daher zur Heirat, wenn ein zweites Kind gewünscht oder unterwegs war. Ab 1986 wurden verheiratete und unverheiratete Mütter beim Babyjahr gleichgestellt; diese Maßnahme hat jedoch nur zu einer Stagnation, nicht aber zu einem Rückgang der Nichtehelichenquote geführt (Konietzka & Kreyenfeld 2002: 215-216; vgl. auch Abbildung 29). Bei der Entwicklung in der DDR haben auch kulturelle und bevölkerungsgeschichtliche Faktoren eine Rolle gespielt. Die große Zahl vorehelich konzipierter Kinder – 1962 wurden 85% der ehelichen Erstgeborenen vor der Heirat gezeugt – deutet darauf hin, dass die gesellschaftliche Norm, dass sexuelle Beziehungen nur im Rahmen einer Ehe akzeptabel sind, bereits

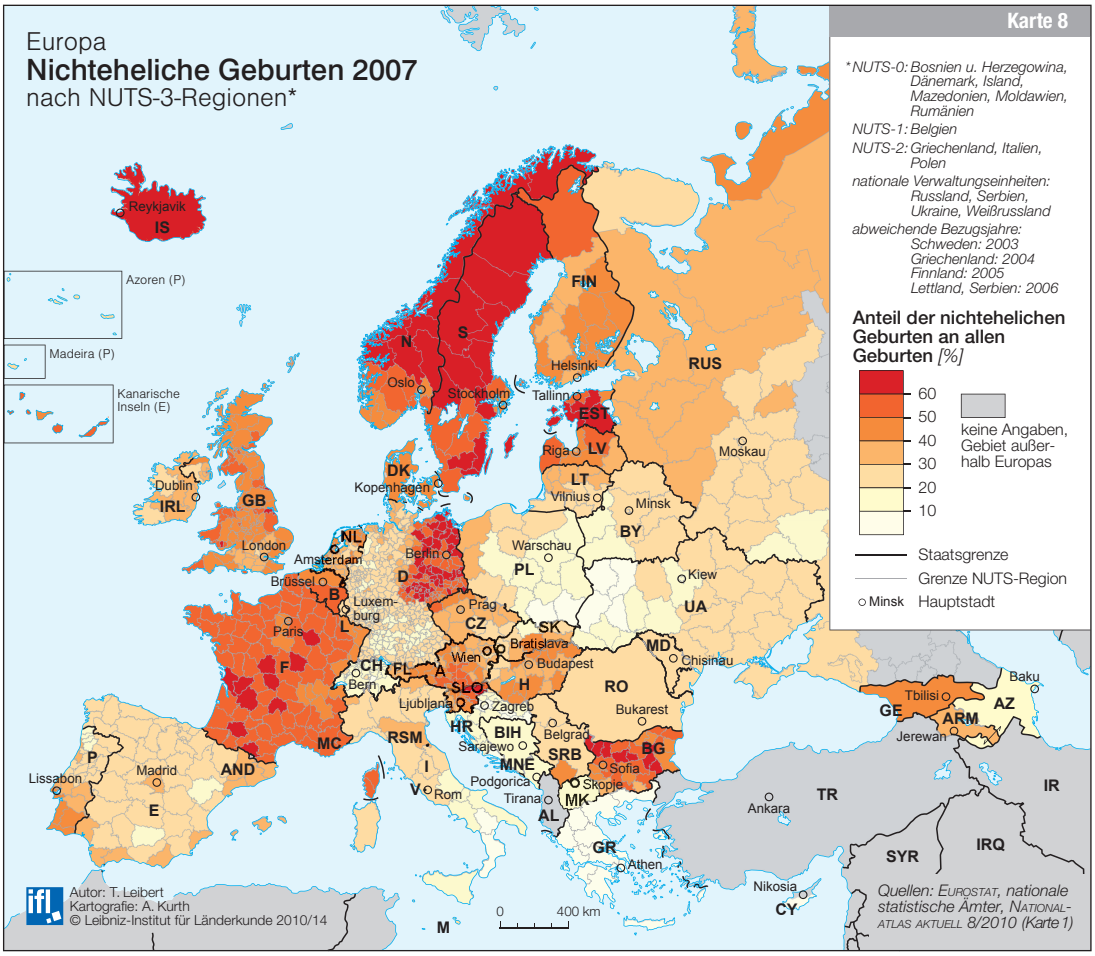
vor der Einführung der bevölkerungspolitischen Maßnahmen weitgehend erodiert war. Qualitative Studien haben gezeigt, dass junge Frauen in Ostdeutschland bereits in den 1950er Jahren weniger Vorbehalte gegen voreheliche sexuelle Beziehungen hatten als Frauen in anderen Ländern, sofern sie von der Ernsthaftigkeit der Paarbeziehung überzeugt waren. Zumindest bei Paaren aus der Arbeiterklasse und im bäuerlichen Bereich scheint vorehelicher Geschlechtsverkehr ohnehin schon vor dem Zweiten Weltkrieg an der Tagesordnung gewesen zu sein (Harsch 2007: 222; 291). Die Nichtehelichenquote in Mittel- und Ostdeutschland war zudem bereits in der Kaiserzeit höher als im Westen. Die Hintergründe dieses Ost-West-Gefälles sind bisher kaum erforscht worden.[84] Die ehemalige innerdeutsche Grenze ist keine Konfessionsgrenze und auch bei wichtigen Entwicklungsindikatoren, etwa der Analphabetenrate, gab es damals keine nennenswerten Ost-West-Disparitäten. Allerdings bestanden bei der zivilrechtlichen Stellung der Frauen insgesamt und der unverheirateten Mütter im Besonderen vor Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches 1900 erhebliche Unterschiede zwischen den westlichen und östlichen Landesteilen (Klüsener & Goldstein 2009). An der hohen außerehelichen Fertilität in Ostdeutschland hat sich auch nach der Übernahme des westdeutschen Institutionensystems, welches den Rückzug der Frauen vom Arbeitsmarkt fördert und die Institution Ehe subventioniert, nichts verändert. Erwartungen, dass sich ostdeutsche Frauen im Laufe der Zeit an das Familienbildungsverhalten der Westdeutschen anpassen würden, haben sich nicht erfüllt (Konietzka & Kreyenfeld 2002: 216). Im Gegenteil: Anstatt auf das westdeutsche Maß zurückzugehen, hat sich der Anstieg der Nichtehelichenquote nach der Wiedervereinigung weiter fortgesetzt.

Ausgeprägte regionale Disparitäten bei der Nichtehelichenquote gibt es nicht nur in Deutschland, sondern auch in Portugal (Karte 8), das durch einen ausgeprägten Nord-Süd-Gegensatz mit einem tief katholischen Norden und einem religionsfernen Süden, wo nichteheliche Lebensgemeinschaften und unverheiratete Mutterschaft Tradition haben, gekennzeichnet ist (Lesthaeghe & Surkyn 2004: 11; Livi Bacci 1971: 129-130). Als weitere Gründe für die höhere Nichtehelichenquote im Süden Portugals gelten die modernere Wirtschaftsstruktur, eine höhere Frauenerwerbsquote und der hohe Bevölkerungsanteil von Zuwanderern aus den ehemaligen Kolonien (Gonzáles López & Solsona Pairó 2000: 75). Historische Pfadabhängigkeiten spielen auch in Österreich eine Rolle. Bis heute sind die traditionellen Zentren der unverheirateten Mutterschaft, Kärnten und die Steiermark[85], die Bundesländer mit der höchsten Nichtehelichenquote. Es sind allerdings auch Entwicklungen festzustellen, die einem einfachen historischen Determinismus widersprechen. So ist der Anteil der unehelichen Geburten im „heiligen Land" Tirol, dem Bundesland mit dem niedrigsten Ausgangsniveau innerhalb der heutigen Grenzen Österreichs, besonders stark angestiegen. Mit einer Nichtehelichenquote um 30% liegen Wien und Niederösterreich dagegen heute nur leicht über den Werten der 1870er und 1880er Jahre (Ertl 1887: 414; Karte 8).

Im Gegensatz zum Postponement, das als ein „urbaner" Aspekt des Wandels des generativen Verhaltens identifiziert wurde, sind nichteheliche Geburten in den meisten

84 Eine Ausnahme ist die Studie von Klüsener und Goldstein (2012).

85 Zu Erklärungsansätzen für die hohen Nichtehelichenquoten in den beiden Bundesländern siehe Mitterauer (1983) und von Zwiedineck-Südenhorst (1895); letztere Studie geht auch auf subregionale Muster ein. Untersuchungen zu unverheirateten Müttern in Österreich liegen auch von Kytir (1992) und Kytir & Münz (1986) vor.

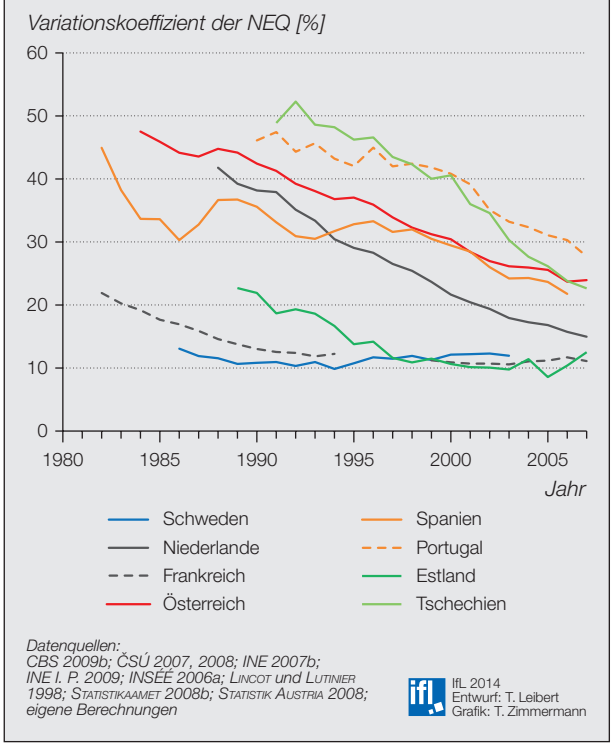


Staaten mittlerweile ein eher „ländliches“ Phänomen. Insbesondere die Hauptstadtregionen zeichnen sich durch (unter-)durchschnittliche Werte und unterdurchschnittliche Zuwächse aus. In Inner London ist der Anteil der unehelichen Lebendgeburten zwischen 1991 und 2005 entgegen dem landesweiten Trend leicht gesunken.[86] Offensichtlich gibt es den oben angesprochenen Wert, auf dem sich die Nichtehelichenquote mit der Zeit einpendelt, auch auf der regionalen Ebene, was zu einem Abbau regionaler Disparitäten führt. In der Zeitreihenperspektive sind entsprechende Tendenzen in zahlreichen EU-Staaten festzustellen (Abbildung 30).

Trotzdem sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Landesteilen mit Ausnahme Spaniens überall größer als bei der TFR. Dies deutet darauf hin, dass die Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung stärker von regionalen Subkulturen bestimmt wird als das Gebärverhalten im Allgemeinen, aber auch, dass diese Subkulturen zunehmend an Gewicht verlieren. Die Entwicklung der Nichtehelichenquoten auf regionaler Ebene folgt

86 Eigene Berechnungen; Datenquelle: National Statistics (1993; 2007a)

30 Ausgewählte EU-Staaten Variationskoeffizient der Nichtehelichenquote 1982 - 2007 auf NUTS-3-Ebene[87]



Datenquellen: CBS 2009b; ČSÚ 2007, 2008; INE 2007b; INE I. P. 2009; INSEE 2006a; Lincot und Lutinier 1998; Statistikaamet 2008b; Statistik Austria 2008; eigene Berechnungen

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: T. Zimmermann

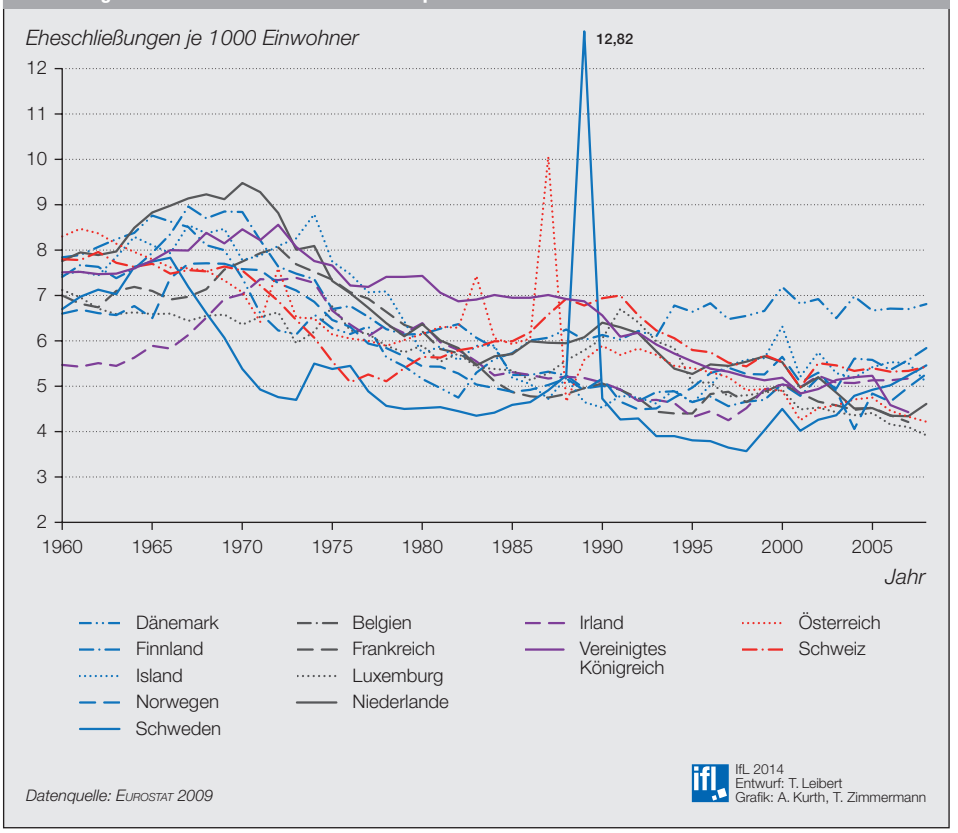
damit den Erwartungen der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs: Im Zuge des Diffusionsprozesses ist zunächst ein Anstieg der regionalen Disparitäten festzustellen, der in einem fortgeschritteneren Stadium des SDT von einem Konvergenztrend abgelöst wird. Die Entwicklung der Raten auf nationaler Ebene lässt jedoch Zweifel aufkommen, ob neben der *intra*- auch eine *inter*nationale Konvergenz zu erwarten ist, da sich die Entwicklungsgeschwindigkeiten in den Ländern, in denen der Anstieg der Nichtehelichenquote noch andauert, deutlich unterscheiden. Allen Europäisierungs- und Globalisierungstrends zum Trotz scheinen nationale Werte-, Wirtschafts- und Institutionensysteme auch in Zukunft eine Konvergenz bei der Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung zu verhindern. Dies gilt umso mehr, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der ‚*Leader*' Island derzeit mehr als 60 Prozentpunkte „Vorsprung" vor dem ‚*Laggard*' Albanien hat (Abbildung 27; Gjonca et al. 2008: 278).

5.5 Ehe und Scheidung

Die Entwicklung der Heiratsrate in Nord- und Westeuropa zwischen 1960 und 2008 kann in mehrere Phasen eingeteilt werden, wobei es schwierig ist, angesichts zahlreicher nationaler Sonderwege ein idealtypisches Muster auszumachen. Auf einen Heiratsboom, dessen Höhepunkt zwischen Mitte der 1960er (Dänemark, Schweden) und Mitte der 1970er Jahre (Irland, Island) erreicht wurde, folgt ein Rückgang der Heiratshäufigkeit. Um 1990 ist in vielen Staaten ein zweiter, weniger ausgeprägter Peak auszumachen, auf den ein erneuter Rückgang der Heiratsrate folgt. Nach der Jahrtausendwende deutet sich eine Stabilisierung an; die Disparitäten zwischen den Staaten scheinen geringer zu werden. Aktuell ist die Heiratsrate in Skandinavien am höchsten. Dänemark weist bereits

87 Österreich: Politische Bezirke

31 Ausgewählte Staaten Nord- und Westeuropas – Rohe Heiratsrate 1960 - 2008 [88]

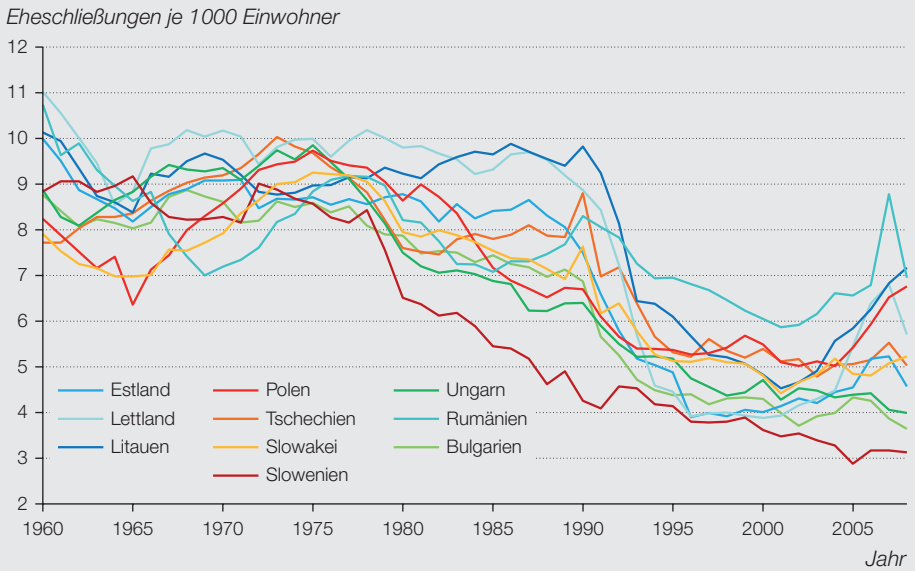


seit Anfang der 1990er Jahre mit Abstand die höchste Zahl der Eheschließungen pro 1000 Einwohner auf; seit Beginn des Jahrtausends steigen die Raten auch im traditionell heiratsmüden Schweden (Abbildung 31). Der Anstieg der Heiratsraten in Skandinavien belegt, dass der SDT nicht unbedingt mit extrem niedrigen Eheschließungsziffern einher gehen muss und untermauert damit die im vorangegangenen Kapitel vertretene These, dass sich die Ehe im Verlauf des Zweiten Demographischen Übergangs zwar wandelt, aber nicht verschwindet.

In den meisten MOE-Staaten begann ein nachhaltiger Rückgang der Heiratsraten bereits Mitte bis Ende der 1970er Jahre (Abbildung 32), wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Während die Heiratsneigung insbesondere in Slowenien, Ungarn und Polen

88 Die Peaks 1972, 1983 und 1987 in Österreich erklären sich durch aufgeschobene bzw. vorgezogene Eheschließungen im Zusammenhang mit der Einführung der Heiratsbeihilfe für Erstvermählte zum 01.01.1972, Gerüchten, dass diese familienpolitische Leistung zum 01.01.1984 abgeschafft werden solle und der zum 01.01.1988 dann tatsächlich umgesetzten Abschaffung der Heiratsbeihilfe (Statistik Austria 2009: 29). Der Peak 1989 in Schweden ist die Folge einer (für überlebende Ehefrauen ungünstigen) Reform der nationalen Witwenrente. Der „Heiratsboom" wurde insbesondere von vor 1945 geborenen Frauen getragen und beschränkte sich fast ausschließlich auf den Dezember 1989. In diesem Monat wurden 64000 Ehen geschlossen, im Vergleich zu insgesamt 40000 Heiraten im gesamten Jahr 1988. Zwischen Januar und Oktober 1989 unterschied sich das Heiratsverhalten dagegen kaum vom Vorjahr. Dieses Muster ist vermutlich auf die intensive Berichterstattung der Medien über die Reform Ende 1989 zurückzuführen (Hoem 1991).

32 MOE-Staaten – Rohe Heiratsrate 1960 - 2008



Datenquelle: Eurostat 2009, eigene Berechnungen

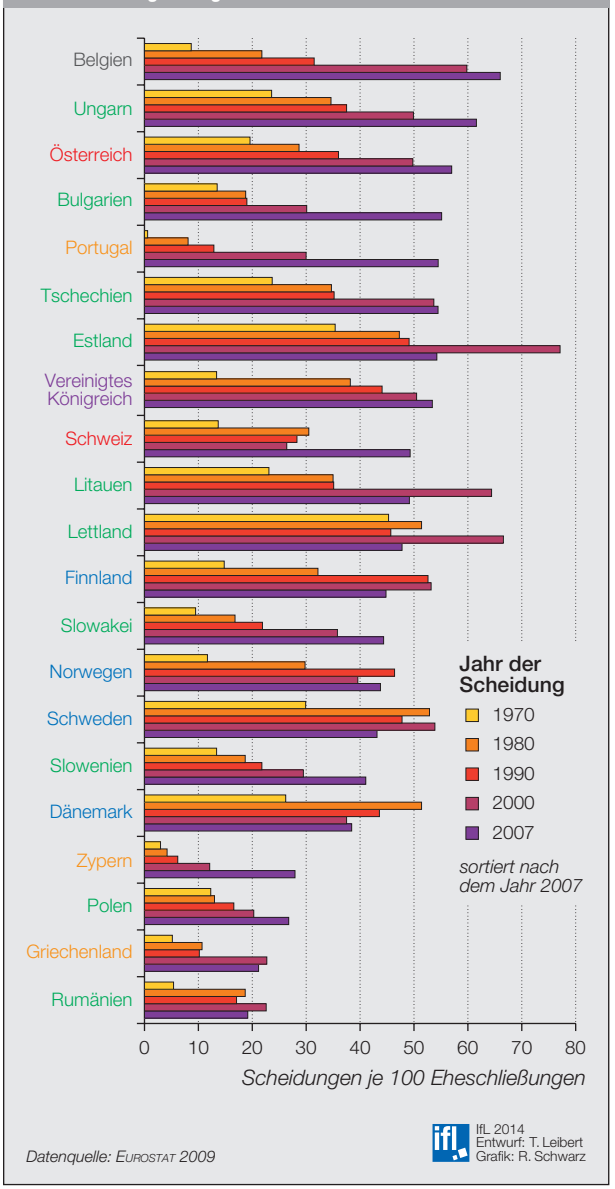
IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: A. Kurth, T. Zimmermann

schon vor 1989 deutlich gesunken ist, war der Rückgang in Bulgarien und der Slowakei eher graduell. Eine Ausnahme vom Bild einer rückläufigen Heiratsneigung in der spätsozialistischen Ära stellen die baltischen Staaten dar, wo die Heiratsrate bis zum Ende der Sowjetunion auf hohem bis sehr hohem Niveau stagnierte, um dann massiv einzubrechen. In den frühen 1990er Jahren ist die Heiratsrate auch in den anderen postsozialistischen EU-Mitgliedsstaaten deutlich zurückgegangen, allerdings – mit Ausnahme Tschechiens – nirgendwo so drastisch wie im Baltikum. Das aktuelle Bild ist uneinheitlich. Nach einer kurzen Phase der Konvergenz um die Jahrtausendwende differenziert sich das Heiratsverhalten wieder aus. In Litauen und Polen zeichnet sich eine Erholung der Heiratsrate ab, die jedoch zumindest teilweise ein Echoeffekt des Babybooms der frühen 1980er Jahre ist. Auch in Estland, Lettland und Rumänien kommen geburtenstarke Jahrgänge ins heiratsfähige Alter, der Erholungstrend der Heiratsrate wurde jedoch 2008 jäh unterbrochen. Offensichtlich hat der Heiratsmarkt in den genannten Staaten sehr schnell auf die Wirtschafts- und Finanzkrise reagiert. In Bulgarien, Slowenien und Ungarn, wo die niedrigsten Heiratsraten Europas registriert werden, hält die Heiratsmüdigkeit weiter an. Der Rückgang der Heiratsrate hat sich in den Staaten Mittel- und Osteuropas trotz gelegentlicher kleinerer „Heiratsbooms" somit als nachhaltig erwiesen. Lediglich in Polen wurde 2008 wieder das Niveau der späten 1980er Jahre erreicht. Die in den Abbildungen 31 und 32 dargestellten Entwicklungstrends deuten nicht darauf hin, dass sich die nationalen Muster des Heiratsverhaltens angleichen.

Ausgeprägte zwischenstaatliche Unterschiede zeigen sich auch bei der Scheidungshäufigkeit, für die ebenfalls kein einheitlicher Entwicklungstrend erkennbar ist (Ab-

bildung 33). Durch durchgehend niedrige Werte zeichnen sich insbesondere die sozial konservativen Staaten Griechenland, Polen, Rumänien und Zypern aus. Die traditionellen „Scheidungshochburgen", die bereits 1970 eine hohe Scheidungshäufigkeit aufwiesen, sind die baltischen Staaten, Dänemark, Österreich, Schweden, die Tschechische Republik und Ungarn. Die genannten mittel- und osteuropäischen Staaten gehören bis heute zur Spitzengruppe. In Skandinavien steigen dagegen nicht nur die Heiratsraten, auch die Scheidungswahrscheinlichkeit ist rückläufig und liegt mittlerweile eher im europäischen Mittelfeld. Mit Belgien, Bulgarien, Portugal und der Schweiz gehören aktuell Staaten zur Gruppe der Länder mit der höchsten Scheidungshäufigkeit, die bis in die 1990er Jahre hinein eher unterdurchschnittliche Werte aufwiesen. Falls die Entwicklung in Skandinavien tatsächlich die Blaupause für den Wandel des generativen Verhaltens in anderen Teilen Europas darstellt, deutet sich an, dass auf eine Phase der Instabilität eine gewisse Renaissance der Institution Ehe folgt. Eine Retraditionalisierung des Familienbildungsverhaltens ist damit jedoch nicht verbunden, wie die anhaltend hohen Nichtehelichenquoten und die unverändert große Bedeutung nichtehelicher Lebensgemeinschaften belegen. Die Institution Ehe wandelt sich von der zwingenden Voraussetzung für eine Familiengründung zu einem zwar optionalen, aber dennoch populären „Sahnehäubchen" in einer späteren Phase der Familienbiographie.

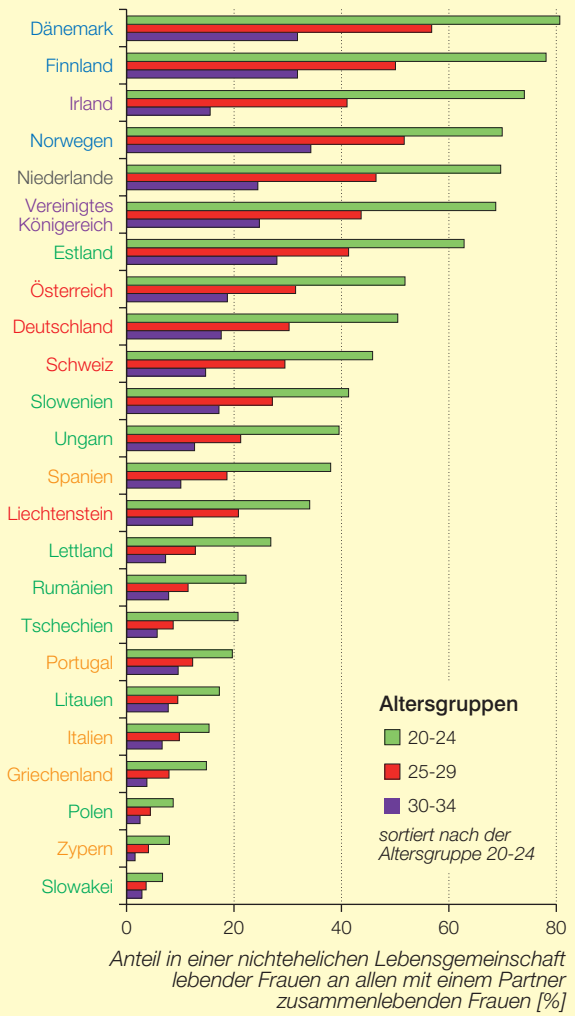
33 Ausgewählte Staaten Europas Scheidungshäufigkeit 1970 - 2007



5.6 Nichteheliche Lebensgemeinschaften

Bei der quantitativen Bedeutung des unverheirateten Zusammenlebens sind erhebliche Unterschiede zwischen den europäischen Staaten festzustellen (Abbildung 34). Nichteheliche Lebensgemeinschaften sind in Griechenland, Italien, Litauen, Polen, der Slowakei und Zypern ein seltenes Phänomen. Dänemark, Estland, Finnland, die Niederlande, Norwegen, das Vereinigte Königreich – und, für viele sicher überraschend, Irland – weisen dagegen besonders hohe Anteile unverheiratet zusammenlebender Paare auf.

34 Ausgewählte Staaten Europas
Frauen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften 2001 nach Altergruppen



Datenquelle: Eurostat 2009

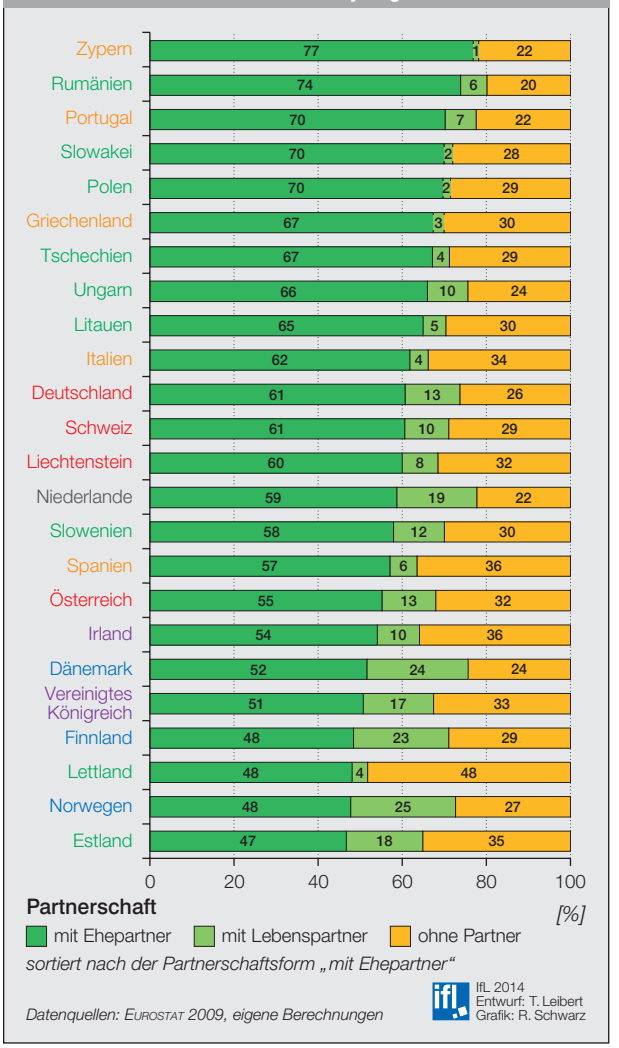
IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: R. Schwarz

Tendenziell zeichnet sich also ein Nord-/Süd- und ein Ost-/West-Gegensatz ab. Der deutschsprachige Raum, ergänzt durch Ungarn und Slowenien, bildet eine Übergangszone mit mittleren Anteilen. Ein Trend ist jedoch in allen Staaten gleich: der Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften sinkt mit steigendem Lebensalter, was die These stützt, dass die nichteheliche Lebensgemeinschaft häufig eine Vorstufe zur Ehe darstellt. Dass in den Vorreiterstaaten zwischen einem Viertel und einem Drittel der Frauen der Altersgruppe 30-34 in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebt, ist zusätzlich ein Indiz für die zunehmende Funktion dieser Lebensform als – wenigstens zeitweilige – Alternative zur Ehe.

Ein hoher Anteil von Konsensualpaaren geht nicht unbedingt mit einer geringeren Bindungsquote einher, wie Abbildung 35 zeigt. Es gibt unter den Hochburgen des unverheirateten Zusammenlebens Staaten mit einem relativ niedrigen Anteil von Frauen Anfang 30, die nicht mit einem Partner zusam-

menleben (z.B. Dänemark), aber auch solche mit einer unterdurchschnittlichen Bindungsquote (z.B. Estland). Entsprechende Unterschiede gibt es auch in der Gruppe der Länder, in denen nichteheliche Lebensgemeinschaften ein marginales Phänomen sind. In Rumänien und Zypern lebt nur jede fünfte Frau im Alter zwischen 30 und 34 Jahren allein oder als Kind bei ihren Eltern. Italien und Lettland zeichnen sich dagegen durch einen besonders hohen Anteil von nicht mit einem Partner zusammenlebenden Frauen aus.

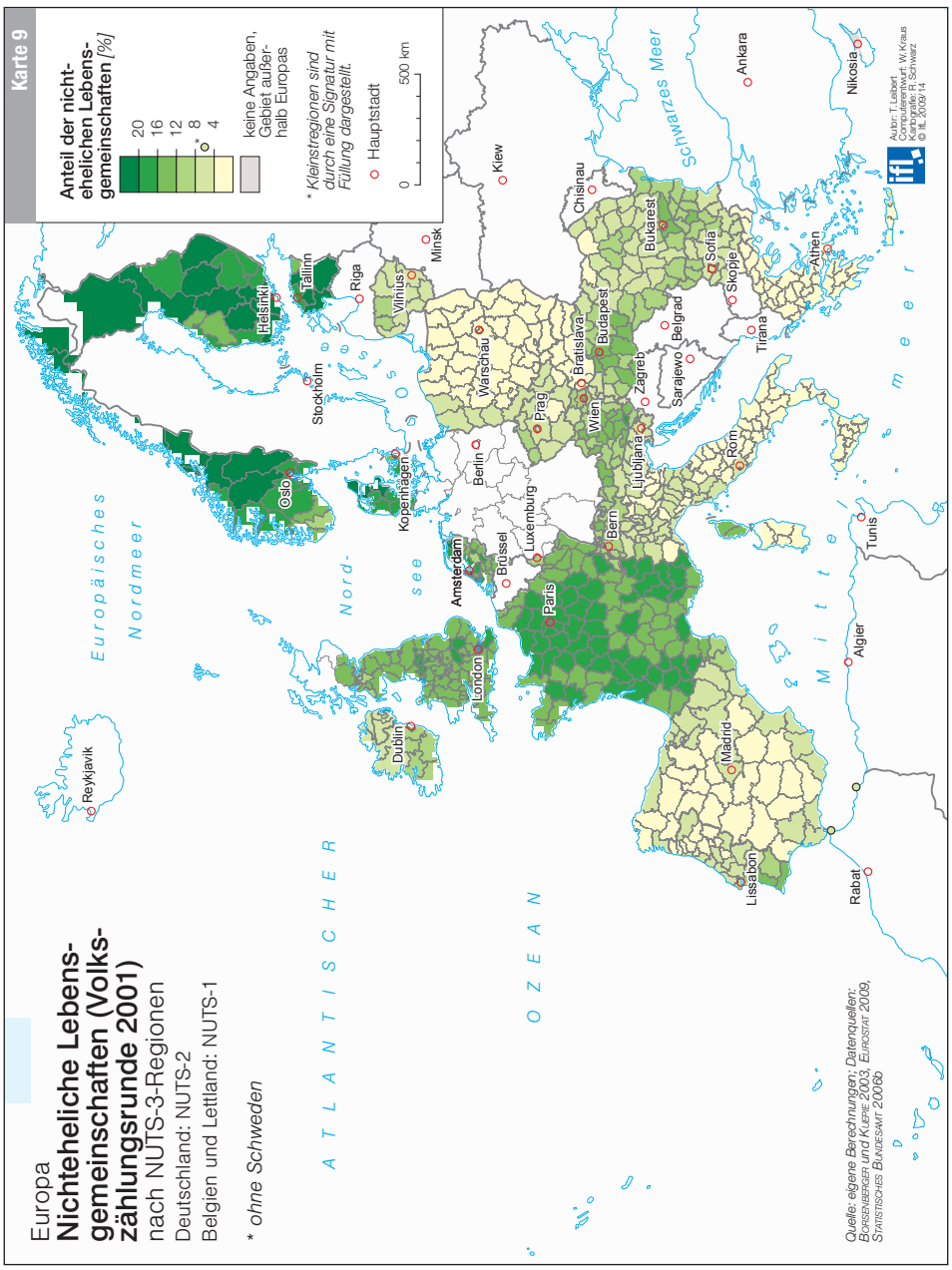
35 Ausgewählte Staaten Europas Partnerschaftsformen 30- bis 34-jähriger Frauen 2001



Karte 9 zeigt, dass es keinen einfachen, allgemein gültigen Erklärungsansatz für die regionale Verteilung des unverheirateten Zusammenlebens gibt. Mit Ausnahme der Slowakei, wo die Kohabitation in allen Landesteilen eine Ausnahmeerscheinung ist, gibt es in allen Staaten mehr oder weniger große regionale Disparitäten in der quantitativen Bedeutung nichtehelicher Lebensgemeinschaften. In vielen Ländern weisen städtisch geprägte Regionen einen überdurchschnittlichen Anteil von Konsensualpaaren auf. In den skandinavischen Staaten, aber auch in Deutschland, gibt es daneben auch ausgesprochen ländliche Regionen, die als Hochburgen des unverheirateten Zusammenlebens in Erscheinung treten. In Spanien scheint der Tourismus die Verbreitung alternativer Lebensformen zu fördern.[89] Der höchste Prozentsatz unverheirateter Paare lebt auf den Balearen und den Kanarischen Inseln. Eine weitere Hochburg liegt in Katalonien, einer Region, die schon seit dem Ersten Demographischen Übergang als das Zentrum demo-

89 Ein weiterer begünstigender Faktor ist die Zuwanderung, insbesondere aus Lateinamerika. Für die deutlich beschleunigte Ausbreitung des unverheirateten Zusammenlebens seit dem Jahr 2000 sind internationale Wanderungen allerdings nur teilweise verantwortlich. Es zeichnet sich vielmehr ab, dass voreheliche NLG bei jungen Spaniern zu einem „generellen Trend“ werden (Muñoz-Pérez & Recaño-Valverde 2011: 505).

graphischer Innovationen in Spanien gilt (vgl. Abschnitt 2.1). Historische Pfadabhängigkeiten mit einer überdurchschnittlichen quantitativen Bedeutung nichtehelicher Lebensgemeinschaften in Regionen mit traditionell hohen Nichtehelichenquoten zeichnen sich z.B. in Österreich und Portugal ab. In Estland kommt ein ethnischer Faktor dazu: Die Regionen mit dem geringsten Bevölkerungsanteil ethnischer Esten, Harjumaa und Ida-



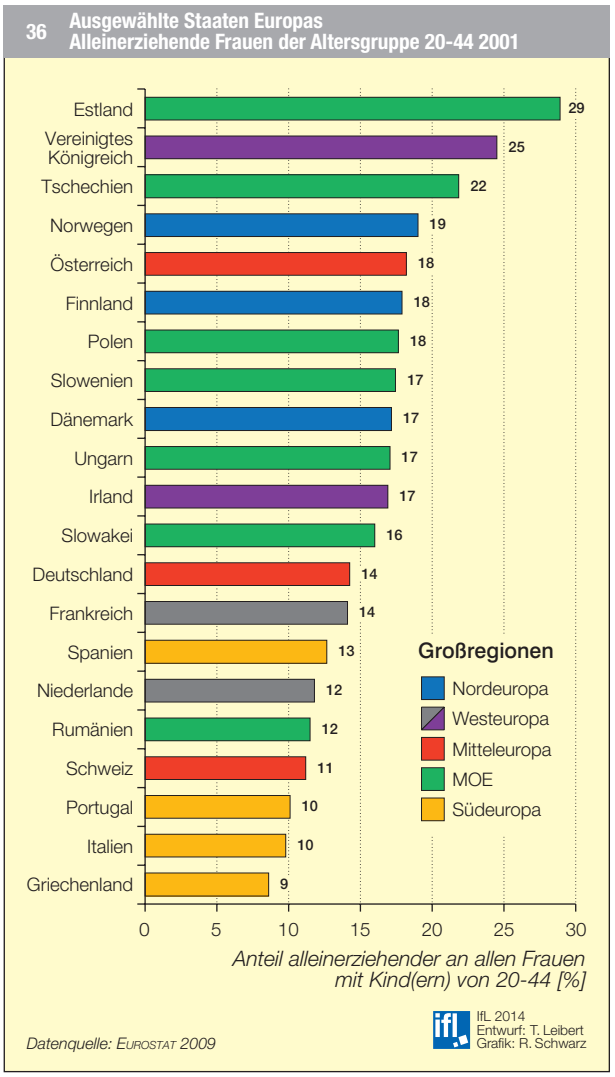
Virumaa, zeichnen sich gleichzeitig durch den niedrigsten Prozentsatz nichtehelicher Lebensgemeinschaften aus (Statistikaamet 2001: 22-28; 2002: 27-28). In Tschechien ist ein Zusammenhang zwischen dem Anteil unverheirateter Paare und dem regionalen Säkularisierungsgrad erkennbar. In Nordböhmen, wo der Anteil der Kirchenmitglieder an der Gesamtbevölkerung unter 25% liegt, ist der Anteil der Konsensualpaare überdurchschnittlich hoch, während in den Regionen Vysočina und Zlín im Südosten des Landes ein besonders niedriger Prozentsatz der Paare ohne Trauschein zusammenlebt. In diesen Regionen liegt der Anteil der Kirchenmitglieder mit zirka 70% weit über dem Landesmittel von 32% (Havlíček & Hupková 2008: 307).

5.7 Allein erziehende Mütter

Als SDT-Indikator ist der Prozentsatz allein erziehender Mütter (und Väter[90]) aus drei Gründen von Belang. Einerseits ist die Existenz von Einelternfamilien ein Indiz für die Instabilität der Institution Ehe, die auch durch die Investition in beziehungsspezifisches Kapital – sprich gemeinsame Kinder – nicht mehr verhindert wird. Zweitens kann die Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung zu einer Erhöhung der Zahl der Alleinerzieherinnen beitragen, vor allem wenn das Kind nicht in eine nichteheliche Lebensgemeinschaft hineingeboren wird. Schließlich ist für das zukünftige Muster des generativen Verhaltens von Bedeutung, dass Personen, die nicht in einer intakten ehelichen Familie aufgewachsen sind, als Erwachsene selbst zu einem nicht-traditionellen Familienbildungsverhalten tendieren. Allein erziehende Eltern hat es auch in früheren Zeiten gegeben. Die Ursachen, die zur Entstehung von Ein-Eltern-Familien führen, sind heute jedoch andere. Damals war vor allem der Tod des Ehepartners dafür verantwortlich, dass ein Elternteil allein die Verantwortung für die Kindererziehung übernehmen musste, heute sind es dagegen Scheidungen oder die Geburt von Kindern außerhalb einer festen Partnerschaft (Bach 2002: 85-91).

In Abbildung 36 ist der Anteil der allein erziehenden Mütter in den EU- und EFTA-Staaten um 2000 dargestellt. Es wird deutlich, dass die Anteile in Westeuropa, Mittel- und Osteuropa und im deutschen Sprachraum stark variieren, während die Streuung in Südeuropa und Skandinavien geringer ist. Offensichtlich spielen länderspezifische Besonderheiten, etwa bei den Transferleistungen für benachteiligte Familien, eine wichtige Rolle. Im europäischen Vergleich ist der Prozentsatz der allein erziehenden Frauen in Estland und dem Vereinigten Königreich am höchsten. In beiden Staaten kommen mehrere „Risikofaktoren“ zusammen. Die Teenagerfertilität ist hoch, wobei Teenagergeburten häufig auch Geburten von Frauen sind, die keinen festen Partner haben. Zusätzlich zeichnen sich Estland und das Vereinigte Königreich durch vergleichsweise hohe Scheidungsraten und Nichtehelichenquoten aus. In der Tschechischen Republik, die auf dem dritten Platz folgt, dürfte sich die deutliche Unterschätzung nichtehelicher Lebensgemeinschaften im Zensus (Zeman 2007b: 6-7) auf den Prozentsatz der allein erziehenden

90 Auf die allein erziehenden Väter wird im Folgenden nicht näher eingegangen, da einerseits kaum wissenschaftliche Untersuchungen zu diesem Thema vorliegen und andererseits der Prozentsatz der Alleinerzieher an den mit Kindern zusammenlebenden Männern mit Werten zwischen 1,3% in den Niederlanden und 3,8% in Spanien (Sobotka & Toulemon 2008: 123) in allen Makroregionen Europas sehr niedrig ist.



Mütter auswirken, der wohl niedriger ist, als in Abbildung 36 suggeriert wird.[91] Wenig überraschend ist, dass der Anteil der Alleinerzieherinnen in Staaten mit einer engen Kopplung von Ehe und Fortpflanzung und niedrigen Scheidungsraten wie Griechenland und Italien sehr niedrig ist. Allerdings handelt es sich dabei nicht um eine allgemein gültige Gesetzmäßigkeit, wie der überdurchschnittliche Anteil allein erziehender Mütter in Polen belegt. Betrachtet man die nord- und westeuropäischen Staaten als die Ländergruppe, in welcher der SDT am weitesten fortgeschritten ist, deutet sich an, dass ein hoher Prozentsatz von Einelternfamilien eine Konsequenz des Zweiten Demographischen Übergangs sein *kann*, aber nicht *muss*.

5.8 Fazit

Die in der Kapitelüberschrift aufgeworfene Frage, ob der Wandel des generativen Verhaltens in Europa in Richtung einer zunehmenden Konvergenz der Familienbildungsmuster innerhalb der und zwischen den Staaten verläuft oder ob das einzig einigende Moment die anhaltende Vielfalt ist, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Beide Elemente sind erkennbar; daher ist es sinnvoll, die Vorstellung einer Polarität und Ausschließlichkeit von Konvergenz und Diversität aufzugeben und stattdessen, in Anlehnung an Billari und Wilson (2001: 5) von einem Entwicklungsprozess auszugehen, der beide Elemente enthält: ‚*Convergence to diversity*'. In einigen Bereichen, etwa beim Anstieg der Nichtehelichen-

91 Für diese Einschätzung sprechen auch die Zahlen von Iacovou und Skew (2011: 471, 479), nach denen sowohl der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten als auch die Verteilung der Kinder über die verschiedenen Familien- bzw. Haushaltsformen (Ehe, NLG, Einelternfamilie, zusammengesetzter Haushalt) kaum vom EU27-Durchschnitt abweicht.

quote ist eine Trendkonvergenz unverkennbar. Die Entwicklung geht in allen Staaten in die gleiche Richtung, aber die Unterschiede in Niveau und Entwicklungsgeschwindigkeit sind beträchtlich. Auch die Alterung der Fertilität ist ein solcher übergreifender Prozess. Auf der anderen Seite ist beim Heirats- und Scheidungsverhalten allenfalls mit viel Phantasie eine Trendkonvergenz zu erkennen. In diesem Bereich überwiegt das Trennende. Angesichts der kulturellen Vielfalt Europas, der trotz europäischer Einigung unverändert großen Unterschiede im Bereich der sozialstaatlichen Sicherungssysteme, der Organisation der Arbeitsmärkte sowie im Bereich des Familienrechts und der Familienpolitik wäre eine Konvergenz des generativen Verhaltens ohnehin unwahrscheinlich. Demographische Vielfalt wird auch in Zukunft ein Markenzeichen Europas sein. Hier offenbart sich eine Schwäche des Zweiten Demographischen Übergangs: Die Theorie sagt zwar recht gut voraus, wohin die Gleise führen, aber nicht, wie weit und mit welcher Geschwindigkeit der Zug fährt. In diesem Sinne wäre es tatsächlich besser, wie in Abschnitt 2.6 angedacht, von einer demographischen *Revolution* zu sprechen. Im Gegensatz zum Begriff *Übergang*, der mit der Vorstellung eines Gleichgewichtszustand zu Beginn und nach Abschluss des Wandels verbunden ist, und damit nicht nur eine Trend-, sondern strenggenommen sogar eine absolute Konvergenz voraussetzt, ist das Konzept der demographischen *Revolution* offener für persistente nationale und regionale Unterschiede und Besonderheiten. Dies gilt umso mehr, als aufgrund der fehlenden „Endvision" in den grundlegenden theoretischen Aufsätzen in der Forschungspraxis immer wieder unterstellt wird, dass Schweden den idealtypischen Verlauf des SDT repräsentiert. Aber ist Schweden wirklich der Trendsetter? Oder das erstaunlich heiratsfreudige Dänemark? Oder die Niederlande mit ihrer stärker ausgeprägten Kopplung von Ehe und Fortpflanzung? Eine Theorie der „Zweiten Demographischen Revolution" würde zumindest Befürwortern und Kritikern die verzweifelte Suche nach einem Idealtyp des Wandels des generativen Verhaltens ersparen.

6 Eine regionale Typologie des generativen Verhaltens in Europa

Im vorangegangenen Kapitel wurde der Wandel des generativen Verhaltens in den Transformationsstaaten und in Nord- und Westeuropa seit 1970 unter der Fragestellung diskutiert, ob ein Trend zu einer Konvergenz des Familienbildungsverhaltens erkennbar ist. Es wurde deutlich, dass sich die demographische Entwicklung am besten mit dem Schlagwort ‚*Convergence to diversity*' beschreiben lässt. Lassen sich dabei – wenn es schon keinen übergeordneten einheitlichen Entwicklungstrend gibt – wenigstens großräumige Typen ähnlichen Familienbildungsverhaltens feststellen, mit denen etwas Ordnung in die Vielfalt der Indikatoren des generativen Verhaltens gebracht werden kann?

Familienforscher unterteilen bei vergleichenden Untersuchungen zum Heiratsverhalten, zur außerehelichen Fertilität und zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften Europa häufig in drei oder vier Makroregionen. West- und Nordeuropa zeichnen sich demnach durch ein spätes Heiratsalter, einen hohen Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften und einen vergleichsweise hohen Grad der Beziehungsinstabilität aus. Osteuropa erscheint als eine Region im Umbruch mit relativ niedrigem Erstheiratsalter, hohen Scheidungsraten und einer eher geringen Verbreitung des unverheirateten Zusammenlebens. In Südeuropa herrscht dagegen ein sehr konservatives Familienbildungsmuster bei weit unterdurchschnittlicher Fruchtbarkeit vor. Die Scheidungsraten sind ausgesprochen niedrig und Konsensualpaare sind trotz eines hohen Erstheiratsalters ein Randphänomen (Therborn 2006: 220-222). Ein bekanntes und häufig zitiertes Beispiel für eine solche Typologie ist der Vorschlag von Roussel (1992: 137-138), der für seine demographische Gliederung Westeuropas vier Indikatoren verwendet: die TFR, den Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften, die Scheidungsrate und die Nichtehelichenquote. Es ergeben sich vier Ländergruppen (Tabelle 10): Gruppe A umfasst Griechenland, Italien, Spanien und Portugal; der Gruppe B ordnet Roussel Frankreich, die Niederlande, Norwegen und das Vereinigte Königreich zu. Gruppe C besteht aus Dänemark und Schweden, zur Gruppe D gehören Belgien, die BRD, Luxemburg, Österreich und die Schweiz.

In diesem Kapitel soll der Frage nachgegangen werden, ob sich die Vielfalt des generativen Verhaltens in Europa auf einige wenige Idealtypen eindampfen lässt, die räumlich zusammenhängende Makroregionen bilden. Von besonderem Interesse ist natürlich, ob der ehemalige Eiserne Vorhang noch immer eine demographische Grenze bildet, die quer durch Europa verläuft, und ob der SDT tatsächlich auf Nordwesteuropa beschränkt ist. Dabei wird zunächst mit einem beschränkten Satz von

Tab. 10 Typologie der europäischen Familien nach demographischen Charakteristika (Vorschlag von Louis Roussel)

	Gruppe A	Gruppe B	Gruppe C	Gruppe D
	Südeuropa	*Westeuropa*	*Nordeuropa*	*Mitteleuropa*
Fruchtbarkeit	niedrig	niedrig	relativ hoch	sehr niedrig
Scheidungsrate	niedrig	hoch	hoch	hoch
Kohabitation	niedrig	niedrig	hoch	mittel
Nichtehelichenquote	niedrig	mittel	mittel-hoch	niedrig

Quelle: eigene Darstellung nach Roussel 1992, S. 137

aktuellen Variablen eine Typologie auf der nationalen Ebene entwickelt. Anschließend wird eine demographische Klassifizierung der NUTS-3-Regionen vorgestellt, die auf Daten der Volkszählungsrunde 2001 basiert. Leider stehen nur für 21 der 31 EU- und EFTA-Staaten alle erforderlichen Daten zur Verfügung. Belgien, Bulgarien, Deutschland, Lettland, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Schweden und Slowenien können nicht berücksichtigt werden. Bevor auf die Typologien eingegangen wird, werden die für die statistischen Analysen in dieser Arbeit verwendeten Methoden diskutiert.

6.1 Methodik: Faktor- und Clusteranalysen

Zur Beantwortung der Frage, ob sich in Europa Raumtypen des generativen Verhaltens entwickelt haben, die dem in Abschnitt 2.8 entwickelten „Profil" des Zweiten Demographischen Übergangs entsprechen, wird das Verfahren der Faktoranalyse verwendet. Neben anderen Einsatzbereichen, auf die hier nicht näher eingegangen wird, ist die Entdeckung „hinter" den Variablen liegender Zusammenhänge eines der wichtigsten Motive für den Einsatz dieses multivariaten statistischen Verfahrens in den Sozialwissenschaften. Zum Verständnis des menschlichen Verhaltens oder anderer sozialer Phänomene sind einfache Modelle, die Sachverhalte mit einem beschränkten Variablensatz zu erklären versuchen, häufig wenig befriedigend. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass eine Vielzahl von Einflussfaktoren wirksam ist, die häufig auch noch in Wechselwirkung miteinander stehen. Ziel der Faktoranalyse ist, diese Komplexität auf einfache, voneinander statistisch unabhängige Beschreibungs- und Erklärungsvariablen zu reduzieren (Backhaus et al. 2006[11]: 260). Damit eng verbunden ist der Wunsch, komplexe Konzepte messbar zu machen, gegebenenfalls, um damit weitere Analysen durchführen zu können (Bahrenberg et al. 2008[3]: 187). Der Zweite Demographische Übergang ist ein solches komplexes Konzept. Die Theorie postuliert, dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen der Pluralisierung der Lebensformen, der Entkopplung von Ehe und Elternschaft, dem Aufschub der Familiengründung und der strukturell unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus liegenden Fruchtbarkeit gibt. Die Existenz eines Musters des generativen Verhaltens, das alle diese Elemente enthält, kann aufgrund der Menge der Einflussfaktoren weder direkt belegt noch gemessen werden. Die Frage, ob zwischen den genannten Indikatoren ein statistischer Zusammenhang besteht, kann zwar mit Korrelationsanalysen untersucht werden, diese Methode ist allerdings recht aufwändig und kann im Prinzip nur dazu angewandt werden, den Beweis anzutreten, dass die theoretisch postulierte Beziehung zwischen den verschiedenen Elementen des generativen Verhaltens tatsächlich besteht. Um das dem SDT zugrunde liegende Erklärungsmodell zu testen oder räumliche Muster des Familienbildungsverhaltens zu untersuchen, ist jedoch eine Methode nötig, die in der Lage ist, die vermutete Kausalbeziehung zu quantifizieren. Die Faktoranalyse leistet beides. Der Output der Analyse besteht in einem oder mehreren komplexen Faktor(en), die in unterschiedlichem Maß mit den in die Berechnung eingegangenen Indikatoren korrelieren. Daran lässt sich ablesen, ob die vermuteten inhaltlichen Beziehungen zwischen den Variablen tatsächlich festzustellen sind. Die Korrelationskoeffizienten zwischen den Variablen und den Faktoren bezeichnet man als Faktorladungen (Garson 2009b). Das zweite Analyseergebnis sind die standardisierten Faktorwerte, die Objekte, hier Raumeinheiten, hinsichtlich der extrahierten Faktoren

annehmen. Negative Werte zeigen, dass der entsprechende Faktor in einer Raumeinheit relativ zu allen anderen untersuchten Regionen unterdurchschnittlich ausgeprägt ist; Werte um 0 deuten auf eine Lage im Mittelfeld hin, während positive Faktorwerte für Analyseeinheiten charakteristisch sind, die beim entsprechenden Faktor zu den ‚*Leadern*' gehören (Backhaus et al. 2006[11]: 302-323).

Ein Ergebnis der Faktoranalyse kann auch sein, dass *kein* „SDT-Faktor" extrahiert wird, sondern dass im Gegenteil die verschiedenen Elemente des generativen Verhaltens in anderen Kausalbeziehungen zueinander stehen. Dies bedeutet jedoch nicht unbedingt, dass die Theorie deswegen zurückzuweisen ist. Ein den theoretischen Erwartungen entsprechendes Muster kann auf einer höheren Komplexitätsstufe erkennbar sein, das heißt, sich erst durch eine „theoriekonforme" Kombination der *Faktoren* zeigen. Dies würde bedeuten, dass der SDT kein allgemeiner Aspekt des generativen Verhaltens in Europa ist, sondern eine auf bestimmte Raumtypen beschränkte demographische Besonderheit. Zur Herleitung der räumlichen Klassifikation des Familienbildungsverhaltens wird in dieser Arbeit die Clusteranalyse verwendet. Deren Ziel ist es, ähnliche Objekte zu Gruppen zusammenzufassen, und damit eine heterogene Menge von Objekten in Teilmengen zu unterteilen, die in sich möglichst homogen sind (Gutfleisch 2009: 15). Darüber hinaus erleichtert eine Typisierung auch den Vergleich von Raumeinheiten und die in Identifizierung übergeordneter Muster:

> "*The classification can be used as a quick and easy assessment of the properties of an area and it can also be used to compare and contrast that area with other areas. Classifications enable similar areas, which are geographically spread to be grouped and by similar reasoning a classification enables areas that are geographically close or connected to be contrasted*" (Vickers et al. 2003: 1-2).

Dieses Verfahren ist natürlich auch sinnvoll, wenn die Faktoranalyse die Existenz eines „SDT-Faktors" zwar belegt, aber zusätzlich noch weitere komplexe Muster des Familienbildungsverhaltens aufdeckt. Dies ist sehr wahrscheinlich. Einerseits, da in die Analyse eine breite Auswahl an Indikatoren zum generativen Verhalten eingehen soll, um nicht durch eine einseitige Variablenauswahl die Extrahierung eines „SDT-Faktors" quasi zu „erzwingen". Andererseits ist auch theoretisch zu erwarten, wie in Kapitel 2 gezeigt wurde, dass es unter den Raumeinheiten und gesellschaftlichen Gruppen ‚*Leader*' und ‚*Laggards*' gibt, wodurch mehrere Muster des generativen Verhaltens parallel existieren können. Möglicherweise gibt es auch regionale oder soziale Subkulturen, die sich durch ein ganz eigenes Muster des generativen Verhaltens auszeichnen, dass nur mit einer Einzelfallstudie in seiner Entstehung und sozialen Signifikanz angemessen erklärt werden kann. Durch die Klassifizierung der Faktoren zu Raumtypen des generativen Verhaltens kann die Kombination der verschiedenen Familienbildungsmuster analysiert werden. Dadurch wird nicht nur deutlich, wo die Hot- oder Coldspots des Zweiten Demographischen Übergangs liegen, sondern auch, mit welchen anderen Mustern des Familienbildungsverhaltens der SDT „vergesellschaftet" ist. Daraus lassen sich unter Umständen Prognosen zur weiteren Diffusion ableiten.

In den folgenden beiden Abschnitten soll kurz dargestellt werden, wie bei der Durchführung der Analysen in dieser Arbeit vorgegangen wurde. Bei beiden Verfahren gibt es Stellschrauben, mit denen der Forscher Einfluss auf das Analyseergebnis nehmen kann. Aus diesem Grund ist es für die intersubjektive Nachvollziehbarkeit der Ergebnis-

se wichtig, darzustellen und zu begründen, nach welcher Methode und unter welchen Annahmen die Analysen gerechnet wurden. Bei gleichen Daten können beispielsweise verschiedene Agglomerationsverfahren bei der Clusteranalyse zu unterschiedlichen Klassifikationen und Raummustern führen. Wenn die statistischen und mathematischen Voraussetzungen für die Durchführung der Analyse eingehalten wurden, sind diese unterschiedlichen Lösungen aus methodischer Sicht völlig berechtigt.

6.1.1 Die Faktoranalyse

Bei der Faktoranalyse haben sich zwei Extrahierungsverfahren durchgesetzt, die von verschiedenen theoretischen Modellen ausgehen und deswegen unterschiedlich interpretiert werden müssen. Die Hauptkomponentenanalyse hat zum Ziel, die auf einem Faktor hoch ladenden Variablen zu einem Sammelbegriff zusammenzufassen. Es wird bei diesem Verfahren unterstellt, dass die Varianz der Ausgangsvariablen *vollständig* durch die Extraktion von Faktoren erklärt werden kann. Die Hauptachsenanalyse unterstellt dagegen, dass ein gewisser Anteil der Varianz nicht durch die in die Analyse einbezogenen Variablen erklärt werden kann, oder auf Messfehler zurückzuführen ist. Mit der Hauptachsenanalyse soll die *Ursache* ermittelt werden, die für die hohen Ladungen der Variablen auf einem Faktor verantwortlich sind (Backhaus et al. 2006[11]: 289-293). Bei der Hauptkomponentenanalyse sind alle Variablen bei der Faktorbildung gleichwertig; bei der Hauptachsenanalyse gehen dagegen Variablen mit höheren Kommunalitäten[92] mit einem größeren Gewicht ein (Bahrenberg et al. 2008[3]: 223). Mit den Variablen zum generativen Verhalten werden in dieser Arbeit Hauptachsenanalysen durchgeführt, da uns die Ursache der hohen Faktorladungen interessiert. Im Rahmen der Fallstudie zu Ungarn wurden auch Faktoranalysen mit ökonomischen Variablen durchgeführt. Dafür wurde die Hauptkomponentenanalyse verwendet, denn bei diesen Analysen stand die zweite Hauptfunktion der Faktoranalyse im Vordergrund: Die Reduktion einer großen Zahl miteinander korrelierender Variablen auf eine geringere Zahl linear unabhängiger Grunddimensionen als Basis für weiterführende multivariate Analysen (Giese 1978: 162). Es sollten nicht die „hinter" den sozioökonomischen Indikatoren liegenden kausalen Zusammenhänge ermittelt werden, die für diese Arbeit ohne Belang sind, sondern Variablen für Regressionsanalysen gewonnen werden. Eine Grundannahme dieses Verfahrens ist die statische Unabhängigkeit der verwendeten Variablen; eine Verletzung dieser Prämisse kann die Ergebnisse verzerren.

Voraussetzungen

Bei der Vorbereitung und Durchführung einer Faktoranalyse sind mehrere Punkte zu beachten. Bei der Faktoranalyse handelt es sich um ein lineares Verfahren; insbesondere bei einer kleinen Samplegröße sollte die Linearität der Beziehungen zwischen den Variablen im Vorhinein überprüft werden. Der Datensatz sollte ferner frei von (multivariaten) Ausreißern sein. Bei der Variablenauswahl sind alle relevanten Variablen zu berücksichtigen und nicht-relevante auszuschließen (Garson 2009b). Wie eingangs erwähnt ist die Faktoranalyse entwickelt worden, um eine Vielzahl von Variablen zu wenigen „zentralen

92 Die Kommunalitäten geben den Anteil der Varianz einer Variablen an, der von allen Faktoren gemeinsam erklärt wird. Sie können damit als Maß der Reliabilität eines Indikators interpretiert werden (Garson 2009b).

Faktoren“ zu bündeln; es handelt sich somit um ein strukturen-entdeckendes Verfahren (Backhaus et al. 2006[11]: 12). Dies setzt voraus, dass solche Zusammenhänge existieren, das heißt, dass zwischen den einzelnen Indikatoren lineare Abhängigkeiten bestehen. Als Maß zur Beurteilung der Eignung der Ausgangsdaten ist das Kaiser-Meyer-Olkin-Kriterium entwickelt worden. Der Wertebereich liegt zwischen 0 und 1; als wünschenswert gelten Werte über 0,8. Liegt das Kaiser-Meyer-Olkin-Kriterium unter 0,5, sollte die betreffende Variable ausgeschlossen bzw. die Indikatorenauswahl insgesamt überprüft werden (Backhaus et al. 2006[11]: 276). In der vorliegenden Arbeit wurden strengere Maßstäbe angelegt; als Mindestwert für die Stichprobeneignung wurde 0,7 festgelegt. In Ausnahmefällen wurden Werte zwischen 0,6 und 0,7 zugelassen, wenn durch das Weglassen theoretisch wichtiger Indikatoren einzelne Aspekte des Zweiten Demographischen Übergangs nicht mehr hätten berücksichtigt werden können.

Bestimmung der Faktorzahl

Zur Bestimmung der Faktorenzahl gibt es keine eindeutigen Vorschriften. Der Forscher kann die Zahl der zu extrahierenden Faktoren also durchaus auf Basis praktischer oder theoretischer Überlegungen vorab festlegen. In dieser Arbeit wird das Kaiser-Kriterium zur Ermittlung der Faktorzahl verwendet. Danach entspricht die Zahl der zu extrahierenden Faktoren der Zahl der Faktoren mit Eigenwerten über 1. Der Eigenwert eines Faktors beschreibt den Varianzbeitrag dieses Faktors in Hinblick auf die Varianz aller Variablen. Da eine standardisierte Variable eine Varianz von 1 hat, haben nur Faktoren mit Eigenwerten über 1 eine größere „Bedeutung“ als eine einzelne Variable (Backhaus et al. 2006[11]: 294-295; Bahrenberg et al. 2008[3]: 210). In dieser Arbeit wurde das Kaiser-Kriterium restriktiv ausgelegt, das heißt es wurde keine Unterschreitung des Richtwerts zugelassen.

Rotation

Zur besseren Interpretierbarkeit werden die Faktoren rotiert. Dabei wurde das Varimax-Verfahren verwendet, das in der Literatur als das Verfahren gilt „*which makes it as easy as possible to identify each variable with a single factor*“. Es handelt sich um ein orthogonales Verfahren, das linear unabhängige Faktoren liefert (Garson 2009b). Bahrenberg et al. (2008[3]: 223) kritisieren, dass orthogonalen Faktoren trotz ihrer Vorteile bei der Interpretier- und Verwendbarkeit für weiterführende Analysen „*etwas ‚Künstliches‘*“ anhafte und empfehlen die Verwendung von schiefwinkligen Rotationsverfahren. Schiefwinklig rotierte Faktoren sind nicht mehr linear unabhängig. Da wie oben dargestellt die Ermittlung einer Raumtypologie des Familienbildungsverhaltens ein wichtiger Analyseschritt ist und die Clusteranalyse unkorrelierte Ausgangsdaten voraussetzt, wurde an der orthogonalen Rotation festgehalten.

Normalverteilung und lineare Transformationen

Die Faktoranalyse setzt keine Verteilungsannahmen. Aus diesem Grund ist eine Normalverteilung der Variablen nicht zwingend notwendig, aber insbesondere bei kleinen Datensätzen dennoch ratsam, da es zu Verzerrungen der Korrelationskoeffizienten kommen kann, wenn Variablen unterschiedlichen Verteilungen folgen. Eine sinnvolle Anwendung der Faktoranalyse ist unter diesen Umständen möglicherweise nicht mehr gegeben (Backhaus et al. 2006[11]: 273; Garson 2009b). Da gerade im ungarischen Fallbeispiel

häufiger mit kleinen Datensätzen (n=20) gearbeitet wurde, wurden für die Berechnung der Faktoranalyse nur Variablen verwendet, die im Vorhinein mit dem Komolgorov-Smirnov-Test und dem Shapiro-Wilk-Test (vgl. dazu Garson 2009a) auf Normalverteilung überprüft wurden.

Bei nicht normal verteilten Ausgangsvariablen kann eine Normalverteilung durch eine Transformation hergestellt werden, wodurch in den meisten Fällen auch Ausreißer eliminiert werden (Garson 2009a) und gegebenenfalls nichtlineare in lineare Zusammenhänge überführt werden (Backhaus et al. 2006[11]: 80-81). Um eine rechtsschiefe Verteilung zu normalisieren, werden in dieser Arbeit folgende Transformationen verwendet:

- Logarithmieren: $X' = \log_b X$;
- Invertieren: $X' = 1/X$.

Der Nachteil von Variablentransformationen besteht darin, dass nicht mehr die ursprünglichen, sondern die umgeformten Variablen mit den Faktoren korrelieren, womit ein Verlust an Anschaulichkeit und Interpretierbarkeit verbunden sein kann (Giese 1978: 174). Vor dem Hintergrund dieser Problematik wurde in der vorliegenden Arbeit so vorgegangen, dass Variablen nur dann transformiert wurden, wenn sie als theoretisch notwendig angesehen wurden und nicht durch eine normal verteilte Variable ersetzt werden konnten.

6.1.2 Die Clusteranalyse

Wie die Faktoranalyse ist auch die Clusteranalyse ein strukturen-entdeckendes Verfahren, bei dem allerdings nicht die Bündelung von Variablen, sondern die Bündelung von Objekten im Vordergrund steht (Backhaus et al. 2006[11]: 12). Der Forscher steht bei der Clusteranalyse vor dem Dilemma, dass einerseits „Allzweckklassifikationen", für die eine große Menge an Variablen verwendet werden, selten zu sinnvollen Raumtypen führen, andererseits aber Typisierungen auf der Basis eines kleinen Indikatorensatzes oft nicht der Komplexität des Forschungsgegenstandes angemessen sind. Als „Kompromiss" bietet sich die Vorschaltung einer Faktoranalyse an. Dieses auch in dieser Arbeit angewendete Verfahren hat Vor- und Nachteile. Die Faktoranalyse liefert – bei orthogonaler Rotation – linear unabhängige Faktoren. Es wird empfohlen, bei einer Clusteranalyse Indikatoren auszuschließen, zwischen denen ein starker statistischer Zusammenhang besteht, da nur so gewährleistet wird, dass das Ergebnis nicht durch die Überbewertung der korrelierenden Variablen beeinflusst wird. Sollte die Einbeziehung der betreffenden Indikatoren aus inhaltlichen Gründen erforderlich sein, ist bei der Interpretation der Cluster darauf zu achten, dass die korrelierenden Variablen mit einem größeren Gewicht in das Ergebnis einfließen (Gutfleisch 2009: 16). Um zu verhindern, dass gewisse Variablen stärker gewichtet werden, ist es außerdem sinnvoll, eine Standardisierung vorzunehmen. Bei der Verwendung von faktoranalytisch gewonnenen Daten kann auf diesen Schritt verzichtet werden, da die Faktorwerte mit einem Mittelwert von 0 und einer Standardabweichung von 1 bereits standardisiert sind (Backhaus et al. 2006[11]: 321). Die Nachteile dieses Vorgehens liegen in der schwierigeren Interpretierbarkeit der Cluster und dem mit der Faktoranalyse verbundenen Informationsverlust (Backhaus et al. 2006[11]: 550). Um die Interpretierbarkeit der Cluster zu erleichtern, wird in dieser Arbeit bei der Beschreibung der Cluster nicht mit den Faktorwerten argumentiert, sondern mit den Ausgangsvariablen. Dies hat

den zusätzlichen Vorteil, dass zur Clusterbeschreibung auch Indikatoren verwendet werden können, die nicht in die Clusteranalyse eingegangen sind. Dazu werden die so genannten T-Werte verwendet. Diese sind definiert als (Mittelwert des Clusters – Mittelwert aller Regionen)/Standardabweichung aller Regionen. Negative T-Werte können dahingehend interpretiert werden, dass eine Variable im betrachteten Cluster im Vergleich zur Erhebungsgesamtheit unterrepräsentiert ist. Ein positives Vorzeichen signalisiert dagegen, dass für das untersuchte Cluster überdurchschnittliche Ausprägungen der entsprechenden Variablen typisch sind. Diese Interpretation ist natürlich nur zulässig, wenn die Streuung der Variablen im Cluster geringer ist als in der Erhebungsgesamtheit. Um dies sicherzustellen, werden nur Variablen berücksichtigt, für die mit dem F-Test (Varianz der Variablen im Cluster/Varianz der Variablen in der Erhebungsgesamtheit) nachgewiesen wurde, dass die Streuung im Cluster kleiner ist als in der Erhebungsgesamtheit (Backhaus et al. 2006[11]: 545-547).

Methoden der Clusterbildung

Es lassen sich zwei Grundprinzipien der Clusterbildung unterscheiden. Hierarchische Verfahren gehen so vor, dass schrittweise die ähnlichsten Objekte zu Gruppen zusammengefasst werden. Am Anfang des Clusterbildungsprozesses gibt es so viele Gruppen wie Objekte, am Ende nur noch ein Cluster, das alle Objekte enthält. Iterative Verfahren, etwa das k-means-Verfahren, setzen dagegen voraus, dass die Zahl der Cluster im Vorhinein festgelegt wird. Ziel des Algorithmus ist die Minimierung der Fehlerquadratsumme. Von einer vorgegebenen Ausgangspartition ausgehend werden die Objekte so lange umgruppiert, bis eine stabile Clusterlösung erreicht wird. Im Gegensatz zu hierarchischen Verfahren können Objekte im Lauf des Clusterbildungsprozesses umgruppiert werden (Vickers et al. 2005: 31-32). Nachteile der iterativen Verfahren sind, dass die Wahl der Startpartition das Ergebnis des Clusterbildungsprozesses beeinflussen kann und dass die gefundene Clusterlösung häufig nur ein lokales und kein globales Optimum darstellt. Selbst moderne EDV-Anlagen können bei größeren Datensätzen nicht alle Kombinationsmöglichkeiten durchrechnen. Es ist daher notwendig, verschiedene Lösungen durch Veränderungen der Startpartition zu testen, um zu eruieren, ob sich dadurch homogenere Gruppen bilden lassen (Backhaus et al. 2006[11]: 512-514). Ein grundlegendes Problem ist die Bestimmung der Clusterzahl. Da Klassifikationen mit dem Ziel durchgeführt werden, eine große Informationsfülle zu reduzieren (Vickers et al. 2003: 2), ist in der Regel unbekannt, welche Gruppenzahl der Datenstruktur am besten entspricht. Es ist daher notwendig, verschiedene Lösungen zu testen.

In dieser Arbeit wird das hierarchische Ward-Verfahren verwendet, das in der Literatur als sehr zuverlässig gilt. Vergleichsstudien haben gezeigt, dass die Objektmenge sinnvoll aufgeteilt wird und dass häufig auch eine der Datenstruktur angemessene Clusterzahl signalisiert wird (Backhaus et al. 2006[11]: 551). Ausschlaggebend waren auch der im Vergleich zum k-means-Verfahren geringere Aufwand bei der Identifikation der Clusterstruktur und die nachvollziehbarere Ableitung der Clusterzahl, auf die im folgenden Absatz noch eingegangen wird. Voraussetzungen für die Anwendung des Ward-Verfahrens sind:

- Metrisch skalierte Variablen;
- Keine Ausreißer in der Objektmenge und
- Unkorrelierte Variablen (Backhaus et al. 2006[11]: 528).

Ein Nachteil des Ward-Verfahrens besteht darin, dass es nur für kleinere Datensätze ge-

eignet ist (Vickers et al. 2005: 36). Da in dieser Arbeit relativ überschaubare Datenmengen analysiert wurden, fällt diese Problematik nicht ins Gewicht. Ein größeres Problem ist der hierarchische Ansatz. Einmal zusammengefasste Regionen werden im Lauf des Clusterbildungsprozesses nicht mehr getrennt, auch wenn sich bei späteren Schritten andere Gruppierungen als der Datenstruktur angemessener erweisen sollten. Eine Möglichkeit, die Clusterstruktur im Nachhinein auf Plausibilität und Verbesserungsmöglichkeiten zu prüfen, ist die Durchführung einer Diskriminanzanalyse. Dabei handelt es sich um ein Verfahren, mit dem überprüft werden kann, ob eine vorgegebene Typisierung die optimale Trennung der Variablen in Gruppen darstellt (Bahrenberg et al. 2008[3]: 268; 293). Dieses Verfahren zur Überprüfung der Clusterstruktur wurde auch in der vorliegenden Arbeit verwendet.

Ermittlung der Clusterzahl

Beim Ward-Verfahren ist die Herausforderung bei der Ermittlung der Clusterzahl die Identifizierung der sinnvollsten Lösung aus der Menge der während des Clusterbildungsprozesses vorgenommenen Aggregierungen. Ein häufig, auch in dieser Arbeit, verwendetes Verfahren ist das so genannte „Ellenbogenkriterium", nach dem ein „Sprung" in den Agglomerationskoeffizienten, den Entfernungen zwischen den jeweils fusionierten Clustern, als Signal dafür angesehen wird, dass die optimale Gruppenzahl gefunden wurde. Häufig ist jedoch in den Daten kein eindeutiger „Sprung" erkennbar (Baum & Weingarten 2004: 152).

Umgang mit Sonderfällen

Im Gegensatz zu Bahrenberg et al. (2008[3]: 276) ist der Autor nicht der Ansicht, dass Raumtypen, die nur aus einer oder zwei Raumeinheiten bestehen, „*dem Grundgedanken einer Typisierung bzw. Klassifikation* [widersprechen]". Die Beantwortung der Frage, warum die analysierten Indikatoren in einer Region so einzigartig kombiniert sind, dass diese einen Sonderfall darstellt, kann wertvolle Hinweise für die theoretische Diskussion liefern. Aus methodischer Sicht ist es möglicherweise sinnvoll, Sonderfälle in ein Cluster zu „zwingen", wie Bahrenberg et al. vorschlagen. Wenn die Clusteranalyse wie in dieser Arbeit jedoch dazu verwendet wird, theoretische Vorhersagen zu überprüfen, wäre ein solches Vorgehen dagegen kontraproduktiv. Raumeinheiten mit Ausreißern in den *Ausgangsdaten* sollten dagegen komplett ausgeschlossen werden, da dadurch der Fusionsprozess beeinflusst wird und unter Umständen Zusammenhänge verwischt werden (Gutfleisch 2009: 16). Als Ausreißer werden in dieser Arbeit Werte definiert, die mehr als drei Standardabweichungen vom Mittelwert abweichen. Bei größeren Datensätzen (n>100) wurde dieses Kriterium großzügig ausgelegt und Abweichungen von bis zu 3,5 Standardabweichungen toleriert.

6.2 Raumtypen des generativen Verhaltens in Europa: Die nationale Ebene

Stellen die demographischen Makroregionen, die Roussel, Monnier und Rychtaříková identifiziert haben, immer noch eine sinnvolle Typologie des generativen Verhaltens in Europa dar oder haben sich seit Ende der 1980er Jahre wesentliche Änderungen ergeben? Bilden die Transformationsstaaten noch immer eine einheitliche Gruppe? Um diese Fragen zu beantworten wurde eine Clusteranalyse mit aktuellen Daten zum generativen Verhalten durchgeführt. In die Analyse sind die auch von Roussel (Tabelle 10) verwendeten Indikatoren – zusammengefasste Geburtenrate, Nichtehelichenquote und rohe Scheidungsrate eingeflossen. Zusätzlich wurden noch die Heiratsrate und der Postponement-Index[93] berücksichtigt. Um einen aktuellen Überblick über die Position der europäischen Staaten im Prozess des Zweiten Demographischen Übergangs zu gewinnen, wäre es wünschenswert gewesen, den Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften sowie Indikatoren zur endgültigen Kinder- und Ehelosigkeit in die Analyse aufzunehmen. Da ein aktuelles Bild des generativen Verhaltens für möglichst viele Staaten gezeichnet werden sollte, war jedoch eine Beschränkung auf Indikatoren notwendig, die regelmäßig von der amtlichen Statistik erhoben werden. Daten zur Kinderlosigkeit, zum Familienstand und zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften werden jedoch in vielen Staaten nur im Rahmen von Volkszählungen gesammelt oder sind gar nicht verfügbar. Die Zuordnung der Staaten zu Makroregionen orientiert sich an der von Frejka und Sobotka (2008: 21) vorgeschlagenen Gliederung. Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass das Raummuster des generativen Verhaltens in Europa in seiner Komplexität nur bedingt der gängigen Aufteilung des Kontinents in einige wenige Makroregionen folgt. Insbesondere wird deutlich, dass die Zusammenfassung der postsozialistischen Staaten zu einer demographischen Makroregion angesichts der enormen Unterschiede beim Aufschub der Geburten in ein höheres Lebensalter, im Heirats- und Scheidungsverhalten sowie beim Anteil nichtehelicher Geburten nicht gerechtfertigt ist. Lediglich bei der Geburtenrate ist eine gewisse Einheitlichkeit gegeben, da die TFR – von Estland und Montenegro abgesehen – in allen Staaten unterhalb des europäischen Durchschnitts liegt. Auch die Vorstellung einer in demographischer Hinsicht einheitlichen südeuropäischen Makroregion wird nicht unterstützt. Das generative Verhalten in Italien und Spanien weist größere Ähnlichkeiten zu Westdeutschland und der Schweiz auf als zu Griechenland, Malta und Zypern.

Eine relativ einheitliche, räumlich zusammenhängende Gruppe stellen lediglich die Nachfolgestaaten der Sowjetunion (ohne Estland) und Rumänien dar. Diese Staaten bilden **Cluster 5**, das sich durch hohe Heirats- und Scheidungsraten und ein Muster der frühen Familiengründung auszeichnet. Vom Sonderfall Lettland abgesehen ist die Kopplung von Ehe und Fortpflanzung sehr stark, was sich in niedrigen Nichtehelichenquoten äußert. Die Kombination von hohen Heirats- und Scheidungsraten deutet einerseits auf eine ausgeprägte Instabilität der Ehe hin, andererseits aber auch darauf, dass die Ehe noch immer der bevorzugte Rahmen für koresidentielle Beziehungen ist. Nach einer Scheidung folgt tendenziell eher eine erneute Eheschließung als eine nacheheliche Lebensgemeinschaft. Cluster 5 repräsentiert, von der niedrigen TFR abgesehen, das Fa-

93 Zwischen den Fertilitätsindikatoren bestehen schwache, aber signifikante statistische Zusammenhänge. Diese Variablen fließen folglich mit einem größeren Gewicht in die Clusteranalyse ein.

Tab. 11 Staaten und Makroregionen Europas Typologie des generativen Verhaltens 2007

Makro-region	Staat/Landesteil	Nichtehe-lichenquote	TFR	Rohe Heirats-rate	Rohe Schei-dungsrate	Postpo-nement-Index	Cluster
Westeuropa und deutscher Sprachraum	Belgien	39,0	1,81	4,29	2,8	78,80	1
	England und Wales	44,3	1,91	4,50	2,5	87,71	1
	France métropolitaine	50,7	1,96	4,21	2,2	91,78	1
	Irland	33,0	2,01	5,17	0,8	166,01	3
	Liechtenstein	17,1	1,42	5,16	2,8	137,46	3
	Luxemburg	29,2	1,61	4,10	2,3	109,14	3
	Niederlande	39,5	1,72	4,34	2,0	128,08	3
	Nordirland	37,9	2,02	4,94	1,7	99,41	1
	Österreich	38,3	1,38	4,33	2,5	83,48	2
	Schottland	49,1	1,73	5,81	2,5	114,32	1
	Schweiz	16,2	1,46	5,34	2,6	134,31	3
	Westdeutschland	24,6	1,38	4,56	2,3	104,18	3
Mittleres und östliches Europa	Bulgarien	50,2	1,42	3,87	2,1	37,84	2
	Bosnien u. Herzegowina	11,3	1,18	6,11	0,5	41,81	4
	Estland	57,8	1,63	5,23	2,8	64,64	2
	Kroatien	11,5	1,40	5,21	1,1	65,25	4
	Lettland	43,0	1,41	6,80	3,3	53,90	5
	Litauen	29,2	1,35	6,83	3,4	50,96	5
	Mazedonien	12,6	1,46	7,58	0,7	41,14	4
	Montenegro	15,6	1,69	6,40	0,7	60,61	4
	Ostdeutschland	59,9	1,37	4,38	1,9	73,21	2
	Polen	19,5	1,31	6,52	1,7	59,32	4
	Rumänien	26,7	1,30	8,78	1,7	42,57	5
	Serbien	22,3	1,38	5,57	1,2	48,88	4
	Slowakei	28,8	1,25	5,08	2,3	58,90	2
	Slowenien	50,8	1,38	3,17	1,3	89,21	2
	Tschechische Republik	34,5	1,44	5,53	3,0	75,89	2
	Ungarn	37,5	1,32	4,06	2,5	75,68	2
Nordeuropa	Dänemark	46,1	1,84	6,70	2,6	112,66	1
	Finnland	40,6	1,83	5,58	2,5	100,08	1
	Island	63,8	2,09	5,51	1,7	85,48	1
	Norwegen	54,5	1,90	4,98	2,2	97,83	1
	Schweden	54,8	1,88	5,24	2,3	122,69	1
Südeuropa und Zypern	Griechenland	5,8	1,41	5,48	1,2	103,37	4
	Italien	20,7	1,37	4,21	0,8	141,23	3
	Malta	24,9	1,37	6,06	0,0	81,49	4
	Portugal	33,6	1,33	4,37	2,4	94,91	2
	Spanien	30,2	1,40	4,47	2,8	148,45	3
	Zypern	8,7	1,39	7,53	2,1	98,71	4
Osteuropa	Moldawien	22,7	1,25	8,17	3,9	33,52	5
	Russische Föderation	28,0	1,41	8,88	4,8	40,38	5
	Ukraine	21,4	1,33	8,99	3,8	32,25	5
	Weißrussland	21,2	1,37	9,32	3,7	36,83	5

Klasse 1	stark unterdurchschnittlich	ungewichteter Mittelwert minus zwei mal Standardabweichung
Klasse 2	unterdurchschnittlich	ungewichteter Mittelwert minus Standardabweichung
Klasse 3	durchschnittlich	95 %-Konfidenzintervall des ungewichteten Mittelwerts
Klasse 4	überdurchschnittlich	ungewichteter Mittelwert plus Standardabweichung
Klasse 5	stark überdurchschnittlich	ungewichteter Mittelwert plus zwei mal Standardabweichung

Datenquelle: Eurostat 2009, eigene Darstellung und eigene Berechnungen

milienbildungsmuster der sozialistischen Zeit und ist damit ist der einzige Typ des generativen Verhaltens, der ausschließlich in postsozialistischen Staaten vorkommt. Ein eher konventionelles Familienbildungsverhalten zeichnet **Cluster 4** aus, das die Staaten des östlichen Mittelmeerraums (Bosnien-Herzegowina, Griechenland, Kroatien, Malta, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Zypern) und Polen umfasst. Diese Länder verbindet eine enge Kopplung von Ehe und Fortpflanzung und eine überdurchschnittliche Ehestabilität bei mittleren bis hohen Heiratsraten. Vom generativen Muster des SDT mit seiner Pluralisierung der Lebensformen und Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung sind die Staaten in den Clustern 4 und 5 am weitesten entfernt.

Den idealtypischen SDT verkörpert am ehesten **Cluster 1**, das sich aus Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Island, Norwegen, Schweden und den Teilstaaten des Vereinigten Königreichs zusammensetzt. Diese Länder haben eine hohe Nichtehelichenquote, mittlere bis niedrige Heiratsraten und mittlere bis hohe Scheidungsraten gemeinsam. Der Postponement-Index liegt ebenfalls über dem europäischen Durchschnitt. Eine weitere Gemeinsamkeit ist die überdurchschnittliche TFR. Die „Modernisierung" des generativen Verhaltens im Zuge des Zweiten Demographischen Übergangs führt folglich nicht zwangsläufig zu besonders niedrigen Geburtenraten. Die Niederlande, die häufig in einem Atemzug mit Schweden als Vorreiter des Wandels des generativen Verhaltens genannt werden, bilden zusammen mit Italien, Irland, Liechtenstein, Luxemburg, der Schweiz, Spanien und Westdeutschland **Cluster 3**, das insbesondere durch ein Muster der späten Familiengründung und eine unterdurchschnittliche Heiratsrate gekennzeichnet ist. Von den Niederlanden abgesehen liegt die Nichtehelichenquote im Bereich des europäischen Durchschnitts oder leicht darunter. Tendenziell ist in Cluster 3 auch die Scheidungsrate überdurchschnittlich hoch. Ausnahmen sind Irland und Italien.[94]

Österreich, Portugal und die postsozialistischen Staaten Bulgarien, Estland, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Ostdeutschland bilden **Cluster 2**, das durch überdurchschnittliche Nichtehelichenquoten und Scheidungsraten, unterdurchschnittliche Geburten- und Heiratsraten sowie – von Bulgarien, Estland und der Slowakei abgesehen – ein mäßiges Postponement gekennzeichnet ist. Die Cluster 1 bis 3 können als Typen des generativen Verhaltens interpretiert werden, die mit gewissen Abstrichen den theoretischen Erwartungen des SDT entsprechen. In diesem Sinne hat der Zweite Demographische Übergang Alpen und Pyrenäen sowie den ehemaligen Eisernen Vorhang überschritten. Die Ostgrenze entspricht einer etwas ramponierten Hajnal-Linie, die St. Petersburg und Triest nicht mehr auf direktem Weg verbindet, sondern in Schlangenlinien durch Osteuropa verläuft – im Norden weit nach Westen ausgreifend, um Polen einzuschließen, im Süden weit nach Osten verschoben, um Bulgarien links liegen zu lassen.

94 Die italienische Scheidungsrate unterschätzt aufgrund rechtlicher Besonderheiten das Ausmaß der Eheinstabilität; ein geeigneterer Indikator wäre die Trennungsrate (Vignoli & Ferro 2009: 12-13).

6.3 Typen des generativen Verhaltens in Europa: Die regionale Ebene

Die nationale Ebene ist zu grob, um die hinter dem Raummuster des generativen Verhaltens stehende Logik zu verstehen (Micheli 2004b: 91-92). Die im vorangegangenen Abschnitt vorgestellte Typologie baut zudem auf einem zu beschränkten Variablensatz auf. Insbesondere das Fehlen von Indikatoren zum unverheirateten Zusammenleben könnte sich als Manko erweisen, da die Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften – wie in den theoretischen Ausführungen in Kapitel 3 deutlich wurde – eines der zentralen Elemente des SDT darstellt. Die Kohabitation ist, abgesehen vom ‚*Living apart together*', die am stärksten individualisierte Lebensform (Abbildung 10) und stellt einen Bruch mit der traditionellen Kopplung von Ehe und Sexualität dar. Angesichts der Unterschiede im Scheidungsrecht zwischen den einzelnen Staaten und der in Anhang 2 dargestellten Nachteile der rohen Heiratsrate erscheint es zudem geeigneter, den Bevölkerungsanteil der Verheirateten, Geschiedenen bzw. Getrennten und Ledigen in die Analyse aufzunehmen. Um das Timing der Familiengründung besser berücksichtigen zu können, sollten verschiedene Altersgruppen berücksichtigt werden. Die im Folgenden vorzustellende regionale Typologie des generativen Verhaltens berücksichtigt die genannten Punkte bei der Variablenauswahl. Datenquelle ist die Eurostat-Volkszählungsdatenbank. Die Zahlen wurden im Rahmen der Zensusrunde 2001 zwischen 1999 und 2002 erhoben. Mit diesen Indikatoren wurde zunächst eine Faktoranalyse gerechnet; die resultierenden Faktoren bilden die Basis für eine Clusteranalyse, mit der Typen des generativen Verhaltens abgeleitet wurden. Der Clusteranalyse wurde eine Diskriminanzanalyse nachgeschaltet, um die Gruppierung zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern. Aufgrund der Ergebnisse der Diskriminanzanalyse wurden 55 der 772 analysierten Regionen umgruppiert. In diesem Abschnitt kann nicht der Frage nachgegangen werden, wie das Raummuster des generativen Verhaltens *erklärt* werden kann. Für die zu untersuchenden Staaten steht zwar in der Volkszählungsdatenbank und der Datenbank zur allgemeinen und Regionalstatistik eine breite Palette an ökonomischen Hintergrundvariablen zu Verfügung, da jedoch einzelne Indikatoren in bestimmten Staaten nicht erhoben wurden, hätte sich die Zahl der Länder, die in die Analyse einbezogen werden können, weiter reduziert. Der gewichtigere Punkt ist jedoch, dass keine „kulturellen" Variablen wie Wahl- und Abstimmungsergebnisse oder Angaben zur Religionszugehörigkeit für einen europäischen Vergleich zur Verfügung stehen. Im Folgenden kann nur die Existenz eines „SDT-Faktors" oder „SDT-Clusters" nachgewiesen werden. Die Frage „Ökonomie oder Kultur?" muss jedoch offen bleiben. Welcher dieser Ansätze das Raummuster des generativen Verhaltens besser zu erklären vermag, wird in der Fallstudie zu Ungarn in den Kapiteln 7 bis 9 vertiefend untersucht.

Räumliche Bezugsebene der Analyse sind die NUTS-3-Regionen. Die europäische Statistik basiert auf einer hierarchischen Klassifikation: EU- und EFTA-Staaten sowie die Kandidaten für einen zukünftigen EU-Beitritt (Kroatien, Mazedonien und die Türkei) sind in der NUTS-Klassifikation in drei Hierarchieebenen unterteilt. Um eine gewisse Vergleichbarkeit zu garantieren, hat Eurostat Richtwerte für die mittlere Bevölkerungszahl der Regionen festgelegt. In einer NUTS-1-Region sollen zwischen drei und sieben Millionen Menschen leben, NUTS-2-Regionen sollen zwischen 800.000 und drei Millionen Einwohner haben. Für die NUTS-3-Regionen wird eine Mindestbevölkerungszahl

von 150.000 empfohlen. Bei den NUTS-Regionen handelt es sich um Verwaltungsbezirke, also um nach *normativen* Kriterien gebildete Gebietseinheiten, die aufgrund einer politischen Entscheidung nach funktionalen Erwägungen abgegrenzt wurden.[95] Die von der EU initiierte Politik der Dezentralisierung und administrativen Regionalisierung führt dazu, dass bei Verwaltungsreformen zumeist der Anspruch im Vordergrund steht, das Einzugsgebiet eines zentralen Ortes zu einem Verwaltungsbezirk zusammenzufassen. Regionale Identitäten, historische Bindungen, volkstümliche Traditionen oder sprachliche und religiöse Besonderheiten spielen bei der Abgrenzung von administrativen Regionen dagegen zumeist keine oder nur eine untergeordnete Rolle (Jordan 2005b: 14-16). Aus der Logik der quantitativen Analyse bevölkerungsstatistischer Daten ergibt sich, dass der Raumbezug durch die territoriale Definition der NUTS-Regionen vorgegeben ist. Für demographische und familiensoziologische Fragestellungen ist die Abgrenzung dieser statistischen Einheiten möglicherweise suboptimal. Wie Duncan und Smith (2002) und Forsberg (1998) gezeigt haben, gibt es häufig kleinräumige Variationen im

Tab. 12 NUTS-3-Regionen ausgewählter Staaten Europas um 2001 Ergebnisse der Faktoranalyse* (Matrix der Faktorladungen)

Indikator		Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Kommunalitäten [%]
		De-institutionalisierung	Post-ponement	Fertilität	
Anteil der geschiedenen und getrennt lebenden Frauen in Altersgruppe	20-24	0,675			46,4
	30-34	0,914			84,0
	45-49	0,878			87,0
Anteil nichtehelicher Geburten um 2000		0,801		0,422	83,8
Anteil der in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebenden Frauen in der Altersgruppe	15-19	0,636		0,466	73,4
	25-29	0,633	0,504	0,542	94,9
	30-34	0,695	0,441	0,512	94,0
	45-49	0,802		0,416	86,1
Anteil der Ehefrauen an allen Frauen der Altersgruppe	25-29		-0,901		97,2
	35-39	-0,788	-0,475		88,7
Anteil der Ledigen an allen Frauen in der Altersgruppe	20-24		0,872		82,1
	30-34	0,434	0,805		86,5
Altersspezifische Geburtenrate der Altersgruppe um 2000	20-24	0,401	-0,688		77,1
	25-29			0,817	71,6
	30-34		0,744	0,593	90,6
	35-39		0,771		74,3
Allgemeine Geburtenrate um 2000				0,895	86,2
Eigenwert		5,903	4,751	3,385	
Erklärte Varianz [%]		34,725	27,946	19,914	
Erklärte Varianz [%] (kumulativ)		34,725	62,671	82,585	

** Methode: Hauptachsenanalyse mit Varimax-Rotation; Maß der Stichprobeneignung nach Kaiser-Meyer-Olkin: 0,817 Faktorladungen unter 0,40 sind inhaltlich nicht aussagekräftig (Graham 1995, S. 40). Auf ihre Darstellung wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet.*

Datenquelle: Eurostat 2009; zu den Quellen der Daten der altersspezifischen Geburtenraten, der Nichtehelichenquote und der allgemeinen Geburtenrate vergleiche die Angaben bei den jeweiligen Europakarten in Kapitel 5.

95 Die „Grundprinzipien der NUTS“ sind online verfügbar unter http://ec.europa.eu/eurostat/ramon/ nuts/basicnuts_regions_de.html (Abfrage am 18.02.2010).

‚*Gender contract*', die sich beispielsweise in der Verbreitung „alternativer" Lebens- und Familienformen widerspiegeln können. Auch wenn die Datenbeschaffung sehr aufwändig war, wurde als „Kompromiss" die NUTS-3-Ebene gewählt, um einerseits durch eine Vergrößerung des Maßstabes der potenziellen Gefahr zu begegnen, dass demographische „Subkulturen" und Stadt-Land-Unterschiede verwischt werden, und andererseits eine möglichst flächendeckende Typologie des generativen Verhaltens in Europa entwikkeln zu können.

Die Ergebnisse der Hauptachsenanalyse sind in Tabelle 12 zusammengefasst. Nach dem Kaiser-Kriterium sind drei Faktoren zu extrahieren. **Faktor 1** steht für die De-Institutionalisierung der Ehe. Regionen mit überdurchschnittlichen Faktorwerten zeichnen sich durch einen hohen Prozentsatz von geschiedenen und getrennt lebenden Personen aus, weisen eine hohe Nichtehelichenquote und einen hohen Prozentsatz unverheirateter Paare auf. Niedrige Faktorwerte sind im Umkehrschluss für Regionen charakteristisch, in denen die Ehe nach wie vor die einzig gesellschaftlich akzeptierte Form des Zusammenlebens von Frauen und Männern darstellt. In den meisten untersuchten Staaten erreicht Faktor 1 in der jeweiligen Hauptstadtregion deutlich überdurchschnittliche Werte.[96] Dies ist jedoch keine allgemeine Gesetzmäßigkeit. So ist beispielsweise die De-Institutionalisierung der Ehe in Frankreich in den ländlich geprägten Départements Arriège und Pyrénées-Orientales an der Grenze zu Spanien und Andorra weiter fortgeschritten als in der Île-de-France. In England erreichen die Seebäder Blackpool und Brighton höhere Werte als Inner London. In der Tschechischen Republik liegt die Hochburg der De-Institutionalisierung der Ehe nicht in Prag, sondern im Karlovarský Kraj. Auch in Italien und Spanien bestätigt sich die „Hauptstadtthese" nicht. Während die Werte von Faktor 1 in den Regionen um Madrid und Rom unterhalb des europäischen Durchschnitts liegen, treten in Spanien die Balearen und die Kanarischen Inseln mit überdurchschnittlichen Werten als die Hochburgen der De-Institutionalisierung der Ehe hervor. Regionen mit stark unterdurchschnittlichen Werten liegen vorrangig in Griechenland, Italien, Polen, Portugal und Spanien; zu dieser Gruppe gehören allerdings auch einige ländliche Regionen in Irland, den Niederlanden und der Schweiz. **Faktor 2** steht als Postponement-Faktor für den Aufschub der (ehelichen) Familiengründung im Lebenslauf. In Regionen mit positiven Faktorwerten ist der Anteil der ledigen Frauen Anfang 30 überdurchschnittlich hoch, ebenso wie die altersspezifischen Geburtenraten von Frauen im vierten Lebensjahrzehnt. Für Regionen mit negativen Faktorwerten ist dagegen eine frühe Familiengründung charakteristisch. Negative Faktorwerte sind insbesondere für die postsozialistischen Staaten charakteristisch. Lediglich zwei Regionen – Bratislava und Budapest – weisen positive Werte und damit ein über dem Durchschnitt der untersuchten Länder liegendes Postponement auf. Auf der Westseite des ehemaligen Eisernen Vorhangs ist der Aufschub von Eheschließung und Geburt des ersten Kindes erheblich weiter fortgeschritten. Regionen mit deutlich unterdurchschnittlichen Faktorwerten gibt es nur in Griechenland, Portugal und Zypern. Die Hochburgen des Postponement liegen in Irland, Island, den Niederlanden und den nördlichen Landesteilen von Spanien und Italien sowie auf Sardinien. Dazu kommen noch die Hauptstadtregionen und weitere stark urbanisierte Gebiete in Dänemark, Frankreich, Norwegen und im Vereinigten Königreich. **Faktor 3** kann als Fertilitätsfaktor charakterisiert werden. Un-

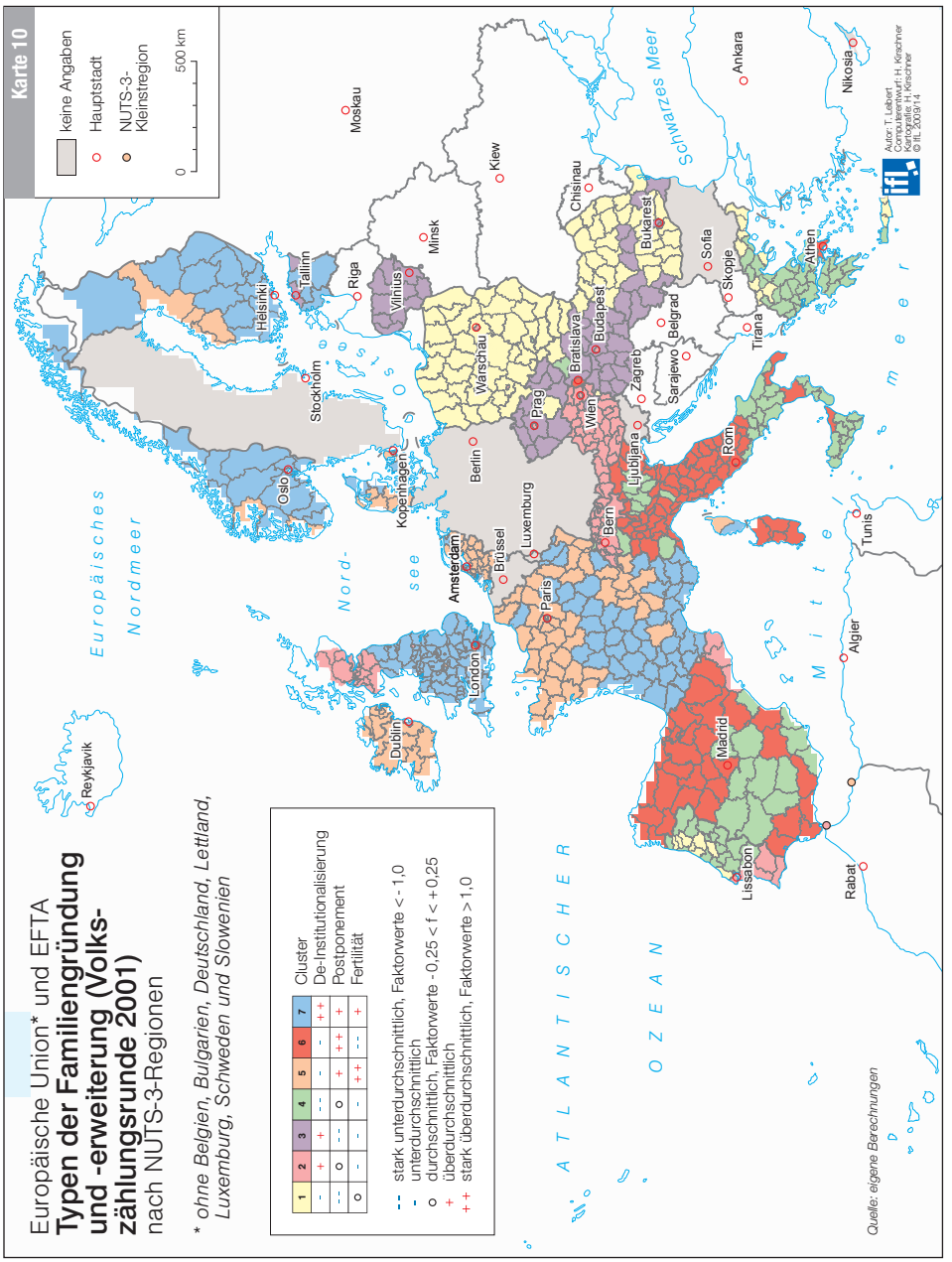
96 Als deutlich über- bzw. unterdurchschnittlich stufen wir Faktorwerte ein, die größer sind als |1,0|.

terdurchschnittliche Werte sind für weite Teile Italiens, Spaniens und der MOE-Staaten charakteristisch. In den MOE-Staaten fällt insbesondere die Geburtenarmut der Hauptstadtregionen auf. Als Gebiete mit überdurchschnittlichen Faktorwerten erweisen sich Irland und Island, die nördlichen Landesteile von Finnland und Norwegen, der ländliche Raum Dänemarks sowie weite Teile Frankreichs und der Niederlande.

Aus der Perspektive des Zweiten Demographischen Übergangs ist das Analyseergebnis etwas ernüchternd. Anders als bei den Studien von Lesthaeghe und Kollegen zum SDT in den USA (Lesthaeghe & Neidert 2006a, 2006b, 2007, 2009; Lesthaeghe et al. 2006) lässt sich kein eindeutiger „SDT-Faktor" identifizieren. Dies wird insbesondere bei den Indikatoren zum unverheirateten Zusammenleben deutlich. In erster Linie sind nichteheliche Lebensgemeinschaften ein Element der De-Institutionalisierung der Ehe. Allerdings laden vorrangig die Variablen zum unverheirateten Zusammenleben gegen Ende der fruchtbaren Lebensphase hoch auf diesem Faktor. Angesichts der Dominanz der Scheidungsvariablen, die den Faktor in erster Linie charakterisieren, ist zu vermuten, dass über nacheheliche Lebensgemeinschaften das Scheidungsverhalten „mitgemessen" wird. Aus theoretischer Sicht hat dieser Typ koresidentieller Partnerschaften dennoch eine eigenständige Bedeutung, da ein hoher Prozentsatz unverheirateter Paare bei Frauen ab Mitte 30 einen Beleg für die Annahme einer rückläufigen Heiratsneigung nach dem Scheitern einer Ehe darstellt. Grundsätzlich besteht in allen Altersgruppen eine mäßige positive Korrelation zwischen nichtehelichen Lebensgemeinschaften und dem Fertilitätsfaktor, die in den geburtenstärksten Altersgruppen der 25- bis 34-Jährigen am stärksten ist. Ein hoher Anteil von Konsensualpaaren wirkt sich mithin positiv auf die regionale Geburtenrate aus, während keine statistisch aussagekräftige Beziehung mit dem Anteil der verheirateten Frauen in den geburtenstarken Altersgruppen feststellbar ist. Der Fertilitätsfaktor misst folglich die Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung mit. Dass die Indikatoren zum unverheirateten Zusammenleben eher mäßig auf dem Fertilitätsfaktor laden, deutet darauf hin, dass diese Lebensform als Rahmen für die Kindererziehung noch nicht allgemein akzeptiert wird. In diese Richtung kann auch die Korrelation des Anteils der Konsensualpaare mit dem Postponement-Faktor interpretiert werden. Für einen Teil der Paare stellt das unverheiratete Zusammenleben eine Phase vor der Familiengründung dar, die in ein höheres Lebensalter aufgeschoben wird, während für andere die Geburt eines gemeinsamen Kindes und eine Eheschließung zwei biographische Ereignisse sind, zwischen denen nur ein loser Zusammenhang besteht. Auf der anderen Seite deutet sich eine Entkopplung von Ehe und Kindererziehung an, die sich in Tabelle 12 darin zeigt, dass die Ladungen der Ehevariablen auf Faktor 2 unterhalb des als Untergrenze der inhaltlichen Interpretierbarkeit geltenden Schwellenwerts von |0,4| (Graham 1995: 40) liegen. Dass die Faktoren ein Stück weit quer zum Zweiten Demographischen Übergang liegen – dahingehend, dass jeder mehrere Elemente des von der Theorie postulierten Wandels des generativen Verhaltens abdeckt, es aber keinen Faktor gibt, der mit allen Charakteristika des SDT korreliert – lässt sich auch darauf zurückzuführen, dass einige der verwendeten Indikatoren in den verschiedenen Staaten unterschiedliche gesellschaftliche Bedeutungen haben und in unterschiedliche demographische Kontexte eingebunden sind.

Die Faktoren werden mit einer Clusteranalyse zu komplexen regionalen Typen der Familiengründung und -erweiterung zusammengeführt (Karte 10). Da alle Faktoren Teilaspekte des Zweiten Demographischen Übergangs abdecken, sollten sich trotz des

Fehlens eines „SDT-Faktors“ wenigstens „SDT-Cluster“ identifizieren lassen, in denen die drei Faktoren so kombiniert sind, dass ein regionales Muster des generativen Verhaltens sichtbar wird, das den in Abschnitt 2.7 formulierten theoretischen Erwartungen entspricht. Die Clusteranalyse ergibt sieben Typen des generativen Verhaltens. Da sich die Faktorwerte, mit denen die Analyse gerechnet wurde, für eine anschauliche Beschrei-



Tab. 13 Ausgewählte Staaten Europas Charakteristika der Cluster in Karte 10 (T-Werte)

Indikator	Alters-gruppe	Cluster 1	2	3	4	5	6	7
Altersspezifische Geburtenrate	15-19	x	o	x	-	-	-	+
	20-24	+	o	+ +	-	o	- -	+
	25-29	-	o	-	-	+ +	- -	+
	30-34	- -	o	- -	o	+ +	o	+
	35-39	- -	o	- -	o	+	o	+
	40-44	-	o	- -	o	x	o	x
Anteil der im Haushalt der Eltern lebenden Frauen	15-19	o	o	x	+	o	+ +	-
	20-24	o	o	o	+	-	+ +	-
	25-29	o	-	-	+	-	+ +	-
	30-34	o	-	-	+	-	+ +	-
Rohe Heiratsrate um 2000		+	x	o	o	o	o	o
Anteil der geschiedenen und getrennten Frauen	20-24	-	x	+ +	-	-	o	+
	30-34	-	o	+ +	- -	-	-	+
	45-49	-	o	+	- -	o	-	+ +
Anteil der Frauen in Einpersonen-haushalten	25-29	-	x	-	-	+	-	+
	30-34	-	x	-	-	+	o	+
Index der Familienkonventionalität für Familien mit Kindern unter 6 Jahren		x	-	-	+ +	o	o	-
Allgemeine Geburtenrate um 2000		o	-	-	-	+ +	- -	+
Anteil der Kinder in Einelternfamilien an allen Kindern unter 6 Jahren		-	+	o	-	-	-	x
Anteil der Ehefrauen an allen Frauen	15-19	x	-	+	+	-	-	-
	20-24	+ +	-	+ +	+	-	-	-
	25-29	+ +	-	+ +	+	-	-	-
	30-34	+ +	o	+	+	-	o	- -
	35-39	+ +	o	o	+ +	o	o	- -
Anteil nichtehelicher Geburten um 2000		-	o	o	- -	+	-	+ +
Anteil in nichtehelicher Lebensgemein-schaft lebender geschiedener Frauen	20-24	-	+	o	- -	+	-	+
	30-34	-	+	o	- -	+	- -	+
	40-49	-	+	o	- -	+	- -	+
Anteil in nichtehelicher Lebensgemeinschaft lebender lediger Frauen an den Ledigen	20-24	-	o	-	- -	+	- -	+
	25-29	-	o	-	- -	+ +	- -	+
	30-34	-	o	-	- -	+ +	- -	+
	40-49	x	o	o	- -	+	- -	+
Anteil der Kinder unter 6 Jahren in nichtehe-licher Lebensgemeinschaft an allen Kindern unter 6 Jahren		-	o	o	-	o	-	+ +
Anteil der in einer nichtehelichen Lebens-gemeinschaft lebenden Frauen	15-19	- -	+	o	- -	+	-	+
	20-24	- -	+	-	- -	+	-	+ +
	25-29	- -	o	-	- -	+	-	+ +
	30-34	- -	o	-	- -	+	-	+ +
	35-39	-	o	-	- -	+	-	+ +
	40-44	-	o	o	- -	+	-	+ +
	45-49	-	o	o	- -	+	-	+ +
Anteil der Ledigen an allen Frauen	20-24	- -	+	- -	-	+	+	+
	30-34	- -	o	- -	-	+	+	+
	40-49	-	o	- -	-	+	o	x

+ + stark überdurchschnittlich, Faktorwerte > 1,0
+ überdurchschnittlich
o durchschnittlich, Faktorwerte -0,25 < f < 0,25
- unterdurchschnittlich
- - stark unterdurchschnittlich, Faktorwerte < -1,0

x Die Varianz innerhalb des Clusters ist größer als in der Grundgesamtheit (f > 1,0). Damit ist der Indikator nicht aussagekräftig und wird deshalb nicht dargestellt.

Datenquelle: Eurostat 2009, eigene Berechnungen

bung der Muster des Familienbildungsverhaltens nur bedingt eignen, sind in Tabelle 13 die Charakteristika der jeweiligen Cluster anhand einer breiten Auswahl demographischer Variablen dargestellt. Im Gegensatz zur Klassifikation auf nationaler Ebene treten die Alpen und Pyrenäen sowie der ehemalige Eiserne Vorhang stärker als demographische Grenzen in Erscheinung. Dies kann daran liegen, dass um die Jahrtausendwende die Fertilitätsunterschiede und die Unterschiede im Timing der Familiengründung in Europa stärker ausgeprägt waren als 2007. Auch methodische Gründe können eine Rolle spielen. Die Clusteranalyse ist ein datengesteuertes Verfahren. Die Bestimmung der Clustergrenzen und die Zuweisung der Regionen zu den jeweiligen Typen erfolgt relativ zu den Merkmalsprofilen aller Regionen (Otte 2005: 444). Hätten, wie in der Analyse auf nationaler Ebene, die Balkanstaaten und die nicht zur EU gehörenden osteuropäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion berücksichtigt werden können, hätten sich die Nord-Süd und Ost-West-Unterschiede möglicherweise stärker verwischt.

Cluster 1 dominiert in Polen, Rumänien und der Slowakei, umfasst aber auch Zypern, größere Teile von Nordgriechenland und Nordportugal sowie einzelne österreichische, tschechische und ungarische Regionen. Charakteristisch sind ein schwaches Postponement, ein deutlich überdurchschnittlicher Prozentsatz der verheirateten Frauen in allen Altersgruppen und eine stark unterdurchschnittliche Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Die Fertilität ist durchschnittlich; die Kopplung von Ehe und Fortpflanzung eng, was sich in unterdurchschnittlichen Nichtehelichenquoten äußert. Cluster 1 zeichnet sich durch ein eher traditionelles Muster des generativen Verhaltens mit früher Familiengründung und starker Eheorientierung aus. In diesem Typ sind Raumeinheiten zusammengefasst, in denen der SDT noch nicht begonnen hat oder sich in einer frühen Phase befindet.

Die meisten NUTS-3-Regionen der Alpenländer und Schottlands gehören zu **Cluster 2**. Dieser Typ umfasst ferner die Städte Budapest, Prag, Breslau und Warschau sowie Südportugal mit Lissabon, die Küstenprovinzen Kataloniens, die Balearen und die Kanarischen Inseln. Da die Werte zahlreicher Indikatoren im neutralen Bereich liegen, repräsentiert Cluster 2 gewissermaßen das durchschnittliche europäische Muster des generativen Verhaltens. Die allgemeine Geburtenrate ist unterdurchschnittlich, ebenso wie der Anteil der Ehefrauen in den Altersgruppen unter 30. Da gleichzeitig ein überdurchschnittlicher Anteil der Frauen Anfang 20 in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebt, zeichnet sich ein Muster des Heiratsverhaltens ab, bei dem bei früher residentieller Selbständigkeit erst nach einer Phase des unverheirateten Zusammenlebens geheiratet wird. Die durchschnittliche Nichtehelichenquote deutet darauf hin, dass eine Schwangerschaft oder ein Kinderwunsch ein wichtiges Heiratsmotiv sind. Die Präsenz von Kindern im Vorschulalter scheint jedoch nicht zu einer Stabilisierung der Ehe der Eltern beizutragen, wie der überdurchschnittliche Anteil Alleinerziehender und der unterdurchschnittliche Index der Familienkonventionalität[97] belegen. Nacheheliche Lebensgemeinschaften sind weit verbreitet. Dieser Typ verbindet eine Pluralisierung der Lebensformen im jungen Erwachsenenalter mit einem Muster der kindorientierten Eheschließung bei durchschnittlichem Fertilitätspostponement. Man könnte daher von einer durch eine enge Kopplung von Ehe und Elternschaft gekennzeichnete Varietät des SDT sprechen. Der Wandel der familienbezogenen Wertvorstellungen ist jedoch schon

97 Anteil der Kinder der Altersgruppe 0-6, die in einer vollständigen ehelichen Familie leben.

so weit fortgeschritten, dass Kinder zwar noch ein Heiratsgrund, aber kein Scheidungshindernis mehr sind.

Cluster 3 umfasst, von Niederösterreich-Süd abgesehen, nur Regionen in den Transformationsstaaten, insbesondere in Litauen, Tschechien und Ungarn. In Estland gehören die Regionen mit einem hohen russischen Bevölkerungsanteil (Statistikaamet 2001: 23) zu diesem Typ, der auch in der Südslowakei und in Teilen Rumäniens vorkommt. In Polen fehlt Cluster 3 dagegen völlig. Charakteristisch ist eine frühe Familiengründung und -auflösung. Die weit unterdurchschnittlichen altersspezifischen Geburtenraten der über 30-Jährigen belegen, dass die Familienerweitungsphase im vierten Lebensjahrzehnt zumeist schon abgeschlossen ist. Die Ehe ist die dominierende Lebensform junger Erwachsener. Im europäischen Vergleich ist der Prozentsatz der noch im Elternhaus wohnenden jungen Frauen ebenso unterdurchschnittlich wie der in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft oder einem Einpersonenhaushalt Lebenden. Mit diesem Profil der frühen ehelichen Familiengründung in Verbindung mit extrem schwachem Fertilitätspostponement, einem weit überdurchschnittlichen Bevölkerungsanteil der Geschiedenen und einer unterdurchschnittlichen quantitativen Bedeutung des unverheirateten Zusammenlebens zeigt sich eine deutliche Kontinuität zum Muster des generativen Verhaltens der sozialistischen Zeit; die niedrige Fertilität und die mittlerweile im Bereich des europäischen Durchschnitts liegende Nichtehelichenquote sind dagegen Elemente, die erst nach dem Ende des Sozialismus zu Charakteristika des Familienbildungsmusters der MOE-Staaten wurden.

Cluster 4 umfasst weite Teile Griechenlands, Nordportugals, Süditaliens und Südspaniens, aber auch einige ländliche Kantone der Schweiz, den slowakischen Trenčiansky Kraj, die Stadtregion Danzig (Trójmiasto) sowie die Städte Krakau und Posen in Polen. Charakteristisch für diesen Typ ist eine niedrige Geburtenrate, insbesondere bei den Altersgruppen unter 30, eine im europäischen Vergleich ausgesprochen geringe quantitative Bedeutung des unverheirateten Zusammenlebens und der nichtehelichen Elternschaft. In den Regionen des Clusters 4 sind die höchsten Werte des Familienkonentionalitätsindex festzustellen. Die Ehe ist die dominante partnerschaftliche Lebensform. Die geringe Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften bei den Ledigen und der vergleichsweise hohe Anteil der noch im Elternhaus lebenden jungen Frauen deuten auf eine Dominanz der „direkten" Eheschließung hin. Cluster 4 umfasst wie Cluster 1 Regionen mit einem traditionellen Muster des generativen Verhaltens, unterscheidet sich von diesem jedoch durch ein stärker ausgeprägtes Postponement von Ehe und Elternschaft. Der überdurchschnittliche Anteil der verheirateten Frauen in der Altersgruppe 15-24 deutet darauf hin, dass parallel zu den Postponementtendenzen ein substantieller Anteil der Bevölkerung am Muster der frühen ehelichen Familiengründung festhält.

Zu **Cluster 5** gehören Island, weite Teile Irlands, Nordfrankreichs und der Niederlande sowie einzelne Regionen in Dänemark, Finnland, Norwegen und der Schweiz, aber auch einige englische Stadtkreise mit einem hohen Prozentsatz ethnischer Minderheiten sowie die spanische Exklave Melilla. Cluster 5 zeichnet sich vor allem durch eine deutlich überdurchschnittliche Fertilität, insbesondere der Frauen der Altersgruppe 25-34 aus. Nichteheliche Lebensgemeinschaften sind weit verbreitet, vor allem in den geburtenstarken Altersgruppen; dementsprechend liegt die Nichtehelichenquote über dem Durchschnitt. Trotz der starken Pluralisierung der Lebensformen ist der Anteil der Geschiedenen und der Alleinerzieherinnen vergleichsweise niedrig. Bei diesem Typ handelt

es sich um eine Varietät des SDT mit überdurchschnittlicher Fruchtbarkeit, ausgeprägter Entkopplung von Ehe und Elternschaft und einer relativ hohen Familienstabilität. Der überdurchschnittliche Prozentsatz von allein lebenden Frauen deutet auf individualistische Geschlechterrollenbilder hin.

Cluster 6 umfasst vorrangig italienische und spanische Regionen inklusive des italienischsprachigen schweizerischen Kantons Tessin sowie die Hauptstadtregionen von Griechenland und der Slowakei. Dieser Typ weist große Ähnlichkeiten mit dem Muster des generativen Verhaltens der Regionen des Clusters 4 auf; das Ehe- und Fertilitätspostponement ist jedoch deutlich stärker ausgeprägt. Der Anteil der noch im Elternhaus lebenden jungen Frauen ist im europäischen Vergleich am höchsten. Dabei mögen die Schwierigkeiten junger Menschen, sich auf dem Arbeitsmarkt zu etablieren (Dirks 2009: 27-28), eine Rolle spielen. Dass rein ökonomische angelegte Erklärungsansätze zu kurz greifen, zeigt sich jedoch darin, dass die „Nesthocker" in Italien vor allem im wirtschaftlich höher entwickelten Norden leben, während die Familiengründung in Süditalien zu einem früheren Zeitpunkt erfolgt.

Cluster 7 besteht vor allem aus Regionen in England und Wales, Estland, Finnland, Norwegen, Ostdänemark sowie Süd- und Zentralfrankreich. Dazu kommen noch die Großräume Amsterdam/Den Haag/Rotterdam und Dublin. Wie Cluster 5 zeichnet sich auch dieser Typ durch eine hohe Bedeutung des unverheirateten Zusammenlebens und eine überdurchschnittliche Fruchtbarkeit aus. In Cluster 7 sind die altersspezifischen Geburtenraten in allen Altersgruppen überdurchschnittlich, was auf ein Nebeneinander von früher Familiengründung und Postponement hindeutet. Typisch sind ferner ein hoher Bevölkerungsanteil der Geschiedenen und ein weit überdurchschnittlicher Prozentsatz von Vorschulkindern, die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft aufwachsen. Cluster 7 umfasst damit die Regionen, in denen der SDT in seiner „reinsten Form" auftritt.

6.4 Fazit

Um die Jahrtausendwende lassen sich in den untersuchten Staaten drei übergeordnete Familienbildungsmuster feststellen. Die Cluster 1, 4 und 6 repräsentieren einen traditionellen, eheorientierten Typ mit schwach ausgeprägter Pluralisierung der Lebensformen und niedriger Fertilität. Die Unterschiede zwischen den drei Untertypen liegen vor allem im Ausmaß des Postponement und im Timing des Auszugs aus dem Elternhaus. Dieses konservative Muster des generativen Verhaltens ist insbesondere charakteristisch für Polen, Rumänien und die südeuropäischen Staaten, kommt regional aber auch in der Schweiz und der Slowakei vor. Von Spanien und der Schweiz abgesehen handelt es sich dabei um Staaten mit einer deutlich überdurchschnittlichen individuellen Religiosität (Tabelle 9). Mit Ausnahme des starken Postponements in Cluster 6 sind die Merkmale des Zweiten Demographischen Übergangs im europäischen Vergleich unterrepräsentiert; es handelt sich also um die ‚*Laggards*' des SDT. Immun gegen den Wandel des generativen Verhaltens sind diese Regionen jedoch nicht. Neuere Datenquellen deuten beispielsweise darauf hin, dass die Zahl der Konsensualpaare in Italien seit einigen Jahren deutlich ansteigt (Gabrielli & Hoem 2009: 4-14). Ein hoher Prozentsatz der jungen Italiener hat keine moralischen Vorbehalte gegen nichteheliche Lebensgemeinschaften mehr und könnte sich auch vorstellen, selbst ohne Trauschein mit einem Partner zu-

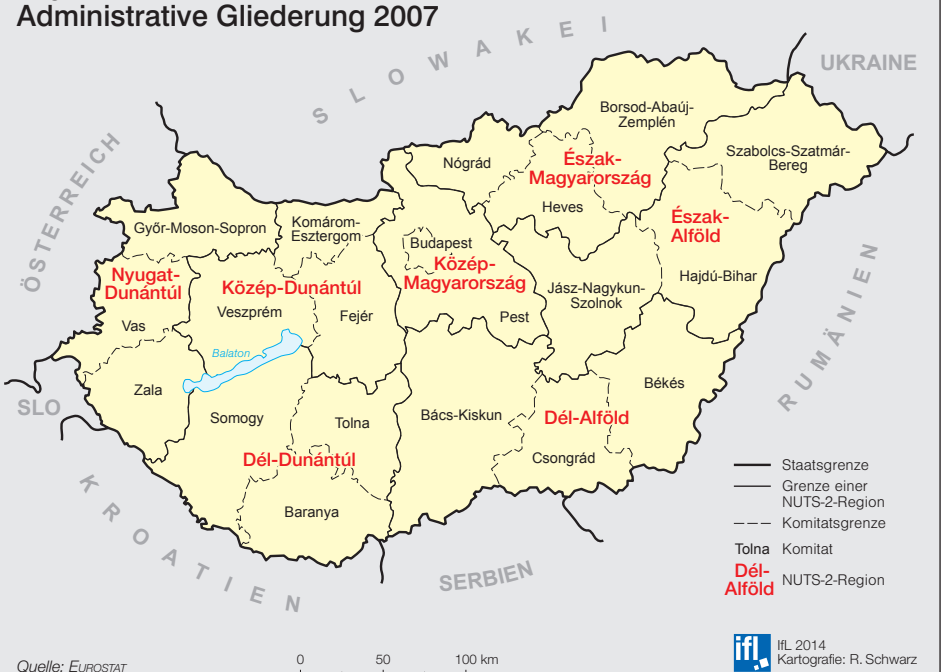
sammenzuleben (Rosina & Fraboni 2004: 156-157). Auch in Spanien hat die Akzeptanz nichttraditioneller Lebens- und Familienformen stark zugenommen und ein im europäischen Vergleich hohes Niveau erreicht (Domínguez-Folgueras & Castro-Martín 2008: 1523; Tobío 2001: 72-73). Der Diffusionsprozess des unverheirateten Zusammenlebens von einer selektiven „demographischen Avantgarde" zur Gesamtbevölkerung scheint in Spanien weiter fortgeschritten zu sein und auf geringere kulturelle Barrieren zu stoßen als in Italien. Nazio und Blossfeld (2008: 40) zufolge hat der Diffusionsprozess des unverheirateten Zusammenlebens „*recently passed a threshold that could allow for an increasing spread of this alternative living arrangement in the near future*". Domínguez et al. (2007: 17) gehen daher davon aus, dass in den kommenden Jahren mit einer steigenden Bedeutung des unverheirateten Zusammenlebens zu rechnen ist, sofern die Barrieren, welche die Ausbreitung der Kohabitation hemmen, etwa die ungünstige Situation junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt, entfallen. Der zweite Obertyp, das in Litauen, Tschechien und Ungarn dominierende Cluster 3, ist gekennzeichnet durch eine frühe Familiengründung, eine starke Betonung der Ehe und eine vergleichsweise niedrige Bedeutung des unverheirateten Zusammenlebens. Vom traditionellen Familienbildungstyp der Cluster 1, 4 und 6 unterscheidet sich dieses postsozialistische Muster durch eine stärkere Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung und eine ausgeprägte Eheinstabilität, die sich bevölkerungsstatistisch in einem hohen Geschiedenenanteil ausdrückt. Auch mehr als zehn Jahre nach der „Wende" weist das generative Verhalten in weiten Teilen Mittel- und Osteuropas noch zentrale Elemente des „sozialistischen" Familienbildungsverhaltens auf. Schließlich lassen sich mit Cluster 2, 5 und 7 noch drei Muster des generativen Verhaltens identifizieren, die als „SDT-Cluster" eingeordnet werden können. Diese Obergruppe dominiert in den nord- und westeuropäischen Staaten, aber auch in Estland, von den Regionen mit hohem russischen Bevölkerungsanteil einmal abgesehen. Deutlich wird, dass die Hauptstadtregionen in den MOE-Staaten die Brückenköpfe des Zweiten Demographischen Übergangs darstellen. In Spanien sind neben Katalonien, wo sich demographische Neuerungen traditionell zuerst durchsetzen (Solsona 1998: 214-216), die Tourismushochburgen die Innovationszentren des Zweiten Demographischen Übergangs. Die Hauptstadtregion Madrid gehört dagegen zu den Provinzen mit einem eher traditionellen Familienbildungsverhalten.

7 Die sozioökonomischen Rahmenbedingungen des Wandels des generativen Verhaltens in Ungarn

Bevor in den Kapiteln 8 und 9 untersucht wird, ob der Wandel des generativen Verhaltens in Ungarn seit dem Ende des Staatssozialismus eher den Erwartungen des Zweiten Demographischen Übergangs oder der ‚*Crisis behaviour*'-Theorie entspricht, soll in diesem Abschnitt zunächst der sozioökonomische Rahmen aufgespannt werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf einer Darstellung der wirtschaftlichen Disparitäten, die zum Teil eine Folge des Transformationsprozesses sind, zum Teil aber auch bis in die Zeit der Habsburgermonarchie zurückverfolgt werden können (7.4). In Abschnitt 7.5 wird eine regionale sozioökonomische Typologie entwickelt, welche die Basis für die Ableitung von Thesen zu den nach den „kulturellen" und „ökonomischen" Theorien zu erwartenden Raummustern bildet (7.6). Beginnen wollen wir den Überblick zu den sozioökonomischen Rahmenbedingungen des demographischen Wandels mit Anmerkungen zur Rolle der Frau in der ungarischen Gesellschaft (7.1), zu den Veränderungen im Bereich der Familienpolitik seit dem Ende des Staatssozialismus (7.2), zur religiösen Landkarte Ungarns (7.3) und mit Basisinformationen zur administrativen und statistischen Gliederung des Landes.

Karte 11

Ungarn
Administrative Gliederung 2007



Quelle: EUROSTAT

Tab. 14 Komitate Ungarns – Region, Einwohnerzahl und Hauptstädte am 1.1.2007

Region	Komitat	Einwohner	Hauptstadt	Einwohner
Közép-Magyarország (Mittelungarn)	Budapest	1 696 128	Budapest	1 696 128
	Pest	1 176 550		
Közép-Dunántúl (Mitteltransdanubien)	Fejér	428 711	Székesfehérvár	101 600
	Komárom-Esztergom	315 036	Tatabánya	70 541
	Veszprém	363 706	Veszprém	62 023
Nyugat-Dunántúl (Westtransdanubien)	Győr-Moson-Sopron	442 667	Győr	128 265
	Vas	263 251	Szombathely	79 534
	Zala	293 443	Zalaegerszeg	61 898
Dél-Dunántúl (Südtransdanubien)	Baranya	398 215	Pécs	156 649
	Somogy	328 496	Kaposvár	67 746
	Tolna	240 966	Szekszárd	34 174
Észak-Magyarország (Nordungarn)	Borsod-Abaúj-Zemplén	718 951	Miskolc	172 637
	Heves	319 460	Eger	56 674
	Nógrád	213 030	Salgótarján	39 640
Észak-Alföld (Nördliche Tiefebene)	Hajdú-Bihar	545 641	Debrecen	204 124
	Jász-Nagykun-Szolnok	403 622	Szolnok	75 474
	Szabolcs-Szatmár-Bereg	576 054	Nyíregyháza	116 298
Dél-Alföld (Südliche Tiefebene)	Bács-Kiskun	536 290	Kecskemét	109 847
	Békés	382 190	Békéscsaba	65 206
	Csongrád	423 751	Szeged	164 883

Datenquelle: KSH 2007a, eigene Darstellung

Ungarn besteht aus 19 Komitaten (Megyék) und der Hauptstadt Budapest, die im System der europäischen Statistik die NUTS-3-Ebene bilden. Jeweils zwei bis drei Komitate sind zu den sieben NUTS-2-Regionen zusammengefasst (Karte 11). Die Komitatshauptstädte (siehe Tabelle 14) sowie die Städte Dunaújváros (Fejér), Érd (Pest), Hódmezővásárhely (Csongrád), Nagykanizsa (Zala) und Sopron (Győr-Moson-Sopron) nehmen neben ihren kommunalen Aufgaben auch die Komitatsrechte wahr und sind damit ebenfalls ein Teil der regionalen Selbstverwaltung (Kipke 2005: 71). Anders als die deutschen Stadtkreise werden die Städte mit Komitatsrecht statistisch als Teil der jeweiligen Komitate betrachtet. Seit Abschaffung der Bezirke (Járás) 1984 hat Ungarn ein zweistufiges System der regionalen Selbstverwaltung ohne Mittelebene zwischen den Komitaten und den Gemeinden (Beluszky 1999: 72). Ende 2007 gab es inklusive der 23 Bezirke der Hauptstadt Budapest 3175 zum Teil sehr kleine selbstständige Gemeinden (KSH 2007a: 19). Im Vergleich zu 1989 hat sich die Zahl der Gemeinden fast verdoppelt, da ein großer Teil der Gebietsreformen der sozialistischen Zeit als „kommunistisches Unrecht" wieder rückgängig gemacht wurde (Kipke 2005: 71). 1994 wurden die Komitate in statistische Subregionen unterteilt, die nach verschiedenen Reformen seit 2003 auch einige gemeindeübergreifende Verwaltungs- und Koordinationsaufgaben übernehmen. Zunächst gab es 168 dieser Kleingebiete (Kistérség; vgl. Karte 18 in Anhang 3), seit 2007 hat sich ihre Zahl auf 174 erhöht (Máté 2008: 15).

7.1 Die sozioökonomische Situation der Frauen in Ungarn

Ungarn zeichnet sich durch eine ausgeprägte Polarisierung der innerfamiliären Geschlechterrollen aus. Unabhängig von ihrem Arbeitsmarktstatus ist die Zeit, die Ungarinnen für Hausarbeit aufwenden, europaweit am höchsten. Gleichzeitig helfen ungarische Väter und Ehemänner deutlich seltener im Haushalt mit (Pongrácz 2006: 81-82). Bei berufstätigen Frauen verschärft sich die Doppelbelastung durch die mangelnde Flexibilität der Arbeitszeiten zusätzlich: 80% haben nie (39%) oder nur in Ausnahmefällen (41%) die Möglichkeit, ihre Arbeitszeiten aus familiären Gründen flexibel zu gestalten (KSH 2011: 30). Auch Teilzeitarbeitsplätze sind selten. Umfragen zufolge würde jede zweite Ungarin gerne Teilzeit arbeiten, aber nur jede 20. hat die Möglichkeit dazu (Spéder & Kamarás 2008: 639). Die niedrige Teilzeitquote hat vor allem zwei Ursachen: Viele Familien sind auf das volle Gehalt beider Partner angewiesen und könnten die durch eine Teilzeitbeschäftigung entstehenden finanziellen Einbußen nicht schultern. Für Arbeitgeber ist die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen ebenfalls mit erhöhten Kosten verbunden, da ein Teil der Sozialabgaben unabhängig von der Arbeitszeit der Angestellten abzuführen ist (Laky & Neumann 2004: 24).

Untersuchungen zu familienbezogenen Wertvorstellungen zeigen, dass eine Mehrheit der Ungarinnen und Ungarn konservative Einstellungen zu Geschlechterrollen und zur intrafamiliären Arbeitsteilung aufweist. Bereits in sozialistischer Zeit favorisierte ein großer Teil der Bevölkerung das Einverdienermodell. Trotz gestiegenen Bildungsniveaus, insbesondere bei jungen Frauen, hat sich dieser Anteil bis zur Jahrtausendwende weiter erhöht, wobei die Zustimmung auch in der Gruppe der unter 30-Jährigen mit überdurchschnittlicher Bildung etwa genauso groß ist wie in der Gesamtbevölkerung. Die konservative Grundtendenz zeigt sich auch darin, dass eine deutliche Mehrheit eine Arbeitsaufteilung, bei welcher der Mann die Reproduktionsarbeit übernimmt und nicht erwerbstätig ist, ablehnt (Pongrácz 2006: 75-78). Die traditionelle physische und symbolische Segregation der Geschlechter in ländlichen Regionen Ungarns hat die Zeit des Staatssozialismus weitgehend unbeschadet überstanden. Frauen wird im traditionellen Verhaltenskodex des Dorfes die häusliche Rolle zugesprochen, während die öffentliche Sphäre die Domäne der Männer ist. Auch wenn Frauen berufstätig sind, steht die Hausfrauenrolle an erster Stelle, was nicht zuletzt auch der defizitären lokalen Infrastruktur und der Tatsache, dass ungarische Männer sich im ländlichen Raum kaum an der Hausarbeit beteiligen, geschuldet ist (Jávor 2006, Timár 2005: 316-317). Nach 1990 ist es zu einer „Re-Traditionalisierung" der familienbezogenen Wertvorstellungen gekommen. Das Familienmodell aus männlichem Ernährer und Vollzeithausfrau wird zunehmend positiv bewertet, insbesondere von Frauen mit geringem Bildungsniveau, die in Regionen mit ungünstigen Arbeitsmarktbedingungen leben. Von diesen Frauen wird häufig betont, dass die Mutterschaft für sie das wichtigste Lebensziel sei, und dass sie aus der Kindererziehung große persönliche Befriedigung zögen (Váradi 2005: 293-296). Unter den ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen scheint folglich die Familie, insbesondere die Kindererziehung, für bestimmte Bevölkerungsgruppen zu einem wichtigen Lebensinhalt zu werden. Diese Erkenntnis steht im Widerspruch zu den Erwartungen der ‚*Crisis behaviour*'-Theorie, wonach in Krisenzeiten das Individuum versucht, sein Humankapital möglichst Erfolg versprechend in Wert zu setzen und daher auf biographische Festlegungen wie die Gründung und Erweiterung einer Familie verzichtet. In

diesem Zusammenhang wäre zu erwarten gewesen, dass Frauen eher versuchen, ihre beruflichen Qualifikationen zu optimieren und gegebenenfalls in Regionen mit einem besseren Jobangebot abzuwandern. Ein Rückzug vom Arbeitsmarkt und eine verstärkte Orientierung auf Familie und Mutterschaft sind jedoch mit der Theorie nur schwer in Einklang zu bringen. Hier zeigt sich, dass es wichtig ist, über den ‚*Homo oeconomicus*' hinaus auch kulturelle und strukturelle Faktoren zu berücksichtigen. Timár (2005: 315-316) zufolge reagieren vom sozialen Abstieg betroffene Arbeiterfamilien im ländlichen Raum auf die schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen mit einer Rückbesinnung auf „traditionelle" Geschlechterrollenbilder. Angesichts der vergleichsweise großzügigen Sozialleistungen für Mütter mit kleinen Kindern werden Mutterschaft und ökonomische Inaktivität wichtige Strategien zur Einkommensgenerierung. Zusätzlich kann die Hausfrau Güter produzieren und Dienstleistungen erbringen, die früher von außen zugekauft wurden. Auf die Anschaffung von Haushaltsgroßgeräten, die „Frauenarbeiten" rationalisieren, wird verzichtet, bereits vorhandene Geräte werden wegen ihres hohen Energie- und Wasserverbrauchs stillgelegt. Die Statistiken über die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern legen nahe, dass bei Unterhaltungs- und Kommunikationsgeräten eine vergleichbare Kaufzurückhaltung nicht zu beobachten ist. Farbfernseher und Mobiltelefone sind weiter verbreitet als moderne Waschmaschinen: 2005 besaß ein ungarischer Haushalt durchschnittlich 1,4 Fernseher und Handys, aber nur 0,7 Waschmaschinen oder Mikrowellenherde. Nur 6% der Haushalte verfügten über eine Geschirrspülmaschine (KSH 2006d: 158-159). Der Variationskoeffizient des Bruttoinlandsprodukts ist zwischen 2001 und 2005 leicht angestiegen, was auf eine Verfestigung der wirtschaftlichen Disparitäten hindeutet. Bei den langlebigen Konsumgütern ist jedoch ein Abbau der räumlichen Ungleichverteilung festzustellen.[98] Daraus folgt, dass die Menschen in den Krisenregionen proportional mehr in Konsumgüter investieren, da sie über geringere finanzielle Ressourcen verfügen. Sie sind offensichtlich zu größeren Einschnitten bereit, um ihre Konsumwünsche zu erfüllen, etwa durch einen verstärkten Einsatz menschlicher – weiblicher – Arbeitskraft im Haushalt. Es darf spekuliert werden, ob alle Haushaltsmitglieder gleichermaßen von der Unterhaltungselektronik und den Kommunikationsgeräten profitieren…

7.1.1 Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Im Gegensatz zu den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas hat sich die Arbeitsmarktsituation ungarischer Frauen durch die Transformation zunächst nicht verschlechtert. In den frühen 1990er Jahren waren vor allem Männer von Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzverlusten betroffen. 1993 lag die Erwerbsquote der Frauen über derjenigen der Männer, auch das Vorhandensein kleiner Kinder im Haushalt war damals kein Hindernis für eine Erwerbsbeteiligung von Müttern. Bis 2000 hat sich dieses Bild radikal gewandelt. Die Frauenerwerbsquote ist um 14 Prozentpunkte gesunken, bei Müttern mit kleinen Kindern sogar um 25 Prozentpunkte, während die Erwerbsquote der Männer in etwa gleich geblieben ist (Glass 2008: 766-772). Der ungarische Sonderweg hat seine Wurzeln im „Gulaschkommunismus" und – paradoxerweise – im traditionellen Ge-

98 Eigene Berechnungen; Datenquelle KSH (2002: 160-161; 2006d: 158-159). Die Daten zur Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern werden auf NUTS-2 -Ebene erhoben.

schlechterrollenbild der ungarischen Gesellschaft. Bereits in sozialistischer Zeit waren Frauen vorrangig im Dienstleistungssektor beschäftigt, der nach der Wende zu den am stärksten wachsenden Wirtschaftszweigen zählte. Die Ende der 1960er Jahre eingeleitete Öffnung des Systems hatte einen Ausbau des tertiären Sektors mit sich gebracht und es den Frauen ermöglicht, im Dienstleistungsbereich zu arbeiten. Im Gegensatz zu den Nachbarländern waren ungarische Frauen daher seltener als Hilfs- und angelernte Arbeitskräfte im produzierenden Gewerbe beschäftigt und somit auch weniger stark vom Zusammenbruch der sozialistischen Industrie betroffen (Meusburger 2001b: 185-187; Glass 2008: 769). Es gibt jedoch noch einen anderen Grund für die geringere Frauenarbeitslosigkeit in Ungarn. Wenn sie nicht mehr erwerbstätig sind, ziehen sich ungarische Frauen häufig vollständig vom Arbeitsmarkt zurück, anstatt sich arbeitslos zu melden und nach einer neuen Stelle zu suchen. Dies betrifft insbesondere den ländlichen Raum, da dort das Bildungsniveau der weiblichen Arbeitskräfte traditionell niedriger ist als in den Städten und die Arbeitsmärkte auch im Dienstleitungsbereich so angespannt sind, dass eine Reintegration der nicht mehr ökonomisch aktiven Frauen kaum zu leisten ist. Pendeln ist aufgrund der defizitären Verkehrsinfrastruktur zeitaufwändig und teuer. Viele Mütter kehren daher nach der Babypause nicht ins Erwerbsleben zurück. Weitere Gründe sind die Diskriminierung von Müttern durch viele Arbeitgeber, die Einschränkung des Kinderbetreuungsangebots und die im Vergleich zu den Männern niedrigeren Löhne (Váradi 2005: 292-296).

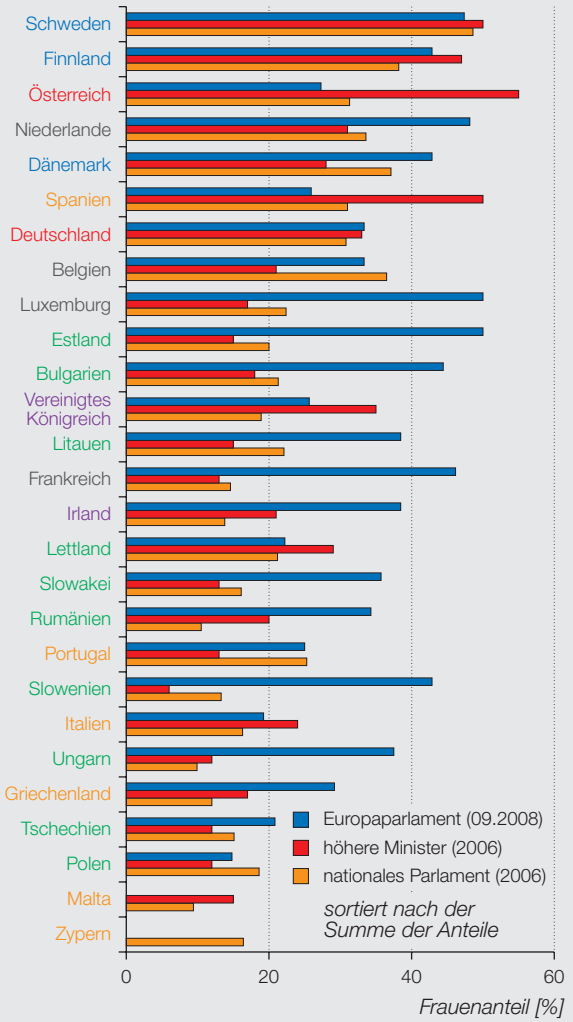
7.1.2 Frauen in der ungarischen Politik

1985 war ein Fünftel der ungarischen Parlamentsabgeordneten weiblich, nach den ersten freien Wahlen 1990 jedoch nur noch 7%. Es ist keine ungarische Besonderheit, dass der Frauenanteil in den Volksvertretungen mit dem Übergang zur Demokratie zurückgegangen ist, sondern ein in allen postsozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas feststellbarer Trend (Timár 2005: 312). Der vergleichsweise hohe Frauenanteil in den politischen Gremien in sozialistischer Zeit sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass in den einflussreichen Führungspositionen die Männer weitgehend unter sich blieben. Mit Frauen waren vor allem Posten mit niedrigem Gestaltungsspielraum auf der lokalen und regionalen Ebene besetzt (van Hoven 2004: 166). Für den Rückgang des Frauenanteils in den Parlamenten und Regierungen nach 1989/90 werden in der Literatur fünf Erklärungsansätze diskutiert:

- Frauen haben in den Parteien kaum Aufstiegschancen und werden bei Wahlen eher selten als Kandidaten aufgestellt.
- Frauen sind politisch apathischer als Männer und beteiligen sich seltener am politischen Prozess.
- Das gesellschaftliche und kulturelle Umfeld in den MOE-Staaten ist für Frauen in der Politik eher ungünstig.
- Die ungünstige wirtschaftliche Situation vieler Frauen erschwert ihre Beteiligung am politischen Prozess.
- Die Regierungen verfolgen eine Politik, in der die Belange der Frauen nur eine untergeordnete Rolle spielen (Timár 2000: 152; Timár 2005: 312).

Mit einem Frauenanteil von nur 10% gehörte Ungarn nach der Wahl 2002 zu den EU-Staaten mit dem geringsten Anteil weiblicher Abgeordneter. Nur die Malteser hatten

37 EU27-Staaten
Frauenanteil in den nationalen Parlamenten, Regierungen und den Landesgruppen im Europaparlament 2006/2008



Datenquellen:
Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften 2008, S. 181; Europäisches Parlament 2008; eigene Darstellung

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: T. Zimmermann

noch weniger Frauen ins Parlament gewählt (vgl. Abbildung 37). Bei den Wahlen 2006 und 2010 lag der Frauenanteil mit 10% bzw. 9% auf dem gleichen Niveau (Országos Választási Iroda 2006; 2011). Auf lokaler Ebene ist der Einfluss von Frauen auf die Politik größer. Nach der Wahl 2002 war etwa ein Viertel der Gemeinderäte weiblich; der Anteil der Bürgermeisterinnen lag aber mit 15% ähnlich niedrig wie derjenige der weiblichen Parlamentsabgeordneten (Timár 2005: 313-314). Hier ist eine „Pyramide der Macht" festzustellen. Bürgermeisterinnen sind vor allem in kleinen, ländlichen Gemeinden in rückständigen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und massiven wirtschaftlichen Problemen anzutreffen (Timár 2000: 154-155). Mit zunehmender Einwohnerzahl sinkt die Wahrscheinlichkeit eines weiblichen Gemeindeoberhaupts (Timár 2005: 313-314). Bei den Kommunalwahlen 2006 ist die Zahl der Bürgermeisterinnen in Gemeinden mit mehr als 15.000 Einwohnern gesunken. Von den 23 Städten mit Komitatsrecht wurden in der Wahlperiode 2006-2010 nur zwei, Nyíregyháza und Salgótarján, von einer Frau regiert (Országos Választási Iroda 2006). Die Basis der „Pyramide der Macht" hat sich allerdings verbreitert. In Gemeinden mit weniger als 15.000 Einwohnern ist die Zahl der Bürgermeisterinnen gestiegen (Jelenszkyné Fábián 2009: 3-4). Als Erklärungen für die besseren Erfolgschancen von Frauen in kleinen Gemeinden nennt Jelenszkyné Fábián (2009: 4-5; 12), dass (1) das Bürgermeisteramt angesichts der beschränkten Gestaltungsmöglichkeiten für Männer nicht attraktiv ist, dass (2) Vorbehalte der Wähler gegenüber

Frauen in Führungspositionen eher durch persönliche Kontakte und berufliche Erfolgsbilanzen ausgeräumt werden können als in größeren Gemeinden und dass sich (3) mütterliche Qualitäten („das Dorf als erweiterte Familie") an der Wahlurne auszahlen.

Wie in vielen anderen EU-Staaten ist der Frauenanteil in der ungarischen Landesgruppe im Europaparlament[99] höher als im nationalen Parlament. Auch hier könnte die „Pyramide der Macht" eine Rolle spielen. Wenn ein Mandat im Europaparlament als weniger prestigeträchtig und einflussreich wahrgenommen wird wie die Abgeordnetentätigkeit im nationalen Parlament, dürften Frauen bessere Chancen auf einen aussichtsreichen Listenplatz haben. Neben der „Pyramide der Macht" scheint auch das Wahlrecht eine Rolle zu spielen. In Staaten mit Mehrheitswahlrecht wie Frankreich und Großbritannien ist der Frauenanteil in den nationalen Parlamenten niedrig, obwohl beide Staaten nicht als Länder mit konservativem *Gender contract* gelten. Inwieweit dieser Faktor in Ungarn eine Rolle spielt, kann an dieser Stelle nicht vertieft werden. Das ungarische Wahlrecht enthält sowohl Elemente des Verhältnis- wie des Mehrheitswahlrechts.[100] Der niedrige Frauenanteil im Parlament kann entweder eine Folge der Nominierungspraxis der Parteien sein, oder das Ergebnis der Unwilligkeit der Wähler, in Direktwahlen für Frauen zu stimmen.

Für Chesnais (1996: 733) ist eine starke Position von Frauen an den Schaltstellen der Macht eine Versicherung gegen extrem niedrige Geburtenraten, da dadurch garantiert werde, dass die Bedürfnisse von Müttern und Kindern im politischen Prozess angemessen berücksichtigt würden, wodurch die Opportunitätskosten der Mutterschaft gesenkt würden und die Bereitschaft, Kinder zu bekommen, steige. In diesem Zusammenhang birgt der geringe politische Einfluss von Frauen in den postsozialistischen Staaten die Gefahr, dass in Verbindung mit den oben angesprochenen Retraditionalisierungstendenzen institutionelle Strukturen geschaffen werden, die auf längere Sicht einen Fertilitätsanstieg erschweren. Unter dem Strich scheint sich in Ungarn und den anderen postsozialistischen Staaten die Erwartung zu bestätigen, dass ein Gefälle im Grad der Gleichberechtigung der Frau zwischen am Individuum und an der Familie orientierten Institutionen zu weit unter dem Bestandserhaltungsniveau liegenden Geburtenraten führt. Auf der einen Seite sind Retraditionalisierungstendenzen in der institutionellen Sphäre zu beobachten, andererseits eröffnen sich Frauen neue Chancen im Bildungswesen und zum Teil auch im Arbeitsleben, wobei in diesem Bereich eine Diskriminierung von Schwangeren und Müttern kleiner Kinder zu beklagen ist. Aus Sicht des ‚*Gender-equity*'-Ansatzes würde dieser Rückschritt den Fertilitätsrückgang erklären und könnte damit als argumentatives Bindeglied dienen, um zu erklären, warum dieser Aspekt des Zweiten Demographischen Übergangs bereits unmittelbar nach der „Wende" aufgetreten ist, obwohl, wie Kritiker des SDT betonen, die Zeit für einen Wertewandel nach westlichem Muster zu kurz war (Dorbritz 2007: 48-49). Aus dieser Perspektive wird auch die höhere Fertilität von Frauen mit niedrigem Bildungsniveau verständlich, die eine niedrigere Berufs- und Karriereorientierung haben (Matysiak & Vignoli 2009: 22; Pikálková 2003: 875). Offensichtlich ist für diese Gruppe die Inkongruenz zwischen dem „traditionellen" Frauenbild des Familiensektors und dem „modernen" Frauenbild

99 Ilonszki (2006: 64) führt dies auf die „EU-konforme" Nominierungspraxis der Sozialisten zurück.

100 Zum ungarischen Wahlrecht vgl. Mészáros et al. (2007: 805-806).

in den Bereichen, in denen Frauen als Individuum agieren, weniger spürbar – nicht zuletzt, weil ihnen die Optionen für eine Selbstverwirklichung durch Bildung und Beruf weitgehend verschlossen bleiben. Als These für die multivariate Analyse kann daher an dieser Stelle festgehalten werden, dass ungünstige Rahmenbedingungen auf dem regionalen Arbeitsmarkt für Frauen mit niedrigem Bildungsniveau und geringen beruflichen Qualifikationen zu einer stärkeren Familienorientierung beitragen können. Leider kann der viel versprechende Gedanke einer Integration von SDT und ‚*Gender-equity*'-Ansatz in dieser Arbeit nicht weiter verfolgt werden, da eine überzeugende empirische Operationalisierung der Kernthesen für den Bereich der familienorientierten Institutionen noch aussteht und daher keine Individualdaten zur Verfügung stehen, die hätten ausgewertet werden könnten. Zudem liegen zu den MOE-Staaten kaum Untersuchungen vor, die den ‚*Gender-equity*'-Ansatz verwenden.[101]

7.2 Familienpolitik in Ungarn

In Ungarn gab es zwei Phasen pronatalistischer Politik. Die frühen 1950er Jahre waren von einem ‚intoleranten' Pronatalismus gekennzeichnet. Gesellschaftliche Gruppen mit niedrigen Kinderzahlen wie Bauern oder die Mittelschicht wurden stigmatisiert, kinderlose Paare mussten eine Sondersteuer zahlen und die Abtreibung wurde verboten. Nach heftiger interner Kritik[102] erfolgte ein Kurswechsel zu einer non-interventionistischen Politik, die vor allem die Kompensation der Kosten der Kindererziehung in den Mittelpunkt stellte (Melegh 2002: 31-33). Ab 1967 wurden als Reaktion auf die damals im weltweiten Vergleich ausgesprochen niedrigen Geburtenraten ein bis zu 30-monatiger Erziehungsurlaub und ein Erziehungsgeld (GyES) eingeführt. 1973 wurde ein bevölkerungspolitisches Paket implementiert, das neben einer gewissen Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung einen Ausbau der finanziellen Transferleistungen beinhaltete. Familien mit Kindern wurde ein bevorzugter Zugang zu Wohnraum eingeräumt und die Verfügbarkeit moderner Verhütungsmittel verbessert (Gál & Gábos 2004: 161). Als Reaktion auf das erneute Absinken der Geburtenrate auf Werte unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus wurde in den 1980er Jahren das Kinderbetreuungsgeld GyED eingeführt (Spéder & Kamarás 2008: 649).

Obwohl das Angebot an Betreuungsplätzen für Kleinkinder weniger stark gekürzt wurde als in anderen postsozialistischen Staaten ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schwierig. Insbesondere das geringe Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen schlägt in diesem Zusammenhang negativ zu Buche (Saxonberg & Sirovátka 2006: 189-191). Die regionale Betrachtung zeigt, dass der Abbau von Betreuungsplätzen für Kleinkinder ein gesamtungarisches Phänomen ist; besonders starke Rückgänge sind in den struktur-

101 Eine Ausnahme stellen die Studien von Ryabov (2008, 2010) zu Moldawien dar.

102 Die Gewerkschaftszeitung *Népakarat* beurteilte die von der Familienministerin Anna Ratkó verfolgte Politik später als „*eine unmenschliche Praxis, die die Mütter zwang, gegen ihren Willen Kinder in die Welt zu setzen. Die unerträglichen sozialen Verhältnisse sind aus dem unbarmherzigen sektiererischen Geist entstanden, der alles ‚überplante' und selbst für den Bevölkerungszuwachs eine forcierte Marschroute festgesetzt hatte*". Die angesprochenen „unerträglichen sozialen Verhältnisse" bezogen sich auf Engpässe im Gesundheitswesen, bei der Kinderbetreuung und den massiven Wohnungsmangel Anfang der 1950er Jahre. Die Regierung Rákosi, deren Hauptaugenmerk auf dem Aufbau der Schwerindustrie lag, hatte mit ihrer pronatalistischen Politik keine Rücksicht auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Land genommen (Kiraly 1964: 53-56)

Tab. 15 Ungarn Betreuungsangebot für Kleinkinder 1993 - 2006

Region	1993	1994	1995	1996	1997	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2006	Entwicklung
	Kinderkrippen												1993-2006
Közép-Magyarország	258	251	241	224	213	206	195	191	188	182	183	186	-27,9
Közép-Dunántúl	62	59	51	51	50	49	47	43	47	49	49	51	-17,7
Nyugat-Dunántúl	61	60	57	51	52	53	52	51	50	48	48	49	-19,7
Dél-Dunántúl	67	63	59	45	45	44	45	44	44	46	49	49	-26,9
Észak-Magyarország	63	56	50	46	46	42	37	37	37	37	40	42	-33,3
Észak-Alföld	99	97	89	80	80	79	81	81	82	78	78	81	-18,2
Dél-Alföld	92	89	81	73	73	76	75	74	75	75	80	85	-7,6
	Betreuungsplätze												
Közép-Magyarország	13754	13497	13139	11953	11380	10996	10458	10113	9941	9785	9820	9981	-27,4
Közép-Dunántúl	3209	3054	2663	2629	2566	2416	2316	2298	2248	2282	2190	2280	-29,0
Nyugat-Dunántúl	2903	2799	2726	2534	2544	2561	2407	2355	2355	2240	2250	2240	-22,8
Dél-Dunántúl	3028	2691	2419	1864	1860	1800	1723	1733	1720	1715	1897	1813	-40,1
Észak-Magyarország	2828	2485	2325	1895	1809	1637	1507	1458	1448	1427	1452	1494	-47,2
Észak-Alföld	4053	3987	3634	3335	3320	3245	3204	3182	3141	3091	3024	3070	-24,3
Dél-Alföld	4503	4394	4114	3616	3477	3416	3350	3255	3225	3231	3278	3377	-25,0

Quelle: KSH 2008i

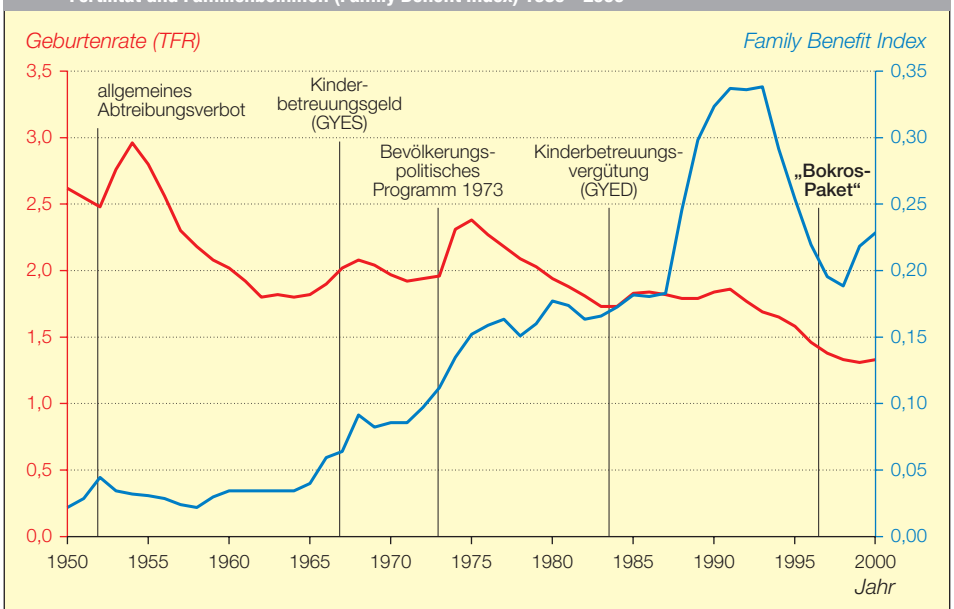
schwachen Regionen Dél-Dunántúl und Észak-Magyarország festzustellen (Tabelle 15). Bei der Entwicklung des Betreuungsangebots für Kleinkinder ist zu berücksichtigen, dass in sozialistischer Zeit Krippen und Kindergärten teilweise von Staatsunternehmen betrieben wurden, die nach ihrer Privatisierung kein Interesse mehr an der Aufrechterhaltung dieses Angebots hatten. Auch den Gemeinden steht weniger Geld für die Kinderbetreuung zur Verfügung als vor 1989 (Róbert & Bukodi 2002: 5). Für Vorschulkinder ist das Betreuungsangebot besser. Über 90% der 3- bis 6-Jährigen besuchen einen Kindergarten. Dieser Anteil hat sich im Lauf der 1990er Jahre sogar leicht erhöht (Bukodi & Róbert 2004: 7), so dass davon ausgegangen werden kann, dass die Einschnitte bei den Betreuungseinrichtungen für ältere Kinder geringer waren. Die Gemeinden haben ihre knappen finanziellen Mittel darauf konzentriert, ein flächendeckendes Betreuungsangebot für Kindergartenkinder bereitstellen zu können, da das Erziehungsgeld GyES 36 Monate lang gezahlt wird und in der ungarischen Gesellschaft die Ansicht verwurzelt ist, dass Mütter mit kleinen Kindern nicht berufstätig sein sollten (Tóth 1997).[103] Der Wiedereinstieg in den Beruf ist trotz entsprechender gesetzlicher Regelungen für viele Frauen schwierig. Zwischen 25 und 30% gehen davon aus, nicht wieder auf ihre alte Arbeitsstelle zurückkehren zu können (Spéder & Kamarás 2008: 639-640). Glass und Fodor (2011) machen dafür den ungarischen Staat mitverantwortlich, da der politische Wille fehle, die Einhaltung der bestehenden Gesetze wirksam zu kontrollieren und Mütter so vor Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt zu schützen:

> *"State policies in Hungary provide incentives to employers to discriminate against mothers by upholding socialist-era maternalist policies while failing*

103 Die Erwerbsquote von Müttern, deren jüngstes Kind unter drei Jahre alt ist, ist in Ungarn mit 13,5% (2006) im europäischen Vergleich extrem niedrig (zum Vergleich: Deutschland: 40%, Rumänien: 74%, Portugal: 75%). Bei der Erwerbsquote von Frauen, deren jüngstes Kind zwischen sechs und 16 Jahre alt ist, liegt Ungarn dagegen im Mittelfeld (BFS 2009: 21).

to protect mothers by enforcing existing antidiscrimination laws. Employers interpret, navigate, and negotiate these arrangements when designing practices that advance the perceived imperatives of market competition. When employers discriminate against mothers in this context, they are not merely drawing on contemporary cultural beliefs regarding the incompatibility between motherhood and paid work. Rather, they are consciously and strategically responding to the existing political, social, and legal opportunity context in which they operate" (Glass & Fodor 2011: 22).

38 Ungarn
Fertilität und Familienbeihilfen (Family Benefit Index) 1950 - 2000



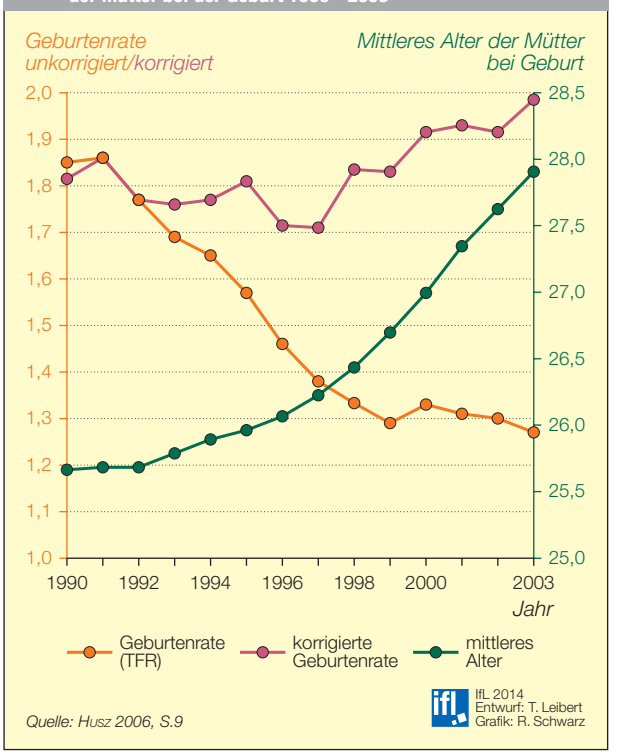
Quelle: Gál und Gábos 2004, S. 162; verändert und ergänzt

Der Übergang vom Sozialismus zur Marktwirtschaft hat in Ungarn keinen familienpolitischen Paradigmenwechsel mit sich gebracht. Die maternalistische Grundausrichtung, die darauf abzielt, die Rolle der Frau als Mutter durch einen langen Erziehungsurlaub zu fördern, wurde im Wesentlichen beibehalten (Glass & Fodor 2011: 9-10). In den politischen Lagern herrschen allerdings unterschiedliche familienpolitische und sozialstaatliche Vorstellungen, so dass es bei Regierungswechseln zu einschneidenden Veränderungen im Leistungsangebot und im Kreis der Anspruchsberechtigten gekommen ist. Während die konservativen Parteien staatsallokativ und merkantilistisch orientiert sind und ein Konzept des starken Staats verfolgen, ist die Politik der Linken eher marktallokativ und setzt auf Liberalisierung und Privatisierung (Dieringer 2009: 6; 11). In wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht entspricht die Rechts-Links-Gliederung in Ungarn also nicht dem aus Westeuropa bekannten Muster einer staatsorientierten Linken und einer marktliberalen Rechten. Unter der konservativen Regierung Antall/Boross

(1990-1994) wurden die Transferleistungen für die Familien ausgebaut (Abbildung 38). Erst die sozialliberale Regierung Horn (1994-1998) schränkte im Rahmen eines Sparpakets („Bokros-Paket“[104] nach dem damaligen Finanzminister) die familienpolitischen Leistungen massiv ein (Kaufman 2007: 119). Ein Teil der Kürzungen wurde von der konservativen Regierung Orbán (1998-2002) wieder zurückgenommen. Der Zickzackkurs der vergangenen zwanzig Jahre und die innenpolitischen Kontroversen über die richtige Richtung haben in der Bevölkerung das Vertrauen in die Familienpolitik erschüttert (Spéder & Kamarás 2008: 649-659). Einen antinatalistischen Einfluss des „Bokros-Pakets“ kann man im Entwicklungsverlauf der unkorrigierten TFR nicht erkennen. Bei der Analyse der um Tempoeffekte bereinigten TFR fällt jedoch ein deutlicher Fruchtbarkeitsrückgang in den Jahren 1996 und 1997, in denen der Lebensstandard der Bevölkerung durch die Auswirkungen der Reform erheblich gesunken ist, auf (Abbildung 39). Besonders sensibel auf die Kürzungen reagierten inaktive Frauen zwischen 20 und 30 (Spéder 2002: 17).

Ungarn und den anderen MOE-Staaten ist es in sozialistischer Zeit gelungen, die Geburtenraten im Bereich des Bestandserhaltungsniveaus zu halten. Es muss jedoch betont werden, dass die dabei verfolgten familienpolitischen Ansätze nur vor dem Hintergrund des sozialistischen Wohlfahrtsstaats und des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems funktionieren konnten. Abgesehen davon, dass in einer pluralistischen Demokratie verschiedene, sich teilweise gegenseitig ausschließende familienpolitische Denkschulen existieren und „von oben“ keine einheitliche Richtung vorgegeben werden kann, die dann auf allen Ebenen, insbesondere in den Wirtschaftsunternehmen, planmäßig umgesetzt wird, ist fraglich, inwieweit die Bevölkerung einen fortgesetzten Eingriff des Staates in persön-

39 Ungarn – (Un)korrigierte Geburtenrate und mittleres Alter der Mütter bei der Geburt 1990 - 2003



Quelle: Husz 2006, S.9

104 Das Sparpaket zielte auf eine Gesundung von Wirtschaft und Staatsfinanzen und beinhaltete neben Kürzungen familienpolitischer Leistungen auch Massenentlassungen im öffentlichen Dienst und die Einführung einer Selbstbeteiligung im Gesundheitssystem. Durch die Maßnahmen sank der Lebensstandard der Ungarn in den Jahren 1996 und 1997 um ca. 15% (Kipke 2005: 39).

liche und intime Angelegenheiten akzeptieren würde. In einem marktwirtschaftlichen System stehen dem Staat zudem kaum Instrumente zur Verfügung, die Wirtschaft in eine pronatalistische Politik einzubinden. Es zeigt sich, dass die gesetzlichen Regelungen zum Schutz von Müttern mit kleinen Kindern in Mittel- und Osteuropa kaum das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt sind (Glass & Fodor 2011). In einem im internationalen Wettbewerb stehenden marktwirtschaftlichen System kann der Staat nicht intervenieren, um jedem Arbeitswilligen einen sicheren Arbeitsplatz zu garantieren, der Staat kann nicht in die Freiheiten der Bevölkerung eingreifen, um zu verhindern, dass Karriere, Bildung oder Konsum eine höhere Priorität eingeräumt wird als der Familie. Die sozialistische Familienpolitik konnte nur funktionieren, weil der totalitäre Staat alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens kontrollierte und steuerte und damit ein Klima schuf, dass für die Gründung und Erweiterung einer Familie günstig war. Die sozialistische Familienpolitik muss in diesem Kontext betrachtet werden – als integraler Teil eines totalitären Systems, ohne das sie nicht funktionieren kann.

7.3 Religion in Ungarn

Der Regimewechsel hat in Ungarn zu einer Stärkung der Stellung der Kirchen, etwa im sozialen Bereich oder im Bildungssystem, beigetragen. Die Ausweitung des institutionellen Einflusses der Kirchen hat sich nicht in einer Zunahme der Religiosität niedergeschlagen. Der Anteil der praktizierenden Gläubigen ist allerdings seit 1989 nicht signifikant angestiegen, allerdings scheint sich auch der Bedeutungsverlust der Religion nicht fortgesetzt zu haben. In den gesellschaftlichen Eliten gibt es sogar Indizien für eine ge-

Tab. 16 Ungarn
Ausgewählte Indikatoren der individuellen und institutionellen Religiosität 1982 - 1999

Indikator		Bevölkerungsanteil in %		
		1982	1991	1999
Glaube an Gott	ja	57,3	65,4	68,1
	nein	42,7	34,6	31,9
Glaube an ein Leben nach dem Tod	ja	18,0	26,2	32,9
	nein	82,0	73,8	67,1
Bedeutung Gottes im Leben	hoch	31,5	34,3	33,8
	niedrig	43,1	37,0	36,7
Findet Kraft und Trost im Glauben	ja	43,6	49,3	49,4
	nein	56,4	50,7	50,6
Selbsteinstufung als religiöser Mensch	ja	44,7	56,8	59,0
	nein	41,4	39,4	35,5
Selbsteinstufung als Atheist		13,9	3,8	5,5
Gottesdienstbesuch: mindestens wöchentlich		23,8	14,0	10,5
Gottesdienstbesuch: höchstens 1x pro Jahr		16,7	24,3	20,4
Gottesdienstbesuch: nie		23,1	32,4	42,7

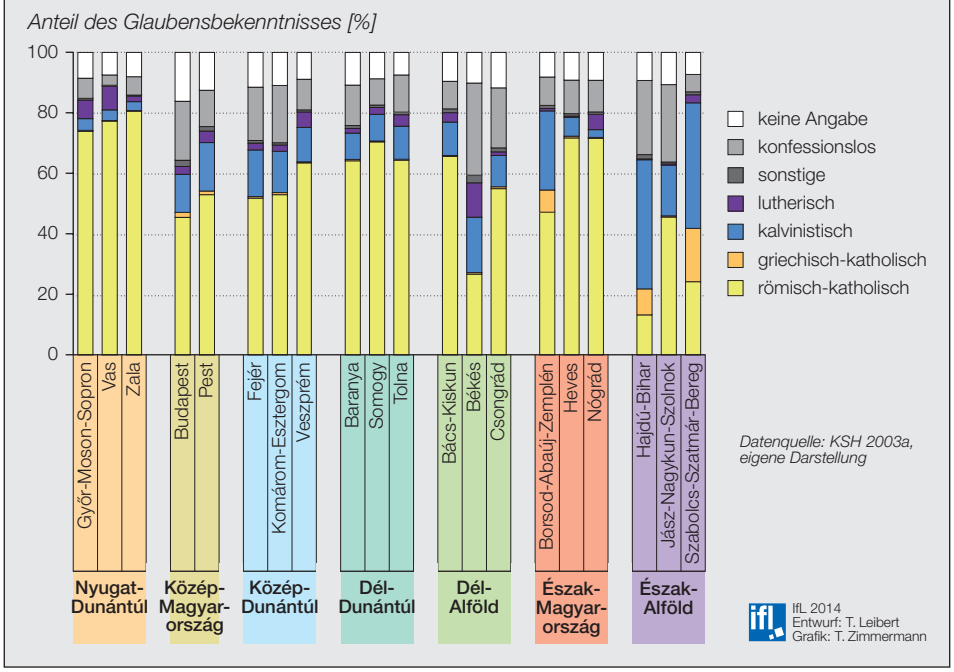
Datenquelle: ASEP/JDS 2009, eigene Darstellung

stiegene Religiosität (Spéder & Kamarás 2008: 645). Auch in Ungarn ist es sinnvoll, zwischen individueller und institutioneller Religiosität zu unterscheiden. Die Daten des *European Values Survey* deuten darauf hin, dass sich die individuelle Religiosität zwischen 1982 und 1999 verstärkt hat. Im Gegensatz dazu ist der Gottesdienstbesuch im gesamten Zeitraum rückläufig (Tabelle 16). Wie in anderen Ländern zeigt sich auch in Ungarn eine Instrumentalisierung der Religion durch rechtsextremistische und nationalistische Gruppen, die bei einzelnen Würdenträgern und kirchlichen Gruppen auf Zustimmung trifft. So betont der Anführer der ‚*Magyar Gárda*' (Ungarische Garde), Gábor Vona, dass seine Organisation auf christlichen Grundwerten aufgebaut sei, und dass Ungar-Sein und Christ-Sein Hand in Hand gehe (Barlai & Hartleb 2008: 44). Bei der öffentlichen Vereidigung der ersten Mitglieder auf der Budaer Burg wurde die Fahne der ‚*Magyar Gárda*' von Vertretern der wichtigsten Kirchen gesegnet, wenn auch ohne Wissen der jeweiligen Kirchenleitungen (Garthoff 2009: 5).

Wie bereits ausgeführt, sagt die (Nicht-) Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft allein wenig über den Grad der individuellen Religiosität aus und ist daher als Säkularisierungsindikator mit Vorsicht zu interpretieren. Nicht jedes Kirchenmitglied ist religiös und berücksichtigt in seinen Lebensentscheidungen die Lehren seiner Glaubensgemeinschaft. Andererseits ist nicht ausgeschlossen, dass Menschen, die keiner Kirche angehören, trotzdem religiös sind. Einer Anfang der 1990er Jahre durchgeführten Untersuchung zufolge glauben Ungarn, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, mehrheitlich nicht an Gott (85%). Dies gilt jedoch auch für eine zahlenmäßig bedeutende Minderheit der Kirchenmitglieder. 20% der Katholiken und ein Viertel der Kalvinisten geben an, nicht gläubig oder gar Atheisten zu sein. Drei von zehn Kalvinisten und Katholiken sind zwar gläubig, praktizieren ihren Glauben aber nicht. Tendenziell definieren sich Katholiken eher als „religiös in Übereinstimmung mit den Lehren der Kirche" als Protestanten, bei denen religiöse Indifferenz oder ein individueller Zugang zu Gott relativ weit verbreitet sind (Tomka & Harcsa 1999: 68-71). Es ist folglich zu erwarten, dass sich katholisch geprägte Regionen durch ein konventionelleres Familienbildungsverhalten auszeichnen als historisch protestantische Gebiete. Auch Lesthaeghe betont, dass der Protestantismus den SDT begünstigt habe, wobei er einschränkt, dass in konfessionell gemischten Staaten, zu denen auch Ungarn gehört, „*der demographische Anteil der Katholiken und ihr politisches Gewicht* [...] *eine wichtige Kraft zur Begrenzung individueller Autonomie*" (1992: 335-336) war. Einen Einfluss auf das generative Verhalten dürften auch die unterschiedlichen Familienleitbilder von Katholiken und Protestanten haben. Die katholische Kirche lehnt Geburtenkontrolle und Abtreibung strikt ab und hält das Ideal der „traditionellen Familie" hoch. Für protestantische Kirchen ist die Empfängnisverhütung weniger verwerflich. Auch spielen „traditionelle" Familienwerte eine geringere Rolle, da die protestantische Lehre die individuelle Verantwortlichkeit stärker in den Mittelpunkt rückt. Eine Ausnahme stellen die fundamentalistischen Protestanten dar, die in Fragen der Familie und der Sexualmoral ausgesprochen konservativ sind, wie das Beispiel der orthodoxen Kalvinisten in den Niederlanden zeigt (Sobotka & Adigüzel 2002: 4). Von besonderer Bedeutung für das Raummuster des SDT ist der Prozentsatz der Konfessionslosen. Es ist davon auszugehen, dass demographische Innovationen in hochgradig säkularisierten Regionen auf den geringsten gesellschaftlichen Widerstand treffen und sich schneller ausbreiten können als in Gebieten mit einer religiösen Bevölkerung, in denen die Kirche hohes Ansehen genießt und großen gesellschaftlichen Ein-

fluss hat (Sobotka 2008a: 198).

40 Ungarn – Religiöse Selbsteinstufung der Bevölkerung 2001 nach Regionen und Komitaten



7.3.1 Religiöse Raumtypen in Ungarn

Ungarn ist traditionell ein mehrheitlich römisch-katholisches Land mit einer starken kalvinistischen Minderheit, die insbesondere in Ostungarn lebt (Abbildung 40). Lokal von Bedeutung sind auch die lutherische und die als besonders pronatalistisch geltende (Kovács 2004: 34) griechisch-katholische Kirche. Auf Basis der Daten der Volkszählung 2001 lassen sich drei religiöse Raumtypen ausmachen. Typ 1 zeichnet sich durch einen hohen Säkularisierungsgrad und eine bedeutende protestantische Minderheit aus (Budapest, Békés, Csongrád, Fejér, Jász-Nagykun-Szolnok, Komárom-Esztergom, Pest). Der katholisch geprägte Typ 2 umfasst Süd- und Westtransdanubien sowie Bács-Kiskun, Heves, Nógrád und Veszprém. Berücksichtigt man die Wahlergebnisse der Christdemokratischen Volkspartei KDNP (*Keresztényidemokrata Néppárt*) 1990 und 1994 (Kovács 1998: 284), lässt sich ein aus den westtransdanubischen und nordungarischen Komitaten sowie Tolna bestehender kirchentreuerer Untertyp ausmachen. Die KDNP wurde als Trägerin des politischen Katholizismus gegründet und vertrat während ihrer Regierungsbeteiligung 1990-1994 vorrangig die Interessen Roms (Kipke 2005: 87). Borsod-Abaúj-Zemplén, Hajdú-Bihar und Szabolcs-Szatmár-Bereg gehören zu Typ 3, der sich durch einen hohen Anteil griechisch-katholischer Christen auszeichnet. In Hajdú-Bihar und Szabolcs-Szatmár-Bereg ist die Bevölkerung mehrheitlich kalvinistisch, in Borsod-Abaúj-Zemplén dagegen römisch-katholisch. Hajdú-Bihar weist im Gegensatz zu den beiden anderen Komitaten einen über dem Landesdurchschnitt

liegenden Anteil von Personen ohne Religionszugehörigkeit auf. Ausgehend von der These, dass in katholisch geprägten Gebieten ein „traditionelleres" Familienmodell vorherrschen sollte als in reformierten oder stark säkularisierten Regionen, wird erwartet, dass die Komitate des Typs 2 den konservativen Pol bilden, während sich die Komitate, die zum Typ 1 gehören, und Hajdú-Bihar durch eine größere Offenheit für den SDT auszeichnen sollten. Die beiden anderen Komitate des Typs 3 könnten durch die schwächere Säkularisierung einen Übergangstyp darstellen. Durch wirtschaftliche Disparitäten kann dieses Bild noch modifiziert werden.

7.4 Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Die Diskussion um den Wandel des generativen Verhaltens in Mittel- und Osteuropa wird von der Frage „Kultur oder Ökonomie?" dominiert. Im Folgenden wird kurz die wirtschaftliche Entwicklung Ungarns in sozialistischer und postsozialistischer Zeit skizziert. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Entstehung und Entwicklung wirtschaftlicher Disparitäten. Nach der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs ist zu erwarten, dass der Wandel des generativen Verhaltens von den wirtschaftlichen Zentren ausgeht, da dort der Bevölkerungsanteil der „Innovatoren" besonders hoch ist. Die ökonomischen Ansätze sehen die Ursache des demographischen Wandels in den wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen, die der Systemwechsel mit sich gebracht hat. Aus dieser Logik heraus sollten sich die Krisenregionen durch ein spezifisches Muster des generativen Verhaltens auszeichnen.

Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft war mit hohen sozialen Kosten verbunden (Orenstein 2009: 484). Die Abwicklung des sozialistischen Wirtschaftssystems fürte zu einem massiven Arbeitsplatzabbau und einem deutlichen Rückgang der Reallöhne. Die Preise entwickelten sich dagegen in die andere Richtung. Viele Menschen verloren durch die hohen Inflationsraten in den ersten Jahren nach dem Systemwechsel ihre Ersparnisse. Breite Bevölkerungskreise rutschten zumindest zeitweise in die Armut ab. Auf der anderen Seite gab es auch Gruppen, deren finanzielle Situation sich deutlich verbesserte. Mit dem sozialistischen Wohlfahrtsstaat verschwanden die Vollbeschäftigung und das garantierte Einkommen ebenso wie zahlreiche Privilegien, etwa kostenfreie Bildung und Gesundheitsversorgung und das gut ausgebaute Kinderbetreuungsangebot. Durch die wirtschaftliche Restrukturierung gewann die Bildung einen höheren Stellenwert; insbesondere für Hochschulabsolventen eröffneten sich neue Karrierechancen (Frejka 2008b: 163).

Beim Übergang vom sozialistischen Wirtschaftssystem zur Marktwirtschaft lassen sich zwei Strategien unterscheiden. Staaten wie Lettland, Polen, Tschechien und Ungarn haben eine „Schocktherapie" durchgeführt und die Planwirtschaft in relativ kurzer Zeit abgewickelt, während andere Länder, z.B. Bulgarien oder Rumänien, eine Politik der kleinen Schritte verfolgten (Lintz et al. 2005: 7). Gemessen am Bruttoinlandsprodukt waren die Staaten, die sich für eine „Schocktherapie" entschieden haben, letztlich erfolgreicher.[105] Nach einer kurzen, heftigen Transformationskrise 1990/91 ist die Wirtschaft ab 1992/93 gewachsen. In Tschechien, Ungarn und der Slowakei erreichte das BIP zur

105 Siehe Orenstein (2009) für eine kritische Bewertung dieser These.

Jahrtausendwende wieder die Werte von 1989, in Polen und Slowenien sogar schon früher. Staaten, die den Weg einer graduellen Transformation eingeschlagen haben, erlebten dagegen eine tiefere und längere Wirtschaftskrise. In Rumänien lag das BIP 1999 bei drei Vierteln, in Bulgarien bei zwei Dritteln, in der Ukraine sogar bei weniger 40% des Werts von 1989 (Philipov 2002: 5; Tabelle 17).

Tab. 17 Ausgewählte Staaten Mittel- und Osteuropas Jährliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts 1989 - 2002

Staat	Jährliche Wachstumsrate in % zu konstanten Preisen													
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Bulgarien	-0,5	-9,1	-10,8	-8,4	-11,6	-3,5	-1,8	-8,0	-5,6	4,0	2,3	5,4	4,1	4,8
Lettland	nicht verfügbar			-32,1	-11,4	2,1	-0,8	3,7	8,4	4,8	2,8	6,8	7,9	6,1
Polen	3,8	-7,2	-7,0	2,0	4,3	5,2	6,8	6,0	6,8	4,8	4,1	4,0	1,0	1,4
Rumänien	-5,8	-5,6	-12,9	-8,8	1,5	3,9	8,0	3,9	-6,1	-4,8	-1,2	2,1	5,7	4,9
Slowakei	4,5	-0,4	-15,9	-6,7	-3,7	5,2	6,5	5,8	5,6	4,0	1,3	2,2	3,3	4,4
Slowenien	0,8	-7,5	-8,9	-5,5	1,7	5,8	4,9	3,5	4,6	3,8	5,2	4,6	2,9	3,2
Tschechien	4,5	-2,4	-11,6	-0,5	0,1	2,2	5,9	4,3	-0,8	-1,0	0,5	3,3	3,1	2,0
Ukraine	nicht verfügbar			-9,7	-14,2	-22,9	-12,2	-10,0	-3,0	-1,9	-0,2	5,9	9,2	4,8
Ungarn	0,7	-3,5	-11,9	-3,1	-0,6	2,9	1,5	1,3	4,6	4,9	4,2	5,2	3,8	3,3

Datenquelle: Lintz et al. 2005, S. 18

Für die MOE-Staaten sind ausgeprägte regionale Disparitäten charakteristisch. Die Auswirkungen des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft auf die ökonomische Entwicklung der verschiedenen Regionstypen sind in Tabelle 18 dargestellt. Die Vorhut der wirtschaftlichen Entwicklung bilden die Hauptstädte und die Regionalzentren. Sie haben vom Übergang zur Marktwirtschaft am meisten profitiert und sind das Hauptziel von ausländischen Investitionen und der Zuwanderung Hochqualifizierter (Jordan 2006: 119). Dadurch hat sich dort ein „westlicher" Lebensstil durchgesetzt (Parysek 2005: 112-113). Daneben sind die westlichen Grenzgebiete und ländliche Regionen mit internationalem Tourismus die regionalen Gewinner des Transformationsprozesses. Aufgrund des generellen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen West-Ost-Gradienten in Europa profitieren nicht nur die Regionen an der ehemaligen westlichen Außengrenze des sozialistischen Blocks, sondern auch die westlichen Grenzgebiete zu den früheren „Bruderstaaten" von einer relativ günstigen wirtschaftlichen Entwicklung (Jordan 2006: 121-123).

Die Verlierer der Transformation sind vor allem die Gewinner der Industrialisierung in sozialistischer Zeit, die Schwerindustrie- und Bergbauregionen (Tabelle 18), aber auch Regionen mit spezialisierter Rüstungsproduktion, deren Standorte nicht aus ökonomischen Rationalitäten, sondern aus strategischen Gründen gewählt wurden (Lux 2008: 14). Die schon in (vor-)sozialistischer Zeit vernachlässigten ländlichen Räume fallen seit dem Übergang zur Marktwirtschaft immer weiter zurück, nicht zuletzt aufgrund der defizitären Infrastruktur und der geringen Investitionstätigkeit (Jordan 2006: 125). In Tabelle 18 nicht berücksichtigt ist ein weiterer Regionstyp – die „Pseudogewinner" der ersten Transformationsphase. Es handelt sich dabei um Bergbau- und Schwerindustrie-

gebiete, deren industrielle Strukturen aus wirtschaftlichen und politischen Gründen mit erheblichen Subventionen zunächst erhalten wurden. Durch staatliche Interventionen wurde ein überdurchschnittliches Lohn- und Einkommensniveau ermöglicht und ein hohes Beschäftigungsniveau garantiert. Die finanziell klammen Staaten konnten sich die Aufrechterhaltung der überkommenen Industriestrukturen jedoch nicht lange leisten, so dass der Strukturwandel nur aufgeschoben wurde. Beispiele für „Pseudogewinner" sind das oberschlesische Industriegebiet oder das Donezbecken in der Ukraine (Jordan 2006: 123-124).

Tab. 18 Modell der regionalen Muster der Auswirkungen des Transformationsprozesses

		Reaktion auf den Transformationsprozess	
		positiv	**negativ**
Position in der sozialistischen Wirtschaft	**gut**	**VORHUT** positive Kontinuität	**VERLIERER** negative Diskontinuität
		Metropolen diversifizierte Wirtschaft, hochqualifizierte Arbeitskräfte, gute Infrastruktur	***Industrieregionen*** spezialisierte Wirtschaft, auf dominante Branchen ausgerichtete Qualifikation
	schlecht	**GEWINNER** positive Diskontinuität	**NACHHUT** negative Kontinuität
		Fremdenverkehrs- und Grenzregionen diversifizierte Wirtschaft, externe Nachfrage	***Ländlicher Raum und (innere) Peripherien*** infrastrukturelle Schwächen, geringe Qualifikation der Arbeitskräfte

Quelle: Lintz et al. 2005, S. 5; verändert

7.4.1 Die wirtschaftliche Entwicklung Ungarns in sozialistischer Zeit

Die wirtschaftliche Entwicklung Ungarns in sozialistischer Zeit lässt sich nach Nemes-Nagy (2001: 41) in drei Phasen gliedern:

- Die Phase der Dominanz des „sowjetischen Modells" 1945-1968;
- Die Herausbildung eines „ungarischen Modells" 1968-1982 und
- Die Phase der politischen und wirtschaftlichen Krise 1982-1989.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Industrialisierung Ungarns eine der Hauptprioritäten der neuen Machthaber. Vorgesehen waren eine flächendeckende Verteilung der Industriestandorte und die wirtschaftliche Entwicklung der rückständigen Landesteile. So gab es um 1950 Überlegungen zur Industrialisierung der Großen Ebene, die jedoch nie realisiert wurden (Lux 2008: 13; 23). Der Mangel an Investitionsgütern führte stattdessen dazu, dass das Industrialisierungsprogramm in den frühen 1950er Jahren vor allem den Ausbau bestehender Industrieregionen entlang der Schwerindustrie- und Energieachse, welche die Komitate Veszprém und Borsod-Abaúj-Zemplén verbindet, forciert wurde. In diese Zeit fällt die Gründung einiger neuer „sozialistischer" Städte, von denen jedoch nur Dunaújváros (Komitat Fejér) den Status einer Stadt mit Komitatsrecht erreicht hat. In anderen Siedlungen wurden die städtischen Funktionen planmäßig

ausgebaut, beispielsweise in Salgótarján und Tatabánya, die von Bergarbeiterdörfern zu Komitatssitzen gewachsen sind (Beluszky 1999: 28-29; 69). Unter dem Strich wurden in der Phase der Dominanz des „sowjetischen Modells" die regionalen Disparitäten der Vorkriegszeit nicht nur nicht abgebaut, sondern im Gegenteil sogar noch verstärkt. Die forcierte (Schwer-)Industrialisierung führte zu einer Polarisierung zwischen den traditionellen Industriezentren und den nach wie vor vernachlässigten Peripherien. Die Industrieregionen waren auf die Herstellung einer bestimmten Produktlinie spezialisiert, es wurden wirtschaftliche Monostrukturen gefördert (Lux 2008: 13-14). Die Produktion eventuell vorhandener traditioneller Industriezweige, beispielsweise der Porzellanherstellung in Pécs, wurde auf den Bedarf der Schwerindustrie ausgerichtet (Visy et al. 2005: 112). Der Aufbau der Schwerindustrie führte in frühsozialistischer Zeit zu einer raschen Urbanisierung. Der Ausbau des Wohnungsbestands, der kommunalen Infrastruktur und des Dienstleistungsangebots konnte jedoch nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten und beschränkte sich auf das absolut Notwendigste. Der Ausbau der Schwerindustrie in einem rohstoffarmen Land wie Ungarn ist nur aus der ideologischen Perspektive zu verstehen – wirtschaftlich machte diese Politik keinen Sinn, sondern erhöhte nur die Abhängigkeit von der Sowjetunion als wichtigstem Rohstofflieferanten (Nemes-Nagy 2001: 41). Die sozialistischen Schwerindustrieregionen trugen folglich bereits zur Zeit ihrer Entstehung den Keim ihres späteren Niedergangs in sich. Während die Industrie- und die Infrastruktur in einigen Regionen im Lauf der Zeit modernisiert wurden, unternahm man anderswo auch in späteren Jahren kaum Anstrengungen, die Defizite zu beseitigen. Es sind genau diese Gebiete, die durch die Transformationskrise besonders hart getroffen wurden, da sich dort die negativen Auswirkungen einer obsoleten Wirtschaftsstruktur und die unzureichende Infrastruktur gegenseitig zu einem Teufelskreis des Niedergangs verstärken (Lux 2008: 14). Beispiele sind die traditionellen Zentren der metallurgischen Industrie, Ajka (Veszprém) und Ózd (Borsod-Abaúj-Zemplén) sowie Bergbaustädte wie Komló (Baranya), Bátonyterenye (Nógrád) und Oroszlány (Komárom-Esztergom), die durch die Schließung der Kohlegruben ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage verloren haben. Bisher sind alle Versuche gescheitert, die wirtschaftliche Situation in diesen Regionen zu stabilisieren. Mit dem wirtschaftlichen ist auch ein demographischer und ein sozialer Niedergang verbunden. Die Einwohnerzahl sinkt, die Bevölkerung altert, ein hoher Prozentsatz der Bürger lebt von Transferleistungen. In den „sozialistischen Städten" Dunaújváros, Kazincbarcika und Tiszaújváros (beide Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén) haben die schwerindustriellen Strukturen (Eisen und Stahl in Dunaújváros, chemische Industrie in den beiden anderen Städten) dagegen in reduzierter Form bis heute überlebt; dies ist nicht zuletzt auf eine kontinuierliche Modernisierung und einen bereits in sozialistischer Zeit eingeleiteten Prozess der industriellen Diversifizierung zurückzuführen. Nichtsdestotrotz sind die langfristigen Perspektiven dieser Städte ungewiss (Visy et al. 2005: 117-118).

Die Ineffizienz und fehlende Nachhaltigkeit der Industrialisierung nach dem „sowjetischen Modell" wurde bereits Ende der 1950er Jahre offensichtlich. In allen MOE-Staaten kam es in den 1960er Jahren zu einer Korrektur und Ergänzung der wirtschaftspolitischen Grundsätze. Ein grundsätzlicher Kurswechsel kam jedoch, wie das gewaltsame Ende des „Prager Frühlings" zeigte, nicht in Frage. Auch wenn die verschiedenen Staaten unterschiedliche Reformstrategien verfolgten, lassen sich doch einige Ansätze feststellen, die überall – wenn auch in unterschiedlichem Maße und in unterschiedlicher

Gewichtung – verfolgt wurden. Dazu gehören Tendenzen, die Planwirtschaft zu flexibilisieren, eine verstärkte wirtschaftliche Kooperation mit den anderen sozialistischen Staaten, die Entwicklung und Implementierung einer Regionalplanungspolitik sowie eine verstärkte Hinwendung zu Industriezweigen wie der Elektro- und Chemieindustrie (Lux 2008: 16). In Ungarn wurden die Möglichkeiten einer Reform des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems am weitesten ausgeschöpft. Die Planwirtschaft wurde durch ein System indirekter Regulation ersetzt (Nemes-Nagy 2001: 42). Mit dem „neuen ökonomischen Mechanismus" von 1968 wurde es den Managern der Staatsbetriebe ermöglicht, eigenständige Investitionsentscheidungen zu treffen, Verhandlungen mit Handelspartnern zu führen und die Löhne festzulegen. Zur Förderung des Außenhandels wurden die Exportprozeduren vereinfacht (Turnock 2006: 298-299). Mit der „zweiten Wirtschaft" wurden in begrenztem Rahmen auch marktwirtschaftliche Elemente zugelassen, zunächst in Form landwirtschaftlicher Nebentätigkeiten, später auch im Dienstleistungssektor und im produzierenden Gewerbe. Die „zweite Wirtschaft" ermöglichte etwa einem Drittel der Ungarn, vor allem im Umland der größeren Städte, einen bisher unbekannten Lebensstandard, der sich insbesondere im Bau qualitativ hochwertiger, gut ausgestatteter Eigenheime im ländlichen Raum niederschlug. Die „sozialistische Verkleinbürgerlichung" konnte zur Abschwächung von Versorgungsengpässen beitragen, hat aber letztlich zur Konservierung der „Unterurbanisierung" Ungarns geführt. Ein im Hinblick auf den Entwicklungsstand des Landes ungewöhnlich hoher Anteil der Ungarn lebte in ländlichen Siedlungen, die durch die lukrative Nebenerwerbslandwirtschaft selbst in den Außenbezirken der Städte einen ausgesprochen dörflichen Charakter aufwiesen. Die Möglichkeit, in der „zweiten Wirtschaft" ein erkleckliches Zusatzeinkommen zu erwirtschaften, führte zudem dazu, dass ein größerer Prozentsatz[106] der Arbeitnehmer in sozialistischer Zeit Pendler waren; auch bei einer größeren Entfernung zum Arbeitsplatz wurde der dörfliche Wohnsitz beibehalten. Die Fernpendler lebten unter der Woche in Arbeiterheimen oder als Untermieter (Ladányi & Szelényi 1999: 4-5). Die „zweite Wirtschaft" symbolisiert einen gewissen ideologischen Paradigmenwechsel. Während in der Phase des „sowjetischen Modells" die Produktion oberste Priorität hatte, rückten zunehmend wirtschaftliches Wachstum, die Steigerung des Lebensstandards und die Förderung des Konsums als wirtschaftspolitische Ziele in den Vordergrund. Auch in gesellschaftlicher Hinsicht war der „Gulaschkommunismus"[107] mit einem Liberalisierungsprozess verbunden. So waren Auslandsreisen für Ungarn vergleichsweise unproblematisch (Nemes-Nagy 2001: 42). Auf Ebene der Eliten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zeichnete sich Ungarn durch die intensivsten „Westkontakte" im Warschauer Pakt aus. Auch die individuellen Netzwerke vieler einfacher Bürger reichten über den „Eisernen Vorhang", etwa durch Verwandte, die das Land nach dem Zweiten Weltkrieg oder nach der Revolution 1956 verlassen mussten. Die Behörden leg-

106 Im ländlichen Raum waren 40% der Arbeitnehmer Pendler (Beluszky & Győri 2005a: 379).

107 Der „Gulaschkommunismus" oder „Kádárismus" (nach János Kádár, dem Ersten Sekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei MSzMP) zeichnete sich dadurch aus, dass unter Wahrung der politischen und ideologischen Prinzipien des sowjetischen Modells des Sozialismus ein weitreichender innenpolitischer Reformkurs verfolgt wurde, der nach Außen durch enge Beziehungen zu Moskau, die Präsenz sowjetischer Truppen im Land und die unter den Staats- und Parteichefs der „Bruderstaaten" verbreitete Überzeugung, dass nur Kádár und seine kritisch bis misstrauisch beäugte Reformpolitik die innenpolitische Stabilität Ungarns garantieren könnten, abgesichert wurde (Kipke 2005: 21)

ten zudem eine eher nachsichtige Haltung zum Konsum österreichischer und jugoslawischer Radio- und Fernsehprogramme an den Tag. Österreichische Programme konnten in Westtransdanubien und in Teilen des Komitats Veszprém empfangen werden; slowenische und kroatische Sender in weiten Teilen Südtransdanubiens (Meusburger 2001a: 13-17). Gleichzeitig war Ungarn auch ein beliebtes Ziel für westliche Reisende. Insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren wuchs die Bedeutung Ungarns als Destination für westliche Touristen deutlich, wozu nicht zuletzt auch die Abschaffung des Visumszwangs für Österreicher 1978 beigetragen hat. Ausländer aus kapitalistischen Staaten konnten sich in Ungarn weitgehend ungehindert bewegen und sogar Immobilienbesitz, beispielsweise Ferienhäuser, erwerben (Turnock 2006: 299; 383).

Die Abkehr vom „sowjetischen Modell" war mit Dezentralisierungstendenzen verbunden (Lux 2008: 16). In den größeren Städten wurden vermehrt Investitionen in Industrie und Wohnungsbau getätigt und das Dienstleistungsangebot ausgebaut. In allen Komitatshauptstädten wurden tertiäre Bildungszentren eingerichtet. In den Kleinstädten und einigen ländlichen Gemeinden entstanden aufgrund der Anstrengungen zur Dezentralisierung der Industrie Zweigbetriebe, häufig allerdings ohne lokales Management. Die Dezentralisierung konnte die Disparitäten zwischen Zentrum und Peripherie jedoch nicht beseitigen. Die in der „Provinz" aufgebauten Industrien und Wohnsiedlungen waren von geringer Qualität und auch an der Konzentration von Kapital und intellektuellen Ressourcen in der Hauptstadt änderte sich nichts (Visy et al. 2005: 112). Nichtsdestotrotz können die 1960er und 1970er Jahre rückblickend als ein Zeitalter des Abbaus regionaler Disparitäten, sowohl in Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung als auch den Lebensstandard und die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung betreffend, angesehen werden (Nemes-Nagy 2001: 42-43).

Die wirtschaftlichen Probleme Ungarns begannen Ende der 1970er Jahre. Aufgrund einer verschwenderischen Wirtschaftspolitik in den 1960er und 1970er Jahren und der geringen Produktivität der Industrie waren die Staatskassen leer.[108] Die von ausländischen Märkten abhängige Schwerindustrie geriet in eine Krise und der Lebensstandard der Bevölkerung begann zu sinken (Nemes-Nagy 2001: 42-43). Die Reallöhne fielen zwischen 1978 und 1989 kontinuierlich (Spéder 2001: 226). Die Staatsunternehmen begannen, nicht benötigte Arbeitskräfte freizusetzen. Zwischen 1980 und 1990 fielen 10,7% der Arbeitsstellen weg; besonders betroffen waren wirtschaftlich unterentwickelte Regionen, wie der ehemalige Kreis Sajószentpéter (Borsod-Abaúj-Zemplén), wo 40% der Arbeitsplätze gestrichen wurden.[109] Gleichzeitig begann die bis heute anhaltende Verdrängung von Personen mit geringer Bildung vom Arbeitsmarkt (Meusburger 2001b: 174-177). Die Vollbeschäftigung war eher ein ideologisches Konstrukt als eine gesellschaftliche Realität. Es existierte eine beträchtliche „versteckte" Arbeitslosigkeit von etwa 15-20%. Dabei handelte es sich vorrangig um „Arbeitslosigkeit hinter dem

108 Die damals praktisch ausschließlich von der Regierung und der Nationalbank verursachte Verschuldung hatte zu Beginn des Transformationsprozesses den Gegenwert von drei Jahresexporten. Zum Vergleich: 2008 belief sich die Außenverschuldung auf 75% des Exportwerts; im Gegensatz zur Situation Anfang der 1990er Jahre ist dieser Wert jedoch kein Indikator für eine unverantwortliche Schuldenpolitik der öffentlichen Hand. Für zwei Drittel der ungarischen Nettoverschuldung sind die privaten Haushalte und die Unternehmen verantwortlich (Inotai 2009: 22).

109 Bei der Interpretation dieser Zahlen ist zu bedenken, dass es auch in den 1960er und 1970er Jahren in den unterentwickelten Landesteilen nicht gelungen ist, für alle in der jeweiligen Region lebenden Personen im erwerbsfähigen Alter lokale Arbeitsplätze bereitzustellen. Zahlreiche Arbeitnehmer waren Fernpendler in die Industriezentren der „Energieachse" oder nach Budapest (Tésits 2007: 4).

Fabriktor“ durch eine im Vergleich zum realen Arbeitskräftebedarf überdimensionierte Belegschaft[110] (Dövényi 2001: 207-208), die sich dadurch erklärt, dass die Betriebe gezwungen waren, Personen mit geringer Bildung und niedriger Qualifikation einzustellen. Nach dem Übergang zur Marktwirtschaft wurde der Personalüberhang abgebaut. Die gering Qualifizierten waren die ersten, die gehen mussten. Dies gilt insbesondere für Frauen ohne abgeschlossene Grundschulbildung, die zwischen 1990 und 1996 weitgehend vom Arbeitsmarkt verdrängt wurden. Die Beschäftigungsquote der Akademiker blieb dagegen relativ konstant (Meusburger 2001b: 177-179).

7.4.2 Die wirtschaftliche Entwicklung Ungarns seit der Transformation

Im Gegensatz zu den meisten anderen MOE-Staaten war der Übergang vom Staatssozialismus zur Marktwirtschaft in Ungarn kein klarer Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit, sondern ein Prozess, den sowohl Elemente der Kontinuität als auch des Wandels auszeichneten (Kovács 2000: 11-12). Ungarn hat in sozialistischer Zeit die bestehenden wirtschaftlichen Spielräume genutzt und sich damit in der ersten Zeit nach dem Regimewechsel einen Vorsprung gegenüber den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten verschafft. Bereits vor 1989 hatte die Wirtschaft – nicht zuletzt aufgrund der geographischen Gegebenheiten und der traditionellen Kapitalknappheit – einen erheblichen Öffnungsgrad[111] erreicht (Inotai 2009: 19). Die Transformation vom Staatssozialismus zur Marktwirtschaft lässt sich in Ungarn in drei Phasen einteilen. Die Transformationskrise (1989-93) war durch einen Einbruch der Industrieproduktion und des BIP sowie einen spürbaren Rückgang der Beschäftigungsquote und der Realeinkommen gekennzeichnet. In der zweiten Phase (1994-97) hat die ungarische Wirtschaft wieder an Schwung gewonnen, vor allem durch ausländische Direktinvestitionen. Der Abwärtstrend bei Löhnen und Beschäftigung konnte allerdings erst in der dritten Phase (seit 1998) umgekehrt, beziehungsweise aufgehalten werden (Fazekas 2005a: 2-3). In jüngster Zeit droht der einstige Musterknabe jedoch zum Sorgenkind zu werden. Nach der erfolgreichen wirtschaftlichen Stabilisierung wurden strukturelle Reformen, insbesondere im Gesundheits- und Bildungswesen, in der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik und im Bereich der öffentlichen Verwaltung unterlassen (Inotai 2009: 20; Marer 2010: 12). Schlimmer noch: Ungarn ist in eine „*institutionelle Totenstarre*“ geraten. Das politische System ist in einer Selbstblockade gefangen und zunehmend reformunfähig. Das regionale und kommunale Selbstverwaltungssystem erweist sich als dysfunktional, fragmentiert und unterfinanziert. Gleichzeitig wird die politische Kultur konfrontativer und der politische Diskurs radikaler, nicht zuletzt dadurch, dass sich der oppositionelle Protest zunehmend auf die Straße verlagert (Dieringer 2009: 7-9). Die Reformwilligkeit von Bevölkerung, Regierung und Opposition ist gering. Öffentliche und private Haushalte haben

110 Die gleiche Wirtschaftsleistung hätte Schätzungen zufolge mit 80% der Arbeitskräfte erzielt werden können; die Vollbeschäftigung wurde folglich durch einen massiven Personalüberhang erreicht. Wie wenig nachhaltig die „sozialistische Modernisierung“ war, zeigt sich auch daran, dass die Zahl der Arbeitsplätze, die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre abgebaut wurden (1,4 Millionen), größer ist als die Zahl der in den vorangegangenen vier Jahrzehnten neu geschaffenen Stellen (Dövényi 2003: 43).

111 1979 wurden 48% der ungarischen Außenhandelsgeschäfte mit westlichen oder Drittweltstaaten getätigt (Lux 2008: 17). Außerdem konnten bereits vor 1989 Unternehmen aus dem kapitalistischen Ausland durch Jointventures auf dem ungarischen Markt Fuß fassen (Turnock 2006: 299).

zudem eine erhebliche Auslandsverschuldung angehäuft, ermutigt durch eine verfehlte Geldpolitik der Nationalbank. Ende der 2000er Jahre überlagern sich in Ungarn zwei Krisen: die globale und eine hausgemachte Wirtschaftskrise. Die globale Krise wirke sich aufgrund der Wirtschaftsstruktur vergleichsweise stark aus. Moderne, technologieintensive Sektoren wie der Maschinenbau, die elektronische, optische und Konsumgüterindustrie waren in Ungarn besonders stark vertreten – es handelt sich dabei um die Branchen, die von der Krise besonders stark betroffen sind. Auf der anderen Seite gibt es zahlreiche vom internationalen Markt abgekoppelte, kaum wettbewerbsfähige kleine und mittlere Unternehmen. Vielen Unternehmern fehlt die Mentalität einer langfristigen Firmenentwicklung. Gewinne werden verschwendet, anstatt in das Unternehmen reinvestiert zu werden (Inotai 2009: 20-25). Das Fehlen einer unternehmerischen Mentalität ist natürlich kein rein ungarisches Problem, sondern auch in anderen postsozialistischen Staaten virulent (vgl. z.B. Nadejde et al. 2005 für Rumänien). Wie bereits angesprochen, kommt ausländischen Direktinvestitionen eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns zu. Da das ins Land fließende Kapital sehr ungleich auf die verschiedenen Landesteile verteilt ist, verstärken die ausländischen Direktinvestitionen die

Tab. 19 Ungarn Ausländische Direktinvestitionen (ADI) 2000 und 2006 nach Komitaten

Komitat	ADI [Billionen Forint]		Anteil des Komitats an den ADI [%]		Entwicklung 2000-2006	ADI [Mrd. Forint pro Einw.]	
	2000	2006	2000	2006	[2000=100]	2001	2006
Budapest	3234	7543	58,8	55,7	233	1898	4442
Pest	525	1840	9,5	13,6	350	643	1589
Fejér	199	517	3,6	3,8	260	476	1206
Komárom-Esztergom	118	458	2,1	3,4	389	723	1456
Veszprém	75	162	1,4	1,2	216	218	442
Győr-Moson-Sopron	403	1089	7,3	8,0	270	1246	2466
Vas	166	426	3,0	3,1	257	731	1610
Zala	32	59	0,6	0,4	183	107	199
Baranya	47	46	0,9	0,3	98	140	115
Somogy	40	113	0,7	0,8	280	133	342
Tolna	22	15	0,4	0,1	69	87	62
Borsod-Abaúj-Zemplén	159	260	2,9	1,9	164	252	359
Heves	75	164	1,4	1,2	218	278	510
Nógrád	21	49	0,4	0,4	237	122	229
Hajdú-Bihar	104	236	1,9	1,7	227	221	431
Jász-Nagykun-Szolnok	67	177	1,2	1,3	265	202	433
Szabolcs-Szatmár-Bereg	36	83	0,7	0,6	231	76	144
Bács-Kiskun	50	79	0,9	0,6	157	105	146
Békés	52	47	0,9	0,4	92	158	123
Csongrád	80	183	1,5	1,4	229	183	432
Ungarn*	**5502**	**13543**	**100**	**100**	**246**	**607**	**1344**

Datenquelle: KSH 2008a, eigene Berechnungen ** Die Summe für Ungarn kann infolge von Rundungsfehlern abweichen.*

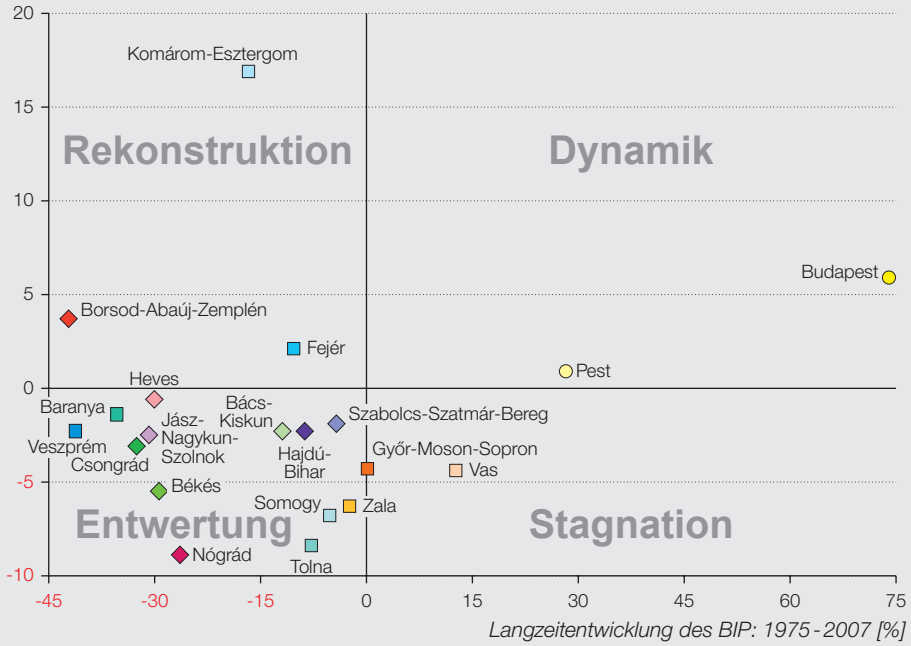
regionalen Disparitäten eher als zu einem Abbau der wirtschaftlichen Ungleichgewichte beizutragen. So ist die Bereitschaft ausländischer Unternehmen, in Südtransdanubien und den Komitaten östlich der Donau zu investieren, gering (Tabelle 19). Ausländische Direktinvestitionen konzentrieren sich auf den Nordwesten. Neben Budapest, wohin der Löwenanteil der Gelder fließt, profitierten vor allem Fejér, Győr-Moson-Sopron, Komárom-Esztergom, Pest und Vas von ausländischem Kapital. Während in Mittelungarn der Dienstleistungssektor das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt entscheidend beeinflusst, ist in Nordwestungarn ein „industrieller Halbmond", bestehend aus den Komitaten Fejér, Győr-Moson-Sopron, Komárom-Esztergom und Vas, entstanden. In diesen Komitaten ist die Industrieproduktion pro Einwohner im ungarischen Vergleich mit Abstand am höchsten. Die Attraktivität für ausländische Investoren beruht auf einer guten Infrastrukturausstattung, der räumlichen Nähe zu den Absatzmärkten und dem Vorhandensein einer hochqualifizierten Arbeitnehmerschaft mit guten Sprachkenntnissen (Kiss 2011: 65-66). Die in sozialistischer Zeit als Industriestandorte bedeutenden Komitate Baranya, Borsod-Abaúj-Zemplén und Heves sind dagegen deutlich zurückgefallen (Visy et al. 2005: 114-116).

Der eindeutige Gewinner der Transformation in ökonomischer Hinsicht ist Budapest. Nach 1990 hat sich die Hauptstadt im System der Weltstädte etabliert und ist so zu einem „*Vermittler zwischen der Welt und Ungarn*" (Beluszky & Győri 2005a: 393) geworden. Außer Budapest haben in den MOE-Staaten nur Prag und Warschau den Aufstieg zu Knotenpunkten der Weltwirtschaft geschafft (Krätke 2002: 211; 214). Parallel zu ihrem internationalen Bedeutungszuwachs hat sich die traditionelle wirtschaftliche Dominanz der Hauptstadt innerhalb Ungarns (Beluszky & Győri 2005b: 98-100) zwischen 1975 und 2005 weiter verstärkt. Die zunehmende Polarisierung kommt darin zum Ausdruck, dass sich die Spannweite im BIP zwischen Budapest und dem ökonomisch schwächsten Komitat zwischen 1975 und 2005 mehr als verdoppelt hat. Auch beim Einkommen besteht ein ausgeprägtes Gefälle zwischen der Hauptstadt und den restlichen Landesteilen.

Die beschriebenen Grundtendenzen der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung werden in Abbildung 41 mit der aktuellen Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Bezug gesetzt. Es wird deutlich, dass Mittelungarn am meisten von der Einführung der Marktwirtschaft profitiert hat. Auch wenn die Werte für Budapest möglicherweise dadurch nach oben verzerrt werden, dass das BIP nicht immer dort registriert wird, wo es erwirtschaftet wird, wird deutlich, dass die Hauptstadt und – mit einigem Abstand – das Komitat Pest die übrigen Landesteile in wirtschaftlicher Hinsicht zunehmend abhängen. Die Komitate der „Energieachse", die einst das Rückgrat der sozialistischen Schwerindustrie bildete, wurden – mit Ausnahme von Fejér – durch die Transformation wirtschaftlich schwer gebeutelt. Die kurzfristigen Trends sind uneinheitlich: Fejér und Komárom-Esztergom scheinen sich von der transformationsbedingten Deindustrialisierung langsam zu erholen. Hier schlagen sich auf regionaler Ebene die positiven Entwicklungsimpulse der Städte Székesfehérvár (Nemes-Nagy 2003: 36; Visy et al. 2005: 117), Tatabánya (Grosz 2005: 123) und Dorog (Visy et al. 2005: 117) nieder, denen es gelungen ist, eine neue, zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur zu etablieren.

Ein positiver Entwicklungstrend zeichnet sich auch für Borsod-Abaúj-Zemplén ab, das wie kein anderes Komitat von der Transformationskrise betroffen war. Heves und Veszprém haben die Trendwende dagegen noch nicht geschafft. Beide Komitate sind zwischen 2002 und 2007 im ungarischen Vergleich wirtschaftlich weiter zurückgefallen.

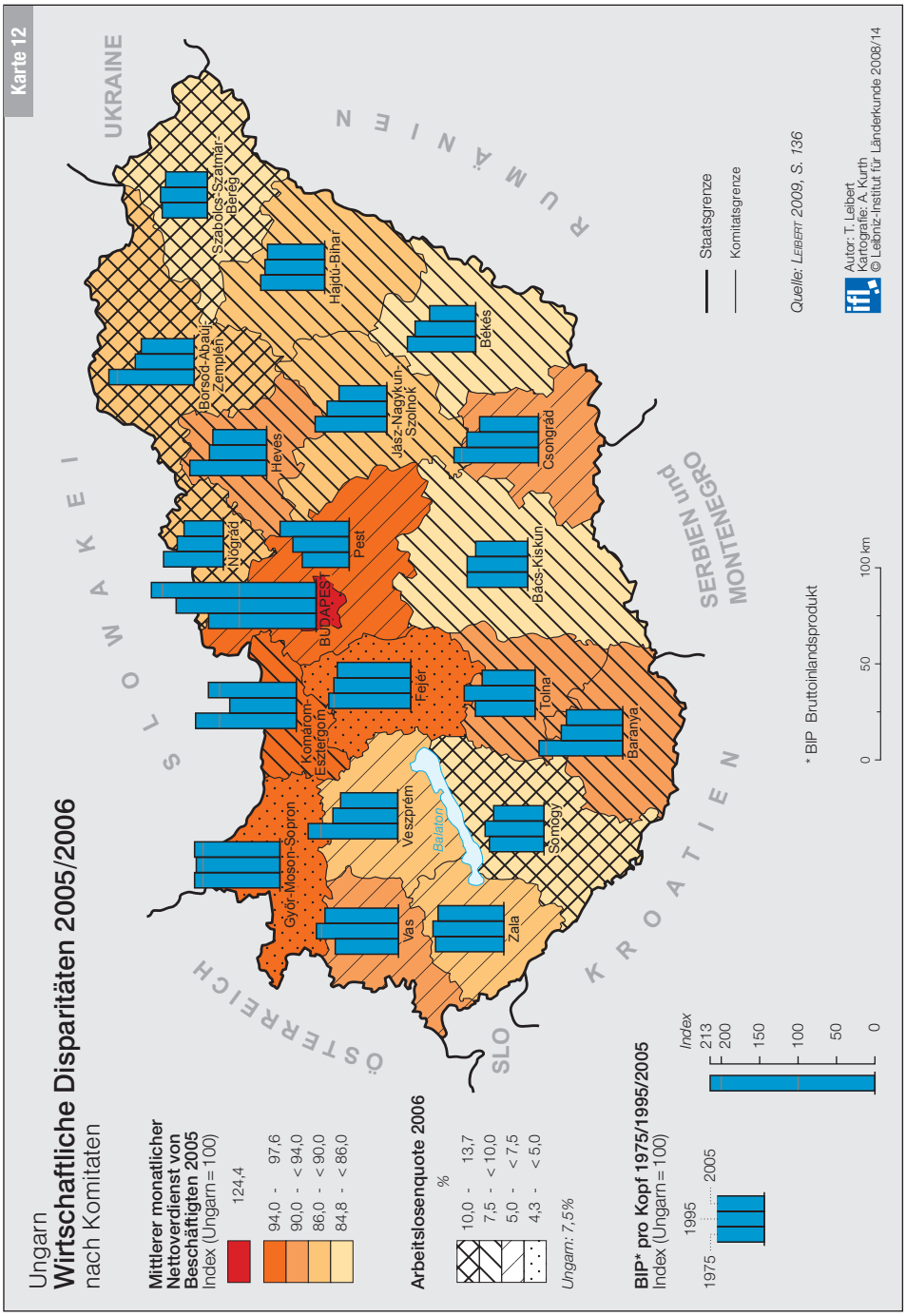
41 Komitate Ungarns – Entwicklungstendenz des Bruttoinlandsprodukts 1975 - 2007 und 2002 - 2007



Datenquellen: Nemes-Nagy 2001, S. 46; KSH 2009f; eigene Darstellung in Anlehnung an Nemes-Nagy 2000, S. 90

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: T. Zimmermann

Im Komitat Nógrád deutet sich sogar eine massive Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme an. Das regionale BIP errichte 2005 gerade noch die Hälfte des ungarischen Durchschnitts, womit das Komitat das wirtschaftliche Schlusslicht darstellt (Karte 12). Von diesem niedrigen Niveau aus ist Nógrád noch weiter zurückgefallen – stärker als jedes andere Komitat. Eine ungünstige wirtschaftliche Entwicklung war zwischen 2002 und 2007 auch in Südwesten Ungarns zu konstatieren. Das Ende des Jugoslawienkriegs und der EU-Beitritt Sloweniens haben den angrenzenden Komitaten offensichtlich keine nachhaltigen Wachstumsimpulse gegeben. Im Gegenteil: Somogy, Tolna und Zala, deren regionales BIP im Vergleich zum Landesmittel in der langfristigen Perspektive moderat geschrumpft ist, verlieren zusehends den Anschluss. In den Komitaten Hajdú-Bihar und Szabolcs-Szatmár-Bereg ist das BIP sowohl in der langfristigen als auch in der kurzfristigen Perspektive nur moderat zurückgegangen. Da die beiden Komitate traditionell zu den in wirtschaftlicher Hinsicht rückständigsten Landesteilen gehören, bedeuten diese Zahlen jedoch, dass es selbst ausgehend von einem ausgesprochen niedrigen Niveau wenig Spielraum für eine substantielle Erholung Ostungarns gibt. Der EU-Beitritt hat die Situation tendenziell eher noch verschärft, da die Landwirtschaft, die in diesem Landesteil bis heute eine wichtige Rolle spielt, auf europäischer Ebene nicht konkurrenzfähig ist und in eine Absatzkrise zu rutschen droht (Gulyás 2008: 134). Auf der anderen Seite besteht die Chance, dass die peripheren ländlichen Räume entlang der Grenzen


Karte 12
Ungarn
Wirtschaftliche Disparitäten 2005/2006
nach Komitaten
Mittlerer monatlicher Nettoverdienst von Beschäftigten 2005
Index (Ungarn = 100)
124,4
94,0 - 97,6
90,0 - < 94,0
86,0 - < 90,0
84,8 - < 86,0
Arbeitslosenquote 2006
%
10,0 - 13,7
7,5 - < 10,0
5,0 - < 7,5
4,3 - < 5,0
Ungarn: 7,5%
BIP* pro Kopf 1975/1995/2005
Index (Ungarn = 100)
1975
1995
2005
Index
213
200
150
100
50
0
SLOWAKEI
UKRAINE
RUMÄNIEN
ÖSTERREICH
SLO
KROATIEN
SERBIEN und MONTENEGRO
Borsod-Abaúj-Zemplén
Szabolcs-Szatmár-Bereg
Hajdú-Bihar
Nógrád
Heves
Jász-Nagykun-Szolnok
Békés
BUDAPEST
Pest
Komárom-Esztergom
Fejér
Csongrád
Bács-Kiskun
Győr-Moson-Sopron
Veszprém
Balaton
Tolna
Baranya
Vas
Somogy
Zala
Staatsgrenze
Komitatsgrenze
* BIP Bruttoinlandsprodukt
0
50
100 km
Quelle: Leibert 2009, S. 136
Autor: T. Leibert
Kartografie: A. Kurth
© Leibniz-Institut für Länderkunde 2008/14

zur Slowakei und zu Rumänien von der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer jenseits der Grenze gelegenen historischen städtischen Zentren profitieren (Fazekas 2005b: 100). Zwiespältig ist die Entwicklung im Komitat Csongrád, der ostungarischen Region mit den günstigsten Ausprägungen der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren (Karte 12). Einerseits verfügt Csongrád über Standortvorteile, aufgrund derer auch in Zukunft mit einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen ist. Mit Mittelungarn, Baranya und Győr-Moson-Sopron gehört Csongrád zu den Kerngebieten der Informationsgesellschaft (Csatári & Kanalas 2004: 72) und zu den Zentren der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (Tabelle 25). Die Bevölkerung weist ein hohes Bildungsniveau auf und beim Anteil der Akademiker und Fach- und Führungskräfte belegt Csongrád nach Budapest und Győr-Moson-Sopron jeweils den dritten Platz (Rechnitzer & Smahó 2006: 19; 27-28). Andererseits deutet die Entwicklung einiger Wirtschaftsindikatoren darauf hin, dass das Komitat in ökonomischer Hinsicht zunehmend den Anschluss zu verlieren droht.

Neben dem auf der Komitatsebene beobachtbaren sozioökonomischen Ost-West-Gegensatz ist für Ungarn auch ein ausgeprägter Stadt-Land-Gegensatz charakteristisch. Als Folge des Konzepts der „konzentrierten Dezentralisierung", wonach Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern gezielt vernachlässigt und ihrer Infrastruktur beraubt wurden, um die Bevölkerung in den Städten und ländlichen Entwicklungszentren zu konzentrieren, kam es in der spätsozialistischen Phase im ländlichen Raum zu einer massiven sozialräumlichen Polarisierung. Durch die günstigen Verdienstmöglichkeiten in der „zweiten Wirtschaft" entwickelten sich die größeren Gemeinden dynamisch. Im Gegensatz dazu standen die Dörfer, die „auslaufen" sollten, und die von baulichem und sozialem Verfall geprägt waren. Durch die selektive Abwanderung wohlhabender und gebildeter Schichten und die durch niedrige Immobilienpreise geförderte Zuwanderung von sozial Schwachen aus den städtischen Zentren kam es zur Entstehung einer ländlichen Unterklasse, die sich in den peripheren Kleindörfern, die sich zunehmend zu ländlichen Slums entwickelten, konzentrierte. Im Zuge der Transformationskrise hat sich die soziale Abwärtsspirale durch die „Flucht aufs Dorf"[112] eines Teils der städtischen Armen weiter verschärft (Fekete 2005a 484; Ladányi & Szelényi 1999: 4-7; 12). Charakteristisch für die von Verarmung und sozialer Desintegration betroffenen Gemeinden sind hohe Arbeitslosen- und niedrige Erwerbsquoten, eine Degradation des Gebäudebestands, eine junge Bevölkerungsstruktur sowie hohe Geburtenraten (Fekete 2005a 489; 492; Kerese 2010: 12-13).

7.4.3 Regionale Muster der Arbeitslosigkeit in Ungarn

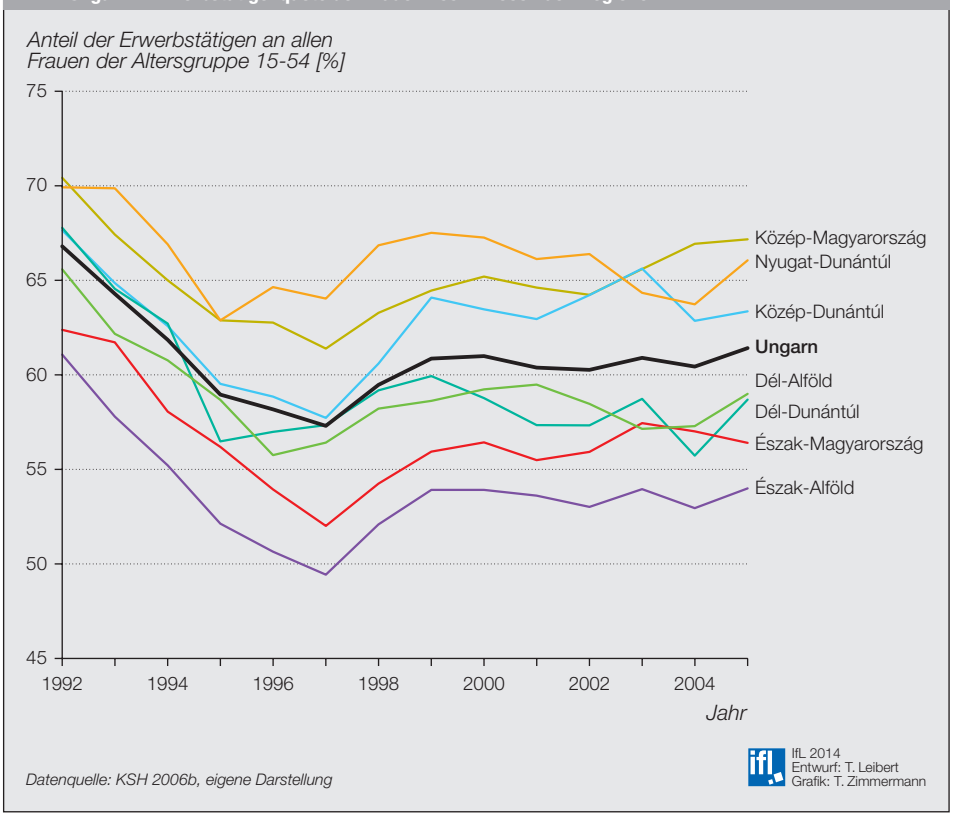
Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft ging mit einem massiven Arbeitsplatzabbau einher. Die Zahl der Beschäftigten sank zwischen 1987 und 1996 um fast 30%, von 4,8 auf 3,5 Millionen. Außerhalb des öffentlichen Dienstes ist sogar jede dritte Stelle weggefallen. Die öffentliche Verwaltung sowie das Bildungs- und Gesundheitswesen waren von diesem Arbeitsplatzabbau (zunächst) kaum betroffen. Eine Vernichtung von Ar-

112 Die Ursachen liegen in den niedrigeren Lebenshaltungskosten und Immobilienpreisen sowie der Möglichkeit der Subsistenzlandwirtschaft. Bei einem Teil der Stadt-Land-Wanderer handelt es sich um Rückkehrer, die in sozialistischer Zeit in die Großstädte gewandert waren (Fekete 2005a 488-489).

beitsplätzen in diesem Ausmaß hat es nur in wenigen anderen Transformationsstaaten gegeben. Allein in der vier Jahre dauernden Transformationskrise gingen 1,5 Millionen Arbeitsplätze verloren. 1993, zum Höhepunkt der Krise lag die Arbeitslosenquote bei 12% – davon 40% Langzeitarbeitslose. Fast ein Drittel der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter war inaktiv. Zudem waren die Reallöhne gegenüber 1989 um mehr als 17% gesunken (Fazekas 2005a: 1-3). Ein nachhaltiger Lohnanstieg begann erst 1998. Angesichts der deutlichen Preissteigerungen war der private Konsum bis Ende der 1990er Jahre rückläufig (Jász & Szoboszlai 2005: 278).

Das Raummuster der Arbeitslosigkeit hat sich seit 1990 kaum geändert (Dövényi 2001: 216). Sowohl die Gruppe der Regionen mit den niedrigsten als auch diejenige mit den höchsten Arbeitslosenquoten besteht seit Anfang der 1990er Jahre im Wesentlichen aus den gleichen Komitaten: Borsod-Abaúj-Zemplén, Hajdú-Bihar, Nógrád und Szabolcs-Szatmár-Bereg bilden den negativen Pol, Budapest, Győr-Moson-Sopron, Pest und Vas den positiven (Gulyás 2008: 132-133). Insgesamt liegt im Nordwesten die Arbeitslosenquote unter dem Landesdurchschnitt, während in allen anderen Komitaten – mit Ausnahme von Csongrád – überdurchschnittlich viele Menschen ohne Arbeit sind (Karte 12). Nordwestungarn profitiert von der räumlichen Nähe zu den Wirtschaftszentren in Österreich, Süddeutschland und Norditalien (Nemes-Nagy 2001: 46-47). Die Westgrenze ist die einzige Außengrenze, an der derzeit Ungarn in nennenswertem Umfang zum

42 Ungarn – Erwerbstätigenquote der Frauen 1992 - 2005 nach Regionen



Arbeiten ins Ausland pendeln. In den anderen Grenzregionen ist die Arbeitslosigkeit im Nachbarland noch höher als auf der ungarischen Seite und/oder die Löhne sind deutlich niedriger, so dass sich die Arbeit im Ausland finanziell nicht rechnen würde. Die Grenze zwischen dem österreichischen Burgenland, das bis nach dem Ersten Weltkrieg zu Ungarn gehörte, und den Komitaten Westtransdanubiens war traditionell recht durchlässig, so dass das Pendeln zur Arbeit ins Nachbarland Tradition hat. Zum Teil bestehen bis heute familiäre Bindungen zwischen der österreichischen und der ungarischen Seite. Es wird geschätzt, dass in den Wintermonaten etwa 9000 Ungarn aus Westtransdanubien, überwiegend aus den grenznahen Gemeinden des Komitats Győr-Moson-Sopron, im Burgenland arbeiten. In den Sommermonaten erhöht sich diese Zahl deutlich. Ursache für das Pendeln über die Grenze ist insbesondere das höhere Lohnniveau in Österreich. Die Arbeitsmarktsituation in Ungarn spielt dagegen kaum eine Rolle. Dies lässt sich auch daran ablesen, dass in Westtransdanubien in bestimmten Branchen ein Arbeitskräftemangel besteht, der durch „Gastarbeiter" aus dem ehemaligen Jugoslawien ausgeglichen wird (Hardi 2005: 199-205; 212-213). Die günstige Arbeitsmarktlage in Westtransdanubien ist folglich in erster Linie auf endogene Potentiale zurückzuführen und nicht darauf, dass „überschüssige" Arbeitskräfte nach Österreich pendeln.

Ein ähnliches Raummuster wie für die Arbeitslosigkeit insgesamt ist auch bei der Langzeitarbeitslosigkeit festzustellen. Überdurchschnittliche Werte sind für Nordungarn charakteristisch, während in Mittelungarn, Westtransdanubien und den Komitaten Bács-Kiskun, Békés und Csongrád ein relativ geringer Prozentsatz der Erwerbslosen langzeitarbeitslos ist (Fekete 2005b: 72). Zusätzlich zur überdurchschnittlichen (Langzeit-)Arbeitslosigkeit ist die Erwerbsquote[113] in Südtransdanubien und östlich der Donau besonders niedrig (Fekete 2005b: 10), insbesondere bei den Frauen (Abbildung 42). In keinem Komitat sind mehr als 60% der Bevölkerung zwischen 15 und 59 ökonomisch aktiv. Gleichzeitig war der Rückgang der Erwerbsquote im Süden und Osten Ungarns besonders ausgeprägt. Ein Extremfall ist das Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén. Dort ist der Anteil der ökonomisch Aktiven an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 70% im Jahr 1990 auf unter 50% 2005 gesunken.[114] Der Rückzug vom Arbeitsmarkt kann als Indikator für eine ausgesprochen ungünstige wirtschaftliche Großwetterlage gewertet werden, deutet er doch darauf hin, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung keine Hoffnung mehr hat, einen Arbeitsplatz zu finden. Die Dimension dieses Rückzugs vom Arbeitsmarkt wird daran deutlich, dass etwa zwei Drittel der Personen, die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre ihre Arbeit verloren haben, sich nicht arbeitslos gemeldet haben, sondern aus der Erwerbsbevölkerung ausgeschieden sind (Dövényi 2003: 43). Zur Stabilität des regionalen Musters der Arbeitslosigkeit trägt die Immobilität der Arbeitskräfte bei, die zwei Hauptursachen hat. Einerseits entsprechen die Qualifikationen der Arbeitslosen in den „Krisenregionen" nicht der Nachfrage in den Wirtschaftszentren (Gulyás 2008: 134), andererseits ist Ungarn ein Land von Eigenheimbesitzern. Knapp 90% der Wohnungen werden vom Eigentümer selbst genutzt, weitere 3% bewohnen Verwandte des Besitzers. Einen nennenswerten Mietwohnungsmarkt gibt es lediglich

113 Die ungarische Erwerbsquote ist die zweitniedrigste in der EU. Gründe dafür sind Frühverrentungen und die große Zahl unter 65-Jähriger, die Invalidenrente beziehen (Bognár 2008). Laut Marer (2010: 12) sind 43% der Ungarn im erwerbsfähigen Alter inaktiv und beziehen staatliche Leistungen.

114 Eigene Berechnungen; Datenquelle: KSH (2003a; 2005d; 2006f)

in Budapest. In den übrigen Komitaten liegt der Anteil der vom Eigentümer bewohnten Immobilien zwischen 87% (Baranya) und 94% (Jász-Nagykun-Szolnok und Szabolcs-Szatmár-Bereg).[115] Durch das Fehlen eines Mietwohnungsmarkts wird die regionale Mobilität der Arbeitskräfte erschwert (Erdösi et al. 2000: 269). Wohneigentum wirkt insbesondere auf ärmere Bevölkerungsgruppen immobilisiert (Florida 2008: 142).

Von der Arbeitslosigkeit in besonderem Maß betroffen sind die ländlichen Siedlungen, namentlich die kleinen Dörfer. Im Komitat Baranya lag die Arbeitslosenquote Ende 2005 in Dörfern mit weniger als 200 Einwohnern bei knapp 20% und war damit mehr als doppelt so hoch wie im Komitatsdurchschnitt (knapp 8%). Neben der häufig ungünstigen Verkehrsanbindung ist der niedrige Bildungs- und Qualifikationsgrad der Dorfbewohner ursächlich für die hohe Arbeitslosigkeit (Keresztes & Tésits 2008: 109). In den meisten benachteiligten Kleingebieten war die wirtschaftliche Dynamik nach 1990 äußerst gering, so dass die öffentliche Hand heute der wichtigste Arbeitgeber ist. Von Existenzgründungen gehen kaum positive Impulse für die lokalen Arbeitsmärkte aus, da es den meisten Selbstständigen an Finanzmitteln für Investitionen mangelt. Häufig handelt es sich um „erzwungene" Unternehmensgründungen im Dienstleistungsbereich, die – wenn überhaupt – nur Familienmitglieder beschäftigen. Ein großes Problem ist in diesem Zusammenhang, dass durch das niedrige Einkommensniveau und die daraus resultierende geringe lokale Kaufkraft die Nachfrage nach Dienstleistungen gering ist (Tésits 2007: 14-17; 32). Durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit droht in peripheren ländlichen Räumen eine Desintegration der Dorfgesellschaft (Dövényi 2003: 46). Jordan (2006: 124-125) sieht durch das Zurückfallen der ländlichen Räume, die er als die größten Verlierer der Transformation identifiziert, gar die soziale, wirtschaftliche und politische Kohäsion der postsozialistischen Staaten insgesamt gefährdet.

7.4.4 Armut, Exklusion und gesellschaftliche Polarisierung

In sozialistischer Zeit gab es offiziell weder Armut noch soziale Exklusion. Wer dennoch am Rande der Gesellschaft lebte, musste folglich selbst an seinem Schicksal schuld sein und wurde daher als asozial betrachtet (Jász & Szoboszlai 2005: 277). Auch wenn sie totgeschwiegen wurde – Armut gab es auch im Sozialismus. Schätzungen zufolge waren Anfang der 1980er Jahre zwischen einer und drei Millionen Ungarn arm; das entspricht 10-30% der Bevölkerung (Dövényi 2003: 46). Damals waren vor allem Vorschulkinder und Erwachsene in der Altersgruppe 25-34 von Armut betroffen, während die Altersarmut in sozialistischer Zeit zurückgedrängt werden konnte (Spéder 2001: 235-236). Bis 1996 ist die Zahl der unter dem Existenzminimum lebenden Ungarn auf ca. vier Millionen gestiegen (Dövényi 2003: 47).

In der Literatur wird zwischen zeitweise und dauerhaft Armen sowie zwischen Einkommens- und multipler Armut unterschieden. Die erste Gruppe besteht vorrangig aus Erwerbstätigen: Alleinstehenden, Müttern und Vätern mit geringem Einkommen, aber auch Rentnern. Diese Menschen sind durch den Systemwechsel (zeitweise) in die Armut abgerutscht, aber trotzdem noch in die Gesellschaft integriert. Für die zweite Gruppe, die ca. 13% der ungarischen Bevölkerung umfasst, ist die Armut dagegen zu einer Lebensform geworden. Sie leben räumlich segregiert in einer Parallelgesellschaft der Armut.

115 Eigene Berechnungen; Datenquelle: KSH (2004d)

Chronisch Kranke, kinderreiche Familien, Roma und allein stehende Senioren sind am stärksten von multipler Armut betroffen. Da die in multipler Armut aufwachsenden Kinder kaum Möglichkeiten haben, einen höheren Bildungsabschluss zu erwerben, ist die Gefahr groß, dass die Armut an die kommenden Generationen vererbt wird (Jász & Szoboszlai 2005: 280-281). Multiple Armut hat in Ungarn auch eine klare geographische Dimension. Das Armutsrisiko wächst entlang eines West-Ost-Gradienten und mit abnehmender Siedlungsgröße. Budapest, die Komitatshauptstädte westlich der Donau und ihr jeweiliger suburbaner Raum sind am wenigsten von multipler Armut betroffen. Das höchste Risiko besteht in ländlichen Siedlungen Nordostungarns (Tabelle 20). Die als Erklärungsansatz für die sozioökonomische Benachteiligung von Geringqualifizierten in der postindustriellen Stadt entwickelte These eines doppelten ‚*Mismatch*' (Plahuta 2007: 100-101) lässt sich auch auf die Verteilung der multiplen Armut in Ungarn anwenden: Die Armen haben Qualifikationen, für die auf dem Arbeitsmarkt keine Nachfrage (mehr) besteht (*skills-mismatch*) und sind aufgrund ihrer eingeschränkten Mobilitätsoptionen an Regionen und Gemeindetypen mit ungünstigen Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt gefesselt. Sie können deshalb nicht von Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte in anderen Landesteilen profitieren (*spatial mismatch*).

Tab. 20 Ungarn Risiko multipler Armut nach siedlungsstrukturellem Kreistyp und räumlicher Lage

Siedlungsstruktureller Typ	Risiko multipler Armut
Suburbane Dörfer in Transdanubien und Mittelungarn	0,38
Budapest	0,52
Komitatssitze in Transdanubien	0,62
Kleinstädte in Transdanubien und Mittelungarn	0,88
Komitatssitze in Nordungarn und Észak-Alföld	0,96
Dörfer in Transdanubien und Mittelungarn	0,99
Suburbane Dörfer in Nordungarn und Észak-Alföld	1,35
Kleinstädte in Nordungarn und Észak-Alföld	1,52
Dörfer in Nordungarn und Észak-Alföld	1,74

Quelle: Jász und Szoboszlai 2005, S. 281

7.4.5 Modell der regionalen Disparitäten im postsozialistischen Ungarn

Die wirtschaftlichen Disparitäten haben in Ungarn zwei Hauptdimensionen – eine räumliche und eine siedlungsstrukturelle. Es besteht ein wirtschaftlicher Gradient zwischen West- und Ostungarn und entlang der Hierarchie des Städtesystems. Letzterer spiegelt die traditionelle Spaltung in ein kosmopolitisch-städtisches und ein „volkstümliches" Ungarn wieder (Dieringer 2009: 11). Von der „Wende" haben insbesondere die Großstädte, allen voran Budapest, und der Nordwesten profitiert. Im ländlichen Raum und in Nordostungarn war die wirtschaftliche Entwicklung seit 1990 dagegen recht ungünstig. Die Klein- und Mittelstädte und der Süden des Landes stagnieren in wirtschaftlicher Hinsicht auf mittlerem bis niedrigem Niveau. Tabelle 21 zeigt, dass die in Tabelle 18 entworfene allgemeine Typologie der Entwicklung regionaler Disparitäten in den postsozialistischen Staaten auf die Situation in Ungarn übertragen werden kann. Die Einschätzung, dass die Transformation für die westlichen Grenzgebiete und die Tourismusregionen

Ungarns eine positive Diskontinuität ihrer längerfristigen Entwicklung darstellt, sollte jedoch hinterfragt werden. Die heutigen Komitate Győr-Moson-Sopron und Komárom-Esztergom sowie Teile von Vas und Veszprém waren bereits zu Zeiten der Doppelmonarchie ein Zentrum der Modernisierung (Beluszky 2001: 36). Die Position der Grenzgebiete kann auch in sozialistischer Zeit keineswegs pauschal als „schlecht" bewertet werden. 1975 lag das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Komitat Győr-Moson-Sopron um 11% über dem ungarischen Mittel (Nemes-Nagy 2001: 46). Beim *Human Development Index* (HDI) lag das Komitat 1990 mit weitem Abstand vor allen anderen Komitaten auf dem zweiten Platz hinter Budapest (Havasi et al. 1999: 65; Tabelle 22). Für die Plattenseeregion als wichtigste touristische Destination Ungarns ist anzumerken, dass die Entwicklung zu einer für ausländische Reisende attraktiven Fremdenverkehrsregion hauptsächlich in die sozialistische Zeit fällt (Buday-Sántha 2007: 7; 24-25). Es ist daher fraglich, ob es gerechtfertigt ist, mit Blick auf Nordwestungarn von einer „Diskontinuität" zu sprechen.

Die bisher diskutierten Modelle bilden vor allem die wirtschaftlichen Disparitäten ab und berücksichtigen andere Faktoren wie das Bildungsniveau oder die Lebensbedingungen der Bevölkerung nur indirekt. Abschließend sollen daher noch die Entwicklung und die regionalen Muster des *Human Development Index*, in den auch Variablen zu Bildung und Gesundheit einfließen, angesprochen werden.[116] Zur Darstellung der aktuellen Situation wurde ein regionaler Index der menschlichen Entwicklung (RIME-HU) berechnet. Der RIME-HU-Index ist mit dem HDI nur beschränkt vergleichbar, da z. T. andere Variablen verwendet wurden.[117] Die Rangfolge der Komitate ist bei beiden Indices mit Ausnahme von Békés und Pest recht ähnlich (Tabelle 22). Die Indices der menschlichen Entwicklung bestätigen das oben skizzierte Muster der regionalen Disparitäten (Tabelle 22). Wiederum ist Csongrád das einzige Komitat östlich der Donau, das mit der nord-

Tab. 21 Ungarn
Modell der Entwicklung regionaler Disparitäten

		Wirtschaftliche Entwicklung in den 1990er Jahren		
		Wachstum	Stagnation	Schrumpfung
Entwicklungsniveau in der spätsozialistischen Phase	hoch	positive Kontinuität Budapest und Umland		
	mittel	positive Diskontinuität Nordwesten, Großstädte	Südwesten, Mittelstädte	negative Diskontinuität Norden
	niedrig		Südosten, Kleinstädte	negative Kontinuität Nordosten, Kleinstädte

Quelle: Nemes-Nagy 2003, S. 4; verändert

116 Zur Berechnung des HDI siehe Havasi et al. (1999: 63) und Fóti et al. (2003: 24-25).

117 Bei der Berechnung des Lebenserwartungsindex wurde die Lebenserwartung der Männer doppelt gewichtet; statt Analphabetenrate und Einschulungsquote wurden der Anteil der über 15-Jährigen ohne Schulabschluss und der Anteil der über 25-Jährigen mit Hochschulabschluss verwendet.

Tab. 22 Ungarn
Indizes der menschlichen Entwicklung 1990, 1996/97 und 2005/07

Komitat	Human Development Index				RIME-HU*	
	1990	Rang	1996/ 1997	Rang	2005/ 2007	Rang
Budapest	0,90	1	0,92	1	1,00	1
Pest	0,45	13	0,47	11	0,49	3
Fejér	0,66	4	0,71	5	0,46	6
Komárom-Esztergom	0,52	9	0,56	8	0,49	4
Veszprém	0,69	3	0,73	4	0,43	8
Győr-Moson-Sopron	0,82	2	0,88	2	0,62	2
Vas	0,65	5	0,79	3	0,47	5
Zala	0,59	6	0,68	6	0,43	9
Baranya	0,45	12	0,45	12	0,39	10
Somogy	0,34	17	0,28	17	0,25	14
Tolna	0,46	11	0,38	14	0,33	11
Borsod-Abaúj-Zemplén	0,26	19	0,17	19	0,08	19
Heves	0,51	10	0,52	10	0,28	12
Nógrád	0,42	14	0,22	18	0,18	17
Hajdú-Bihar	0,36	16	0,41	13	0,27	13
Jász-Nagykun-Szolnok	0,41	15	0,33	15	0,18	18
Szabolcs-Szatmár-Bereg	0,03	20	0,04	20	0,05	20
Bács-Kiskun	0,30	18	0,32	16	0,22	15
Békés	0,52	8	0,54	9	0,18	16
Csongrád	0,59	7	0,61	7	0,44	7
ungew. Mittel ohne Budapest	0,47		0,48		0,33	

** RIME-HU: Regionaler Index der menschlichen Entwicklung für Ungarn*

Quelle: Havasi et al. 1999, S. 65; KSH 2006e, 2008d, 2009f; eigene Berechnungen

westungarischen Spitzengruppe mithalten kann. Das ist vorrangig auf die dynamische Wirtschaft und das intellektuelle Kapital von Szeged zurückzuführen. Die Daten zeigen auch die schwache Position Südtransdanubiens. Das Komitat Tolna verdankt seine vergleichsweise gute Platzierung fast ausschließlich dem Kernkraftwerk Paks. Anders als Szeged kann Pécs, *„the most important intellectual and cultural city in Transdanubia"*, die ungünstige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in den krisengeschüttelten, verfallenden kleinen Dörfern des Komitats Baranya nicht ausgleichen (Fóti et al. 2003: 27). Pécs war in sozialistischer Zeit ein wichtiger Schwerindustriestandort und hat daher mit dem Strukturwandel zu kämpfen. Trotz einiger Ansiedlungserfolge hat sich, nicht zuletzt aufgrund der defizitären Verkehrsinfrastruktur, bisher kein dynamisches Wirtschaftswachstum eingestellt (Rudolph et al. 2002: 164; Visy et al. 2005: 118).

Ähnlich ist die Situation im Komitat Hajdú-Bihar, das bei HDI und RIME-HU unterdurchschnittliche Werte aufweist, obwohl die Hauptstadt Debrecen, die zweitgrößte Stadt Ungarns, ebenfalls Sitz einer bedeutenden Universität ist. Überraschend ist der hohe Wert des wirtschaftlich schwachen, peripheren Komitats Békés beim HDI 1990 und 1996/7, aber auch die schwache Position des Komitats Pest. Letztere ist vermutlich ein statistisches Artefakt, das auf die fehlerhafte Zuordnung von Kindern und Jugendlichen, die in Budapest zur Schule gehen, zurückzuführen ist (Fóti et al. 2003: 26). Der RIME-HU-Index, der den Bildungsstand der Bevölkerung berücksichtigt, dürfte daher die Realität besser abbilden als der HDI.

7.4.6 Der Romaanteil als Indikator für multiple soziale Deprivation

Aus Sicht der ungarischen Roma ist die Bilanz der sozialistischen Ära zwiespältig. Durch den Aufbau des Sozialismus hatte sich ihre Lage zunächst deutlich verschlechtert. Sie konnten ihre traditionellen Tätigkeiten als Musiker, Klein- oder Viehhändler nicht weiter ausüben und wurden auch bei der Bodenreform 1945 nicht berücksichtigt. Durch die Aufteilung der landwirtschaftlichen Großbetriebe ging zudem die Nachfrage nach Landarbeitern zurück, wodurch eine weitere wichtige Einkommensquelle verschwand. Der Staatssozialismus hatte so in kurzer Zeit erreicht, was Jahrhunderte der Verfolgung und Unterdrückung nicht vermochten: Die Zerstörung des kulturellen Kapitals der ungarischen Roma (Kemény 2002a: 63). Da die Roma – wie West (2007: 44-48) am Beispiel der spanischen Gitanos zeigt – ein Volk mit oraler Tradition sind, dessen „kulturelles Gedächtnis“ nicht verschriftlicht, sondern mündlich von Generation zu Generation weitergegeben wird, ist der Verlust von kulturellem Kapital endgültig und unumkehrbar. Andererseits ermöglichte die sozialistische Gesellschaft den Roma im Zuge der Industrialisierung in den 1950er Jahren, die in den wirtschaftlichen Kernräumen einen Arbeitskräftemangel mit sich brachte, eine weitgehende Integration in den Arbeitsmarkt und materielle Sicherheit. Die Lebensbedingungen vieler Familien verbesserten sich. Wer eine dauerhafte Beschäftigung hatte, konnte ein einfach ausgestattetes Häuschen bauen oder ein leerstehendes Bauernhaus erwerben (Kemény 2002a: 64-65). In sozialistischer Zeit wurden auch die meisten Roma-Slums beseitigt. Bei der Sanierung achtete man allerdings vielerorts darauf, dass die neuen Wohnungen in räumlicher Nähe zu den alten Slums oder an peripheren Standorten im Gemeindegebiet errichtet wurden. Die Lebensbedingungen vieler Familien verbesserten sich zwar, an der Segregation der Romaminderheit änderte sich jedoch nichts (Havas 2002a: 86-93).

In Ungarn begann die Verdrängung der Roma vom Arbeitsmarkt bereits vor Beginn des Transformationsprozesses. 1971 waren 85% der Romamänner im arbeitsfähigen Alter wirtschaftlich aktiv, 1987 dagegen nur noch 74%. Die Arbeitsmarktbeteiligung der Romnija ist im gleichen Zeitraum allerdings von 30% auf 49% angestiegen (Janky 2006: 136). Die niedrige Beschäftigungsquote der Romafrauen wurde im Abschlussbericht zur landesweiten Untersuchung zur Lage der Roma 1971 auf fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten und fehlende Arbeitsplätze für Frauen zurückgeführt. Auch bei den Männern führten fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten zu einer beachtlichen verdeckten Arbeitslosigkeit. 1971 war beispielsweise in Ostungarn ein Viertel der Romamänner im erwerbsfähigen Alter inaktiv oder Empfänger von Sozialleistungen. Eine Vollbeschäftigung der Romaminderheit hat es folglich auch in sozialistischer Zeit nicht gegeben. Während inaktive ungarische Männer 1971 zu zwei Dritteln Schüler, Studen-

ten oder Auszubildende waren, lag dieser Prozentsatz bei den Roma unter 5% (Kemény 2002a: 64-65). Zwischen 1985 und 1989 sank die Beschäftigtenzahl um 13%, um sich in den folgenden vier Jahren zu halbieren. Zwischen 1993 und 2003 blieb die Arbeitsmarktbeteiligung auf niedrigem Niveau konstant. Neben dem niedrigen Bildungsniveau ist für die prekäre wirtschaftliche Lage der Roma auch die Tatsache verantwortlich, dass ein Großteil dieser Bevölkerungsgruppe in sozialistischer Zeit in Wirtschaftssektoren beschäftigt war, in denen Anfang der 1990er Jahre besonders viele Arbeitsplätze abgebaut wurden (Janky 2004: 389-390). Dies waren insbesondere die Landwirtschaft und die Industrie, wo die Roma vorwiegend als un- oder angelernte Arbeiter tätig waren (Barlai & Hartleb 2009: 35). Auch der Wohnort spielt eine wichtige Rolle, da die Romabevölkerung in den wirtschaftlichen Problemregionen Ungarns konzentriert ist. In Nordungarn, im Nordteil der Großen Tiefebene und in Südtransdanubien ist der Romaanteil besonders hoch, während in den wirtschaftsstarken Regionen im Nordwesten nur wenige Roma leben (Tabelle 23).[118] Wie ungünstig die Aussichten für Roma sind, in Nordostungarn einen Arbeitsplatz zu bekommen, zeigt sich daran, dass mehr als 50% der Romamänner im erwerbsfähigen Alter inaktiv sind, bei den Frauen sogar über 80%. Zur Erwerbsbevölkerung zu gehören heißt in den meisten Fällen erwerbslos zu sein. Fast drei Viertel der wirtschaftlich aktiven Roma in den Komitaten Borsod-Abaúj-Zemplén und Szabolcs-Szatmár-Bereg sind arbeitslos. Das bedeutet, dass nur jeder zehnte Mann und jede zwanzigste Frau über 15 einer Erwerbstätigkeit nachgeht (vgl. Abbildung 43). Generell gilt, dass die Aussichten auf einen Arbeitsplatz in den Städten günstiger sind als in ländlichen Siedlungen; am ungünstigen stehen die Chancen für Roma, die in einer segregierten Nachbarschaft leben (Jász & Szoboszlai 2005: 283). Angesichts der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Region und der jugendlichen Altersstruktur der Roma[119] liegt in dieser Situation für die Zukunft erheblicher sozialer Sprengstoff. In diesen „Landschaften absoluter Hoffnungslosigkeit" ist folglich damit zu rechnen, dass das generative Verhalten deutliche Züge von *‚Crisis behaviour'* trägt. Heute bilden Gelegenheitsarbeiten und Sozialleistungen die Haupteinnahmequelle der zumeist in äußerster Armut lebenden Romafamilien (Váradi 2005: 291-292). Die durch die Verdrängung vom Arbeitsmarkt und die damit einhergehende Verarmung ohnehin problematische Situation wird durch ein geringes Bildungsniveau weiter verschärft. Mehr als die Hälfte der jungen Roma verlässt die achtjährige Grundschule ohne Abschluss, unter den Abiturienten liegt der Romaanteil unter einem Prozent. Teilweise ist dies auf unterschiedliche Ausgangsbedingungen zurückzuführen – Ungarn wurde von der EU dafür kritisiert, dass in vielen Schulen Roma und ethnische Ungarn getrennt unterrichtet werden. Auf der anderen Seite ist die Wertschätzung von Bildung in traditionellen Romafamilien gering (Barlai & Hartleb 2009: 37-38).

Zur wirtschaftlichen Deprivation kommt die politische Ausgrenzung. In allen Staaten mit

118 Der genaue Anteil der Roma an der ungarischen Bevölkerung ist unbekannt. Aus diesem Grund sind in der Tabelle verschiedene regionalisierte Schätzungen zusammengestellt. Zu beachten ist, dass die Einstufung der ethnischen Zugehörigkeit in vielen ungarischen Untersuchungen, z.B. in den Studien von Ladányi (1993) oder Virág (2006), vom Interviewer oder von Dritten vorgenommen wird. Dieses Vorgehen ist problematisch, da die ethnische Klassifizierung als Roma durch Dritte stark durch soziale und ökonomische Faktoren beeinflusst wird. Damit besteht die Gefahr der Aufrechterhaltung von Vorurteilen durch eine Gleichsetzung von Ethnie und wirtschaftlicher Notlage, wodurch die Stigmatisierung der Roma verschlimmert wird *(*Emigh 2002: 24).

119 In den Komitaten Borsod-Abaúj-Zemplén und Szabolcs-Szatmár-Bereg waren 2001 42 bzw. 40% der Roma unter 15 Jahre alt (KSH 2004b)

Tab. 23 Ungarn
Anzahl und Anteil der Roma 1990/91 und 2003, nach Regionen und Komitaten

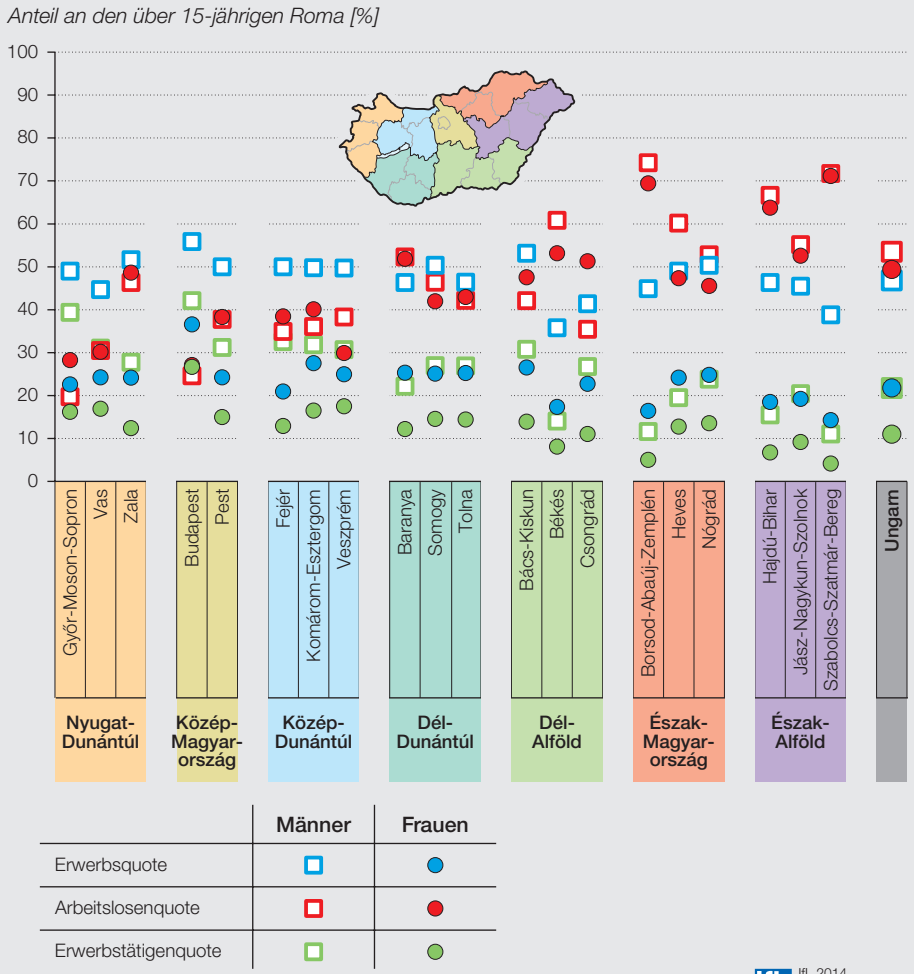
Komitat/Region	Anzahl 1990/91		Anteil 1990/91		Anzahl 2003		Anteil 2003	
	gemäß Zensus 1990	Schätzung 1991	gemäß Zensus 1990	Schätzung 1991	Schätzung		Schätzung	
					Min	Max	Min	Max
Budapest	8 123	37 000	0,40	1,83	59 127	64 000	3,45	3,74
Pest	6 665	27 200	0,70	2,86	20 400	40 100	1,83	3,60
Közép-Magyarország	14 788	64 200	0,50	2,16	79 527	104 100	2,81	3,68
Fejér	2 497	6 800	0,59	1,62	9 379	17 800	2,19	4,15
Komárom-Esztergom	1 445	8 100	0,46	2,57	3 500	11 736	1,11	3,72
Veszprém	3 276	9 000	0,86	2,36	9 752	16 200	2,64	4,39
Közép-Dunántúl	7 218	23 900	0,65	2,14	22 631	45 736	2,03	4,11
Győr-Moson-Sopron	1 126	5 000	0,27	1,18	5 489	11 900	1,25	2,71
Vas	1 630	5 600	0,59	2,03	4 482	10 000	1,68	3,75
Zala	3 276	12 100	1,07	3,95	13 300	15 200	4,47	5,11
Nyugat-Dunántúl	6 032	22 700	0,60	2,25	23 271	37 100	2,32	3,70
Baranya	6 795	25 100	1,62	6,00	28 000	29 894	6,94	7,41
Somogy	8 458	24 800	2,45	7,19	26 477	32 000	7,91	9,56
Tolna	2 887	14 200	1,14	5,60	11 900	20 789	4,80	8,38
Dél-Dunántúl	18 140	64 100	1,78	6,30	66 377	82 683	6,73	8,38
Borsod-Abaúj-Zemplén	31 882	80 100	4,18	10,51	98 000	104 440	13,22	14,09
Heves	8 176	24 100	2,44	7,21	26 600	52 000	8,20	16,03
Nógrád	5 901	22 200	2,60	9,77	30 500	31 300	13,94	14,31
Észak-Magyarország	45 959	126 400	3,47	9,55	155 100	187 740	12,07	14,62
Hajdú-Bihar	7 584	26 500	1,38	4,83	28 900	34 786	5,24	6,31
Jász-Nagykun-Szolnok	9 112	30 400	2,14	7,13	25 700	37 482	6,20	9,04
Szabolcs-Szatmár-Bereg	24 970	56 500	4,36	9,87	38 500	67 200	6,58	11,49
Észak-Alföld	41 666	113 400	2,69	7,33	93 100	139 468	6,00	8,99
Bács-Kiskun	4 979	15 600	0,91	2,86	11 500	19 200	2,12	3,54
Békés	3 184	12 200	0,77	2,96	10 900	43 300	2,76	10,98
Csongrád	2 118	8 300	0,48	1,89	9 500	15 800	2,23	3,71
Dél-Alföld	10 281	36 100	0,74	2,59	31 900	78 300	2,34	5,74
Ungarn gesamt	**142 683**	**450 800**	**1,38**	**4,35**	**565 700**	**575 110**	**5,58**	**5,67**

Datenquelle: Werte für 1990/91: Kocsis 2000, S. 129; Werte für 2003: eigene Berechnung; Datenquelle: Hablicsek 2007, S. 8

einem nennenswerten Romaanteil wird die Minderheit zunehmend zum Feindbild für die extreme Rechte. Zwischen 1995 und 2003 haben sich in Ungarn antiziganistische Einstellungen verstärkt (Csepeli et al. 2004: 467). Mit Blick auf Bulgarien schreibt Tomova (2008: 67): „*Die Frustrationen über die Verschlechterung der Lebensqualität führten zu einer wütenden Suche nach Verantwortlichen für den langsamen und qualvollen Übergang, und die Roma wurden durch Politik und Medien bewusst als Sündenbock für die Kanalisierung der sozialen Unzufriedenheiten und Aggression genutzt*". Vor diesem Hintergrund hat in den MOE-Staaten, auch in Ungarn, die antiziganistische Gewalt zugenommen (European Roma Rights Center 1997; 2001; 2002; Barlai & Hartleb 2009: 37-39).

Im Vergleich zu den meisten anderen MOE-Staaten mit einer zahlenmäßig bedeutsamen Romaminderheit zeichnet sich Ungarn durch ein relativ geringes Bildungs- und Wohlstandsgefälle zwischen den Roma und der in räumlicher Nähe lebenden Mehrheitsbevölkerung aus (Bernát & Medgyesi 2006: 219-227). Daher kann der Romaanteil als eine Stellvertreterva-

43 Ungarn – Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit über 15-jähriger Roma 2001 nach Regionen und Komitaten



Datenquelle: KSH 2005b, eigene Berechnungen

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: R. Schwarz

riable für multiple Deprivation angesehen werden. In den Regionen, in denen viele Roma leben, sind seit der Transformation in peripheren ländlichen Räumen ‚*Ghetto settlements*'[120] entstanden, die sich durch extreme Armut und einen fortgeschrittenen Prozess der sozialen und wirtschaftlichen Selbstzerstörung auszeichnen. Die Entstehung dieser *rural*

120 Die ‚*Ghetto settlements*' machen laut Fekete (2005a: 492) etwa 5-8% der kleinen Gemeinden Ungarns aus. Die Autorin charakterisiert diese Dörfer folgendermaßen: „ *Close to 100% of active earners are unemployed. There is neither farming, nor commuting. Main sources of income include benefits, child-raising support, black labour bordering unlawfulness or outright violating the law and the depletion of the resources that are still available. An increasing population, coupled with the lifestyle presented above, leads to the complete degradation of the physical environment*" (Fekete 2005a: 492). Die Herausbildung von ‚*Ghetto settlements'* durch selektive Abwanderung begann bereits in den 1980er Jahren. Betroffen waren damals vor allem agrarisch geprägte kleine Dörfer mit ungünstiger Verkehrsanbindung. Nach der Transformation nahm die Gettoisierung regionale Ausmaße an und erfasste auch Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern an den wichtigen Verkehrsachsen (Virág 2006).

slums ist jedoch kein ethnisches, sondern ein Armutsphänomen (Fekete 2005a: 489, 492). Von Segregations- und Gettobildungstendenzen sind Teile Südtransdanubiens, vor allem aber Borsod-Abaúj-Zemplén und Szabolcs-Szatmár-Bereg betroffen (Bihari & Kovács 2006: 87).

7.5 Regionale Muster der sozialen und ökonomischen Transformationsfolgen

Das Muster der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten in Ungarn kann mit dem in Tabelle 21 dargestellten Modell anschaulich beschrieben werden. Die bisherigen Ausführungen haben jedoch auch gezeigt, dass es regionale Sonderentwicklungen gibt, durch die das allgemeine Muster des doppelten Ost-West- und Land-Stadt-Gegensatzes nuanciert wird. In diesem Abschnitt soll daher eine Typisierung der Komitate nach ökonomischen Kriterien und nach Indikatoren, welche die Lebensbedingungen der Bevölkerung beschreiben, vorgenommen werden. Als Basis wird zunächst die große Informationsfülle der 15 verwendeten Variablen durch eine Hauptachsenanalyse reduziert und zu statistisch unabhängigen Faktoren zusammengefasst, welche die Datengrundlage für eine Clusteranalyse darstellen, mit deren Hilfe sozioökonomische Komitatstypen gebildet wurden. Budapest als das unangefochtene wirtschaftliche Zentrum Ungarns wurde für diese Analyse ausgeklammert. In der Hauptstadt konzentrieren sich Humankapital und unternehmerische Tätigkeit; hier wird das Gros des ungarischen BIP erwirtschaftet. Die Verteilung relevanter Variablen ist dadurch so stark verzerrt, dass die für die Durchführung einer Faktoranalyse wünschenswerte Normalverteilung auch durch Umformungen nicht hergestellt werden konnte.

Die Auswahl der Indikatoren orientiert sich am Konzept des *Human Development Index*. Es wurden Variablen aus den Bereichen Ökonomie, Bildung und Gesundheit für die Analyse verwendet. Neben dem Bruttoinlandsprodukt, das auch für die Berechnung des HDI verwendet wird, wurden aus dem Themenblock „Ökonomie" noch Daten zum Einkommen und zur Arbeitslosigkeit in die Analyse einbezogen. Da die Arbeitslosenquote zur Beschreibung der Beschäftigungssituation in Ungarn nur teilweise geeignet ist, wurden auch die Erwerbsquoten beider Geschlechter in der Faktoranalyse berücksichtigt. Aus dem Themenblock „Gesundheit" wurden zwei Variablen verwendet: Die Lebenserwartung neugeborener Jungen 2007 und die Zahl der verlorenen potentiellen Lebensjahre der Männer 2005.[121] Gemessen am wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsstand ist die ungarische Sterberate außergewöhnlich hoch; die Sterblichkeitsindikatoren haben sich seit 1990 zudem nur zögerlich verbessert (Hablicsek 2000: 170). Dies gilt insbesondere für die Lebenserwartung der Männer – in der EU wurden 2006 nur in den baltischen Staaten niedrigere Werte registriert (Eurostat 2009). Die Sterberate ungarischer Männer ist zwischen Mitte der 1960er und Mitte der 1990er Jahre kontinuierlich gestiegen und lag zur Jahrtausendwende immer noch über den Werten zur Zeit der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre (Fóti et al. 2003: 18). Als Ursachen für die Mortalitätskrise in vie-

121 Für die verlorenen potentiellen Lebensjahre ist vor allem der Alkoholmissbrauch verantwortlich. Ungarn belegt in diesem Zusammenhang in Europa einen unrühmlichen Spitzenplatz (Kopp & Rádai 2007: 98). Ein Grund für den hohen Alkoholkonsum ist die im EU-Vergleich ausgesprochen hohe Unzufriedenheit mit den eigenen Lebensumständen. (Dieringer 2008: 167).

len postsozialistischen Staaten[122] werden in der Literatur vor allem zwei sich ergänzende Erklärungsansätze diskutiert. Einerseits wird die im europäischen Vergleich niedrige Lebenserwartung auf den durch die gestiegene wirtschaftliche Unsicherheit und die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und sozialer Abwärtsmobilität verursachten psychosozialen Stress zurückgeführt. Andererseits wird auf in sozialistischer Zeit entwickelte ungesunde Lebensstile, insbesondere übermäßigen Alkoholkonsum, verwiesen. Fallstudien belegen zudem einen engen Zusammenhang von Armut und Mortalität (Billingsley 2009: 4; Grigoriev et al. 2010: 247). Die Beschränkung auf die Lebenserwartung der Männer ist gerechtfertigt, weil ihr Gesundheitszustand stärker auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen reagiert (Billingsley 2009: 20-21). Ein Grund dafür könnten die in der ungarischen Gesellschaft nach wie vor verwurzelten „traditionellen" Geschlechterrollenbilder sein, die dafür sorgen, dass sich Männer allein für den Lebensstandard ihrer Familien verantwortlich fühlen, was sie unter chronischen Stress setzt (Kopp & Rádai 2007: 95).

Tab. 24 NUTS-3-Regionen Ungarns Ergebnisse der Faktoranalyse* (Matrix der Faktorladungen)

Indikator	Faktor 1	Faktor 2	Kommunalitäten [%]
	Sozioökonomische Benachteiligung	Wirtschaftliche Stärke	
Langzeitarbeitslosenquote 2002	0,898		83,9
Transferleistungen pro EW 2006	0,881	-0,427	95,9
Arbeitslosenquote 2008	0,829	-0,476	91,4
Erwerbstätigenquote der Männer 2005	-0,812	0,421	83,7
Lebenserwartung der Männer 2007	-0,802	0,400	80,3
Erwerbstätigenquote der Frauen 2005	-0,784	0,539	90,5
Neugeborene unter 2,5 kg Gewicht 2005	0,782		65,2
Schätzung Romaanteil 2003 (Minimum)	0,775		66,8
Verlorene pot. Lebensjahre: Männer 2005	0,746		68,4
Arbeitslosenquote der AG 15-29 2005	0,720	-0,643	93,2
HH in Substandardwohnungen in % 2001	0,627	-0,579	72,9
Durchschnittseinkommen 2005		0,938	91,9
BV-Anteil mit Hochschulabschluss 2005		0,833	74,3
Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2005	-0,495	0,760	82,3
BV-Anteil ohne Grundschulabschluss 2005	0,550	-0,735	84,2
Eigenwert	7,505	4,744	
Erklärte Varianz [%]	50,030	31,630	
Erklärte Varianz [%] (kumulativ)	50,034	81,664	

** Methode: Hauptachsenanalyse mit Varimax-Rotation; Maß der Stichprobeneignung: 0,807*

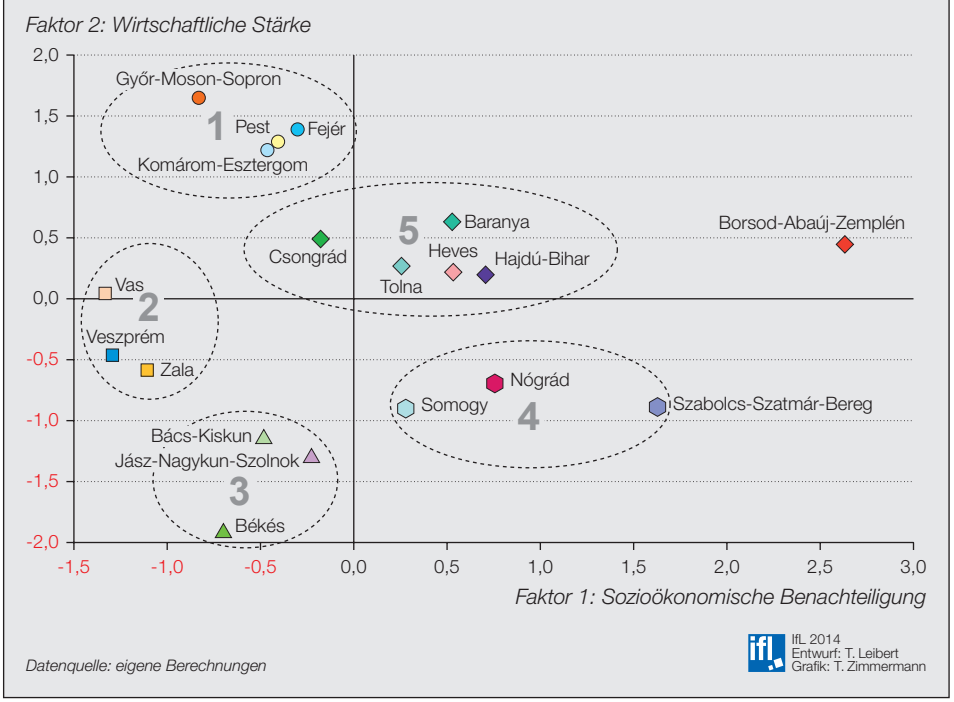
Datenquellen: Eurostat 2008b; Hablicsek 2007, S. 28; KSH 2004c,d, 2005d, 2006a,e,f, 2008b,c,d, 2009a; eigene Berechnungen

122 Die „staatssozialistische Mortalitätskrise" (Carlson & Hofmann 2011), also die Stagnation bzw. der Rückgang der Lebenserwartung der Männer in den MOE-Staaten begann etwa Mitte der 1960er Jahre, nachdem – wie in Südeuropa – der Lebenserwartungsrückstand zu Nordeuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs weitgehend aufgeholt worden war (Meslé 2004: 46). Carlson und Hoffmann (2011: 368-374) sehen in der wirtschaftlichen Restrukturierung der MOE-Staaten – Deagrarisierung und Industrialisierung – die Hauptursache für diese Entwicklung, von der nur Männern im erwerbsfähigen Alter betroffen waren (Carlson & Hoffmann 2011: 364; Meslé 2004: 48).

Es wurden zwei Indikatoren zum Bildungsniveau der Bevölkerung berücksichtigt: der Akademikeranteil und der Prozentsatz der über 15-Jährigen, der die achtjährige Grundschule ohne Abschluss verlassen hat. Fazekas (2005b: 91) weist auf den „Mehrwert" dieser Variablen hin. Regionen, deren Bewohner ein hohes Bildungsniveau aufweisen, sind für ausländische Investoren am interessantesten und weisen auch eine hohe Dichte ungarischer Unternehmen auf. Fazekas zufolge ist die Erklärungskraft der Bildungsvariablen bei der Analyse regionaler Arbeitsplatzkonzentrationen seit 1990 gestiegen. Dies deutet darauf hin, dass die Humankapitalausstattung einer Region immer mehr zum Schlüsselkriterium ihrer zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung wird. Ein geringes Bildungsniveau ist zudem insbesondere bei Männern mit einer höheren Wahrscheinlichkeit, an chronischem Stress zu leiden, verbunden, der sich wiederum negativ auf die Lebenserwartung auswirkt (Kopp & Rádai 2007: 94). Meusburger (2001a: 24) betont, dass der Anteil der Personen ohne abgeschlossene primäre Bildung bereits in sozialistischer Zeit ein Indikator für regionale Unterentwicklung war, und sich nach dem Systemwechsel als ein zuverlässiger Prädiktor dafür erwiesen hat, welche Regionen die „Nachhut" im Transformationsprozess bilden.

Zusätzlich zu den am HDI angelehnten Variablen wurden Indikatoren zu den Themenbereichen soziale Benachteiligung und gesellschaftliche Kohäsion in die Faktoranalyse einbezogen. Der Romaanteil und der Prozentsatz in Substandardwohnungen lebender Haushalte können als Stellvertretervariablen für multiple Armut und Deprivation betrachtet werden (Jász & Szoboszlai 2005: 281), ebenso wie das Volumen staatlicher Transferleistungen pro Einwohner. Der Anteil der Neugeborenen mit niedrigem Geburtsgewicht wurde als Indi-

44 Komitate Ungarns – Sozioökonomische Typologie um 2005



kator für den Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts in die Analyse aufgenommen. Wallace und Wallace (1998: 139) zufolge ist „*the incidence of low-weight births* [...] *an index of the unravelling of the social networks and of families and of the disconnection of the resulting fragments from the mainstream*." Die Autoren (1998: 140) interpretieren einen hohen Anteil untergewichtiger Neugeborener als „*community tragedies and as the indices of the disconnectedness of reproductive-aged women to community and family support*".
Die analysierten Variablen repräsentieren zwei statistisch unabhängige Dimensionen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsstands (Tabelle 24). Auf Faktor 1 laden die Variablen der sozioökonomischen Deprivation. Komitate mit hohen Faktorwerten sind durch hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Erwerbsquoten, ungünstige Lebensbedingungen und soziale Desintegrationstendenzen gekennzeichnet. Faktor 2 steht mit hohen Ladungen für Durchschnittseinkommen, Bildungsniveau und BIP für die wirtschaftliche Stärke einer Region. Komitate mit hohen Faktorwerten zeichnen sich durch niedrige Arbeitslosen- und hohe Erwerbsquoten sowie günstige Wohnbedingungen aus.

Mit den Ergebnissen der Faktoranalyse wurde eine Clusteranalyse nach dem Ward-Verfahren durchgeführt, um soziökonomische Komitatstypen identifizieren zu können (Abbildung 44). Cluster 1 umfasst mit Fejér, Győr-Moson-Sopron, Komárom-Esztergom und Pest die wirtschaftsstärksten Komitate Ungarns. Zusätzlich zur günstigen wirtschaftlichen Situation zeichnen sich die Komitate in Cluster 1 durch einen unterdurchschnittlichen Grad der sozialen Benachteiligung aus. Während Fejér und Győr-Moson-Sopron dynamische Wirtschaftsstandorte sind und Pest von Spillovereffekten aus Budapest profitiert, ist frag-

Tab. 25 Ungarn
Regionaler Index der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (FuE) 2007 nach Komitaten

Komitat	Rang des Komitats 2007 (ohne Budapest)					FuE-Index (mittlerer Rang)
	Anzahl der FuE-Einheiten	FuE-Ausg. pro Arbeitnehmer	Anteil der FuE-Angestellten	Anteil der Wissenschaftler	Zahl der wiss. Publikationen	
Hajdú-Bihar	1	1	3	1	1	1,4
Csongrád	2	2	1	2	2	1,8
Baranya	3	4	2	7	3	3,8
Veszprém	7	5	5	3	7	5,4
Győr-Moson-Sopron	5	3	4	12	6	6,0
Borsod-Abaúj-Zemplén	6	9	8	4	4	6,2
Pest	4	10	10	10	5	7,8
Heves	12	8	7	5	10	8,4
Fejér	9	6	6	15	11	9,4
Vas	11	11	9	9	9	9,8
Szabolcs-Szatmár-Bereg	8	14	12	11	8	10,6
Bács-Kiskun	10	7	11	17	12	11,4
Somogy	13	15	14	8	13	12,6
Zala	15	17	18	6	14	14,0
Békés	16	13	16	13	15	14,6
Jász-Nagykun-Szolnok	14	12	13	18	18	15,0
Komárom-Esztergom	17	16	17	16	16	16,4
Tolna	18	18	15	14	17	16,4
Nógrád	19	19	19	19	19	19,0

Datenquelle: KSH 2008e, eigene Berechnungen

lich, ob Komárom-Esztergom auch auf längere Sicht zu dieser Gruppe gehören wird. Die offensichtliche Innovationsschwäche der in diesem Komitat lokalisierten Unternehmen (vgl. Tabelle 25) deutet darauf hin, dass es sich vorrangig um „verlängerte Werkbänke" handelt. Auch bei den Bildungsindikatoren ist Komárom-Esztergom eher schwach aufgestellt. Im Gegensatz zu den anderen Komitaten des Clusters ist der Anteil der Akademiker an der Gesamtbevölkerung im Lauf der 1990er Jahre gesunken. Zudem ist das Netz der sekundären Bildungsanstalten defizitär (Rechnitzer & Smahó 2006: 22-26).

Die Komitate in Cluster 2, Vas, Veszprém und Zala, weisen bei insgesamt eher durchschnittlicher wirtschaftlicher Performanz die niedrigsten Werte des Benachteiligungsfaktors auf. Hier scheint sich die traditionell starke soziale Kohäsion in dieser durch kleine Dörfer geprägten Region widerzuspiegeln (Meusburger 2001a: 13). Cluster 3 umfasst mit Bács-Kiskun, Békés und Jász-Nagykun-Szolnok den in größerer Distanz zu den Regionalzentren Debrecen und Szeged gelegenen, stark ländlich geprägten Teil der Tiefebene. Dieser Landesteil ist zwar wirtschaftlich unterentwickelt, aber, wie die unterdurchschnittlichen Werte des Benachteiligungsfaktors belegen, kein gesellschaftliches Krisengebiet. Ein Grund für die Wirtschaftsschwäche der Region ist die geringe Humankapitalausstattung. Sowohl hinsichtlich des Bildungsniveaus der Bevölkerung als auch beim Anteil der Fach- und Führungskräfte gehören die Komitate des Clusters 3 zu den Schlusslichtern (Rechnitzer & Smahó 2006: 18; 28). Die wirtschaftliche Entwicklung wird zudem durch infrastrukturelle Defizite, etwa beim Ausbaugrad des Telefonnetzes, behindert (Csatári et al. 2004: 107).

In Cluster 4 sind mit den Komitaten Nógrád, Somogy und Szabolcs-Szatmár-Bereg wirtschaftliche und gesellschaftliche Krisenregionen vertreten. Das Cluster zeichnet sich durch eine Kombination von hohen Werten des Benachteiligungsfaktors mit niedrigen Werten des Wirtschaftsfaktors aus. Für diesen Teil Ungarns sind kleine, oft isoliert gelegene Dörfer charakteristisch (Fekete 2005a: 483), die teilweise starke Gettoisierungstendenzen aufweisen, so dass zahlreichen Kleingebieten eine flächenhafte Verslumung droht (Bihari & Kovács 2006: 87; 92). Die drei Komitate gehören als „*areas of information backwardness*" (Csatári & Kanalas 2004: 72) außerdem zu den Peripherien der Informationsgesellschaft in Ungarn, was ihre Entwicklungsperspektiven weiter schwächen dürfte.

Cluster 5 enthält Komitate mit (leicht) überdurchschnittlichen Werten des Wirtschaftsfaktors. Baranya, Hajdú-Bihar, Heves und Tolna zeichnen sich angesichts der positiven Werte des Benachteiligungsfaktors durch eine mäßige bis ausgeprägte subregionale Polarisierung aus. Dynamischen Regionalzentren wie Pécs und Debrecen und städtischen Zentren mit günstiger Humankapitalausstattung wie Eger (Rechnitzer et al. 2005: 409) stehen wirtschaftliche und soziale Krisenregionen mit Gettoisierungstendenzen gegenüber, beispielsweise entlang der ungarisch-kroatischen Grenze im Komitat Baranya oder entlang der ungarisch-rumänischen Grenze im Komitat Hajdú-Bihar (Bihari & Kovács 2006: 87). Im Gegensatz dazu weist das ebenfalls zu diesem Typ gehörende Komitat Csongrád wie die anderen Komitate der Region Dél-Alföld (Cluster 3) negative Werte des Benachteiligungsfaktors auf, die auf eine im Vergleich zu den anderen Komitaten des Clusters stärkere soziale Kohäsion und bessere Lebensbedingungen hindeuten.

Einen Sonderfall stellt Borsod-Abaúj-Zemplén dar, das sich keinem Cluster zuordnen lässt. Das Komitat weist mit weitem Abstand den höchsten Wert des Benachteiligungsfaktors auf, nimmt aber gleichzeitig mit geringem Abstand zum Komitat Csongrád beim Wirtschaftsfaktor den zweiten Rang unter den ostungarischen Komitaten ein. Im gesam-

tungarischen Vergleich liegt Borsod-Abaúj-Zemplén auf dem siebten Platz. Für Ostungarn weist das Komitat relativ hohe Werte bei GDP und Pro-Kopf-Einkommen auf (Karte 12), gleichzeitig sind Arbeitslosigkeit, Inaktivität, Kriminalität und die Abhängigkeit von Transferleistungen hoch. Es ist zu vermuten, dass dies ein Indikator für eine starke interne Polarisierung ist. Miskolc als Regionalzentrum und der Mikroregion um Tiszaújváros als Zentrum der petrochemischen Industrie stehen ausgeprägte Krisenregionen gegenüber, etwa der von massiver Deindustrialisierung betroffene Raum um Ózd, dem ehemaligen Zentrum der ungarischen Eisen- und Stahlindustrie (Beluszky & Győri 2005a: 380-381) oder Regionen mit Gettoisierungstendenzen, die sich entlang der Grenze zur Slowakei konzentrieren (Bihari & Kovács 2006: 87). Für eine starke sozioökonomische Polarisierung spricht auch die Tatsache, dass in Borsod-Abaúj-Zemplén ungarnweit der höchste Prozentsatz von Personen, die an einem schweren Depressionssyndrom leiden, lebt. Zwischen 1988 und 1995 war die Entwicklung dieses Indikators hier am ungünstigsten (Kopp et al. 1999: 127-129).

7.6 Thesen zu den Auswirkungen der wirtschaftlichen Disparitäten auf die Raummuster des generativen Verhaltens

Aus den theoretischen Überlegungen und den oben dargestellten ökonomischen Disparitäten lassen sich folgende Erwartungen für demographische Raummuster in Ungarn ableiten:

- Der Zweite Demographische Übergang sollte sich zuerst in wohlhabenden, städtisch geprägten Regionen mit überdurchschnittlichem Bildungsniveau und engen Verflechtungen mit Westeuropa manifestieren, während
- ‚*Crisis Behaviour*' in ländlichen und altindustriellen Regionen mit niedriger Wirtschaftskraft, geringem Bildungsniveau, hoher Arbeitslosigkeit und verbreiteter Inaktivität der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu erwarten ist.

Ein ‚*Crisis behaviour*' sollte folglich für die „Verliererregionen" der Transformation charakteristisch sein, der SDT dagegen für die „Gewinner". Im Umkehrschluss wäre beim Zweiten Demographischen Übergang zu erwarten, dass sich in benachteiligten Regionen das generative Verhalten weniger stark geändert hat. Da das „sozialistische" Familienbildungsmuster mit enger Kopplung von Ehe und Elternschaft, früher Heirat und niedrigem Erstgeburtsalter durchaus dem „traditionellen" Familienkonzept ähnelt, kann trotz der Diskreditierung der sozialistischen Werte und Normen durch die Transformation davon ausgegangen werden, dass sich dieses Muster auch nach 1990 erhalten hat. Gegebenenfalls zeigen sich „Retraditionalisierungstendenzen" im Abtreibungs- und Scheidungsverhalten. Der ‚*Crisis behaviour*'-Ansatz bestreitet einen grundlegenden Wertewandel nach westlichem Muster. Demzufolge sollte sich das generative Verhalten in den wirtschaftlich erfolgreichen Regionen weniger stark gewandelt haben als in den „Krisengebieten". Da das „sozialistische" Familiengründungsmuster prinzipiell mit den Lebensrealitäten junger Menschen im kapitalistischen Wirtschaftssystem unvereinbar ist, wird erwartet, dass sich in den „Gewinnerregionen" ein Muster des generativen Verhaltens herausbildet, das dem südeuropäischen Modell folgt. Die negativen Einstellungen zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften und unverheirateter Elternschaft der sozialistischen Zeit

bestehen fort, aufgrund der Bildungsexpansion und der gestiegenen beruflichen Möglichkeiten und Unsicherheiten wird jedoch die Geburt des ersten Kindes, die im Rahmen der Ehe erfolgt, in ein höheres Lebensalter aufgeschoben. Unter Umständen kommt es zu einer Stärkung der „traditionellen" Familie durch eine gesunkene Scheidungsneigung und das Postponement der Familiengründung, wodurch die Zahl der Teenagerschwangerschaften, die häufig mit einer unehelichen Geburt enden, sinken dürfte. Die Pille hat sich schon in sozialistischer Zeit als wichtiges Familienplanungsinstrument etabliert. Es ist angesichts der verbesserten Versorgungssituation davon auszugehen, dass die Wahrscheinlichkeit einer ungewollten Schwangerschaft bei unverheirateten Frauen sinkt, wodurch es weniger jugendliche „Mussehen" gibt und die Abtreibungsrate zurückgeht. Da in den „Gewinnerregionen" der Transformation auch „Wendeverlierer" leben, ist damit zu rechnen, dass sich diese idealtypischen Muster etwas verwischen. Dies gilt insbesondere für die Komitate in Cluster 5 und Borsod-Abaúj-Zemplén, bei denen eine ausgeprägte interne Polarisierung festgestellt wurde. Die demographischen Indikatoren für beide Erklärungsansätze sind weitgehend die gleichen, sie folgen jedoch einer umgekehrten räumlichen Logik. Unter Berücksichtigung der religiösen Landkarte und des Romaanteils als Stellvertretervariable für sozioökonomische Benachteiligung werden folgende übergeordnete Raummuster erwartet:

- Die durch ein hohes Bildungsniveau und günstige Werte der wirtschaftlichen Indikatoren gekennzeichneten Komitate Győr-Moson-Sopron und Pest sowie Budapest dürften die Innovationszentren des Zweiten Demographischen Übergangs in Ungarn darstellen. Dies gilt auch – möglicherweise mit Abstrichen – für Csongrád, das zwar eine niedrige Arbeitslosigkeit, ein hohes Pro-Kopf-Einkommen und ein hohes Bildungsniveau aufweist, bei der wirtschaftlichen Entwicklung aber Gefahr läuft, den Anschluss zu verlieren. Durch die katholische Prägung des Komitats Győr-Moson-Sopron wird die Ausbreitung nichttraditioneller generativer Verhaltensweisen möglicherweise gehemmt, während die starke Säkularisierung von Budapest und Csongrád den SDT fördern könnte. Die Effekte der katholischen Prägung Westtransdanubiens könnten allerdings durch die größere Informiertheit und Offenheit nach Westen in sozialistischer Zeit durch Westfernsehen und verwandtschaftliche Beziehungen in kapitalistische Staaten (Meusburger 2001a: 13) geschmälert oder ausgeglichen werden.
- In den von Arbeitslosigkeit gebeutelten, wirtschaftlich schwachen Komitaten Bács-Kiskun, Békés, Borsod-Abaúj-Zemplén, Jász-Nagykun-Szolnok, Nógrád, Somogy und Szabolcs-Szatmár-Bereg ist dagegen damit zu rechnen, dass das generative Verhalten Anzeichen für ein ‚*Crisis behaviour*' zeigt, das in Komitaten mit einem hohen Romaanteil stärker ausfallen könnte. Die stark säkularisierten und konfessionell gemischten Komitate Békés und Jász-Nagykun-Szolnok dürften sich durch eine stärkere Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung von den übrigen Regionen abheben.

Wenn in einem zweiten Analyseschritt die Untersuchung auf die subregionale Ebene ausgedehnt wird, sollte der SDT nach den Grundsätzen der Innovationsdiffusionstheorie der Hierarchie des Städtesystems folgen. Im Umland der Zentren wird das hierarchische Muster durch Nachbarschaftseffekte aufgrund persönlicher Kontakte moderiert (Windhorst 1983: 95-99). Aufgrund der Defizite der Kommunikationsinfrastruktur in ländlichen Regionen, insbesondere in Südtransdanubien und östlich der Donau, sind auf subregionaler Ebene scharfe Grenzen zwischen ‚Leadern' und ‚Laggards' möglich. Nach dem RWA-Modell kann das regionale Muster des Zweiten Demographischen Übergangs

auch durch das Vorhandensein von regionalen Subkulturen weiter differenziert werden. Es wird erwartet, dass die subregionalen Muster des ‚Crisis behaviour' einer ähnlichen räumlichen Logik folgen wie die in Tabelle 20 dargestellten Wahrscheinlichkeiten, von multipler Armut betroffen zu sein. Da nur ein Wertewandel nach westlichem Muster ausgeschlossen wird, kann es trotzdem zu einer Beeinflussung des generativen Verhaltens durch einen Wandel der Wertvorstellungen kommen, beispielsweise wenn der Einfluss der Kirche auf das individuelle Verhalten in einer traditionell frommen Region nach der Wiederherstellung der Religionsfreiheit wieder zunimmt.

8 Regionale Aspekte des Wandels des generativen Verhaltens in Ungarn zwischen 1990 und 2005

Die Analyse regionaler Disparitäten im Familienbildungsverhalten verspricht sowohl aus der Perspektive des Zweiten Demographischen Übergangs als auch aus der Sicht familienökonomischer Ansätze einen zusätzlichen Erkenntnisgewinn. Weder sind die demographischen Innovatoren des SDT gleichmäßig über den Raum verteilt, noch sind die ökonomischen Rahmenbedingungen in allen Landesteilen gleich. Auch die Existenz regionaler Subkulturen könnte Auswirkungen auf den Wandel des Familienbildungsverhaltens haben. Da sich aus beiden Denkschulen Vorhersagen für regionale Muster des generativen Verhaltens ableiten lassen, kann die demographische Realität mit den theoretischen Erwartungen verglichen werden. In der nationalen Perspektive würden solche Unterschiede nivelliert.

Tab. 26 Ungarn Regionale Disparitäten ausgewählter demographischer Indikatoren 1990/91 - 2005

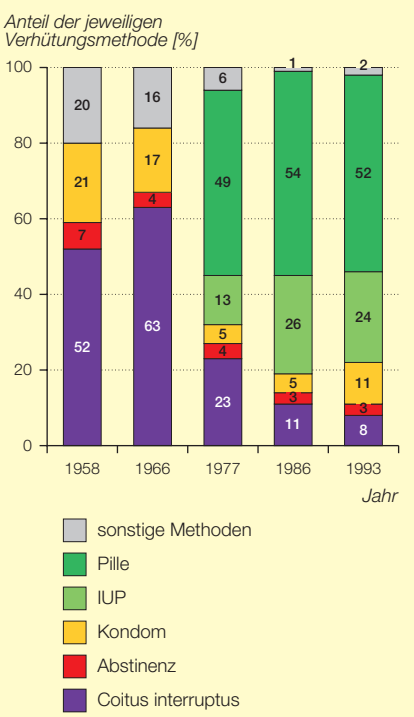
Indikator		Variationskoeffizient 1990/91 [%]	Variationskoeffizient 2005 [%]	Entwicklung 1990/91-2005 [%]
Zusammengefasste Geburtenrate		7,82	7,28	-0,54
Altersspezifische Geburtenrate	15-19	23,72	46,34	22,62
	20-24	12,95	22,20	9,25
	25-29	5,73	7,11	1,38
	30-34	9,31	9,64	0,33
	35-39	15,00	16,44	1,44
Nichtehelichenquote		20,03	12,53	-7,50
Abtreibungshäufigkeit		17,35	15,98	-1,37
Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften		30,38	18,25	-12,13
Allgemeine Heiratsrate		11,08	8,99	-2,09
Anteil der Heiraten mit Braut in der AG 15-19		19,97	53,22	33,25
Allgemeine Scheidungsrate		21,92	10,45	-11,47
Anteil der Alleinerzieherinnen an den Familien		12,30	9,96	-2,34
Anteil der kinderlosen Frauen in der AG 30-39		23,68	24,03	0,35
Postponement-Index		16,11	23,29	7,18

Datenquelle: KSH 1992a, 2003, 2005, 2006a,b,c; eigene Berechnungen

In Kapitel 7 hatten wir festgestellt, dass der Übergang vom Staatssozialismus zu einem marktwirtschaftlichen System in Ungarn eine Verstärkung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte mit sich brachte. Der Rückgang des Lebensstandards und die Zunahme von Armut und Arbeitslosigkeit hatten nicht den Charakter eines Fahrstuhleffekts, sondern sind im Nordwesten schwächer ausgefallen als in den übrigen Landesteilen. Auch die Säkularisierung und das Bildungsniveau der Bevölkerung folgen spezifischen regionalen Mustern. Der Vergleich der Variationskoeffizienten der wichtigsten demographischen Indikatoren zeigt jedoch, dass die Transformation im Gegensatz zur sozio-ökonomischen keine demographische Polarisierung mit sich gebracht hat. Bei den meisten Variablen sind abnehmende oder gleich bleibende regionale Disparitäten festzustellen. Lediglich bei den Indikatoren früher Familiengründung und beim Postponement ist eine Verstärkung zu beobachten (Tabelle 26).

Der deutliche Rückgang des Variationskoeffizienten bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften und bei der Scheidungsrate deutet auf einen räumlichen Diffusionsprozess in den 15 Jahren nach dem Ende des Staatssozialismus hin, in dessen Folge die Entwicklung in den Hochburgen weniger dynamisch war als in den ‚*Laggard*'-Regionen, die in der Folge einen Teil ihres Rückstands abbauen konnten. Die Verstärkung der regionalen Unterschiede bei den Indikatoren der frühen Familiengründung deutet dagegen auf die Existenz regionaler Subkulturen hin, die den übergeordneten Trend zum Postponement von Ehe und Elternschaft bremsen. Einen alternativen Erklärungsansatz stellt die These des ‚*Pattern of disadvantage*' dar: Die Verstärkung regionaler Disparitäten erfolgt just bei den Indikatoren, die nach diesem Ansatz als demographische Merkmale der Transformationskrise interpretiert werden, und verläuft parallel zur Intensivierung der ökonomischen Ungleichgewichte.

45 Hauptsächliche Verhütungsmethoden in Partnerschaft lebender Ungarinnen 1958 - 1993



Quelle: Spéder und Kamarás 2008, S. 618

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: A. Kurth

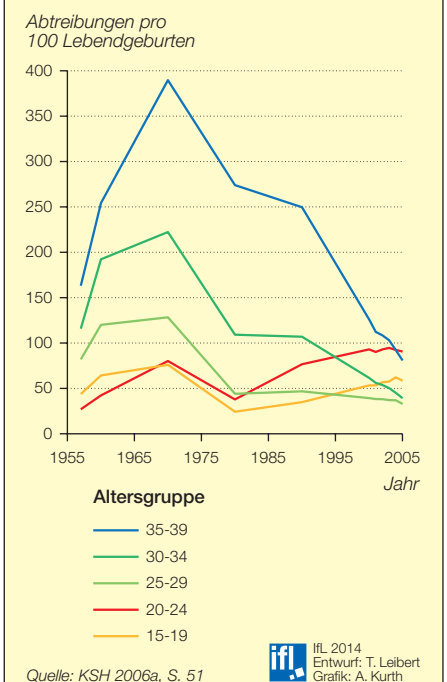
In diesem Kapitel wird die Entwicklung der wichtigsten Aspekte des Wandels des generativen Verhaltens auf der Komitatsebene dargestellt und vor dem Hintergrund der theoretischen Erwartungen des SDT und des ‚*Crisis behaviour*' interpretiert. Darüber hinaus wird der Frage nachgegangen, welche Bedeutung die Verteilung der Religionsgruppen als Erklärung für die regionalen Unterschiede im generativen Verhalten hat. Zunächst wird auf den Wandel des Abtreibungsverhaltens eingegangen (8.1). Im folgenden Abschnitt werden Timing und Quantum der Fertilität und die regionalen Muster der Nichtehelichenquote untersucht (8.2),

danach wird in den Abschnitten 8.3 und 8.4 der Wandel des Heiratsverhaltens analysiert. Einen inhaltlichen Schwerpunkt bildet Abschnitt 8.5, in dem untersucht wird, ob das regionale Muster des unverheirateten Zusammenlebens in Ungarn den Erwartungen des SDT entspricht, dass der Anteil der Konsensualpaare in Städten höher ist als auf dem Land und dass die Wahrscheinlichkeit, in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft zu leben, bei Konfessionslosen und Akademikern besonders hoch ist. Im Anschluss wird auf die regionale Verteilung der Einelternfamilien eingegangen (8.6). Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Frage, wie das generative Verhalten der Roma, das sowohl Elemente des Ersten als auch des Zweiten Demographischen Übergangs aufweist, theoretisch einzuordnen ist (8.7).

8.1 Das Abtreibungsverhalten in Ungarn

Ungarn propagierte im Gegensatz zu den meisten anderen Staaten des Warschauer Pakts moderne Verhütungsmittel, um die Abtreibungsraten zu senken. Bereits in den 1970er Jahren hatte sich die Pille als wichtigste Familienplanungsmethode durchgesetzt (Abbildung 45). Der Grund dafür ist teilweise in den negativen Folgen der Abtreibung für die reproduktive Gesundheit der Frauen zu sehen. Im Vordergrund stand aber ein „Qualitätsproblem“: Bei den Machthabern war die Befürchtung verbreitet, dass Frauen, die bereits abgetrieben haben, tendenziell mehr geistig zurückgebliebene Kinder zur Welt brächten (Melegh 2002: 32). Es ist durch die verbesserte Verfügbarkeit von hormonellen Kontrazeptiva tatsächlich gelungen, die Abtreibungshäufigkeit zu reduzieren. Trotz eines weiteren Bedeutungsgewinns moderner Verhütungsmethoden nahm die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in den 1980er Jahren allerdings wieder zu. Der in den postsozialistischen EU-Staaten in den 1990er Jahren zu beobachtende Rückgang der Abtreibungshäufigkeit war relativ schwach, so dass sich Ungarn heute durch eine der höchsten Abtreibungsraten Europas auszeichnet. Nach Hablicsek (2000: 181) lassen sich unzureichende Sexualaufklärung sowie der mangelnde Zugang zu und die hohen Kosten von modernen Verhütungsmethoden als Hauptursachen für die hohe Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen ableiten. In den 1990er Jahren kam es zu tief greifenden Veränderungen im Abtreibungsverhalten. Die Abtreibungshäufigkeit lediger Frauen sank zwischen 1980 und 2005 um über 60%. 1980 kamen noch 210 Aborte auf 100 Lebendgeburten, 2005 nur noch 83. Schwangerschaften bei Ledigen enden somit inzwischen häufiger mit einer Lebendgeburt

46 Ungarn – Abtreibungshäufigkeit nach Altersgruppen 1957 - 2005



Quelle: KSH 2006a, S. 51

als mit einem Abbruch. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche pro 100 Lebendgeburten hatte sich zwischen 1980 und 1990 kaum verändert; der Rückgang der Abtreibungshäufigkeit bei Ledigen begann erst nach Beginn des Transformationsprozesses. Die Zunahme der Zahl der Aborte pro 100 Lebendgeburten in den 1980er Jahren ist ausschließlich auf eine gestiegene Abtreibungswahrscheinlichkeit bei verheirateten Frauen zurückzuführen. In dieser Gruppe ist auch der Rückgang der Abtreibungshäufigkeit zwischen 1980 und 2005 am geringsten.[123] Die zunehmende Bereitschaft unverheirateter Frauen, ein Kind auszutragen, deutet auf eine Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung hin und deckt sich mit den Erwartungen des Zweiten Demographischen Übergangs.

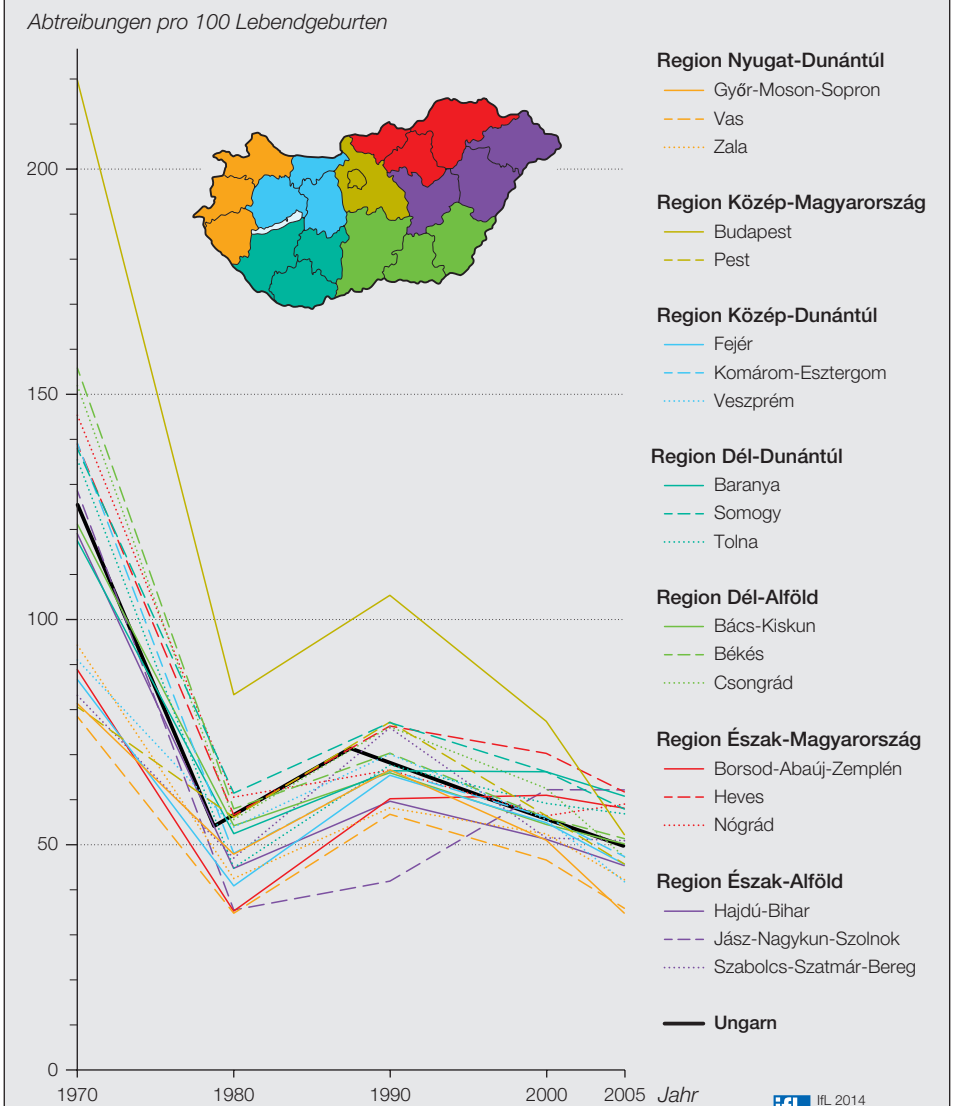
Auch die Altersverteilung der Abtreibenden hat sich gewandelt (Abbildung 46). Zwei Entwicklungen sind besonders hervorzuheben: Die Abtreibungsneigung bei den über 30-jährigen ist stark rückläufig, während bei Frauen am Beginn der Familienbildungsphase die Wahrscheinlichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs gestiegen ist. Bemerkenswert ist insbesondere, dass die Abtreibungshäufigkeit in der Altersgruppe 30-34 bis 2005 auf das stabil niedrige Niveau der Endzwanziger abgesunken ist. Die Entwicklung der altersspezifischen Abtreibungshäufigkeit spiegelt somit den Wandel der Altersnormen der Familienerweiterung wider. Die hohe Wahrscheinlichkeit einer Abtreibung bei über 30-jährigen Frauen in sozialistischer Zeit deutet darauf hin, dass die Familienbildungsphase in diesem Alter bereits abgeschlossen war und kein zusätzliches Kind mehr gewünscht wurde. Das vor 1990 übliche Muster einer frühen Familiengründung zeigt sich dagegen in den bis 1980 niedrigen Werten in der Altersgruppe 15-24. Dieses Muster einer erhöhten Abtreibungswahrscheinlichkeit nach Ende der Familienerweiterungsphase hat sich zu einem Muster einer erhöhten Abreibungswahrscheinlichkeit vor der Familiengründung geradezu umgekehrt. Die gesunkenen Abtreibungsraten der über 30jährigen nach 1990 können als Indiz für den zunehmenden Aufschub der Familiengründung in die Altersgruppe 25-34 gewertet werden. Teenagerschwangerschaften enden dagegen verstärkt mit einer Abtreibung. Aus Abbildung 46 geht hervor, dass die skizzierten Prozesse nicht als unmittelbare Folge des Systemwechsels interpretiert werden können, sondern sich bereits in den 1980er Jahren angekündigt haben.

Die in sozialistischer Zeit vorherrschende „Abtreibungskultur", bei der Schwangerschaftsabbrüche als Instrument der Familienplanung eingesetzt werden, zeichnet sich dadurch aus, dass die Abtreibenden bereits Kinder haben und häufig mehrere Schwangerschaftsunterbrechungen vornehmen lassen. Beide Merkmale sind auch für das ungarische Abtreibungsverhalten charakteristisch. Der Anteil kinderloser Frauen unter den Abtreibenden lag 2006 bei 27%. 23% hatten drei oder mehr Kinder. Im Gegensatz zur Altersverteilung oder zum Familienstand waren die Veränderungen in den 1990er Jahren eher graduell. Der Anteil der Kinderlosen ist praktisch stabil geblieben, während Frauen mit zwei Kindern unter den Abtreibenden in geringerem Maß vertreten sind als Mitte der 1990er Jahre. Angestiegen ist dagegen der Anteil der Frauen mit einem Kind und mit mehr als drei Kindern (KSH 2007b: 49). Aus diesen Zahlen ergibt sich, dass der Schwangerschaftsabbruch in Ungarn nach wie vor als Mittel zur Begrenzung der Familiengröße eingesetzt wird. Die „Abtreibungskultur" der sozialistischen Zeit ist folglich noch immer lebendig. Dass zunehmend Frauen mit mehr als drei lebenden Kindern einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen, deutet darauf hin, dass

123 Eigene Berechnungen; Datenquelle: KSH (2006a: 53)

die Bevölkerungsgruppe, die noch an der „Abtreibungskultur“ festhält, heute größere Familien präferiert als 1995. Da die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche im untersuchten Zeitraum um 40% gesunken ist, ist diese Entwicklung allerdings nicht notwendigerweise eine Verhaltensänderung, sondern möglicherweise die Folge einer größeren Selektivität der Abtreibenden. Es würde die tatsächliche Aussagekraft der Daten überstrapazieren, den Anstieg des Anteils von Frauen mit einem Kind an den Abtreibenden

47 Ungarn – Abtreibungshäufigkeit 1970 - 2005 nach Regionen und Komitaten



Datenquelle: KSH 2006a, eigene Darstellung

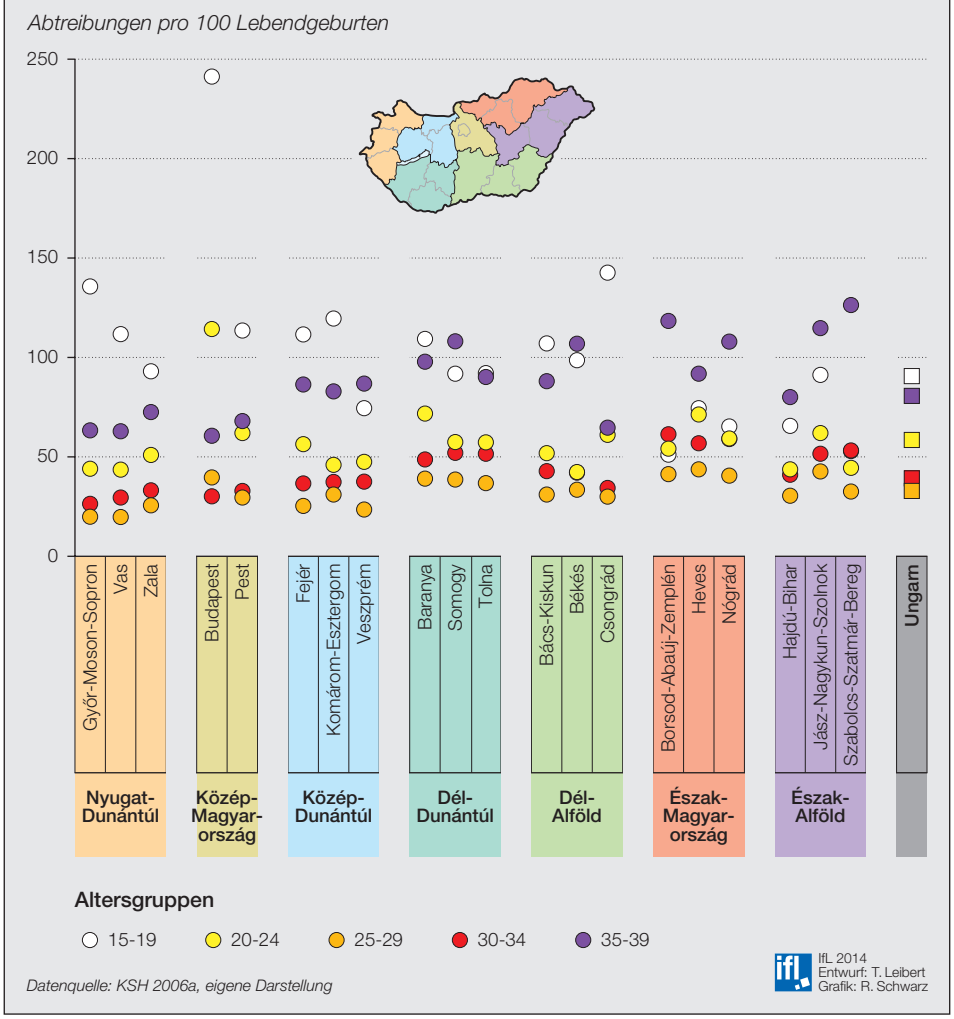
als ein Indiz für eine zunehmende Polarisierung zwischen Ein-Kind- und Großfamilien zu interpretieren, da Frauen mit einem Kind einen Schwangerschaftsabbruch auch zum ‚*Spacing*' von Geburten nutzen könnten: Die gewünschte Kinderzahl ist noch nicht erreicht, die aktuelle Schwangerschaft kommt aber zu einem ungünstigen Zeitpunkt und wird deshalb unterbrochen. Etwas stärkere Veränderungen sind zwischen 1995 und 2006 bei der Verteilung der Abtreibenden nach der Zahl der vor dem aktuellen Eingriff vorgenommenen Schwangerschaftsunterbrechungen festzustellen. Der Anteil der Erstabtreibungen ist deutlich gesunken, während ein wachsender Prozentsatz vor dem aktuellen Eingriff mehr als drei Aborte hatte (KSH 2007b: 50). Diese Entwicklung ist als Indiz für eine zunehmende Selektivität der Abtreibung und als Bestätigung für die These, dass das „sozialistische" Schwangerschaftsabbruchsmuster noch nicht überwunden ist, zu werten. In dieses Bild passt auch, dass zwischen 1995 und 2006 der Anteil der Frauen die vor der registrierten Abtreibung weder eine Lebend-, Fehl- oder Totgeburt noch einen weiteren Schwangerschaftsabbruch hatten, rückläufig ist (KSH 2007b: 52).

Beim Vergleich der Abtreibungshäufigkeiten in sozialistischer Zeit mit dem heutigen Muster fällt vor allem der Rückgang in Budapest und Csongrád auf. Beide Regionen wiesen früher weit überdurchschnittliche Werte auf, liegen heute aber im Bereich des ungarischen Mittelwerts (Abbildung 47). Auffällig ist auch die Entwicklung im Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén, wo die Abtreibungshäufigkeit seit 1990 stabil geblieben ist, so dass dieses Komitat mit ursprünglich niedriger Abtreibungsrate mittlerweile zur Spitzengruppe gehört. In ihrer Analyse der regionalen Muster des Abtreibungsverhaltens in der Slowakei haben Kobayashi et al. (2006: 195-196) Religiosität und Urbanisierung als wichtige Erklärungsansätze für regionale Disparitäten im Abtreibungsverhalten identifiziert. Demnach wiesen katholisch geprägte, ländliche Regionen die niedrigsten Abtreibungsraten auf, während städtische Bevölkerungen weniger ethisch-moralische Vorbehalte gegen Schwangerschaftsabbrüche hätten, so dass dort die Neigung, eine ungewollte Schwangerschaft unterbrechen zu lassen, höher sei.

In Ungarn lassen sich entsprechende Zusammenhänge nicht nachweisen. Im Gegensatz zum Nachbarland lagen die Werte der zusammengefassten Abtreibungsrate in ländlichen Siedlungen 2005 mehr als acht Prozent *über* dem Landesdurchschnitt. Mit zunehmender Siedlungsgröße nimmt in Ungarn die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche pro Frau ab. Die höchsten Werte weisen Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern auf (0,78), die niedrigsten Mittelstädte mit 50.000 bis unter 100.000 Einwohnern (0,57). In Budapest (0,66) ist die zusammengefasste Abtreibungsrate zwar höher als in den anderen Städten, liegt aber trotzdem leicht unter dem Landesdurchschnitt von 0,68 Abtreibungen pro Frau. Gegen die These, dass in ländlichen Bevölkerungen stärkere ethisch-moralische Vorbehalte gegen die Abtreibung bestünden, spricht auch die Altersverteilung der Frauen, die eine Schwangerschaft unterbrechen lassen. In ländlichen Siedlungen ist die Abtreibungshäufigkeit der über 30-Jährigen am höchsten (KSH 2006a). Dies deutet auf eine Persistenz des sozialistischen Musters der Abtreibung als „Ex-Post-Verhütungsmethode" nach Erreichen der gewünschten Familiengröße hin. Dass der Schwangerschaftsabbruch als ein Instrument der Familienplanung eingesetzt wird, ist jedoch nicht denkbar, solange die Bevölkerung mehrheitlich davon überzeugt ist, dass Schwangerschaftsunterbrechungen moralisch inakzeptabel sind.

In Großstädten brechen vor allem Frauen am Beginn der fruchtbaren Lebensphase eine Schwangerschaft ab,[124] also in einem Lebensabschnitt, in dem die Geburt eines Kindes eine junge Frau dazu zwingen kann, ihre Ausbildungsphase vorzeitig zu beenden, so dass sich ihre Aussichten auf eine Integration in den Arbeitsmarkt verschlechtern (Janky 2006: 133). Dieses Muster ist insbesondere für Budapest charakteristisch, wo Teenager die Altersgruppe mit der weitaus höchsten Abtreibungshäufigkeit darstellen (Abbildung 48). Die Hauptstadt ist zudem die einzige Region Ungarns, wo bei Enddreißigerinnen die Zahl der Abtreibungen pro 100 Lebendgeburten unter dem Wert der Altersgruppe 20 bis 24 liegt, und die Abtreibungshäufigkeit der Endzwanzigerinnen größer ist als die

48 Ungarn – Altersspezifische Abtreibungshäufigkeit 2005 nach Regionen und Komitaten

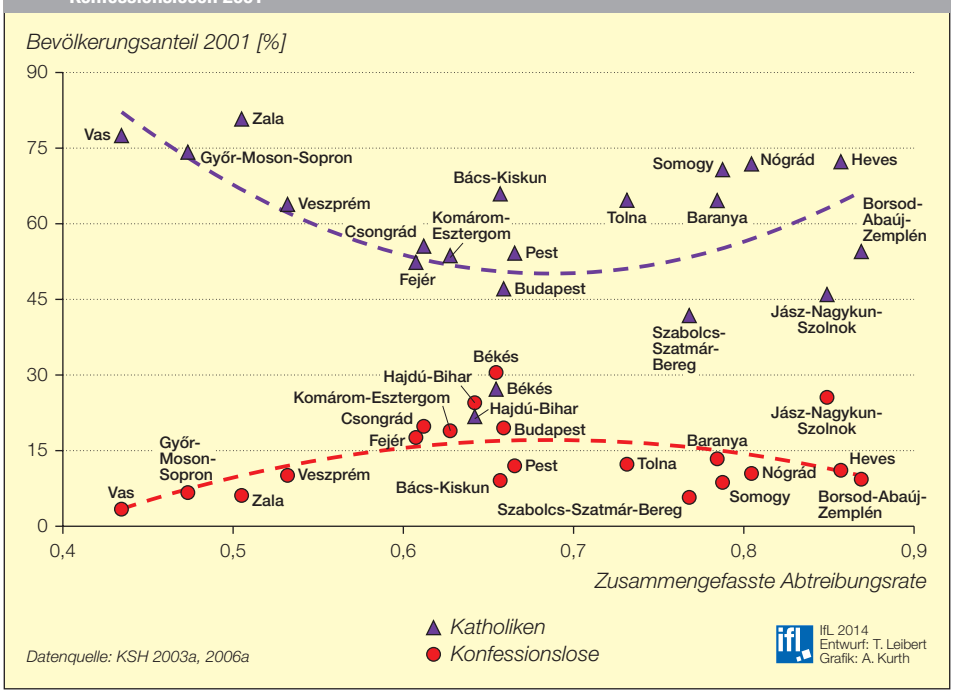


Datenquelle: KSH 2006a, eigene Darstellung

124 Eigene Berechnungen; Datenquelle: KSH (2006a)

von Frauen Anfang 30. Ein ähnliches Muster – jedoch ohne Überschneidung der jeweiligen Kurven und mit deutlich geringeren Werten für die Altersgruppe 15-19 – zeigt sich im Komitat Csongrád, das beim Abtreibungsverhalten als der zweite Brückenkopf der Modernisierung eingestuft werden kann. Im Nordosten ist dagegen das „sozialistische" Abtreibungsmuster weit verbreitet, bei dem der Schwangerschaftsabbruch als eine Form der Familienplanung „ex post" genutzt wird, wenn eine Frau nach Erreichen der gewünschten Familiengröße noch einmal schwanger wird.

49 Komitate Ungarns
Zusammenhang von Abtreibungsrate und Bevölkerungsanteilen der Katholiken und Konfessionslosen 2001



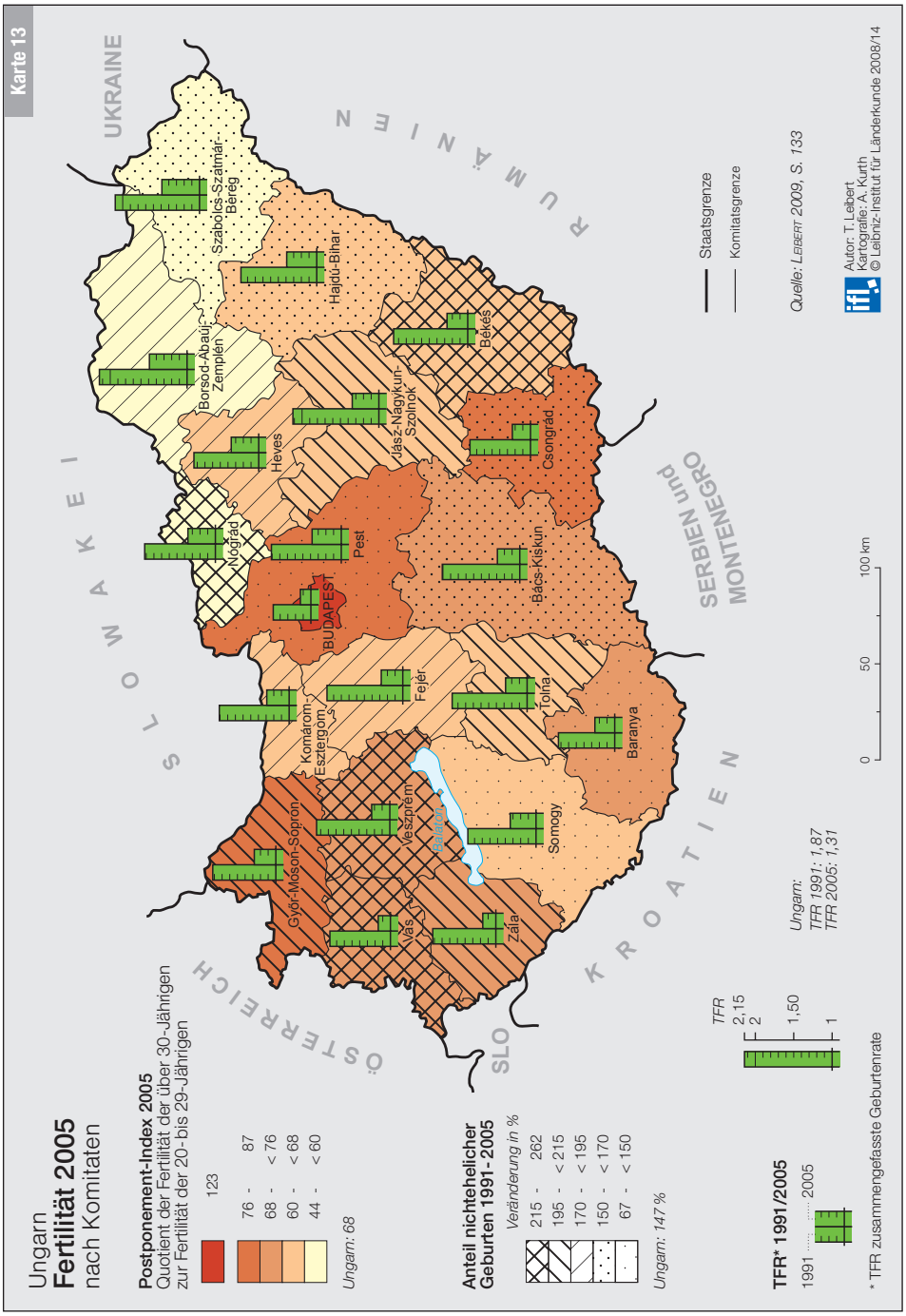
Auch für die These von Kobayashi et al., wonach in katholisch geprägten Regionen lebende Frauen eine unterdurchschnittliche Neigung aufweisen, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen, liefert die Abtreibungsstatistik keinen eindeutigen Beleg. Wie Abbildung 49 zeigt, gibt es keinen linearen Zusammenhang zwischen der Abtreibungsrate und dem Katholikenanteil. Von den sechs Komitaten, in denen bei der Volkszählung 2001 mindestens 70% der Bevölkerung angegeben haben, katholisch zu sein, weisen die westtransdanubischen Komitate weit unterdurchschnittliche Abtreibungsraten auf, während Heves, Nógrád und Somogy zu den Komitaten mit den höchsten Werten gehören. Für die Gegenhypothese, dass in stärker säkularisierten Regionen höhere Schwangerschaftsabbruchraten festzustellen seien, gibt es ebenfalls keine Anhaltspunkte. Mit Ausnahme von Jász-Nagykun-Szolnok lag 2005 die Zahl der Aborte pro Frau in den Komitaten mit den höchsten Anteilen von Konfessionslosen unter dem Landesdurchschnitt.

Insgesamt ähnelt das Raummuster der Abtreibung demjenigen der sozioökonomischen Disparitäten: niedrige Werte der Abtreibungshäufigkeit und ein „westliches" Muster der Altersverteilung im wohlhabenden und wirtschaftsstarken Nordwesten und im Komitat Csongrád, überdurchschnittliche Werte und eine „traditionelle" Altersverteilung in den Krisenregionen Nordostungarns und Südtransdanubiens. In dieses Muster passt auch der Stadt-Land-Gegensatz. Es besteht in der ungarischen Raumwissenschaft ein Konsens darüber, dass der ländliche Raum zu den größten Verlierern des Transformationsprozesses gehört. Dies gilt umso mehr für die Kleinsiedlungen, die unter Armut, Kriminalität, zerrissenen Gesellschaften und dem Fehlen einer lokalen Führungsschicht leiden. Ländlichkeit ist in Ungarn noch immer mit Armut, Rückständigkeit und niedriger Humankapitalausstattung assoziiert (Csatári 2005: 468; 478). Eine hohe Abtreibungsrate und ein Festhalten am „sozialistischen" Muster des Aborts als Instrument der Familienplanung kennzeichnet demnach in Ungarn, wie nach dem ‚*Pattern of disadvantage*' zu erwarten, insbesondere rückständige Regionen.

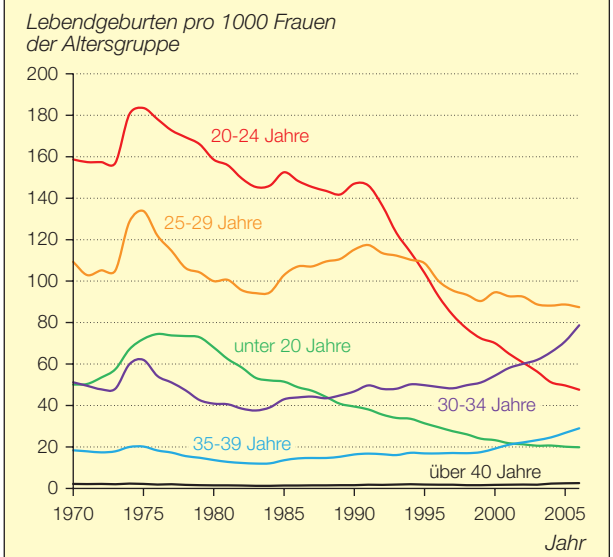
8.2 Geburtenrückgang und Postponement

Zwischen 1991 und 2005 ist die zusammengefasste Geburtenrate in Ungarn von 1,9 auf 1,3 gefallen (Karte 13). Am stärksten war der Rückgang in Veszprém, Jász-Nagykun-Szolnok, Bács-Kiskun, Zala und Fejér. Diese Gruppe umfasst strukturschwache Komitate der Großen Ungarischen Tiefebene ebenso wie Komitate mit niedriger Arbeitslosigkeit und vergleichsweise hohem Bruttoinlandsprodukt. Die Regionen mit dem stärksten Rückgang der TFR verbindet denn auch nicht ihre wirtschaftliche Performanz, sondern die Tatsache, dass es sich um Verwaltungseinheiten mit einem unterdurchschnittlichen Grad der sozioökonomischen Benachteiligung handelt (Abbildung 44). Aus der Perspektive der ‚*Crisis behaviour*'-Theorie ist dies eher kontraintuitiv.

Nach der ‚*Crisis behaviour*'-Theorie war zu erwarten, dass Veszprém, das von den Komitaten westlich der Donau am stärksten von der Transformationskrise betroffen war (Abbildung 41), zu den Komitaten mit dem stärksten Fruchtbarkeitsrückgang gehört. Auffällig ist jedoch, dass die sozialen und wirtschaftlichen „Krisenkomitate" *nicht* zu dieser Gruppe gehören. Im Gegenteil: Nógrád, Somogy und Szabolcs-Szatmár-Bereg, die Komitate mit der ungünstigsten wirtschaftlichen und sozialen Lage, zeichnen sich durch einen *unterdurchschnittlichen* Fertilitätsrückgang aus. Mit den theoretischen Erwartungen deckt sich wiederum, dass die zusammengefasste Geburtenrate in Budapest mit Abstand am wenigsten gefallen ist; allerdings war in der Hauptstadt auch das Ausgangsniveau am niedrigsten. Die Entwicklung der TFR stützt das „klassische" ‚*Crisis behaviour*' nur zum Teil, aber auch das in Kapitel 4 vorgeschlagene Konzept des ‚*Pattern of disadvantage*' wird durch die Entwicklung der TFR nicht vorbehaltlos bestätigt. Zwar ist der Fertilitätsrückgang in Komitaten mit wirtschaftlichen und sozialen Krisentendenzen unterdurchschnittlich, dies gilt jedoch auch für Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit und hohem Durchschnittseinkommen wie Budapest, Pest und Győr-Moson-Sopron. Da dort die Opportunitätskosten der Mutterschaft besonders hoch sind und jungen Frauen angesichts der relativ günstigen wirtschaftlichen Lage auch der Weg der Selbstverwirklichung durch den Beruf offen steht, wären hier stärkere Einbrüche zu erwarten gewesen. Auf der anderen Seite ist im Nordwesten mit Ausnahme des Komitats Pest die TFR


Karte 13
Ungarn
Fertilität 2005
nach Komitaten
Postponement-Index 2005
Quotient der Fertilität der über 30-Jährigen zur Fertilität der 20- bis 29-Jährigen
123
76 - 87
68 - < 76
60 - < 68
44 - < 60
Ungarn: 68
Anteil nichtehelicher Geburten 1991-2005
Veränderung in %
215 - 262
195 - < 215
170 - < 195
150 - < 170
67 - < 150
Ungarn: 147 %
TFR* 1991/2005
1991
2005
TFR
2,15
2
1,50
1
Ungarn:
TFR 1991: 1,87
TFR 2005: 1,31
* TFR zusammengefasste Geburtenrate
0
50
100 km
Staatsgrenze
Komitatsgrenze
Quelle: Leibert 2009, S. 133
Autor: T. Leibert
Kartografie: A. Kurth
© Leibniz-Institut für Länderkunde 2008/14
UKRAINE
RUMÄNIEN
SLOWAKEI
ÖSTERREICH
SLO
KROATIEN
SERBIEN und MONTENEGRO
Szabolcs-Szatmár-Bereg
Borsod-Abaúj-Zemplén
Hajdú-Bihar
Heves
Nógrád
Pest
BUDAPEST
Jász-Nagykun-Szolnok
Békés
Csongrád
Bács-Kiskun
Komárom-Esztergom
Fejér
Tolna
Baranya
Győr-Moson-Sopron
Veszprém
Balaton
Somogy
Vas
Zala

50 Ungarn – Altersspezifische Geburtenraten 1970 - 2006



Datenquellen:
MPIDR 2006a, Eurostat 2009, eigene Darstellung

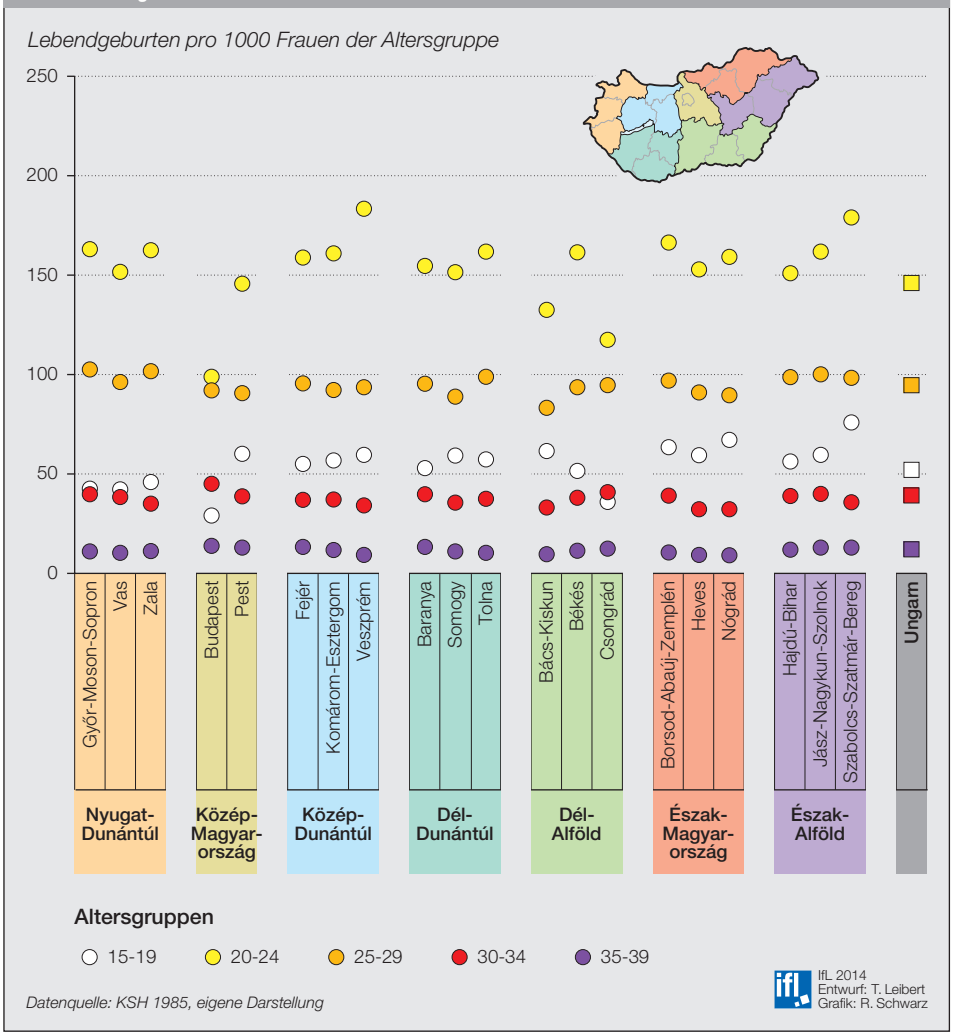
IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: T. Zimmermann

im ungarischen Vergleich am niedrigsten, was – wie auch der überdurchschnittliche Fruchtbarkeitsrückgang in den Komitaten Fejér, Komárom-Esztergom, Vas, Veszprém und Zala – durchaus den Erwartungen des POD entsprechen würde. Als Indikator für den Zweiten Demographischen Übergang ist die TFR wie bereits aufgeführt eher ungeeignet. Als zuverlässigeres Maß gilt das Postponement (Sobotka 2008a: 181), welches im folgenden Abschnitt besprochen wird.

8.2.1 Entwicklung des Timings von Geburten

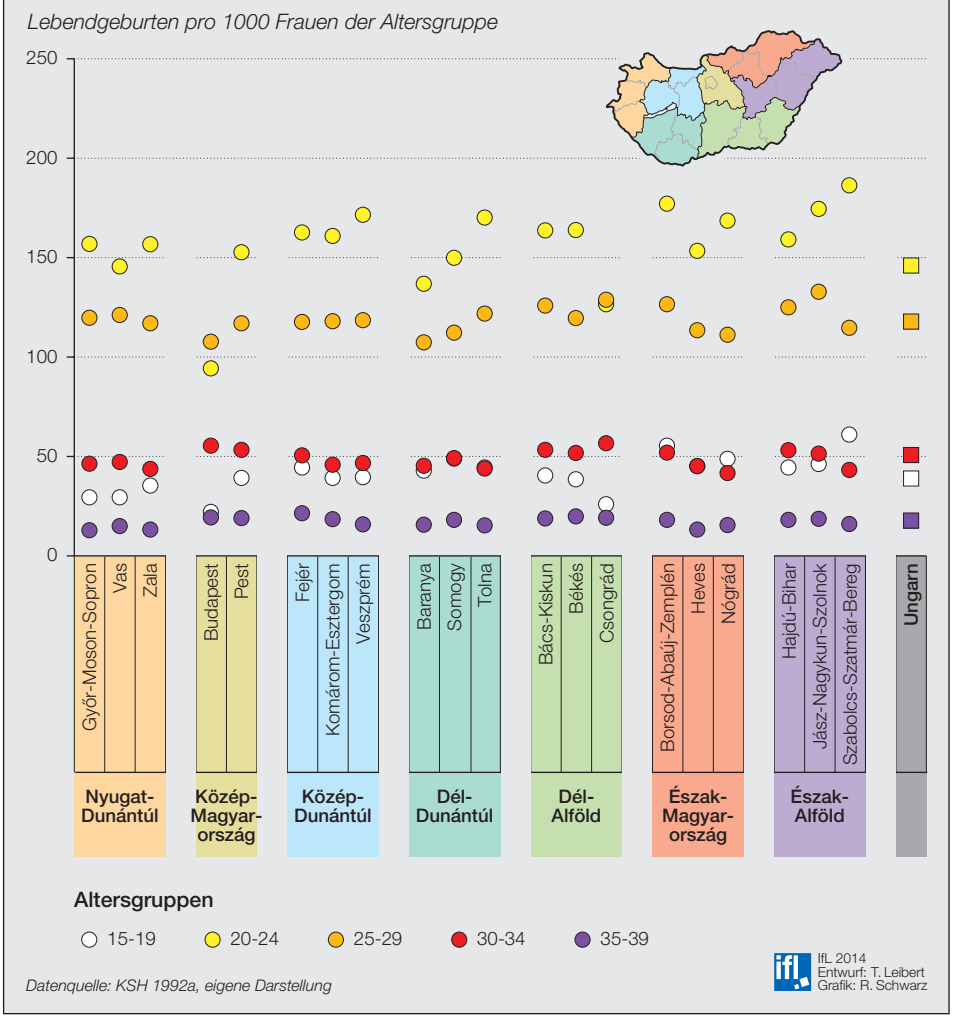
Seit der Transformation hat sich das Timing der Geburten grundlegend gewandelt (Abbildung 50). In sozialistischer Zeit wies die Altersgruppe 20-24 die höchsten altersspezifischen Geburtenraten auf. Ende 20 war die Familienbildung weitgehend abgeschlossen, wie an den niedrigen Geburtenraten der über 30-Jährigen abzulesen ist. Die pronatalistischen Maßnahmen der frühen 1970er Jahre führten in den Folgejahren in allen Altersgruppen zu einem Fertilitätsanstieg. Einen nachhaltigen Effekt hatte die geburtenfördernde Familienpolitik jedoch nur bei den Teenagern. In allen anderen Altersgruppen sanken die altersspezifischen Geburtenraten nach einem Gipfel im Jahr 1975 schnell wieder, das Ausgangsniveau von 1973 wurde allerdings erst Ende des Jahrzehnts oder Anfang der 1980er Jahre wieder unterschritten. Nach 1990 setzte ein deutlicher Aufschub der Geburten in ein höheres Lebensalter ein. Die altersspezifische Fertilität der unter 25-jährigen Frauen ist seither massiv rückläufig, während die Geburtenraten in den Altersgruppen 30-34 und 35-39 seit Mitte der 1990er Jahre deutlich ansteigen. Der Kurvenverlauf deutet darauf hin, dass in wenigen Jahren Frauen Anfang 30 die geburtenstärkste Altersgruppe sein werden. Aus Abbildung 50 geht jedoch auch hervor, dass das Jahr 1990 nur in der Altersgruppe der 20- bis 24-jährigen Frauen einen Bruch in der Entwicklung der altersspezifischen Fertilitätsmuster darstellt. Bei Teenagern und Frauen über 30 setzen sich Trends fort, die bereits in den 1970er und 1980er Jahren begonnen hatten. Ein signifikanter Anstieg der altersspezifischen Geburtenraten in den Altersgruppen 30-34 und 35-39 ist erst seit Ende der 1990er Jahre zu beobachten. In der Altersgruppe 25-29 hat sich in den 1990er Jahren ein Übergang von mehr oder weniger stabilen Werten der altersspezifischen Geburtenrate um 110‰ auf Werte um 90‰ vollzogen.

51 Ungarn – Altersspezifische Geburtenraten 1984 nach Regionen und Komitaten



In sozialistischer Zeit und unmittelbar nach dem Systemwechsel waren die regionalen Disparitäten bei den altersspezifischen Geburtenraten wenig ausgeprägt (Abbildungen 51-53, Tabelle 27). Mit Ausnahme von Budapest und Csongrád war die Fruchtbarkeit in der Altersgruppe 20-24 an höchsten. Eine hohe Teenagerfertilität zeichnete vor allem Nordungarn und das Komitat Szabolcs-Szatmár-Bereg aus, während die geringsten Werte in Budapest und Csongrád registriert wurden. Diese Regionen waren die einzigen, in denen die altersspezifischen Geburtenraten der Altersgruppe 25-29 1991 über denen der Frauen Anfang 20 lagen, der im landesweiten Mittel geburtenstärksten Altersgruppe. Daneben wurden auch die höchsten Geburtenraten der Altersgruppe 30-34 registriert. Budapest und Csongrád stellen die Zentren der Alterung der Fertilität dar; ab 1991 kam das Komitat Pest dazu. Dieses Grundmuster ist auch 2005 noch

52 Ungarn – Altersspezifische Geburtenraten 1991 nach Regionen und Komitaten



Datenquelle: KSH 1992a, eigene Darstellung

erkennbar, allerdings haben sich die regionalen Disparitäten bei der „jungen" Fertilität in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre deutlich verstärkt. Bei der Teenagerfertilität hält dieser Prozess unvermindert an, während sich der Variationskoeffizient der altersspezifischen Geburtenrate in den anderen Altersgruppen zu stabilisieren scheint (Tabelle 27). Die Fertilität junger Frauen ist nach wie vor in den Komitaten Borsod-Abaúj-Zemplén, Nógrád und Sza-

Tab. 27 Komitate Ungarns Variationskoeffizienten der altersspezifischen Geburtenraten 1984-2005

Jahr	15 bis 19	20 bis 24	25 bis 29	30 bis 34	35 bis 39
1984	20,9	13,1	5,0	8,1	12,4
1991	25,0	13,9	5,8	9,0	14,4
1995	28,7	15,8	7,0	9,9	15,0
2000	38,8	22,7	7,7	9,5	15,5
2005	46,3	22,2	7,1	9,6	16,4

Datenquelle: KSH 1985, 1992a, 1996, 2001, 2006a; eigene Berechnungen

bolcs-Szatmár-Bereg am höchsten, in denen gleichzeitig unterdurchschnittliche Geburtenraten über 30-jähriger Frauen registriert werden.

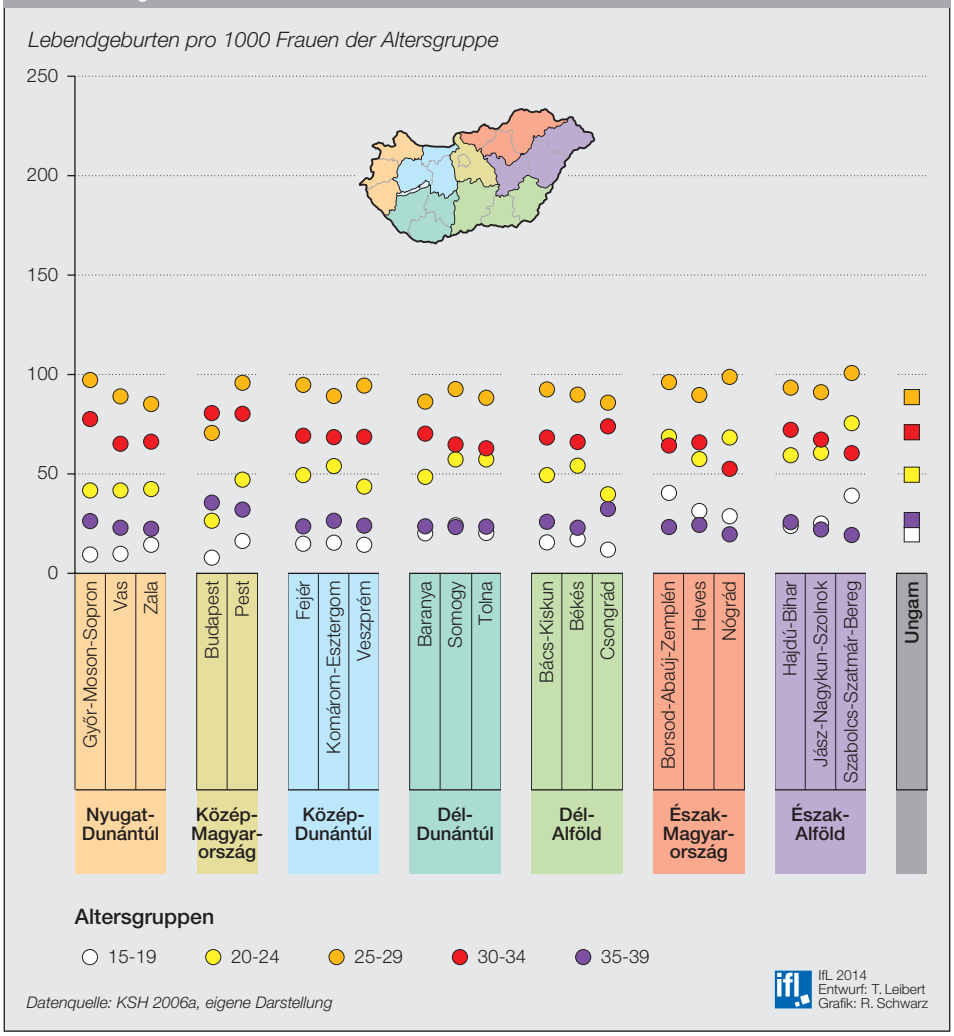
Das Fertilitätspostponement in Budapest und Csongrád hat sich weiter akzentuiert. Auch in Pest und Győr-Moson-Sopron liegen die altersspzifischen Geburtenraten der über 30-Jährigen deutlich über dem Landesmittel. Mit größerem Abstand folgen Baranya und Zala. Im Nordosten deuten sich, wenn auch auf niedrigem Niveau, im Komitat Hajdú-Bihar Tendenzen eines stärkeren Aufschubs von Geburten an. Das Postponement ist in den wirtschaftsstarken Regionen und in Komitaten mit wichtigen Universitätsstädten am ausgeprägtesten. Dieses regionale Muster entspricht am ehesten den Erwartungen des Zweiten Demographischen Übergangs, wonach wirtschaftlicher Wohlstand und ein hohes Bildungsniveau die Ausbreitung demographischer Neuerungen begünstigen. Das Raummuster des Postponements entspricht nicht den Erwartungen des ‚*Crisis behaviour*'-Ansatzes. Gerade die Komitate mit den größten wirtschaftlichen Problemen zeichnen sich durch eine besonders „junge" Fruchtbarkeit aus. Nur dort sind die altersspezifischen Geburtenraten der Altersgruppe 20-24 gleich hoch oder höher sind als die der Altersgruppe 30-34. Dieses regionale Muster spricht für die in Kapitel 4 vorgeschlagene Interpretation, dass sich ein ‚*Crisis behaviour*' durch überdurchschnittliche und „junge" Fertilität auszeichnet und nicht durch extrem niedrige Geburtenraten und starkes Postponement.

8.2.2 Geburtenfolge

Die Zahl der Neugeborenen ist in Ungarn zwischen 1991 und 2005 um fast 25%[125] zurückgegangen. Insbesondere die klassische Zwei-Kind-Familie der sozialistischen Zeit ist auf dem Rückzug. Die absolute Zahl der zweiten Kinder ist um über 30% gesunken. Die Entwicklung bei den Erst- und Drittgeborenen ist dagegen mit Rückgängen von 20% bzw. 23% etwas günstiger als der Gesamttrend. Überraschend ist die Entwicklung bei der Zahl der Kinder mit mindestens drei lebenden Geschwistern, die um weniger als 10% zurückgegangen ist. Theoretisch lässt sich diese Entwicklung weder mit dem SDT noch mit dem ‚*Crisis behaviour*' in Einklang bringen. Aus beiden Perspektiven sollte der Rückgang der Kinderzahl bei den Großfamilien am stärksten ausgeprägt sein. Aus der Sicht des Zweiten Demographischen Übergangs ist eine Beschränkung der Familiengröße vor dem Hintergrund des Primats der Paarbeziehung zu erwarten, zumal mit steigender Kinderzahl auch die zeitlichen und finanziellen Möglichkeiten der Selbstverwirklichung der Eltern sinken. Unter ökonomischen Gesichtspunkten wäre eine Abkehr von der Großfamilie eine rationale Reaktion auf wirtschaftliche Probleme, die seit der Transformation in Ungarn umso stärker ausfallen, je höher die Kinderzahl ist (Spéder & Kapitány 2005: 7). Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass Kinder ein Hindernis für eine Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt sind (Janky 2006: 134). Stärker noch als beim Armutsrisiko treten die negativen Effekte einer Familienerweiterung über die Zwei-Kind-Familie hinaus bei den Wohn- und Lebensbedingungen zutage (Spéder & Kapitány 2005: 35-41). Kinderlose haben ein signifikant niedrigeres Risiko von Einkommensarmut als Eltern. Aus ökonomischer Sicht wäre es daher rational, gänzlich auf Kinder zu verzichten. Da bei den Paaren, die sich dennoch für Kinder entscheiden, nach der ‚*Crisis behaviour*'-Theorie eine Begrenzung der Familiengröße wahrscheinlich ist, wäre zu erwarten, dass sich die Zahl der Erstgeburten am wenigsten verringert und

125 Eigene Berechnungen; Datenquelle: KSH (1992a; 2006a)

53 Ungarn – Altersspezifische Geburtenraten 2005 nach Regionen und Komitaten



Datenquelle: KSH 2006a, eigene Darstellung

dass der Rückgang bei den Zweitgeborenen nur unwesentlich stärker ausfällt. Wie bereits gezeigt wurde, war das Zwei-Kind-Ideal in sozialistischer Zeit fest im Familienbild der Bevölkerung verankert, so dass davon ausgegangen werden kann, dass sich ohne einen Wandel der familienbezogenen Wertvorstellungen und bei einer vergleichsweise schwachen zusätzlichen Belastung durch die Geburt eines zweiten Kindes viele Paare dafür entscheiden, dass ihr Kind mit einem Geschwisterkind aufwachsen soll. Der Übergang von der Zwei- zur Drei-Kind-Familie ist dagegen ein schwerwiegenderer wirtschaftlicher Einschnitt für den Haushalt, so dass sich der Rückgang der Geburtenzahl mit steigender Parität verstärken sollte.

Auf regionaler Ebene ist die Entwicklung der Geburtenzahl nach Geburtenfolge deutlich nuancierter als der nationale Durchschnittswert suggeriert (Abbildung 54). In Buda-

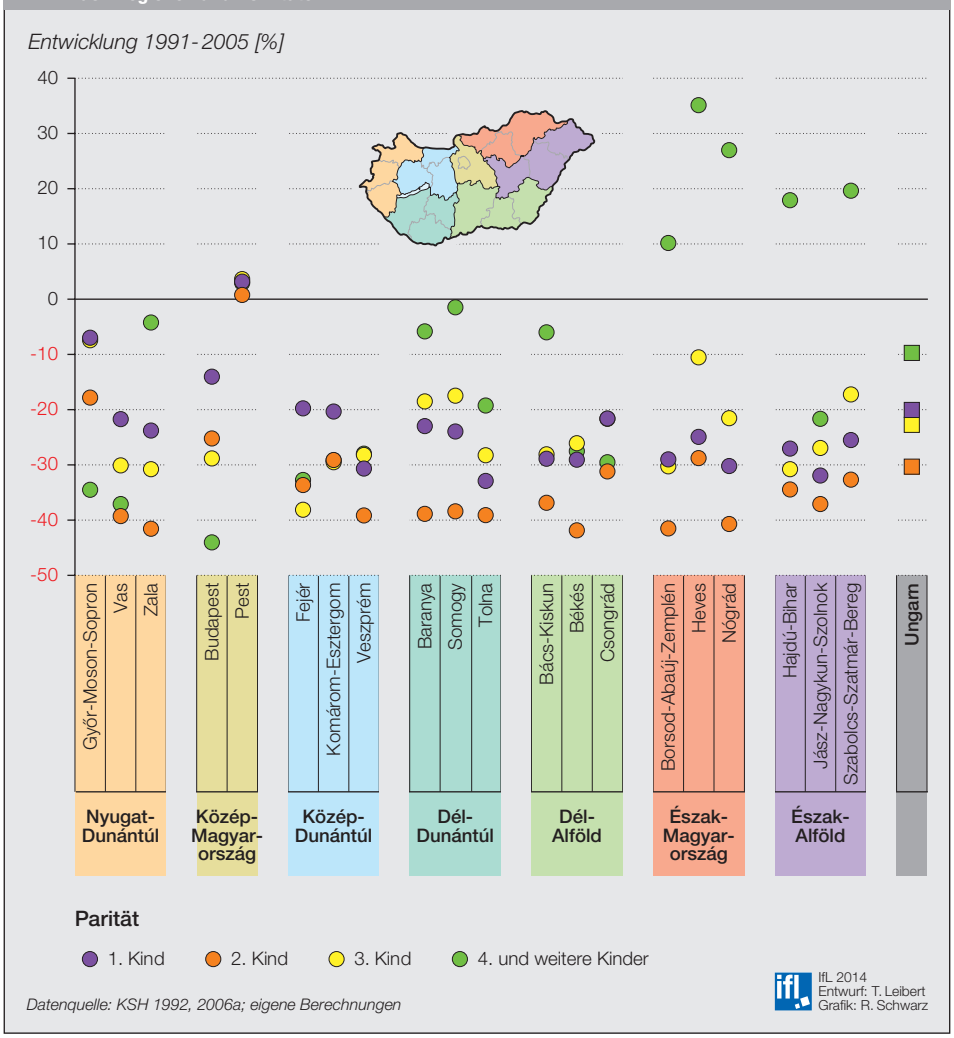
pest und Győr-Moson-Sopron ist eine Tendenz zur Ein-Kind-Familie zu beobachten. Die Zahl der Erstgeborenen ist dort am wenigsten zurückgegangen, während sich der Anteil vierter Kinder deutlich verringert hat. In abgeschwächter Form gilt dies auch für das Komitat Csongrád. Die Hauptstadt ist die einzige Region Ungarns, wo die gemeinsame Erwartung von SDT und ‚*Crisis behaviour*'-Theorie erfüllt wird, dass sich der Rückgang der Geburtenzahl mit steigender Parität beschleunigt. Ein Sonderfall ist das Komitat Pest. Bedingt durch das infolge der Suburbanisierung von Budapest starke Bevölkerungswachstum hat sich die absolute Zahl der Geburten unabhängig von der Geburtenfolge erhöht. Die Abwanderer aus der Hauptstadt sind zumeist junge Mittelschichtfamilien mit Kindern, die in die landschaftlich attraktiven Vororte im Norden und Westen der Budapests ziehen (Dövényi & Kovács 2005: 56). In Nordostungarn ist entgegen den Erwartungen der ‚*Crisis behaviour*'-Theorie die Zahl der Kinder mit mindestens drei Geschwistern angestiegen. Dabei wäre zu erwarten gewesen, dass Paare in den Regionen Észak-Alföld und Észak-Magyarország, in denen das Armutsrisiko höher und die Lebensbedingungen schlechter sind als im ungarischen Durchschnitt (Spéder & Kapitány 2005: 22), stärker als in anderen Landesteilen zu einer Beschränkung der Kinderzahl tendieren sollten. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: außer in Jász-Nagykun-Szolnok ist die Zahl der Kinder mit mindestens drei Geschwistern in allen Komitaten deutlich angestiegen.

8.2.3 Regionale Muster der außerehelichen Fruchtbarkeit

In sozialistischer Zeit waren Ehe und Fortpflanzung eng gekoppelt. Uneheliche Geburten beschränkten sich auf Personen mit niedrigem Bildungsniveau, Roma und Geschiedene, die in einer nachehelichen Lebensgemeinschaft erneut schwanger wurden (Spéder 2006: 255). Die Mehrzahl der unehelichen Geburten waren jedoch ‚*Out-of-union*'-Geburten. Nichteheliche Lebensgemeinschaften wurden erst nach 1990 zu einem Rahmen für die Geburt und Erziehung von Kindern (Spéder 2006: 275). Dieser Wandel ist mit einer Abkehr vom Muster der kindorientierten Eheschließung der sozialistischen Zeit verbunden. Während vor 1990 im Fall einer Schwangerschaft geheiratet wurde, um ein eheliches Kind zur Welt zu bringen, hat sich der Akzent seither vom Familienstand auf die Lebensform verschoben. Von Bedeutung ist heute in erster Linie, dass ein Kind in eine feste Partnerschaft hineingeboren wird. Dies muss nicht mehr unbedingt eine Ehe sein. Bei Konsensualpaaren ist die Heiratswahrscheinlichkeit allerdings noch immer während der Schwangerschaft am höchsten. Sofern nicht vor der Geburt geheiratet wurde, scheint ein gemeinsames Kind die nichteheliche Lebensgemeinschaft der Eltern zu stabilisieren – das Trennungsrisiko geht zurück, aber auch die Heiratswahrscheinlichkeit (Kulik 2005: 13; 22-23). Die Gründe, warum Paare vor der Geburt nicht heiraten, sind Pongrácz und Molnár (2002: 113-117) zufolge vielfältig: Oft ist eine Eheschließung bereits fest geplant, die aber aus rechtlichen oder finanziellen Gründen erst nach der Geburt des gemeinsamen Kindes erfolgen kann. Bei Geschiedenen und Personen mit höherem Bildungsniveau sprechen Vorbehalte gegen die Institution Ehe und ein starkes Unabhängigkeitsbedürfnis gegen eine Hochzeit. Die meisten unverheirateten Mütter lehnen die Ehe jedoch nicht prinzipiell ab – sie wollen nur den Kindsvater nicht heiraten.

Wie Frauen, die ein Kind außerhalb einer koresidentiellen Partnerschaft bekommen, weisen auch in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebende junge Mütter überwiegend ein unterdurchschnittliches Bildungsniveau auf (Spéder 2006: 275-276). Im Lauf

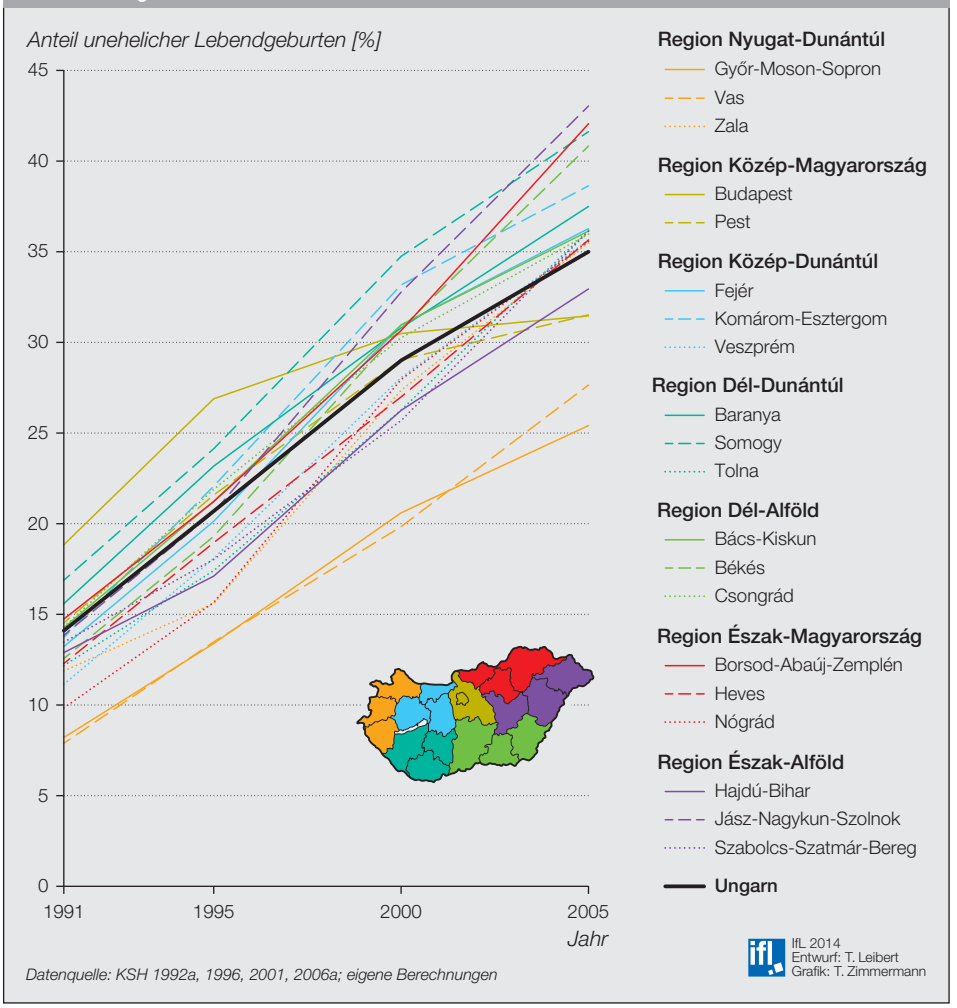
54 Ungarn – Lebend geborene Kinder entsprechend der Parität 1991 - 2005 nach Regionen und Komitaten



Datenquelle: KSH 1992, 2006a; eigene Berechnungen

der 1990er Jahre ist allerdings der Anteil nichtehelicher Geburten bei Frauen mit mittlerer und höherer Bildung am stärksten gestiegen, so dass sich die sozialen Disparitäten abgeschwächt haben. Auch eine gewisse Alterung der außerehelichen Fertilität zeichnet sich ab (Pongrácz & Molnár 2002: 107-110). Trotzdem sind uneheliche Kinder bei Akademikerinnen nach wie vor eher die Ausnahme. In dieser Gruppe hat die Bedeutung des unverheirateten Zusammenlebens seit 1990 zwar stark zugenommen (siehe Kapitel 8.5), allerdings bleiben diese nichtehelichen Lebensgemeinschaften zumeist kinderlos (Spéder 2006: 276). Bei der nichtehelichen Fertilität ist in Ungarn ein Trend zum Abbau regionaler Disparitäten erkennbar (Karte 13, Abbildung 55). Vor 1990 waren unverheiratete Mütter in erster Linie ein Budapester Phänomen; überdurchschnittliche Anteile gab es daneben noch in den Komitaten Baranya, Pest und Somogy. In Győr-Moson-Sopron,

55 Ungarn – Nichtehelichenquote 1991 - 2005 nach Regionen und Komitaten



Datenquelle: KSH 1992a, 1996, 2001, 2006a; eigene Berechnungen

Nógrád und Vas war dagegen die Kopplung von Ehe und Fortpflanzung besonders ausgeprägt. Seither ist es zu bemerkenswerten Veränderungen des Raummusters der unverheirateten Elternschaft gekommen. Budapest hat seinen Spitzenplatz an Somogy abgegeben; es folgen mit Komárom-Esztergom und Jász-Nagykun-Szolnok Komitate, die bisher eher durchschnittliche Werte aufwiesen. Der Trend zur „Ruralisierung" der unverheirateten Mutterschaft hat sich bis 2005 weiter verstärkt. In Budapest und im Komitat Pest ist die Nichtehelichenquote nur marginal angestiegen. Die Hauptstadt und ihr Umland bilden damit zusammen mit Győr-Moson-Sopron, Hajdú-Bihar und Vas mittlerweile die Gruppe der Komitate mit den niedrigsten Nichtehelichenquoten. Mit Borsod-Abaúj-Zemplén und Békés sind weitere Komitate in die Spitzengruppe aufgestiegen, die zu großen Teilen aus peripheren ländlichen Räumen bestehen (Abbildung 55). Die Entwicklung in Ungarn entspricht damit dem in Abschnitt 5.3. dargestellten europäischen Trend. Der An-

stieg der Nichtehelichenquote ist in den Komitaten besonders stark ausgefallen, die 1991 deutlich unterdurchschnittliche Werte aufwiesen: Nógrád, Vas, Győr-Moson-Sopron und Békés. In Budapest, Csongrád, Pest und Somogy, den Komitaten mit dem niedrigsten prozentualen Zuwachs, kamen dagegen 1991 deutlich mehr uneheliche Kinder zur Welt als im ungarischen Durchschnitt (Abbildung 55, Karte 13). Dieses Raummuster entspricht eher der ‚*Crisis behaviour*'-Theorie als dem SDT. Überdurchschnittliche Werte sind vor allem für wirtschaftsschwache Komitate charakteristisch, während die Nichtehelichenquote in Regionen mit guten Wirtschaftsindikatoren tendenziell unterdurchschnittlich ist. Der Blick zurück ins Jahr 1991 zeigt, dass dieses Muster von regionalen Subkulturen beeinflusst sein könnte – enge Kopplung von Ehe und Fortpflanzung in Westtransdanubien, Entkopplungstendenzen in Südtransdanubien. Der Übergang von weit überdurchschnittlichen zu unterdurchschnittlichen Anteilen unehelicher Geburten in Budapest deutet darauf hin, dass sich die Bedeutung dieses Indikators vom demographischen Modernisierungsphänomen zu einem Kennzeichen für sozioökonomische Problemregionen gewandelt hat.

8.2.4 Religion und generatives Verhalten in Ungarn

Als Erklärung für die relativ hohen Geburtenraten in Nordostungarn wird in der Literatur auf den hohen Anteil der Anhänger der griechisch-katholischen Kirche, deren Lehre als besonderes pronatalistisch gilt, verwiesen (Kovács 2004: 34). Tatsächlich haben griechisch-katholische Frauen im landesweiten Mittel überdurchschnittlich viele Kinder. Bezieht man

Tab. 28 Ausgewählte Komitate der Regionen Észak-Alföld und Észak-Magyarország Kinderzahl von Frauen im gebärfähigen Alter nach Religionszugehörigkeit und Beziehungsform 2001

Komitat	Beziehungsformen	Kinder pro 100 Frauen im gebärfähigen Alter 2001				
		insgesamt	Religionszugehörigkeit			
			griechisch-katholisch	römisch-katholisch	calvinistisch	ohne Religion
Borsod-Abaúj-Zemplén	**insgesamt**	**141**	**141**	**148**	**138**	**119**
	verheiratete Frauen	198	196	202	191	190
	Frauen mit Lebenspartner	166	159	168	151	133
	Frauen ohne Partner	56	54	59	53	47
Hajdú-Bihar	**insgesamt**	**130**	**132**	**130**	**138**	**118**
	verheiratete Frauen	192	190	192	192	189
	Frauen mit Lebenspartner	146	169	148	154	116
	Frauen ohne Partner	49	44	48	56	40
Szabolcs-Szatmár-Bereg	**insgesamt**	**146**	**147**	**148**	**151**	**116**
	verheiratete Frauen	201	199	199	203	195
	Frauen mit Lebenspartner	179	164	168	186	137
	Frauen ohne Partner	52	53	55	52	38
Ungarn insgesamt	**insgesamt**	**123**	**137**	**127**	**132**	**104**
	verheiratete Frauen	183	191	184	186	177
	Frauen mit Lebenspartner	128	149	133	138	102
	Frauen ohne Partner	49	53	51	53	41

Datenquelle: KSH 2005a, eigene Berechnungen

Tab. 29 Komitate der Region Észak-Alföld
Lebensformen von Frauen im gebärfähigen Alter nach Religionszugehörigkeit 2001

Komitat	Beziehungsformen	Anteil [%] 2001				
		insgesamt	Religionszugehörigkeit			
			griechisch-katholisch	römisch-katholisch	calvinistisch	ohne Religion
Borsod-Abaúj-Zemplén	mit Partner zusammenlebend	62,9	63,2	63,8	63,3	54,5
	davon: mit Ehemann	88,5	90,2	90,0	91,7	82,0
	davon: mit Lebenspartner	11,5	9,8	10,0	8,3	18,0
	Bevölkerungsanteil	**100,0**	**7,3**	**47,2**	**26,1**	**9,4**
Hajdú-Bihar	mit Partner zusammenlebend	60,3	61,2	59,1	62,1	56,2
	davon: mit Ehemann	88,6	92,7	89,9	91,2	86,3
	davon: mit Lebenspartner	11,4	7,3	10,1	8,8	13,7
	Bevölkerungsanteil	**100,0**	**8,5**	**13,3**	**42,7**	**24,5**
Szabolcs-Szatmár-Bereg	mit Partner zusammenlebend	65,1	65,5	65,2	66,2	53,3
	davon: mit Ehemann	90,7	92,8	92,7	91,8	83,1
	davon: mit Lebenspartner	9,3	7,2	7,3	8,2	16,9
	Bevölkerungsanteil	**100,0**	**17,6**	**24,2**	**41,5**	**5,7**
Ungarn insgesamt	mit Partner zusammenlebend	59,8	63,2	60,7	62,3	53,3
	davon: mit Ehemann	86,0	90,3	88,5	89,1	79,8
	davon: mit Lebenspartner	14,0	9,7	11,5	10,9	20,2
	Bevölkerungsanteil	**100,0**	**2,6**	**51,9**	**15,9**	**14,6**

Datenquelle: KSH 2005a, eigene Berechnungen

jedoch den regionalen Kontext ein, zeigt sich, dass die Anhängerinnen dieser Religionsgemeinschaft in den Komitaten Borsod-Abaúj-Zemplén, Hajdú-Bihar und Szabolcs-Szatmár-Bereg, in denen der Bevölkerungsanteil der griechisch-katholischen Christen am höchsten ist, keineswegs ungewöhnlich viele Kinder bekommen (Tabelle 28).

Die auf gesamtungarischer Ebene erkennbare höhere Kinderzahl griechisch-katholischer Frauen ist auf die räumliche Konzentration dieser Religionsgemeinschaft in Regionen mit überdurchschnittlichen Geburtenraten zurückzuführen. Der Umkehrschluss, dass die vergleichsweise hohen Fertilitätsraten der nordostungarischen Komitate auf die Präsenz der griechisch-katholischen Minderheit zurückzuführen sei, ist dagegen nicht zulässig. Die vermeintlich überdurchschnittliche Fruchtbarkeit griechisch-katholischer Frauen lässt sich vollständig durch den Faktor „Wohnort" erklären und erweist sich folglich als ein ökologischer Fehlschluss. Die Zensusdaten legen nahe, dass es in erster Linie auf die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft ankommt, nicht jedoch auf die Konfession. Die überdurchschnittlichen Geburtenraten in den Komitaten Borsod-Abaúj-Zemplén und Szabolcs-Szatmár-Bereg wären damit auf die im ungarischen Vergleich relativ große Zahl von Kirchenmitgliedern zurückzuführen. Da eine starke Kirchenbindung auch für das traditionell geburtenschwache Westtransdanubien charakteristisch ist, liegt der Erklärungsansatz möglicherweise in der Existenz pronatalistischer regionaler Subkulturen, die eine starke Kirchenbindung fördern. Als Alternative bietet sich das ‚*Pattern of disadvantage*' an, wonach in ökonomisch benachteiligten Regionen die Familie als Instrument der Selbstverwirklichung und Sinnstiftung eine wichtige Rolle spielt, was sich in einer höheren Kinderzahl niederschlägt.

Auch wenn bei der Fertilität der Gegensatz religiös/säkularisiert in den Vordergrund rückt, spielt doch der Familienstand eine moderierende Rolle. Bei Ehefrauen sind die Unterschiede gering; dies unterstreicht die Rolle der Ehe als bevorzugter Rahmen der Kindererziehung in allen religiösen Gruppen, auch und gerade bei den Konfessionslosen. Die geringere Kinderzahl der Frauen, die angeben, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören, ist darauf zurückzuführen, dass im Vergleich zu Katholikinnen oder Protestantinnen ein größerer Prozentsatz nicht mit einem Partner zusammenlebt. Gleichzeitig ist auch der Anteil der in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebenden Frauen höher als bei den Kirchenmitgliedern (Tabelle 29). Interessanterweise sind konfessionslose Frauen, die ohne Trauschein mit ihrem Partner zusammenleben, häufiger kinderlos als Frauen, die einer Religionsgemeinschaft angehören (Tabelle 28). Die höhere Wahrscheinlichkeit, in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft zu leben, und die niedrigere Kinderzahl der konfessionslosen Frauen waren nach der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs zu erwarten. Dass in dieser Gruppe der Kinderwunsch stärker als bei Frauen, die einer Religionsgemeinschaft angehören, mit der Ehe gekoppelt ist, steht dagegen im Widerspruch zu den theoretischen Kernaussagen.

Die in Abschnitt 7.3 formulierte These, dass es Unterschiede im Familienbildungsverhalten zwischen Katholiken und Protestanten gibt, bestätigt sich nicht. Für die weiteren Analysen scheint es ausreichend zu sein, den Anteil der Konfessionslosen als Säkularisierungsindikator zu berücksichtigen. Da sich qualitative Unterschiede zwischen verschiedenen Typen des unverheirateten Zusammenlebens andeuten, erscheint es angebracht, eine Differenzierung zwischen nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder vorzunehmen.

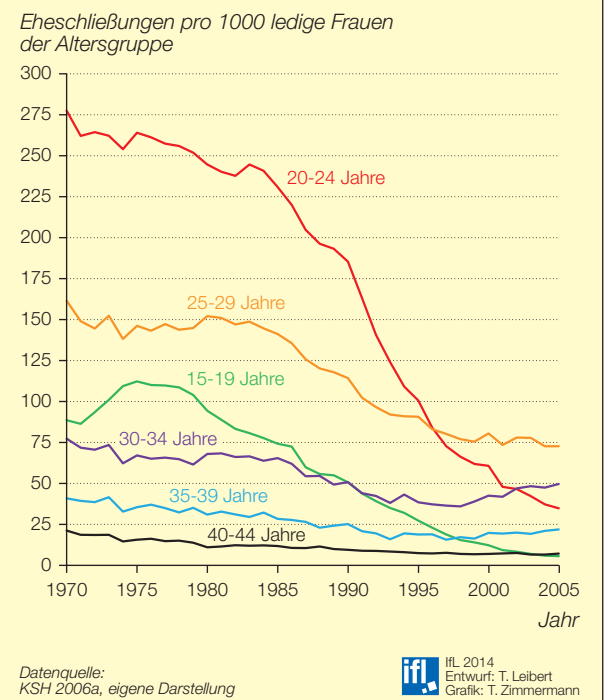
8.3 Der Wandel des Heiratsverhaltens

In sozialistischer Zeit war die altersspezifische Erstheiratsrate der Frauen in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen am höchsten. Mit Werten von teilweise über 100‰ war auch die Heiratsrate der Teenager beachtlich hoch (Abbildung 56). Der Anstieg der Teenagerehen in den 1970er Jahren hatte zwei wichtige Ursachen. Einerseits wurde 1973 das Mindestheiratsalter der Frauen auf 16 Jahre abgesenkt (Kulcsár 2007: 330), andererseits wuchs in der ungarischen Gesellschaft die Akzeptanz eines früheren Beginns der sexuell aktiven Lebensphase – allerdings nur im Rahmen der Ehe (Tóth 2006: 85). In den 1980er Jahren fand der erste Geschlechtsverkehr zunehmend vor der Heirat statt und die quantitative Bedeutung nichtehelicher Lebensgemeinschaften nahm zu. Uneheliche Geburten waren jedoch nach wie vor gesellschaftlich nicht akzeptiert (Oláh & Fratczak 2004: 216). Die hohe altersspezifische Heiratsrate der Altersgruppe 15-19 in sozialistischer Zeit dürfte daher auch eine Folge zahlreicher schwangerschaftsbedingter Eheschließungen sein.

Tóth (2006) argumentiert, dass das Muster der frühen Familiengründung in sozialistischer Zeit vor allem ökonomisch motiviert war. Um vom Anstieg des Lebensstandards und der verbesserten Verfügbarkeit von Konsumgütern ab Mitte der 1970er Jahre profitieren zu können, waren zwei volle Einkommen notwendig. Auch der Zugang zu Wohnraum wurde erst durch eine Ehe ermöglicht. In sozialistischer Zeit gab es in Ungarn zwei Möglichkeiten, eine eigene Wohnung zu bekommen – entweder durch den Bau eines Eigenheims oder durch die Zuteilung einer kommunalen oder Werkswohnung. Ledige Mütter und Al-

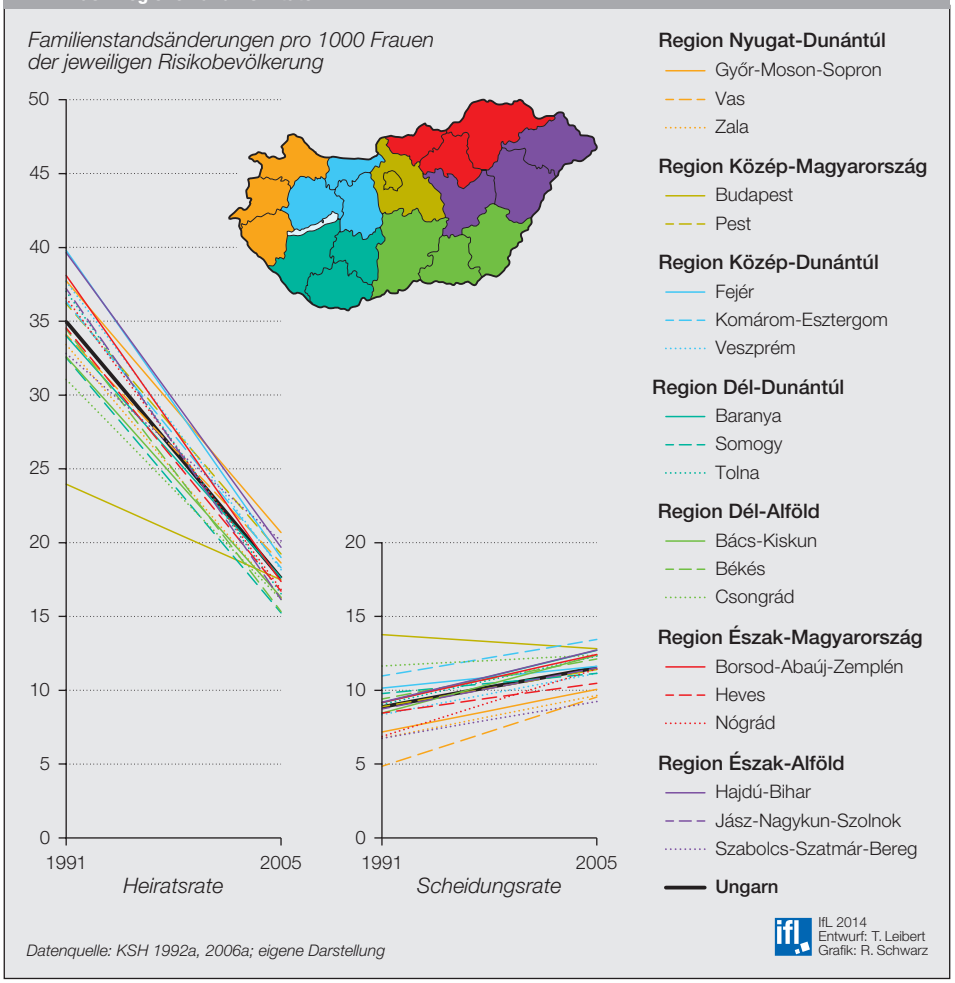
leinstehende hatten keinen Anspruch auf die Zuweisung einer Wohnung und in der Regel auch nicht die Mittel, ein eigenes Haus zu bauen, zumal ihnen auch die zinsgünstigen Darlehen, die Ehepaare beim Hausbau bekommen konnten, nicht gewährt wurden. Angesichts der Wohnungsnot in sozialistischer Zeit und der damit verbundenen langen Wartezeiten war es notwendig, bereits in jungem Alter durch Heirat und Kinder die Voraussetzungen für die Zuteilung einer Wohnung zu schaffen. Da in Ungarn das private Wohneigentum eine wichtige Rolle spielte, war auch der „Baby-Bonus" – ein von der Kinderzahl abhängiger Teil des Kredits zum Hausbau/-kauf musste nicht zurückgezahlt werden – ein wichtiger Anreiz für eine frühe Heirat und einen raschen Übergang zum ersten Kind (Oláh & Fratczak 2004: 217; Sobotka 2004b: 211). Trotz der genannten Anreize war die Erstheiratsneigung der über 20-jährigen Frauen bereits seit Ende der 1960er Jahre rückläufig. Durch die Transformation hat sich die Intensität des Rückgangs verstärkt, eine grundlegende Zäsur im Heiratsverhalten stellt das Jahr 1990 aber nicht dar. Neue Muster zeichnen sich in Gestalt eines leichten Anstiegs der altersspezifischen Nuptialität der über 30-Jährigen erst ab den späten 1990er Jahren ab.

56 Ungarn – Altersspezifische Erstheiratsraten 1970 - 2005



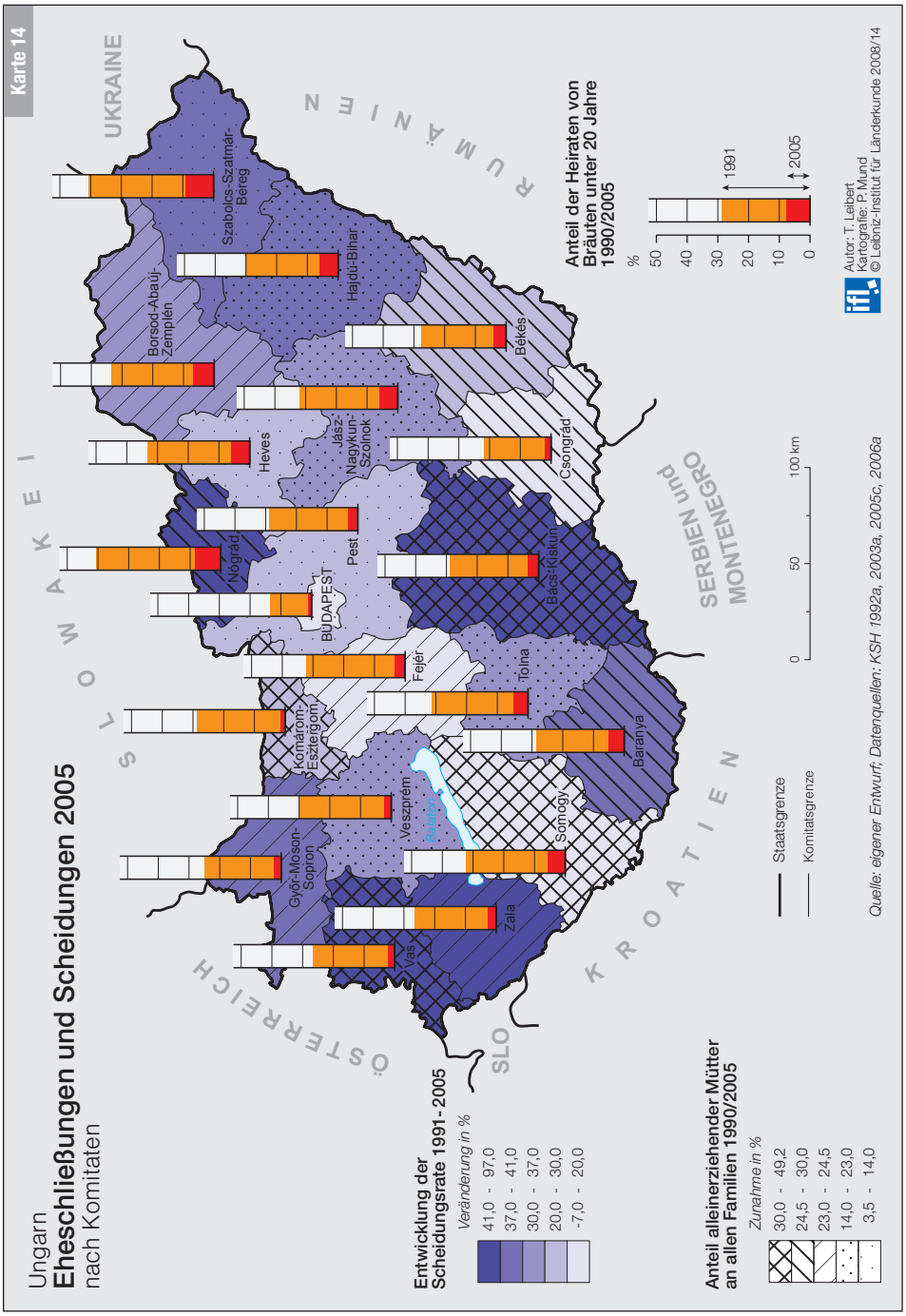
Zwischen 1991 und 2005 haben sich die regionalen Unterschiede im Heiratsverhalten verringert (Tabelle 26). Einige Muster haben sich erhalten – etwa die überdurchschnittlichen Raten in den Komitaten Győr-Moson-Sopron, Hajdú-Bihar und Szabolcs-Szatmár-Bereg oder die „Heiratsmüdigkeit" in vielen südungarischen Komitaten (Abbildung 57). In den 15 Jahren nach dem Systemwechsel ist dagegen das 1991 noch klar erkennbare „SDT-Muster" verschwunden; die als Innovationszentren des Zweiten Demographischen Übergangs identifizierten NUTS-3-Regionen Budapest und Csongrád wiesen 1991 die niedrigsten Heiratsraten auf. Csongrád hat auch 2005 noch eine der niedrigsten Eheschließungsraten des Landes, Budapest liegt bei diesem Indikator allerdings mittlerweile im Mittelfeld. Diese Entwicklung könnte als Folge des „Nachholens" in der Vergangenheit „aufgeschobener" Eheschließungen interpretiert werden. Zusätzlich legt die Entwicklung in Skandinavien (Kapitel 5) nahe, dass die Heiratshäufigkeit in Regionen, in denen der SDT weit fortgeschritten ist, nicht unbedingt besonders niedrig sein muss. Aus der Perspektive des ‚*Crisis behaviour*'-Ansatzes würde der geringe Rückgang der Heiratsrate

57 Ungarn – Allgemeine Heirats- und Scheidungsrate 1991/2005 nach Regionen und Komitaten



ebenfalls Sinn machen. Da die wirtschaftliche Lage in der Hauptstadt am günstigsten ist, ist zu erwarten, dass der Bevölkerungsanteil, der aus finanziellen Gründen auf eine Heirat verzichtet, geringer ist als in anderen Landesteilen.

Im Gegensatz zu den meisten anderen demographischen Indikatoren haben sich die regionalen Disparitäten im Heiratsverhalten von Frauen am Beginn ihrer reproduktiven Lebensphase verstärkt (Tabelle 26). Während der Anteil der Altersgruppe 15 bis 19 an allen Eheschließungen in Nordwestungarn und im Komitat Csongrád ausgesprochen niedrig ist, sind Heiraten in jugendlichem Alter in Nordungarn keine Seltenheit: In den Komitaten Nógrád und Szabolcs-Szatmár-Bereg tritt bei jeder 10. Hochzeit eine Braut im Teenageralter vor den Traualtar. Im Vergleich zu 1991 sind die Werte allerdings in allen Landesteilen deutlich gesunken (Karte 14). Sowohl 1991 als auch 2005 besteht ein starker statistischer Zusammenhang von Teenagerfertilität und jugendlicher Eheschließung (Korrelationskoeffizienten 0,90 bzw. 0,91), was die im vorangegangenen Ab-


Karte 14
Ungarn
Eheschließungen und Scheidungen 2005
nach Komitaten
Entwicklung der Scheidungsrate 1991-2005
Veränderung in %
41,0 - 97,0
37,0 - 41,0
30,0 - 37,0
20,0 - 30,0
-7,0 - 20,0
Anteil alleinerziehender Mütter an allen Familien 1990/2005
Zunahme in %
30,0 - 49,2
24,5 - 30,0
23,0 - 24,5
14,0 - 23,0
3,5 - 14,0
Anteil der Heiraten von Bräuten unter 20 Jahre 1990/2005
%
50
40
30
20
10
0
1991
2005
0
50
100 km
Staatsgrenze
Komitatsgrenze
Quelle: eigener Entwurf; Datenquellen: KSH 1992a, 2003a, 2005c, 2006a
Autor: T. Leibert
Kartografie: P. Mund
© Leibniz-Institut für Länderkunde 2008/14
UKRAINE
RUMÄNIEN
SLOWAKEI
ÖSTERREICH
SLO
KROATIEN
SERBIEN und MONTENEGRO
Szabolcs-Szatmár-Bereg
Borsod-Abaúj-Zemplén
Hajdú-Bihar
Heves
Jász-Nagykun-Szolnok
Békés
Nógrád
Pest
BUDAPEST
Csongrád
Bács-Kiskun
Fejér
Tolna
Komárom-Esztergom
Baranya
Győr-Moson-Sopron
Veszprém
Balaton
Somogy
Zala
Vas

schnitt vermutete Existenz einer regionalen Subkultur mit eher traditionellen Familienwerten untermauert. An dieser Stelle muss offen bleiben, ob es sich dabei überwiegend um „Mussehen" handelt. Diese Interpretation des überdurchschnittlichen Anteils von Teenagerehen liegt jedoch nahe. Vorehelicher Geschlechtsverkehr wird – wie ethnologische Feldstudien von JÁVOR (2006) zeigen – auch in von ausgeprägter Ungleichheit der Geschlechter und konservativen Wertvorstellungen geprägten ländlichen Gemeinden zunehmend stillschweigend toleriert, wenn auch als moralisch zweifelhaft eingestuft. Die überdurchschnittliche Teenagerfertilität (Abbildung 53) und die relativ niedrigen altersspezifischen Abtreibungshäufigkeiten in der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen (Abbildung 48) deuten auf ein Muster der frühen Mutterschaft in diesem Teil Ungarns hin. Dass sich das in sozialistischer Zeit weit verbreitete Muster der frühen Heirat am ehesten in den wirtschaftlichen „Krisenregionen" erhalten hat, stützt die These eines familienorientierten ‚*Crisis behaviour*'; nach dem „klassischen" Verständnis wären dagegen besonders niedrige Heiratsraten und ein starkes Ehepostponement zu erwarten.

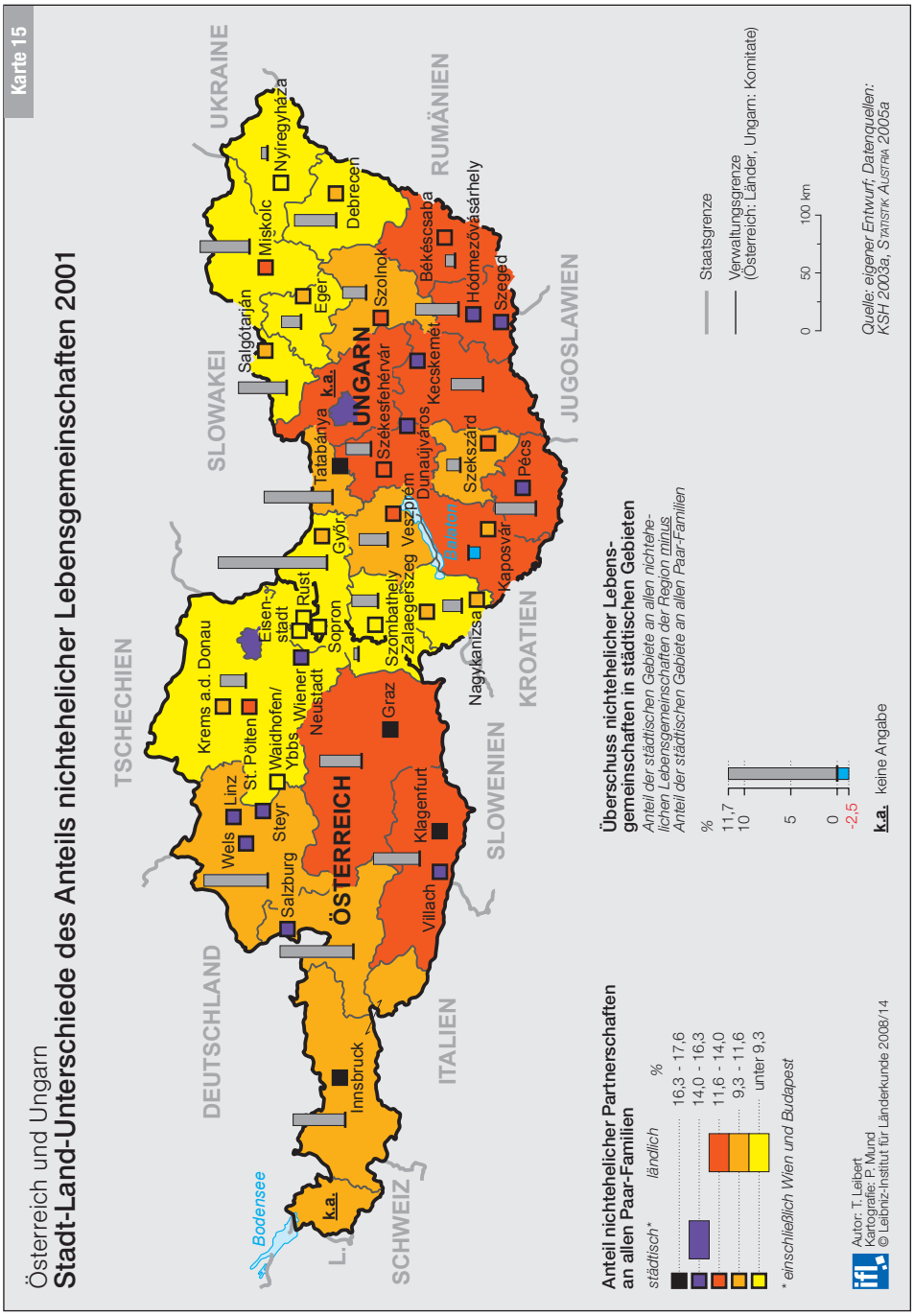
8.4 Regionale Aspekte des Scheidungsverhaltens

Ein Abbau regionaler Disparitäten ist auch im Familienauflösungsverhalten erkennbar (Tabelle 26). Ähnlich wie bei den nichtehelichen Geburten ist die Scheidungsrate in den Komitaten besonders stark angestiegen, die 1991 noch unterdurchschnittliche Werte aufwiesen, während in NUTS-3-Regionen mit hoher Scheidungshäufigkeit ein unterdurchschnittlicher Zuwachs festzustellen ist. Im Komitat Vas, wo der Wert 1991 mit Abstand am niedrigsten war, ist die Scheidungsrate bis 2005 um fast 100% nach oben geschnellt, während Budapest – 1991 noch mit dem höchsten Wert – die einzige Region in Ungarn ist, in der seit der Transformation eine rückläufige Scheidungsneigung festzustellen ist (Karte 14). Wie bei der Heiratsrate ist 1991 auch bei der Scheidungsrate ein Raummuster erkennbar, das den in Kapitel 7 formulierten Erwartungen zu den möglichen Innovationszentren des SDT in Ungarn entspricht, wenn auch deutlich schwächer ausgeprägt (Abbildung 57). Budapest tritt als primäres Innovationszentrum in Erscheinung; Csongrád folgt mit deutlichem Abstand als weiteres Zentrum der Modernisierung des generativen Verhaltens. Die ‚*Laggards*' sind die Landesteile mit einer überdurchschnittlichen Kirchenbindung: Westtransdanubien, Nógrád und Szabolcs-Szatmár-Bereg. Da die Gruppe der Komitate mit unterdurchschnittlicher Scheidungsrate sowohl wirtschaftsstarke Komitate mit hohem HDI (Győr-Moson-Sopron) als auch Peripherräume mit niedrigem Stand der wirtschaftlichen und Humanentwicklung (Szabolcs-Szatmár-Bereg) umfasst, scheiden sozioökonomische Erklärungsansätze für das regionale Muster des Scheidungsverhaltens zu Beginn der 1990er Jahre weitgehend aus. Die ‚*Laggards*' sind 2005 noch die gleichen Komitate, der Abstand zum nationalen Mittelwert hat sich jedoch deutlich verringert. Die pronuptialistischen und die Ehe stabilisierenden regionalen Subkulturen haben die gesellschaftlichen Umwälzungen der 1990er Jahre offensichtlich überstanden, sind aber schwächer geworden. Die Spitzengruppe umfasst 2005 – in dieser Reihenfolge – Komárom-Esztergom, Budapest, Baranya und Hajdú-Bihar. Der Abstand vom „Hauptfeld" ist gering, was den Konvergenztrend bei der Scheidungsrate unterstreicht. Je stärker sich die Scheidung zu einer gesellschaftlichen Normalität entwickelt, desto weniger eignet sich die Scheidungsrate als Prädiktor für den Zweiten Demographischen Übergang.

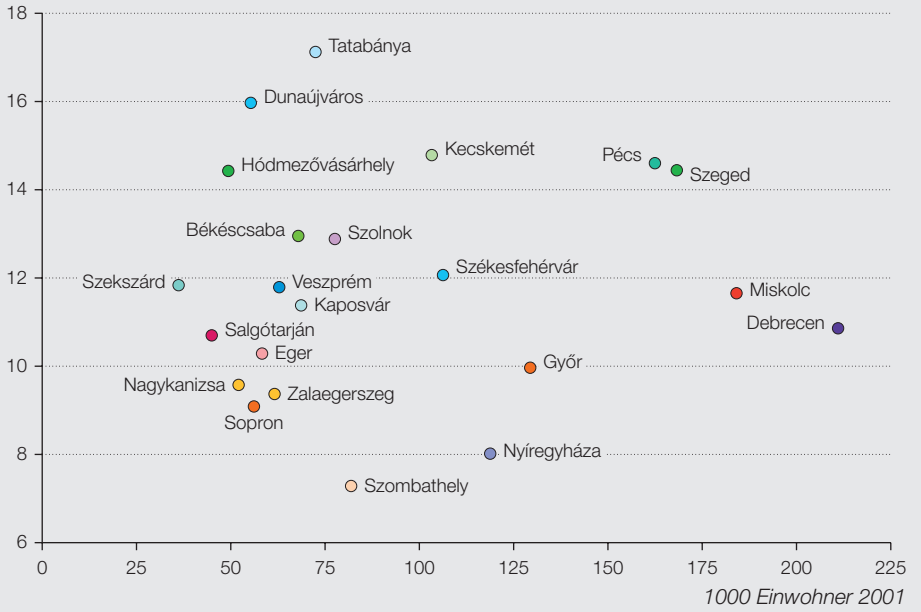
8.5 Nichteheliche Lebensgemeinschaften

Die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs postuliert, dass junge, gut ausgebildete Städter mit schwacher Religiosität die Innovatoren des unverheirateten Zusammenlebens seien. Sofern nicht historische Pfadabhängigkeiten, etwa in Form regionaler Subkulturen als moderierender Faktor in Erscheinung treten, ist damit zu rechnen, dass nichteheliche Lebensgemeinschaften in den Städten mit Komitatsrecht, insbesondere in Budapest und den Universitätsstädten Debrecen, Pécs und Szeged weiter verbreitet sind als in Kleinstädten und ländlichen Siedlungen. Weiterhin ist von einem positiven Bildungsgradienten auszugehen, insbesondere in den Komitaten, in denen die Ausbreitung des unverheirateten Zusammenlebens zuletzt begonnen hat. Es sollte sich dabei um die katholisch geprägten Landesteile handeln. Nach dem ‚*Crisis behaviour*'-Ansatz ist dagegen zu erwarten, dass Konsensualpaare vor allem in den ökonomisch benachteiligten Regionen leben, während in den wirtschaftsstarken Komitaten das eheliche Zusammenleben bevorzugt wird. Es ist davon auszugehen, dass der Bildungsgradient negativ ist, insbesondere in den wohlhabenden Regionen, wo die nichteheliche Lebensgemeinschaft eine Lebensform der marginalisierten Gruppen darstellen sollte. Da von der Transformationskrise und den Verarmungstendenzen vor allem der ländliche Raum und insbesondere kleine Dörfer betroffen sind, ist zu erwarten, dass die Kohabitation eine stärker ländliche Lebensform ist.
Die Stadt-Land-Verteilung des unverheirateten Zusammenlebens entspricht den Erwartungen der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs. Nichteheliche Lebensgemeinschaften sind ein primär städtisches Phänomen. Mit Ausnahme von Somogy liegt der Anteil der Konsensualpaare in den Städten mit Komitatsrecht überall über den im ländlichen Raum und den Kleinstädten erhobenen Prozentsätzen. In den meisten Komitaten ist der Stadt-Land-Gradient jedoch schwächer ausgeprägt als beispielsweise in Österreich (Karte 15). In sozioökonomisch benachteiligten Komitaten wie Somogy oder Szabolcs-Szatmár-Bereg könnte dies auf eine unterschiedliche Bedeutung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften in urbanen und ländlichen Kontexten zurückzuführen sein und auf eine Parallelität von SDT (in den Städten) und ‚*Crisis behaviour*' (im ländlichen Raum) hindeuten. Anders als nach den Grundsätzen der Innovations-Diffusions-Theorie zu erwarten, ist jedoch keine Gesetzmäßigkeit erkennbar, nach der der Anteil der Konsensualpaare an den Paarhaushalten mit der Siedlungsgröße zunimmt (Abbildung 58) – offensichtlich wird dieser Indikator stärker durch historische Pfadabhängigkeiten und lokale Besonderheiten beeinflusst als durch die Einwohnerzahl.

Auffällig ist die starke Verbreitung des unverheirateten Zusammenlebens in den sozialistischen Industriestädten Dunaújváros und Tatabánya; berücksichtigt man zusätzlich den ausgeprägten Stadt-Land-Gradient im Komitat Komárom-Esztergom, deutet sich an, dass das starke Bevölkerungswachstum während der „sozialistischen Industrialisierung" in diesen Städten einen Abbau sozialer Barrieren gegen das unverheiratete Zusammenleben gefördert hat, die in anderen Großstädten, beispielsweise in Nyíregyháza, bis heute die quantitative Bedeutung nichtehelicher Lebensgemeinschaften begrenzen. Auch die regionalen Disparitäten beim Anteil unverheirateter Paare spielten eine Rolle. Im Komitat Győr-Moson-Sopron kann das Gefälle im Anteil der Konsensualpaare zwischen Győr und Sopron auf der einen und den ländlichen Siedlungen und Kleinstädten auf der anderen Seite dahingehend interpretiert werden, dass diese Städte die Brückenköpfe der Modernisierung des Familienbildungsverhaltens in einer in demographischer


Karte 15
Österreich und Ungarn
Stadt-Land-Unterschiede des Anteils nichtehelicher Lebensgemeinschaften 2001
TSCHECHIEN
SLOWAKEI
UKRAINE
RUMÄNIEN
JUGOSLAWIEN
KROATIEN
SLOWENIEN
ITALIEN
SCHWEIZ
DEUTSCHLAND
L.
Bodensee
k.a.
Krems a.d. Donau
Eisen-stadt
Rust
Sopron
Wiener Neustadt
Waidhofen/ Ybbs
St. Pölten
Linz
Wels
Steyr
Salzburg
ÖSTERREICH
Graz
Klagenfurt
Villach
Innsbruck
Szombathely
Zalaegerszeg
Nagykanizsa
Győr
Tatabánya
Salgótarján
Miskolc
Nyíregyháza
Eger
Debrecen
UNGARN
Budapest
Veszprém
Dunaújváros
Székesfehérvár
Szolnok
Kecskemét
Szekszárd
Kaposvár
Pécs
Békéscsaba
Hódmezővásárhely
Szeged
Anteil nichtehelicher Partnerschaften an allen Paar-Familien
städtisch* ländlich %
16,3 - 17,6
14,0 - 16,3
11,6 - 14,0
9,3 - 11,6
unter 9,3
* einschließlich Wien und Budapest
Überschuss nichtehelicher Lebensgemeinschaften in städtischen Gebieten
Anteil der städtischen Gebiete an allen nichtehelichen Lebensgemeinschaften der Region minus Anteil der städtischen Gebiete an allen Paar-Familien
%
11,7
10
5
0
-2,5
k.a. keine Angabe
Staatsgrenze
Verwaltungsgrenze (Österreich: Länder, Ungarn: Komitate)
0 50 100 km
Autor: T. Leibert
Kartografie: P. Mund
© Leibniz-Institut für Länderkunde 2008/14
Quelle: eigener Entwurf; Datenquellen: KSH 2003a, Statistik Austria 2005a

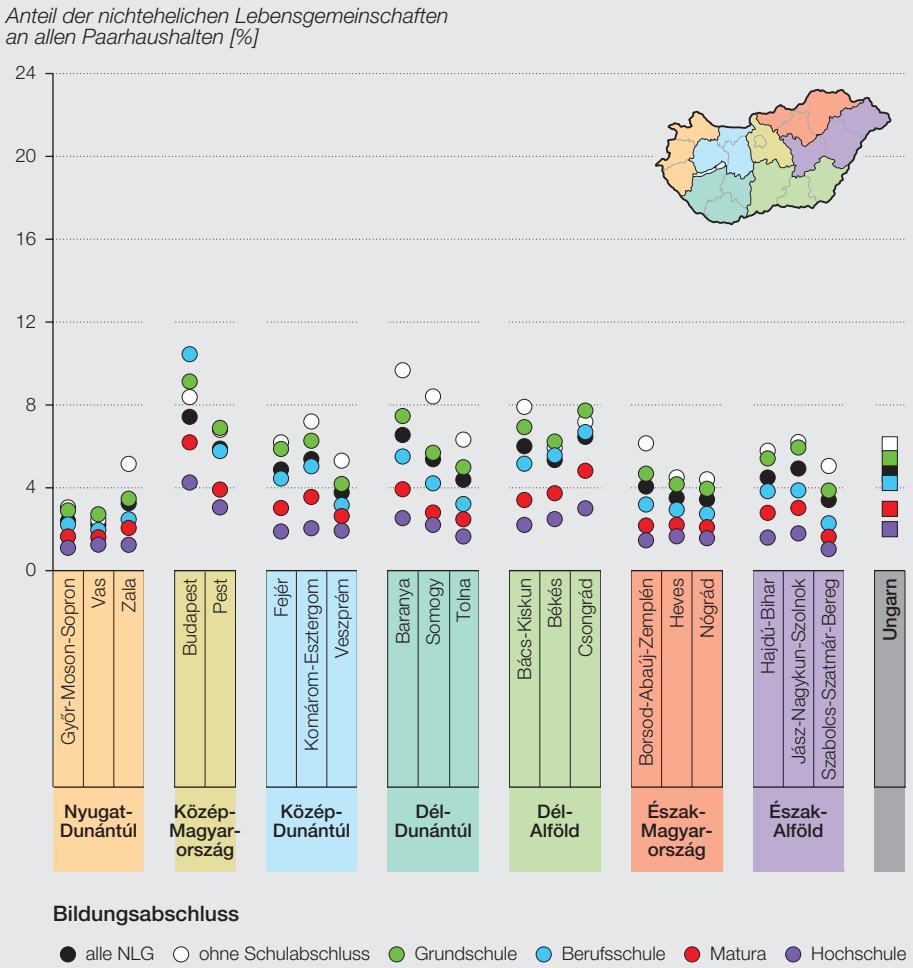
58 Ungarn – Städte mit Komitatsrecht
Einwohnerzahl und Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften 2001



Hinsicht traditionellen Region darstellen. Aus der nationalen Perspektive fällt dieser Modernisierungsvorsprung angesichts des geringen Anteils nichtehelicher Lebensgemeinschaften in Westtransdanubien kaum ins Gewicht.

Bei der kurz nach dem Systemwechsel durchgeführten Volkszählung 1990 treten als Hochburgen des unverheirateten Zusammenlebens Mittelungarn, die Südliche Tiefebene und das Komitat Baranya hervor, während in Westtransdanubien nichteheliche Lebensgemeinschaften eine *Quantité négligeable* waren (Abbildung 59). Bei den Konsensualpaaren ließ sich ein negativer Bildungsgradient festzustellen. Von Budapest abgesehen war in allen Komitaten der Anteil der Lebenspartnerinnen bei Frauen ohne Schulabschluss oder mit maximal primärem Bildungsniveau am höchsten. Besonders stark ausgeprägt war der Charakter der Kohabitation als Lebensform marginalisierter Bevölkerungsgruppen in Südtransdanubien. Als eine erste Manifestation des Zweiten Demographischen Übergangs auf insgesamt niedrigem Niveau kann der überproportionale Anteil der Konsensualpartnerinnen bei Frauen mit sekundärem Bildungsniveau in Budapest und Csongrád interpretiert werden. Ein ähnliches Muster ist auch bei den Akademikerinnen erkennbar. Dies stützt die eingangs formulierte These, dass diese beiden Regionen die Innovationszentren demographischer Neuerungen in Ungarn darstellen. Die Daten für das Komitat Pest deuten auf eine gewisse Ausstrahlung des Wandels des generativen Verhaltens von der Hauptstadt auf ihr Umland hin. Budapest

59 Ungarn – Bildungsabschluss von Frauen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften (NLG) 1990 nach Regionen und Komitaten

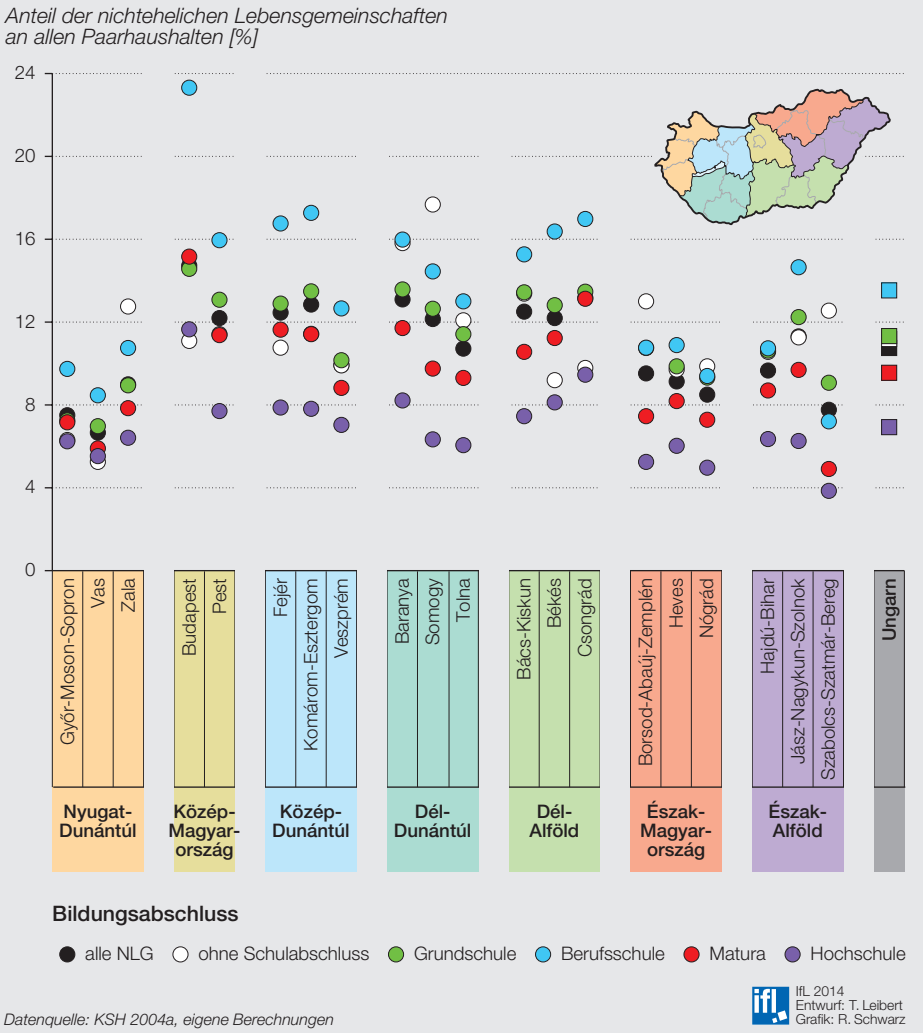


Datenquelle: KSH 1992b-u, eigene Berechnungen

hebt sich klar vom Mittelwert ab, während der Modernisierungsvorsprung von Csongrád eher moderat war.

Im Lauf der 1990er Jahre ist die quantitative Bedeutung des unverheirateten Zusammenlebens angestiegen (Abbildung 60). Der Prozentsatz der in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebenden Frauen liegt mittlerweile in den Regionen Közép-Magyarország, Dél-Dunántúl, Közép-Dunántúl und Dél-Alföld auf einem recht einheitlichen Niveau. Von diesem Muster weicht das Komitat Veszprém ab, das kulturell stärker an West- als an Mitteltransdanubien orientiert zu sein scheint, und ein „traditionelleres" Muster des generativen Verhaltens zeigt als die anderen mittleltransdanubischen Komitate. Auch Budapest fällt nach wie vor als Ausreißer nach oben ins Auge, allerdings nicht

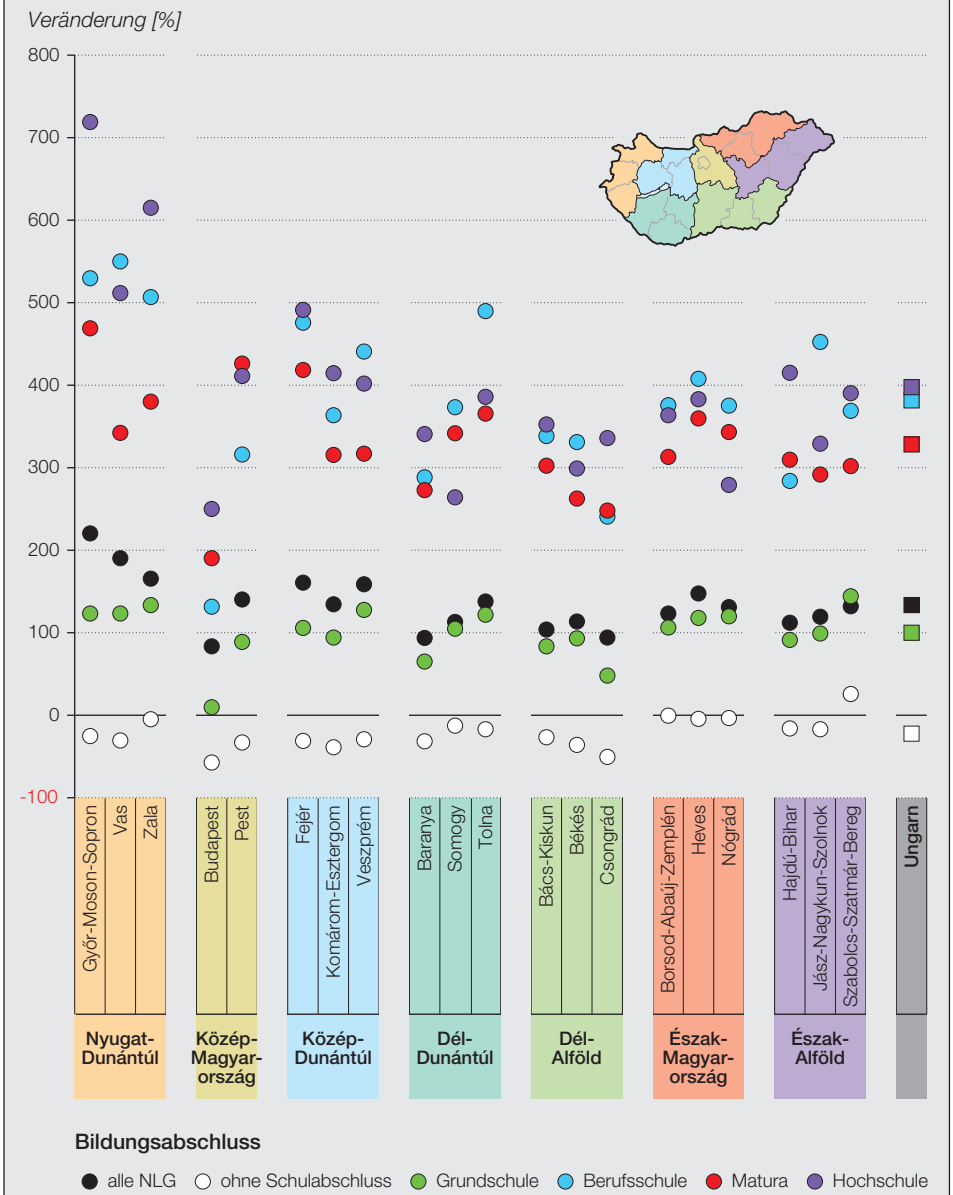
60 Ungarn – Bildungsabschluss von Frauen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften (NLG) 2001 nach Regionen und Komitaten



Datenquelle: KSH 2004a, eigene Berechnungen

mehr so stark wie 1990. Der beim letzten Zensus klar erkennbare negative Bildungsgradient ist nicht mehr festzustellen. In den meisten Komitaten ist die Wahrscheinlichkeit, in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft zu leben, bei Frauen mit Berufsschulabschluss am höchsten. Der Charakter von Budapest und Csongrád als Innovationszentren des SDT zeigt sich 2001 neben dem überdurchschnittlichen Anteil von in einer NLG lebenden Hochschulabsolventinnen vor allem darin, dass der Prozentsatz der Konsensualpartnerinnen ohne Schulabschluss deutlich unter dem regionalen Mittel liegt. Nichteheliche Lebensgemeinschaften sind damit in beiden Regionen stärker „in der Mitte der Gesellschaft" verankert als in den anderen Landesteilen.

61 Ungarn – Nichteheliche Lebensgemeinschaften (NLG) nach dem Bildungsabschluss der Partnerin 1990/2001 – nach Regionen und Komitaten

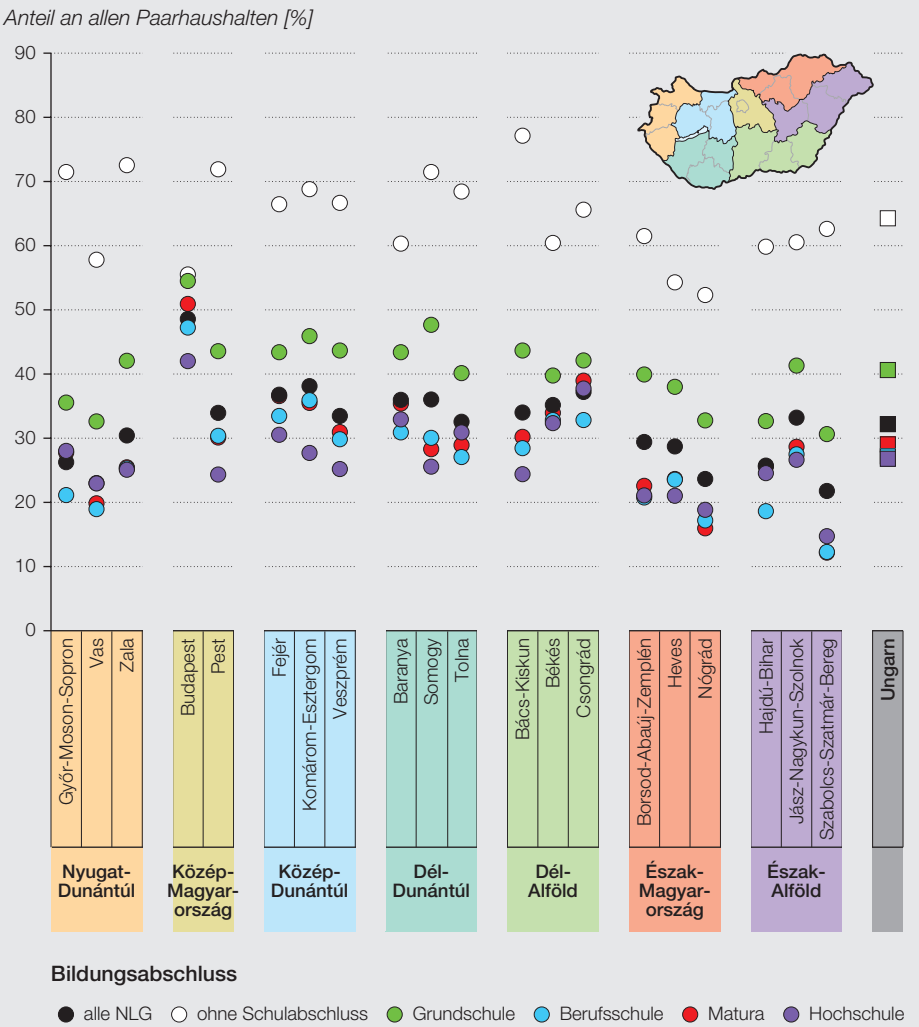


Datenquelle: KSH 1992b-u, 2004a; eigene Berechnungen

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: R. Schwarz

Die Entwicklung der Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften nach dem Bildungsniveau der Partnerin (Abbildung 61) entspricht den Erwartungen der Theorie des

62 Ungarn – Nichteheliche Lebensgemeinschaften (NLG) nach dem Bildungsabschluss des Haushaltsvorstands (Altersgruppe 15-29) 2001 – nach Regionen und Komitaten



Datenquelle: KSH 2004a, eigene Berechnungen

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: R. Schwarz

Zweiten Demographischen Übergangs. Bei Frauen ohne abgeschlossene Schulbildung ist die Zahl der unverheiratet mit ihrem Partner zusammenlebenden Frauen rückläufig, während die Zahl der Hochschulabsolventinnen, die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben, besonders stark gewachsen ist. Dies deutet darauf hin, dass sich derzeit zwei Muster überschneiden. Die „sozialistische" Form der unverheirateten Kohabitation marginalisierter Bevölkerungsgruppen und das Muster des SDT, bei dem vor allem Personen mit höherem Bildungsniveau ohne Trauschein zusammenleben. Diese Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Typen nichtehelicher Lebensgemeinschaften, die ei-

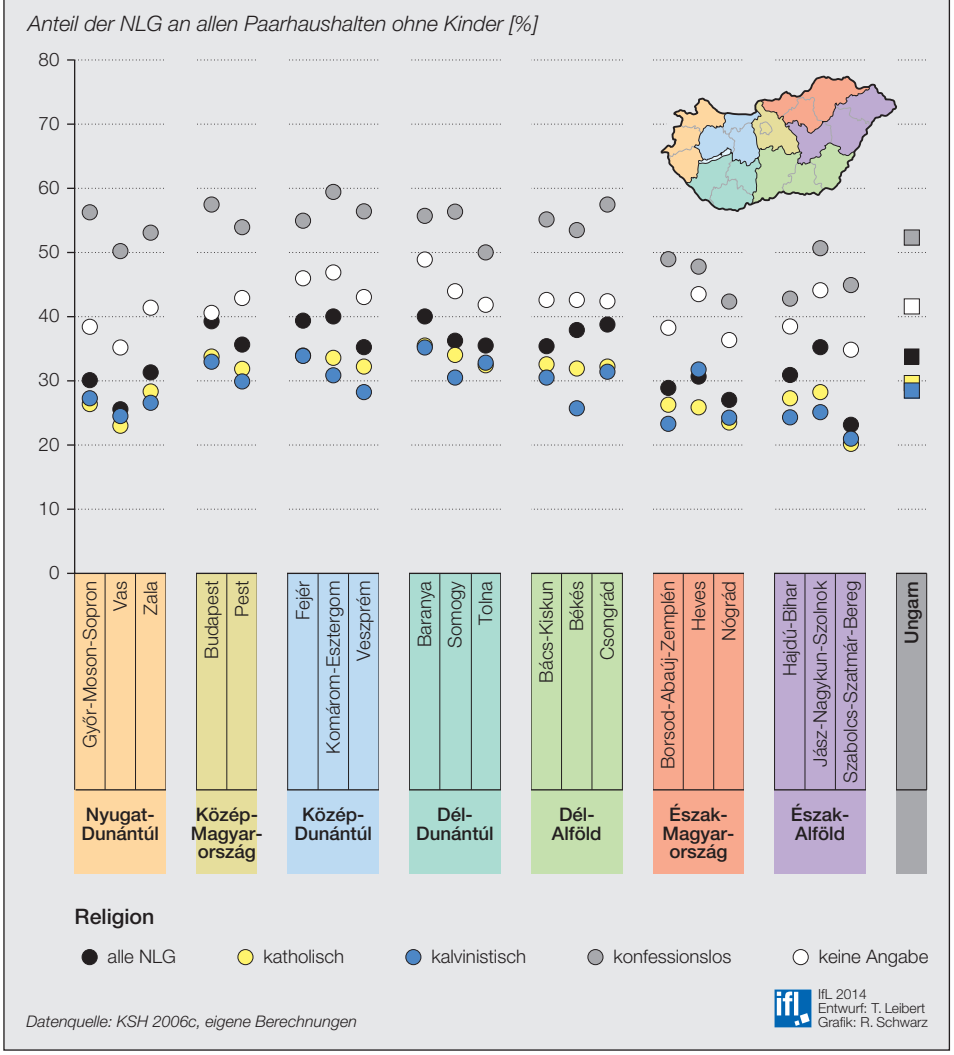
ner gegensätzlichen sozialen Logik folgen, dürfte der Grund dafür sein, dass die von der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs postulierte Richtung der Ausbreitung demographischer Innovationen auf dem Kopf zu stehen scheint, was Kritiker des Konzepts zum Anlass nehmen, dessen Gültigkeit für die MOE-Staaten in Frage zu stellen. Die Kohabitation scheint sich nicht wie erwartet *‚top-down'*, also von den wohlhabenden und gebildeten Bevölkerungsgruppen ausgehend in der sozialen Hierarchie nach unten, sondern *‚bottom-up'* auszubreiten. Damit würden in den Transformationsstaaten benachteiligte Gruppen die Träger des Wandels der Familienformen sein und damit den Boden für eine breitere Akzeptanz alternativer Lebens- und Familienformen in der Gesamtgesellschaft bereiten (Frejka et al. 2008: 10).
Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass sich ein Verhalten, dem der Geruch der sozialen Devianz anhaftet, von marginalisierten Bevölkerungsgruppen auf den Rest der Bevölkerung ausbreitet, zumal die Verbreitung einer Innovation die Existenz von Kommunikationswegen zwischen den ‚Leadern' und der Gesamtgesellschaft voraussetzt (Reichart 1999: 154-159). Das Dilemma des nicht theoriekonformen Diffusionsprozesses des unverheirateten Zusammenlebens wirft ein Schlaglicht auf das grundlegende Problem, dass viele Studien davon ausgehen, dass nichteheliche Lebensgemeinschaften eine einheitliche Lebensform sind. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass dies nicht der Fall ist. Es ist daher eher davon auszugehen, dass verschiedene, qualitativ unterschiedliche Formen des unverheirateten Zusammenlebens zur gleichen Zeit existieren. Dies würde bedeuten, dass sich nicht die Innovation „Kohabitation" kontraintuitiv *‚bottom-up'* ausbreitet, sondern dass verschiedene Diffusionsprozesse parallel ablaufen. In Abschnitt 8.2.3. wurde bereits gezeigt, dass nichteheliche Lebensgemeinschaften hochgebildeter Frauen häufig kinderlos bleiben, während Ungarinnen ohne Schulabschluss oder mit primärem Bildungsniveau mit ihrem Lebenspartner zumeist auch gemeinsame Kinder haben. Die These, dass unverheiratetes Zusammenleben in verschiedenen Bildungsgruppen eine unterschiedliche soziale Bedeutung hat, vertritt auch Hamplová (2005: 20-21). Sie zeigt, dass Konsensualpaare bei Personen mit hohem Bildungsstand bildungshomogamer sind als Ehen, während bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften, in denen Frauen und Männer mit niedrigem Bildungsniveau leben, das Gegenteil der Fall ist. Sie folgert daraus, dass das unverheiratete Zusammenleben in dieser Gruppe eher die Folge einer ungünstigen Position auf dem Heiratsmarkt ist als eine bewusst gewählte individualistische Lebensform. Wir hatten bereits in Kapitel 3 festgestellt, dass an eine(n) Ehepartner(in) höhere Ansprüche gestellt werden als an eine(n) Lebenspartner(in). Nichteheliche Lebensgemeinschaften passen zudem besser zur von unsicheren Berufsaussichten und befristeten, gering bezahlten Arbeitsverhältnissen geprägten Lebenswirklichkeit junger Menschen in der Ära der Globalisierung als die Ehe (Róbert & Bukodi 2002: 15-17).

In Ungarn überlagern sich derzeit zwei Prozesse: Das „sozialistische" Muster des unverheirateten Zusammenlebens ist auf dem Rückzug, erkennbar daran, dass die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften bei Personen mit niedrigem Bildungsniveau stagniert oder rückläufig ist (wenngleich von einem sehr hohen Niveau ausgehend). An Bedeutung gewinnt parallel das „moderne" Muster, die unverheiratete, zumeist kinderlose Kohabitation Hochqualifizierter. Besonders deutlich ist der Rückgang des Zusammenlebens ohne Trauschein bei Frauen ohne Schulabschluss in Budapest und im Komitat Csongrád ausgefallen; in beiden Raumeinheiten war auch der Anstieg bei Frauen mit primärem Bildungsniveau am niedrigsten (Abbildung 61). Dies deutet darauf hin,

dass in Budapest und Csongrád der Übergang vom „sozialistischen" zum modernen Muster nichtehelicher Lebensgemeinschaften am weitesten fortgeschritten ist. In den Komitaten Borsod-Abaúj-Zemplén, Heves, Jász-Nagykun-Szolnok, Nógrád, Somogy und Szabolcs-Szatmár-Bereg, deren generatives Verhalten stärker vom ‚*Crisis behavior*' bestimmt ist, stagniert die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften bei Frauen ohne Schulabschluss und nicht die Akademikerinnen, sondern die Berufsschulabsolventinnen sind die Gruppe mit dem größten Zuwachs.

Bevor der Frage nachgegangen wird, wie sich die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft auf die Wahrscheinlichkeit, ohne Trauschein mit einem Partner zusammenzuleben, auswirkt, soll noch ein kurzer Blick auf die partnerschaftlichen Lebensformen

63 Ungarn – Nichteheliche Lebensgemeinschaften (NLG) ohne Kinder nach der religiösen Selbsteinstufung der Partnerin 2001 – nach Regionen und Komitaten

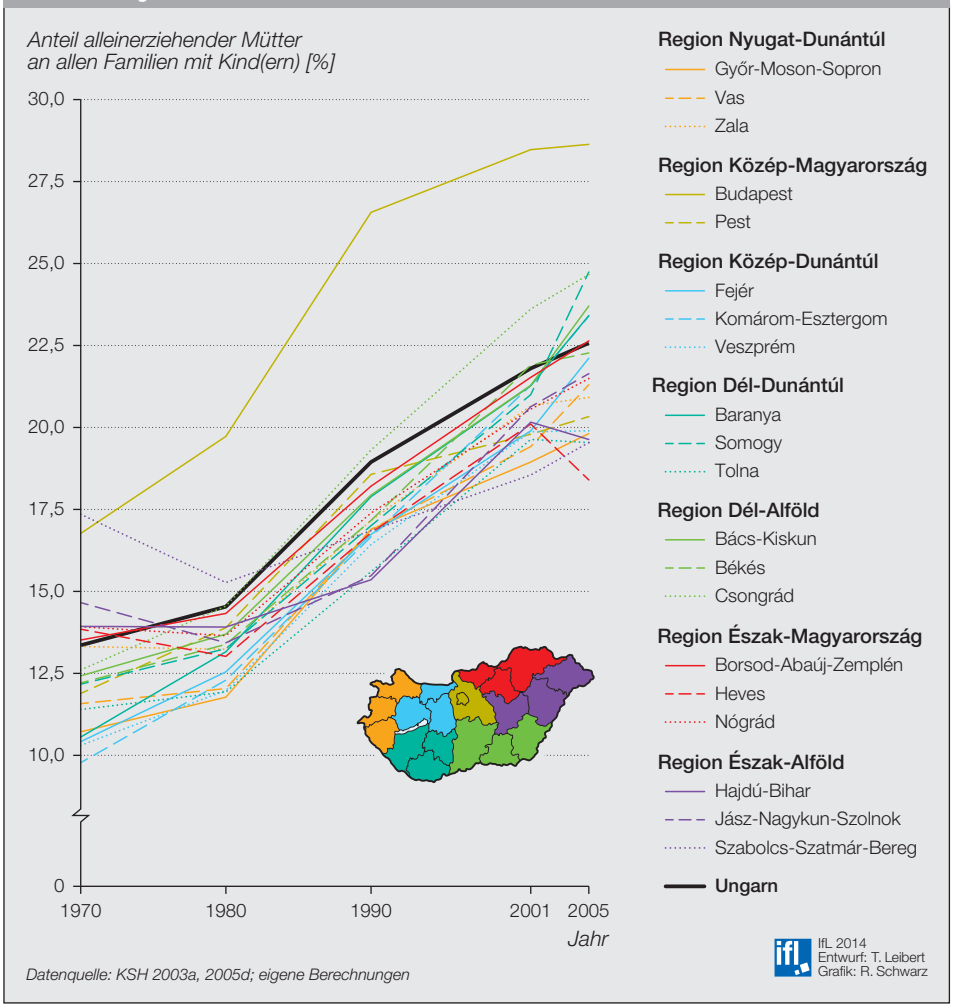


Datenquelle: KSH 2006c, eigene Berechnungen

junger Männer geworfen werden. Aus Abbildung 62 geht hervor, dass zwischen einem Drittel und einem Viertel der mit einer Partnerin zusammenlebenden jungen Männer eine nichteheliche Lebensgemeinschaft führt; in Budapest sogar knapp die Hälfte. Außer in der Hauptstadt, wo die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen verhältnismäßig gering sind, ist dabei festzustellen, dass von den Männern mit niedrigem Bildungsniveau ein überdurchschnittlicher Prozentsatz in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebt. Ein eindeutig negativer Bildungsgradient ist jedoch nicht erkennbar, da sich die Anteile bei Männern mit primärem und tertiärem Bildungsniveau nur wenig unterscheiden. Die große Verbreitung des unverheirateten Zusammenlebens bei bildungsfernen jungen Männern verdeutlicht die problematische Lage dieser Bevölkerungsgruppe auf dem Heiratsmarkt. Dies stützt die These von Oppenheimer (vgl. Abschnitt 3.1.3), dass der Rückgang der Heiratsneigung nicht zuletzt auf die zunehmend ungünstige Situation junger Männer auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen ist. Dazu passt, dass der Prozentsatz der Ehemänner ohne Schulabschluss in Budapest mit am höchsten ist; angesichts der geringen Arbeitslosigkeit scheinen in der Hauptstadt die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für gering qualifizierte junge Männer günstig genug zu sein, um „heiratsfähig" zu werden. Mit Oppenheimers Thesen weniger gut vereinbar ist die Tatsache, dass das wirtschaftlich schwer gebeutelte Komitat Nógrád sowohl in der Gruppe der Männer ohne Schulabschluss als auch bei denjenigen mit primärem Bildungsniveau den niedrigsten Prozentsatz von Konsensualpartnern aufweist. Dies deutet darauf hin, dass ökonomische Faktoren nur einen Teil der gesellschaftlichen Realität erklären können.

Abbildung 63 zeigt, dass die Kohabitation bei konfessionslosen Frauen weitaus stärker verbreitet ist als bei Katholikinnen oder Protestantinnen. In den katholisch geprägten Komitaten Westtransdanubiens ist die Diskrepanz zwischen Konfessionslosen und kirchenverbundenen Personen besonders ausgeprägt. Vor allem Győr-Moson-Sopron, wo der Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften insgesamt weit unter dem Landesdurchschnitt liegt, gehört bei den Konfessionslosen zur Spitzengruppe. Dies unterstreicht, dass das Profil der unverheirateten Paare in diesem wirtschaftsstarken Komitat den Erwartungen des SDT entspricht. Im Gegensatz dazu ist in Ostungarn, insbesondere in den Komitaten Hajdú-Bihar und Nógrád der Unterschied zwischen säkularisierten und religiös gebundenen Frauen eher gering. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass sich auch Personen ohne religiöse Bindungen dem pronuptialischen Normensystem stärker unterordnen als in Westungarn. Die regionale Subkultur Westtransdanubiens, die ein konventionelles Familienbildungsverhalten stützt, ist stärker an die Religion geknüpft als in Nordungarn und der Nördlichen Tiefebene. Dort ist auch für viele potentielle SDT-Innovatoren die Kosten-Nutzen-Bilanz alternativer Lebensformen negativ. Im Gegensatz zu den in Abschnitt 7.3 geäußerten Erwartungen sind Protestantinnen keineswegs offener gegenüber alternativen Lebensformen als Katholikinnen. Im Gegenteil: In fast allen Komitaten ist die Wahrscheinlichkeit, dass kalvinistische Frauen in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben, geringer als bei Katholikinnen, allerdings ist der Unterschied zwischen den beiden Gruppen generell sehr gering. Tendenziell ist die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen, die sich einer Religionsgemeinschaft zugehörig fühlen, ohne Trauschein zusammenleben, in stärker säkularisierten Komitaten höher ist als in katholisch geprägten Komitaten. Diese Faustregel gilt nicht für Bács-Kiskun und Südtransdanubien, die ähnliche Werte aufweisen wie die stärker säkularisierten Komitate, obwohl ein großer Anteil der Bevölkerung sich selbst als Katholiken einstuft.

64 Ungarn – Anteil alleinerziehender Mütter an allen Familien mit Kind(ern) 1970 - 2005 nach Regionen und Komitaten



Datenquelle: KSH 2003a, 2005d; eigene Berechnungen

Das regionale Muster der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kind ist weitgehend vergleichbar – wenn auch auf erheblich niedrigerem Niveau, was darauf hindeutet, dass ein Kinderwunsch oder eine Schwangerschaft auch für nicht religiöse Bevölkerungsgruppen eine wichtige Motivation zur Heirat ist. Von der allgemeinen Vergleichbarkeit gibt es allerdings eine wichtige Ausnahme: Budapest, Csongrád und Győr-Moson-Sopron, die bei den kinderlosen Lebensgemeinschaften konfessionsloser Frauen zu den Komitaten mit den höchsten Werten gehören, liegen beim unverheirateten Zusammenleben *mit* Kindern im Bereich des Durchschnitts oder sogar darunter. Dies kann als ein weiteres Indiz für den oben angesprochenen „modernen" Charakter nichtehelicher Lebensgemeinschaften gewertet werden.

8.6 Alleinerziehende Mütter

Der Bedeutungsgewinn der Einelternfamilien setzte in Ungarn bereits in den 1970er Jahren ein und verstärkte sich in den 1980er Jahren (Abbildung 64). Eine Ausnahme von diesem Muster war die Nördliche Tiefebene, wo der Zuwachs recht gering ausgefallen ist. Für 1970 ist noch ein Muster erkennbar, wonach der Anteil der Einelternfamilien ein West-Ost-Gefälle aufweist, das lediglich von den hohen Werten in Budapest durchbrochen wird. Dieses Muster entspricht – von der Hauptstadt abgesehen – grob dem wirtschaftlichen West-Ost-Gradienten, wofür auch die relativ hohen Anteile von Einelternfamilien in den wirtschaftsschwachen Komitaten Somogy und Zala sprechen. Zwischen 1970 und 1980 veränderte sich die Geographie der Einelternfamilien. In den Regionen Észak-Alföld und Észak-Magyarország ging, mit Ausnahme von Borsod-Abaúj-Zemplén, der Prozentsatz allein erziehender Mütter an den Familien mit Kind zurück, während in Mitteltransdanubien und den Komitaten Baranya und Csongrád deutliche Zuwächse festzustellen waren. Diese Entwicklung kann dahingehend interpretiert werden, dass es wie bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften auch eine „traditionelle“ und eine „moderne“ Form der Einelternfamilien mit einer unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedeutung gibt. Erstere hat sich in Nord- und Ostungarn am längsten gehalten, während Budapest als primäres Innovationszentrum der „modernen“ Form fungiert. Dieses Muster stabilisierte sich in den 1980er Jahren. Csongrád tritt klar als sekundäres Innovationszentrum der Modernisierung des Familienbildungsverhaltens hervor, mit einem gewissen Abstand folgen Baranya und Pest, während die Komitate der Nördlichen Tiefebene und Tolna den „traditionellen“ Gegenpol bilden. Bemerkenswert ist der starke Zuwachs im tendenziell demographisch konservativen Westtransdanubien. Von der überdurchschnittlichen Steigerung in Hajdú-Bihar und Jász-Nagykun-Szolnok abgesehen, hat sich das regionale Muster des Anteils der Einelternfamilien in den 1990er Jahren verfestigt. Nach der Jahrtausendwende wird das Bild nuancierter. Während der Anteil der Einelternfamilien in den Innovationszentren Budapest und Csongrád nur geringfügig gestiegen ist, sind in den Komitaten Baranya und Somogy bedeutende Zuwächse festzustellen. Auch in Fejér und Komárom-Esztergom ist der Prozentsatz allein erziehender Mütter deutlich gewachsen. Von dieser Entwicklung abgekoppelt ist Veszprém, das auch bei diesem Indikator den westtransdanubischen Komitaten Győr-Moson-Sopron und Vas immer ähnlicher wird.

Ein eindeutiger Zusammenhang von steigenden Scheidungsraten und der Zunahme des Anteils allein erziehender Mütter ist nicht erkennbar. Tendenziell ist der Zuwachs in Komitaten mit stark gestiegenen Scheidungsraten (Bács-Kiskun, Nógrád und Vas) und in Regionen mit traditionell hoher Scheidungswahrscheinlichkeit (Komárom-Esztergom und Somogy) am höchsten. Einen unterdurchschnittlichen Zuwachs des Alleinerzieherinnenanteils weisen dagegen sowohl die Region mit der zweithöchsten Scheidungsrate – Budapest – als auch das Komitat mit der niedrigsten Scheidungsrate – Szabolcs-Szatmár-Bereg – auf (Karte 14). Die Ursache dafür, dass sich steigende Scheidungsraten auf regionaler Ebene nicht automatisch in einer Steigerung des Anteils allein erziehender Mütter niederschlagen, liegt möglicherweise in einem Wandel des Scheidungsverhaltens. Zwischen 1990 und 2005 ist der Anteil kinderloser Paare an den Geschiedenen von 29,5% auf knapp 39% gestiegen;[126] der Anteil der Paare, die nach mehr als 15 Ehejahren

126 eigene Berechnung; Datenquelle: KSH (2006a: 35)

geschieden wurden, hat sich im gleichen Zeitraum von 29% auf 39% erhöht (KSH 2006a: 34). Eine wichtige Rolle bei der „Entkopplung" von Scheidung und Einelternfamilien spielen auch der Anstieg der Nichtehelichenquote und der Bedeutungsgewinn nichtehelicher Lebensgemeinschaften. In Gesellschaften, in denen eine Familiengründung außerhalb der Ehe stark stigmatisiert und selten ist, stellt die Auflösung einer Ehe durch Scheidung oder Verwitwung die wichtigste Ursache für die Entstehung von Einelternfamilien dar. Durch die Pluralisierung der Lebensformen werden auch die Entwicklungspfade, die dazu führen, dass das Kind nicht mit beiden biologischen Elternteilen zusammenlebt, vielfältiger. Folgende Punkte sollen noch einmal betont werden:

- Die Entwicklung des Anteils der Einelternfamilien folgt nach 1980 im Wesentlichen dem gleichen räumlichen Muster wie die der anderen SDT-Indikatoren. Eine Korrelation zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Zahl der Alleinerziehenden ist nicht festzustellen. Im Gegenteil: Das Komitat Szabolcs-Szatmár-Bereg, das in sozialistischer Zeit nach der Hauptstadt den höchsten Anteil von Einelternfamilien aufwies, gehört mittlerweile zu den Komitaten mit den niedrigsten Werten. Der Anteil der allein erziehenden Mütter ist *auf der Makroebene*[127] ein Merkmal der demographischen Modernisierung und kein Indikator für eine wirtschaftliche Krisensituation.
- Die Zunahme von Einelternfamilien begann bereits in den 1980er Jahren. Das Jahr 1990 markiert keine Trendwende, es haben sich lediglich die in der spätsozialistischen Zeit angelegten Entwicklungsmuster fortgesetzt.
- Auch bei diesem Indikator scheint der demographische Innovationsprozess nicht der Struktur des Städtesystems zu folgen. Die Komitate Csongrád und Baranya mit Szeged und Pécs stellen das sekundäre und tertiäre Innovationszentrum dar. Hajdú-Bihar mit Debrecen, der traditionellen Nummer zwei im ungarischen Städtesystem, gehört dagegen zu den Komitaten mit einem eher zögerlichen Bedeutungsgewinn der Einelternfamilien. Angesichts der starken internen Disparitäten im Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén ist die Rolle von Miskolc, der drittgrößten Stadt Ungarns, nicht eindeutig zu greifen. Wahrscheinlich ist, dass sich die „traditionelle" Form, deren Raummuster sich stärker an das der ökonomischen Deprivation anlehnt, und die „moderne" Form, die dem Raummuster der demographischen Modernisierung folgt, überlagern.

8.7 Das generative Verhalten der Roma

Die Roma sind ein sehr heterogenes Volk mit zahllosen Untergruppen,[128] die sich durch sozioökonomische, kulturelle, religiöse und/oder sprachliche Besonderheiten unterscheiden. Gleichzeitig sind sich wandelnde und überlappende Identitäten charakteristisch für die Roma. So ist es nicht ungewöhnlich, sich gleichzeitig als Mitglied

127 Das bedeutet nicht, dass Einelternfamilien auf der *Individualebene* einem geringeren Risiko von Armut und sozioökonomischer Benachteiligung ausgesetzt wären. Spéder und Kapitány (2005: 25) zufolge sind Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern stärker als andere Familienformen von Einkommensarmut und mangelnden Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben betroffen. Bei demographischen Zusammenhängen kommt es häufiger vor, dass sich das Vorzeichen ändert, wenn man von der Aggregat- auf die Individualebene wechselt. Dies gilt beispielsweise für den Zusammenhang von TFR und Heiratsalter bzw. Erstheiratsrate, der in Europa auf der Individualebene negativ, auf der nationalen Ebene hingegen positiv ist (Sobotka & Toulemon 2008: 127)

128 Zu den in Ungarn lebenden Romagruppen siehe Kemény (2002b).

einer spezifischen Subgruppe, als Rom und als Mitglied der regionalen bzw. nationalen Mehrheitsgesellschaft zu verstehen (Schüler 2006: 195). Die verschiedenen Subgruppen unterscheiden sich in ihrem Familienbildungsverhalten deutlich (Janky 2006: 140-141). Generell weist das generative Verhalten der Roma gleichzeitig Elemente des Ersten und des Zweiten Demographischen Übergangs auf. Einerseits zeichnet sich diese Bevölkerungsgruppe durch hohe Geburten- und Sterberaten bei starkem natürlichem Bevölkerungswachstum aus (Matlovič 2006: 96), was im Modell des Ersten Demographischen Übergangs – je nach Entwicklungstrend von Fertilität und Mortalität – der früh- oder mitteltransformativen Phase entsprechen würde (Bähr 2010[5]: 208). Andererseits sind uneheliche Geburten und nichteheliche Lebensgemeinschaften, die als Kennzeichen für den SDT gelten, weit verbreitet. Im folgenden Abschnitt soll im Anschluss an einen Überblick zum generativen Verhalten den Fragen nachgegangen werden, wie der Widerspruch zwischen „modernen" und „traditionellen" Elementen des generativen Verhaltens aufgeklärt werden kann und ob hinter der hohen Fertilität der Roma eine ökonomische Rationalität steckt. Abschließend wird überprüft, ob die Besonderheiten im Familienbildungsverhalten Auswirkungen auf die multivariaten Analysen im folgenden Kapitel haben könnten. Es ist nicht Ziel dieses Abschnitts, eine detaillierte Analyse des generativen Verhaltens der Roma durchzuführen.

8.7.1 Fruchtbarkeit

Das generative Verhalten der Roma ist gekennzeichnet durch eine frühe und universelle Familiengründung, hohe Fertilität, äußerst niedrige Kinderlosigkeit und das Fehlen der Zwei-Kind-Norm (Sobotka et al. 2008: 425). Den Zahlen der Volkszählung 2001 zufolge liegt der Anteil der Romnija mit mindestens vier Kindern deutlich über 20%, während bei den ethnischen Ungarn eine so große Zahl an Nachkommen die absolute Ausnahme ist. Auffällig sind die ausgeprägten regionalen Disparitäten im Anteil der kinderreichen Romnija. In Budapest hat nur jede Zehnte mehr als vier Kinder, im Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén liegt der Prozentsatz der kinderreichen Romnija dagegen bei knapp 30%. Erhebliche Unterschiede zwischen ethnischen Ungarinnen und Romnija bestehen auch bei der Kinderlosigkeit (Tabelle 30). Bei der Interpretation der Daten in Tabelle 30 ist die jüngere Altersstruktur der Romnija zu berücksichtigen. Die jüngeren Altersgruppen sind angesichts der höheren Geburtenraten stärker besetzt, wodurch die Werte nicht direkt vergleichbar sind. Leider liegen die Zensusdaten zur Fruchtbarkeit der ethnischen Gruppen nicht nach Altersgruppen aufgeschlüsselt vor, so dass keine detaillierten Vergleiche möglich sind. Untersuchungen zur sozioökonomischen Situation der Roma zeigen jedoch, dass die Familiengründung in einem deutlich jüngeren Alter erfolgt als bei den ethnischen Ungarn und dass die endgültige Kinderlosigkeit äußerst niedrig ist (Janky 2006: 138).

Die zusammengefasste Geburtenrate der Roma liegt deutlich über derjenigen der Mehrheitsbevölkerung. Mit Ausnahme Südtransdanubiens wird in allen NUTS-2-Regionen das Bestandserhaltungsniveau übertroffen. Besonders fruchtbar sind Romnija im wirtschaftlich rückständigen Nordosten. Seit Beginn des Transformationsprozesses ist auch bei den Roma ein deutlicher Fertilitätsrückgang zu beobachten, insbesondere in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre (Abbildung 65). Dies könnte mit der empfindlichen Reduktion der staatlichen Transferleistungen für Familien im Rahmen des „Bokros-Pakets" (Spéder & Kamarás

Tab. 30 Ungarn
Kinderzahl von Ungarinnen und von Romafrauen im gebärfähigen Alter 2001 nach Komitaten

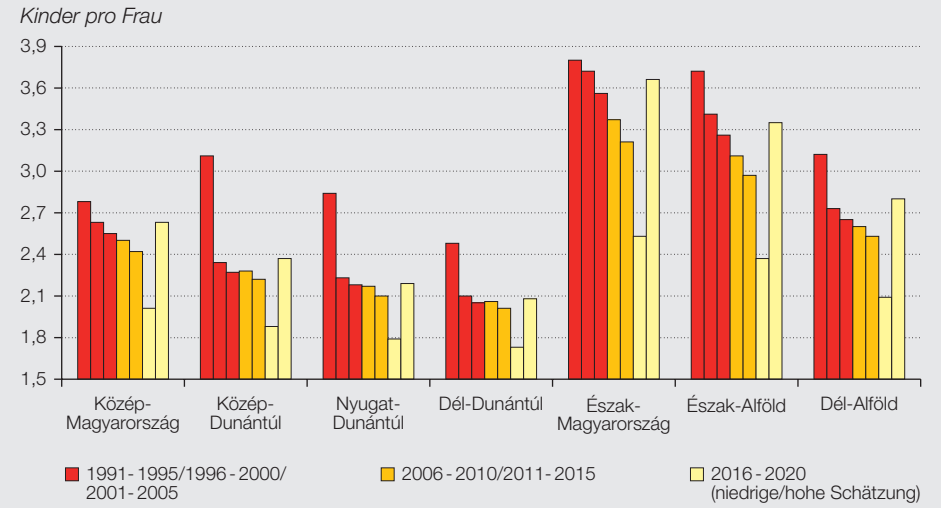
Komitat	Ungarinnen zwischen 15 und 49			Romnija zwischen 15 und 49		
	Anteil der Kinderlosen	Anteil der Frauen mit 4+ Kindern	Kinder pro 100 Frauen	Anteil der Kinderlosen	Anteil der Frauen mit 4+ Kindern	Kinder pro 100 Frauen
Budapest	47,8	1,5	91	29,0	10,0	162
Pest	35,5	3,1	126	22,0	22,1	224
Fejér	35,7	3,5	129	30,1	23,8	221
Komárom-Esztergom	34,4	3,0	128	28,4	22,4	218
Veszprém	35,7	3,0	129	27,3	22,2	214
Győr-Moson-Sopron	37,8	2,3	121	27,1	19,1	204
Vas	37,0	2,5	123	25,3	21,2	216
Zala	36,3	2,4	122	26,5	23,2	227
Baranya	36,5	2,6	121	23,0	15,6	199
Somogy	34,1	3,5	129	23,2	22,6	231
Tolna	32,6	3,4	134	23,6	17,9	209
Borsod-Abaúj-Zemplén	33,0	5,1	141	22,0	28,8	256
Heves	34,3	3,4	129	22,0	20,7	226
Nógrád	30,9	3,6	136	19,7	19,3	222
Hajdú-Bihar	36,9	3,7	130	23,5	26,6	242
Jász-Nagykun-Szolnok	33,5	4,3	136	24,3	24,8	230
Szabolcs-Szatmár-Bereg	32,2	5,1	146	22,3	26,6	246
Bács-Kiskun	34,6	3,2	129	21,9	20,9	222
Békés	34,3	3,8	131	26,2	23,1	217
Csongrád	39,8	2,5	114	26,1	14,2	188
Ungarn	**37,2**	**3,1**	**123**	**23,5**	**22,7**	**227**

Datenquelle: KSH 2005b, eigene Berechnungen

2008: 638; 650) zusammenhängen. Der Fertilitätsrückgang war in Transdanubien besonders stark ausgeprägt; im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts hat sich der rückläufige Trend jedoch abgeschwächt. Die TFR stagniert im Bereich des Bestandserhaltungsniveaus. Diese Trendänderung spricht für einen Einfluss der Familienpolitik auf das generative Verhalten der westlich der Donau lebenden Roma, da die 1998 neu gewählte konservative Regierung die familienpolitischen Sparmaßnahmen des „Bokros-Pakets“ wieder aufgehoben hat. In Mittel- und Nordungarn ist der Fertilitätsrückgang dagegen gradueller verlaufen. Anders als in Transdanubien hat sich der Rückgang der TFR auch nach der Jahrtausendwende fortgesetzt. Die familienpolitischen Rahmenbedingungen scheinen bei den in diesem Teil Ungarns lebenden Roma einen geringeren Einfluss auf das Gebärverhalten zu haben.

Trotz der Diskussion um niedrige Geburtenraten wird die hohe Fertilität der Roma in Ungarn als Problem gesehen. Das hat unter anderem dazu geführt, dass das familienpolitische Instrumentarium Bestimmungen enthält, die sozial schwache Gruppen mit vielen Kindern (allen voran die Roma) finanziell benachteiligen (Neményi & Takács 2006: 47; 54). Seit 1990 ist das Erstgeburtsalter bei sozial benachteiligten Romnija stetig gesunken. Im Gegensatz dazu ist bei besser integrierten Roma eine Tendenz zum Aufschub von

65 Ungarn – Fertilität der Roma 1991 - 2020 (Prognose) nach NUTS-2-Regionen



Datenquelle: Hablicsek 2007, S. 36, 39

Geburten und zu einer Reduzierung der Kinderzahl erkennbar. Das generative Verhalten dieser Gruppe passt sich zunehmend dem der ethnischen Ungarn an (Janky 2006: 133). Bei Roma, die unter besonders ungünstigen ökonomischen und sozialen Umständen in nord- und ostungarischen Dörfern leben, hat dagegen im Verlauf der 1990er Jahre eine deutliche Steigerung der Fruchtbarkeit der Frauen Anfang 20 stattgefunden. In dieser Gruppe ist auch der Anteil der Paare, die nicht verhüten, besonders hoch (Durst 2007: 91). Die Teenagerfertilität ist zwar rückläufig, aber immer noch ausgesprochen hoch. Zwischen 1999 und 2002 hat fast jede zweite Frau ihr erstes Kind vor ihrem 18. Geburtstag zur Welt gebracht (Janky 2006: 141). Bei den in Transdanubien und Budapest lebenden Roma ist dagegen eine deutliche Reduktion der Fruchtbarkeit festzustellen. Dies hängt mit den im Vergleich zum ländlichen Raum Nordostungarns besseren Aussichten, einen Arbeitsplatz zu finden, zusammen. Der Fruchtbarkeitsrückgang ist in Transdanubien stärker ausgefallen als in der Hauptstadt, obwohl die Arbeitsmarkt- und Einkommensverhältnisse für Roma in Budapest landesweit am günstigsten sind. Gleichzeitig scheint sich der allgemeine Fruchtbarkeitsrückgang der Roma in der Hauptstadtregion nur marginal auf die Teenagerfertilität auszuwirken. Der Rückgang der TFR der in und um Budapest lebenden Romnija von 4,3 auf 2,8 Kinder pro Frau im Verlauf der 1990er Jahre ist nicht darauf zurückzuführen, dass die Familiengründungsphase später beginnt, sondern vor allem darauf, dass sie früher endet (Janky 2006: 140-142).

Vor allem in Nordungarn wird die demographische Entwicklung in Zukunft stark vom generativen Verhalten der Roma abhängen. Schätzungen zufolge werden 2025 über 40% der potentiellen Mütter in dieser Region Roma sein (Hablicsek 2007: 49). Das zukünftige Fertilitätsniveau dieser Frauen wird stark davon abhängen, ob ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration soweit gelingt, dass sich das generative Verhalten dem

der Mehrheitsbevölkerung anpasst. Die große Schwankungsbreite der Prognosen für den Zeitraum 2016 bis 2020 in Abbildung 65 zeigt deutlich die unterschiedlichen Möglichkeiten. Im Falle einer günstigen Entwicklung der sozioökonomischen Situation der Roma wird sich der seit den frühen 1990er Jahren zu beobachtende Fertilitätsrückgang fortsetzen; alternativ ist jedoch auch eine Trendwende in Gestalt eines Fruchtbarkeitsanstiegs denkbar; die zusammengefasste Geburtenrate der Roma könnte dann zu Beginn der 2020er Jahre die Werte im letzten Jahrfünft des 20. Jahrhunderts wieder übertreffen.

8.7.2 Erklärungen für die überdurchschnittliche Fruchtbarkeit der Roma

Abgesehen von volkstümlichen Legenden, die den angeblich unersättlichen Sexualtrieb der Roma betonen, oder behaupten, dass die Geburt von Kindern eine Strategie der Romnija sei, ihre sprunghaften Männer an sich zu binden (Center for Reproductive Rights & Poradňa pre občianske a ľudské práva 2003: 54), werden vor allem zwei Erklärungsansätze für die überdurchschnittliche Fertilität der Roma diskutiert, die beide die sozioökonomische Benachteiligung dieser Bevölkerungsgruppe in den Mittelpunkt stellen. In Anlehnung an die Arbeiten von William J. Wilson (1987; 1996) geht der ‚*Underclass'*-Ansatz[129] davon aus, dass durch die Verdrängung der Roma vom Arbeitsmarkt ein Marginalisierungsprozess in Gang gesetzt wurde, in dessen Verlauf das Erstgeburtsalter zurückgeht und die Kinderzahl steigt. Roma, die den Ausbruch aus dem Teufelskreis der Armut schaffen, sollten der Theorie zufolge dagegen ihren Lebensstil und ihr generatives Verhalten an das der Mehrheitsbevölkerung anpassen (Janky 2006: 133-135). Die ‚*Strategic-child*-These', von der Umfragen zufolge 75% der Ungarn überzeugt sind (Enyedi et al. 2004: 381), geht dagegen davon aus, dass Bevölkerungsgruppen mit ungünstigen Aussichten auf dem Arbeitsmarkt in Staaten mit einer pronatalistischen Familienpolitik dazu übergehen, ‚strategische Kinder' zur Welt zu bringen, um das Familieneinkommen zu sichern (siehe z.B. Winckler 2008 für Israel). Kritiker der ‚*Strategic-child*'-These argumentieren, dass die staatlichen Transferleistungen zu niedrig seien, um die durch die Geburt eines (weiteren) Kindes entstehenden Kosten zu decken (Durst 2002: 458). Auf der anderen Seite sind Transferleistungen für sozial schwache Familien, so niedrig sie auch sein mögen, ein verlässliches und regelmäßiges Einkommen, mit dem sich kalkulieren lässt – im Gegensatz zu den Einkünften aus Gelegenheitsarbeiten.

Wilson (1996: XIII) zufolge unterscheidet sich eine Nachbarschaft, deren Bewohner arm sind, aber Arbeit haben, von einer Nachbarschaft, in der die Menschen arm und arbeitslos sind. Er führt gesellschaftliche Probleme wie Kriminalität, Abhängigkeit von Transferleistungen und brüchige soziale Netze vorrangig auf eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit zurück. Besonders kritisch wird die Situation, wenn eine segregiert lebende Bevölkerungsgruppe von Verarmung und struktureller Arbeitslosigkeit betroffen ist, da sich die beschriebenen Probleme dann in bestimmten Teilräumen konzentrieren (Wilson 1996: 15). Dieser Prozess ist im Nordosten Ungarns derzeit zu beobachten. Die Folgen der

129 Wilson (1987: 8) definiert ‚*Underclass*' als „*heterogeneous grouping of families and individuals who are outside the mainstream of the* […] *occupational system. Included in this group are individuals who lack training and skills and either experience long-term unemployment or are not members of the labor force, individuals who are engaged in street crime and other aberrant behavior, and families that experience long-term spells of poverty and/or welfare dependence.*" Eine kritische Würdigung der Werke Wilsons, auch in Hinblick auf eine Übertragbarkeit auf Europa, gibt O'Connor (2004).

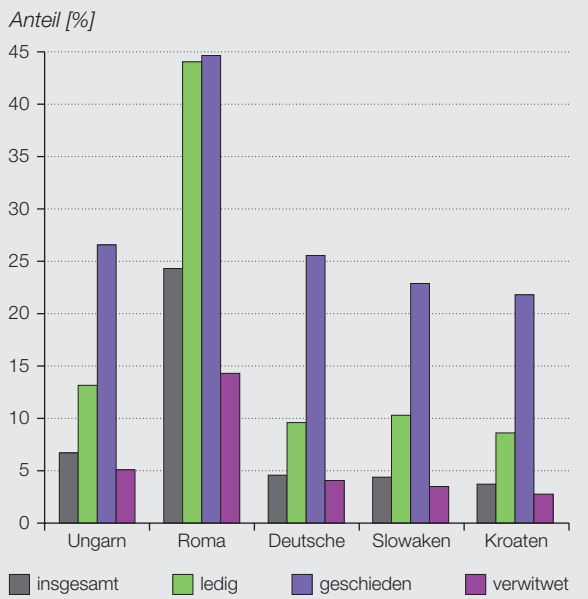
Verdrängung der Roma vom Arbeitsmarkt und der selektiven Abwanderung ethnischer Ungarn sind „*the re-emergence of Roma shanty towns, an increase in the number of small settlements, small villages and whole regions undergoing ghettoisation, the reproduction of hopeless poverty and a divide between majority and minority communities widening into a gulf*" (Váradi 2005: 292). Laut Browning und Burrington führt das Aufwachsen in ökonomisch benachteiligten Nachbarschaften zur Übernahme von „*ghetto-related attitudes and behavior*" (2006: 237), die unter anderem durch ein frühes sexuelles Debüt und „*fathering of children among men, and childbearing and maternal status among women*" (2006: 239) gekennzeichnet sind. Ähnlich ist die Situation bei den Roma, die in durch extreme Armut und erdrückend hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichneten segregierten Siedlungen leben. In Ermangelung von Alternativen zur Selbstverwirklichung und Selbstdefinition wie berufliche Karriere und Konsum hat dort „*a Gypsy woman* […] *only one kind of symbolic capital which makes a ‚paying' profit that is respect and self-esteem: children*" (Durst 2002: 467). Feldstudien haben gezeigt, dass in solchen Gettos im Gegensatz zum nationalen und europäischen Trend eine deutliche Verjüngung der Bevölkerung festzustellen ist (Virág 2006: 68-69). Dem skizzierten Erklärungsansatz zufolge ist davon auszugehen, dass die Ursache für diese Entwicklung – die einmal mehr unterstreicht, dass von einem SDT bei den Roma nicht die Rede sein kann – darin zu sehen ist, dass jungen Frauen im Vergleich zur Generation ihrer Mütter und Großmütter, die zumindest teilweise von der sozialistischen Vollbeschäftigung profitierten, angesichts ihrer Armut und der aussichtslosen wirtschaftlichen Lage in ihren Heimatregionen außer der Gründung einer Familie keine anderen Wege mehr offen stehen, dem Leben einen Sinn zu geben.

Die Gemeinsamkeiten zwischen den Roma und den afroamerikanischen Bewohnern der Problemgebiete nordamerikanischer Städte beschränken sich allerdings auf das Timing und die Motivation eines frühen sexuellen Debüts und früher Mutterschaft. Während bei den amerikanischen Gettojungendlichen sexuelle Kontakte mit häufig wechselnden Partnern als Mittel der Steigerung des eigenen Prestiges innerhalb der Peergroup dienen (Browning & Burrington 2006: 238), sind die Roma stärker an stabilen, monogamen Beziehungen orientiert (Matlovič 2006: 91). Die Clique spielt jedoch auch bei der Schließung von Teenager-„Ehen" unter Romajugendlichen eine wichtige Rolle. Soziologische Feldstudien haben gezeigt, dass sich junge Romapaare als „verheiratet" verstehen, wenn sie zusammenziehen, und auch von ihrem sozialen Umfeld als Ehepaar akzeptiert werden (Durst 2002: 466): „*[L]iving together with somebody counts as married. When a Gypsy girl elopes with a boy and moves in with him, they are said to 'be married*'". Die Autorin beschreibt am Beispiel einer Jungendclique in der von ihr untersuchten nordungarischen Siedlung, wie die Entscheidung eines Paares zu „heiraten" eine Kettenreaktion ausgelöst hat, in deren Verlauf alle Mädchen mit ihren Freunden „durchgebrannt" sind. Ein weiteres wichtiges Motiv für eine frühe Familiengründung, insbesondere bei weiblichen Jugendlichen, ist der Wunsch nach Unabhängigkeit von der Herkunftsfamilie: „*There is only one way to break out of the role of the obedient ‚big girl', to become an adult: starting a family by giving birth to a child. This is the only alternative to gain independence and, more importantly, respect and self-esteem*" (Durst 2002: 467). Angesichts der ungünstigen Arbeitsmarkt- und Bildungssituation besteht für junge Romnija keine hinreichende Motivation zur Reduzierung ihrer Kinderzahl und zum Aufschub der Familiengründung. Verbessern sich die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt, sinkt die Fertilität, das Erstgeburtsalter wird jedoch weniger beeinflusst (Janky 2006: 137; 143).

8.7.3 Die Lebensformen der Roma

Die Roma gelten in Ungarn als eine Bevölkerungsgruppe, die traditionelle Familienwerte besonders in Ehren hält (Enyedi et al. 2004: 381). Neben der hohen Kinderzahl und dem engen Zusammenhalt im Clan ist auch eine hohe Beziehungsstabilität charakteristisch für Romafamilien (Durst 2002: 468; Matlovič 2006: 91). Ein Indikator passt jedoch ganz und gar nicht ins Bild: Die Zensusdaten zeigen, dass Roma deutlich häufiger in nichtehelichen Lebensgemeinschaften leben als die Mehrheitsbevölkerung und die Angehörigen anderer Minderheiten (Abbildung 66). Angesichts der geringen Kinderlosigkeit der Roma ist damit zu rechnen, dass die weite Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften dazu beiträgt, dass der Anteil der unehelichen Kinder ebenfalls überdurchschnittlich hoch ist. Im folgenden Abschnitt soll der Frage nachgegangen werden, wie es zu erklären ist, dass zwei Aspekte des generativen Verhaltens, die als die wichtigsten Indikatoren des Zweiten Demographischen Übergangs gelten, in einer Bevölkerungsgruppe überdurchschnittliche Werte aufweisen können, deren sozioökonomisches und kulturelles Profil es als eher unwahrscheinlich erscheinen lässt, dass der SDT weiter fortgeschritten ist als in der Mehrheitsbevölkerung. Aus der Perspektive des ‚*Crisis behaviour*'-Ansatzes ist dagegen bei benachteiligten Gruppen eine Vermeidung biographischer Festlegungen zu erwarten, so dass es nicht überraschend wäre, wenn bei den Roma ein größerer Bevölkerungsanteil in nichtehelichen Lebensgemeinschaften leben würde. Es ist jedoch kritisch zu hinterfragen, ob das unverheiratete Zusammenleben bei den Roma tatsächlich in dieser Richtung interpretiert werden kann, da es angesichts der überdurchschnittlichen Kinderzahl und der hohen Beziehungsstabilität keine Anzeichen für eine weit verbreitete Strategie, biographische Festlegungen zu vermeiden, gibt. Im Vergleich zur Geburt eines Kindes ist eine Heirat ohnehin eine biographische Festlegung, die mit geringem Aufwand wieder rückgängig gemacht werden kann.

Ungarn
66 Bevölkerung über 15 Jahre in nichtehelichen Lebensgemeinschaften 2001 nach ausgewählten Ethnien und Familienstand



Datenquelle: KSH 2005b, eigene Berechnungen

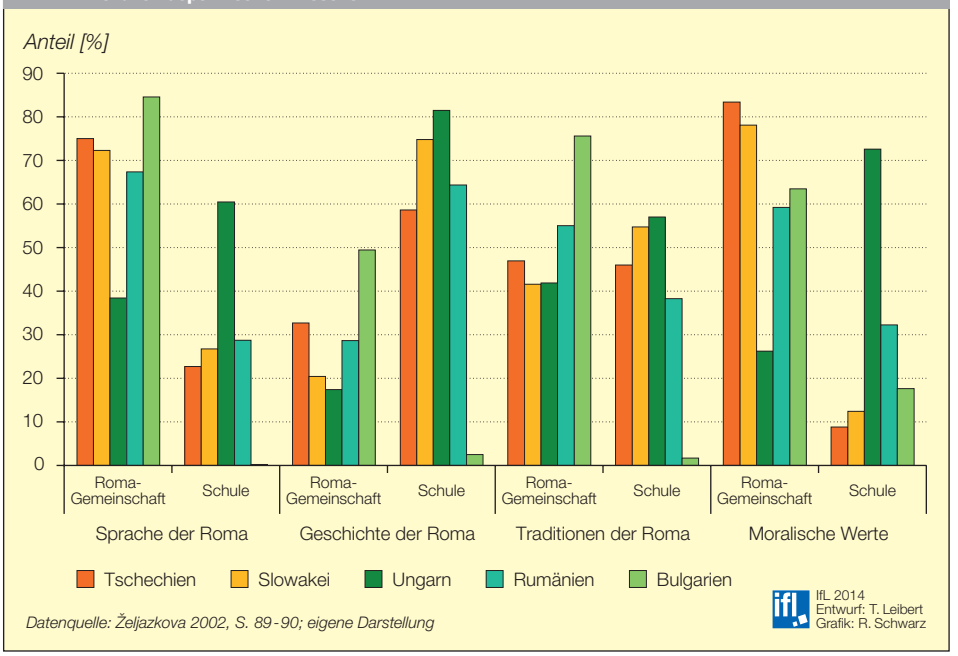
IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: R. Schwarz

8.7.4 Erklärungen für die Verbreitung der Kohabitation bei den Roma

Nach Koytcheva (2006: 127) lassen sich drei Erklärungsansätze für den hohen Anteil nichtehelicher Geburten und die im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung größere Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften bei den Roma unterscheiden. Ein Grund könnte darin liegen, dass die Familiengründung bereits im Teenageralter beginnt. In Abhängigkeit vom jeweiligen Eherecht sind Eheschließungen, bei denen mindestens einer der Partner minderjährig ist, in vielen Staaten schwierig oder gar unmöglich. Zweitens könnten ökonomische Gründe eine wichtige Rolle spielen. Da Sozialleistungen als Einkommensquelle für die Roma von besonderer Bedeutung sind, könnten Paare auf eine Heirat verzichten, um von den höheren Beihilfen für allein erziehende Mütter zu profitieren. Die niedrige Heiratsneigung könnte drittens ein Indiz für eine Rückkehr zu traditionellen Moralvorstellungen, Sitten und Gebräuchen sein. Nach dieser Argumentation gehen die Roma dazu über, Hochzeiten nach den Regeln ihres Volkes zu feiern, ohne die Ehe offiziell zu registrieren. Nichteheliche Lebensgemeinschaften hätten demnach den Charakter von *De-facto*-Ehen, die vom Paar und seinen Angehörigen nach den Traditionen der Volksgruppe geschlossen wurden, die angesichts der fehlenden Registrierung *de jure* aber keine Ehen sind (Philipov & Jasilioniene 2007: 7). Dass sich ein junges Paar zuerst den Segen der Gemeinschaft holt, bevor es den Weg zum Standesamt antritt, ist auch in der Slowakei üblich: *„The cohabitation of Romanies starts* […] *before the age of 18* [and] *begins with a betrothal ritual called* mangavipen*. The wedding follows just after several years of free cohabitation, or the monogamous cohabitation continues in an informal regime"* (Matlovič 2006: 91).

Wenn vor dem Zusammenziehen des Paares eine Legitimationszeremonie vollzogen wird, wie etwa das von Matlovič angesprochene Verlöbnisritual, kann man von einer Ehe mit „imaginärem Trauschein" sprechen, da das Zusammenleben des Paars von seinem Umfeld sanktioniert wurde. Die Verlegung der Legitimationszeremonie vom Standesamt in die Romagemeinschaft symbolisiert in diesem Zusammenhang einen Vertrauensverlust des Staates. Der staatliche Segen wird fakultativ, während das junge Paar für seine Beziehung nach wie vor die Zustimmung der ethnischen Gemeinschaft sucht. Auch wenn die Partner *de jure* in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft leben und ihre Kinder unehelich sind, wäre es unangebracht, im Sinne des Zweiten Demographischen Übergangs von einer unkonventionellen Lebensgemeinschaft zu sprechen. In diesem Zusammenhang ist es im Prinzip unerheblich, auf welchem Weg und durch welche Rituale eine Beziehung legitimiert wird. Wichtig ist die Tatsache, dass die Lebensgemeinschaft durch eine öffentliche Zeremonie begründet wird, die gleichzeitig die moralische Rechtfertigung des Zusammenlebens der Partner für ihr soziales Umfeld darstellt. Es ist davon auszugehen, dass Freunde und Verwandte von den „Gatten" eine den Normen für Ehepaare entsprechende Lebensführung erwarten und dass das neu „vermählte" Paar auch versuchen wird, diesen Erwartungen zu entsprechen. Für eine Untersuchung des Zweiten Demographischen Übergangs wäre es daher wünschenswert, „legitimierte" von „unlegitimierten" nichtehelichen Lebensgemeinschaften zu unterscheiden, da nur die letzteren eine individualisierte Lebensform darstellen und damit ein valider Indikator für den SDT sind. „Informelle" Legitimierungen werden natürlich nicht statistisch erhoben. Daher kann nicht beziffert werden, wie hoch der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften ist, die im sozialen Sinn Ehen sind, da sie durch eine in der Tradition der eigenen ethnischen (oder religiösen)

67 Ausgewählte MOE-Staaten
Erwerb romaspezifischen Wissens



Datenquelle: Željazkova 2002, S. 89-90; eigene Darstellung

Gemeinschaft verwurzelte Hochzeitszeremonie legitimiert wurden. Hier wird eine der wichtigsten Schwächen quantitativer Untersuchungen mit amtlichen Daten deutlich, die darin besteht, dass die Erhebungskonzepte, die der Datensammlung zugrunde liegen, nicht unbedingt die soziale Realität widerspiegeln (können).

Ein weiterer Aspekt bei der weiten Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften unter den Roma könnte das Misstrauen gegen offizielle Stellen sein: „*Was aus den Ämtern der* gadje[130] *kommt,* [...] *dient aus der Sicht vieler Roma noch heute dem Ziel, ihre Familien und Clans zu domestizieren*" (Schmidt-Häuer 2004: 10). Aus diesem Blickwinkel würde die Nicht-Registrierung weniger eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte signalisieren, sondern eher den Unwillen, Außenstehende an Familienangelegenheiten zu beteiligen. Die Frage, ob eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte und Sitten festzustellen ist, durch welche die Legitimierung einer Beziehung vom Staat auf die ethnische Gemeinschaft übertragen wird, ist schwer zu beantworten. Die Ergebnisse einer in mehreren MOE-Staaten durchgeführten Untersuchung zu den Lebensbedingungen der Roma (Željazkova 2002) legen den Schluss nahe, dass ungarische Romagemeinschaften weniger als in den Nachbarländern in der Lage sind, romaspezifisches Wissen und moralische Werte weiterzugeben (Abbildung 67). Die meisten Befragten geben an, das, was sie über Sprache, Geschichte und Kultur der Roma wissen, in der Schule gelernt zu haben. Vor diesem Hintergrund ist eine Renaissance von Romatraditionen wie in Bulgarien (Koytcheva 2006: 127) schwer vorstellbar. In Anlehnung an das zweidi-

130 Bei ungarischen Roma übliche Bezeichnung für Nicht-Roma (Szuhay 2002: 25).

mensionale Akkulturationsmodell[131] scheinen die ungarischen Roma eher eine marginalisierte Minderheit zu sein, die sich durch eine geringe Intensität der Kontakte zur Mehrheitsbevölkerung und eine schwache Aufrechterhaltung der eigenen kulturellen Identität auszeichnet. Unter diesen Rahmenbedingungen erscheint die These, dass der erhöhte Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften unter den ungarischen Roma auf eine verstärkte Rückbesinnung auf ethnische Traditionen und Heiratsriten, die „am Staat vorbei" zelebriert werden beruht, eher unrealistisch. Die Argumentation, dass durch die Nicht-Registrierung einer *de facto*-Ehe eine Einmischung Außenstehender in intime und familiäre Angelegenheiten vermieden werden soll, wirkt überzeugender.

Der Überblick über das generative Verhalten der Roma unterstreicht, dass nichteheliche Lebensgemeinschaften eine sehr heterogene Lebensform sind. Als Ergänzung zu den in Kapitel 3 diskutierten Typologien des unverheirateten Zusammenlebens lässt sich feststellen, dass es Bevölkerungsgruppen zu geben scheint, bei denen der Gang zum Standesamt keine Bedeutung für die Legitimierung einer Partnerschaft hat. Eine Lebensgemeinschaft, die formal eine nichteheliche Lebensgemeinschaft ist, kann vom betroffenen Paar und seinem Umfeld als gleichwertig mit einer standesamtlichen oder kirchlichen Ehe angesehen werden. Im Falle der Roma ist angesichts ihres insgesamt eher „traditionellen" Familienbildungsverhaltens offensichtlich, dass das Zusammenleben ohne Trauschein eine andere Bedeutung hat als bei den hoch gebildeten, individualistischen Städtern, die als die ‚*Leader*' des SDT gelten. Das Beispiel der Roma macht deutlich, dass noch Forschungsbedarf zur sozialen Bedeutung des unverheirateten Zusammenlebens gibt, insbesondere zu den Motiven, warum langjährige Konsensualpaare mit Kindern nicht heiraten, und zur Frage, ob es für diese Paare andere Mechanismen der Legitimation ihrer Beziehung ihrem sozialen Umfeld gegenüber gibt. Ist die viel beschworene „Krise der Ehe" vielleicht am Ende vor allem darauf zurückzuführen, dass Staat und Kirche für viele Paare die Berechtigung verloren haben, ihnen die Erlaubnis erteilen zu können, zusammenzuleben, sexuell aktiv zu sein und Kinder zu erziehen?

8.8 Fazit

In diesem Kapitel wurde gezeigt, dass der Wandel des generativen Verhaltens in Ungarn sowohl eine ökonomische als auch eine kulturelle Komponente hat. Wie vermutet ist Budapest das demographische Innovationszentrum des Landes. In der Hauptstadt lassen sich bereits vor dem Systemwechsel Anzeichen für einen Beginn des Zweiten Demographischen Übergangs nachweisen. Als sekundäres Innovationszentrum wurde das Komitat Csongrád identifiziert. Da die Abweichungen vom ungarischen Mittelwert zum Teil recht gering sind, wird sich erst in den multivariaten Analysen im folgenden Kapitel zeigen, ob diese Einstufung gerechtfertigt ist. Nur teilweise bestätigt hat sich die Einschätzung, dass Győr-Moson-Sopron zu den Vorreitern des SDT gehören könnte.

131 Aus den zwei Dimensionen des Modells – Grad der Beibehaltung der eigenen ethnischen Kultur und Häufigkeit bzw. Intensität interkultureller Kontakte – ergeben sich vier Typen der Akkulturation von Minderheiten (vgl. Idema & Phalet 2007: 85): Integration (Aufrechterhaltung der kulturellen Identität bei intensiven Kontakten mit der Mehrheitsgesellschaft), Assimilation (hohe Kontaktintensität mit der Mehrheitsgesellschaft, geringer Grad der Aufrechterhaltung der ethnischen Kultur), Segregation (wenig Kontakte zur Mehrheitsgesellschaft bei starker Betonung der ethnischen Kultur) und Marginalisierung (geringe Kontaktintensität, niedriger Grad der Aufrechterhaltung der kulturellen Identität).

Auf der „Habenseite“ stehen ein deutlicher Postponement-Trend und die Tatsache, dass sich die Entwicklung bei den Konsensualpaaren nach dem Ende des Staatssozialismus mit den theoretischen Vorhersagen deckt. Andererseits bleibt die quantitative Bedeutung dieser Lebensform unterdurchschnittlich. Von den „theoriekonformen“ Elementen abgesehen, zeichnet sich das Komitat durch ein eher traditionelles Muster des generativen Verhaltens aus. Die katholische Prägung scheint sich als ein bedeutenderer Erklärungsfaktor zu erweisen als die wirtschaftliche Lage oder das Bildungsniveau der Bevölkerung. Der Wandel des generativen Verhaltens ähnelt dem „südeuropäischen Modell“: Die Entwicklung des Quantums und Timings der Fertilität entspricht einer fortgeschrittenen Entwicklungsstufe des SDT, während im Bereich der partnerschaftlichen Lebensformen trotz den theoretischen Erwartungen entsprechender Trends eine unterdurchschnittliche Entwicklungsdynamik festzustellen ist. Die Einschätzung, dass sich die „Krisenkomitate“ durch ein demographisches ‚*Crisis behaviour*‘ auszeichnen, hat sich dagegen als zutreffend erwiesen. Es handelt sich aber um ein stärkeres Festhalten am „sozialistischen“ Muster. Für die These, dass eine wirtschaftliche und soziale Krisensituation zu einem Aufschub oder gar zu einer Vermeidung der Familiengründung führt, gibt es auf der Aggregatebene dagegen keine Anhaltspunkte. Die hohen Anteile nichtehelicher Lebensgemeinschaften in Südungarn entziehen sich dagegen zumindest auf den ersten Blick sowohl ökonomischen als auch kulturellen Erklärungsmustern. Dies könnte auf die Existenz einer regionalen Subkultur hindeuten. Auch diese These wird im folgenden Kapitel zu überprüfen sein.

9 Regionale Muster des generativen Verhaltens in Ungarn

Die in Kapitel 8 dargestellte Entwicklung der Indikatoren des Familienbildungsverhaltens bestätigt die aus der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs abgeleiteten Erwartungen weitgehend, während die Raummuster der Fertilität und der partnerschaftlichen Lebensformen auf Komitatsebene wenig empirische Belege für die Argumente der ‚*Crisis behaviour*'-Theorie bieten. Offensichtlich gibt es in den Krisenregionen Ungarns ein spezifisches Fertilitätsmuster, das allerdings nicht der „wirtschaftlichen Vernunft" folgt. Die fehlenden Alternativen lassen jungen Menschen nur einen – den traditionellen – Weg offen, Selbstbewusstsein und die Anerkennung ihres sozialen Umfelds zu gewinnen: Frühe Heirat und Familiengründung. Diese Interpretation der regionalen Fertilitätsmuster beruht jedoch auf einer rein deskriptiven Analyse. Um mögliche „verdeckte" Zusammenhänge sichtbar zu machen und zu erklären, sind multivariate Analysen notwendig. Mit den in der Online-Datenbank des Ungarischen Statistischen Zentralbüros KSH zur Verfügung stehenden (Zensus-)Daten kann das generative Verhalten der Ungarn auf verschiedenen regionalen Ebenen untersucht werden: Auf der Komitatsebene, der subregionalen Ebene sowie für die Budapester Stadtbezirke. Eine Zeitreihenanalyse ist jedoch nur für die Komitate möglich, da es die anderen statistischen Einheiten zum Zeitpunkt des Zensus 1990 noch nicht gab und/oder die notwendigen Daten, insbesondere zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften, fehlen. Für die Kleingebiete und die Budapester Stadtbezirke kann daher nur die Situation zum Zeitpunkt des Zensus 2001 dargestellt werden. Die Analysen orientieren sich an folgenden Leitfragen:

1.) Lässt sich im generativen Verhalten auf regionaler und lokaler Ebene ein Muster erkennen, das den Erwartungen des SDT entspricht?
2.) Falls ja: Wo liegen die Innovationszentren, wo die „Nachzügler"? Gibt es Veränderungen im Zeitverlauf? Was zeichnet beide Regionstypen aus?
3.) Gibt es Anzeichen für ein ‚*Crisis behaviour*'? Falls ja: Steht dieser Erklärungsansatz in Konkurrenz zur Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs?
4.) Wie lässt sich das räumliche Muster des generativen Verhaltens erklären?

Auf allen Raumebenen werden die gleichen Analyseschritte durchgeführt. Zuerst werden faktoranalytisch die „hinter" den Variablen liegenden Muster des generativen Verhaltens ermittelt. Im Anschluss wird mittels einer Regressionsanalyse versucht, die räumliche Verteilung der Faktorwerte zu erklären. Dabei steht nicht der Anspruch im Vordergrund, ein möglichst umfassendes Erklärungsmodell zu entwickeln, sondern die Frage, wie gut die Performanz eines nach den theoretischen Vorgaben des Zweiten Demographischen Übergangs und des ‚*Crisis behaviour*' konstruierten Modells ist. Da das Erklärungsmodell für alle Raumebenen die gleiche Struktur aufweisen soll, muss es angesichts der teilweise etwas problematischen Datenverfügbarkeit unterhalb der Komitatsebene und für 1990 möglichst einfach konstruiert sein. In einem weiteren Analyseschritt wird auf Basis der in der Hauptachsenanalyse ermittelten Faktoren eine räumliche Typologie des generativen Verhaltens erstellt und vor dem Hintergrund der Erwartungen der theoretischen Ansätze interpretiert.

9.1 Raummuster des generativen Verhaltens auf Komitatsebene

In einem ersten Schritt sollen die Muster des generativen Verhaltens auf der Komitatsebene herausgearbeitet und mit den in den Kapiteln 7 und 8 formulierten Thesen zu den Raummustern des Familienbildungsverhaltens verglichen werden. Bevor die Analyseergebnisse präsentiert und diskutiert werden, sind noch einige methodische Vorbemerkungen zur Auswahl der Indikatoren für die Faktoranalyse und zu den im Regressionsmodell verwendeten erklärenden Variablen notwendig. Für die Faktoranalysen wurden Indikatoren verwendet, die die gesamte Breite des SDT abdecken:[132] Indikatoren zum Fertilitätstiming und -quantum, zum Abtreibungs- und Heiratsverhalten sowie zur Pluralisierung der Lebensformen. Dabei wurden sowohl Periodenmaße, etwa altersspezifische Geburtenraten, als auch Kohortenmaße, etwa der Anteil der Verheirateten in verschiedenen Altersgruppen, verwendet. Um die soziale Bedeutung des unverheirateten Zusammenlebens besser erfassen zu können, wurde der Anteil der Konsensualpaare an allen zusammenlebenden Paaren nach dem Vorhandensein von Kindern im Haushalt und dem Bildungsniveau der Partnerin zum Zeitpunkt der Volkszählung differenziert. Zusätzlich wurde der Prozentsatz in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebender lediger und geschiedener Frauen berechnet, um die Bindungsquote unverheirateter Frauen in der Analyse berücksichtigen zu können.

9.1.1 Theoretische Herleitung des Erklärungsmodells

Zur Erklärung der räumlichen Verteilung der Faktorwerte werden lineare Regressionsanalysen verwendet. Die Regressionsanalyse ist ein strukturen-prüfendes multivariates Verfahren, mit dem Zusammenhänge beschrieben und erklärt werden können. Sie wird insbesondere verwendet, um die Wirkungsbeziehungen zwischen einer abhängigen und einer oder mehreren unabhängigen Variablen zu untersuchen (Backhaus et al. 2006[11]: 9). Die lineare Regressionsanalyse geht von folgenden Prämissen aus:

- Das Erklärungsmodell ist korrekt spezifiziert, d. h. alle relevanten Einflussgrößen sind berücksichtigt und das Modell enthält keine irrelevanten Variablen.
- Keine perfekte und hohe partielle Multikollinearität, d. h. zwischen den unabhängigen Variablen besteht keine (starke) lineare Abhängigkeit.
- Die Beziehung zwischen der abhängigen und den unabhängigen Variablen ist linear.
- Die Störgrößen (Residuen) sind sowohl untereinander als auch mit den erklärenden Variablen unkorreliert, normal verteilt und haben eine konstante Varianz. Es gibt unter den Residuen keine „Ausreißer“ (Garson 2009c; Backhaus et al. 2006[11]: 78-94).

Die Prüfung der Modellprämissen erfolgte nach folgenden Grundsätzen:

- Die Überprüfung der Linearität der Beziehung zwischen der abhängigen und den unabhängigen Variablen erfolgte visuell durch Erstellung eines Punktediagramms (Backhaus et al. 2006[11]: 80). Bei Bedarf wurden die Variablen transformiert, um eine nichtlineare in eine lineare Beziehung zu überführen. War dies nicht möglich, wurde die betreffende Variable ausgeschlossen.
- Multikollinearität lässt sich bei empirischen Daten nicht ausschließen und ist „in Ma-

132 Eine Ausnahme sind die Indikatoren zur Kinderlosigkeit bei Frauen über 30, für die angesichts des ausgeprägten Gegensatzes zwischen Budapest und den übrigen Komitaten weder Linearität noch eine Normalverteilung erreicht werden konnte.

ßen“ auch nicht störend. Als Maß für die Prüfung auf Multikollinearität wird häufig der *Variance Inflation Factor* verwendet (Backhaus et al. 2006[11]: 89-92). Für die Frage, ab welchem Wert des *Variance Inflation Factor* von einem problematischen Maß an Multikollinearität gesprochen werden kann, gibt es keine eindeutige Antwort. In dieser Arbeit wurde in Anlehnung an Garson (2009c) ein Grenzwert von 4,0 definiert.

- Die Prüfung der Residuen auf Autokorrelation erfolgte mit dem Durbin-Watson-Koeffizienten (Backhaus et al. 2006[11]: 102-103). Ob die Störgrößen normal verteilt und frei von Ausreißern sind, wurde mittels der in SPSS angebotenen Funktion „explorative Datenanalyse“ ermittelt.

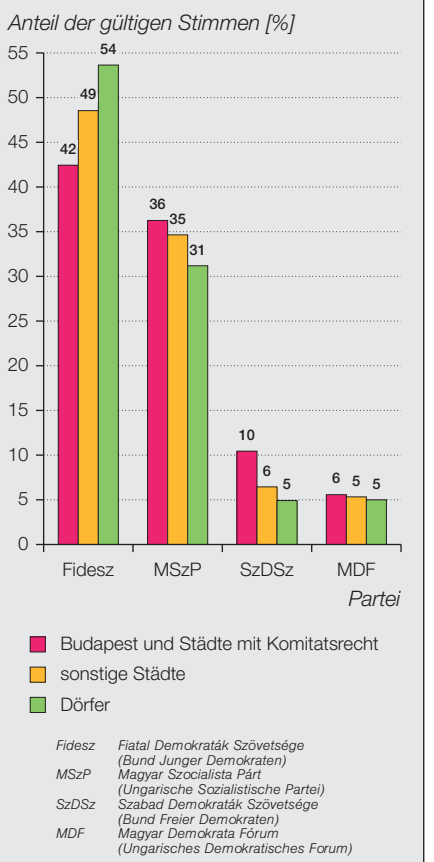
In der Diskussion der Analyseergebnisse wird auf zwei Werte eingegangen. Das Bestimmtheitsmaß R^2 misst, wie gut die Regressionsfunktion an die empirischen Daten angepasst ist, d. h. wie groß die Abweichungen zwischen Beobachtungs- und Erwartungswert sind. Die Summe der quadrierten Abweichungen aller Beobachtungen von den jeweiligen Erwartungswerten bezeichnet man als Gesamtstreuung. Das Bestimmtheitsmaß ist der Quotient aus der durch die unabhängigen Variablen erklärten Streuung und der Gesamtstreuung. R^2 ist umso größer, je höher der Anteil der erklärten Streuung ist. Niedrige Werte deuten darauf hin, dass in der Regressionsgleichung wichtige Einflussfaktoren unberücksichtigt geblieben sind (Backhaus et al. 2006[11]: 64-68). Der Beta-Wert ist der standardisierte Regressionskoeffizient und kann als Maß für die Wichtigkeit der jeweiligen Variable interpretiert werden, sofern das Modell nicht durch Multikollinearität verzerrt wird (Backhaus et al. 2006[11]: 62-63).

Die Auswahl der unabhängigen Variablen erfolgt auf der Basis der theoretischen Erwartungen der ‚*Crisis behaviour*'-Theorie und des Zweiten Demographischen Übergangs. Da beide Ansätze davon ausgehen, dass die ökonomischen Rahmenbedingungen einen prominenten Einfluss auf das generative Verhalten haben, fließen Variablen zur wirtschaftlichen Performanz und zum Grad der wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligung in die Analyse ein. Da zwischen den Indikatoren zur ökonomischen und sozialen Lage starke statistische Zusammenhänge bestehen, die bei einer Regressionsanalyse zu Problemen bei der Interpretation und zu Schätzfehlern führen (Garson 2009c), wurde eine Faktoranalyse vorgeschaltet, um statistisch unabhängige Variablen zu erhalten, mit denen dann die Regression gerechnet werden kann (Bahrenberg et al. 2008[3]: 188). Da dabei nicht die *Erklärung* der Varianz der Variablen durch übergeordnete Faktoren im Vordergrund steht, sondern die *Reproduktion* der Datenstruktur durch möglichst wenige, statistisch unabhängige Faktoren, wurden Hauptkomponentenanalysen durchgeführt (Backhaus et al. 2006[11]: 292-293). Die Indikatorenauswahl erfolgt nach den gleichen Prinzipien wie in Kapitel 7.5. Die Ergebnisse der Faktoranalyse für 1990 sind in Tabelle 50, für 2005 in Tabelle 51 in Anhang 1 dargestellt.

Eine besondere Herausforderung bei vergleichenden Regionalanalysen zum Zweiten Demographischen Übergang besteht darin, den kulturellen Aspekt zu operationalisieren. Dies kann nur indirekt geschehen, da es keine amtliche Statistik der Individualisierung oder der Wertvorstellungen gibt. Meinungsumfragen – falls überhaupt vorhanden – sind nur auf der nationalen Ebene repräsentativ und daher für Regionalanalysen eher ungeeignet. Dieses Problem tritt verschärft für 1990 auf, da ein Meinungspluralismus im real existierenden Sozialismus unerwünscht war und es daher auch keine indirekten Indikatoren zu Werten und Normen gibt, wie Religionszugehörigkeit oder die Ergebnisse von Wahlen und Abstimmungen. Brons (2006: 550) plädiert ohnehin dafür, dass *„a meas-*

urement of culture should be based [...] *on what people actually do rather than on what they say they would or should do*". Für die Regressionsanalysen müssen wir uns daher mit „kulturellen Stellvertretervariablen" begnügen. Als Indikator für den Grad der Säkularisierung wurde der Bevölkerungsanteil der Konfessionslosen bei der Volkszählung 2001 herangezogen. Aus methodischer Sicht ist es problematisch, zur Erklärung des Raummusters des generativen Verhaltens 1990 Indikatoren zu verwenden, die sich auf einen deutlich späteren Zeitpunkt beziehen. Aufgrund des Mangels an „kulturellen" Indikatoren für die Zeit unmittelbar nach dem Systemwechsel wird trotz dieser Bedenken an der Verwendung von Zensusdaten zur Religionszugehörigkeit festgehalten. Es wird davon ausgegangen, dass religiöse Überzeugungen ein vergleichsweise stabiles Element des individuellen Wertesystems sind. Wie in Kapitel 4 dargestellt, hat es zum Zeitpunkt des Systemwechsels in Ungarn kurzfristig ein gesteigertes Interesse an Kirche und Glauben gegeben. Da den Glaubensgemeinschaften jedoch in sozialistischer Zeit nur in sehr begrenztem Umfang Mittel und Wege zur Verfügung standen, ihre (familienbezogenen) Lehren und Moralvorstellungen zu verbreiten, ist ohnehin fraglich, ob sich die kurze Phase der Renaissance des Glaubens im Familienbildungsverhalten oder den familienbezogenen Wertvorstellungen niedergeschlagen hat. Als weiterer „kultureller" Indikator werden Wahlergebnisse verwendet. Auf die politische Signifikanz des SDT und die Bedeutung der Ergebnisse von Wahlen und Abstimmungen als erklärende Variablen weisen Lesthaeghe und Neidert (2007: 27) hin: „*Whenever „Culture War" issues are part of the agenda* [...] *voting patterns will be influenced by life style preferences and their SDT indicators*".[133] Wahlergebnisse sind als kultureller Indikator jedoch vorsichtig zu interpretieren, da man von der Annahme ausgeht, dass die Wertesysteme des Wählers und der gewählten Partei deckungsgleich sind, dass also ein Wähler für die Partei stimmt, die

68 Stimmenanteile der wichtigsten ungarischen Parteien bei der Europawahl 2004 nach Gemeindetypen



133 Die Verwendbarkeit von Wahlergebnissen zur Identifikation von Subkulturen hat in einem anderen Zusammenhang auch Pohl (2008: 320) nachgewiesen. Der Autor verwendet unter anderem die Wahlergebnisse der Grünen dazu, den Grad der ‚*Openness to diversity*' der Hamburger Stadtteile zu bestimmen, um die von Richard Florida (2005: 223) formulierte These, dass das regionale Wirtschaftswachstum von der Wohnstandortwahl der „kreativen Klasse" bestimmt wird, zu überprüfen.

(nach seiner Wahrnehmung) am ehesten seine individuellen Wertvorstellungen repräsentiert (Brons 2006: 553).

Die politische Dimension des SDT verkörpern grüne und linksliberale Parteien (Surkyn & Lesthaeghe 2004: 68). In Ungarn konnte sich bis zur Parlamentswahl 2010, als der LMP (*Lehet Más a Politika*) der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde gelang, keine grüne Partei etablieren. Vom Profil der Wählerschaft stand bis zu seinem Ausscheiden aus dem ungarischen Parlament 2010 am ehesten der (links-)liberale Bund Freier Demokraten (*Szabad Demokraták Szövetsége* SzDSz), der vor allem von jungen, gebildeten Wählern unterstützt wurde (Kovács 2001: 260-261), für Toleranz und Offenheit gegenüber nichttraditionellen Lebensentwürfen. Die Anhänger der Liberalen lebten vor allem in Budapest und den Städten mit Komitatsrecht. Auf dem Land fand der SzDSz erheblich weniger Zuspruch; die Wählerschaft der Liberalen hatte ein klares urbanes Profil. In keiner der anderen wichtigen Parteien war der Stadt-Land-Gegensatz so stark ausgeprägt (Abbildung 68). Die Partei hatte den Ruf, die Interessen von Minderheiten zu vertreten. So setzten sich die Liberalen für gleichgeschlechtliche Ehen oder die Legalisierung weicher Drogen ein. Eine weitere parlamentarische Initiative des SzDSz hatte eine Wahlrechtsänderung zum Ziel, mit welcher der Frauenanteil im ungarischen Parlament erhöht werden sollte (Krekó 2007). Außerdem waren in der Wählerschaft der Liberalen antisemitische, antiziganistische und ausländerfeindliche Einstellungen weniger verbreitet als bei den Wählern anderer Parteien (Enyedi et al. 2004: 369-377; 385). Aufgrund seines demographischen und ideologischen Profils kann vermutet werden, dass der Stimmenanteil des SzDSz als Indikator für Offenheit einer regionalen Gesellschaft für Diversität und

Tab. 31 Komitate Ungarns 1990 Ergebnisse der Faktoranalyse* (Matrix der Faktorladungen)

Indikator	Faktor 1	Faktor 2	Kommunalitäten [%]
	Zweiter Demographischer Übergang	Frühe Familiengründung	
Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften a. d. Paar-HH	0,967		96,2
Anteil der unehelichen Lebendgeburten	0,924		85,8
NLG-Anteil bei Frauen ohne Grundschulabschluss	0,906		82,5
Anteil der Geschiedenen an den Frauen der AG 45-49 (log)	0,861	-0,465	95,8
Allgemeine Scheidungsrate	0,840		78,6
NLG-Anteil bei Frauen mit Hochschulabschluss	0,813	-0,491	90,3
Postponement-Index (log)	0,754	-0,568	89,0
Altersspezifische Geburtenrate der AG 35-39	0,708		50,3
Altersspezifische Abtreibungshäufigkeit der AG 15-24 (invertiert)	-0,642	0,545	71,0
Altersspezifische Geburtenrate der AG 15-19		0,972	94,6
Anteil verheirateter Frauen in der AG 15-19		0,883	88,4
Mittlere Kinderzahl verheirateter Frauen der AG 25-29 (log)		0,854	83,0
Anteil der Ledigen an den Frauen der AG 25-29 (log)	0,507	-0,687	73,0
Eigenwert	6,664	4,120	
Erklärte Varianz [%]	51,265	31,694	
Erklärte Varianz [%] (kumulativ)	51,265	82,959	

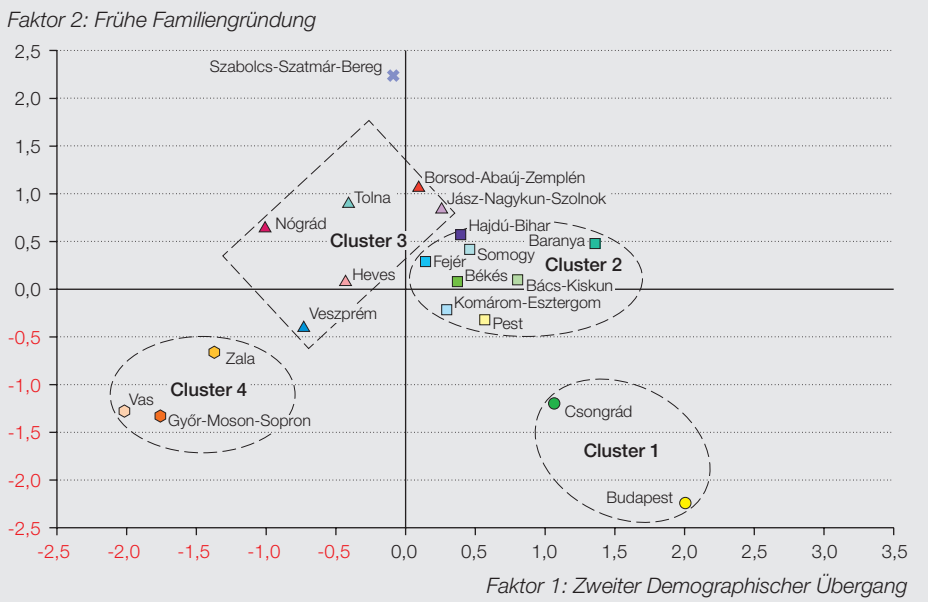
** Methode: Hauptachsenanalyse mit Varimax-Rotation; Maß der Stichprobeneignung: 0,76*

Datenquellen: KSH 1992a-u, 2003a, 2006a; eigene Berechnungen

damit den Zweiten Demographischen Übergang in Frage kommt. Dies gilt umso mehr, als liberale Parteien in den MOE-Staaten tendenziell den kulturellen Liberalismus stärker betonen als den wirtschaftlichen, um sich sowohl von den Nachfolgern der kommunistischen Staatsparteien als auch von den von religiösen und häufig auch nationalistischen Traditionen geprägten Konservativen abzugrenzen (Mészáros et al. 2007: 807).

Für die ersten freien Wahlen 1990 ist nicht damit zu rechnen, dass sich das Ergebnis zur Erklärung des Raummusters des Zweiten Demographischen Übergangs verwenden lässt. Da fast ausschließlich neu gegründete, weltanschaulich oft heterogene Parteien angetreten sind, und in der Bevölkerung keine parteipolitischen Bindungen vorhanden waren, ist zu erwarten, dass „*life style preferences*" bei der Stimmabgabe keine dominante Rolle gespielt haben. Zusätzlich ist auch noch die relativ große Einheitlichkeit der Lebensentwürfe in sozialistischer Zeit zu berücksichtigen. Einzig der Stimmenanteil des aus der antikommunistischen studentischen Opposition hervorgegangenen Bundes Junger Demokraten Fidesz (*Fiatal Demokraták Szövetsége*) ist möglicherweise als SDT-Indikator aussagekräftig. Zur Wahl 1990 ist Fidesz als alternative Generationenpartei mit linksliberaler Ausrichtung angetreten. Die Partei, die in ihrer Anfangszeit ein Höchstalter von 35 Jahren für ihre Mitglieder festgelegt hatte, war zunächst antihierarchisch und aktionsorientiert, und fand ihre Wähler unter jungen, städtischen Intellektuellen. Während der Legislaturperiode 1990-1994 hat Fidesz einen Kurswechsel zu einem konservativen Profil vollzogen und sich später zur führenden bürgerlichen Kraft im ungarischen Par-

69 Komitate Ungarns – Regionale Typen des Familienbildungsverhaltens 1990



Quelle: eigene Berechnung

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: R. Schwarz

Tab. 32 Komitate Ungarns 1990 Demographische Charakteristika der Cluster (T-Werte)

Indikator		Cluster				
		SzSzB*	1	2	3	4
Zusammengefasste Abtreibungsrate		+	x	o	-	-
Altersspezifische Abtreibungshäufigkeit der Altersgruppe	15-19	- -	x	o	-	o
	20-24	-	x	o	o	-
	30-34	o	o	o	x	-
	35-39	o	-	-	x	x
Geschiedenenanteil an den Frauen der Altersgruppe 45-49		- -	x	+	-	-
Anteil verheirateter Frauen in der Altersgruppe 15-19		+ +	- -	o	+	-
Eheschließungen pro 1000 unverheiratete Frauen		+ +	x	o	+	o
Scheidungen pro 1000 verheiratete Frauen		- -	+ +	+	o	- -
Anteil kinderloser Ehefrauen in der Altersgruppe 25-29		- -	x	o	-	o
Altersspezifische Geburtenrate der Altersgruppe	15-19	+ +	- -	o	+	- -
	20-24	+ +	x	o	+	o
	25-29	-	x	o	x	o
	30-34	- -	+ +	+	-	-
	35-39	-	+	+	-	- -
Anteil der Familien mit mindestens 3 Kindern		+ +	x	+	x	- -
Nichtehelichenquote		o	x	+	-	- -
Postponement-Index		- -	x	+	-	-
Zusammengefasste Geburtenrate		+ +	x	o	+	-
Anteil der Kinderlosen an den Frauen der Altersgruppe 30-39		-	x	o	-	+
Anteil der Ledigen an den Frauen der Altersgruppe 45-49		o	x	-	-	+ +
Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften		-	+ +	+	-	- -
Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften bei Frauen	ohne Grundschulabschluss	-	+	+	-	- -
	mit Grundschulabschluss	-	+ +	+	-	- -
	mit Berufsschulabschluss	-	x	+	-	- -
	mit Matura	- -	+ +	+	-	- -
	mit Hochschulabschluss	- -	x	+	-	- -

** Szabolcs-Szatmár-Bereg* *zur Erklärung der Symbole siehe Tabelle 13*

Datenquellen: KSH 1992a-u, 2003a, 2006a; eigene Berechnungen

teiensystem entwickelt (Kipke 2005: 84-85; Kovács 1998: 276). Für die Wahlen 1990 scheinen die Jungdemokraten jedoch recht gut das Profil der „neuen Linken" zu repräsentieren, die laut Surkyn und Lesthaeghe (2004: 68) das politische Weltbild der Innovatoren des Zweiten Demographischen Übergangs darstellt.

Schließlich fließt noch der Prozentsatz der Mietwohnungen in die Analyse ein. In der Literatur wird argumentiert, dass unverheiratet zusammenlebende Partner aufgrund der geringeren rechtlichen Verbindlichkeit und der tendenziell geringeren Stabilität nichtehelicher Lebensgemeinschaften weniger bereit sind, in beziehungsspezifisches Kapital zu investieren als Ehepartner (Hogerbrugge & Dykstra 2009: 136). Dies kann nicht nur die „Investition" in gemeinsame Kinder bedeuten, sondern auch materielle Investitionen großer finanzieller Tragweite, insbesondere den Bau oder Erwerb von Wohneigentum. Die fehlende Verfügbarkeit von Mietwohnungen könnte daher die Ausbreitung des unverheirateten Zusammenlebens und anderer nichttraditioneller Lebensformen hemmen.

9.1.2 Regionale Muster des generativen Verhaltens 1990/1

Unmittelbar nach Ende des Staatssozialismus wurde das generative Verhalten in Ungarn von zwei Faktoren bestimmt (Tabelle 31). Anders als bei der Analyse auf der europäischen Ebene in Kapitel 6 lässt sich tatsächlich ein „SDT-Faktor" nachweisen, der etwas mehr als die Hälfte der Varianz erklärt. Auf diesem Faktor laden sowohl Indikatoren, die die Abkehr von der lebenslangen Ehe und die Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung messen, als auch Indikatoren des Fertilitäts- und Ehepostponements. Zusätzlich deutet sich ein „westliches" Abtreibungsmuster mit einer hohen altersspezifischen Abtreibungshäufigkeit zu Beginn der fruchtbaren Lebensphase[134] an. Zumindest in Ungarn hat sich ein der Logik des SDT entsprechendes Muster des generativen Verhaltens also bereits in der spätsozialistischen Zeit herausgebildet. Überdurchschnittlich hohe Faktorwerte verzeichnen neben Budapest die Komitate Baranya und Csongrád. Durch besonders niedrige Werte zeichnen sich die westtransdanubischen Komitate Győr-Moson-Sopron, Vas und Zala aus. Ergänzt wird diese Gruppe durch das Komitat Nógrád. Der zweite Faktor, der 30% der Varianz erklärt, zeichnet sich durch hohe Faktorladungen bei den Indikatoren der Familiengründung im Teenageralter aus. Regionen mit positiven Faktorwerten weisen ferner eine hohe Kinderzahl und einen niedrigen Ledigenanteil in der Altersgruppe 25-29 auf. Faktor 2 steht damit für ein Muster der frühen und universellen Eheschließung und Elternschaft. Durch überdurchschnittliche Faktorwerte zeichnen sich die Komitate Szabolcs-Szatmár-Bereg und Borsod-Abaúj-Zemplén aus. Für Budapest und die Komitate Csongrád, Győr-Moson-Sopron und Vas sind dagegen ein später Eintritt in die Familienbildungsphase und eine niedrige Fruchtbarkeit typisch.

Eine Erklärung der Verteilung des SDT-Faktors ist schwierig. Einerseits fehlen geeignete „kulturelle" Variablen, andererseits kann der Faktor „Bildung und Wohlstand" der sozioökonomischen Hintergrundvariablen nicht in die Analyse aufgenommen werden,

Tab. 33 Komitate Ungarns 1990 Sozioökonomische Charakteristika der Cluster (T-Werte)

Indikator		Cluster				
		SzSzB*	1	2	3	4
Faktor 1: Bildung und Wohlstand		- -	x	o	-	o
Faktor 2: Beteiligung am Erwerbsleben		- -	o	o	o	+ +
Anteil der Frauen	über 15 mit Grundschulabschluss	- -	x	o	-	+
	über 18 mit sekundärem Schulabschluss	-	x	-	-	+
	über 25 mit Hochschulabschluss	-	x	o	-	o
Arbeitslosenquote (Zensusdaten)		+ +	-	o	o	- -
Erwerbsquote der Männer (Altersgruppe 15-64)		- -	o	x	o	+ +
Erwerbsquote der Frauen (Altersgruppe 15-64)		- -	x	o	o	+
Pro-Kopf-Einkommen in HUF 1988		- -	x	o	o	o
Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner		- -	+ +	x	o	o
Bevölkerungsanteil der Konfessionslosen 2001		- -	+	+	o	- -
Bevölkerungsanteil der Roma 1993 (Schätzung)		+ +	-	-	+	-
Lebenserwartung der Männer		- -	+	o	o	+ +

** Szabolcs-Szatmár-Bereg* *zur Erklärung der Symbole siehe Tabelle 13*

Datenquellen: Havasi et al. 1999, S. 65; KSH 2003a, 2008d; eigene Berechnungen

134 Um eine Normalverteilung zu erreichen, musste dieser Indikator invertiert werden (vgl. Kap. 6.1), das Vorzeichen in Tabelle 31 weist daher in die „falsche" Richtung.

da der Zusammenhang mit dem SDT-Faktor nicht linear, sondern u-förmig ist. Von den drei Variablen, die schließlich für die Analyse verwendet wurden, erwies sich nur der Anteil der Konfessionslosen bei der Volkszählung 2001 als signifikant. Wie oben dargestellt, ist die Verwendung dieses Indikators jedoch methodisch problematisch. Weder die Erwerbsbeteiligung noch der Fidesz-Stimmenanteil bei den Wahlen 1990 können einen eigenständigen Beitrag zur Erklärung des Raummusters des Zweiten Demographischen Übergangs in Ungarn 1990 leisten. Mangels aussagekräftiger Daten können wir an dieser Stelle lediglich festhalten, dass es Indizien dafür gibt, dass ein hoher Säkularisierungsgrad den SDT begünstigt haben könnte. Die Tatsache, dass ein Teil der Komitate mit überdurchschnittlichen Faktorwerten – Bács-Kiskun, Baranya, Békés, Csongrád, Pest sowie Budapest – bereits 1930 unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus liegende Geburtenraten aufwies (Karte 2), kann dahingehend interpretiert werden, dass die Hauptstadtregion und Teile Südungarns traditionell demographischen Innovationen offen gegenüberstehen. Da die heute gültigen Grenzen der Komitate erst in sozialistischer Zeit festgelegt wurden, kann diese These aufgrund unterschiedlicher Gebietsstände nicht statistisch überprüft werden. Für Faktor 2 gilt, dass die ökonomischen Variablen „Wohlstand und Bildung“ (β=-0,65; p=0,00) und „Erwerbsbeteiligung“ (β=-0,62; p=0,00) 80% der Streuung erklären. Durch das Einbeziehen der kulturellen Variablen verbessert sich das Modell nicht signifikant. Bereits in sozialistischer Zeit lässt sich folglich eine enge Beziehung von wirtschaftlicher Unterentwicklung und früher Familiengründung feststellen.

Tab. 34 Komitate Ungarns 2005 Ergebnisse der Faktoranalyse* (Matrix der Faktorladungen)

Indikator	Faktor 1	Faktor 2	Kommunalitäten [%]
	Zweiter Demographischer Übergang	„Sozialistisches“ generatives Verhalten	
Anteil der Geschiedenen an allen Frauen über 15	0,861		78,0
NLG-Anteil bei Frauen mit Berufsschulabschluss	0,844		73,8
Altersspezifische Abtreibungshäufigkeit der AG 15-19 (log)	0,825	-0,464	89,7
Altersspezifische Geburtenrate der 25- bis 29-Jährigen	-0,787		64,2
Anteil der Einpersonenhaushalte in der AG 15-64	0,734		63,2
Altersspezifische Geburtenrate der 20- bis 24-Jährigen	-0,685	0,672	92,1
NLG-Anteil bei Frauen mit Hochschulabschluss	0,664		50,2
Altersspezifische Geburtenrate der 30- bis 34-Jährigen	0,644		56,7
Zusammengefasste Abtreibungsrate		0,939	88,3
Altersspezifische Abtreibungshäufigkeit der AG 30-34		0,870	90,3
Anteil der Familien mit mindestens 3 Kindern	-0,598	0,786	97,5
Anteil unehelicher Lebendgeburten		0,781	61,0
Mittlere Geburtenfolge	-0,598	0,771	95,2
NLG-Anteil bei Frauen mit Grundschulabschluss	0,454	0,686	67,7
Anteil verheirateter Frauen in der AG 15-19	-0,596	0,680	81,8
Eigenwert	6,043	5,455	
Erklärte Varianz [%]	40,285	36,368	
Erklärte Varianz [%] (kumulativ)	40,285	76,652	

** Methode: Hauptachsenanalyse mit Varimax-Rotation; Maß der Stichprobeneignung: 0,734*

Datenquellen: KSH 2005c-d, 2006a; eigene Berechnungen

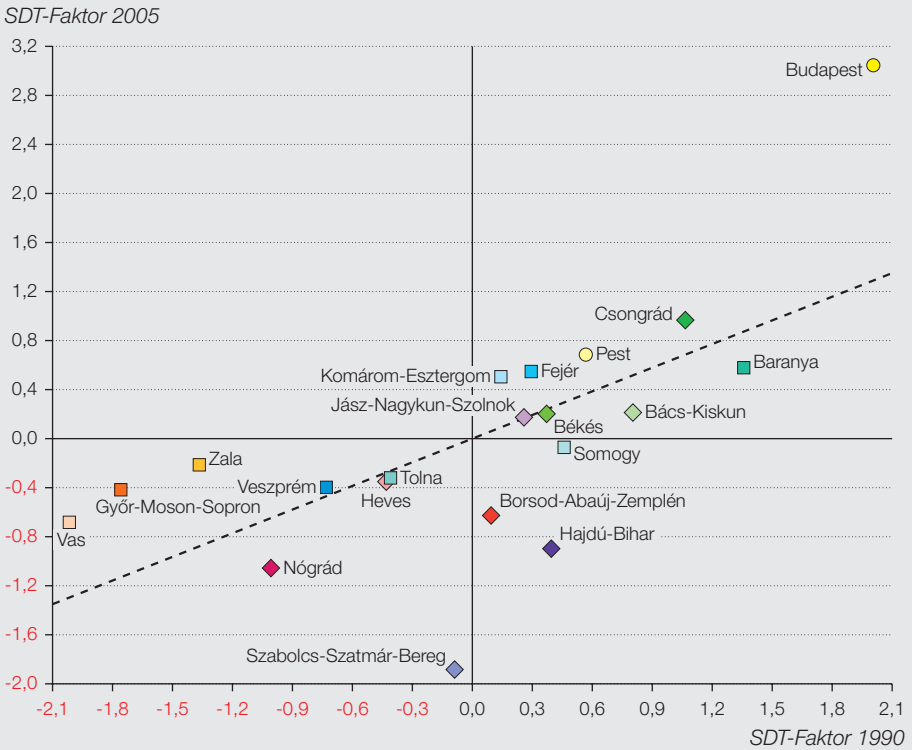
Die Faktoren lassen sich mit Hilfe einer Clusteranalyse zu vier regionalen Typen des Familienbildungsverhaltens kombinieren (Abbildung 69). Szabolcs-Szatmár-Bereg stellt aufgrund des außergewöhnlich hohen Werts des Faktors „frühe Familiengründung" einen Ausreißer dar. Das generative Verhalten in diesem Komitat zeichnet sich durch weit überdurchschnittliche altersspezifische Fertilitätsraten der Frauen zwischen 15 und 24 aus. Die hohe Heiratsrate, der weit überdurchschnittliche Bevölkerungsanteil verheirateter Frauen im Teenageralter und der unterdurchschnittliche Anteil kinderloser Ehefrauen deuten auf eine enge Kopplung von Ehe und Fortpflanzung hin. Ein weiteres Charakteristikum dieses Musters der frühen Familiengründung ist die große quantitative Bedeutung kinderreicher Familien. Die Familienerweiterungsphase ist mit dem 30. Geburtstag weitgehend abgeschlossen, wie die unterdurchschnittlichen Geburtenraten der über 30-Jährigen und der niedrige Postponement-Index zeigen. Das Bild eines relativ traditionellen Musters des generativen Verhaltens wird durch eine geringe Bedeutung des unverheirateten Zusammenlebens, vor allem bei Frauen mit höherem Bildungsniveau, und niedrige Scheidungsraten abgerundet (Tabelle 32).

Budapest und das Komitat Csongrád, die im Vorfeld als die potentiellen Innovationszentren des Zweiten Demographischen Übergangs identifiziert wurden, bilden Cluster 1. Charakteristisch ist insbesondere ein Aufschub der Familiengründung, der sich in den Daten durch deutlich überdurchschnittliche altersspezifische Geburtenraten der Frauen über 30 und niedrige Werte bei Teenagern äußert. Hohe Scheidungsraten und eine überdurchschnittliche quantitative Bedeutung der Kohabitation zeigen, dass die Pluralisierung der Lebensformen und die Deinstitutionalisierung der Ehe im ungarischen Vergleich am weitesten fortgeschritten sind.

Mit acht Komitaten ist Cluster 2 am stärksten besetzt. Mit Ausnahme von Nordungarn und Westtransdanubien sind Komitate aus allen Regionen Ungarns vertreten. Dieser Typ des generativen Verhaltens kann als eine moderate Version des SDT mit „sozialistischem Profil" charakterisiert werden. Als Elemente des Zweiten Demographischen Übergangs lassen sich die überdurchschnittlichen Werte bei den Indikatoren zum Scheidungsverhalten, zum unverheirateten Zusammenleben, zur Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung und zum Ehepostponement interpretieren. Das „sozialistische Profil" zeigt sich in Gestalt eines hohen Anteils von Großfamilien und der niedrigen endgültigen Ehelosigkeit, aber auch in den im Gegensatz zu den Innovationszentren immer noch durchschnittlichen Werten der Indikatoren der frühen Familiengründung. Den in der Regressionsanalyse festgestellten geringen Erklärungswert ökonomischer Variablen für das Raummuster des SDT unterstreicht, dass Cluster 2 in wirtschaftlicher Hinsicht den ungarischen Durchschnitt repräsentiert (Tabelle 33).

Cluster 3, das die nordungarischen Komitate sowie Jász-Nagykun-Szolnok, Tolna und Veszprém umfasst, kann als eine moderatere Version des generativen Verhaltens im Komitat Szabolcs-Szatmár-Bereg charakterisiert werden. Die Vorzeichen weisen bei den meisten Variablen in die gleiche Richtung, die Abweichung vom ungarischen Mittelwert ist jedoch geringer. Die im Vergleich zu Szabolcs-Szatmár-Bereg niedrigeren Werte bei der zusammengefassten Abtreibungsrate, der Nichtehelichenquote und der endgültigen Ehelosigkeit geben dem Familienbildungsverhalten in Cluster 3 eine etwas traditionellere Note. Die höhere Scheidungsrate deutet dagegen auf eine

70 Komitate Ungarns – Vergleich der Werte des SDT-Faktors 1990 und 2005



geringere Ehestabilität hin. Während das Komitat Szabolcs-Szatmár-Bereg in Tabelle 33 durch ein äußerst ungünstiges sozioökonomisches Profil auffällt, entspricht Cluster 3 – vom niedrigen Bildungsniveau der Frauen abgesehen – eher dem Landesdurchschnitt. Zur Erklärung des spätsozialistischen Raummusters des generativen Verhaltens sind die ökonomischen Variablen offensichtlich weniger gut geeignet als als Prädiktor für das Timing der Familiengründung.

Die westtransdanubischen Komitate zeichnen sich durch ein recht einheitliches Muster des generativen Verhaltens aus. Für Cluster 4 sind sowohl niedrige Werte des SDT-Faktors als auch des Faktors „frühe Familiengründung" charakteristisch. Mit einer unterdurchschnittlichen Nichtehelichenquote, einer geringen Verbreitung des unverheirateten Zusammenlebens in allen Bildungsgruppen und einer niedrigen Scheidungsrate ist das demographische Profil Westtransdanubiens ebenfalls als eher traditionell einzustufen. Im Gegensatz zu Ostungarn ist jedoch die Familiengründung weder früh noch universell. Der Anteil kinderloser und endgültig eheloser Frauen ist im ungarischen Vergleich hoch, Großfamilien und Teenagerschwangerschaften kommen dagegen seltener vor als in den übrigen Landesteilen.

Tab. 35 Komitate Ungarns
Lineare Regression der Faktoren des generativen Verhaltens auf sozioökonomische und kulturelle Variablen

Indikator	Zweiter Demographischer Übergang mit Budapest		Zweiter Demographischer Übergang ohne Budapest		„Sozialistisches" generatives Verhalten	
	Beta-Wert	Signifikanz	Beta-Wert	Signifikanz	Beta-Wert	Signifikanz
Faktor 1: Wirtschaftliche Stärke	-0,03	n.s.	-0,06	n.s.	-0,43	*
Faktor 2: Sozioökonomische Benachteiligung	-0,04	n.s.	-0,14	n.s.	0,61	***
Stimmenanteil des SzDSz 2004 (log)	0,70	***	0,58	*	nicht verwendet	
Anteil der Konfessionslosen 2001 (log)	0,29	*	0,37	+	nicht verwendet	
Anteil der Mietwohnungen (log)	0,20	n.s.	0,19	n.s.	nicht verwendet	
Konstante	-8,05	***	-6,97	**	0,00	n.s.
R^2 [%]	86,3		73		55,5	

SzDSz: *Szabad Demokraták Szövetsége - (Links-)Liberaler Bund Freier Demokraten*

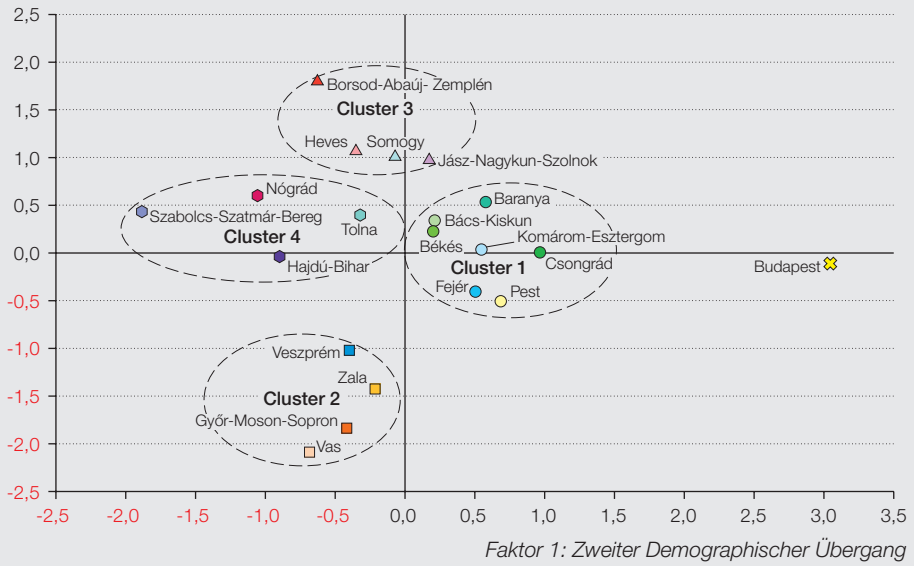
*Signifikanzniveau der Beta-Werte: *** 0,1 %, ** 1 %, * 5 %, + 10 %; n.s.: nicht signifikant* *Quelle: eigene Berechnungen*

9.1.3 Regionale Muster des generativen Verhaltens 2005

Auch 2005 lassen sich im regionalen Muster des generativen Verhaltens Ungarns zwei Dimensionen unterscheiden, die jeweils etwa 40% der Varianz erklären (Tabelle 34). Es handelt sich im Prinzip um die gleichen Faktoren wie 1990, wobei sich gewisse Akzentverschiebungen ergeben haben, die vorrangig dadurch begründet sind, dass auf eine breitere Datenbasis zurückgegriffen werden konnte. Faktor 1 kann wiederum als „SDT-Faktor" interpretiert werden. Er deckt alle Bereiche des Zweiten Demographischen Übergangs ab: Postponement, Deinstitutionalisierung der Ehe durch Scheidung und unverheiratetes Zusammenleben, Einpersonenhaushalte und ein „westliches" Abtreibungsverhalten. Mit den Indikatoren einer hohen Fruchtbarkeit und jugendlichen Familiengründung ist der Faktor dagegen negativ korreliert. Faktor 2 wurde in „sozialistisches generatives Verhalten" umbenannt, da die frühe Familiengründung zwar nach wie vor ein wesentlicher Aspekt ist, gegenüber 1990 aber an Bedeutung eingebüßt hat. In den Vordergrund getreten ist das der „Abtreibungskultur" der sozialistischen Zeit entsprechende Familienplanungsmuster, bei dem nach Erreichen einer relativ hohen Kinderzahl im vierten Lebensjahrzehnt der Schwangerschaftsabbruch als Verhütungsmethode „ex post" genutzt wird. Zwei Punkte verdienen besondere Beachtung. Wie in Kapitel 8 vermutet, kann die Nichtehelichenquote nicht mehr als ein Indikator für den Zweiten Demographischen Übergang gelten, sondern ist inzwischen ein Aspekt des „sozialistischen" Musters des generativen Verhaltens. Daneben ist der SDT-Faktor nicht mehr so klar definiert wie 1990, was sich an den z. T. geringeren Faktorladungen, aber auch an den recht niedrigen Kommunalitäten bei einigen theoretisch bedeutsamen Indikatoren ablesen lässt.

Der Vergleich von Abbildung 69 und Abbildung 71 zeigt, dass sich das räumliche Muster des SDT in den 15 Jahren seit der „Wende" zum Teil deutlich verändert hat. In Abbildung 70 sind die Faktorwerte der Komitate für 1990 und 2005 dargestellt. Die Regressionsgerade gibt den unter Annahme einer linearen Entwicklung zu erwartenden Faktorwert für 2005 an. Der Zweite Demographische Übergang ist in Budapest wesent-

71 Komitate Ungarns – Regionale Typen des Familienbildungsverhaltens 2005



Quelle: eigene Berechnung

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: R. Schwarz

lich dynamischer verlaufen als unter der Annahme eines linearen Entwicklungsverlaufs zu erwarten gewesen wäre. Der Wandel des generativen Verhaltens in der Hauptstadt wurde folglich durch den Systemwechsel in besonderem Maß begünstigt. Der „Entwicklungsvorsprung“ zu den übrigen Landesteilen hat sich deutlich verstärkt. Auch in Westtransdanubien, Csongrád, Fejér, Komárom-Esztergom und Pest liegt der Istwert des SDT-Faktors 2005 mehr oder weniger deutlich über dem Schätzwert. Mit Ausnahme von Zala liegen diese Komitate alle in Abbildung 44 im ersten Quadranten, zeichnen sich also durch eine Kombination von relativer wirtschaftlicher Stärke und einem geringen Ausmaß an sozialer Benachteiligung aus. Dies unterstreicht die Bedeutung der wirtschaftlichen Entwicklung für den SDT. Nach dem Modell der „Bedürfnispyramide“ müssen die materiellen Grundbedürfnisse befriedigt sein, bevor der Wunsch nach Selbstverwirklichung aufkommt. So lässt sich auch erklären, dass der SDT-Faktor in „Krisenkomitaten“ wie Borsod-Abaúj-Zemplén, Nógrád oder Szabolcs-Szatmár-Bereg zum Teil erheblich unterhalb des Erwartungswerts liegt. In der Regressionsanalyse kann allerdings nicht belegt werden, dass der wirtschaftliche Entwicklungsstand einen signifikanten Einfluss auf das Raummuster des Zweiten Demographischen Übergangs hat (Tabelle 35). Die These, dass die Pluralisierung der Lebensformen ein Marginalisierungsphänomen ist, bestätigt sich nicht, die aus dem Modell der Bedürfnispyramide abgeleitete Annahme, dass ein gewisses Wohlstandsniveau erreicht sein muss, bevor der SDT einsetzen kann, allerdings auch nicht. Dagegen erhärtet sich die These, dass „kulturelle“ Faktoren zuverlässige Prädiktoren des SDT-Faktors sind. Je größer der Stimmenanteil der Liberalen bei der Europawahl 2004, desto höher der Wert von Faktor 1. Der Einfluss des Säkula-

Tab. 36 Komitate Ungarns 2005 Demographische Charakteristika der Cluster (T-Werte)

Indikator		Cluster				
		BP*	1	2	3	4
Zusammengefasste Abtreibungsrate		o	o	- -	+ +	+
Altersspezifische Abtreibungshäufigkeit der Altersgruppe	15-19	+ +	+	o	-	-
	20-24	+ +	o	-	+	-
	30-34	- -	-	- -	+ +	+
	35-39	- -	o	-	+	+
Anteil der Geschiedenen an allen Frauen über 15		+ +	+	-	-	-
Anteil verheirateter Frauen in der Altersgruppe 15-19		- -	-	-	+	+ +
Eheschließungen pro 1000 unverheiratete Frauen		o	o	x	-	x
Scheidungen pro 1000 verheiratete Frauen		+ +	+	- -	o	x
Mittleres Erstheiratsalter der Frauen		+ +	o	o	x	o
Anteil der kinderlosen Ehen an allen Ehen		+ +	o	o	x	o
Mittlere Kinderzahl der Ehefrauen der Altersgruppe 15-49		- -	o	x	x	o
Mittlere Geburtenfolge		- -	-	-	+ +	+
Allgemeine Geburtenrate		o	o	-	+	x
Altersspezifische Geburtenrate der Altersgruppe	15-19	- -	-	-	+ +	+
	20-24	- -	-	-	+	+ +
	25-29	- -	o	o	o	+
	30-34	+ +	+	o	-	x
	35-39	+ +	+	-	-	-
Anteil der Familien mit mindestens 3 Kindern		- -	o	-	+ +	+
Nichtehelichenquote		-	o	x	+ +	o
Postponement-Index		+ +	o	o	-	o
Zusammengefasste Geburtenrate		- -	-	x	+	+
Anteil der alleinerziehenden Mütter an den Familien		+ +	+	-	x	-
Anteil der Kinderlosen an den Frauen der Altersgruppe 30-39		+ +	o	o	o	- -
Anteil der Einpersonenhaushalte in der Altersgruppe 15-64		+ +	o	+	-	-
Anteil der Ledigen an den Frauen der Altersgruppe 20-29		+ +	+	+	x	-
Anteil in NLG lebender lediger Frauen an allen ledigen Frauen		o	+	- -	+	x
Anteil in NLG lebender geschiedener Frauen a. d. Geschiedenen		- -	+	o	+	-
Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften	an allen Paar-Haushalten	+ +	+	- -	o	-
	ohne Kind im Haushalt	+ +	o	x	-	-
Anteil nichehelicher Lebensgemeinschaften bei Frauen	ohne Grundschulabschluss	+	+	- -	+	-
	mit Grundschulabschluss	+	+	- -	+	-
	mit Berufsschulabschluss	+ +	+	-	o	x
	mit Matura	+ +	+	-	-	x
	mit Hochschulabschluss	+ +	o	o	o	-

* Budapest

Datenquellen: KSH 2005c-d, 2006a; eigene Berechnungen

zur Erklärung der Symbole siehe Tabelle 13

risierungsgrads ist zwar noch signifikant, aber deutlich schwächer. Die Erwartung, dass die Verfügbarkeit von Mietwohnungen den SDT begünstigt, hat sich dagegen als nicht zutreffend erwiesen. Der Regressionskoeffizient ist zwar positiv, aber nicht signifikant. Da sich in der gesamteuropäischen Clusteranalyse herausgestellt hat, dass Budapest zu den Innovationszentren des SDT nicht nur in Ungarn, sondern in den MOE-Staaten insgesamt, gehört, wurde die Analyse noch einmal nur für die 19 Komitate gerechnet, um auszuschließen, dass es sich bei den dargestellten Zusammenhängen um ein „Hauptstadtphänomen“ handelt. Die Ergebnisse des zweiten Modells sind zwar weniger eindeutig, gehen aber in die gleiche Richtung.

Tab. 37 Komitate Ungarns 2005
Sozioökonomische Charakteristika der Cluster (T-Werte)

Indikator		Cluster				
		BP**	1	2	3	4
Faktor 1: Wirtschaftliche Stärke		+ +	o	+	-	-
Faktor 2: Sozioökonomische Benachteiligung		+	-	-	x	+
Anteil der Frauen	über 15 Jahren mit Grundschulabschluss	+ +	o	+	-	-
	über 18 mit sekundärem Schulabschluss	+ +	o	o	-	-
	über 25 Jahren mit Hochschulabschluss	+ +	o	o	-	-
Arbeitslosenquote		- -	-	-	+	+
Arbeitslosenquote der Altersgruppe 15-29		- -	-	-	+	+
Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen		+	o	- -	+	+
Erwerbsquote der Altersgruppe 15-64		+ +	o	+	-	-
Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner		+ +	o	o	-	-
Versteuertes Einkommen [1000 HUF]		+ +	o	o	-	-
Beteiligung an der Europawahl 2004		+ +	o	+	-	-
Stimmenanteil des SzDSz* bei der Europawahl 2004		+ +	o	o	-	-
Bevölkerungsanteil	der Roma 2003 (Schätzung)	-	-	-	+ +	+
	der Konfessionslosen 2001	+	+	-	x	x
	ohne Angabe zur Religionszugehörigkeit 2001	+ +	+	-	-	-
Anteil der HH in Substandardwohnungen 2001		- -	o	-	+	+
Anteil der Mietwohnungen am Wohnungsbestand 2001		+ +	o	+	-	-
Neugeborene unter 2,5 kg Geburtsgewicht		- -	-	-	x	+ +
Transferleistungen pro Einwohner [HUF] 2006		- -	-	-	+	+
Bevölkerungsanteil mit Depressionssyndrom 1995		-	-	-	x	+ +
Zahl der Gewaltverbrechen pro 1000 Einwohner (Mittel 2005-08)		+	-	-	x	+
Lebenserwartung der Männer 2007		+ +	+	+	- -	x

** Szabad Demokraták Szövetsége - (Links-)Liberaler Bund Freier Demokraten* *** Budapest*

Datenquellen: Eurostat 2008b; Kopp et al. 1999, S.127-129; KSH 2004c,d, 2005d, 2006a,e,f, 2008b,c,d, 2009a; Országos Választási Iroda 2006; eigene Berechnungen

zur Erklärung der Symbole siehe Tabelle 13

Zur Erklärung des Musters des „sozialistischen" generativen Verhaltens konnten nur die ökonomischen Variablen verwendet werden, da zwischen Faktor 2 und den „kulturellen" Indikatoren keine lineare Beziehung hergestellt werden konnte. Dies ist vor allem dadurch begründet, dass der Faktorwert von Budapest trotz der in Kapitel 8 festgestellten Angleichung an das in Nordwesteuropa vorherrschende Muster der späten Erstgeburt und das „westliche" Abtreibungsverhalten wider Erwarten nur geringfügig vom Mittelwert abweicht. Es wird deutlich, dass das „sozialistische" generative Verhalten eng mit sozioökonomischer Benachteiligung assoziiert ist. Dass die im Modell verwendeten sozioökonomischen Indikatoren nur knapp 56% der Streuung erklären können, deutet jedoch darauf hin, dass ein ausschließlich auf wirtschaftlichen Argumenten beruhender Erklärungsansatz zu kurz greift

Wie für 1990 lassen sich vier Typen des Familienbildungsverhaltens und ein „Außenseiter" identifizieren (Abbildung 71). Der Ausreißer ist diesmal Budapest, das sich durch einen weit überdurchschnittlichen Wert des SDT-Faktors von den übrigen Landesteilen abhebt. Die Position der Hauptstadt als Innovationszentrum des Zweiten Demographischen Übergangs wird in Tabelle 36 besonders deutlich: Alle Indikatoren der Pluralisierung der Lebensformen, der Deinstitutionalisierung der Ehe und des Aufschubs von Heirat und Elternschaft ins vierte Lebensjahrzehnt sind besonders stark

ausgeprägt. Auch das „westliche“ Abtreibungsmuster ist klar erkennbar. Nichteheliche Lebensgemeinschaften sind weit verbreitet; der im Vergleich zum Landesmittel (unter-) durchschnittliche Anteil mit einem Partner zusammenlebender lediger und geschiedener Frauen deutet darauf hin, dass der Prozentsatz der Alleinlebenden – ebenfalls ein wichtiges Merkmal des SDT – in Budapest am höchsten ist.

Cluster 1 umfasst mit Ausnahme von Csongrád als „Zugang“ und Hajdú-Bihar und Somogy als „Abgänge“ die gleichen Komitate wie Cluster 2 1990. Wie 1990 kann man das generative Verhalten in diesen Komitaten als eine moderate Version des SDT interpretieren, das „sozialistische Profil“ ist jedoch nicht mehr erkennbar. Die Vorzeichen weisen in der Regel in die gleiche Richtung wie in Budapest, die Abweichungen vom landesweiten Mittel sind jedoch schwächer ausgeprägt. Für Cluster 1 charakteristisch sind insbesondere der überdurchschnittliche Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften, die vergleichsweise hohen altersspezifischen Geburtenraten der über 30-Jährigen und die geringe Intensität der Familiengründung in der Altersgruppe 15-24. Von Baranya abgesehen setzt sich Cluster 1 aus Komitaten zusammen, die neben einem ähnlichen Muster des generativen Verhaltens auch ein unterdurchschnittliches Ausmaß der sozioökonomischen Benachteiligung gemeinsam haben (Abbildung 44). Auch wenn die wirtschaftliche Performanz der Komitate sehr heterogen ist, kann doch festgehalten werden, dass das Postponement und die Pluralisierung der Lebens- und Familienformen in Ungarn *nicht* für soziale Krisengebiete charakteristisch sind.

Wie 1990 zeichnen sich die Komitate Westtransdanubiens durch ein eigenständiges „traditionelles“ und geburtenschwaches Muster des generativen Verhaltens aus. Cluster 2 umfasst als „Neuzugang“ auch das Komitat Veszprém – auf die zunehmende Ähnlichkeit des Familienbildungsverhaltens in diesem Komitat mit dem westtransdanubischen Muster wurde in Kapitel 8 mehrfach hingewiesen. Das „traditionelle“ Profil von Cluster 2 zeigt sich vor allem an den unterdurchschnittlichen Abtreibungs- und Scheidungsraten sowie an der niedrigen quantitativen Bedeutung des unverheirateten Zusammenlebens. Der durchschnittliche Anteil der in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebenden Hochschulabsolventinnen ist dagegen ein Indiz dafür, dass der Zweite Demographische Übergang im Nordwesten an Fahrt gewinnt – und zwar, wie theoretisch zu erwarten, ‚*top down*’ in der Bildungshierarchie.

Cluster 3 besteht aus den Komitaten Borsod-Abaúj-Zemplén, Heves, Jász-Nagykun-Szolnok und Somogy, in denen das „sozialistische“ Muster des generativen Verhaltens am stärksten ausgeprägt ist. Die Familiengründung erfolgt im ungarischen Vergleich früh, erkennbar an der hohen altersspezifischen Fruchtbarkeit der Frauen der Altersgruppe 15-24 und dem überdurchschnittlichen Prozentsatz verheirateter Teenager. Cluster 3 umfasst die geburtenstärksten Regionen des Landes. Die Wahrscheinlichkeit einer Familienerweiterung über das Zweikindideal hinaus ist ebenfalls überdurchschnittlich hoch. Das der „Abtreibungskultur“ der sozialistischen Zeit ähnelnde Schwangerschaftsabbruchverhalten ist in Tabelle 36 deutlich erkennbar. Nichteheliche Lebensgemeinschaften sind insbesondere bei Geschiedenen und bei Frauen mit niedrigem Bildungsniveau verbreitet. Als „postsozialistische“ Elemente des generativen Verhaltens sind dagegen angesichts der engen Kopplung von Ehe und Fortpflanzung während des Staatssozialismus die stark überdurchschnittliche Nichtehelichenquote und die niedrige Heiratsrate einzustufen.

Hajdú-Bihar, Nógrád, Szabolcs-Szatmár-Bereg und Tolna bilden Cluster 4, das sich wie Cluster 3 durch eine frühe Familiengründung auszeichnet. Die niedrigere Nichtehelichenquote und der höhere Anteil verheirateter Frauen im Teenageralter deuten je-

doch auf eine engere Kopplung von Ehe und Fortpflanzung hin. Insgesamt ist die Pluralisierung der Lebensformen schwächer ausgeprägt; dies zeigt sich insbesondere in der geringeren Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Die Cluster 3 und 4 umfassen, von Jász-Nagykun-Szolnok abgesehen, Komitate, die sich durch einen hohen Grad der sozioökonomischen Benachteiligung auszeichnen (Abbildung 44). Das generative Verhalten in diesen wirtschaftlichen und sozialen „Krisenkomitaten" lässt sich, wie in Kapitel 4 theoretisch hergeleitet, durch frühe Familiengründung und überdurchschnittliche Fruchtbarkeit und Familiengröße charakterisieren. Das Festhalten am „sozialistischen" Abtreibungsmuster ist ein weiteres Indiz dafür, dass sich das Familienbildungsverhalten in den von der Transformationskrise besonders hart getroffenen Landesteilen durch größere Kontinuitäten zur sozialistischen Zeit auszeichnet als in den „Gewinnerregionen" im Nordwesten. Für die These, dass als Reaktion auf eine ungünstige wirtschaftliche Situation in der Heimatregion biographische Festlegungen vermieden oder aufgeschoben werden, gibt es dagegen keine Belege. Die etwas stärkere Pluralisierung der Lebensformen und die höhere Nichtehelichenquote in Cluster 3 könnte angesichts des höheren Bevölkerungsanteils der Roma (Tabelle 37) auf die bereits angesprochene Praxis der „Ehen mit imaginärem Trauschein" zurückzuführen sein.

Tab. 38 Subregionen Ungarns Ergebnisse der Faktoranalyse* (Matrix der Faktorladungen)

Indikator	Faktor 1 „Sozialistisches" generatives Verhalten	Faktor 2 Unverheiratetes Zusammenleben	Faktor 3 „Familienreste"	Kommunalitäten [%]
Anteil der AG 30-34 an den Gebärenden 2005	-0,875			79,2
Anteil der AG 20-24 an den Gebärenden 2005	0,832			73,6
Anteil der Heiraten mit Braut in der AG 15-24 2005	0,809			74,4
Kinderzahl in Partnerschaft lebender Frauen über 15 (log)	0,766		-0,459	79,9
Anteil der ehelichen Familien mit mehr als 4 Kindern (log)	0,758			65,8
Allgemeine Geburtenrate 2001 (log)	0,755			64,2
Altersspez. Abtreibungshäufigkeit der AG 15-19 2005 (log)	-0,727			53,9
Anteil der Heiraten mit Braut in der AG 30-39 2005	-0,686			54,9
Altersspez. Abtreibungshäufigkeit der AG 30-34 2005 (log)	0,662			48,1
Anteil nichtehelicher Lebendgeburten 2005	0,598	0,517		67,7
Anteil der NLG mit Kind(ern) an allen Paarhaushalten		0,943		95,5
Anteil der NLG an allen Paarhaushalten		0,894		100,0
Anteil der in NLG lebenden ledigen Frauen		0,865		82,6
Anteil der in NLG lebenden geschiedenen Frauen		0,737		70,3
Anteil der alleinerziehenden Mütter (log)			0,917	89,8
Anteil der Geschiedenen an allen Frauen über 15	-0,498		0,658	81,2
Eigenwert	6,075	3,570	2,164	
Erklärte Varianz [%]	37,970	22,313	13,527	
Erklärte Varianz [%] (kumulativ)	37,970	60,283	73,810	

** Methode: Hauptachsenanalyse mit Varimax-Rotation; Maß der Stichprobeneignung: 0,84*

Datenquellen: KSH 2005e, 2009g; eigene Berechnungen

9.2 Raummuster des generativen Verhaltens auf Ebene der Kleingebiete

Die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs identifiziert junge, gut ausgebildete, säkularisierte *Städter* mit postmaterialistischen Wertvorstellungen als die Gruppe, von der aus sich demographische Innovationen auf die übrige Bevölkerung ausbreiten. Da ein großer Teil der Einwohner in den Komitatssitzen lebt (Tabelle 14), bilden sich auf dieser Analyseebene möglicherweise eher Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen Städten ab. So könnten die hohen Werte des SDT-Faktors in Baranya und Csongrád auf die Universitätsstädte Pécs und Szeged mit ihren „SDT-affinen" studentischen Milieus zurückzuführen sein. In diesem Abschnitt wollen wir von der Komitats- auf die Kleingebietsebene wechseln, um der Frage nachzugehen, ob der Zweite Demographische Übergang – sofern ein entsprechendes Muster auch auf dieser Raumebene vorzufinden ist – ein rein (groß-)städtisches Phänomen ist, oder ob der Wandel des generativen Verhaltens auch auf den ländlichen Raum ausstrahlt.[135] Auch die These, dass ein „alternatives" ‚*Crisis behaviour*' in Gestalt des ‚*Pattern of disadvantage*' für periphere ländliche Räume mit wirtschaftlichen Strukturschwächen typisch ist, kann auf dieser Ebene besser untersucht werden.

Die Subregionen mit dem hier verwendeten Gebietsstand (siehe Karte 18) wurden erst nach der Volkszählung 2001 gebildet. Das KSH stellt die Zensusdaten und eine Reihe sozioökonomischer Hintergrundvariablen auf dieser Ebene auch rückwirkend zur Verfügung. Für Daten zur natürlichen Bevölkerungsbewegung musste dagegen auf neuere Zahlen zurückgegriffen werden. Für die Faktoranalyse konnten weitgehend die gleichen Indikatoren verwendet werden wie auf der Komitatsebene. Aufgrund fehlender Bevölkerungsdaten lassen sich allerdings keine altersspezifischen Geburtenraten berechnen. Stattdessen wurde der Anteil der jeweiligen Altersgruppe an allen Geburten verwendet. Angaben zum Bildungsniveau der Partner in nichtehelichen Lebensgemeinschaften stehen für die Kleingebiete nicht zur Verfügung, ebenso fehlen Daten zur Altersstruktur der in einem Einpersonenhaushalt lebenden Personen. Auf die Verwendung dieses Indikators wurde daher verzichtet, da davon auszugehen ist, dass gerade in ländlichen Räumen vorrangig ältere Menschen allein leben. Dieser Typ von Einpersonenhaushalten kann nicht als eine „individualistische" Lebensform eingestuft werden und ist daher kein Charakteristikum des Zweiten Demographischen Übergangs.

Die Ergebnisse der Faktoranalyse für die 168 Kleingebiete unterscheiden sich in wesentlichen Punkten von den Resultaten auf der Komitatsebene. Ein „SDT-Faktor", der mit Indikatoren zur Pluralisierung der Lebensformen und des Aufschubs von Ehe und Erstgeburt im Lebenslauf korreliert, lässt sich nicht feststellen. Ein „sozialistisches" Muster des generativen Verhaltens mit früher Familiengründung, hohen Kinderzahlen pro Familie und überdurchschnittlichen Abtreibungsraten bei Frauen über 30 ist dagegen auch auf der subregionalen Ebene klar erkennbar (Tabelle 38). Die Indikatoren des Postponements von Ehe und Fortpflanzung laden im Gegensatz zu den Analysen im vorange-

135 Von Budapest und Debrecen abgesehen, gehört auch das Umland der Städte mit Komitatsrecht zu den entsprechenden Kleingebieten. Falls sich auch in Ungarn ein spezifisches „suburbanes" Muster des generativen Verhaltens herausgebildet hat, wie es beispielsweise Kulu und Boyle (2007) und Kulu et al. (2008) für das Geburtenverhalten in den skandinavischen Staaten feststellen, besteht die Gefahr es durch diese Aggregation ebenso verwischt wird wie ein mögliches spezifisches „Kernstadtmuster".

gangenen Abschnitt negativ auf diesem Faktor; zu den anderen Faktoren besteht keine aussagekräftige statistische Beziehung. Ein den Erwartungen der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs entsprechendes Muster des generativen Verhaltens ergibt sich folglich erst durch die Kombination aller drei Faktoren. Negative Werte von Faktor 1 decken den Postponementaspekt ab, positive Werte der Faktoren 2 und 3 stehen für die Deinstitutionalisierung der Ehe.

Deutlich überdurchschnittliche Werte von Faktor 1 sind in den Regionen Észak-Alföld und Észak-Magyarország anzutreffen, namentlich im ländlichen Raum der Komitate Borsod-Abaúj-Zemplén, Nógrád und Szabolcs-Szatmár-Bereg (Tabelle 54 in Anhang 1). Diese Kleingebiete gehören überwiegend zu den von Bihari und Kovács (2006: 91-92) identifizierten Typen der „Krisengebiete" und „Regionen mit Segregationstendenzen". Dies unterstreicht, dass es sich beim „sozialistischen" Muster des generativen Verhaltens um eine Form des demographischen ‚*Crisis behaviour*' handelt, die für Kleingebiete charakteristisch ist, die sich in einer ausgeprägten wirtschaftlichen und soziale Krisensituation befinden. Besonders niedrige Werte sind dagegen im suburbanen Raum Budapests, den Komitatssitzen und ihrem Umland sowie der touristisch geprägten Balatonregion festzustellen.

Mit Faktor 2 korrelieren nur Indikatoren zum unverheirateten Zusammenleben. Dazu gehört im Prinzip auch die Nichtehelichenquote; die deutlich niedrigere Faktorladung deutet jedoch darauf hin, dass ein größerer Prozentsatz unehelicher Kinder nicht in eine feste koresidentielle Partnerschaft hineingeboren wird. Eine andere Erklärung ist, dass jüngere Paare in „vorehelichen" Partnerschaften im Falle einer Schwangerschaft heiraten und Frauen in „nachehelichen" Lebensgemeinschaften ihre Familienplanung bereits abgeschlossen haben. Überdurchschnittliche Faktorwerte sind für Süd- und Mittelungarn charakteristisch, insbesondere für die Komitate Baranya, Fejér, Komárom-Esztergom und Somogy. Dabei handelt es sich zum Teil um ländlich-periphere, zum Teil um städtisch-altindustriell geprägte Kleingebiete. Besonders niedrige Werte sind in Westtransdanubien und Nordostungarn anzutreffen, namentlich in den Komitaten Győr-Moson-Sopron, Heves, Nógrád und Vas. In Kapitel 7 hatten wir festgestellt, dass es sich dabei um die besonders „kirchentreuen" Landesteile handelt. Da sich auch in den südtransdanubischen Komitaten, die sich durch sehr hohe Faktorwerte auszeichnen, ein großer Prozentsatz der Einwohner selbst als Katholiken einstuft, greift ein an der Konfessionszugehörigkeit orientierter Erklärungsansatz aber zu kurz.

Faktor 3 beschreibt schließlich die Konsequenzen des Scheiterns von Ehen: Einelternfamilien, nicht realisierte Kinderwünsche und ein hoher Anteil Geschiedener. Dass keine belastbare Korrelation mit dem Indikator „Anteil in NLG lebender geschiedener Frauen" besteht, deutet darauf hin, dass in Regionen mit hohen Faktorwerten ein überdurchschnittlicher Prozentsatz der Frauen keine nacheheliche Lebensgemeinschaft führt, was auch eine Erklärung für die unterdurchschnittliche Zahl der Kinder pro Frau sein könnte. Aus den Daten geht nicht hervor, ob dieses Muster durch Ungleichgewichte auf dem Partnermarkt beziehungsweise ein stärker ausgeprägtes Desinteresse der Männer, eine koresidentielle Partnerschaft aufzubauen, in die die Partnerin „fremde" Kinder einbringt, hervorgerufen wird, oder ob Mütter nach dem Scheitern einer Ehe besonders günstige Rahmenbedingungen vorfinden, ihre Kinder allein zu erziehen und aus diesem Grund ein geringeres Interesse daran haben, mit einem neuen Partner zusammenzuziehen. Für letzteres Argument spricht zumindest das Raummuster der Faktorwerte. Hohe

Tab. 39 Subregionen Ungarns Lineare Regression der Faktoren des generativen Verhaltens auf sozioökonomische und kulturelle Variablen

Indikator	„Sozialistisches" generatives Verhalten		Unverheiratetes Zusammenleben		„Familienreste"	
	Beta-Wert	Signifikanz	Beta-Wert	Signifikanz	Beta-Wert	Signifikanz
Faktor 1: Wirtschaftliche Stärke	-0,74	***	-0,35	***	-0,10	n.s.
Faktor 2: Humankapital	-0,17	***	-0,53	***	0,48	***
Faktor 3: Säkularisierung	-0,14	***	0,25	***	0,39	***
Faktor 4: Nat. Bevölkerungswachstum	-0,02	n.s.	0,01	n.s.	-0,37	***
Faktor 5: Wirtschaftsstruktur	-0,21	***	0,10	n.s.	0,09	+
Stimmenanteil des SzDSz* (log)	-0,17	***	0,42	***	0,03	n.s.
Konstante	0,78	***	-2,04	***	-0,14	n.s.
R^2 [%]	84,5		39,6		55,9	

** Szabad Demokraták Szövetsége - (Links-)Liberaler Bund Freier Demokraten*

*Signifikanzniveau der Beta-Werte: *** 0,1 %, ** 1 %, * 5 %, + 10 %; n.s.: nicht signifikant* *Quelle: eigene Berechnungen*

Werte sind für Budapest und die Städte mit Komitatsrecht charakteristisch. Eine zweite Gruppe stellen altindustrielle Kleingebiete, etwa die Regionen Komló, Ózd und Várpalota dar. Dazu kommen noch ländliche Kleingebiete in der Region Dél-Alföld. Gesetzmäßigkeiten bei der regionalen Verteilung der unterdurchschnittlichen Faktorwerte zu finden ist schwieriger. Eine gewisse Häufung ist im ländlichen Raum der Komitate Fejér, Győr-Moson-Sopron, Hajdú-Bihar und Szabolcs-Szatmár-Bereg festzustellen.

Um das Raummuster der drei Faktoren zu erklären, wurde wiederum eine OLS-Regression gerechnet. Es wurden sechs Indikatoren berücksichtigt, die sich an den oben definierten Hypothesen orientieren. Dies sind zunächst die durch eine Faktoranalyse bestimmten sozioökonomischen Faktoren „wirtschaftliche Stärke", „Humankapital", „Säkularisierung", „natürliche Bevölkerungsentwicklung" und „Wirtschaftsstruktur". Der letztere Faktor misst, wie stark die subregionale Ökonomie vom Dienstleistungssektor geprägt ist. Er ist etwas ambivalent, da ein hoher Anteil im tertiären Sektor Beschäftigter sowohl für moderne Großstadtökonomien als auch für strukturschwache ländliche Räume charakteristisch ist. Negative Faktorwerte sind in industriell und landwirtschaftlich geprägten Regionen anzutreffen. Die zur Berechnung der Faktoren verwendeten Variablen sind in Tabelle 52 in Anhang 1 dargestellt. Als sechster Indikator wird der Stimmenanteil des SzDSz bei der Europawahl 2004[136] verwendet. Aufgrund der Besonderheiten des ungarischen Wahlrechts mit seiner Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahl (Mészáros et al. 2007: 805-806) sind die auf der Gemeindeebene zur Verfügung stehenden Ergebnisse der nationalen Parlamentswahlen als Indikator für die „neue Linke" ungeeignet. Überdies hätten Wahlkreise, in denen Sozialisten und Liberale mit gemeinsamen Kandidaten angetreten sind, nicht berücksichtigt werden können. Es war daher notwendig, auf die Ergebnisse der Europawahl 2004 zurückzugreifen, die nach einem

136 Eigene Berechnung durch Aggregation; Datenquelle: Országos Választási Iroda (2006).

reinen Verhältniswahlrecht durchgeführt wurde. Aus theoretischen Gründen ist diese Wahl ebenfalls interessant, da sie durch Konflikte zwischen liberalen und konservativen Politikern um Wertefragen wie die Gleichberechtigung von Homosexuellen und die Strafbarkeit des Konsums „weicher" Drogen geprägt war (Krekó 2007).

Die Regressionsanalyse bestätigt, dass es sich beim „sozialistischen" Muster des generativen Verhaltens um ein demographisches ‚*Crisis behaviour*' handelt (Tabelle 39). Der Faktor „wirtschaftliche Stärke" erklärt mehr als zwei Drittel der Streuung und erweist sich damit als der einflussreichste Prädiktor im Modell. Auch wenn der ökonomische Aspekt dominant ist, lässt sich die Erklärungsleistung des Modells durch die Integration „kultureller" Variablen deutlich steigern. Die signifikant negativen Regressionskoeffizienten bei den für den Zweiten Demographischen Übergang charakteristischen „kulturellen" Variablen und beim Bildungsniveau stützen die Hypothese, dass es sich beim „sozialistischen" generativen Verhalten um den „Minuspol" des SDT handelt. Für den Faktor „unverheiratetes Zusammenleben" kann mit den theoretisch hergeleiteten Indikatoren kein befriedigendes Erklärungsmodell formuliert werden. Die Erwartung einer überdurchschnittlichen Bedeutung nichttraditioneller Lebensformen in säkularisierten Regionen und Gebieten mit hohen Stimmenanteilen der „Neuen Linken" wird bestätigt, wie die signifikant positiven Regressionskoeffizienten zeigen. Auch die Vorstellung, dass ein hoher Anteil von Konsensualpaaren ein Indikator für wirtschaftliche Probleme ist und in engem Zusammenhang mit einem geringen Bildungsniveau steht, wird angesichts der signifikant negativen Koeffizienten bei den sozioökonomischen Faktoren 1 und 2 von den Analyseergebnissen unterstützt. Allerdings können so nur knapp 40% der Streuung erklärt werden. Sowohl der kulturelle als auch der ökonomische Ansatz sind folglich allenfalls Teilerklärungen für das Raummuster des unverheirateten Zusammenlebens. Die vergleichsweise große quantitative Bedeutung der Kohabitation in Teilen Süd- und Mittelungarns könnte daher auf die Existenz regionaler Subkulturen zurückzuführen sein, in denen die sozialen Kosten der Abweichung von der Norm, dass koresidentielle Beziehungen nur im Rahmen einer Ehe geführt werden sollen, geringer sind als in anderen Landesteilen. Um diese These zu untersuchen, wären qualitative Feldstudien notwendig, insbesondere, um die soziale Bedeutung des unverheirateten Zusammenlebens und dessen Stellung im Familienbildungsprozess zu beleuchten. Auch Faktor 3, der vor allem das Scheidungsverhalten beschreibt, kann mit dem verwendeten Modell nur unvollständig erklärt werden. Als wichtigste Prädiktoren erweisen sich der Humankapital- und der Säkularisierungsfaktor.

Mit einer Clusteranalyse wurden die Subregionen zu Raumtypen des generativen Verhaltens zusammengefasst. Dabei hat sich eine Vierer-Lösung als am sinnvollsten erwiesen. Cluster 1 kann mit der Kombination aus sehr hohen positiven Werten von Faktor 3, moderat hohen Werten des NLG-Faktors und deutlich negativen Werten von Faktor 1 als „SDT-Cluster" interpretiert werden. Dieser regionale Typ des Familienbildungsverhaltens kommt in 21 Kleingebieten vor, die sich in drei Gruppen unterteilen lassen (Karte 18). Einerseits handelt es sich um die Subregionen, in denen die Regionalzentren Budapest, Debrecen, Miskolc, Pécs und Szeged liegen. Die zweite Gruppe bilden die Kleingebiete um die Städte mit Komitatsrecht Békéscsaba, Dunaújváros, Hódmezővásárhely, Kaposvár, Kecskemét, Szekszárd, Szolnok und Tatabánya. Auch einige ländliche Subregionen im Süden der Großen Ebene gehören zu Cluster 1, insbesondere in den Komitaten Békés und Csongrád, ebenso wie das touristisch geprägte Kleingebiet Siófok am Balaton

(Tabelle 54). Dass fünf der sieben Kleingebiete des Komitats Csongrád zu Cluster 1 gehören, unterstreicht dessen Bedeutung als sekundäres Innovationszentrum des Zweiten Demographischen Übergangs. Anders als beispielsweise im Komitat Baranya ist der SDT nicht nur auf den Komitatssitz beschränkt, sondern prägt auch das generative Verhalten in weiten Teilen des ländlichen Raumes.

Für Cluster 1 ist eine ausgeprägte Pluralisierung der Lebensformen charakteristisch. Überdurchschnittlichen Anteilen von Einpersonenhaushalten, Einelternfamilien und nichtehelichen Lebensgemeinschaften steht eine unterdurchschnittliche Bedeutung familialer Lebensformen mit Kindern gegenüber. Die im Vergleich zum ungarischen Mittelwert niedrigen altersspezifischen Geburten- und Heiratsraten der Frauen zwischen 15 und 24 in Verbindung mit einer überdurchschnittlichen Abtreibungshäufigkeit in dieser Altersgruppe deuten auf eine „*Westernization*" des Familienbildungsverhaltens in Ge-

Tab. 40 Subregionen Ungarns Demographische Charakteristika der Cluster (T-Werte)

Indikator		Cluster 1	2	3	4
Faktor 1: „Sozialistisches" generatives Verhalten		-	-	o	+ +
Faktor 2: Unverheiratetes Zusammenleben		+	-	+ +	-
Faktor 3: „Familienreste"		+ +	-	o	o
Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Privathaushalten		+ +	o	o	o
Altersspezifische Abtreibungshäufigkeit der Altersgruppe 2005	15-19	+	x	o	-
	20-24	+	o	o	o
	25-29	o	-	+	x
	30-34	-	-	+	+
	35-39	o	-	o	x
Anteil der Heiraten mit Braut in der Altersgruppe 2005	15-19	-	-	o	x
	20-24	-	-	o	x
	25-29	+	+	o	-
	30-34	+	o	x	-
Anteil der Geschiedenen an allen Frauen über 15		+ +	o	o	-
Anteil der kinderlosen Ehepaare an allen Ehepaaren		x	+	-	-
Anteil der Ehepaare mit 2 Kindern an allen Ehepaaren		-	+	o	-
Zahl der Kinder unter 15 pro Haushalt		- -	o	o	+
Mittlere Zahl der Kinder pro Frau		- -	-	o	+ +
Allgemeine Geburtenrate		-	-	+	x
Anteil der Altersgruppe an den Gebärenden 2005	15-19	-	-	o	x
	20-24	-	-	+	x
	25-29	o	+	o	-
	30-34	+	+	-	- -
	35-39	+	+	o	-
Anteil der Familien mit mindestens 4 Kindern		-	-	o	x
Nichtehelichenquote 2005		o	-	+	+
Anteil der Einelternfamilien an den Familien		+ +	-	o	-
Anteil der Ledigen an den Frauen über 15		+ +	o	o	-
Anteil in NLG lebender ledigen Frauen an den Ledigen		o	-	+ +	o
Anteil in NLG lebender geschiedener Frauen an den Geschiedenen		-	-	+ +	-
Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften an allen Paar-Haushalten		+ +	-	+	-
Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften mit Kind		+	-	+ +	-

zur Erklärung der Symbole siehe Tabelle 13

Datenquellen: KSH 2005e, 2009g; eigene Berechnungen

stalt eines zunehmenden Aufschubs der Familiengründung ins vierte Lebensjahrzehnt hin (Tabelle 40). Die in Tabelle 41 zusammengestellten sozioökonomischen Charakteristika bestätigen die theoretischen Erwartungen: Die in Cluster 1 zusammengefassten Subregionen zeichnen sich durch ein überdurchschnittliches Bildungsniveau, starke Säkularisierung, eine hohe Erwerbstätigenquote und ein überdurchschnittliches Einkommensniveau aus. Tendenziell liegt auch der Stimmenanteil des Bundes Freier Demokraten bei der Europawahl 2004 über dem Landesergebnis, dieser Indikator streut jedoch stark und ist deshalb mit Vorsicht zu interpretieren.

Mit 60 Kleingebieten ist Cluster 2 die am stärksten besetzte Gruppe. Alle drei Faktoren sind unterdurchschnittlich ausgeprägt; diesen Typ des generativen Verhaltens kann man folglich als Postponement ohne Pluralisierung der Lebensformen bei niedriger Fertilität charakterisieren. Cluster 2 ist typisch für die westlich der Donau gelegenen Landesteile. Es dominiert in Westtransdanubien, im suburbanen Raum von Budapest und im Komitat Veszprém. Mit Ausnahme des Kleingebiets Salgótarján gehören auch die

Tab. 41 Subregionen Ungarns Sozioökonomische Charakteristika der Cluster (T-Werte)

Indikator		Cluster 1	2	3	4
Faktor 1: Wirtschaftliche Stärke		+	+	o	- -
Faktor 2: Humankapital		+	o	-	o
Faktor 3: Säkularisierung		+ +	-	+	-
Faktor 4: Natürliche Bevölkerungsentwicklung		-	o	o	o
Mittlere Zahl der abgeschlossenen Schulklassen pro Einwohner		+ +	+	-	-
Anteil der Analphabetinnen an den Frauen über 10 Jahre 2001		-	-	+	x
Anteil der Frauen über 18 Jahre mit sekundärem Schulabschluss		+ +	+	-	-
Anteil der Frauen über 25 Jahre mit Hochschulabschluss 2001		x	+	-	-
Arbeitslosenquote 2002		-	-	o	x
Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen 2002		o	-	o	+
Anteil der Schulabgänger an den Arbeitslosen 2002		+	-	-	x
Erwerbsquote 2001	15- bis 29-jähriger Frauen und Männer	o	+	o	- -
	30- bis 39-jähriger Frauen und Männer	+	+	-	- -
	der Frauen (Altersgruppe 15-64)	+	+	-	- -
Versteuertes Einkommen [1000 HUF] 2002		+	+	-	-
Stimmenanteil des SzDSz bei der Europawahl 2004		x	+	o	-
Bevölkerungsanteil	der Roma 2001	-	-	o	x
	der ethnischen Ungarn 2001	-	o	-	+
	der Konfessionslosen 2001	+ +	-	o	-
	ohne Angabe zur Religionszugehörigkeit 2001	+	o	+	-
	der Katholiken (römisch und griechisch) 2001	-	+	o	-
Anteil der Haushalte	die in voll ausgestatteten Wohnungen leben	x	+	-	-
	die in Substandardwohnungen leben 2001	-	-	+	x
	mit Anschluss an die öff. Abwasserentsorgung	+	+	-	-
	mit Kabelanschluss 2002	+	+	-	-
Länge des Telefonnetzes [km pro 1000 Einwohner] 2002		+	+	-	-
Neugeborene unter 2,5 kg Geburtsgewicht 2005		-	-	x	x
Bevölkerungsanteil mit *„Medical Treatment Card“* 2005		-	-	o	x
Zahl der Gewaltverbrechen pro 1000 Einwohner 2005		o	-	o	x
Zahl der Autos pro 1000 Einwohner 2002		+	+	-	- -

zur Erklärung der Symbole siehe Tabelle 13

Datenquellen: KSH 2004c, 2005e; Országos Választási Iroda 2006; eigene Berechnungen

restlichen Städte mit Komitatsrecht und ihr Umland zu Cluster 2. Vom etwas niedrigeren Bildungsniveau und der katholischen Prägung abgesehen ähneln sich die Subregionen der Cluster 1 und 2 in sozioökonomischer Hinsicht recht stark. Offensichtlich ist gerade die Säkularisierung eine zentrale Voraussetzung für den Zweiten Demographischen Übergang, während ein stärkerer Einfluss der katholischen Kirche den Wandel des generativen Verhaltens zu hemmen scheint.

Cluster 3, das 46 zumeist ländlich geprägte Kleingebiete umfasst, kann als „NLG-Cluster" charakterisiert werden. Es zeichnet sich durch sehr hohe Werte von Faktor 2 aus, während die Werte der beiden anderen Faktoren im Bereich des ungarischen Mittelwerts liegen. Da Faktor 2 das Definitionskriterium dieses Typs des generativen Verhaltens darstellt, entspricht das Raummuster von Cluster 3 im Wesentlichen der oben dargestellten Verteilung der hohen Faktorwerte. Im Bereich des Familienerweiterungs- und Abtreibungsverhaltens sind gewisse Ähnlichkeiten mit dem „sozialistischen" Muster erkennbar: Tendenz zur frühen Familiengründung, überdurchschnittliche Geburtenrate, niedrige Kinderlosigkeit. Dass das Muster des generativen Verhaltens bis auf die überdurchschnittliche quantitative Bedeutung des unverheirateten Zusammenlebens keine weiteren Aspekte des Zweiten Demographischen Übergangs aufweist, untermauert die oben vermutete Existenz einer regionalen Subkultur, die sich durch eine vergleichsweise große Akzeptanz der Kohabitation auszeichnet. Auch in sozioökonomischer Hinsicht gibt es wenig Anhaltspunkte dafür, dass der überdurchschnittliche Prozentsatz von Konsensualpaaren als Indikator für den Beginn des SDT zu werten ist. Aus der Theorie lässt sich ableiten, dass ein Dreiklang aus Bildung, Säkularisierung und Wohlstand den Zweiten Demographischen Übergang begünstigt. In den Subregionen des Clusters 3 sind jedoch das Bildungs- und das Einkommensniveau niedrig. Die wirtschaftliche Lage und die Lebensbedingungen sind eher ungünstig. Einzig die Säkularisierung ist überdurchschnittlich, allerdings bei Weitem nicht so stark ausgeprägt wie in Cluster 1.

In Cluster 4 sind Subregionen zusammengefasst, die sich durch weit überdurchschnittliche Werte des Faktors „sozialistisches generatives Verhalten" auszeichnen. Der Faktor „unverheiratetes Zusammenleben" ist unterdurchschnittlich ausgeprägt, während Faktor 3 dem ungarischen Mittelwert entspricht. 38 der 41 Kleingebiete liegen in den Regionen Észak-Alföld und Észak-Magyarország, insbesondere in den Komitaten Borsod-Abaúj-Zemplén, Nógrád und Szabolcs-Szatmár-Bereg. Die restlichen Subregionen sind sehr ländlich geprägte Gebiete in den Komitaten Fejér, Vas und Veszprém. Bei Cluster 4 handelt es sich um einen durch hohe Fruchtbarkeit, frühe Familiengründung und eine schwach ausgeprägte Pluralisierung der Lebensformen gekennzeichneten Typ des generativen Verhaltens. Angesichts des geringen Bildungsstands, der weit unterdurchschnittlichen Erwerbsquote und des niedrigen Wohlstandsniveaus stellen die Kleingebiete in Cluster 4 die wirtschaftlichen und sozialen „Problemgebiete" Ungarns dar; man kann das generative Verhalten dieser Regionen folglich als ‚*Crisis behaviour*' charakterisieren. Auch die für eine Schwächung der gesellschaftlichen Kohäsion stehenden Indikatoren (Kriminalitätsrate und untergewichtige Neugeborene) sowie der Romaanteil liegen weit über dem Landesdurchschnitt. Die Streuung dieser Variablen ist jedoch innerhalb des Clusters größer als in der Grundgesamtheit. Es handelt sich also eher um eine Tendenz, die nicht für alle Kleingebiete dieser Gruppe verallgemeinert werden kann.

9.3 Raummuster des generativen Verhaltens in Budapest

Auf der Komitatsebene liegen die Werte des SDT-Faktors für Budapest an der Grenze zum Ausreißer, auf der Ebene der Kleingebiete besteht das „SDT-Cluster" neben der Hauptstadt vorrangig aus den Subregionen, in denen die Komitatssitze liegen. Offensichtlich ist „Urbanität" eine wichtige Voraussetzung für den Zweiten Demographischen Übergang. In diesem Abschnitt soll daher untersucht werden, welches Raummuster des generativen Verhaltens in Budapest festzustellen ist. Kann die These bestätigt werden, dass Quartiere mit einem besonders „urbanen" Charakter die Hochburgen des SDT darstellen?

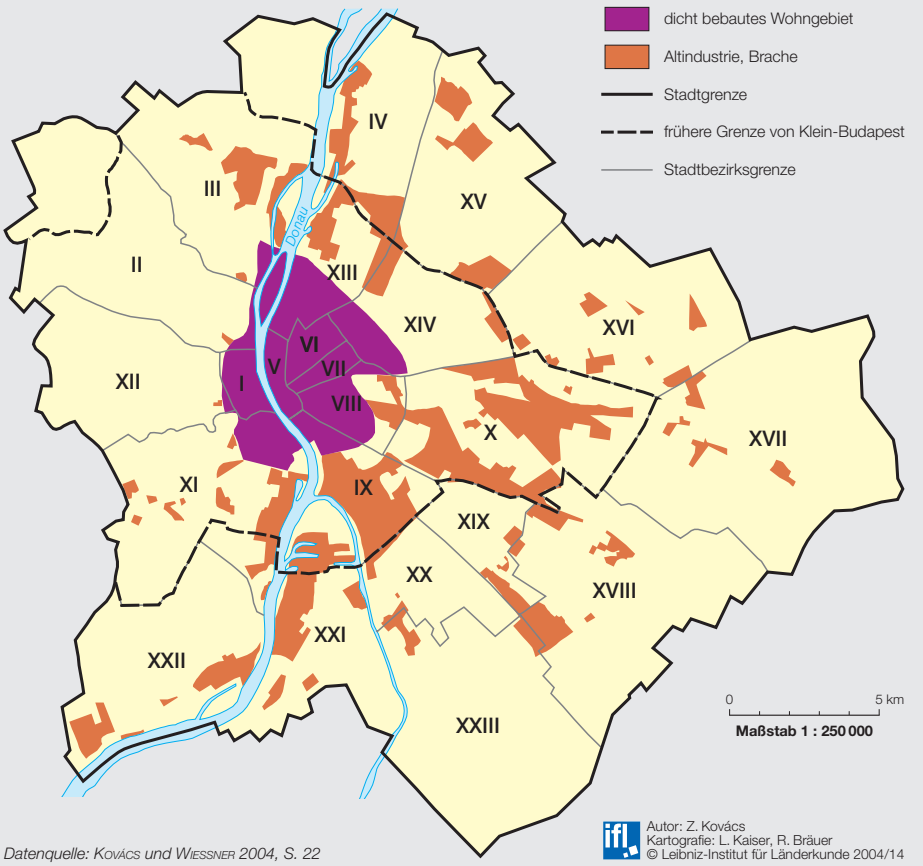
Städtische Lebensformen werden mit bestimmten Wertvorstellungen und Formen sozialer Kontakte assoziiert, die sie von ländlichen Lebensformen unterscheiden. Neben der in sozialer, ökonomischer und kultureller Hinsicht größeren Heterogenität der Stadtbevölkerung werden dafür auch die Verbreitung des Wohnens zur Miete und die stärkere Lohnabhängigkeit der Städter verantwortlich gemacht (Hofmeister 1993[6]: 64). Ob der Gegensatz zwischen städtischen und ländlichen Lebensformen durch den Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur mittlerweile verschwunden ist, wird in der Literatur kontrovers diskutiert (Otte & Baur 2008: 93-98). Nach Steinbach (1994: 212) wird hier „*Urbanität* [...] *als Erlebnisinhalte (Lebensgefühle), welche Outputs von städtischen Aktivitätenmustern bilden und deren Intensität von der Existenz spezieller Raumstrukturen abhängt*", definiert. Für einen urbanen Lebensstil ist es nach diesem Verständnis notwendig, dass ein Individuum einen bedeutenden Anteil seiner Aktivitäten in „*Milieus mit besonderem städtischen Charakter*", etwa in Stadt(teil)zentren durchführt (1994: 213). Als ein besonderes Charakteristikum sieht Steinbach die „*Polarität von Privatheit und Öffentlichkeit*" an. Öffentlichkeit bedeutet dabei eine besondere Breite sozialer Kontakte, die in geschlossenen gesellschaftlichen Systemen wie der Dorfgemeinschaft nicht gegeben ist. Privatheit steht dagegen für die Möglichkeit, sich sozialer Kontrolle zu entziehen. Städtebaulich setzt Urbanität eine Mischung, Vielfalt und Dichte der Funktionen voraus (1994: 214-216). Einige Autoren, etwa Dirksmeier (2009: 16-17), halten die Entstehung von Urbanität auch losgelöst von den physischen Strukturen der Stadt für möglich. Nach diesem Verständnis sind soziale, bauliche und Interaktionsdichte keine Vorbedingungen mehr für die Herausbildung städtischer Lebensweisen, so dass auch eine Urbanisierung des nicht-städtischen Raums stattfinden kann. Dirksmeier schlägt vor, Urbanisierung als eine besondere Form der Kontingenz von Fremdheit und subjektiv bewusster Individualisierung zu verstehen.

Für die Interpretation der Raummuster des SDT in städtischen Kontexten ist die von Claude Fischer (1975) entwickelte ‚*Subcultural Theory of Urbanism*'[137] besonders geeignet, da sie einen Erklärungsansatz für die Entstehung von Subkulturen darstellt. Fischer geht davon aus, dass eine hohe Bevölkerungszahl eine kritische Masse schafft, in der sich genügend Gleichgesinnte finden, um Netzwerke und subkulturelle Institutionen zu schaffen. Die Existenz dieser Subkulturen löst wiederum selektive Zuwanderungen aus. Durch Vorhandensein von und die Interaktionen zwischen Subkulturen werden Groß-

137 Fischer (1975: 1323) definiert „urban" ausschließlich über die Bevölkerungszahl: Je mehr Menschen in einer Siedlung leben, desto urbaner ist sie. Unter einer Subkultur versteht er „*a set of modal beliefs, values, norms, and customs associated with a relatively distinct social subsystem* […] *existing within a larger social system and culture*".

Karte 16

Budapest – Stadtstruktur um 2000



Datenquelle: Kovács und Wiessner 2004, S. 22

städte zu kulturellen Innovationszentren. Je größer die kritische Masse, also die Einwohnerzahl, desto größer das Ausmaß der „Unkonventionalität" (Otte & Baur 2008: 94). Fischer (1975: 1324-1336) entwickelt sieben Thesen zum Zusammenhang von Urbanität und Subkulturen:

- *„The more urban a place, the greater its subcultural variety.*
- *The more urban a place, the more intense its subcultures.*
- *The more urban a place, the more numerous the sources of diffusion and the greater the diffusion into a subculture.*
- *The more urban a place, the higher the rates of unconventionality.*
- *For a given subculture, diffusion effects of urbanism should be greatest with regard to peripheral items and least with regard to central items.*[138]

138 *„Cultural items (customs, values, artifacts etc.) can be scaled on a continuum ranging from a central core which is fundamental to the subculture and firmly defended (e.g.,* Weltanschauung*, family relations) to relatively peripheral and unimportant items (e.g., dress style)"* (Fischer 1975: 334).

- *There is no universal direction of urban unconventionality*.
- *Cultural differences between urban and rural persons are persistent".*

Die ‚*Subcultural Theory of Urbanism*' wurde entwickelt, um zu erklären, warum sich städtische Siedlungen im Vergleich zum ländlichen Raum durch eine Präsenz von Subkulturen auszeichnen. Der Autor ist der Ansicht, dass sie sich darüber hinaus auch als Instrument eignet, um die unterschiedliche Verteilung von „Unkonventionalität" *innerhalb* der Städte besser verstehen zu können. Dicht besiedelte Quartiere, insbesondere zentrumsnahe Gründerzeitquartiere und die sozialistischen Großwohnsiedlungen, dürften sich nach den Thesen Fischers als die subkulturellen „Hotspots" Budapests auszeichnen. Steinführer und Haase (2007: 186) weisen darauf hin, dass gerade erstere von ihrer Baustruktur und Lage her besonders geeignet für nichttraditionelle Lebens- und Haushaltsformen sind:

> "*These neighbourhoods correspond, in particular, to the spatial, symbolic and housing demands of non-traditional household types such as younger singles, childless double-income couples or units of unrelated persons. The high attractiveness of the inner city is mainly provided by its specific building and housing structures (rarely hierarchic and sometimes even generous floor plans, the external appearance of the built-up heritage, appreciated especially by better-off and younger middle-class households), the flexible mode of its usage (even in owner-occupied societies they are often for rent), its 'reinvention' and redefinition by trend-setters and developers, as well as its central location and proximity to manifold urban amenities*"

Bevor die Muster des generativen Verhaltens in Budapest und ihre räumliche Verteilung untersucht und vor dem Hintergrund der dargestellten Thesen interpretiert werden, ist zunächst ein kurzer Überblick über die Stadtstruktur der ungarischen Hauptstadt notwendig.

9.3.1 Anmerkungen zur Stadtstruktur

Budapest ist eine junge Stadt mit langer Geschichte. Das heutige Budapest entstand erst 1873 durch die Vereinigung der Städte Buda, Óbuda und Pest (Beluszky 1999: 23). Die drei Keimzellen der ungarischen Hauptstadt blicken jedoch auf eine bis in die Römerzeit reichende Siedlungstradition zurück (Beluszky 1999: 9). Heute ist Budapest das wirtschaftliche, politische, intellektuelle und kulturelle Zentrum Ungarns. Traditionell ist die Hauptstadt für Ungarn der „Brückenkopf der Modernisierung". Technische und gesellschaftliche Innovationen setzten sich hier zuerst durch. Um 1900 war Budapest der einzige Ort in der ungarischen Hälfte der Doppelmonarchie, wo sich eine bürgerliche Gesellschaft herausgebildet hatte (Beluszky 2000: 63). Der Aufstieg Budapests ist jedoch vorrangig eine Folge des österreichisch-ungarischen Ausgleichs, durch den Ungarn 1867 eine weitgehende politische Eigenständigkeit gewann. Vom Beginn der türkischen Okkupation bis Ende des 18. Jahrhunderts hatte Ungarn kein einheitliches Zentrum. Hof und Regierung befanden sich in Wien, das Parlament tagte in Bratislava, die einzige Universität befand sich in Trnava und das religiöse Zentrum war Esztergom (Beluszky & Győri 2005b: 18). Die heutige Stadtstruktur bildete sich im Wesentlichen erst Ende des 19. Jahrhunderts heraus. Der in der Gründerzeit angelegte Charakter der Stadtviertel ist bis heute weitgehend erhalten geblieben. Das

hügelige, auf der westlichen Donauseite gelegene Buda hat vorrangig residentiellen Charakter, während im flachen Pest auf dem östlichen Donauufer das wirtschaftliche Herz der Stadt schlägt. Das Hauptgeschäftsviertel befindet sich im V. Bezirk, daran schließen sich dicht bebaute Wohnviertel an – Arbeiterquartiere im Süden und Osten, z.B. im VIII. und IX. Bezirk, und statushöhere Wohngebiete im XIII. Bezirk. Im IX. und X. Bezirk konzentrierten sich die Industriegebiete, die durch den Strukturwandel nach dem Ende des Sozialismus teilweise brach gefallen sind (Kovács, Egedy et al. 2007: 24-34; Kovács et al. 2007: 159; Karte 16).

Die spätsozialistische Zeit war von einer Krise der Städte gekennzeichnet. Die staatlich gelenkte Wirtschaft war nicht in der Lage, einen dem Wachstum der Stadtbevölkerung entsprechenden Ausbau der Infrastruktur zu leisten. Es bestanden Nachfrageüberhänge auf dem Wohnungsmarkt; die Wohnqualität war schlecht und auch die technische Infrastruktur und die sozialen Dienstleistungen, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen, waren defizitär. Trotzdem waren die Lebensbedingungen und die Berufsaussichten in den Städten besser als im ländlichen Raum, so dass die Städte als Binnenwanderungsziele attraktiv waren (Parysek 2005: 106-109). Von baulichen und sozialen Verfallsprozessen waren verstärkt die innenstadtnahen Altbauviertel, insbesondere die traditionellen Arbeiterquartiere, betroffen. Durch den Wegzug jüngerer, besser gebildeter und einkommensstärkerer Haushalte und den Zuzug von sozialen Randgruppen kam es in den betreffenden Vierteln nicht nur zu einer Überalterung der Bevölkerung und einer baulichen und sozialen Abwärtsspirale, sondern auch zu einem Imageverlust. Obwohl der bauliche und soziale Verfall bereits in sozialistischer Zeit als Problem erkannt wurde, unternahm man wenig, um die Gründerzeitviertel zu stabilisieren. Ein flächenhafter Ersatz der vorhandenen Bausubstanz durch Plattenbauten war nicht durchsetzbar. Die Renovierung alter Gebäude – verbunden mit einem Austausch der Bevölkerung als

Tab. 42 Stadtbezirke Budapests Ergebnisse der Faktoranalyse* (Matrix der Faktorladungen)

Indikator	Faktor 1	Faktor 2	Kommunalitäten [%]
	Pluralisierung der Lebensformen	(unverheiratete) junge Familien	
Anteil der Einpersonenhaushalte in der AG 15-59	0,997		99,4
Anteil der alleinerziehenden Mütter an allen Familien	0,957		93,2
Anteil der NLG ohne Kinder an allen Paarhaushalten	0,929		95,0
Anteil der Ledigen an den Frauen der AG 25-29	0,877		89,3
Nichtfamilienhaushalte mit 2 nicht verwandten Personen	0,877		77,1
Anteil der ledigen Frauen der AG 15-49 mit Kind(ern)		0,959	92,0
Anteil der NLG mit Kind(ern) an allen Paarhaushalten		0,947	94,9
Anteil der Frauen der AG 15-19 mit Kind		0,875	87,9
Anteil der verheirateten Frauen in der AG 20-24		0,872	87,2
Anteil der kinderlosen Ehefrauen in der AG 25-29	0,683	-0,716	97,8
Eigenwert	5,058	4,080	
Erklärte Varianz [%]	50,580	40,804	
Erklärte Varianz [%] (kumulativ)	50,580	91,384	

** Methode: Hauptachsenanalyse mit Varimax-Rotation; Maß der Stichprobeneignung: 0,76*

Datenquellen: KSH 2002, 2003a; eigene Berechnungen

„sozialistische Gentrifizierung“ – blieb auf ein Modellprojekt im VII. Bezirk beschränkt (Kovács 2009: 402-404). Durch die in Ungarn schon vor der Demokratisierung einsetzende Suburbanisierung wurden die negativen Entwicklungsprozesse in den Budapester Altbauvierteln weiter verstärkt, so dass um 1990 eine Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den alten Arbeitervierteln Pests festzustellen war. Neben dem Investitionsstau durch die Vernachlässigung der Altbaugebiete in sozialistischer Zeit und den begrenzten finanziellen Spielräumen der öffentlichen Hand und der Bewohner war auch die durch die Privatisierung des Wohnungsbestands verursachte Eigentumsstruktur revitalisierungshemmend (Kovács et al. 2007: 156-158). Auf der anderen Seite ist aus den DDR-Großstädten bekannt, dass gerade die verfallenden Altbauquartiere eine „*Nischenfunktion für sozial, ideologisch und in ihrer Lebensweise abweichende Gruppen vor allem jüngerer Stadtbewohner besaßen*“ (Steinführer 2001: 213). Falls dies auch in Budapest der Fall war, bestand schon vor 1990 ein nonkonformistisches Milieu mit nicht-traditionellen familienbezogenen Wertvorstellungen, das im Stadtzentrum das soziale Substrat für den SDT gebildet haben könnte.

9.3.2 Muster des generativen Verhaltens in Budapest

In die Faktoranalyse sind wiederum Indikatoren zur Pluralisierung der Lebensformen, zur Fruchtbarkeit und zum Postponement eingegangen (Tabelle 42). Einige Charakteristika des SDT konnten nur indirekt berücksichtigt werden. Dies betrifft insbesondere die Indikatoren zum Gebärverhalten, für die keine Querschnittsdaten zur Verfügung standen und die daher aus den Volkszählungsdaten „rekonstruiert“ werden mussten. Insbesondere der Postponementaspekt konnte dabei bedauerlicherweise nicht hinreichend berücksichtigt werden. Der Anteil der ledigen Frauen im gebärfähigen Alter mit mindestens einem lebenden Kind ersetzt die nicht vorhandenen Daten zur Nichtehelichenquote. Diese Operationalisierung ist nicht besonders befriedigend, da einerseits die Fruchtbarkeit der Geschiedenen und Verwitweten nicht berücksichtigt werden kann und andererseits von Verzerrungen auszugehen ist, da die Gruppe derjenigen, die nach der Geburt eines unehelichen Kindes heiraten, unter- und die derjenigen, die in einer dauerhaften nichtehelichen Lebensgemeinschaft, mit wechselnden (koresidentiellen) Partnern oder ohne Partner leben, dagegen überrepräsentiert sein dürfte. Nach dem gleichen Prinzip wird die Zahl der lebenden Kinder pro Frau in den Altersgruppen 15-19 und 20-24 als Ersatz für die altersspezifischen Geburtenraten der entsprechenden Altersgruppe verwendet. Der Prozentsatz der ledigen Frauen im Alter zwischen 25 und 29 steht für das Ehepostponement, der Anteil der Ehefrauen an allen Frauen zwischen 20 und 24 für den gegenteiligen Prozess der frühen ehelichen Familiengründung. Mit der Variablen „kinderlose Ehefrauen in der Altersgruppe 25-29“ soll schließlich ein Indikator für den Wandel der Ehe von einer vorrangig kindorientierten zu einer stärker partnerschaftsorientierten Lebensform berücksichtigt werden. Als Indikatoren für die Pluralisierung der Lebensformen und die Entkopplung von Ehe und Familie wurden der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften an den Paarhaushalten mit und ohne Kinder, der Anteil der allein erziehenden Mütter an den Familien und der Anteil der in einem Einpersonenhaushalt lebenden Personen zwischen 15 und 59 verwendet. Mit der Variablen „Nichtfamilienhaushalte bestehend aus zwei nicht miteinander verwandten Frauen bzw. Männern“ geht ferner der Anteil gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften als weiterer Indikator für die Pluralisierung der Lebensformen in die Analyse ein.

Die Ergebnisse der Hauptachsenanalyse sind in Tabelle 42 zusammengefasst. Faktor 1 ist durch die Pluralisierung der Lebensformen charakterisiert. Bezirke mit hohen Faktorladungen zeichnen sich durch einen hohen Anteil von Einpersonenhaushalten, Einelternfamilien und nichtehelichen Lebensgemeinschaften ohne Kind aus. In ihnen leben zudem überdurchschnittlich viele gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften und ledige Frauen in der Altersgruppe mit der höchsten Heiratswahrscheinlichkeit. Hohe Faktorwerte zeichnen das Stadtzentrum aus: die historischen Zentren von Buda und Pest (I. und V. Bezirk), sowie die dicht bebauten Gründerzeitviertel im VI. bis IX. und XIII. Bezirk auf der Pester Donauseite (Karte 16, Abbildung 72). Eine schwach ausgeprägte Pluralisierung der Lebensformen ist für die peripheren Stadtteile typisch, insbesondere für den XVI., XVII., XXII. und XXIII. Bezirk.

Faktor 2 steht für ein Muster der frühen Familiengründung, sowohl inner- als auch außerhalb der Ehe. Anders als bei der Pluralisierung der Lebensformen ist bei Faktor 2 ist kein zentral-peripherer Gradient erkennbar. Hohe Faktorwerte kommen sowohl im erweiterten Stadtzentrum (VII. und VIII. Bezirk) als auch in den Außenbezirken (XX. und XXIII. Bezirk) vor. Durch besonders niedrige Werte zeichnen sich dagegen die „besseren Viertel" aus. Es handelt sich dabei um das historische Stadtzentrum sowie die in die Budaer Berge hinein reichenden Bezirke II, XI und XII – Quartiere, die sich seit dem 19. Jahrhundert durch einen hohen sozialen Status auszeichnen, eine landschaftlich attraktive Wohnlage aufweisen und sich durch einen repräsentativen Gebäudebestand mit großen, gut ausgestatteten Wohnungen auszeichnen, der weniger unter dem durch die Vernachlässigung der Altbauten in sozialistischer Zeit verursachten baulichen Substanzverlust gelitten hat als die Gründerzeitviertel auf der östlichen Donauseite (Kovács et al. 2007: 155, Kovács 2009: 402). Da es sich bei den innenstadtnahen Bezirken mit hohen Faktorwerten um Gebiete handelt, in denen seit den 1970er Jahren durch physische und soziale Abwertungsprozesse, selektive Abwanderung von Mittelschichthaushalten und Zuwanderung benachteiligter Gruppen ausgelöste Segregations- und Gettobildungstendenzen zu beobachten sind (Kovács 2009: 404-410), zeichnet sich ab, dass das räumliche Muster der jungen Familiengründung einem sozialen Gradienten folgt.

Mit einer Regressionsanalyse soll auch für Budapest getestet werden, ob das Raummuster des Faktors „Pluralisierung der Lebensformen" den Erwartungen der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs folgt und ob das Muster der frühen Familiengründung wie auf den anderen räumlichen Bezugsebenen mit dem ‚*Pattern of disadvantage*' erklärt werden kann. Dieser Punkt ist von besonderem Interesse. In Kapitel 7 wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die wirtschaftliche Situation in Ungarn in der Hauptstadt mit Abstand am günstigsten ist. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig und der Dienstleistungssektor gut ausgebaut, so dass anzunehmen ist, dass – anders als in den ländlichen Peripherien, die sich durch fehlende ökonomische Perspektiven für junge Menschen auszeichnen – in Budapest auch gering Qualifizierten Chancen auf dem Arbeitsmarkt offen stehen. In diesem Zusammenhang ist – unter ökonomischen Gesichtspunkten – der Aufschub der Familiengründung unter Umständen auch für die wirtschaftlich marginalisierten Bevölkerungsgruppen eine rationale Strategie, insbesondere, wenn man die hohen Lebenshaltungskosten in der Hauptstadt bedenkt. Möglicherweise ist daher junge Mutterschaft nicht so stark mit sozioökonomischer Benachteiligung assoziiert wie im ländlichen Raum, sondern steht eher für einen familienorientierten, kleinbürgerlichen Lebensstil mit ausgeprägt „traditioneller" geschlechtsspezifischer Rollenver-

Tab. 43 Stadtbezirke Budapests Lineare Regression der Faktoren des generativen Verhaltens auf sozioökonomische und kulturelle Variablen

Indikator	Pluralisierung der Lebensformen		(unverheiratete) junge Familien	
	Beta-Wert	Signifikanz	Beta-Wert	Signifikanz
Faktor 1: Humankapital	0,15	n.s.	-0,61	***
Faktor 2: Säkularisierung	0,06	n.s.	nicht verwendet	
Faktor 3: Benachteiligung	0,40	***	0,63	***
Stimmenanteil des SzDSz bei der Europawahl 2004	0,47	**	-0,12	n.s.
Bevölkerungsanteil „sichtbarer Minderheiten“ (log)	0,23	+	0,10	n.s.
Konstante	-2,56	**	0,54	n.s.
R^2 [%]	87,2		87,9	

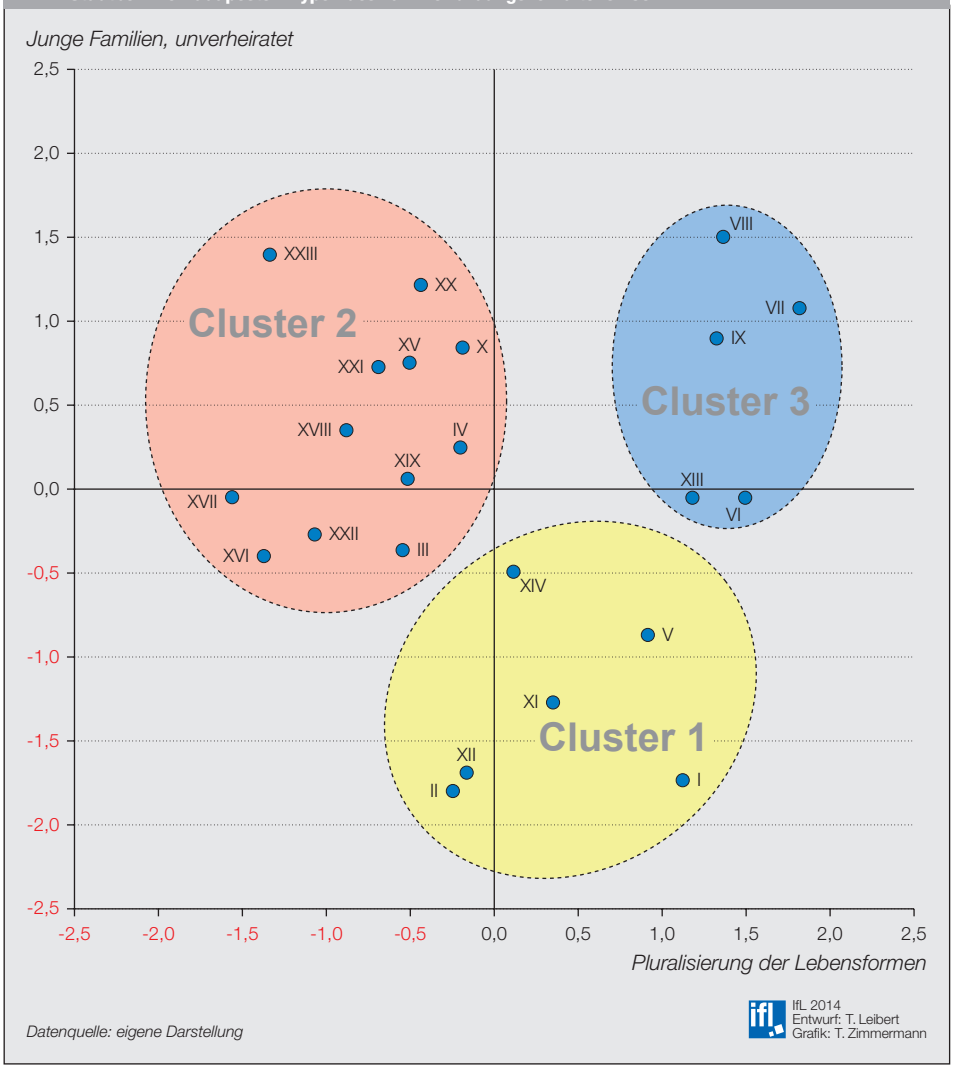
*Signifikanzniveau der Beta-Werte: *** 0,1 %, ** 1 %, * 5 %, + 10 %; n.s.: nicht signifikant*

Quelle: eigene Berechnungen

teilung. Andererseits gibt es auch Argumente dafür, dass ein POD auch unter günstigeren ökonomischen Rahmenbedingungen zu erwarten ist. So kann man hinterfragen, ob die Aussicht auf einen gering bezahlten Arbeitsplatz im Dienstleistungsbereich ohne Aufstiegschancen eine ähnlich sinnstiftende Wirkung entfalten kann wie die Elternschaft. Die Ergebnisse einer britischen Studie zu Teenagermüttern aus benachteiligten sozialen Kontexten deuten jedenfalls darauf hin, dass dies nicht der Fall ist. In der gleichen Untersuchung wird auch die Rolle von lokalen Familiennormen betont. Für Frauen, die in einer Nachbarschaft aufgewachsen sind, in der das Erstgeburtsalter niedrig ist, gehört die Teenagerschwangerschaft zum regulären Lebenslauf, insbesondere, wenn auch die eigene Mutter bei der Geburt ihres ersten Kindes noch sehr jung war. Das soziale Umfeld billigt in diesen Fällen zumeist die Entscheidung der jungen Frauen, ein Kind zu bekommen, und unterstützt sie in ihrer Mutterrolle (Cater & Coleman 2006: 26-30). Zudem ist bei gering Qualifizierten angesichts beschränkter Karriereoptionen von geringeren Opportunitätskosten auszugehen.

Die Variablenauswahl für die Analyse folgt wiederum den eingangs formulierten Prinzipien. Neben den in einer Hauptkomponentenanalyse (Tabelle 53 in Anhang 1) ermittelten komplexen Variablen „Humankapital“, „Säkularisierung“ und „Benachteiligung“ wurden der Stimmenanteil des Bundes Freier Demokraten bei der Europawahl 2004 und der Bevölkerungsanteil „sichtbarer Minderheiten“ verwendet. Dabei handelt es sich um den Prozentsatz der Einwohner, der sich bei der Volkszählung als „Afrikaner“, „Araber“ oder „Chinese“ eingestuft hat. Der Anteil „sichtbarer Minderheiten“ wurde aus drei Gründen in das Regressionsmodell aufgenommen. Erstens ist zu erwarten, dass Migranten ähnlich wie Alleinerziehende, gleichgeschlechtliche und gegebenenfalls auch unverheiratete Paare eine schwache Wohnungsmarktposition haben und sich deswegen bevorzugt in Quartieren mit niedrigen Eintrittsbarrieren auf dem Wohnungsmarkt niederlassen. Zweitens wird in Anlehnung an Florida (2005: XX) davon ausgegangen, dass Viertel mit

72 Stadtbezirke Budapests – Typen des Familienbildungsverhaltens 2001



einem überdurchschnittlichen Ausländeranteil eine „*Kultur der Toleranz*“ auszeichnet. Florida betont, dass sich eine solche Kultur nur entwickeln könne, wenn sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen vermischten und nicht in abgeschotteten ethnischen oder sozialen Enklaven lebten. Dies ist in Budapest der Fall, da die Bezirksverwaltungen recht erfolgreich eine Politik zur Verhinderung der Herausbildung ethnischer Enklaven betrieben haben (Kovács et al. 2007: 47). Schließlich weist Dirksmeier (2009: 16-17) auf die Bedeutung des „*omnipräsenten Fremdkontakts*“ als eine der Voraussetzungen für die Urbanisierung hin. Der oder die „Fremde“ muss nicht unbedingt ein(e) Migrant(in) sein, der Anteil der „sichtbaren Minderheiten“ ist aber eine der wenigen statistischen Größen, mit denen die Wahrscheinlichkeit eines „*Fremdkontakts*“ erfasst werden kann.
In Hinblick auf die Erwartungen der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs

Tab. 44 Stadtbezirke Budapests Demographische Charakteristika der Cluster (T-Werte)

Indikator		Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3
Anteil der Frauen mit Kind(ern) in der Altersgruppe	15-19	- -	o	+ +
	20-24	- -	+	+
Anteil der ledigen Frauen der Altersgruppe 15-49 mit Kind(ern)		- -	+	+
Anteil der kinderlosen Frauen in der Altersgruppe 45-49		+ +	-	+
Eheschließungen pro 1000 unverheiratete Frauen		x	+	- -
Scheidungen pro 1000 verheiratete Frauen		-	o	+
Anteil der kinderlosen Ehefrauen in der Altersgruppe 25-29		+ +	-	+
Anteil der verheirateten Frauen in der Altersgruppe	20-24	- -	+	o
	25-29	-	+	-
Anteil der Ledigen an den Frauen der Altersgruppe 25-29		+	-	+ +
Anteil der alleinerziehenden Mütter an allen Familien		o	-	+ +
Anteil im Einpersonenhaushalt lebender Personen in Altersgruppe 15-39		+	-	+ +
Nichtfamilienhaushalte bestehend aus zwei nicht verwandten Personen		+	-	+ +
Anteil der NLG an den Paarhaushalten		-	-	+ +
Anteil der NLG ohne Kinder an allen Paarhaushalten		o	-	+ +
Anteil der NLG mit Kind(ern) an allen Paarhaushalten		- -	o	+ +

zur Erklärung der Symbole siehe Tabelle 13

Datenquellen: KSH 2002, 2003a; eigene Berechnungen

sind die Ergebnisse der Regressionsanalyse (Tabelle 43) als eher ambivalent einzustufen. Wie erwartet nimmt mit steigendem Stimmenanteil der Liberalen und zunehmender Präsenz „sichtbarer Minderheiten" auch der Wert von Faktor 1 zu. Aus theoretischer Sicht überraschend ist die Tatsache, dass die Hauptkomponente „Säkularisierung" keinen eigenständigen Beitrag zur Erklärung des Raummusters der Pluralisierung der Lebensformen leisten kann. Kontraintuitiv und eher auf der Linie des „klassischen" ‚*Crisis behaviour*' ist dagegen der hochsignifikante positive Beta-Wert der Hauptkomponente „Benachteiligung". Die Pluralisierung der Lebensformen ist mithin in den „sozialen Brennpunkten" Budapests am weitesten fortgeschritten. Eine Erklärung für diesen Widerspruch könnte die Verfügbarkeit von Mietwohnungen darstellen; wir werden auf diesen Punkt noch zurückkommen.

Die Regressionsanalyse bestätigt die These eines sozioökonomischen Gradienten bei Faktor 2. Auch in Budapest ist eine frühe Familiengründung auf der Aggregatebene mit einem geringen Bildungsniveau und sozialer Benachteiligung assoziiert. Der Einfluss der „kulturellen" Indikatoren auf das Muster der frühen Familiengründung ist dagegen nicht signifikant. Da die Beziehung von Faktor 2 und der Hauptkomponente „Säkularisierung" nicht linear ist, konnte diese Variable nicht verwendet werden. Für die These eines familienorientierten Alleinverdienermusters gibt es dagegen keine Anhaltspunkte. Das Modell erklärt knapp 90% der Streuung von Faktor 2, so dass es eher unwahrscheinlich ist, dass ein wesentlicher nicht-ökonomischer Erklärungsansatz „übersehen" wurde.

Wie für die Komitate und Subregionen wurde mit den beiden Faktoren des generativen Verhaltens auch für die Stadtbezirke von Budapest eine Clusteranalyse gerechnet. Dabei hat sich die Bildung von drei Clustern als sinnvollste Lösung erwiesen (Abbildung 72). Cluster 1 umfasst den I., II., XI. und XII. Bezirk auf der Budaer Donauseite sowie den V. und XIV. Bezirk in Pest. Letzterer gilt als „*Buda type Pest district*" (Kovács et al. 2007:

Tab. 45 Stadtbezirke Budapests Sozioökonomische Charakteristika der Cluster (T-Werte)

Indikator		Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3
Faktor 1: Humankapital		+ +	-	+
Faktor 2: Säkularisierung		-	x	+
Faktor 3: Benachteiligung		-	-	+ +
Bevölkerungsanteil von Frauen	ohne Grundschulabschluss	- -	o	+
	mit Hochschulabschluss	+ +	-	o
Bevölkerungsanteil mit Hochschulabschluss in der AG 20-34		+ +	-	o
Anteil der Studenten in der Altersgruppe 20-29		+ +	-	o
Anteil der Hilfsarbeiterinnen an den Erwerbstätigen		- -	o	+ +
Anteil der Führungskräfte an den Erwerbstätigen		+ +	-	-
Arbeitslosenquote		- -	+	+
Arbeitslosenquote der 20- bis 29-Jährigen	Männer	- -	+	o
	Frauen	- -	+	+
Anteil der Steuerpflichtigen an allen Einwohnern		o	+	- -
Durchschnittseinkommen [1000 HUF] 2003		+ +	-	-
Stimmenanteil des SzDSz bei der Europawahl 2004		+	-	+ +
Bevölkerungsanteil	der Katholiken	+	o	-
	der Konfessionslosen	-	x	o
	o. Angabe z. Religionszugehörigkeit	-	x	+
Haushalte in Substandardwohnungen		-	o	+ +
Anteil der von Eigentümern selbst genutzten Wohnungen		-	+	- -
Bevölkerungsanteil der Roma		-	o	x
Transferleistungen [1000 HUF pro EW] 2000		-	o	+
Bevölkerungsdichte		o	-	x
Anteil am Gebäudebestand	vor 1919 erbaute Gebäude	o	-	+ +
	1990 - 2001 erbaute Gebäude	-	x	-
	„traditionell urbane“ Strukturen	+	-	+ +
	Plattenbauten	-	+	-
	Ein- und Zweifamilienhäuser	o	+	- -

zur Erklärung der Symbole siehe Tabelle 13

Datenquellen: KSH 2002, 2003a, 2006d; Országos Választási Iroda 2006; eigene Berechnungen

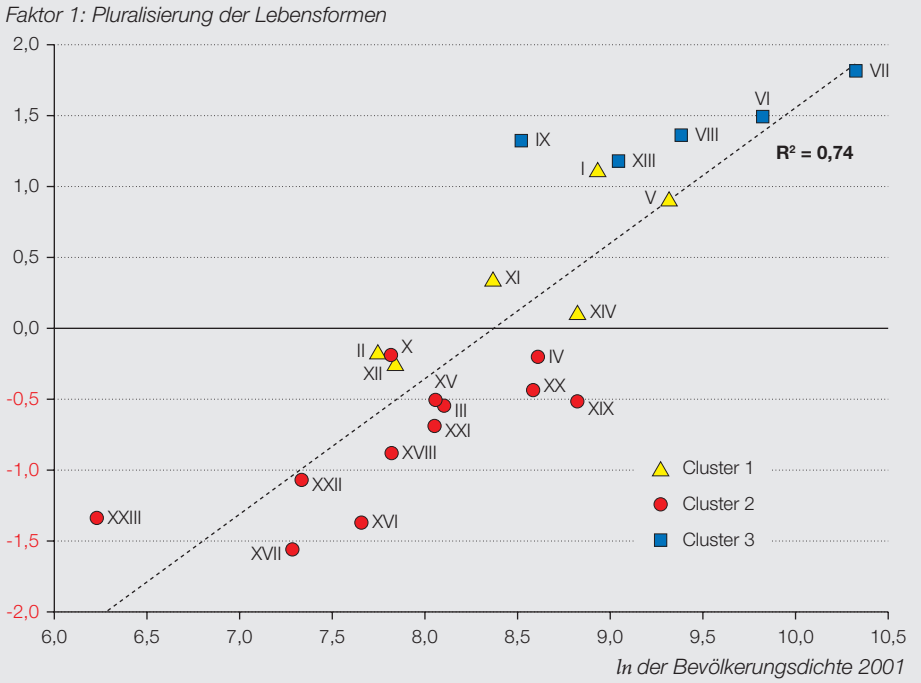
43), für den ebenso wie für den II., XII. und weite Teile des XI. Bezirks eine Konzentration von Personen mit hohem Bildungsniveau charakteristisch ist. Das Cluster zeichnet sich durch einen durchschnittlichen bis überdurchschnittlichen Grad der Pluralisierung der Lebensformen und ein ausgeprägtes Postponement aus. Dieser Raumtyp des Familienbildungsverhaltens weist einige Elemente auf, die typisch für den Zweiten Demographischen Übergang sind, etwa eine hohe endgültige Kinderlosigkeit, späte Familiengründung oder einen überdurchschnittlichen Prozentsatz von Einpersonenhaushalten und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften. Andererseits ist der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften unterdurchschnittlich (Tabelle 44). In sozioökonomischer Hinsicht zeichnet sich der „typische Einwohner“ der in Cluster 1 zusammengefassten Bezirke durch ein weit überdurchschnittliches Bildungsniveau und Berufsprestige aus. Die niedrige Arbeitslosenquote, der unterdurchschnittliche Prozentsatz der Empfänger von Sozialleistungen und das deutlich über dem Mittelwert liegende Durchschnittseinkommen unterstreichen den wohlsituierten Charakter dieses Raumtyps. Das Cluster ist traditionell-urban geprägt und weist überdurchschnittliche Stimmenanteile der Libera-

len auf; die Säkularisierung ist dagegen nur schwach ausgeprägt (Tabelle 45). Das Muster des generativen Verhaltens kann als „wohlhabend-akademische" Varietät des SDT mit beschränkter Toleranz gegenüber „alternativen" Lebensformen bei starkem Postponement und enger Kopplung von Ehe und Fortpflanzung interpretiert werden.
Cluster 2 umfasst die 1950 nach Budapest eingemeindeten Gebiete (vgl. Karte 16) sowie den III. und X. Bezirk. In demographischer Hinsicht zeichnet sich dieser Raumtyp durch eine schwach ausgeprägte Pluralisierung der Lebensformen, eine frühe Familiengründung bei niedriger Kinderlosigkeit und eine überdurchschnittliche Heiratshäufigkeit aus. Der sozioökonomische Status ist eher niedrig: unterdurchschnittliches Bildungsniveau, unterdurchschnittliches Einkommen, überdurchschnittliche Arbeitslosenquote. Allerdings ist auch der Grad der sozialen Benachteiligung gering. In baulicher Hinsicht dominieren sozialistische Plattenbauten und Ein- und Zweifamilienhäuser. Die Bevölkerungsdichte ist niedrig, Altbauten fehlen weitgehend. Das Muster des generativen Verhaltens kann man dahingehend deuten, dass der SDT die traditionelle Stadtgrenze noch nicht überschritten hat. In den Außenbezirken dominiert das „traditionelle" Modell der frühen, in der Regel ehelichen Familiengründung; aber auch Lebensformen mit Kind und ohne Trauschein sind keine Seltenheit. „Moderne" Lebensformen, von der allein erziehenden Mutter bis zum gleichgeschlechtlichen Paar sind dagegen unterdurchschnittlich vertreten.

Zu Cluster 3 sind die zentrumsnahen Pester Gründerzeitquartiere zusammengefasst. Diese Bezirke zeichnen sich durch eine weit überdurchschnittliche Pluralisierung der Lebensformen und ein ausgeprägtes Muster der frühen Familiengründung aus, wobei die unterdurchschnittlichen Anteile verheirateter Frauen und die sehr niedrige Heiratsrate darauf hindeuten, dass die frühe Familiengründung häufig außerhalb der Ehe stattfindet. Ein Ehepostponement ist deutlich erkennbar, ein Aufschub der ersten Geburt in ein höheres Lebensalter dagegen nicht. Der Charakter eines Nebeneinanders von Zweitem Demographischem Übergang und dem mit sozioökonomischer Benachteiligung assoziierten Muster der frühen Familiengründung wird durch die überdurchschnittliche endgültige Kinderlosigkeit unterstrichen.

Auch die sozioökonomischen Indikatoren in Tabelle 45 deuten darauf hin, dass die Pester Altbauviertel ein äußerst heterogener Teil der ungarischen Hauptstadt sind. Cluster 3 erreicht überdurchschnittliche Werte in allen drei sozioökonomischen Hauptkomponenten: Das Bildungsniveau ist hoch, die Bevölkerung stark säkularisiert – am stärksten sticht jedoch der weit überdurchschnittliche T-Wert des Benachteiligungsfaktors heraus, der auf eine hohe Konzentration von Roma und Transferleistungsempfängern und ungünstige Wohnverhältnisse schließen lässt (Tabelle 53). Die Arbeitslosenquote ist hoch, das Durchschnittseinkommen niedrig. Auf der anderen Seite deutet der weit überdurchschnittliche Zuspruch, den der SzDSz erfährt, auf die Existenz eines postmaterialistischen Milieus hin. Dieses demographische und sozioökonomische Muster steht in Einklang mit den gegensätzlichen Entwicklungstrends, die in den Pester Gründerzeitvierteln wirksam sind: fortgesetzter baulicher und sozialer Verfall auf der einen, Revitalisierung, häufig durch ausländische Investoren, und Gentrifizierung auf der anderen Seite (Kovács 2009: 409-413). Neben heruntergekommenen Altbauten sind in den Bezirken des Clusters 3 auch eine lebendige Kneipen- und Kulturszene, etwa in der Ráday utca und um den Liszt Ferenc tér zu finden, oder die noble Andrássy út mit der pompösen Staatsoper und den Filialen internationaler Luxusmarken. Zudem scheint sich in den letzten Jahren ein gewisser Reurbanisierungstrend abzuzeichnen. In den innenstadtna-

73 Stadtbezirke Budapests
Zusammenhang von Bevölkerungsdichte und Faktor „Pluralisierung der Lebensformen“ 2001



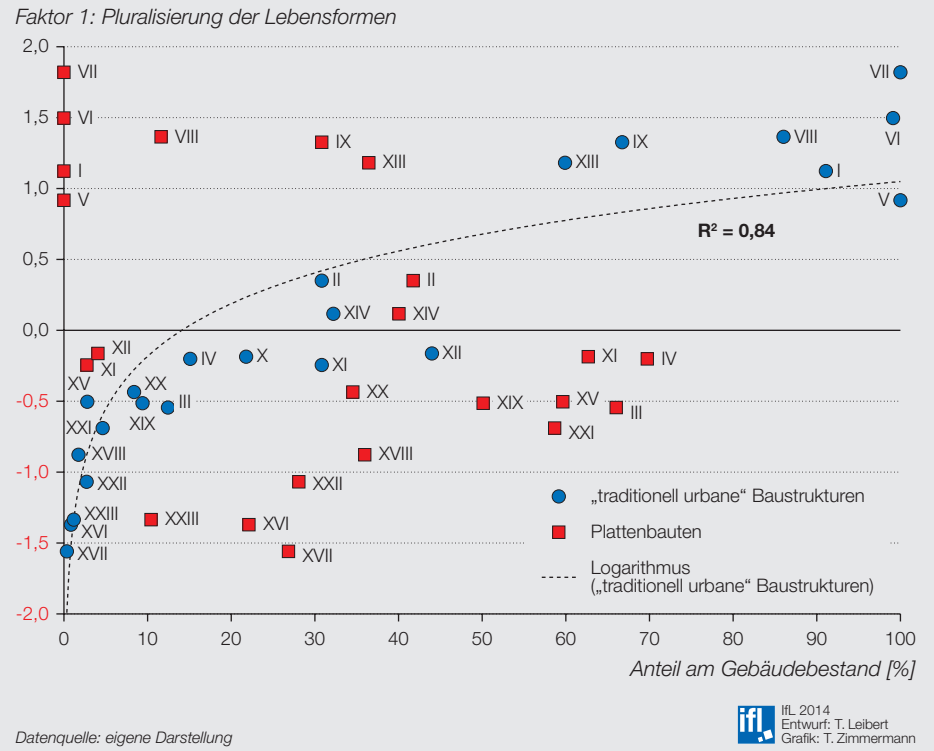
Datenquelle: eigene Darstellung

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: T. Zimmermann

hen Bezirken lassen sich zunehmend jüngere, an „westlichen“ Lebensstilen orientierte Menschen nieder. Dabei handelt es sich nicht nur um Studenten und in der ‚*New economy*‘ Beschäftigte, sondern in zunehmendem Maß auch um einkommensstärkere Haushalte mit einer Präferenz für innerstädtisches Wohnen. Die Bewohner – sowohl die neu zugezogenen „Pioniere“ aus dem jugendlichen und die „Gentrifier“ aus dem Yuppie-Milieu als auch die Alteingesessenen – schätzen die zentrale Lage, das Flair und den besonderen architektonischen Charakter der Gründerzeitquartiere (Kovács et al. 2007: 158-162).

Die Ergebnisse der Clusteranalyse stützen die Eingangsthese eines engen Zusammenhangs von SDT und städtischem Lebensstil. Die aktuellen Stadtentwicklungstendenzen und die in Tabelle 45 zusammengestellten sozioökonomischen Charakteristika weisen die Bezirke, die Cluster 3 bilden, als einen ausgesprochen heterogenen und diversifizierten Teil der ungarischen Hauptstadt aus. Er ist Lebensmittelpunkt für Yuppies und arme Romafamilien, Treffpunkt von Geschäftsleuten und Touristen. Offensichtlich bildet dieser Charakter, in Verbindung mit dem Gebäudebestand aus der Gründerzeit, einen idealen Raumtyp für den SDT. Im Gegensatz dazu erweisen sich die von Plattenbauten und Familienheimen geprägten Außenbezirke als ein im demographischen Sinn traditioneller Teil Budapests. Die wohlhabenden, statushohen Wohngebiete bilden einen dritten Typ, der sich durch starkes Postponement und eine begrenzte Pluralisierung der

74 Stadtbezirke Budapests
Zusammenhang von Gebäudestruktur und Faktor „Pluralisierung der Lebensformen“ 2001



Datenquelle: eigene Darstellung

Lebensformen auszeichnet. Es besteht ein enger Zusammenhang von „Urbanität“ im Sinne von hoher Bevölkerungsdichte, einer diversifizierten Bevölkerungsstruktur und dem SDT. Abbildung 73 unterstreicht die positive Korrelation von Bevölkerungsdichte und Pluralisierungsfaktor. Mit Ausnahme des XIV. Bezirks liegt der Ist-Wert in den Bezirken der Cluster 1 und 3 über dem Erwartungswert, in Cluster-2-Bezirken – mit Ausnahme des X. und XXIII. Bezirks – dagegen darunter. Die positive Abweichung des Faktorwerts vom durch die Bevölkerungsdichte vorhergesagten Erwartungswert im IX. Bezirk ist darauf zurückzuführen, dass dem dicht bebauten Nordteil ein weitgehend unbewohnter und von (ehemaligen) Industrieflächen und Bahngelände dominierter Südteil gegenübersteht (Karte 16), wodurch die Bevölkerungsdichte nach unten „verzerrt“ wird.

Die „Urbanitätsthese“ kann jedoch nur für die „traditionell urbanen“ Altbaustrukturen bestätigt werden. Bezirke mit einem hohen Anteil von Plattenbauten zeichnen sich eher durch unterdurchschnittliche Werte des Pluralisierungsfaktors aus; der Zusammenhang zwischen beiden Variablen ist eher diffus (Abbildung 74). Nach der ‚*Subcultural Theory of Urbanism*‘ ist dieser Befund unerwartet, da in den sozialistischen Großwohnsiedlungen eine hohe Bevölkerungskonzentration gegeben ist, sie also nach Fischer (1975: 1323) „urban“ sind: „*urban is defined* [...] *in terms of population concentration – the greater the number of people aggregated at a place of settlement, the more urban the place*“. In diesem

Zusammenhang wäre in den Plattenbauvierteln eine stärkere Präsenz von (demographischen) Subkulturen zu erwarten als aus den Daten abgelesen werden kann. Um diesen Widerspruch aufzulösen hilft die These von Steinbach (1994: 214) weiter, wonach sich Urbanität durch eine Polarität von Öffentlichkeit und Privatheit herausbildet. Die Privatheit ist in den Großwohnsiedlungen gegeben, die Öffentlichkeit, also die „*Chancen zur Aufnahme einer Vielfalt von zwischenmenschlichen Beziehungen*" dagegen weniger. Befragungen in Budapester Großsiedlungen haben gezeigt, dass nur ein sehr geringer Prozentsatz der Bewohner sich innerhalb der Siedlung an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten beteiligt oder kulturelle bzw. sportliche Angebote wahrnimmt (Tosics et al. 2004: 26-27). In diesem Sinne hätten die Siedlungen nur einen teilweise urbanen Charakter, was die Mittelstellung bei der Pluralisierung der Lebensformen erklären würde. Dirksmeier spricht davon, dass „*ein Zuviel an Privatheit* [...] *den Urbaniten verkümmern* [lässt]"; zu viel Öffentlichkeit führt dagegen zur „*Vermassung und zu einem Nivellieren der Unterschiede zwischen den Menschen*". Als städtebauliche Struktur, die in besonderem Maß zur Realisierung städtischer Lebensformen geeignet ist, gilt in diesem Zusammenhang die Blockbebauung, die sowohl öffentliche (Repräsentations-) als auch private (Rückzugs-) Räume bereitstellt (2009: 26). Die innenstadtnahen Altbauviertel sind also – im Gegensatz sowohl zu den Großsiedlungen als auch zu gering verdichteten Quartieren mit einem hohen Prozentsatz an Ein- und kleinen Mehrfamilienhäusern – auch von ihrer Baustruktur her besonders förderlich für die Realisierung eines urbanen Lebensstils. Abbildung 74 bestätigt diese These eindrücklich: Der Prozentsatz der Altbauten erweist sich als zuverlässiger Prädiktor für den Wert des Pluralisierungsfaktors; in den Bezirken des Clusters 3, in denen die Blockbebauung dominiert, ist die Destandardisierung der Lebensformen sogar noch weiter fortgeschritten als vom bivariaten Regressionsmodell vorhergesagt.

9.3.3 Regelfall oder Besonderheit? Vergleich der Raummuster des generativen Verhaltens in Budapest und Wien

In einem abschließenden Analyseschritt soll überprüft werden, ob dieses Muster eine Budapester Besonderheit ist, oder ob es Anzeichen dafür gibt, dass die in Budapest clusteranalytisch ermittelten drei Idealtypen

- Räumliche Vergesellschaftung des SDT mit einem Muster der Benachteiligung in innenstadtnahen Altbauquartieren mit heterogener Bevölkerungsstruktur;
- Ehe- und familienorientierte Lebensformen in von suburbanen Baustrukturen geprägten kleinbürgerlichen Außenbezirken mit früher Familienerweiterung und ein
- Muster der kinderlosen Ehepaare mittleren Alters in statushohen Quartieren mit attraktiven, weniger verdichteten Wohngebieten und bürgerlich-akademischem Milieu

auch in anderen Städten zu finden sind. Für einen Vergleich mit Budapest erscheint Wien besonders geeignet. Auch die österreichische Hauptstadt gehört im europäischen Vergleich zu Cluster 2 (Tabelle 49), steht also trotz ihrer Lage auf der Westseite des ehemaligen Eisernen Vorhangs auf der gleichen Entwicklungsstufe im Zweiten Demographischen Übergang wie Budapest. Beide Städte sind von ihrer Einwohnerzahl und der statistischen Gliederung des Stadtgebiets vergleichbar und sind die dominierenden politischen, kulturellen und intellektuellen Zentren der jeweiligen Staaten. Die Primatstellung von Budapest ist angesichts der zentralistischen Politik während in der sozialistischen Zeit jedoch stärker ausgeprägt. Einige Aspekte der postsozialistischen Stadtentwicklung

Tab. 46 Gemeindebezirke Wiens Ergebnisse der Faktoranalyse* (Matrix der Faktorladungen)

Indikator	Faktor 1	Faktor 2	Kommunalitäten [%]
	niedrige Fertilität	Pluralisierung der Lebensformen	
Anteil der Frauen mit Kind in der AG 15-19 2001	-0,959		92,9
Mittleres Erstheiratsalter der Frauen 2005	0,864		78,3
Allgemeine Geburtenrate 2005	-0,839		72,7
Mittlere Kinderzahl pro Mutter 2001	-0,835		70,4
Anteil der kinderlosen Frauen in der AG 25-29 2001	0,832	0,512	95,5
Mittlere Kinderzahl der Frauen der AG 40-59 2001	-0,788	-0,574	95,0
Mittlere Kinderzahl der Frauen über 15 2001	-0,767	-0,596	94,4
Anteil der kinderlosen Frauen in der AG 45-49 2001	0,691	0,688	95,1
Anteil der alleinerziehenden Frauen 2001	0,647	0,556	72,8
Anteil der kinderlosen Paare 2001		0,933	95,5
Anteil d. Nichtfamilien-HH mit 2 nicht verw. Mitgl. 2001 (log)		0,865	78,7
Anteil der NLGs an allen Paarhaushalten 2001		0,854	73,0
Anteil der ledigen Frauen in der AG 40-59 2001	0,521	0,827	95,6
Anteil der allein lebenden Personen unter 40 2001		0,813	66,3
Anteil der Ledigen an allen Frauen über 15 2001	0,687	0,710	97,6
Anteil der Erstehen an allen Eheschließungen 2001	0,462	0,604	57,7
Eigenwert	6,951	6,366	
Erklärte Varianz [%]	43,446	39,786	
Erklärte Varianz [%] (kumulativ)	43,446	83,232	

** Methode: Hauptachsenanalyse mit Varimax-Rotation; Maß der Stichprobeneignung: 0,708*

Datenquellen: Statistik Austria 2004b, 2005a-b, 2006; eigene Berechnungen

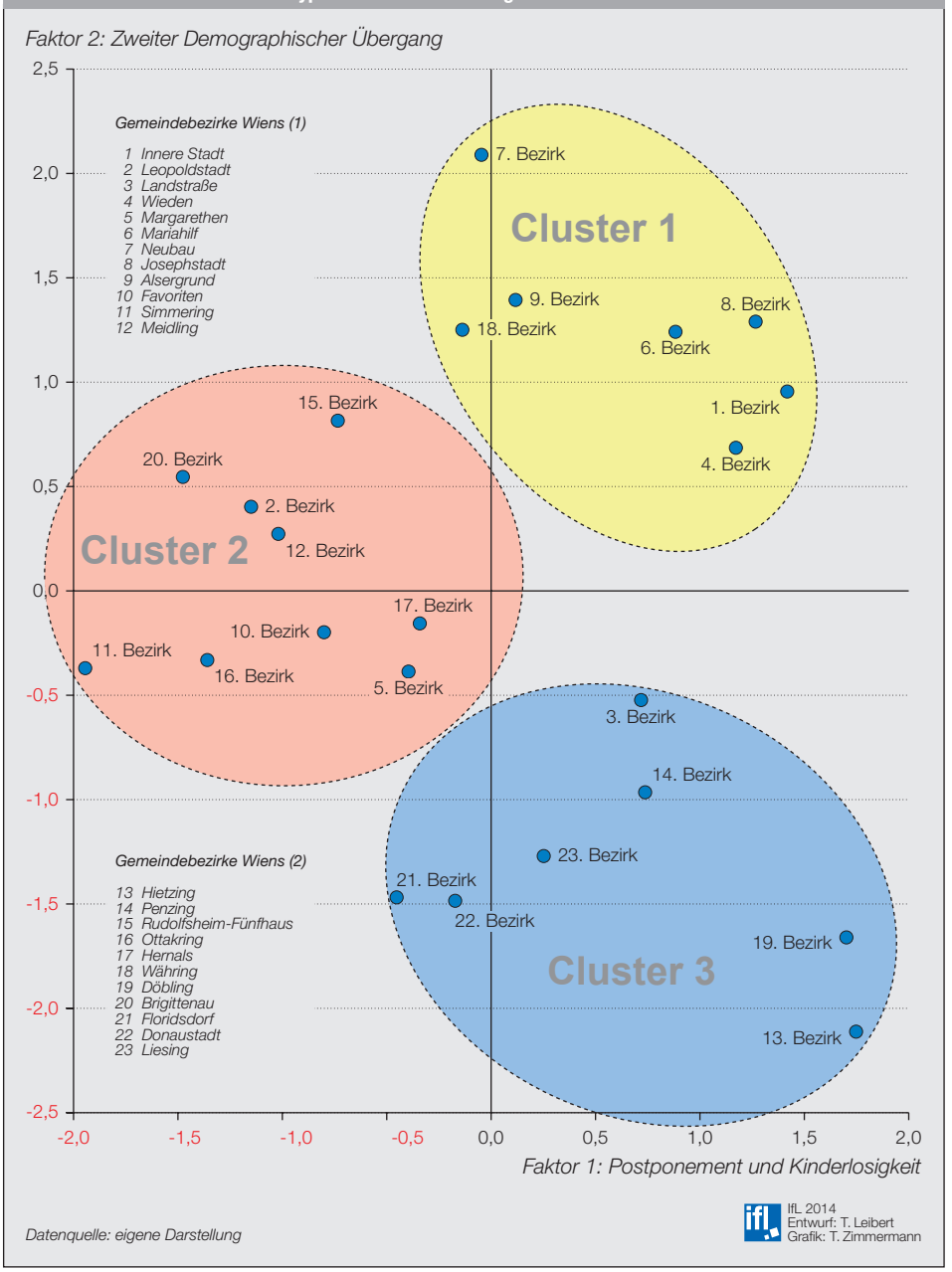
in Budapest fehlen in Wien natürlich, etwa die jahrzehntelange Vernachlässigung der Altbausubstanz, der hohe Bevölkerungsanteil in Großwohnsiedlungen und die hohe Wohneigentumsquote. Dadurch steht der „Zielgruppe" des SDT unter Umständen eine größere Auswahl an Wohnstandorten zur Verfügung als in Budapest, wo ein nennenswerter Mietwohnungsbestand lediglich in den innenstadtnahen Altbauquartieren vorhanden ist. Andererseits ist in Wien der Migrantenanteil höher, so dass gegebenenfalls in einigen Bezirken statt des Zweiten der Dritte Demographische Übergang im Gange ist. Im folgenden Abschnitt steht der Vergleich mit Budapest im Vordergrund. Eine ausführliche Beschreibung und Interpretation des Raummusters des generativen Verhaltens in Wien, die über diese Frage hinausgeht, kann nicht geleistet werden.[139] Der Vergleich von Wien und Budapest kann zudem nur ein Schlaglicht auf die innerstädtischen Raummuster des Zweiten Demographischen Übergangs werfen. Für die Suche nach Regelmäßigkeiten müssten weitere Städte betrachtet werden, insbesondere die auf einer höheren „Entwicklungsstufe" stehenden westeuropäischen Metropolen.

Für die Faktoranalysen konnten für Wien im Wesentlichen die gleichen Variablen verwendet werden wie für Budapest. Auf der Ebene der Wiener Gemeindebezirke konnten zusätzlich einige Indikatoren verwendet werden, die auf der Bezirksebene in Budapest nicht vorhanden waren und daher entweder gar nicht verwendet werden konnten oder

139 Für eine Darstellung der sozialräumlichen Struktur sei auf Fassmann und Hatz (2004) verwiesen.

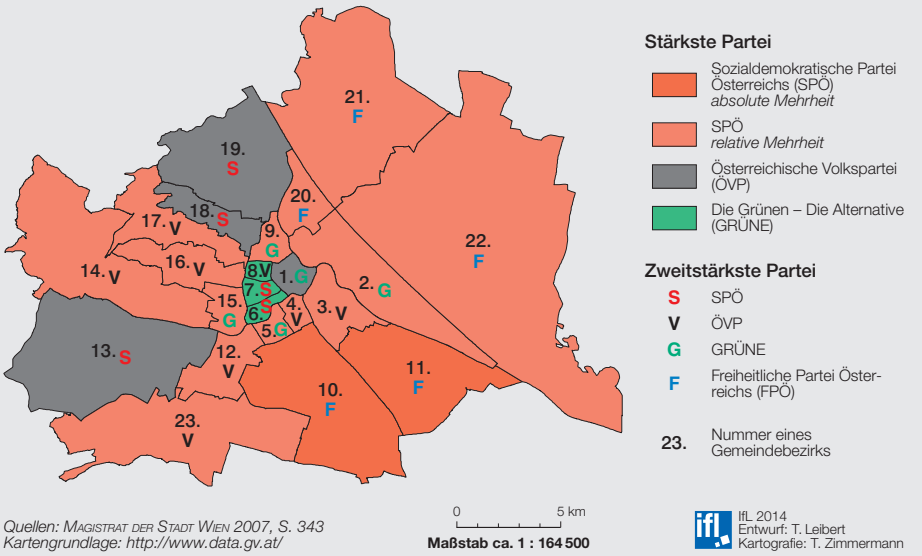
über Zensusdaten „rekonstruiert“ werden mussten, etwa die Nichtehelichenquote oder das Erstheiratsalter. Wie in Budapest wurden zwei Faktoren extrahiert (Tabelle 46). Faktor 1 „Postponement und Kinderlosigkeit“ ist gewissermaßen das Gegenstück zum Fak-

75 Gemeindebezirke Wiens – Typen des Familienbildungsverhaltens 2001



Karte 17

Wien
Stimmenanteile bei der Nationalratswahl 2006
nach Gemeindebezirken



Quellen: Magistrat der Stadt Wien 2007, S. 343
Kartengrundlage: http://www.data.gv.at/

tor „(unverheiratete) junge Familien" in Budapest. Für Gemeindebezirke mit hohen Faktorwerten sind eine niedrige Teenagerfertilität, eine unterdurchschnittliche Kinderzahl pro Mutter, ein hohes Erstheiratsalter und ein über dem Wiener Mittelwert liegender Prozentsatz endgültig kinderloser Frauen charakteristisch. Solche Bezirke findet man im Zentrum von Wien (1., 4., 6. und 8. Bezirk), aber auch an der Peripherie (13. und 19. Bezirk). Niedrige Werte kennzeichnen kinderreiche Quartiere mit früher Familiengründung und Eheschließung, etwa den 11., 12., 16. und 20. Bezirk. Faktor 2 kann als das Muster des Zweiten Demographischen Übergangs interpretiert werden. In Gemeindebezirken mit sehr hohen Faktorwerten – mit Ausnahme des 3. bis 5. Bezirks sind dies die innerhalb des Gürtels gelegenen Quartiere sowie der 18. Bezirk – sind nichttraditionelle Lebensformen wie nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften oder Einpersonenhaushalte überdurchschnittlich häufig vertreten. Neben dem Aspekt der Pluralisierung der Lebensformen ist Faktor 2 zusätzlich mit einer niedrigen Geburtenrate und einer überdurchschnittlichen Kinderlosigkeit assoziiert. Die positive Korrelation dieses Faktors mit dem Anteil der kinderlosen Frauen Ende 20 deutet zudem auf Postponementtendenzen hin, so dass alle Aspekte des SDT abgedeckt sind. Die eingangs aufgeworfene Frage, ob in Wien mit Budapest vergleichbare Raumtypen des generativen Verhaltens vorzufinden sind, soll im nächsten Analyseschritt mit einer Clusteranalyse beantwortet werden.

Bei der mit den faktoranalytisch gewonnenen Werten durchgeführten Clusteranalyse ist nach dem „Ellenbogenkriterium" wiederum eine Dreierlösung als am zweckmäßigsten anzusehen; die periphere Lage des 13. und 19. Bezirks hätten allerdings auch eine

Tab. 47 Gemeindebezirke Wiens
Demographische Charakteristika der Cluster (T-Werte)

Indikator		Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3
Allgemeine Geburtenrate 2005		-	+ +	-
Anteil der Frauen mit Kind(ern) der Altersgruppe	15-19	-	+ +	-
	20-24	- -	+	o
Mittlere Kinderzahl pro Mutter		-	+	-
Mittlere Kinderzahl der Frauen der Altersgruppe 40-59		- -	+	o
Anteil kinderloser Frauen in der Altersgruppe	25-29	+ +	-	o
	45-49	+ +	-	-
Nichtehelichenquote 2005		x	-	+
Mittleres Erstheiratsalter der Frauen		+ +	- -	+
Anteil der Erstehen an allen Eheschließungen		+ +	-	-
Anteil der ledigen Frauen an den Frauen der Altersgruppe	über 15	+ +	-	-
	40-59	+ +	-	-
Anteil der alleinerziehenden Mütter an allen Familien		+ +	-	-
Anteil der kinderlosen Paare an allen Paaren der AG 15-39		+ +	-	-
Nichtfamilienhaushalte aus zwei nicht verwandten Personen		+	o	-
Anteil im Einpersonenhaushalt lebender Personen in AG 15-39		x	o	-
Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften an den Paar-HH		+	o	-
Anteil der nichtehelichen Lebensgem. ohne Kind an den Paar-HH		+ +	o	-
Entwicklung des NLG-Anteils 1991-2001		+	-	o

zur Erklärung der Symbole siehe Tabelle 13

Datenquellen: Statistik Austria 2004b, 2005a,b, 2006; eigene Berechnungen

Tab. 48 Gemeindebezirke Wiens
Sozioökonomische Charakteristika der Cluster (T-Werte)

Indikator		Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3
Bevölkerungsanteil der Studenten 2001		+ +	-	o
Anteil der Frauen mit primärer Bildung an den Erwerbstätigen 2001		-	+ +	-
Anteil der Arbeiterinnen an den Erwerbstätigen 2001		-	+ +	-
Anteil der weiblichen Angestellten und Beamten mit höherer Schule 2001		+ +	- -	+
Anteil der Akademikerinnen an den Erwerbstätigen 2001		+ +	-	o
Anteil der weiblichen Selbstständigen in techn. u. wissenschaftl. Berufen		+ +	-	-
Arbeitslosenquote 2001		-	+	o
Arbeitslosenquote der Männer der Altersgruppe 25-39 2001		-	+	-
Anteil der Vollzeitkräfte an den weiblichen Erwerbstätigen 2001		-	+	-
Bevölkerungsanteil der Hausfrauen in der Altersgruppe 25-39 2001		+	o	-
Mittleres Nettoeinkommen pro Arbeitnehmer 2005		+	-	+
Grünen-Stimmenanteil bei der Europawahl 1999		+ +	-	-
Bevölkerungsanteil 2001	der EU-Ausländer	+ +	-	-
	der Moslems	-	+ +	-
	der Katholiken	o	-	+ +
	der Konfessionslosen	x	-	x
Anteil am Gebäudebestand 2001	vor 1919 erbaute Gebäude	+ +	-	-
	1990-2001 erbauter Gebäude	-	o	x
	Einfamilienhäuser	-	o	+
Anteil der Mietwohnungen am Wohnungsbestand 2001		o	+	x
Bevölkerungsanteil, der in Substandardwohnungen lebt, 2001		o	+	-
Bevölkerungsdichte 1991		+	o	-

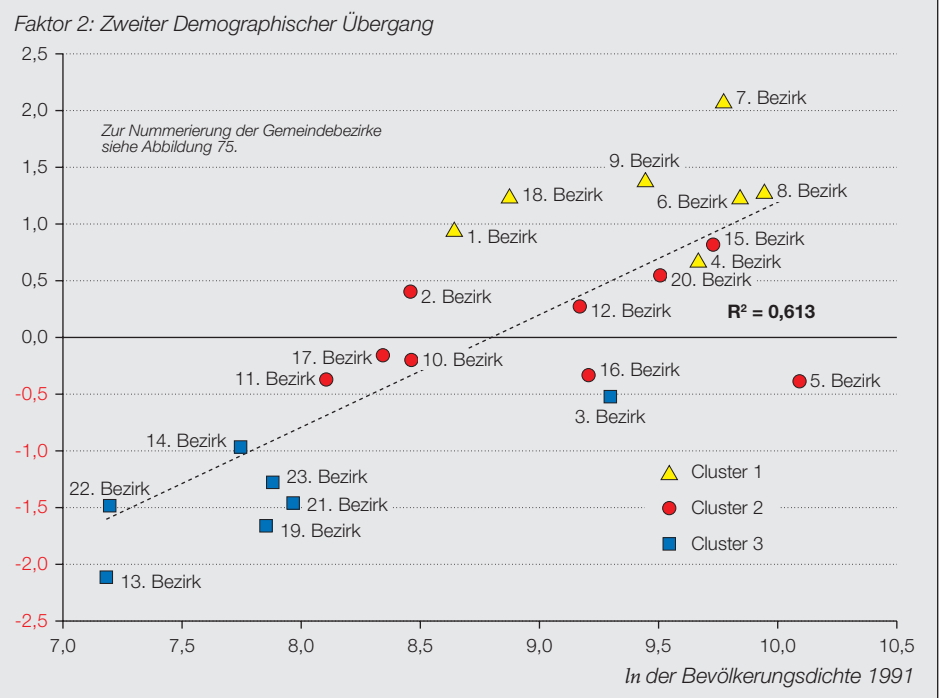
zur Erklärung der Symbole siehe Tabelle 13

Datenquellen: Magistrat der Stadt Wien 2007; Statistik Austria 2003, 2004a; eigene Berechnungen

Lösung mit vier Clustern gerechtfertigt (Abbildung 75). Cluster 1 umfasst die Innere Stadt (1. Bezirk), die daran westlich anschließenden dicht besiedelten Quartiere mit einem hohen Anteil historischer Bausubstanz (4. und 6.-9. Bezirk) sowie den außerhalb des Gürtels gelegenen 18. Bezirk. Charakteristisch für diesen Raumtyp ist eine ausgeprägte Pluralisierung der Lebensformen mit deutlichem Postponement der Erstgeburt und der ersten Eheschließung. Ein familienorientiertes Milieu sucht man dagegen vergebens. Die Kinderlosigkeit ist hoch, die Geburtenrate niedrig (Tabelle 47). Die sozioökonomischen Indikatoren deuten auf ein studentisch-akademisches Milieu hin. Das Einkommensniveau liegt über, die Arbeitslosenquote unter dem Wiener Durchschnitt. Die Bezirke des Clusters 1 sind Hochburgen der Grünen (Karte 17) und sind der bevorzugte Wohnort der in der österreichischen Hauptstadt ansässigen EU-Bürger. Aus der theoretischen Perspektive handelt es sich bei Cluster 1 um ein „Lehrbuchbeispiel" für Quartiere, in denen der Zweite Demographische Übergang weit fortgeschritten ist: studentisch-alternativ, kosmopolitisch (aber nicht zu stark, wie der unterdurchschnittliche Bevölkerungsanteil der Muslime belegt) und vergleichsweise wohlhabend.

Das in Budapest vorgefundene Muster, dass hohe Werte des Faktors „Pluralisierung der Lebensformen" mit einem Muster der jungen Familiengründung einhergehen, lässt sich in Wien nicht feststellen, genauso wenig wie das Nebeneinander von Auf- und Abwertung, Wohlstand und Benachteiligung, das für die Budapester Gründerzeitviertel

76 Gemeindebezirke Wiens – Zusammenhang von Bevölkerungsdichte und „SDT-Faktor" 2001



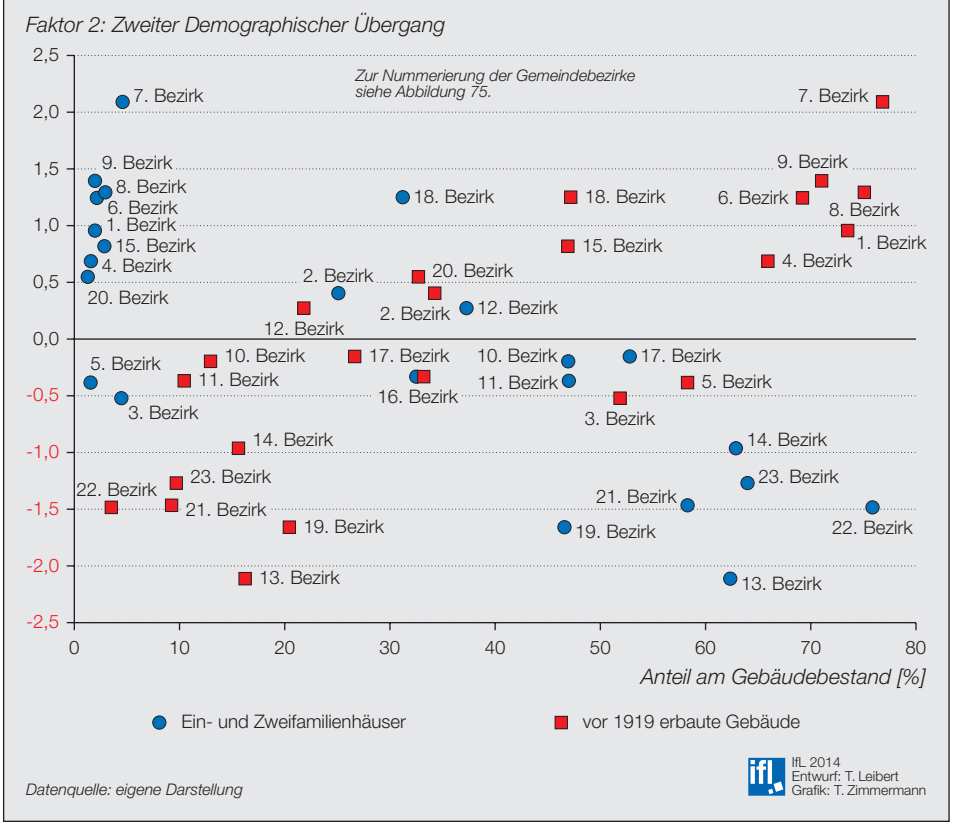
Datenquelle: eigene Darstellung

IfL 2014
Entwurf: T. Leibert
Grafik: T. Zimmermann

charakteristisch ist. Die wahrscheinlichste Erklärung dafür ist, dass dieses Muster aufgrund sozialer Aufwertungsprozesse nicht *mehr* zu finden ist. Im Zuge der „sanften Gentrifizierung" werden auch in Budapest zunehmend alteingesessene durch statushöhere Bevölkerungsgruppen verdrängt (Kovács et al. 2007: 161). Wenn dieser Prozess anhält, könnte am Ende ein ähnliches demographisches und soziokulturelles Muster stehen wie im Wiener Cluster 1.

Cluster 2 umfasst mit Ausnahme des 3. und 18. Gemeindebezirks gewissermaßen den zweiten Ring um die Kernstadt. Es handelt sich dabei zumeist um Bezirke mittlerer Dichte und einer eher heterogenen Struktur, die sich darin zeigt, dass sowohl Altbauten als auch Ein- und Zweifamilienhäuser einen bedeutenden Anteil des Gebäudebestands ausmachen (Abbildung 75, Abbildung 77). Charakteristisch ist eine frühe Familiengründung mit überdurchschnittlicher Fertilität, eheorientiertem Lebensstil und niedriger Kinderlosigkeit. Die Pluralisierung der Lebensformen liegt im Bereich des Wiener Durchschnitts. Der soziale Status und das Bildungsniveau sind eher unterdurchschnittlich, der hohe Bevölkerungsanteil der Muslime deutet dagegen auf einen über dem Wiener Mittelwert liegenden Prozentsatz der Frauen und Männer mit Migrationshintergrund hin. Von diesem Aspekt abgesehen ähnelt das demographische und sozioökonomische Profil dem Budapester Cluster 2.
Die am Stadtrand gelegenen, gering verdichteten, durch Ein- und Zweifamilienhäuser

77 Gemeindebezirke Wiens – Zusammenhang von Gebäudestruktur und „SDT-Faktor" 2001



geprägten Bezirke 13, 14, 19 und 21 bis 23 sind mit dem innenstadtnahen 3. Bezirk zu Cluster 3 zusammengefasst. Das generative Verhalten ist durch mäßiges Postponement, niedrige Fertilität und eine schwach ausgeprägte Pluralisierung der Lebensformen gekennzeichnet. Gar nicht in dieses Bild will die überdurchschnittliche Nichtehelichenquote passen. Der Anteil nichtehelicher Geburten korreliert in Wien nur schwach mit den übrigen Indikatoren zum Familienbildungsverhalten und folgt offensichtlich eigenen Gesetzmäßigkeiten. Der hohe Anteil unehelicher Kinder in Cluster 3 ist noch überraschender, wenn man die sozioökonomischen Charakteristika dieser Bezirke betrachtet. Es handelt sich um eher statushohe Wohngebiete mit weit überdurchschnittlichem Katholikenanteil. Im Vergleich zu Budapest fehlt im Muster des generativen Verhaltens der statushohen Bezirke der Aspekt der beschränkten Pluralisierung der Lebensformen. Dies ist unter Umständen darauf zurückzuführen, dass die zu Cluster 1 zusammengefassten Budapester Bezirke einen urbaneren und akademischeren Charakter haben. Die Kombination von niedriger Fertilität und hohem sozialem Status ist allerdings in beiden Städten festzustellen. Der dominante Aspekt der Kinderlosigkeit fehlt in Wien jedoch.

Wie in Budapest gilt auch in Wien, dass der Wert des SDT-Faktors mit zunehmender Bevölkerungsdichte steigt (Abbildung 76), wobei die Gemeindebezirke des „SDT-Clusters“ mit einer Ausnahme wiederum zum Teil deutlich über dem Erwartungswert liegen, während die Pluralisierung der Lebensformen in den zu Cluster 3 zusammengefassten Bezirken teilweise noch hinter den vom bivariaten Regressionsmodell prognostizierten Werten zurückbleibt. Der Zusammenhang der beiden Variablen ist in Wien allerdings etwas schwächer als in Budapest, da einige „Ausreißer“, etwa der 3. und 5. Bezirk – innenstadtnahe, dicht besiedelte Quartiere mit relativ hohem Altbaubestand und trotzdem unterdurchschnittlichen Faktorwerten – das Bild trüben. Auch die Beziehung zwischen dem Gebäudealter bzw. -typ und dem SDT-Faktor, die wir aus Budapest bereits kennen, lässt sich in Wien feststellen. Die höchsten Faktorwerte sind wiederum in den zentrumsnahen Altbaugebieten zu finden, während die Gemeindebezirke mit dem höchsten Anteil an Einfamilienhäusern tendenziell die geringste Pluralisierung der Lebensformen aufweisen (Abbildung 77). Die These, dass der SDT in „urbanen“ Milieus besonders weit fortgeschritten ist, bestätigt sich auch in Wien.

Einen Zusammenhang zwischen der Urbanität eines Quartiers und nichttraditionellen Lebensstilen und Lebensformen belegen auch andere Studien. So zeigen Heye und Leuthold (2006: 23-27) für Zürich einen Zentrum-Peripherie-Gradienten des Individualisierungsgrads. Dieser Indikator wurde mittels einer Faktoranalyse ermittelt und misst in erster Linie die Pluralisierung der Lebens- und Partnerschaftsformen. Hoch positiv auf dem Faktor laden Senioren in Einpersonenhaushalten, der Anteil kinderloser Frauen zwischen 35 und 44 und der Bevölkerungsanteil in Wohngemeinschaften. Die Variablen „Bevölkerungsanteil der Kinder und Jugendlichen“ und „Anteil der Hausfrauen mit Kindern“ als Indikatoren für die „traditionelle“ Kernfamilie mit geschlechtsspezifischer Rollenverteilung weisen dagegen negative Ladungen auf. Durch die höchsten Faktorwerte zeichnen sich die Gründerzeitquartiere und die Altstadt aus. Mit zunehmender Entfernung vom Stadtzentrum ist auch der Individualisierungsgrad rückläufig. Interessant ist, dass wie im Budapester Cluster 3 auch in Zürich die Pluralisierung der Lebensformen mit einem hohen Bildungsniveau, einem überdurchschnittlichen Anteil der Konfessionslosen und einem unterdurchschnittlichen Einkommensniveau verbunden

ist. Dies deutet darauf hin, dass auch in Budapest, Wien und Zürich die von Watt (2005: 360-363) festgestellte Konzentration von ‚*marginal professionals*' der „neuen Mittelklasse" in innerstädtischen (Sozial-)Wohnungsbeständen festzustellen ist. Dabei handelt es sich um „*professionals with low-moderate income employed in often precarious occupations in the arts and public sector* [which] *are also notable for their radical and alternative values and lifestyles*" – nicht zuletzt im Bereich der Familien- und Lebensformen. Diese überwiegend weibliche und politisch linksliberal eingestellte Bevölkerungsgruppe zeichnet sich durch ein hohes Bildungsniveau und hohes kulturelles Kapital aus, verfügt aber angesichts ihrer oftmals prekären Arbeitsmarktposition nur über geringes ökonomisches Kapital. Innerstädtische Wohnstandorte werden von den ‚*marginal professionals*' einerseits aus ökonomischen Gründen[140] bevorzugt, aber auch weil diese Quartiere ein Unterstützungsnetzwerk für nichttraditionelle Haushaltsformen und Geschlechterrollenbilder bieten.[141] Von zentraler Bedeutung ist jedoch die symbolische Dimension der Adresse im Stadtzentrum:

> "*The new middle class actively seek out an inner-urban location because it expresses their deeply-felt ‚inner-city lifeworld' among ‚people like us' who share a common ‚urbane identity'. Rather than utilitarian convenience or consumerist lifestyle, the new middle class preference for inner-city is rooted in a set of atypical political and social values which valorise cosmopolitan inner-city diversity as opposed to the architectural and social conformity of the suburbs"* (Watt 2005: 363).

Diesen Punkt bestätigen auch Brun und Fagnani (1994: 929-931), die zeigen, dass sich in Paris die Bewohner des Stadtzentrums durch besonders stark ausgeprägte „*urban values*" auszeichnen. Sie sind bereit, für ihren freizeit- und kulturorientierten urbanen Lebensstil eine geringere Wohnqualität hinsichtlich Größe und Ausstattung in Kauf zu nehmen. Dementsprechend haben Lebensstile, die insgesamt für die Erklärung der Wohnstandortwahl eine eher sekundäre Rolle spielen, einen großen Einfluss auf die Entscheidung, in innerstädtische Quartiere zu ziehen. Diese Viertel erweisen sich als besonders attraktiv für Personen mit starker Selbstverwirklichungsneigung und außerhäuslichen, hedonistischen und/oder berufsorientierten Lebensstilen (Scheiner 2008: 54-59) – also für die Bevölkerungsgruppe, die laut Lesthaeghe die Vorhut des SDT darstellt. Die selektive Zuwanderung in die Zentren der Großstädte und die kulturelle und politische Selbstselektion in bestimmte Quartiere verstärkt zusätzlich auch

140 Menschen, die in der Kreativwirtschaft arbeiten, haben häufig befristete Beschäftigungsverhältnisse oder arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen. Sie müssen zeitlich flexibel sein und in Phasen der Nichterwerbstätigkeit den Kontakt zu beschäftigungsrelevanten Netzwerken aufrechterhalten. Das Leben in der Innenstadt wird zu „*einer Frage der existentiellen Sicherheit*" (Häussermann 2009: 54).

141 Dies gilt insbesondere für berufszentrierte Paarhaushalte und Nichtfamilienhaushalte. Siebel (2008: 39-40) sieht Städte als „Dienstleistungsmaschinen", als eine Form der Vergesellschaftung des Privathaushalts, in denen die freie Wirtschaft oder die öffentliche Hand gegen Bezahlung zur Reproduktion notwendige Dienstleistungen bereitstellen, die in anderen Kontexten durch die geschlechtsspezifische Aufteilung der Erwerbs- und Reproduktionsarbeit von der nicht berufstätigen Hausfrau erbracht werden. Ein städtischer Wohnsitz ist zudem eher mit der für die Dienstleistungsgesellschaft charakteristischen Entlokalisierung, Flexibilisierung, Individualisierung und Entgrenzung der beruflichen Arbeit kompatibel (Siebel 2008: 44).

den Gegensatz zwischen innerstädtischen Wohngebieten und dem suburbanen Raum[142] (de Maesschalck 2011: 703) – nicht zuletzt, wie in diesem Abschnitt gezeigt werden konnte, auch in Hinblick auf das generative Verhalten. Die spezifischen Wohnwünsche der verschiedenen Lebensstilgruppen wirken auch über die mit ihnen verbundenen Geschlechterarrangements zurück auf Prozesse der Familiengründung und -erweiterung. Häussermann (2009: 55) weist darauf hin, dass der familienorientierte suburbane Lebensstil eine unbezahlte Vollzeitarbeitskraft – die Hausfrau – erfordert, da durch die fehlende Funktionsmischung ein hoher Verkehrsaufwand entsteht, der zeitintensive Versorgungsfahrten und Bring- und Abholdienste erforderlich macht. Da immer weniger junge Frauen einen solchen Lebensentwurf attraktiv finden, geht „*der Suburbanisierung gleichsam das Personal aus*". Auch die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt wirken sich negativ auf das suburbane Lebensmodell aus. Durch das zunehmende Verschwinden des „Normalarbeitsverhältnisses" mit seiner langfristigen Planungssicherheit wird der Bau eines Einfamilienhauses am Stadtrand oder im Umland zu einem finanziellen Risiko. Investitionen in lokale Verwurzelung, wie sie der Bau eines Eigenheims symbolisiert, werden in einer mobilen Gesellschaft geradezu zu einem Anachronismus. Es zeigt sich an dieser Stelle einmal mehr, dass das generative Verhalten sowohl mit ökonomischen als auch mit kulturellen Faktoren im weitesten Sinn auf das Engste verwoben ist. Zwischen diesen Aspekten bestehen verschiedenste kausale Zusammenhänge. Auch der Faktor Mensch darf nicht außer Acht gelassen werden. Das Konzept der sozialen Kosten zeigt, dass ökonomische Rationalität keine intersubjektiv nachvollziehbare Konstante, sondern eine Größe ist, die von individuellen Werten und Normen, Wünschen und Überzeugungen beeinflusst wird. Da sich „Kultur" und „Ökonomie" als Einflussfaktoren auf das generative Verhalten nicht sauber trennen lassen, lässt sich die Frage „*Kultur oder Ökonomie*?" nicht beantworten. Eine Theorie zur Erklärung des generativen Verhaltens muss folglich ein Multifaktoransatz sein: „*Kultur und Ökonomie*!"

9.4 Fazit

Als Fazit kann festgehalten werden, dass sich die These erhärtet, dass der Zweite Demographische Übergang in Ungarn ein vorrangig urbanes Phänomen ist. Lediglich im Komitat Csongrád ist ein gewisses Ausstrahlen auf den ländlichen Raum erkennbar, was die These bestätigt, dass dieses Komitat ein sekundäres Innovationszentrum des SDT darstellt. Anhand der Muster des generativen Verhaltens auf der Bezirksebene in Budapest konnte der enge Zusammenhang von „urbanen" Strukturen der gebauten Umwelt und der Bevölkerungsdichte mit dem Entwicklungsstand des Zweiten Demographischen Übergangs nachgewiesen werden. Ein ähnliches Muster, natürlich ohne die postsozialistischen Besonderheiten, lässt sich auch in Wien feststellen. Angesichts der unterschiedlichen Rahmenbedingungen vor 1990 und der wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen durch den Transformationsprozess ist es bemerkenswert, dass sich

142 Besonders deutlich wird diese zunehmende Polarisierung im Wahlverhalten. Während die Kernstädte politisch relativ zum nationalen Durchschnitt nach links rücken, stimmen die in Gemeinden des äußeren suburbanen Raums lebenden Wähler verstärkt für rechte Parteien (Walks 2007: 174-175). Ein signifikanter Gegensatz zwischen Kernstadt und suburbanem Raum lässt sich auch bei der Zustimmung zu neoliberalen Politikansätzen (z.B. Privatisierung) und Bewertung des Engagements des Staates bei der Bereitstellung von sozialen und technischen Infrastrukturen feststellen (Walks 2008).

in der österreichischen und der ungarischen Hauptstadt in vielen Punkten vergleichbare Raummuster des generativen Verhaltens entwickelt haben.

Bestätigt wird auch, dass sich wirtschaftliche und soziale Krisenregionen durch ein Muster der frühen Familiengründung und durch eine überdurchschnittliche Fruchtbarkeit auszeichnen. Die Existenz eines familienorientierten ‚*Pattern of disadvantage*' wird durch die Analysen sowohl auf der Ebene der Komitate als auch auf der Ebene der Kleingebiete bestätigt. In Budapest ist dieses Muster ebenfalls vorhanden. Im Gegensatz zum ländlichen Raum, wo das , *Pattern of disadvantage*' quasi den „Minuspol" des SDT bildet, kommen in der Hauptstadt beide Muster in den gleichen Quartieren vor. Ein Raumtyp, der sich durch ein ‚*Crisis behaviour*', also eine Kombination aus materieller und „Geburtenarmut" auszeichnet, lässt sich dagegen in Ungarn nicht feststellen.

Die in Teilen des ländlichen Raums erkennbare Tendenz einer Pluralisierung der Lebensformen kann mit dem auf Basis der theoretischen Ansätze zum Wandel des generativen Verhaltens in den MOE-Staaten entwickelten Modell nicht befriedigend erklärt werden. Die Analyse des Raummusters des unverheirateten Zusammenlebens – so oberflächlich sie angesichts der Schwierigkeiten, „Wertewandel" und „Individualisierung" auf regionaler Ebene statistisch zu operationalisieren, sein mag – liefert Argumente für beide Denkschulen. Trotzdem können 60% der Streuung nicht erklärt werden. Hier wird die Grenze quantitativer Analysen deutlich: Die Statistiken liefern lediglich Zahlen zur *Struktur* von partnerschaftlichen Lebensformen, nicht jedoch zu ihrer sozialen *Bedeutung*. Die Zensusdaten haben zudem eine Schnappschussperspektive. Ohne Feldstudien wissen wir nicht, ob nichteheliche Lebensgemeinschaften in ländlichen Gemeinden Südungarns ein dauerhaftes Arrangement oder eine kurze voreheliche Übergangsphase sind. Wir wissen nicht, ob es sich dabei tatsächlich um die von den Autoren des Zweiten Demographischen Übergangs portraitierten egalitären Beziehungen handelt, oder ob es von der Rollenverteilung und innerfamiliären Machtstruktur her „traditionelle" Ehen ohne Trauschein sind. Die Kontroverse, ob nichteheliche Lebensgemeinschaften ein Modernisierungs- oder Marginalisierungsphänomen darstellen, geht am Kern der Sache vorbei. Da es sich um eine komplexe Lebensform handelt, sind sie beides – in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und sozialen Schichten und gegebenenfalls an unterschiedlichen Orten, aber zur gleichen Zeit.

10 Zusammenfassung und Ausblick

Die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs wird oft als rein „kultureller" Ansatz missverstanden, der den Wandel des generativen Verhaltens ausschließlich mit der Liberalisierung der familienbezogenen Wertvorstellungen und der Individualisierung zu erklären versucht. In Kapitel 2 wurde gezeigt, dass dies eine verengte Sichtweise ist, die der Komplexität dieses Theoriegebäudes nicht gerecht wird. Es handelt sich beim SDT vielmehr um einen Multifaktoransatz, der auch ökonomische Argumente einbezieht. In dieser Arbeit konnte gezeigt werden, dass die Frage „*Kultur oder Ökonomie*?" zu kurz greift. Das Familienbildungsverhalten kann nur befriedigend erklärt werden, wenn *sowohl* kulturelle *als auch* ökonomische Variablen berücksichtigt werden. Bei den ökonomischen Theorien wurde in Kapitel 4 herausgearbeitet, dass die Argumentation, dass ungünstige Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt, sinkender Lebensstandard und Unsicherheiten über die zukünftige wirtschaftliche Lage des Haushalts antinatalistisch wirken, zumindest auf der Aggregatebene nicht zweifelsfrei belegt werden kann. Kritisiert wurde insbesondere die einseitige Konzeption der „ökonomischen Rationalität", die nur die monetären Folgen einer Familiengründung oder -erweiterung berücksichtigt. „Weiche" Faktoren wie der Versuch, über die Geburt eines Kindes dem eigenen Leben einen Sinn zu geben, oder die Bereitschaft, für die Realisierung eines Kinderwunschs eine erhebliche Einschränkung des Lebensstandards in Kauf zu nehmen, werden dagegen ausgeblendet. Die sich daraus ergebende Konzeption des ‚*Crisis behaviour*' dürfte jedoch vorrangig für berufsorientierte junge Frauen (und Männer) Gültigkeit haben, für die mit einer Familiengründung tatsächlich berufliche Optionen verloren gehen. Für die dreifach ausgegrenzten „neuen Armen", die weder als Arbeitskräfte, noch als Konsumenten, noch als Produzenten von der globalisierten Wirtschaft benötigt werden (Scholz 2004: 226-227), sind angesichts ohnehin sehr überschaubarer beruflicher Optionen die „weichen" Aspekte der Familiengründung entscheidender. Ehe und Familie verleihen dem Leben einen Sinn, geben Stabilität und Erfolgserlebnisse. Aus diesem Grund wurde ein alternatives Konzept des ‚*Crisis behaviour*' entwickelt, das ‚*Pattern of disadvantage*'. Dabei werden genau diese „weichen" Aspekte aufgegriffen. Es wird argumentiert, dass sozioökonomische Benachteiligung mit einer stärkeren Familien- und Kindorientierung einhergeht. Das resultierende Familienbildungsmuster ähnelt dem „sozialistischen" Muster des generativen Verhaltens, wobei als neuer Aspekt die Entkopplung von Ehe und Fortpflanzung hinzukommt.

In Kapitel 3 wurde deutlich, dass die Pluralisierung der Lebensformen auch eine qualitative Komponente hat und damit über bloße Veränderungen in der Struktur familialer Lebensformen hinausgeht. Pluralisierung der Lebensformen bedeutet nicht nur, dass neben der Ehe eine Vielzahl weiterer Lebenswürfe – vom Alleinleben über die nicht koresidentielle Partnerschaft bis hin zur nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft – mit geringen sozialen Kosten realisiert werden kann. Pluralisierung bedeutet auch, dass das partnerschaftliche Zusammenleben – unabhängig von seiner Rechtsform – in geringerem Maß durch gesellschaftliche Normen und Konventionen gesteuert, sondern zunehmend individuell ausgehandelt wird. Dadurch werden nichteheliche ebenso wie eheliche Lebensgemeinschaften komplexer. Die innerfamiliäre Arbeitsteilung und die Entscheidungsstrukturen können sich während des Bestehens der Partnerschaft wandeln. Durch äußere Umstände, wie Verlust des Arbeitsplatzes, Aufnah-

me einer Erwerbstätigkeit oder Geburt eines (weiteren) Kindes, kann sich eine egalitäre geschlechtsspezifische Aufteilung der Reproduktions- und Sorgearbeit zu einer „traditionellen“ entwickeln – und umgekehrt. Es wird dadurch immer problematischer, mit einer Beziehungsform bestimmte Attribute zu assoziieren. Nichteheliche Lebensgemeinschaften waren schon immer eine höchst komplexe Lebensform, auch wenn diese Komplexität von der Forschung nicht immer hinreichend gewürdigt wird. Es gibt zahlreiche Motive, ohne Trauschein mit einem Partner zusammenzuleben: Ablehnung der Institution Ehe, finanzielle bzw. rechtliche Heiratshindernisse oder der Wunsch, die Tragfähigkeit der Beziehung erst zu „testen“, um nur einige Beispiele zu nennen. In vielen Fällen dürfte die Frage nach einer Heirat für Familienforscher eine größere Relevanz haben als für die „Beforschten“ – die Ehe steht für letztere zwar auf der „To-do-Liste“, aber nicht besonders weit oben. In dem Maß, in dem voreheliche Lebensgemeinschaften zur Normalität werden, kann hinterfragt werden, inwieweit das unverheiratete Zusammenleben noch als eine „alternative“, „unkonventionelle“ oder „individualistische“ Lebensform interpretiert werden kann. Zur Komplexität trägt ferner bei, dass die Kohabitation in verschiedenen Alters- und Bildungsgruppen oder gesellschaftlichen Schichten eine unterschiedliche soziale Bedeutung hat. Mehrere Typen des unverheirateten Zusammenlebens existieren gleichzeitig und am gleichen Ort. Auch die Ehe wandelt sich. Sie wird von der biographischen Notwendigkeit zur Option, vom Sakrament zum Konsumgut. Auch hier ist eine Gleichzeitigkeit verschiedener Typen festzustellen. Als Konsequenz aus dieser „internen“ Pluralisierung der Lebensformen ist damit zu rechnen, dass die Partnerschaftsform als Indikator für den Zweiten Demographischen Übergang in Zukunft an Bedeutung verlieren wird, wenn durch „zu viel“ Komplexität die Unterschiede zwischen den Lebensformen verschwimmen. So können der Trauschein und der Ehering für karriereorientierte Doppelverdienerpaare mit polylokaler Lebensweise als Symbole der Stabilität und der Verbundenheit mit dem Partner eine neue Qualität bekommen und damit eine größere Bedeutung haben als bei Paaren, die sich täglich sehen. Eine solche Ehe ist nichtsdestotrotz weit davon entfernt, „traditionell“ zu sein. Am ungarischen Fallbeispiel konnte gezeigt werden, dass sich die Aussagekraft des Indikators „Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften“ steigern lässt, wenn die Komplexität dieser Lebensform stärker berücksichtigt wird. Dabei konnte die Koexistenz eines „alten“ und eines „neuen“ Musters belegt werden. Diese Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Typen des unverheirateten Zusammenlebens ist eine Erklärung für das „SDT-Paradoxon“, wonach sich demographische Innovationen (scheinbar) von den marginalisierten Bevölkerungsgruppen in der gesellschaftlichen Hierarchie nach oben ausbreiten. Aus einer räumlichen Perspektive wird deutlich, dass es sich um unterschiedliche Prozesse handelt. In den „Krisenregionen“ ist das traditionelle Muster der nichtehelichen Lebensgemeinschaft als Lebensform der sozial Schwachen noch dominant, während in den anderen Landesteilen das unverheiratete Zusammenleben bei Frauen und Männern ohne Schulabschluss oder mit primärem Bildungsniveau rückläufig ist, dafür aber am oberen Ende der Bildungshierarchie an Bedeutung gewinnt.

Trotz dieser Bedenken wurde der Zweite Demographische Übergang als ein demographisches System operationalisiert, das aus den Aspekten „ausgeprägte Pluralisierung der Lebensformen“, „fortgeschrittene Deinstitutionalisierung der Ehe“ und „starker Aufschub der Familiengründung in ein höheres Lebensalter“ besteht. Im europäischen Vergleich ist sowohl auf der nationalen als auch auf der regionalen Ebene in diesen Be-

reichen kein einheitlicher Entwicklungstrend feststellbar. Bei einigen Indikatoren, insbesondere der Alterung der Fertilität und – mit gewissen Abstrichen – der Entwicklung der Nichtehelichenquote, sind in Europa zumindest gleiche Entwicklungsrichtungen feststellbar, auch wenn ein „Einheitswert" weder absehbar noch realistisch ist. Bei anderen Indikatoren, etwa dem Heirats- und Scheidungsverhalten, ist die Lage komplizierter. Es gibt verschiedene, zum Teil sogar entgegengesetzte Entwicklungstypen, in denen sich auch nationale Besonderheiten widerspiegeln. Der von der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs postulierte Konvergenztrend im generativen Verhalten kann aus den Daten nicht abgelesen werden. In der multivariaten Analyse konnte auch die Existenz eines „SDT-Faktors" nicht bestätigt werden. Als Hauptkomponenten des Familienbildungsverhaltens wurden die Faktoren „Deinstitutionalisierung der Ehe", „Postponement" und „hohe Fertilität" identifiziert. Ein den Vorhersagen des Zweiten Demographischen Übergangs entsprechendes Muster des generativen Verhaltens wurde erst in einem zweiten Schritt durch die Kombination dieser drei Faktoren mit Hilfe einer Clusteranalyse entdeckt. Die Analyseergebnisse deuten darauf hin, dass es in Europa sieben Familienbildungstypen gibt, wobei die beiden Cluster, die am ehesten dem oben skizzierten Idealmuster entsprechen, auf Nord- und Westeuropa beschränkt bleiben. Die Alpen und Pyrenäen werden nicht überschritten und auf der Ostseite des ehemaligen Eisernen Vorhangs konnte sich lediglich Estland als ein Vorposten des SDT etablieren. Dies ist angesichts der traditionellen demographischen Ähnlichkeiten zu den nordischen Staaten einerseits nicht völlig überraschend, andererseits zeigen europaweite Meinungsumfragen, dass Estland im Kontext der Transformationsländer nicht als eine Gesellschaft mit ungewöhnlich liberalen familienbezogenen Wertvorstellungen eingestuft werden kann. Ansonsten kommt in Südeuropa und den Transformationsstaaten lediglich der dritte, moderate Untertyp des SDT vor, der als eine niedrigere Entwicklungsstufe gewertet werden kann. Die Hauptstadtregionen treten als Innovationszentren hervor. In den übrigen Landesteilen dominiert in den meisten MOE-Staaten ein spezifisch osteuropäischer Typ des generativen Verhaltens, der sich durch frühe Familiengründung und unterdurchschnittliche Ehestabilität auszeichnet. Auch für die südeuropäischen Staaten (plus Polen) lässt sich ein charakteristischer Typ des generativen Verhaltens feststellen, der durch eine beschränkte Pluralisierung der Lebensformen gekennzeichnet ist. Die Vorstellung, dass sich Europa in relativ homogene demographische Makroregionen einteilen lässt, wird auf der regionalen Ebene weitgehend bestätigt.

In der Fallstudie zu Ungarn konnte nachgewiesen werden, dass die Entwicklung des generativen Verhaltens seit 1990 im Wesentlichen den Erwartungen des SDT entspricht. Ein dem „klassischen" ‚*Crisis behaviour*' entsprechendes Muster, nach dem für die wirtschaftlichen Krisenregionen ein besonders starker Aufschub der Familiengründung charakteristisch ist, konnte dagegen nicht festgestellt werden. Das Familienbildungsverhalten in Ungarn wird zwar stark von wirtschaftlichen Faktoren beeinflusst, dieser Einfluss geht aber eher in Richtung des ‚*Pattern of disadvantage*'. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisenkomitate zeichnen sich durch die höchste Fertilität und ein Muster der frühen Familiengründung aus. Auf der Komitatsebene kann dieses Muster durch die Regressionsanalysen bestätigt werden. Das ‚*Pattern of disadvantage*' ist auch auf der Ebene der Subregionen festzustellen, nicht jedoch der „SDT-Faktor". Dafür gibt es beim unverheirateten Zusammenleben Anhaltspunkte für eine regionale Subkultur. Weder mit den aus den ökonomischen noch mit aus kulturellen Ansätzen abgeleiteten

Indikatoren lässt sich die vergleichsweise große quantitative Bedeutung der Kohabitation in den ländlichen Kleingebieten Südungarns befriedigend erklären. Anders als auf der Komitatsebene gibt es lediglich in einigen wenigen, vorrangig städtischen, Subregionen Anhaltspunkte für ein dem Zweiten Demographischen Übergang entsprechendes Muster des generativen Verhaltens. Der SDT ist in Ungarn ein städtisches, insbesondere Budapester, Phänomen. In der Hauptstadt ist ein deutlicher Gradient der Pluralisierung der Lebensformen vom Stadtkern zu den Außenbezirken festzustellen. Der Zweite Demographische Übergang ist in den innerstädtischen Altbauquartieren am weitesten fortgeschritten, die gleichzeitig die Hochburgen des ‚*Pattern of disadvantage*' sind. Die Konzentration „alternativer" Lebensformen im Stadtzentrum ergibt sich nicht zwangsläufig aus der Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs, passt aber zu den Kernaussagen der ‚*Subcultural Theory of Urbanism*', wonach eine hohe Bevölkerungskonzentration die Herausbildung von – in diesem Fall demographischen – Subkulturen begünstigt. Dass eine enge Beziehung von SDT und „Urbanität" festgestellt werden kann, wirft die Frage auf, ob es unter diesen Rahmenbedingungen überhaupt wahrscheinlich ist, dass sich auf nationaler Ebene ein konvergentes Muster des generativen Verhaltens herausbildet. Solange verschiedene Lebensphasen mit unterschiedlichen Wohnidealen assoziiert sind – die Studentenbude in der Innenstadt, das Häuschen im Grünen, wenn die Kinder kommen, der Altersruhesitz in einer landschaftlich attraktiven Region – werden sich durch selektive Wohnstandortwahl spezifische Muster des generativen Verhaltens in den einzelnen Raumtypen herausbilden. Wenn schon eine Konvergenz auf nationaler Ebene nicht zu erwarten ist, dürfte dies für die internationale Ebene erst recht unwahrscheinlich sein. Um auf die Ausgangsfrage zurückzukommen: Für Ungarn zeichnet sich ab, dass ökonomische Ansätze die Raummuster der Fruchtbarkeit und der frühen Familiengründung besser beschreiben können als „kulturelle" Ansätze. Letztere sind dagegen besser geeignet, den Wandel der Lebensformen zu erklären. In den Regressionsanalysen zur Erklärung der STD- beziehungsweise Pluralisierungsfaktoren waren die ökonomischen Indikatoren zumeist nicht signifikant, bei der Analyse der Muster des generativen Verhaltens in Budapest haben sich jedoch spezifische Typen der Familienbildung in den „besseren" Stadtteilen feststellen lassen. Hier fällt insbesondere die über den Erwartungen liegende Heiratsneigung auf. Dies deutet wiederum darauf hin, dass eine „individualistische" Form der Ehe mit dem SDT durchaus vereinbar ist.

Der Nachteil der Einzelfallstudie ist darin zu sehen, dass die Frage offen bleiben muss, ob die Entwicklungen und Raummuster, die in Ungarn vorzufinden sind, auch für andere Transformationsstaaten charakteristisch sind, oder ob es sich um nationale Besonderheiten handelt.[143] Insbesondere kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein ethnischer Faktor möglicherweise doch eine Rolle spielt. Einerseits ist „Ethnie" in erster Linie als ein soziales Konstrukt zu verstehen. Die ethnische Zugehörigkeit kann nur über Selbst- und Fremdzuschreibungen erhoben werden, ist aber kein „objektives" Merkmal. Es ist daher kaum verwunderlich, dass der Anteil der Roma an der ungarischen Bevölkerung unbekannt ist. Es besteht weiterhin die Möglichkeit, dass sich Personen, die sich selbst als Rom verstehen, in der Volkszählung angegeben haben, ethnische Ungarn zu sein. In diesem Fall ist es schwierig, mit statistischen Analysen einen möglichen ethnischen Fak-

143 Ein ‚*Pattern of disadvantage*', das dem in der vorliegenden Arbeit skizzierten „sozialistischen" Muster des generativen Verhaltens ähnelt, kann Seys (2000: 28) auch in der Slowakei nachweisen.

tor zu erfassen, da die Wahrscheinlichkeit der Selbstzuordnung als Rom in verschiedenen Landesteilen, verschiedenen Untergruppen der Roma oder bei „assimilierten“ oder „aufstiegsorientierten“ Roma unterschiedlich stark ausgeprägt sein kann. Der zweite Punkt ist methodischer Natur. Der Romaanteil wurde in den Regressionsanalysen nur indirekt über die faktoranalytisch konstruierte Variable „Benachteiligung“ berücksichtigt, um Multikollinearitätsprobleme zu vermeiden. Dies bedeutet, dass ein möglicher eigenständiger Erklärungswert des ethnischen Faktors im Zuge dieser Dimensionsreduktion verloren gegangen sein kann. Da die in Kapitel 4 zitierten Studien zum generativen Verhalten benachteiligter Bevölkerungsgruppen in westlichen Staaten ebenfalls zum Ergebnis kommen, dass eine frühe Familiengründung und eine überdurchschnittliche Fruchtbarkeit in einem engen kausalen Zusammenhang mit sozialer und ökonomischer Benachteiligung stehen, kann jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden, dass sich das ‚*Pattern of disadvantage*’ allein oder überwiegend auf den ethnischen Faktor zurückführen lässt.

Leitfarben in den grafischen Darstellungen (1)

Darstellungen der Staaten Europas, der EU und Nord-/Westeuropas

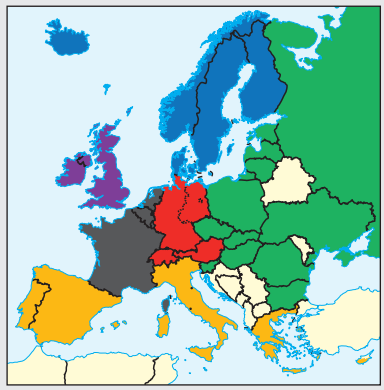
Nordeuropa
- Dänemark
- Finnland
- Island
- Norwegen
- Schweden

Westeuropa
- Belgien
- Frankreich
- Luxemburg
- Niederlande
- Irland
- Vereinigtes Königreich

deutschsprachige Staaten
- Deutschland
- * Ostdeutschland
- Westdeutschland
- * Liechtenstein
- Österreich
- Schweiz

MOE ohne Ostdeutschland
- * Bulgarien
- Estland
- * Lettland
- * Litauen
- * Polen
- * Rumänien
- * Russland
- * Slowakei
- * Slowenien
- Tschechien
- * Ukraine
- * Ungarn

Südeuropa
- * Griechenland
- Italien
- * Malta
- Portugal
- Spanien
- * Zypern



Staaten, die derselben Gruppe angehören, sind in den Liniendiagrammen ggf. durch die Struktur der Linien differenziert.

Darstellungen mittel- und osteuropäischer Staaten (MOE)

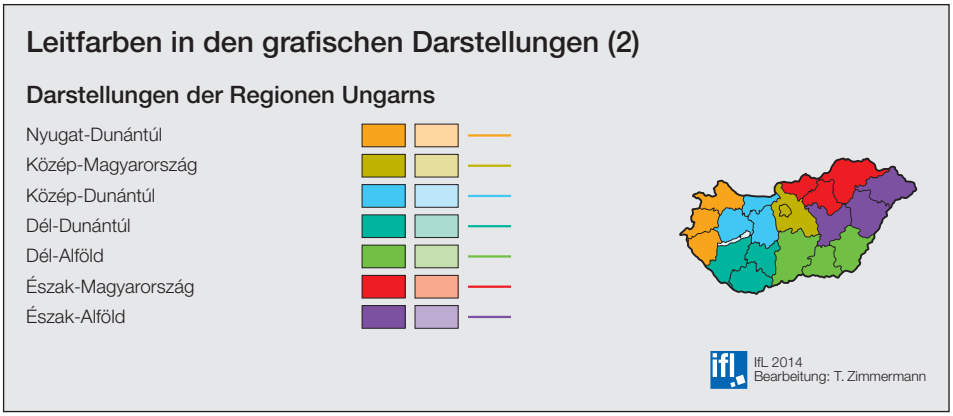
baltische Staaten
- * Estland
- * Lettland
- * Litauen

mittel-europäische Staaten
- * Ostdeutschland
- * Polen
- Tschechien
- Slowakei
- * Slowenien

südost-europäische Staaten
- Ungarn
- Rumänien
- Bulgarien

** Staat tritt im betreffenden Diagrammtyp nicht auf.*

IfL 2014
Bearbeitung: T. Zimmermann



11 Anhänge

Anhang 1: Ergebnisse der Faktor- und Clusteranalysen für Ungarn

1. Ergebnisse der Berechnungen der in den Regressionsanalysen verwendeten sozioökonomischen Faktoren

Tab. 49 Komitate Ungarns 1990 Ergebnisse der Faktoranalyse* (Matrix der Faktorladungen)

Indikator	Faktor 1	Faktor 2	Kommunalitäten [%]
	Bildung und Wohlstand	Erwerbsbeteiligung	
Anteil der Frauen über 18 mit Matura [%] (invertiert)	-0,913		84,8
Anteil der Frauen über 15 mit Grundschulabschluss	0,898		88,9
Pro-Kopf-Einkommen in HUF 1988 (log)	0,871		82,6
Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner (log)	0,840		71,2
Human Development Index 1990	0,696	0,656	91,5
Erwerbsquote der Männer (AG 15-64)		0,899	83,5
Arbeitslosenquote 1990 (Zensusdaten)		-0,843	79,4
Erwerbsquote der Frauen (AG 15-64)	0,523	0,735	81,3
Bevölkerungsanteil der Roma 1990 (log)	-0,536	-0,706	78,5
Eigenwert	4,261	3,154	
Erklärte Varianz [%]	47,347	35,047	
Erklärte Varianz [%] (kumulativ)	47,347	82,394	

** Methode: Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation; Maß der Stichprobeneignung: 0,732*

Datenquellen: Havasi et al. 1999, S. 65; KSH 2003a, 2008d

Tab. 50 Komitate Ungarns 2005
Ergebnisse der Faktoranalyse* (Matrix der Faktorladungen)

Indikator	Faktor 1	Faktor 2	Kommu-nalitäten [%]
	Bildung und Wohlstand	Erwerbs-beteiligung	
Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2005 (log)	0,894		85,5
Anteil der Frauen ohne Schulabschluss 2005	0,859		88,3
Beteiligung an der Parlamentswahl 2002	0,843		77,7
Erwerbstätigenquote der Männer 2005	0,815	-0,504	91,7
Arbeitslosenquote der Altersgruppe 15-29 2005	-0,813	0,523	93,6
Anteil der HH in Substandardwohnungen 2001	-0,808	0,404	81,7
Erwerbsquote der Altersgruppe 15-64 2005	0,799	-0,549	94,0
Erwerbstätigenquote der Frauen 2005	0,768	-0,566	91,1
Bevölkerungsanteil mit Depressionssyndrom 1995		0,905	85,7
Neugeborene unter 2,5 kg Geburtsgewicht 2005		0,841	81,3
Lebenserwartung der Männer 2007	0,466	-0,787	83,6
Transferleistungen pro Einwohner in HUF 2006	-0,580	0,764	92,1
Arbeitslosenquote 2008	-0,653	0,717	94,0
Verlorene potentielle Lebensjahre: Männer 2005 (log)	-0,571	0,655	75,6
Eigenwert	6,905	5,254	
Erklärte Varianz [%]	49,321	37,528	
Erklärte Varianz [%] (kumulativ)	49,321	86,849	

** Methode: Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation; Maß der Stichprobeneignung: 0,802*

Datenquellen: Eurostat 2008b; Kopp et al. 1999, S.127-129; KSH 2004c,d, 2005d, 2006a,e,f, 2008b,c,d, 2009a

Tab. 51 Subregionen Ungarns 2001
Ergebnisse der Faktoranalyse* (Matrix der Faktorladungen)

Indikator	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Faktor 5	Kommu-nalitäten [%]
	wirt-schaft-liche Stärke	Human-kapital	Säkula-risie-rung	natürl. BV-wachs-tum	Wirt-schafts-struktur	
Arbeitslosenquote (log)	-0,937					96,1
Erwerbsquote der 15- bis 29-Jährigen	0,905					89,8
Erwerbsquote der Frauen	0,900					91,6
Bevölkerungsanteil der Roma (log)	-0,850					75,1
Zahl der Autos pro 1000 Einwohner	0,785					84,1
BV-Anteil mit „*Medical Treatment Card*“ (log)	-0,783					70,1
Anteil der Analphabetinnen (log)	-0,772					67,1
Versteuertes Einkommen [HUF] (log)	0,765	0,515				92,2
Langzeitarbeitslosenquote	-0,739					64,8
Länge des Telefonnetzes pro 1000 Einw.	0,704	0,452				75,9
Haushalte in Substandardwohnungen	-0,703	-0,506				83,9
Anteil der voll ausgestatteten Wohnungen (log)	0,541	0,471		0,468		79,5
BV-Anteil der Führungskräfte (invertiert)		-0,880				90,2
Anteil der Akademikerinnen (log)	0,465	0,761				94,1
Anteil der Frauen mit sekundärem Schulabschluss (log)	0,550	0,719				96,3
Bevölkerungsdichte (invertiert)		-0,565		-0,459		72,8
Anteil der Konfessionslosen (log)			0,889			81,8
Anteil der zusammengesetzten Haushalte (log)			-0,750			65,7
Religiöser Pluralismus (log)			0,706			68,0
BV-Anteil ohne Angabe zur Religionszugehörigkeit			0,674			61,4
Natürliches Bevölkerungswachstum				0,935		92,5
Rohe Sterberate				-0,860		86,0
Anteil der 1990-2002 errichteten Gebäude (log)				0,651	0,481	79,7
Anteil der Industriebeschäftigten					-0,844	80,9
Anteil der im DL-Sektor Beschäftigten (log)		0,558			0,729	89,9
Eigenwert	9,197	3,917	2,895	2,864	2,270	
Erklärte Varianz [%]	35,374	15,066	11,133	11,015	8,729	
Erklärte Varianz [%] (kumulativ)	35,374	50,440	61,572	72,588	81,317	

** Methode: Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation; Maß der Stichprobeneignung: 0,861*

Datenquelle: KSH 2004c, 2005e; eigene Berechnungen

Tab. 52 Stadtbezirke Budapests 2001
Ergebnisse der Faktoranalyse* (Matrix der Faktorladungen)

Indikator	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Kommu-nalitäten [%]
	Human-kapital	Säkulari-sierung	Benach-teiligung	
BV-Anteil mit Hochschulabschluss in der AG 20-34 (log)	0,916			92,4
BV-Anteil der Frauen mit Hochschulabschluss (log)	0,888			95,3
Arbeitslosenquote der Männer der AG 20-29	-0,804			76,2
Durchschnittseinkommen [HUF] 2002	0,717		-0,617	95,8
Arbeitslosenquote der Frauen der AG 20-29	-0,683			70,3
Keine Angabe zur Religionszugehörigkeit		0,929		93,4
Bevölkerungsanteil der Katholiken		-0,924		94,3
Bevölkerungsanteil ohne Religionszugehörigkeit		0,912		91,9
Bevölkerungsanteil in Führungspositionen (log)	0,534	-0,570	-0,560	92,4
Anteil der HH in Substandardwohnungen (log)			0,914	90,6
Bevölkerungsanteil der Roma (log)			0,864	90,1
Transferleistungen [1000 HUF pro EW] 2000 (log)			0,719	71,4
Eigenwert	3,936	3,378	3,227	
Erklärte Varianz [%]	32,800	28,152	26,894	
Erklärte Varianz [%] (kumulativ)	32,800	60,952	87,846	

** Methode: Hauptachsenanalyse mit Varimax-Rotation; Maß der Stichprobeneignung: 0,83*

Datenquellen: KSH 2002, 2003a; eigene Berechnungen

Tab. 53 Ungarn
Subregionale Typen des generativen Verhaltens: Ergebnisse der Faktor- und Clusteranalysen

Komitat	Subregion	Faktor 1 „Sozialistisches“ generatives Verhalten	Faktor 2 Unverheiratetes Zusammenleben	Faktor 3 „Familienreste“	Cluster*	Siedlungsstruktur
Budapest	1 Budapesti	-1,870	0,128	3,432	1	städtisch
Pest	1 Aszódi	-0,082	-0,940	-0,535	2	städtisch
	2 Budaörsi	-1,780	0,729	-0,424	2	städtisch
	3 Ceglédi	-0,088	1,494	0,453	3	semiurban
	4 Dabasi	-0,294	0,889	-0,469	3	durchschnittl.
	5 Dunakeszi	-1,775	-0,089	-0,233	2	städtisch
	6 Gödöllői	-1,528	0,383	-0,423	2	städtisch
	7 Gyáli	-0,752	1,627	-0,256	3	semiurban
	8 Monori	-0,584	1,627	-0,280	3	städtisch
	9 Nagykátai	-0,309	0,716	-0,331	3	durchschnittl.
	10 Pilisvörösvári	-2,001	0,465	-1,414	2	städtisch
	11 Ráckevei	-0,955	1,064	0,053	3	städtisch
	12 Szentendrei	-1,423	-0,029	-0,121	2	städtisch
	13 Szobi	-0,312	0,939	-0,648	3	durchschnittl.
	14 Váci	-0,595	-0,814	0,719	2	städtisch
	15 Veresegyházi	-1,923	0,760	-2,083	2	städtisch
Fejér	1 Abai	0,863	1,016	-1,460	3	abs. ländlich
	2 Adonyi	-0,042	1,376	-0,887	3	durchschnittl.
	3 Bicskei	-0,557	1,714	-0,947	3	durchschnittl.
	4 Dunaújvárosi	-0,543	0,809	1,930	1	semiurban
	5 Enyingi	0,151	1,794	-1,178	3	abs. ländlich
	6 Ercsi	-0,315	1,831	-0,886	3	semiurban
	7 Gárdonyi	-1,310	0,400	-1,824	2	semiurban
	8 Móri	-0,992	0,643	-1,932	2	semiurban
	9 Sárbogárdi	0,355	-0,111	-0,593	4	abs. ländlich
	10 Székesfehérvári	-1,558	0,394	0,172	2	städtisch
Komárom-Esztergom	1 Dorogi	-0,300	0,837	0,166	3	semiurban
	2 Esztergomi	-0,686	0,745	0,422	3	städtisch
	3 Kisbéri	-0,036	0,712	-1,495	3	abs. ländlich
	4 Komáromi	-0,569	-0,288	-0,156	2	semiurban
	5 Oroszlányi	-0,760	1,636	-0,611	3	städtisch
	6 Tatabányai	-0,581	1,554	1,839	1	städtisch
	7 Tatai	-0,662	-0,144	0,538	2	semiurban
Veszprém	1 Ajkai	-0,032	-0,260	-0,399	2	semiurban
	2 Balatonalmádi	-0,874	-0,448	0,407	2	semiurban
	3 Balatonfüredi	-1,193	-0,997	0,386	2	semiurban
	4 Pápai	0,138	-0,909	-0,284	2	semiurban
	5 Sümegi	0,538	-0,542	-0,492	4	abs. ländlich
	6 Tapolcai	-0,133	-0,580	-0,363	2	semiurban
	7 Várpalotai	-0,160	0,716	1,011	3	städtisch
	8 Veszprémi	-1,514	0,292	0,290	2	städtisch
	9 Zirci	-0,326	-0,713	-2,372	2	durchschnittl.
Győr-Moson-Sopron	1 Csornai	-0,464	-1,783	-2,063	2	abs. ländlich
	2 Győri	-1,346	-1,022	0,221	2	städtisch
	3 Kapuvári	-0,397	-2,290	-1,683	2	abs. ländlich
	4 Mosonmagyaróvári	-0,432	-1,141	-0,665	2	durchschnittl.
	5 Pannonhalmai	-1,211	-0,465	-2,050	2	durchschnittl.
	6 Sopron-Fertődi	-0,463	-1,606	-0,009	2	semiurban
	7 Téti	-0,358	-1,245	-1,394	2	abs. ländlich
Vas	1 Celldömölki	-0,089	-1,364	-0,575	2	semiurban
	2 Csepregi	-1,009	-1,810	-1,406	2	durchschnittl.
	3 Körmendi	-0,635	-1,172	-0,827	2	semiurban
	4 Kőszegi	-0,906	-1,127	-0,395	2	semiurban
	5 Őriszentpéteri	-0,462	-1,771	0,797	2	abs. ländlich
	6 Sárvári	-0,264	-1,944	-0,639	2	durchschnittl.
	7 Szentgotthárdi	-0,581	-1,327	0,050	2	semiurban
	8 Szombathelyi	-1,166	-1,936	-0,129	2	semiurban
	9 Vasvári	0,876	-0,825	0,293	4	abs. ländlich

Tab. 53 Fortsetzung (1)

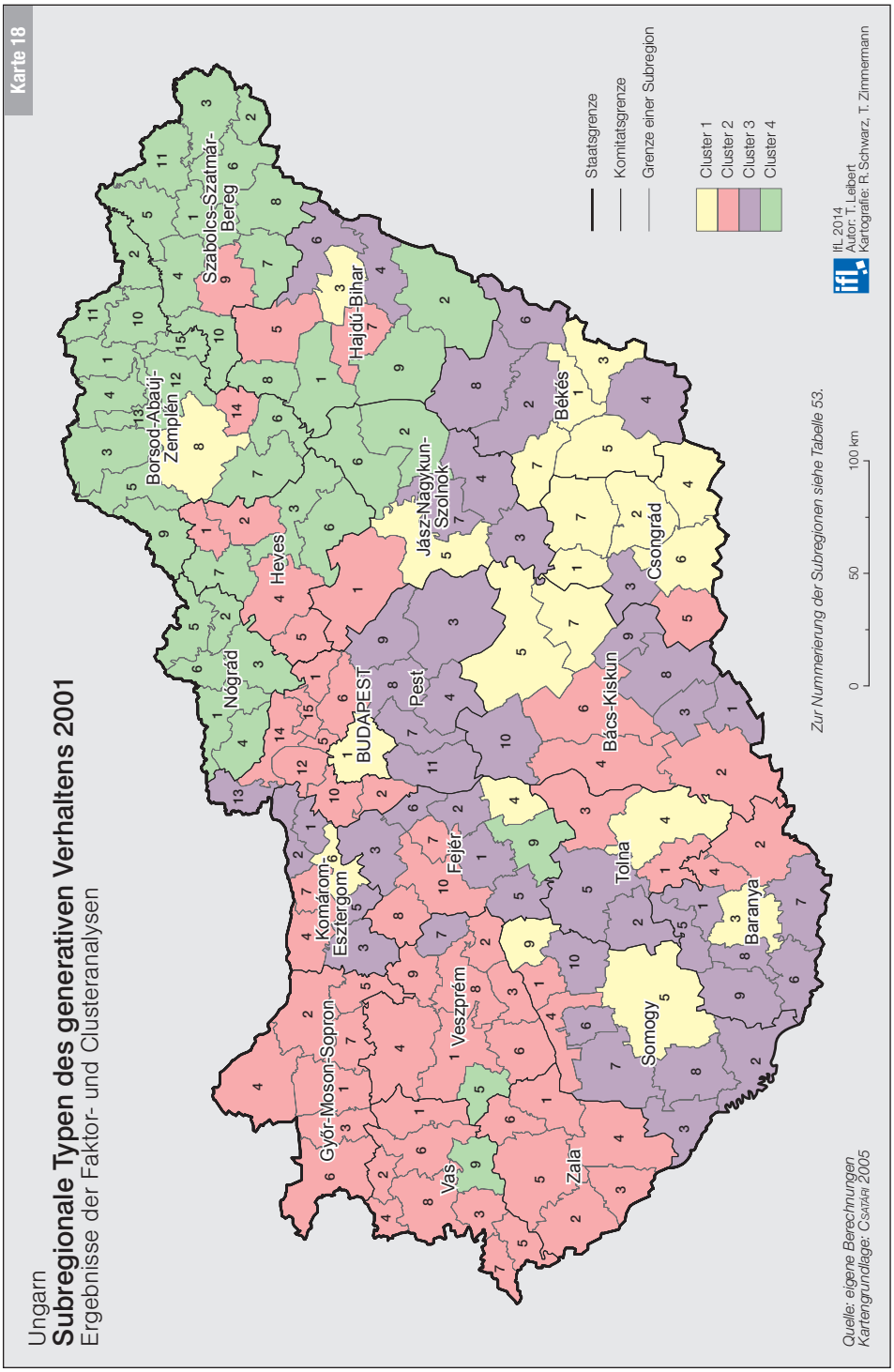
Komitat	Subregion	Faktor 1 „Sozialistisches“ generatives Verhalten	Faktor 2 Unverheiratetes Zusammenleben	Faktor 3 „Familienreste“	Cluster*	Siedlungsstruktur
Zala	1 Keszthely-Hévízi	-1,228	-0,631	0,434	2	semiurban
	2 Lenti	-0,107	-1,178	-0,578	2	dom. ländlich
	3 Letenyei	0,196	-0,682	-0,802	2	dom. ländlich
	4 Nagykanizsai	-0,445	-0,782	0,547	2	semiurban
	5 Zalaegerszegi	-0,734	-0,859	0,521	2	semiurban
	6 Zalaszentgróti	0,047	-0,290	-0,096	2	abs. ländlich
Baranya	1 Komlói	-0,697	1,367	0,883	3	semiurban
	2 Mohácsi	-0,52	-0,185	-0,750	2	durchschnittl.
	3 Pécsi	-1,522	0,937	1,608	1	städtisch
	4 Pécsváradi	-1,273	0,121	-1,933	2	dom. ländlich
	5 Sásdi	0,504	1,432	-1,099	3	dom. ländlich
	6 Sellyei	1,506	2,873	-0,297	3	dom. ländlich
	7 Siklósi	-0,392	1,117	-0,294	3	durchschnittl.
	8 Szentlőrinci	0,091	1,787	-0,943	3	durchschnittl.
	9 Szigetvári	0,429	1,043	0,155	3	durchschnittl.
Somogy	1 Balatonföldvári	-1,078	-0,258	-0,162	2	dom. ländlich
	2 Barcsi	0,036	1,534	-0,255	3	abs. ländlich
	3 Csurgói	0,938	0,909	0,249	3	abs. ländlich
	4 Fonyódi	-1,141	-0,880	0,577	2	dom. ländlich
	5 Kaposvári	-0,346	0,258	1,127	1	semiurban
	6 Lengyeltóti	1,284	1,864	-0,039	3	abs. ländlich
	7 Marcali	0,504	1,768	0,029	3	durchschnittl.
	8 Nagyatádi	0,578	1,398	0,559	3	durchschnittl.
	9 Siófoki	-1,234	0,326	0,358	1	semiurban
	10 Tabi	0,204	1,144	-0,517	3	durchschnittl.
Tolna	1 Bonyhádi	-0,739	-0,776	-0,845	2	semiurban
	2 Dombóvári	0,155	0,554	0,210	3	semiurban
	3 Paksi	-0,251	0,038	-0,673	2	durchschnittl.
	4 Szekszárdi	-0,582	-0,070	0,530	1	semiurban
	5 Tamási	0,463	0,577	0,078	3	dom. ländlich
Borsod-Abaúj-Zemplén	1 Abaúj-Hegyközi	2,729	-0,434	0,771	4	abs. ländlich
	2 Bodrogközi	2,547	0,820	-0,054	4	abs. ländlich
	3 Edelényi	1,950	-0,286	-0,538	4	durchschnittl.
	4 Encsi	1,839	0,124	-0,660	4	durchschnittl.
	5 Kazincbarcikai	1,035	-1,299	1,336	4	semiurban
	6 Mezőcsáti	1,790	0,304	0,739	4	abs. ländlich
	7 Mezőkövesdi	0,620	-1,852	0,687	4	durchschnittl.
	8 Miskolci	0,188	-0,748	1,801	1	städtisch
	9 Ózdi	2,031	-0,239	1,754	4	semiurban
	10 Sárospataki	0,881	-1,209	0,256	4	abs. ländlich
	11 Sátoraljaújhelyi	1,173	-1,635	1,022	4	städtisch
	12 Szerencsi	1,587	-0,828	-0,282	4	durchschnittl.
	13 Szikszói	2,127	-0,586	0,519	4	durchschnittl.
	14 Tiszaújvárosi	-0,093	-0,273	0,338	2	semiurban
	15 Tokaji	1,022	-0,237	1,155	4	durchschnittl.
Heves	1 Bélapátfalvai	0,159	-1,035	-0,459	2	dom. ländlich
	2 Egri	-1,402	-1,107	0,949	2	städtisch
	3 Füzesabonyi	0,689	-0,273	0,081	4	dom. ländlich
	4 Gyöngyösi	-0,081	-1,201	0,693	2	durchschnittl.
	5 Hatvani	0,007	-0,806	0,337	2	städtisch
	6 Hevesi	1,517	0,353	-0,705	4	abs. ländlich
	7 Pétervásárai	0,868	-0,885	0,061	4	dom. ländlich
Nógrád	1 Balassagyarmati	0,240	-1,721	0,438	4	durchschnittl.
	2 Bátonyterenyei	1,286	-0,589	1,087	4	semiurban
	3 Pásztói	0,496	-1,308	-0,015	4	durchschnittl.
	4 Rétsági	0,369	-1,006	-0,113	4	dom. ländlich
	5 Salgótarjáni	0,744	-1,187	1,815	4	semiurban
	6 Szécsényi	1,736	-1,081	0,268	4	durchschnittl.

Tab. 53 Fortsetzung (2)

Komitat	Subregion	Faktor 1 „Sozialistisches“ generatives Verhalten	Faktor 2 Unverheiratetes Zusammenleben	Faktor 3 „Familienreste“	Cluster*	Siedlungsstruktur
Hajdú-Bihar	1 Balmazújvárosi	0,879	-1,034	-0,791	4	abs. ländlich
	2 Berettyóújfalui	0,726	0,342	-0,487	4	abs. ländlich
	3 Debreceni	-1,249	-0,974	1,834	1	städtisch
	4 Derecske-Létavértesi	0,725	0,550	-0,936	3	abs. ländlich
	5 Hajdúböszörményi	0,235	-1,065	-0,709	2	abs. ländlich
	6 Hajdúhadházi	1,088	0,830	-1,293	3	semiurban
	7 Hajdúszoboszlói	0,135	-0,667	0,080	2	abs. ländlich
	8 Polgári	1,009	-0,014	-0,615	4	abs. ländlich
	9 Püspökladányi	0,439	-0,313	-1,163	4	abs. ländlich
Jász-Nagykun-Szolnok	1 Jászberényi	-0,015	0,037	-0,168	2	durchschnittl.
	2 Karcagi	0,972	0,303	0,375	4	dom. ländlich
	3 Kunszentmártoni	0,477	1,313	0,462	3	durchschnittl.
	4 Mezőtúri	-0,207	0,576	0,233	3	abs. ländlich
	5 Szolnoki	-0,719	0,095	0,946	1	semiurban
	6 Tiszafüredi	1,114	0,416	0,440	4	abs. ländlich
	7 Törökszentmiklósi	0,803	0,421	0,207	3	durchschnittl.
Szabolcs-Szatmár-Bereg	1 Baktalórántházai	1,565	-0,658	-0,715	4	abs. ländlich
	2 Csengeri	1,536	-0,108	-1,545	4	durchschnittl.
	3 Fehérgyarmati	1,329	0,335	-0,852	4	dom. ländlich
	4 Ibrány-Nagyhalászi	1,548	-0,754	-0,419	4	durchschnittl.
	5 Kisvárdai	1,218	-1,169	-0,867	4	semiurban
	6 Mátészalkai	1,451	-0,233	-0,285	4	durchschnittl.
	7 Nagykállói	1,239	-1,357	-0,469	4	dom. ländlich
	8 Nyírbátori	1,891	0,282	-0,329	4	durchschnittl.
	9 Nyíregyházai	-0,681	-1,647	0,324	2	städtisch
	10 Tiszavasvári	1,572	-0,330	-0,957	4	dom. ländlich
	11 Vásárosnaményi	0,844	-0,074	-0,809	4	durchschnittl.
Bács-Kiskun	1 Bácsalmási	-0,334	0,962	0,054	3	abs. ländlich
	2 Bajai	-0,595	-0,491	0,637	2	durchschnittl.
	3 Jánoshalmai	0,700	0,435	1,454	3	abs. ländlich
	4 Kalocsai	-0,269	-0,579	-0,009	2	durchschnittl.
	5 Kecskeméti	-0,666	1,241	0,998	1	semiurban
	6 Kiskőrösi	-0,786	0,261	-0,850	2	durchschnittl.
	7 Kiskunfélegyházai	-0,231	0,100	1,247	1	semiurban
	8 Kiskunhalasi	-0,250	2,192	1,343	3	semiurban
	9 Kiskunmajsai	0,397	1,528	0,502	3	abs. ländlich
	10 Kunszentmiklósi	0,696	1,081	-0,084	3	dom. ländlich
Békés	1 Békéscsabai	-1,484	-0,146	1,686	1	städtisch
	2 Békési	0,155	0,465	0,710	3	durchschnittl.
	3 Gyulai	-0,610	-0,103	1,238	1	semiurban
	4 Mezőkovácsházai	0,461	1,233	0,749	3	abs. ländlich
	5 Orosházai	-0,611	0,487	0,881	1	durchschnittl.
	6 Sarkadi	0,686	0,721	-0,066	3	abs. ländlich
	7 Szarvasi	-0,527	0,257	1,036	1	abs. ländlich
	8 Szeghalomi	0,560	0,685	-0,171	3	abs. ländlich
Csongrád	1 Csongrádi	-0,109	-0,542	1,298	1	abs. ländlich
	2 Hódmezővásárhelyi	-0,517	0,734	1,569	1	dom. ländlich
	3 Kisteleki	0,063	0,685	0,301	3	abs. ländlich
	4 Makói	-0,107	0,549	1,423	1	dom. ländlich
	5 Mórahalmi	-0,928	0,323	-0,951	2	abs. ländlich
	6 Szegedi	-1,630	0,511	2,022	1	städtisch
	7 Szentesi	-0,408	0,479	1,381	1	abs. ländlich

** siehe auch Karte 18, Kapitel 9.2*

Quelle: Csatári 2005, eigene Berechnungen


Karte 18
Ungarn
Subregionale Typen des generativen Verhaltens 2001
Ergebnisse der Faktor- und Clusteranalysen
Szabolcs-Szatmár-Bereg
Borsod-Abaúj-Zemplén
Hajdú-Bihar
Nógrád
Heves
Jász-Nagykun-Szolnok
Békés
BUDAPEST
Pest
Csongrád
Bács-Kiskun
Komárom-Esztergom
Fejér
Tolna
Győr-Moson-Sopron
Veszprém
Baranya
Somogy
Vas
Zala
Staatsgrenze
Komitatsgrenze
Grenze einer Subregion
Cluster 1
Cluster 2
Cluster 3
Cluster 4
0
50
100 km
Zur Nummerierung der Subregionen siehe Tabelle 53.
IfL 2014
Autor: T. Leibert
Kartografie: R. Schwarz, T. Zimmermann
Quelle: eigene Berechnungen
Kartengrundlage: Csapar 2005

Anhang 2: Stärken und Schwächen demographischer Maße und Indikatoren

1. Methoden und Indikatoren zur Messung der Häufigkeit und des Timings von Geburten

Das einfachste und am häufigsten verwendete Fertilitätsmaß ist die rohe Geburtenrate b (*Crude birth rate*; CBR), bei der die Lebendgeburten (B) eines Kalenderjahres (t,t+1) angefallenen auf die mittlere Bevölkerung ($P_{t+½}$) einer bestimmten Raumeinheit bezogen werden:

$$(1)\quad b_{t,t+1} = B_{t,t+1} / P_{t+½} \times 1000$$

Dieses Maß ist einfach zu berechnen, da die erforderlichen Werte routinemäßig von den statistischen Ämtern erhoben werden, seine Aussagekraft ist jedoch begrenzt. Problematisch ist vor allem, dass die Geburtenzahl auf die Gesamtbevölkerung bezogen wird; der Indikator ist folglich anfällig für Verzerrungen durch den Altersaufbau und die Sexualproportionen. Für vergleichende Untersuchungen ist die rohe Geburtenrate daher eher ungeeignet. Eine deutliche Verbesserung der Aussagekraft lässt sich mit geringem Mehraufwand bei der Datenbeschaffung erreichen, wenn die Zahl der Geburten nur auf die mittlere weibliche Bevölkerung (F) im gebärfähigen Alter (üblicherweise zwischen 15 und 44 Jahren) bezogen wird. Diesen Indikator bezeichnet man als allgemeine Fruchtbarkeitsrate (*General fertility rate*; GFR).

$$(2)\quad GFR_{t,t+1} = B_{t,t+1} / F(15\text{-}44)_{t+½} \times 1000$$

Man kann nach dem gleichen Prinzip auch Maße zur Untersuchung der Fruchtbarkeit von Teilgruppen der weiblichen Bevölkerung im gebärfähigen Alter bestimmen, beispielsweise der unverheirateten Frauen oder von Frauen mit Migrationshintergrund. Ein Nachteil der GFR ist, dass alle Frauen im gebärfähigen Alter das gleiche Gewicht haben. Sind Altersgruppen mit über- oder unterdurchschnittlicher Wahrscheinlichkeit, ein Kind zu bekommen, überproportional vertreten, kann dies zu Verzerrungen führen.

Die zusammengefasste Geburtenrate (*Total fertility rate*; TFR[145]) ist ein hypothetisches Maß, das die mittlere Zahl der Kinder angibt, die eine Frau im Laufe ihrer fruchtbaren Lebensphase bekommen würde, wenn die im Analysejahr herrschenden altersspezifischen Geburtenraten über diesen Zeitraum konstant blieben. Mit relativ geringem Datenaufwand kann ein aktuelles Bild der Fruchtbarkeit in einem Staat oder einer Region gezeichnet werden (Kippen 2006: 3), wobei zu berücksichtigen ist, dass die TFR anfällig für Tempoeffekte ist, die durch einen Anstieg des Erstgeburtsalters verursacht werden. Rechnerisch ist die TFR die Summe der altersspezifischen Geburtenraten. Die altersspezifische Geburtenrate (*Age-specific fertility rate*; ASFR) ist definiert als der Quotient der Zahl der von Frauen einer bestimmten Altersgruppe (x) in einem Kalenderjahr in einer Raumeinheit zur Welt gebrachten Kinder (B) und der mittleren Zahl der in der Region wohnhaften Frauen (F) der gleichen Altersgruppe:

$$(3)\quad ASFR(x)_{t,t+1} = B(x)_{t,t+1} / F(x)_{t+½} \times 1000$$

145 Strenggenommen sollte der Begriff „*Period Total Fertility Rate*“ (PTFR) verwendet werden, um deutlich zu machen, dass es sich um ein Perioden- und kein Kohortenmaß handelt.

Zur Analyse der außerehelichen Fertilität sind zwei Ansätze denkbar. Man kann einerseits den Anteil der von unverheirateten Frauen zur Welt gebrachten Kinder an allen Lebendgeburten, die Nichtehelichenquote, berechen, oder analog zu den bereits vorgestellten Fertilitätsindikatoren, die Fruchtbarkeit unverheirateter Frauen untersuchen. Die beiden Ansätze sind nicht gegeneinander austauschbar. Die Nichtehelichenquote kann in einer Raumeinheit ansteigen, obwohl die Fruchtbarkeit der unverheirateten Frauen rückläufig ist, wenn der Anteil der verheirateten Frauen im gebärfähigen Alter abnimmt (Haupt & Kane 2004: 20). Die Nichtehelichenquote ist folglich ein Maß, das nicht nur vom Gebärverhalten der unverheirateten Frauen bestimmt wird, sondern indirekt auch durch das Heiratsverhalten und die eheliche Fertilität beeinflusst wird. Maße der Fruchtbarkeit unverheirateter Frauen, etwa die analog zur allgemeinen Geburtenrate berechnete allgemeine außereheliche Geburtenrate, bei der die Zahl der unehelichen Kinder auf die unverheiratete weibliche Bevölkerung im gebärfähigen Alter bezogen wird, haben diesen Nachteil nicht. Dem Vorteil der besseren Abbildung des generativen Verhaltens unverheirateter Frauen steht der Nachteil der größeren Anforderungen an die bevölkerungsstatistischen Daten gegenüber. Dies gilt insbesondere dann, wenn altersspezifische außereheliche Geburtenraten berechnet werden sollen, was angesichts der möglichen Verzerrung der allgemeinen außerehelichen Geburtenrate durch die Altersverteilung unverheirateter Frauen sinnvoll erscheint. In diesem Fall sind sowohl eine Aufschlüsslung der unehelichen Geburten nach dem Alter der Mutter als auch Angaben zum Familienstand der weiblichen Bevölkerung nach Altersgruppen notwendig (Knodel & Hochstadt 1980: 285-286). In dieser Feinheit stehen die Daten leider häufig nicht zur Verfügung.

Das Problem der Verzerrung der TFR durch Tempoeffekte

Die zusammengefasste Geburtenrate ist einer der am häufigsten verwendeten Fertilitätsindikatoren, da sie (scheinbar) sehr anschaulich zu interpretieren ist. Die TFR ist jedoch nur ein hypothetisches Maß für eine künstliche Kohorte und gibt nicht die tatsächliche durchschnittliche Kinderzahl pro Frau an (Bongaarts 2008: 41). In der öffentlichen Diskussion wird daher häufig mehr in die Werte hineingedeutet als sie tatsächlich aussagen.

Die Verzerrung der TFR nach unten ergibt sich dadurch, dass in zwei Altersgruppen Geburten „fehlen". Ältere Frauen, die jung geheiratet haben, weisen niedrige altersspezifische Fertilitätsraten auf, da sie ihre Familienbildung bereits abgeschlossen haben, während junge Frauen die Geburt ihres ersten Kindes aufschieben und daher ebenfalls weniger Kinder zur Welt bringen als frühere Kohorten im gleichen Alter (Castiglioni & Dalla Zuanna 2009: 15). Ein vergleichbarer Prozess, allerdings mit unterschiedlichem Vorzeichen, ist für die Verzerrung der TFR nach oben bei sinkendem Durchschnittsalter der Mütter verantwortlich. In diesem Fall haben ältere Frauen ihre gewünschte Kinderzahl noch nicht erreicht, während gleichzeitig jüngere Kohorten ihr erstes Kind „vorziehen". Ein Rückgang der TFR kann mit einem Rückgang der endgültigen Fruchtbarkeit zusammenhängen, aber auch die Folge eines Aufschubs von Geburten im Lebensverlauf bei un- oder nur geringfügig veränderter Kinderzahl am Ende der fruchtbaren Lebensphase sein (Kreyenfeld 2000: 3). Ein Beispiel für den leichtfertigen und unkritischen Umgang mit der zusammengefassten Geburtenrate ist die Diskussion um die „demographische Krise" in Ostdeutschland. Die extrem niedrigen Werte der TFR Anfang der 1990er Jahre

haben in der öffentlichen Wahrnehmung den Eindruck erweckt, ostdeutsche Frauen hätten im Durchschnitt weniger Kinder als westdeutsche Frauen. Nach Berechnungen von Konietzka und Kreyenfeld (2007: 4) ist jedoch das Gegenteil der Fall.

Angesichts der prinzipiellen Schwächen der zusammengefassten Geburtenrate schließt sich der Autor der Forderung von Sobotka und Lutz (2009: 32-33) an, auf die Verwendung der TFR nach Möglichkeit zu verzichten, oder dieses Maß nur in Verbindung mit anderen Fertilitätsindikatoren zu verwenden. Insbesondere ist auf die falsche Interpretation der TFR als „mittlere Zahl der Kinder pro Frau" zu verzichten. Es gibt verschiedene Ansätze, die Tempoeffekte aus der TFR herauszurechnen. Eine vergleichsweise häufig verwendete Methode ist die Bongaarts-Feeney-Anpassung (BFA; Bongaarts & Feeney 1998). Die Hauptkritikpunkte[146] an der BFA sind die vereinfachenden Annahmen[147] und die Tendenz zu starken Fluktuationen der Fertilitätsindikatoren von einem Jahr zum anderen (Sobotka 2005: 46). Es gibt zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der Bongaarts-Feeney-Anpassung, etwa durch die Berücksichtigung von Varianzeffekten (Kohler & Philipov 2001), die Eliminierung von „unechten" Verzerrungen durch Tempoeffekte (Yamaguchi & Beppu 2004) oder die Berücksichtigung der Auswirkungen der Alterung der Fertilität auf die Wahrscheinlichkeit, Kinder höherer Parität zu gebären (Kohler & Ortega 2002).

2. Indikatoren des Abtreibungsverhaltens

Die Indikatoren zur Untersuchung des Abtreibungsverhaltens können aus den gängigen Fertilitätsindikatoren abgeleitet werden; statt der Zahl der Lebendgeborenen dient die Zahl der Schwangerschaftsunterbrechungen als Berechnungsgrundlage:

Die rohe Abtreibungsrate (*Crude abortion rate*; CAR) gibt die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche pro 1000 Einwohner im Jahresmittel an.

Die allgemeine Abtreibungsrate (*General abortion rate*; GAR) wird analog zur allgemeinen Geburtenrate berechnet und gibt die Zahl der Abtreibungen pro 1000 Frauen im gebärfähigen Alter an.

Die zusammengefasste Abtreibungsrate (*Total abortion rate*; TAR) ist die Summe der altersspezifischen Abtreibungsraten – Schwangerschaftsabbrüche pro 1000 Frauen der jeweiligen Altersgruppe – und kann analog zur TFR als die durchschnittliche Zahl der Abtreibungen interpretiert werden, die eine Frau im Laufe ihres Lebens durchführen lassen würde, wenn die im betrachteten Jahr herrschenden Rahmenbedingungen konstant blieben.

Um zu zeigen, welchen Einfluss das Abtreibungsverhalten auf die Zahl der Geburten hat, kann man auch die Abtreibungshäufigkeit a berechnen, indem man die Zahl der in einem bestimmten Zeitraum (t; t+1) durchgeführten Schwangerschaftsunterbrechungen (A) auf die Zahl der Lebendgeburten (B) im gleichen Zeitabschnitt bezieht:

$$(4) \quad a_{t,t+1} = A_{t,t+1} / B_{t,t+1} \times 100$$

146 Zu weiteren Kritikpunkten siehe Sobotka (2004a: 198).

147 Der BFA liegt die Annahme zu Grunde, dass beim Postponement keine Kohorteneffekte vorliegen; dass heißt die Form der Fertilitätskurve verändert sich durch den Aufschub der Geburten in ein höheres Lebensalter nicht. In Zeiten eines umfassenden Wandels des Gebärverhaltens oder starker sozialer Umwälzungen wird diese Annahme möglicherweise nicht erfüllt (Philipov & Kohler 1999: 3-4).

Nach dem gleichen Prinzip wie die altersspezifischen Geburtenraten können altersspezifische Abtreibungsraten (ASAR) berechnet werden. Alternativ können Unterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen auch mit altersspezifischen Abtreibungshäufigkeiten (ASAH) untersucht werden. Dazu wird die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche, die Frauen einer bestimmten Altersgruppe vornehmen lassen, durch die Zahl der Lebendgeburten der jeweiligen Altersgruppe dividiert. Die ASAH gibt damit an, mit welcher Wahrscheinlichkeit eine Schwangerschaft abgebrochen wird. Der Nachteil der ASAR ist, dass dieses Maß nur begrenzt aussagekräftig ist, wenn man die altersspezifischen Geburtenraten nicht kennt, wie am folgenden Beispiel[148] deutlich wird: Die ASAR der Teenager liegt 2005 in Budapest bei 18,9‰; Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén werden 20,6 Schwangerschaftsabbrüche pro 1000 Frauen dieser Altersgruppe registriert. Die Teenagerfertilität ist in Budapest im ungarischen Vergleich am niedrigsten (7,8‰), im Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén dagegen mehr als fünfmal so hoch wie in der Hauptstadt (40,4‰). Die altersspezifische Abtreibungshäufigkeit zeigt, dass sich hinter der relativ geringen Differenz der altersspezifischen Abtreibungsrate ein gegensätzliches Schwangerschaftsabbruchsverhalten verbirgt. In Budapest liegt die Wahrscheinlichkeit, dass eine Teenagerschwangerschaft ausgetragen wird, bei etwa 40%, im Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén kommen dagegen zwei Geburten auf eine Abtreibung.

Methodische und inhaltliche Probleme bei der Analyse des Abtreibungsverhaltens

Die Analyse des Abtreibungsverhaltens ist ein schwieriges Forschungsfeld, insbesondere, wenn internationale Vergleiche gezogen werden sollen. Ein Problem ist die Datenverfügbarkeit, da in einigen EU-Staaten von der amtlichen Statistik keine Daten zu Schwangerschaftsabbrüchen veröffentlicht werden. Dies gilt beispielsweise für Österreich, wo die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs nicht meldepflichtig ist (Prskawetz et al. 2008: 330-331). Die amtlichen Daten erfassen zudem nur legale Abtreibungen. Es ist daher davon auszugehen, dass die Statistik die tatsächliche Zahl der Schwangerschaftsabbrüche unterschätzt. Vermutlich ist die Dunkelziffer umso größer, je restriktiver die Abtreibungsgesetzgebung ist. Naturgemäß schwanken die Schätzungen der Zahl der illegalen und halblegalen Schwangerschaftsunterbrechungen sehr stark. Abtreibungswilligen Frauen, die in ihrem Heimatland keinen gesetzlichen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen können, stehen prinzipiell zwei Wege offen, die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen. Der Eingriff kann entweder illegal im Inland oder im Ausland durchgeführt werden. Wenn im Zielland nur die Schwangerschaftsunterbrechungen registriert werden, die Frauen mit Wohnsitz im Inland vornehmen lassen, wie dies beispielsweise in Tschechien der Fall ist (ČSÚ 2008), tauchen diese „Abtreibungstouristinnen“ unter Umständen in keiner Statistik auf.

148 Quelle: KSH (2006a) und eigene Berechnungen

Auch die von einigen statistischen Ämtern veröffentlichten Regionaldaten sind nicht immer für Analysen geeignet. Teilweise werden Schwangerschaftsunterbrechungen am Eingriffsort registriert, so dass die amtliche Statistik eher Rückschlüsse auf die medizinische Infrastruktur oder die moralischen Überzeugungen der Ärzteschaft zulässt, als ein realistisches Bild des Abtreibungsverhaltens zu zeichnen, wie Erhard (1988: 45) am Beispiel der italienischen Provinzen Bozen und Trient zeigt: *„Frauen aus Südtirol [weichen] in die Provinz Trient [aus], um dort den Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, da gerade in Südtirol kaum Ärzte, angeblich aus Gewissensgründen, sich dafür bereitstellen und organisatorische Schwierigkeiten in den Krankenhäusern auftreten.*" Einer Sonderuntersuchung aus dem Jahr 1980 zufolge ließen nur 40% der Frauen mit Wohnsitz in Südtirol die Abtreibung in ihrer Heimatprovinz durchführen, 45% dagegen im benachbarten Trentino[149] (Erhard 1988: 45). Für Regionalanalysen des Abtreibungsverhaltens wäre es ideal, wenn die amtliche Statistik sowohl den Eingriffs- als auch den Wohnort erfassen würde. Dieses Konzept wird beispielsweise in der Bundesrepublik angewendet. Da die deutschen Daten jedoch nur auf Bundesländerebene erfasst (Wohnort) bzw. ausgewertet (Eingriffsort) werden (Statistisches Bundesamt 2008c: 6), sind sie für Regionalanalysen nur bedingt geeignet.

3. Methoden und Indikatoren zur Messung des Eheschließungs- und Scheidungsverhaltens

Der am einfachsten zu berechnende Indikator für das Heiratsverhalten ist die rohe Heiratsrate (*Crude marriage rate*; CMR), welche die Zahl der in einem Kalenderjahr (t,t+1) registrierten Ehen (M) pro 1000 Einwohner im Jahresmittel ($P_{t+½}$) angibt:

$$(5) \quad CMR_{t,t+1} = M_{t,t+1} / P_{t+½} \times 1000$$

Der Vorteil der CMR liegt in der Verfügbarkeit der zur Berechnung notwendigen Daten. Die absolute Zahl von Eheschließungen und die mittlere Bevölkerung werden von den statistischen Ämtern in der Regel bis auf die Gemeindeebene zur Verfügung gestellt. Nachteilig ist jedoch die Grobheit des Maßes. Die CMR erfasst nur das Heiratsvolumen; Veränderungen im Heiratsverhalten, beispielsweise der Aufschub der ersten Eheschließung in ein höheres Lebensalter, bleiben im Dunkeln. Aus diesem Grund ist der Indikator allenfalls für Überblicksdarstellungen geeignet. Über den hohen Informationsverlust hinaus gibt es noch weitere Nachteile, welche die rohe Eheschließungsrate zu einem Maß machen, das mit Vorsicht interpretiert werden sollte. Wie die rohe Geburtenrate krankt auch die CMR daran, dass die Gesamtbevölkerung bedeutend größer ist als die „Risikobevölkerung". Sie umfasst Kinder und Jugendliche, die noch nicht heiraten dürfen, Personen, die bereits verheiratet sind, und Bevölkerungsgruppen, die zwar unter rechtlichen Gesichtspunkten problemlos vor den Traualtar treten dürften, aber in der Realität kaum nennenswerte Aussichten auf dem Heiratsmarkt haben, etwa Hochbetagte. Da die CMR von der Bevölkerungsstruktur beeinflusst wird, ist insbesondere die Bewertung von Zeitreihendaten schwierig. Durch Alterung und Geburtenrückgang kann die Heiratsra-

149 Der „Abtreibungstourismus" in die Provinz Trient gehört der Vergangenheit an. 85% der Südtirolerinnen, die 2006 abgetrieben haben, taten dies in ihrer Heimatprovinz (Istat 2009).

te selbst bei unveränderter Heiratsneigung unverheirateter junger Erwachsener einen Rückgang der Bereitschaft zur Eheschließung suggerieren, da die relative Bedeutung der heiratsfähigen Altersgruppen in der Gesamtbevölkerung rückläufig ist. Ein weiteres Problem, das bei der Analyse des Heiratsverhaltens auf regionaler Ebene zum Tragen kommt, ergibt sich aus der Tatsache, dass in vielen Staaten Ehen am Ort der Heirat und nicht am Wohnort registriert werden. Daher ist zu prüfen, ob überdurchschnittliche Heiratsquoten wirklich auf Besonderheiten in der regionalen Bevölkerung zurückzuführen sind, oder ob in der betreffenden Region Gemeinden liegen, die als attraktive Hochzeitsorte angesehen werden. In diesem Fall sagt der Wert wenig über das Heiratsverhalten der regionalen Bevölkerung aus.

Eine Verbesserung der Aussagekraft lässt sich erreichen, wenn die Zahl der Eheschließungen nicht mehr auf die Gesamtbevölkerung, sondern nur noch auf den Bevölkerungsteil bezogen wird, der auch im rechtlichen Sinn in der Lage ist, zu heiraten, also alle Einwohner über 15 (Mueller 2000: 59). Um alterungsbedingte Verzerrungen zu vermeiden, wäre es sinnvoller, die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65) als Bezugsgröße zu wählen, da Senioren erfahrungsgemäß nur einen sehr kleinen Anteil an den Heiratenden darstellen. Eine weitere Optimierung könnte dadurch erfolgen, dass die Verheirateten aus der Grundgesamtheit ausgeschlossen werden; damit würde die Zahl der Eheschließungen auf die tatsächliche „Risikobevölkerung" (Pu) bezogen. Diese allgemeine Eheschließungsrate (*General marriage rate*; GMR) wird nach folgender Formel berechnet:

$$(6)\quad GMR_{t,t+1} = M_{t,t+1} / Pu(15\text{-}65)_{t+½} \times 1000$$

Als Überblicksindikator für das Scheidungsverhalten kann analog zur rohen Eheschließungsrate eine rohe Scheidungsrate (*Crude divorce rate*; CDR) berechnet werden, bei der die Zahl der Scheidungen (D) in einer Region in einem bestimmten Kalenderjahr auf die mittlere Bevölkerung bezogen wird.

$$(7)\quad CDR_{t,t+1} = D_{t,t+1} / P_{t+½} \times 1000$$

Die für die CMR skizzierten Schwächen gelten prinzipiell auch für die rohe Scheidungsrate. Auch hier kann die Aussagekraft durch eine Beschränkung auf die „Risikobevölkerung" verbessert werden. Bei der allgemeinen Scheidungsrate (*General divorce rate; GDR*) wird die Zahl der Scheidungen nur auf die verheiratete Bevölkerung (Pm) bezogen:

$$(8)\quad GDR_{t,t+1} = D_{t,t+1} / Pm_{t+½} \times 1000$$

Häufig wird zur Analyse des Scheidungsverhaltens ein weiteres einfaches Maß, die Scheidungshäufigkeit (d) verwendet, bei dem die Zahl der Scheidungen durch die Anzahl der im gleichen Zeitraum geschlossenen Ehen (M) dividiert wird:

$$(9)\quad d_{t,t+1} = D_{t,t+1} / M_{t;t+1} \times 100$$

Unter der Voraussetzung, dass sich weder das Heirats- noch das Scheidungsverhalten im Lauf der Zeit verändern, gibt dieser Indikator die Wahrscheinlichkeit an, mit der eine Ehe vor dem Scheidungsrichter endet.

Um Veränderungen im Heiratsalter zu untersuchen, kann man altersspezifische Heiratsraten (*Age-specific marriage rate; ASMR*) berechnen, indem man die Zahl der von Personen einer bestimmten Altersgruppe (x) in einem Kalenderjahr in einer Raumein-

heit geschlossenen Ehen (M) durch die mittlere Zahl der in der Region wohnhaften Menschen (P) gleichen Alters teilt:

$$(10)\quad ASMR(x)_{t,t+1} = M(x)_{t,t+1} / P(x)_{t+½} \times 1000$$

In der Regel verwendet man Fünfjahresgruppen, beginnend mit der Altersgruppe 15 bis unter 20 Jahre. Es ist natürlich auch möglich, altersspezifische Raten für einzelne Altersjahre zu berechnen; das Heiratsverhalten wird dadurch detaillierter abgebildet. Da Frauen in der Regel früher heiraten als Männer, ist es ratsam, geschlechtsspezifische ASMR zu berechnen. Eine Sonderform der ASMR ist die altersspezifische Erstheiratsrate (*Age-specific first marriage rate; ASFMR*), bei der bei der nur Erstehen (M1) berücksichtigt werden:

$$(11)\quad ASFMR(x)_{t,t+1} = M1(x)_{t,t+1} / P(x)_{t+½} \times 1000$$

Prinzipiell können nach dem gleichen Muster auch altersspezifische Scheidungsraten berechnet werden. Die Aussagekraft dieses Maßes ist jedoch beschränkt, da angesichts von Schwankungen im Heiratsalter Vergleiche zwischen zwei Zeitpunkten schwierig sind und die Rangfolge der geschiedenen Ehe kaum berücksichtigt werden kann. Aus diesem Grund werden die Raten gewissermaßen auf das „Alter" der geschiedenen Ehen, also die Ehedauer, bezogen und nicht auf das Alter der Personen, die eine Scheidung beantragen.

Die zusammengefasste Heiratsrate (*Total marriage rate*; TMR) ist die Summe der altersspezifischen Heiratsraten. Wie die zusammengefasste Geburtenrate ist auch die TMR anfällig für Tempoeffekte. Ein steigendes (Erst-) Heiratsalter kann im Analysezeitraum zu einem Rückgang der Eheschließungen führen; dementsprechend sinkt die TMR, selbst wenn sich die Heiratswahrscheinlichkeit in der Kohortenperspektive nicht verändert (Sobotka & Toulemon 2008: 137). Die zusammengefasste Scheidungsziffer (*Total divorce rate*; TDR) folgt im Grunde der gleichen Logik; die altersspezifischen Raten beziehen sich jedoch nicht auf das Lebensalter der Ehepartner sondern auf die Dauer der geschiedenen Ehe. TMR und TDR können als die Zahl der Ehen beziehungsweise Scheidungen interpretiert werden, die ein Bewohner einer bestimmten Raumeinheit – *ceteris paribus* – im Laufe des Lebens erlebt. Bei der TDR können bei international vergleichenden Untersuchungen „künstliche" Tempoeffekte durch in einigen Staaten vorgeschriebene Trennungsphasen auftreten, durch die die Ehedauer nach oben verzerrt wird, so dass die Scheidungsraten streng genommen nicht mehr mit denjenigen von Staaten vergleichbar sind, die keine obligatorische Trennungsphase kennen. Bei Zeitreihenanalysen ist zudem auf Gesetzesänderungen zu achten. So wird etwa die Reform des spanischen Scheidungsrechts 2005 auch bei unverändertem Scheidungsverhalten durch den Wegfall der zuvor vorgeschriebenen Trennungsphase zu einem Rückgang der mittleren Dauer geschiedener Ehen führen (Delgado et al. 2008: 1079).

Im Prinzip können alle Ereignis- und Zustandsmaße für das Eingehen und Auflösen einer Ehe auch auf den Ein- und Austritt in eine nichteheliche Lebensgemeinschaft angewendet werden (Mueller 2000: 56). Aufgrund des informellen Charakters dieser Lebensform und des Fehlens einer der Heirat beziehungsweise Scheidung ähnlichen Registrierung stehen jedoch in der Regel die dazu notwendigen Daten nicht zur Verfügung.

Methodische und inhaltliche Probleme bei der Analyse des Heirats- und Scheidungsverhaltens

Bei der Analyse des Heiratsverhaltens sind in den EU-Staaten keine nennenswerten methodischen Probleme zu erwarten, da die Eheschließung ein bürokratischer Akt ist und dementsprechend sorgfältig dokumentiert wird. Bei Volkszählungen oder Befragungen ist ein kleiner Bias möglich, wenn sich Partner in nichtehelichen Lebensgemeinschaften als Ehepaar einstufen. Qualitative Studien haben gezeigt, dass ein gewisser Prozentsatz der Konsensualpaare „als verheiratet durchgeht" weil sie sich in der Öffentlichkeit wie ein Ehepaar verhalten und gegebenenfalls sogar Eheringe tragen (Smock & Gupta 2002: 70). Ob es qualitative Unterschiede zwischen solchen Lebensgemeinschaften und „echten" Ehen gibt, kann allerdings bezweifelt werden. Es wäre interessant zu wissen, warum „als Ehepaar durchgehende" unverheiratete Paare nicht auch noch den Weg zum Standesamt antreten.

Wie die Heirat ist auch die Scheidung ein bürokratischer Akt, der dokumentiert und statistisch ausgewertet wird. Die Zahl der Scheidungen ist jedoch nicht unbedingt ein eindeutiger Indikator für das Scheitern von Ehen. Für historische Analysen ist zu beachten, dass die Zahl der Ehen, die uni- oder bilateral ohne Beteiligung staatlicher Autoritäten aufgelöst wurden, zeitweise sehr hoch war. Schätzungen zufolge wurde in den USA in den 1920er Jahren nur jede zweite gescheiterte Ehe geschieden; die Scheidungsraten der amtlichen Statistik unterschätzen folglich die tatsächliche Eheinstabilität deutlich (Cvrcek 2009: 720). Besondere Vorsicht ist bei Staaten geboten, in denen die Scheidung verboten ist. Prinzipiell müsste man diese Länder aus internationalen Vergleichen ausblenden, da die (scheinbar) große Stabilität der Ehen in erster Linie ein juristisches Artefakt ist. Das bis 1996 gültige Scheidungsverbot in Irland konnte nicht verhindern, dass Paare, deren Ehe zerrüttet war, andere Möglichkeiten fanden, sich zu trennen. Die Instabilität der Ehen hatte trotz Scheidungsverbots solche Ausmaße angenommen, dass die Statistik neue Familienstandskategorien einführen musste (Creton 1998: 398). Wenn das Scheitern von Ehen im internationalen Vergleich untersucht werden soll, ist es zudem wichtig, nationale Besonderheiten im Scheidungsrecht zu berücksichtigen. In Italien bildet beispielsweise die Trennungsrate die soziale Wirklichkeit wesentlich besserer ab als die Scheidungsrate. Nach italienischem Recht kann eine Ehe erst nach einer dreijährigen Trennungsphase geschieden werden. Die Rechtsfolgen der Ehe enden jedoch schon bei der Trennung, eine Scheidung ist also nur dann notwendig, wenn einer der Partner erneut heiraten möchte, was nur bei etwa 60% der Trennungen der Fall ist (Vignoli & Ferro 2009: 12-13). Wird für international vergleichende Untersuchungen für Italien nur die Scheidungsrate herangezogen, wird das wahre Ausmaß der Eheinstabilität deutlich unterschätzt. Ein weiteres Land, in dem die traditionellen Scheidungsindikatoren ein verzerrtes Bild der gesellschaftlichen Wirklichkeit zeichnen, sind die Niederlande, wo seit 2001 eine so genannte „Blitzscheidung" möglich ist, bei der im gegenseitigen Einvernehmen der Ehepartner eine Ehe in eine registrierte Partnerschaft umgewandelt wird, die dann sofort aufgelöst wird (Fokkema et al. 2008: 764; Waaldijk 2005: 152).

Anhang 3: Verwendete Abkürzungen

ADI:	Ausländische Direktinvestitionen
AG:	Altersgruppe
BFA:	Bongaarts-Feeney-Anpassung
BIP:	Bruttoinlandsprodukt
BP:	Budapest
BV:	Bevölkerung
DL-Sektor:	Dienstleistungssektor
EFTA:	European Free Trade Association
EU:	Europäische Union
EW:	Einwohner
EVS:	European Values Study
FDT:	First Demographic Transition
Fidesz:	Fiatal Demokraták Szövetsége
GyED:	Gyermekgondozási díj
GyES:	Gyermekgondozási segély
HDI:	Human Development Index
HH:	Haushalt
HUF:	Ungarische Forint
KSH:	Központi Statisztikai Hivatal
LAT:	Living apart together
LMP:	Lehet Más a Politika
Log:	Logarithmiert
MOE-Staaten:	Mittel- und osteuropäische Staaten
NLG:	Nichteheliche Lebensgemeinschaft
NRR:	Nettoreproduktionsrate
n.s.:	Nicht signifikant
NUTS:	Nomenclature des unités territoriales statistiques
POD:	Pattern of disadvantage
SDT:	Second Demographic Transition
SzDSz:	Szabad Demokraták Szövetsége
SzSzB:	Szabolcs-Szatmár-Bereg
TFR:	Total Fertility Rate

12 Literatur

Ahn, Namkee & Pedro Mira (2001): Job bust, baby bust?: Evidence from Spain. In: Journal of Population Economics 14, S. 505-521.

Alda, Kristina (2006): Nearly weds. Country's first same-sex unions. In: The Prague Post vom 12.07.2006.

Alders, Maarten, Carel Harmsen & Erna Hooghiemstra (2001): Relatievorming van allochtonen. In: Centraal Bureau voor de Statistiek (Hg.): Samenleven. Nieuwe feiten over relaties en gezinnen, S. 43-53. Voorburg, Heerlen (CBS).

Ambert, Anne-Marie (2005): Cohabitation and Marriage: How are they related. Ottawa (Vanier-Institute of the Family).

Andersson, Gunnar (2003): Dissolution of unions in Europe: A comparative overview (= MPIDR Working Paper WP 2003-004). Rostock (MPIDR).

Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Hg.) (2008): Das Leben von Frauen und Männern in Europa: Ein statistisches Portrait. Luxemburg (EG)

Ariès, Philippe (1980): Two Successive Motivations for the Declining Birth Rate in the West. In: Population and Development Review 6, S. 645-650.

Arkes, Jeremy & Jacob A. Klerman (2009): Understanding the link between the economy and teenage sexual behavior and fertility outcomes. In: Journal of Population Economics 22, S. 517-536.

Asendorpf, Jens (2008): Living apart together: Eine eigenständige Lebensform? (= SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 78). Berlin (DIW).

ASEP/JDS (2009): Data Bank: The Values Surveys. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.jdsurvey.net/jds/jdsurveyAnalisis.jsp?ES_COL=131&Idioma=I&SeccionCol=06&ESID=397.

Asland, John & Kees Waaldijk (2005): Major legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners in Norway. In: Waaldijk, Kees (Hg.): More or less together: Levels of legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners. A comparative study of nine European countries, S. 155-168. Paris (INED).

Avdeev, Alexandr (1994): Contraception and Abortion: Trends and Prospects for the 1990s. In: Lutz, Wolfgang, Sergei Scherbov & Andrei Volkov (Hg.): Demographic Trends and Patterns in the Soviet Union before 1991, S. 131-146, London, New York (Routledge).

Ayllón, Sara (2009): Poverty and living arrangements among youth in Spain, 1980-2005. In: Demographic Research 20, S. 403-434.

Baatrup, Søren & Kees Waaldijk (2005): Major legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners in Denmark. In: Waaldijk, Kees (Hg.): More or less together: Levels of legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners. A comparative study of nine European countries, S. 67-78. Paris (INED).

Bach, Angelika (2002): Die Renaissance der Ein-Eltern-Familie? Deutschland - Großbritannien. In: Dorbritz, Jürgen & Johannes Otto (Hg.): Familienpolitik und Familienstrukturen. Ergebnisse der gemeinsamen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie. Berlin, 21. - 23. Juni 2001, S. 83-94. Wiesbaden (BiB).

Backhaus, Klaus, Bernd Erichson, Wulff Plinke & Rolf Weiber (20061[1]): Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. Berlin u. a. (Springer).

Bähr, Jürgen (2010[5]): Bevölkerungsgeographie. Stuttgart (Ulmer).

Bahrenberg, Gerhard, Ernst Giese, Nils Mevenkamp & Josef Nipper (20083): Statistische Methoden in der Geographie Band 2: Multivariate Statistik. Berlin, Stuttgart (Borntraeger).

Bahrenberg, Gerhard, Ernst Giese & Josef Nipper (1990[3]): Statistische Methoden in der Geographie Band 1: Univariate und bivariate Statistik. Stuttgart (Teubner).

Baizán, Pau, Arnstein Aassve & Francesco C. Billari (2001): Cohabitation, marriage, first birth: The interrelationship of family formation events in Spain (=MPIDR Working Paper WP 2001-036). Rostock (MPIDR).

Bajos, Nathalie, Agnès Guillaume & Osmo Kontula (2003): Reproductive health behaviour of young Europeans, Volume 1. Strasbourg (Council of Europe Publishing).

Barlai, Melani & Florian Hartleb (2008): Ungarischer Populismus und Rechtsextremismus. Ein Plädoyer für die Einzelfallforschung. In: Südosteuropa Mitteilungen 48, S. 34-51.

Barlai, Melani & Florian Hartleb (2009): Die Roma in Ungarn. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Heft 29-30/2009.

Barlow, Anne, Simon Duncan, Grace James & Alison Park (2005): Cohabitation, Marriage and the Law. Social Change and Legal Reform in the 21st Century. Oxford, Portland (Hart).

Bartoňová, Dagmar (2007): Trends in Census Households in the Czech Republic in the Last Third of the 20th Century. In: Czech Demography 1, S. 16-28.

Baum, Sabine & Peter Weingarten (2004): Typisierung ländlicher Räume in Mittel- und Osteuropa. In: Europa Regional 12, S. 149-158.

Beaujouan, Éva, Arnaud Regnier-Loilier & Catherine Villeneuve-Gokalp (2008): Neither single, nor in a couple. A study of living apart together in France. Vortrag im Rahmen des Annual Meeting of the Population Association of America in New Orleans im April 2008.

Beaumel, Catherine, Fabienne Daguet, Lucile Richet-Mastain & Mauricette Vatan (2006): La situation démographique en 2004 – Mouvement de la population (= INSEE Résultats No 55 Société – août 2006). Paris (INSEE).

Bebel, August (1910[50]): Die Frau und der Sozialismus. Stuttgart (Dietz).

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Becker, Hans-Jürgen (1978): Die nichteheliche Lebensgemeinschaft (Konkubinat) in der Rechtsgeschichte. In: Landwehr, Götz (Hg.): Die nichteheliche Lebensgemeinschaft, S. 13-38. Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht).

Becker, Gary (1993[2]): Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens. Tübingen (Mohr).

Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994): Individualisierungstheorie: Veränderungen des Lebenslaufs in der Moderne. In: Keupp, Heiner (Hg.): Zugänge zum Subjekt. Perspektiven einer reflexiven Sozialpsychologie, S. 125-146. Frankfurt am Main (Suhrkamp).

Beluszky, Pál (1999): The Hungarian Urban Network at the End of the Second Millennium (=Centre for Regional Studies of Hungarian Academy of Sciences Discussion Paper No. 27). Pécs (Centre for Regional Studies).

Beluszky, Pál (2000): The regional differences of modernisation in Hungary in the early 20th century. In: Kovács, Zoltán (Hg.): Hungary towards the 21st century: the human geography of transition, S. 51-70. Budapest (HAS).

Beluszky, Pál (2001): The spatial differences of modernisation in Hungary at the beginning 20th century (=Centre for Regional Studies of Hungarian Academy of Sciences Discussion Paper No. 37). Pécs (Centre for Regional Studies).

Beluszky, Pál & Róbert Győri (2005a): A Slow Response System: The Urban Network. In: Barta, Györgyi, Éva Fekete, Irén Szörényiné & Judit Timár (Hg.): Hungarian Spaces and Places, S. 378-396. Pécs (Centre for Regional Studies).

Beluszky, Pál & Róbert Győri (2005b): The Hungarian Urban Network in the Beginning of the 20th Century (=Centre for Regional Studies of Hungarian Academy of Sciences Discussion Paper No. 46). Pécs (Centre for Regional Studies).

Beluszky, Pál & Tamás Sikos (1983): Typology of rural settlements in Hungary. Settlement morphological processes in the rural areas of the country. Budapest (HAS).

Berényi, István & Zoltán Dövényi (1996): Historische und aktuelle Entwicklungen des ungarischen Städtenetzes. In: Brade, Isolde (Hg.): Städte und Städtesysteme in Mittel- und Südosteuropa (=Beiträge zur regionalen Geographie 39), S. 104-162. Leipzig (IfL).

Berger, Peter & Heike Kahlert (2006): Das „Problem" des demographischen Wandels. In: Berger, Peter & Heike Kahlert (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse, S. 9-24. Frankfurt am Main (Campus).

Bergmann, Barbara (2008): The Economic Consequences of the Decline of Marriage (= Department of Economics Johannes Kepler University of Linz Working Paper No. 0818) Linz (Johannes-Keppler-Universität).

Bernardi, Laura & Anna Oppo (2007): Fertility and Family Configurations in Sardinia. (=MPIDR Working Paper WP 2007-033). Rostock (MPIDR).

Bernát, Anikó & Márton Medgyesi (2006): The situation of Roma in Central and Eastern Europe. In: Europäische Kommission (Hg.): Social Inclusion and Income Distribution in the European Union. Monitoring Report prepared by the European Observatory on the Social Situation - Social Inclusion and Income Distribution Network, S. 212-230. Brüssel (Europäische Kommission).

Bernhardt, Eva (2002): Carrer, family and shared responsibility for home and children: A case study of attitudes among young adults in Sweden. In: Dorbritz, Jürgen & Johannes Otto (Hg.): Familienpolitik und Familienstrukturen. Ergebnisse der gemeinsamen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie. Berlin, 21. - 23. Juni 2001, S. 69-81. Wiesbaden (BiB).

Bernhardt, Eva (2004a): Cohabitation or marriage? Preferred living arrangements in Sweden. In: sdf-puzzle 04/2004.

Bernhardt, Eva (2004b): Is the Second Demographic Transition a useful concept for demography? In: Vienna Yearbook of Population Research 2004, S. 25-28.

Bernhardt, Eva, Frances Goldscheider & Calvin Goldscheider (2007): Integrating the second generation: Gender and family attitudes in early adulthood in Sweden. In: Zeitschrift für Familienforschung 19, S. 55-70.

Berzins, Atis & Peteris Zvidrins (2000): Population Development in Latvia. In: Kučera, Tomáš, Olga Kučerová, Oksana Opara & Eberhard Schaich (Hg.): New Demographic Faces of Europe. The Changing Population Dynamics in Countries of Central and Eastern Europe, S. 183-197. Berlin u. a. (Springer).

Bihari, Zsuzsanna & Katalin Kovács (2006): Slopes and Slides: Spatial Inequalities in Employment Opportunities in Hungary at the Turn of The Millennium. In: EUROPA XXI 14, S. 77-94.

Billari, Francesco (2004): Becoming an Adult in Europe. A Macro(/ Micro)-Demographic Perspective. In: Demographic Research, Special Collection 3, S. 15-44.

Billari, Francesco (2008): Lowest-Low Fertility in Europe: Exploring the Causes and Finding Some Surprises. The Japanese Journal of Population 6, S. 2-18.

Billari, Francesco, Tomás Frejka, John Hobcraft, Miloslav Macura & Dirk van de Kaa (2004): Discussion of paper 'Explanations of the fertility crisis in modern societies: A search for commonalities', Population Studies 57(3): 241-263, by John Caldwell and Thomas Schindlmayr. In: Population Studies 58, S. 77-92.

Billari, Francesco, Hans-Peter Kohler, Gunnar Andersson & Hans Lundström (2007): Pushing the limit: long-term trends in late fertility in Sweden (=MPIDR Working Paper WP 2007-004). Rostock (MPIDR).

Billari, Francesco & Aart Liefbroer (2004): Is the Second Demographic Transition a useful concept for demography? Introduction to a debate. In: Vienna Yearbook of Population Research 2004, S. 1-3.

Billari, Francesco, Dimiter Philipov & Pau Baizán (2001): Leaving home in Europe: the experience of cohorts born around 1960 (=MPIDR Working Paper WP 2001-014). Rostock (MPIDR).

Billari, Francesco & Chris Wilson (2001): Convergence towards diversity? Cohort dynamics in the transition to adulthood in contemporary Western Europe (=MPIDR Working Paper WP 2001-039). Rostock (MPIDR).

Billingsley, Sunnee (2009): Downward Mobility, Unemployment and Mortality (=MPIDR Working Paper WP 2009-015). Rostock (MPIDR).

Billingsley, Sunnee (2010): The Post-Communist Fertility Puzzle. In: Population Research and Policy Review 29, S. 193-231.

Bingen, Dieter (2009): Wojtyłas Erbe. Kirche und Politik in Polen. In: Osteuropa 59, S. 101-112.

Birrell, Bob (2000): Australian mothers: fewer and poorer. In: People and Place 8, S. 33-42.

Björklund, Anders (2006): Does family policy affect fertility? Lessons from Sweden. In: Journal of Population Economics 19, S. 3-24.

Blossfeld, Hans-Peter (2003): Globalisation, social inequality and the role of country-specific institutions. In: Conceição, Pedro, Manuel Heitor & Bengt-Åke Lundvall (Hg.): Innovation, Competence Building and Social Cohesion in Europe. Towards a Learning Society, S. 303-324. Cheltenham, Northampton (Edward Elgar).

Bode, Volker (2010): Religionszugehörigkeit in Europa. In: Europa Regional 16, Heft 4, 4. Umschlagsseite.

Bognár, Péter (2008): Extrem niedrige Beschäftigungsrate. In: Budapester Zeitung vom 28.04.2008.

Bongaarts, John (2008): What can fertility indicators tell us about pronatalist policy options? In: Vienna Yearbook of Population Research 2008, S. 39-55.

Bongaarts, John & Griffith Feeney (1998): On the Quantum and Tempo of Fertility. In: Population and Development Review 24, S. 271-291.

Bosveld, Willemien (1996): The ageing of fertility in Europe: A comparative demographic-analytic study. Amsterdam (Thesis Publishers).

Borrillo, Daniel & Kees Waaldijk (2005): Major legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners in France. In: Waaldijk, Kees (Hg.): More or less together: Levels of legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners. A comparative study of nine European countries, S. 93-106. Paris (INED).

Borsenberger, Monique & Mathias Kuepie (2003): Structures familiales des ménages et solidarités familiales au Grand-Duché de Luxembourg entre 1985 et 1999. Differdange (CEPS/ INSTEAD).

Boyle, Paul (2003): Population geography: does geography matter in fertility research? In: Progress in Human Geography 27, S. 615-626.

Boyle, Paul, Elspeth Graham & Zhiqiang Feng (2007): Contextualising demography: the significance of local clusters of fertility in Scotland (=MPIDR Working Paper WP 2007-036). Rostock (MPIDR).

Boyle, Paul & Hill Kulu (2006): Does cohabitation prior to marriage raise the risk of marital dissolution and does this effect vary geographically? (=MPIDR Working Paper WP 2006-051). Rostock (MPIDR).

Breton, Didier & France Prioux (2009): The one-child family: France in the European context. In: Demographic Research 20, S. 657-692.

Browning, Christopher & Lori Burrington (2006): Racial Differences in Sexual and Fertility Attitudes in an Urban Setting. In: Journal of Marriage and the Family 68, S. 236-251.

Bronn, Lajos (2006): Indirect Measurement of Regional Culture in The Netherlands. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie 97, S. 547-566.

Brumbaugh, Stacey, Laura Sanchez, Steven Nock & James Wright (2008): Attitudes Toward Gay Marriage in States Undergoing Marriage Law Transformations. In: Journal of Marriage and the Family 70, S. 345-359.

Brun, Jacques & Jeanne Fagnani (1994): Lifestyles and Locational Choices – Trade-offs and Compromises: A Case-study of Middle-class Couples Living in the Ile-de-France Region. In: Urban Studies 31, S. 921-934.

Brunnbauer, Ulf (2007): "Die sozialistische Lebensweise": Ideologie, Gesellschaft, Familie und Politik in Bulgarien (1944-1989). Wien u. a. (Böhlau).

Buchanan, Tom (2007): How 'Different' Was Spain? The Later Franco Regime in International Context. In: Townson, Nigel (Hg.): Spain Transformed. The Late Franco Dictatorship, 1959-1975, S. 85-96. Basingstoke, New York (Palgrave Macmillan).

Buday-Sántha, Attila (2007): Development Issues of the Balaton Region (=Centre for Regional Studies of Hungarian Academy of Sciences Discussion Paper No. 61). Pécs (Centre of Regional Studies).

Bukodi, Erzsébet & Péter Róbert (2004): Women's Career Mobility in Hungary (= GLOBALIFE Working Paper 53). Bamberg (Otto-Friedrich-Universität Bamberg).

Bundesamt für Statistik (2006): Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (BEVNAT) 2005. Definitive Ergebnisse. Neuchâtel (BFS).

Bundesamt für Statistik (2009): Erwerbsmodelle, Arbeitsteilung und Kinderbetreuung in Paarhaushalten. Einige Aspekte der Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Die Schweiz im internationalen Vergleich. Neuchâtel (BFS).

Bútorová, Zora (1996): Women, men and problems of reproduction. In: Bútorová, Zora & Martin Bútora (Hg.): She and he in Slovakia. Gender issues in public opinion, S. 34-57. Bratislava (FOCUS).

Bútorová, Zora, Ivan Dianiška & Mario Dobrovodský (1996): Women and men at the crossroads of social expectations. In: Bútorová, Zora & Martin Bútora (Hg.): She and he in Slovakia. Gender issues in public opinion, S. 23-33. Bratislava (FOCUS).

Buzar, Stefan, Philip Ogden & Ray Hall (2005): Households matter: the quiet demography of urban transformation. In: Progress in Human Geography 29, S. 413-436.

Buzar, Stefan, Philip Ogden, Ray Hall, Annegret Haase, Sigrun Kabisch & Annett Steinführer (2007): Splintering Urban Populations: Emergent Landscapes of Reurbanisation in Four European Cities. In: Urban Studies 44, S. 651-677.

Caltabiano, Marcantonio, Gianpiero Dalla Zuanna & Alessandro Rosina (2006): Interdependence between sexual debut and church attendance in Italy. In: Demographic Research 14, S. 453-484.

Cannold, Leslie (2004): Declining marriage rates and gender inequity in social institutions: Towards an adequately complex explanation for childlessness. In: People and Place 12, S. 1-11.

Carlos, Monica (2000): The politics of family policies: Greece, Spain, and Portugal compared. In: Pfenning, Astrid & Thomas Bahle (Hg.): Families and Family Policies in Europe. Comparative Perspectives, S. 49-69. Frankfurt am Main u. a. (Lang).

Carlson, Elwood & Rasmus Hoffmann (2011): The State Socialist Mortality Syndrome. In: Population Research and Policy Review 30, S. 355-379.

Carlson, Elwood & András Klinger (1987): Partners in life: Unmarried couples in Hungary. In: European Journal of Population 3, S. 85-99.

Carrasco, Valérie (2007): Le pacte civil de solidarité : une forme d'union qui se banalise. Paris (Ministère de la Justice).

Castels, Francis & Michael Flood (1993): Why Divorce Rates Differ: Law, Religious Belief and Modernity. In: Castels, Francis (Hg.): Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies, S. 293-325. Aldershot u. a. (Ashgate).

Castiglioni, Maria & Gianpiero Dalla Zuanna (2009): Marital and Reproductive Behavior in Italy After 1995: Bridging the Gap with Western Europe? In: European Journal of Population 25, S. 1-26.

Castro-Martín, Teresa & Marta Domínguez-Folgueras (2008): Matrimonios "sin papeles": perfil sociodemográfico de las parejas de hecho en España según es Censo de 2001. In: Política y Sociedad 45, S. 49-71.

Castro-Martín, Teresa, Marta Domínguez-Folgueras & Teresa Martín-García (2008): Not truly partnerless: Non-residential partnerships and retreat from marriage in Spain. In: Demographic Research 18, S. 443-468.

Cater, Suzanne & Lester Coleman (2006): 'Planned' teenage pregnancy. Perspectives of young parents from disadvantaged backgrounds. Bristol (The Policy Press).

Center for Reproductive Rights (2008): The World's Abortion Laws. New York (CRR).

Center for Reproductive Rights und Poradňa pre občianske a ľudské práva (2003): Body and Soul. Forced Sterilization and other Assaults on Roma Reproductive Freedom in Slovakia. New York (CRR).

Centraal Bureau voor de Statistiek (2008a): Geboorte; kerncijfers per regio. Algemeen vruchtbaarheidscijfer. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://statline.cbs.nl/Stat Web/publication/?DM=SLNL&PA=37201&D1=4&D2=0-4&D3=2,7,12,17,(l-1)-l&VW=T (Abfrage am 16.10.2008).

Centraal Bureau voor de Statistiek (2008b): Geboorte; kerncijfers per regio. Levend-

geborenen naar burgerlijke staat moeder. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://statline. cbs.nl/StatWeb/publication/?DM=SLNL&PA=37201&D1=20,22 &D2=17-56&D3=17&VW=T (Abfrage am 16.10.2008).

Centraal Bureau voor de Statistiek (2008c): Geboorte; kerncijfers per regio. Levendgeborenen naar leeftijd van de moeder (op 31 december). Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://statline.cbs.nl/StatWeb/publication/?DM=SLNL&PA=37201& D1=14&D2=17-56&D3=17&VW=T (Abfrage am 16.10.2008).

Centraal Bureau voor de Statistiek (2009): Geboorte; kerncijfers per regio. Gemiddeld kindertal per vrouw. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://statline.cbs.nl/ StatWeb/publication/?DM=SLNL&PA=37201&D1=6&D2=17-56&D3=2,7,12,17,(l-1)-l&VW=T (Abfrage am 11.11.2009).

Central Statistics Office (2008): Report on Vital Statistics/ Tuarascáil ar Staiddreamh Beatha 2005. Dublin (Stationary Office).

Český Statistický Úřad (2003): Pohyb obyvatelstva v České republice za rok 2002. Prag (ČSÚ).

Český Statistický Úřad (2007): Demografická ročenka krajů České republiky 1991 až 2006. Prag (ČSÚ).

Český Statistický Úřad (2008): Demografická ročenka České republiky 2007. Prag (ČSÚ).

Cherlin, Andrew (2004): The Deinstitutionalization of American Marriage. In: Journal of Marriage and the Family 66, S. 848-861.

Chesnais, Jean-Claude (1996): Fertility, Family, and Social Policy in Comtemporary Western Europe. In: Population and Development Review 22, S. 729-739.

Clementi, Siglinde (1998): Die Aussegnung der ledigen Wöchnerin. Eine kirchliche Strategie zur Disziplinierung und Verhaltensnormierung. In: Clementi, Siglinde & Alessandra Spada (Hg.): Der ledige Un-Wille. Zur Geschichte lediger Frauen in der Neuzeit, S. 185-204. Wien, Bozen (Folio).

Coleman, David (2004): Why we don't have to believe without doubting in the "Second Demographic Transition" - some agnostic comments. In: Vienna Yearbook of Population Research 2004, S. 11-24.

Coleman, David (2006): Immigration and Ethnic Change in Low-Fertility Countries: A Third Demographic Transition. In: Population and Development Review 32, S. 401-446.

Coleman, David (2007): The future of the developed world: some neglected demographic challenges. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 32, S. 641-666.

Coleman, David & Joop Garssen (2002): The Netherlands: paradigm or exception in Western Europe's demography? In: Demographic Research 7, S. 434-468.

Collado Seidel, Carlos (2008): Spaniens tiefgreifender religiöser Identitätswandel. In: Bernecker, Walther (Hg.): Spanien heute. Politik – Wirtschaft – Kultur, S. 301-339. Frankfurt am Main (Vervuert).

Conseils-Sondages-Analyses (2003): Les Français et leurs croyances. Sondage exclusif CSA/ La Vie / Le Monde – Mars 2003. Paris (CSA).

Conseils-Sondages-Analyses (2006): Le Monde Des Religions. Portrait des Catholiques. Sondage de l'Institut CSA – Octobre 2006. Paris (CSA).

Cooke, Lynn (2006): Le Sud revisité: équité des genres et fécondité en Italie et en Espagne. In: Recherches et Prévisions 83, S. 61-77.

Coontz, Stephanie (1992): The way we never were: American families and the nostalgia trap. New York (BasicBooks).

Coontz, Stephanie (2005): Marriage, a History. From Obedience to Intimacy or How Love Conquered Marriage. New York (Viking).

Cooper, Norman (1975): Catholicism and the Franco Regime. Beverly Hills; London (Sage).

Creton, Dominique (1998): La spécificité démographique de l'Irlande. In: Revue Belge de Géographie 122, S. 395-405.

Cross-Barnett, Caitlin & Andrew Cherlin (2008): Cohabitation on the edge: Living together apart. Vortrag im Rahmen des Annual Meeting of the Population Association of America in New Orleans im April 2008.

Csatári, Bálint & Imre Kanalas (2004): The competitiveness of counties within the Information Society. In: Csatári, Bálint, Imre Kanalas, Gábor Nagy & Tibor Szarvák (Hg.): Regions in Information Society – a Hungarian Case-Study (=Centre for Regional Studies of Hungarian Academy of Sciences Discussion Paper No. 42), S. 62-76. Pécs (Centre for Regional Studies).

Csatári, Bálint, Imre Kanalas, Gábor Nagy & Tibor Szarvák (2004): Annex. In: Csatári, Bálint, Imre Kanalas, Gábor Nagy & Tibor Szarvák (Hg.): Regions in Information Society – a Hungarian Case-Study (=Centre for Regional Studies of Hungarian Academy of Sciences Discussion Paper No. 42), S. 93-108. Pécs (Centre for Regional Studies).

Csatári, Bálint (2005): Criteria of Rurality for the Hungarian Micro-regions. Major Problems Facing Rural Areas in Hungary. In: Barta, Györgyi, Éva Fekete, Irén Szörényiné & Judit Timár (Hg.): Hungarian Spaces and Places, S. 466-482. Pécs (Centre for Regional Studies).

Csepeli, György, Antal Örkény, Mária Székelyi & Janós Poór (2004): National Identity in Hungary at the Turn of the Millennium. In: Kolosi, Tamás, György Vukovich & György István Tóth (Hg.): Social Report 2004, S. 456-468. Budapest (TÁRKI).

Cvrcek, Tomas (2009): When Harry left Sally: A New Estimate of Marital Disruption in the U.S., 1860-1948. In: Demographic Research 21, S. 719-758.

Czyż, Teresa (1999): Die neue territoriale Struktur der Verwaltung und die regionale sozio-ökonomische Struktur Polens. In: Europa Regional 7, S. 33-44.

Danmarks Statistik (2007): Statistikbanken. Bevolknung of valg: Fødsler og dødsfald. Fertilitetskvotienter samt samlet fertilitet efter kommune/amt og alder. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.statistikbanken.dk/statbank5a/default.asp?w=1280 (Abfrage am 11.01. 2008).

David, Henry (1999): Hungary. In: David, Henry (Hg.): From Abortion to Contraception. A Resource to Public Policies and Reproductive Behaviour in Central and Eastern Europe from 1917 to the Present, S. 145-164. Westport, London (Greenwood Press).

de Beer, Joop & Fred Deven (2000): General Introduction. A Bird's Eye view of Belgian and Dutch Fertility and Family Data. In: De Beer, Joop & Fred Deven (Hg.) Diversity in Family Formation: the 2nd Demographic Transition in Belgium and the Netherlands, S. 1-10. Dordrecht u. a. (Kluwer).

de Beer, Joop, Martine Corijn & Fred Deven (2000): Summary and conclusions. In: De Beer, Joop & Fred Deven (Hg.) Diversity in Family Formation: the 2nd Demographic Transition in Belgium and the Netherlands, S. 115-129. Dordrecht u. a. (Kluwer).

de Graaf, Arie & Suzanne Loozen (2004): Bijna 400 duizend personen kiezen voor een

lat-relatie. In: Centraal Bureau voor de Statistiek (Hg.): Bevolkingtrends, 3e kwartaal 2004, S. 60-63. Vorburg, Heerlen (CBS).

de Irala, Jokin, Alfonso Osorio, Silvia Carlos & Cristina Lopez-del Burgo (2011): Choice of birth control methods among European women and the role of partners and providers. In: Contraception 84, S. 558-564.

de Jong Gierveld, Jenny (2004): Remarriage, non-married cohabitation, living apart together: Partner relationships following bereavement or divorce. In: Journal of Marriage and the Family 66, S. 236-243.

de Maesschalck, Filip (2011): The Politicisation of Surbanisation in Belgium: Towards an Urban-Suburban Divide. In: Urban Studies 48, S. 699-717.

delgado, Margarita, Gerardo Meil & Francisco Zamora López (2008): Spain: Short on children and short on family policies. In: Demographic Research 19, S. 1059-1104.

de Rose, Alessandra, Filomena Racioppi & Anna Laura Zanatta (2008): Italy: Delayed adaptation of social institutions to changes in family behaviour. In: Demographic Research 19, S. 665-704.

de Sandre, Paolo (2000): Patterns of fertility in Italy and factors of its decline. In: Genus LVI, S. 19-54.

de Schutter, Olivier & Kees Waaldijk (2005): Major legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners in Belgium. In: Waaldijk, Kees (Hg.): More or less together: Levels of legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners. A comparative study of nine European countries, S. 49-66. Paris (INED).

Dieringer, Jürgen (2008): Das politische System der Republik Ungarn. In: Südosteuropa 56, S. 163-182.

Dieringer, Jürgen (2009): Ungarn in der Nachbeitrittskrise. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Heft 29-30/2009, S. 6-11.

di Giulio, Paola & Alessandro Rosina (2006): Intergenerational family ties and the diffusion of cohabitation in Italy (= MPIDR Working Paper WP 2006-038). Rostock (MPIDR).

Dirks, Alexander (2009): Die Situation der Frau in Spanien. Unveröffentlichte Praktikumsarbeit. Leipzig (IfL)

Dirksmeier, Peter (2009): Urbanität als Habitus. Zur Sozialgeographie städtischen Lebens auf dem Land. Bielefeld (transcript).

Domínguez, Marta, Teresa Castro-Martín & Letizia Mencarini (2007): European Latecomers: Cohabitation in Italy and Spain. Vortrag im Rahmen des Annual Meeting of the Population Association of America in New York im März 2007.

Domínguez-Folgueras, Marta & Teresa Castro-Martín (2008): Women's changing socioeconomic position and union formation in Spain and Portugal. In: Demographic Research 19, S. 1513-1550.

Dorbritz, Jürgen (2000): Europäische Fertilitätsmuster. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 25, S. 235-266.

Dorbritz, Jürgen (2007): Demographischer Wandel in Mittel- und Osteuropa – Krisenreaktion oder Einstellungswandel? In: Geographische Rundschau 59, S. 44-51.

Dorbritz, Jürgen (2008): Germany: Family diversity with low actual and desired fertility. In: Demographic Research 19, S. 557-598.

Dorbritz, Jürgen & Jochen Fleischhacker (1999): The Former German Democratic Republic. In: David, Henry (Hg.): From Abortion to Contraception. A Resource to Public

Policies and Reproductive Behaviour in Central and Eastern Europe from 1917 to the Present, S. 121-143. Westport, London (Greenwood Press).

Dornseiff, Jann-Michael & Reinhold Sackmann (2002): Zwischen Modernisierung und Re-Traditionalisierung. Die Transformation von Familienbildungsmustern im Lebenslauf ostdeutscher Frauen am Beispiel der Geburt des zweiten Kindes. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 87, S. 87-114.

Dörre, Klaus (2009): Ende der Planbarkeit? Lebensentwürfe in unischeren Zeiten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 41/2009, S. 19-24.

Dövényi, Zoltán (2001): Development and Spatial Disparities of Unemployment in Hungary. In: Meusburger, Peter (Hg.): Transformations in Hungary: Essays in economy and society, S. 207-224. Heidelberg, New York (Physica).

Dövényi, Zoltán (2003): Les effets sociaux de la transition en Hongrie. Les exemples du chômage, de la pauvreté et des migrations villes/campagnes. In: Revue Géographique de l'Est XLIII, Heft 1-2, S. 43-49.

Dövényi, Zoltán & Zoltán Kovács (2005): Budapest. In: Burdack, Joachim (Hg.): Europäische metropolitane Peripherien, S. 51-65. Leipzig (IfL).

Dribe, Martin & Maria Stanfors (2009): Does Parenthood Strengthen a Traditional Household Division of Labor? Evidence From Sweden. In: Journal of Marriage and the Family 71, S. 33-45.

Duncan, Simon & Miranda Philips (2010): People who live apart together (LATs) – how different are they? In: The Sociological Review 58, S. 112-134.

Duncan, Simon & Darren Smith (2002): Geographies of family formations: spatial differences and gender cultures in Britain. In: Transactions of the Institute of British Geographers 27, S. 471-493.

Duncan, Simon & Darren Smith (2006): Individualisation versus the geography of 'new' families. London (London South Bank University).

Durst, Judit (2002): Fertility and childbearing practices among poor Gypsy women in Hungary: the intersections of class, race and gender. In: Communist and Post-Communist Studies 35, S. 457-474.

Durst, Judit (2007): Több a kára, mint a haszna: Születésszabályozás a „gettóban". In: Demográfia 50, S. 74-103.

Dymi, Amilda & Pamela Pine (1999): Albania. In: David, Henry (Hg.): From Abortion to Contraception. A Resource to Public Policies and Reproductive Behaviour in Central and Eastern Europe from 1917 to the Present, S. 51-67. Westport, London (Greenwood Press).

Edin, Kathryn & Joanna Reed (2005): Why Don't They Just Get Married? Barriers to Marriage among the Disadvantaged. In: The Future of Children 15, S. 117-137.

Edlund, Lena (2000): On the Geography of Demography: Why Women Live in Cities. Vortrag im Rahmen des Econometric Society World Congress in Seattle im August 2000.

Edlund, Lena (2005): Sex and the City. In: Scandinavian Journal of Economics 107, S. 25-44.

Elchardus, Mark & Wendy Smits (2006): The Persistence of the Standardized Life Cycle. In: Time & Society 15, S. 303-326.

Emigh, Rebecca Jean (2002): Who is a Roma? In: Željazkova, Antonina (Hg.): Avoiding the dependency trap: the Roma in Central and Eastern Europe. A regional human development report, S. 24. Bratislava (UNDP).

Engelen, Theo & Jan Kok (2003): Permanent Celibacy and Late Marriage in the Netherlands, 1890-1960. In: Population 58, S. 67-96.

Engstler, Heribert (2002): Wiederheirat nach Scheidung. Trends und Faktoren der Wiederheiratshäufigkeit Geschiedener in der Schweiz. In: Dorbritz, Jürgen & Johannes Otto (Hg.): Familienpolitik und Familienstrukturen. Ergebnisse der gemeinsamen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie. Berlin, 21. - 23. Juni 2001, S. 201-214. Wiesbaden (BiB).

Enyedi, Zsolt, Zoltán Fábián & Endre Sik (2004): Is Prejudice Growing in Hungary? Changes in Anti-Semitism, Anti-Roma Feeling and Xenophobia over the Last Decade. In: Kolosi, Tamás, György Vukovich & György István Tóth (Hg.): Social Report 2004, S. 363-385. Budapest (TÁRKI).

Erdösi, Sándor, József Hegedüs & Eszter Somogyi (2000): Is private rental an option for urban housing provision in Hungary? In: Journal of Housing and the Built Environment 15, S. 267-291.

Erhard, Anna (1988): Ledige Mütter. Eine qualitative Untersuchung zur unehelichen Mutterschaft im oberen Vinschgau/ Südtirol im historischen Vergleich. Diplomarbeit zur Erlangung eines akademischen Grades eines Magisters der Philosophie an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck.

Ertl, Moritz (1887): Uneheliche Geburt und Legitimation. Ein Beitrag zur Beurtheilung der „unehelichen Geburtenziffer". In: Statistische Monatsschrift XIII, S. 393-438.

Esmer, Yilmaz (2004): Cross-Cultural Comparisons, Survey Methodology and the Values Surveys. In: Inglehart, Ronald, Miguel Basáñez, Jaime Díez-Medrano, Loek Halman & Ruud Luijkx (Hg.): Human Beliefs and Values. A cross-cultural sourcebook based on the 1999-2002 values surveys, S. 385-397. Buenos Aires u.a. (Siglo Veintiuno).

ESS (2010): ESS Data. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://nesstar.ess.nsd.uib.no/webview/

Europäisches Parlament (2008): Ihre Abgeordneten. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/members/public.do?language=de (Abfrage am 08.09. 2008).

European Commission (2006): Eurobarometer 66. Public Opionion in the European Union. First Results. Ohne Ort (European Commission).

European Roma Rights Center (1997): Time of the skinheads. Denial and exclusion of Roma in Slovakia. Budapest (ERRC).

European Roma Rights Center (2001): State of Impunity. Human Rights Abuse of Roma in Romania. Budapest (ERRC).

European Roma Rights Center (2002): The Limits of Solidarity. Roma in Poland after 1989. Budapest (ERRC).

Eurostat (2008): Allgemeine und Regionalstatistiken. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/region_cities/regional_stat istics/data/main_tables.

Eurostat (2009): Bevölkerung und soziale Bedingungen. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=0,1136184,0_45572595&_dad= portal&_schema=PORTAL.

Faragó, Tamás (1986): Formen bäuerlicher Haushalts- und Arbeitsorganisation in Ungarn um die Mitte des 18. Jahrhunderts. In: Ehmer, Josef & Michael Mitterauer (Hg.): Familienstruktur und Arbeitsorganisation in ländlichen Gesellschaften, S. 103-184. Wien u.a. (Böhlau).

Faragó, Tamás (2003): Different household formation systems in one country at the

end of the eighteenth century: Variations on John Hajnal's Thesis. In: Demográfia 46, Special Edition, S. 144-178.

Fassmann, Heinz & Gerhard Hatz (2004): Fragmentierte Stadt? Sozialräumliche Struktur und Wandel in Wien 1991-2001. In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft 146, S. 61-92.

Fazekas, Károly (2005a): Transition of the Hungarian Labour Market – Age, Skill and Regional Differences (=PIE Discussion Paper Series No. 241). Tokio (Economic Research Institute of the Hitotsubashi University).

Fazekas, Károly (2005b): Effects of FDI Inflows on Regional Labour Market Differences in Hungary. In: Économie Internationale 102, S. 83-105.

Fekete, Éva (2005a): Small villages undergoing transformation. In: Barta, Györgyi, Éva Fekete, Irén Szörényiné & Judit Timár (Hg.): Hungarian Spaces and Places, S. 483-500. Pécs (Centre for Regional Studies).

Fekete, Éva (2005b): Long-term Unemployment and Its Allevation in Rural Areas (=Centre for Regional Studies of Hungarian Academy of Sciences Discussion Paper No. 47). Pécs (Centre for Regional Studies).

Fiala, Petr (2009): Labor der Säkularisierung. Kirche und Religion in Tschechien. In: Osteuropa 59, S. 93-100.

Fialová, Ludmila (2007): Trends in marriage in the Czech Republic in the 20th century. In: Czech Demography 1, 2. 37-48.

Findlay, Allan (2003): Population Geographies for the 21st Century. In: Scottish Geographical Journal 119, S. 177-190.

Fischer, Claude (1975): Toward a Subcultural Theory of Urbanism. In: American Journal of Sociology 80, S. 1319-1341.

Florida, Richard (2005): The Rise of the Creative Class …and how it's transforming work, leisure, community, & everyday life. New York (Basic Books).

Florida, Richard (2008): Who's Your City? How the Creative Economy Is Making Where to Live the Most Important Decision of Your Life. New York (Basic Books).

Fodor, Éva (2006): A Different Type of Gender Gap: How Women and Men Experience Poverty. In: East European Politics and Societies 20, S. 14-39.

Fodor, Éva (2011): Geschlechterbeziehungen im (Post-)Sozialismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37-38/2011, S. 30-37.

Fodor, Éva & Anikó Balogh (2010): Back to the kitchen? Gender role attitudes in 13 East European Countries. In: Zeitschrift für Familienforschung 22, S. 289-307.

Fodor, Éva, Christy Glass, Janette Kawachi & Livia Popescu (2002): Family policies and gender in Hungary, Poland and Romania. In: Communist and Post-Communist Studies 35, S. 475-490.

Forsberg, Gunnel (1998): Regional Variations in the Gender Contract: Gendered Relations in Labour Markets, Local Politics and Everyday Life in Swedish Regions. In: Innovation 11, S. 191-209.

Fóti, Klára, József Nemes-Nagy, Ákos Jakobi, Éva Havasi & Judit Monostori (2003): Towards Alleviating Human Poverty 2000-2002. Human Development Report, Hungary 2000-2002. Budapest (Institute for World Economics of the Hungarian Academy of Sciences).

Fokkema, Tineke, Helga de Valk, Joop de Beer & Coen van Duin (2008): The Netherlands: Childbearing within the context of a "Poldermodel" society. In: Demographic Research 19, S. 743-794.

Frejka, Tomás (2008a): Parity distribution and completed family size in Europe: Incipient decline of the two-child family model? In: Demographic Research 19, S. 47-72.

Frejka, Tomás (2008b): Determinants of family formation and childbearing during the societal transition in Central and Eastern Europe. In: Demographic Research 19, S. 139-170.

Frejka, Tomás (2008c): Birth regulation in Europe: Completing the contraceptive revolution. In: Demographic Research 19, S. 73-84.

Frejka, Tomás & Tomáš Sobotka (2008): Fertility in Europe: Diverse, delayed and below replacement. In: Demographic Research 19, S. 15-46.

Frejka, Tomás, Tomáš Sobotka, Jan Hoem & Laurent Toulemon (2008): Summary and general conclusions: Childbearing Trends and Policies in Europe. In: Demographic Research 19, S. 5-14.

Frejka, Tomás & Charles Westoff (2006): Religion, Religiousness and Fertility in the U.S. and in Europe (= MPIDR Working Paper WP 2006-013). Rostock (MPIDR),

Fridriksdóttir, Hrefna & Kees Waaldijk (2005): Major legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners in Iceland. In: Waaldijk, Kees (Hg.): More or less together: Levels of legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners. A comparative study of nine European countries, S. 121-136. Paris (INED),

Gabrielli, Giuseppe & Jan Hoem (2008): No take-off toward the Second Demographic Transition in Italian union formation (= MPIDR Working Paper WP 2008-019). Rostock (MPIDR).

Gabrielli, Giuseppe & Jan Hoem (2009): Italy's non-negligible cohabitational unions (= MPIDR Working Paper WP 2008-019 [Revised June 2009]). Rostock (MPIDR).

Gál, Róbert Iván & András Gábos (2004): Effects of Intergenerational Public Transfers on Fertility: Test on Hungarian Data. In: Kolosi, Tamás, György Vukovich & György István Tóth (Hg.): Social Report 2004, S. 160-169. Budapest (TÁRKI).

Gans, Paul & Christina West (2004): Bevölkerungsentwicklung und Migration: "re"-Reconquista Spaniens? In: Monheim, Rolf (Hg.): Transkontinentale Migration im Mittelmeerraum, S. 27-44. Bayreuth (Naturwissenschaftliche Gesellschaft Bayreuth).

Garcia Ballesteros, Aurora, Enrique Pozo Rivera & Milagros Mayoral (1998): Pratique religieuse et diminution de la fécondité en Espagne. In: Revue Belge de Géographie 122, Heft 4, S. 407-418.

Garson, David (2009a): Testing of Assumptions. In: Statnotes: Topics in Multivariate Analysis. Verfügbar unter: http://faculty.chass.ncsu.edu/garson/PA765/assumpt.htm (Abfrage am 20.10. 2009).

Garson, David (2009b): Factor Analysis. In: Statnotes: Topics in Multivariate Analysis. Verfügbar unter: http://faculty.chass.ncsu.edu/garson/PA765/factor.htm (Abfrage am 20.10. 2009).

Garson, David (2009c): Multiple Regression. In: Statnotes: Topics in Multivariate Analysis. Verfügbar unter: http://faculty.chass.ncsu.edu/garson/PA765/regress.htm (Abfrage am 20.10. 2009).

Garssen, Joop & Han Nicolaas (2008): Fertility of Turkish and Moroccan women in the Netherlands: Adjustment to native level within one generation. In: Demographic Research 19, S. 1249-1280.

Garthoff, Sebastian (2009): Szenen aus Budapest. In: Aus Politik und Zeigeschichte Heft 29-30/2009, S. 3-5.

Geilke, Georg (1978): Die nichteheliche Lebensgemeinschaft in der Sowjetunion. In: Landwehr, Götz (Hg.): Die nichteheliche Lebensgemeinschaft, S. 133-136. Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht).

General Register Office for Scotland (2006): Scotland's Population 2005. The Registrar General's Annual Report of Demographic Trends, 151st Edition. Edinburgh (GROS).

General Register Office for Scotland (2007): Scotland's Population 2006. The Registrar General's Annual Report of Demographic Trends, 152nd Edition. Edinburgh (GROS).

General Register Office for Scotland (2011): Scotland's Population 2010. The Registrar General's Annual Review of Demographic Trends, 156th Edition. Edinburgh (GROS).

Gesterkamp, Thomas (2009): Vielfalt der Geschlechterrollen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Heft 41/2009, S. 7-12.

Gibson-Davis, Christina, Kathryn Edin & Sara McLanahan (2005): High Hopes But Even Higher Expectations: The Retreat From Marriage Among Low-Income Couples. In: Journal of Marriage and the Family 67, S. 1301-1312.

Giddens, Anthony (1983): Klassenspaltung, Klassenkonflikt und Bürgerrechte. Gesellschaft im Europa der achtzige Jahre. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen (Schwartz & Co.).

Giese, Ernst (1978): Kritische Anmerkungen zur Anwendung faktorenanalytischer Verfahren in der Geographie. In: Geographische Zeitschrift 66, S. 161-182.

Gil Alonso, Fernando (2004): The uneven distribution of family responsabilities between women and men, and its link with low fertility: Some evidence for European Union countries from Eurobarometer data. Barcelona (Centre d'Estudis Demogràfics).

Gjonca, Arjan, Arnstein Aassve & Letizia Mencarini (2008): Albania: Trends and patterns, proximate determinants and policies of fertility change. In: Demographic Research 19, S. 261-292.

Glass, Christy (2008): Gender and Work during Transition: Job Loss in Bulgaria, Hungary, Poland, and Russia. In: East European Politics and Societies 22, S. 757-783.

Glass, Christy & Éva Fodor (2011): Public Maternalism Goes to Market. Recruitment, Hiring, and Promotion in Post-Socialist Hungary. In: Gender & Society 25, S. 5-26.

Główny Urząd Statystycny (2007): Rocznik Demograficzny 2007. Warschau (GUS).

Główny Urząd Statystycny (2008a): Population: Births in 1970-2006. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_population_structure_05 _table5.xls (Abfrage am 26.08.2008).

Główny Urząd Statystycny (2008b): Rocznik Demograficzny 2008. Warschau (GUS).

Główny Urząd Statystycny (2008c): Regional Data Bank. Population and Vital Statistics: Life Births by Singular Age of Mother. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www. stat.gov.pl/bdren_n/app/dane_podgrup.wymiary?p_kate=3&p_grup=7&p_pgru=2167&p_dane=0 (Abfrage am 26.08.2008).

Goldscheider, Frances (2000): Why Study Young Adult Living Arrangements? A View of the Second Demographic Transition. Vortrag im Rahmen des Workshop „Leaving Home – A European Focus" in Rostock im September 2000.

Goldstein, Joshua, Tomáš Sobotka & Aiva Jasilioniene (2009): The End of 'Lowest-Low' Fertility? (= MPIDR Working Paper WP 2009-029). Rostock (MPIDR).

González Beilfuss, Cristina (2005): Spanien und Portugal. In: Scherpe, Jens & Nadjma Yassari (Hg.): Die Rechtsstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften, S. 249-275. Tübingen (Mohr Siebeck).

González López, María José & Montserrat Solsona Pairó (2000): Households and families. Changing living arrangements and gender relations. In: Duncan, Simon & Birgit Pfau-Effinger (Hg.): Gender, Economy and Culture in the European Union, S. 49-86. London, New York (Routledge).

González, María-José, Pau Miret & Rocío Teviño (2010): 'Just Living Together': Implications of cohabitation for fathers' participation in child care in Western Europe. In: Demographic Research 23, S. 445-478.

Gorzelak, Grzegorz & Maciej Smętkowski (2010): Regional development dynamics in Central and Eastern European countries. In: Gorzelak, Grzegorz, John Bachtler & Maciej Smętkowski (Hg.): Regional Development in Central and Eastern Europe. Development processes and policy challenges, S. 34-58. London, New York (Routledge).

Graham, David (1995): Social and Demographic Patterns and Trends in Northern Ireland: a Multivariate Approach. In: Irish Geography 28, S. 35-47.

Graham, Elspeth (2000): What Kind of Theory for What Kind of Population Geography? In: International Journal of Population Geography 6, S. 257-272.

Graham, Elspeth & Paul Boyle (2001): Editorial Introduction: (Re)theorising Population Geography: Mapping the Unfamiliar. In: International Journal of Population Geography 7, S. 389-394.

Grand-duché de Luxembourg (2004): Loi du 9 juillet relative aux effets légaux de certains partenariats. In: Mémorial. Journal officiel du Grand-duché de Luxembourg No 143 du 6 août 2004, S. 2020-2038.

Grant, Gail (2005): Towards a Framework for the Analysis of Abortion Culture. Southampton (University of Southampton).

Greenhalgh, Susan (1995): Anthropology theorizes reproduction: Integrating practice, political economic, and feminist perspectives. In: Greenhalgh, Susan (Hg.): Situating fertility. Anthropology and demographic inquiry, S. 3-28. Cambridge (Cambridge University Press).

Greenwood, Jeremy, Ananth Seshadri & Guillaume Vandenbroucke (2005): The Baby Boom and Baby Bust. In: The American Economic Review 95, S. 183-207.

Grigoriev, Pavel, Vladimir Shkolnikov, Evgueni Andreev, Domantas Jasilionis, Dimitri Jdanov, France Meslé & Jacques Vallin (2010): Mortality in Belarus, Lithuania, and Russia: Divergence in recent Trends and Possible Explanations. In: European Journal of Population 26, S. 245-274.

Grosz, András (2005): The Successful Transformation of Tatbánya. In: Müller, Bernhard, Maroš Finka & Gerd Lintz (Hg.): Rise and Decline of Industry in Central and Eastern Europe. A Comparative Study of Cities and Regions in Eleven Countries, S. 123. Berlin u. a. (Springer).

Gulyás, László (2008): Regional disparities of the Hungarian Labour Market 1990-2005/ Disparităţi regionale ale pieţei forţei de muncă din Ungaria în perioada 1990-2005. In: Forum Geografic – Studii şi cercetări de geografie şi protecţia mediului VIII, S. 128-135.

Gutfleisch, Ralf (2009): „Haben Sie schon mal geclustert?" Clusteranalyse: Komplex aber doch nicht so schwer. In: Stadtforschung und Statistik, Heft 1/09, S. 15-19.

Gyarfášová, Olga, Zora Bútorová & Mario Dobrovodský (1996): Women and men in marriage and family. In: Bútorová, Zora & Martin Bútora (Hg.): She and he in Slovakia. Gender issues in public opinion, S. 58-80. Bratislava (FOCUS).

Hablicsek, László (2000): Demographic Situation and Population Policies in Hungary,

in: Kučera, Tomáš, Olga Kučerová, Oksana Opara & Eberhard Schaich (Hg.): New Demographic Faces of Europe. The Changing Population Dynamics in Countries of Central and Eastern Europe, S. 163-182. Berlin, Heidelberg (Springer).

Hablicsek, László (2007): Kísérleti számítások a Roma lakosság területi jellemzőinek alakulására és 2021-ig történő előrebecslésére. In: Demográfia 50, S. 7-54.

Hajnal, John (1982): Two Kinds of Preindustrial Household Formation Systems. In: Population and Development Review 8, S. 449-494.

Hall, David (2002): Risk Society and the Second Demographic Transition. In: Canadian Studies in Population 29, S. 173-193.

Hall, David (2003): The Pure Relationship and Below Replacement Fertility. In: Canadian Studies in Population 30, S. 51-69.

Hamplová, Dana (2004): From a Socialist to a Market Economy: The Changing Behavior in The Czech Republic in the 1990s (= tLIFE Working Paper 65). Bamberg (Otto-Friedrich-Universität Bamberg).

Hamplová, Dana (2005): Educational Homogamy in Marriage and Cohabitation in Selected European Countries. Vortrag im Rahmen des Treffens des International Sociological Association Research Committee 28 on Stratification and Mobility in Los Angeles im August 2005.

Hank, Karsten (2002): Eine Mehrebenenanalyse regionaler Einflüsse auf die Familiengründung westdeutscher Frauen in den Jahren 1984 bis 1999 (=MPIDR Working Paper WP 2002-021). Rostock (MPIDR).

Hansen, Randall (2007): focus Migration Länderprofil Vereinigtes Königreich. Hamburg (HWWI).

Hansen, Thomas, Torbjørn Moum & Adam Shapiro (2007): Relational and Individual Well-Being Among Cohabitors and Married Individuals in Midlife. Recent Trends From Norway. In: Journal of Family Issues 28, S. 910-933.

Harsch, Donna (2007): Revenge of the Domestic. Women, the Family, and Communism in the German Democratic Republic. Princeton, Oxford (Princeton University Press).

Haupt, Arthur und Thomas Kane (2004[5]): Population Reference Bureau's Population Handbook. A Quick Guide to Population Dynamics for Journalists, Policymakers, Teachers, Students, and Other People Interested in Demographics. Washington (Population Reference Bureau).

Havas, Gábor (2002a): The School as Breakout Point. In: Kállai, Ernő (Hg.): The Gypsies/The Roma in Hungarian Society, S. 79-106. Budapest (Teleki László Foundation).

Havas, Gábor (2002b): On Sociological Studies about the Roma. In: Kállai, Ernő (Hg.): The Gypsies/The Roma in Hungarian Society, S. 18-23. Budapest (Teleki László Foundation).

Havasi, Éva, Elizabeth Eperjesi-Lindner, János Fóti, Miklós Lakatos & József Nemes-Nagy (1999): Hungary: Human Development Report 1999. Budapest (Institute for World Economics of the Hungarian Academy of Sciences).

Havlíček, Tomáš & Martina Hupková (2008): Religious Landscape in Czechia: New structures and Trends. In: Geografie – Sborník České Geografické Společnosti 113, S. 302-319.

Heinen, Jacqueline (2000): La pénalisation de l´avortement en Pologne ou l´intrication entre le politique et le religieux. In: Иаселение 2/2000, S. 126-134.

Henkel, Jürgen (2009): Psychologische Phänomene der Wendebewältigung am Beispiel Rumäniens. In: Südosteuropa Mitteilungen 49, S. 34-43.

Henkel, Reinhard (2006): Definition von Religion und Religionstheorien – was kann die Religionsgeographie aus der Diskussion in Religionssoziologie und Religionswissenschaft lernen? In: Acta Universitatis Carolinae Geographica XLI, S. 77-90.

Heuveline, Patrick und Jeffrey Timberlake (2004): The Role of Cohabitation in Family Formation: The United States in Comparative Perspective. In: Journal of Marriage and the Family 66, S. 1214-1230.

Heuveline, Patrick, Jeffrey Timberlake und Frank Furstenberg (2003): Shifting Childrearing to Single Mothers: Results from 17 Western Countries. In: Population and Development Review 29, S. 47-71.

Heye, Corinna & Heiri Leuthold (2006): Sozialräumlicher Wandel in der Agglomeration Zürich. Konsequenzen von Suburbanisierung und Reurbanisierung. In: disP 164, S. 16-29.

Hilti, Nicola (2009): Multikolales Wohnen: Bewegungen und Verortungen. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1-2.2009, S. 77-86.

Hiltunen, Rainer & Kees Waaldijk (2005): Major legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners in Finland. In: Waaldijk, Kees (Hg.): More or less together: Levels of legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners. A comparative study of nine European countries, S. 79-92. Paris (INED).

Hoem, Jan (1991): To marry, just in case…: the Swedish Widow's-Pension reform and the Peak in Marriages in December 1989. In: Acta Sociologica 34, S. 127-135

Hoem, Jan (2008): Overview Chapter 8: The impact of public policies on European fertility. In: Demographic Research 19, S. 249-260.

Hoem, Jan, Aiva Jasilioniene, Dana Kostova & Cornelia Mureşan (2007): Traces of the Second Demographic Transition in selected countries in Central and Eastern Europe: Union formation as a demographic manifestation (=MPIDR Working Paper WP 2007-0261). Rostock (MPIDR).

Hoem, Jan & Dana Kostova (2007): Early traces of the Second Demographic Transition in Bulgaria: A joint analysis of marital and non-marital union formation (=MPIDR Working Paper WP 2007-020). Rostock (MPIDR).

Hoem, Jan, Dana Kostova, Aiva Jasilioniene & Cornelia Mureşan (2009): The structure of recent first-union formation in Romania (= MPIDR Working Paper WP 2009-002). Rostock (MPIDR).

Hoem, Jan, Dana Kostova, Giuseppe Gabrielli, Anna Matysiak & Aiva Jasilioniene (2010): Levels of recent first-union formation: Six European countries compared. In: Demographic Research 22, S. 199-210

Hoelter, Lynette & Dawn Stauffer (2002): What Does in Mean to Be "Just Living Together" in the New Millennium? An Overview. In: Booth, Alan & Ann Crouter (Hg.): Just Living Together. Implications of Cohabitation on Families, Children, and Social Policy, S. 255-271. Mahwah (Erlbaum).

Hofmeister, Burkhard (1993[6]): Stadtgeographie. Braunschweig (Westermann).

Hogerbrugge, Martijn & Pearl Dykstra (2009): The Family Ties of Unmarried Cohabiting and Married Persons in the Netherlands. In: Journal of Marriage and the Family 71, S. 135-145.

---

1 Überarbeitete Version vom Januar 2008

Holland, Winifred (2005): Legal Status of Cohabitants in Canada. In: Scherpe, Jens & Nadjma Yassari (Hg.): Die Rechtsstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften, S. 479-528. Tübingen (Mohr Siebeck).

Hrabar, Dubravka (2005): Legal Status of Cohabitants in Croatia. In: Scherpe, Jens & Nadjma Yassari (Hg.): Die Rechtsstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften, S. 399-414. Tübingen (Mohr Siebeck).

Husz, Ildikó (2006): Educational Level and Timing of Births in Hungary, Vortrag auf der European Population Conference in Liverpool im Juni 2006.

Iacovou, Maria & Alexandra Skew (2011): Household composition across the new Europe: Where do the new Member States fit in? In: Demographic Research 25, S. 465-490.

Idema, Hanna & Karen Phalet (2007): Transmissions of gender-role values in Turkish-German migrant families: The role of gender, intergenerational and intercultural relations. In: Zeitschrift für Familienforschung 19, S. 71-105.

Iliewa, Margarita (2002): Bulgariens administrative Neugliederung – die Einführung von neuen Verwaltungseinheiten und Planungsregionen als Vorbereitung auf eine zukünftige EU-Mitgliedschaft. In: Europa Regional 10, S. 28-37.

Ilonszki, Gabriella (2006): Women in politics: The European Union and Hungary. In: Nagy, Ildikó, Marietta Pongrácz & István Gjörgy Tóth (Hg.): Changing Roles: Report on the Situation of Women and Men in Hungary 2005, S. 56-68. Budapest (TÁRKI).

Inglehart, Ronald & Wayne Baker (2000): Modernization, cultural change, and the persistence of traditional values. In: American Sociological Review 65, S. 19-51.

Inotai, András (2009): Die globale Krise und Ungarn. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Heft 29-30/2009, S. 18-26.

Institut National de Statistique (2003): Statistiques démographiques: Naissances en 1997. Brüssel (INS/NIS).

Institut National de la Statistique et des Études Économiques (2006a): Indicateurs généraux de population par département et région. Année 2005. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.insee.fr/fr/ppp/bases-de-donnees/irweb/sd2006/dd/excel/sd2006_p3d_ fe.xls (Abfrage am 09.01.2008).

Institut National de la Statistique et des Études Économiques (2006b): Nés vivants suivant la situation matrimoniale des parents, le sexe et l'âge de la mère par département et région de domicile de la mère. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.insee.fr/fr/ppp/ bases-de-donnees/irweb/sd20061/dd/excel/sd20061_n3d_ fe.xls (Abfrage am 09.01.2008).

Instituto Nacional de Estadística (2007a): Indicadores Demográficos Básicos. Natalidad y Fecundidad: Tasas de fecundidad por grupos de edad, por 1000 mujeres. Total nacional y provincias. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.ine.es/jaxiBD /tabla.do?per=12&type=db&divi=IDB&idtab=21 (Abfrage am 09.01.2008).

Instituto Nacional de Estadística (2007b): Indicadores Demográficos Básicos. Natalidad y Fecundidad: Porcentaje de nacidos de madre no casada. Total nacional y provincias. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.ine.es/jaxiBD/tabla.do ?per=12&type=db&divi=IDB&idtab=17 (Abfrage am 09.01.2008).

Instituto Nacional de Estadística I.P. (2001): Inquérito à fecundidade e família 1997. Lissabon (INE I. P.).

Instituto Nacional de Estadística I.P. (2007): Estatísticas Demográficas 2005. Lissabon (INE I.P.).

Instituto Nacional de Estadística I.P. (2009): Live births outside marriage (%) by Place of residence; Annual. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.ine.pt/xportal/ xmain?xpid=INE&xpgid=ine_indicadores&indOcorrCod=0000601&contexto=bd&selTab=tab2 (Abfrage am 11.11.2009).

Instituto Nazionale di Statistica (2006a): Nati per stato civile e classe di età della madre al parto, per provincia e grandi comuni - Anno di iscrizione 2005. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://demo.istat.it/altridati/IscrittiNascita/2005/T2.2.xls (Abfrage am 11.07. 2007).

Instituto Nazionale di Statistica (2006b): Età media dei genitori alla nascita del figlio, numero medio di figli per donna (Tft) e tassi specifici di fecondità per età della madre, per provincia - Anno di iscrizione 2005. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://demo.istat.it/ altridati/IscrittiNascita/2005/T1.1.A.xls (Abfrage am 11.07. 2007).

Instituto Nazionale di Statistica (2009): L'interruzione volontaria di gravidanza in Italia. Anno 2006. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.istat.it/dati/dataset/ 20090112_00/Tavole%202006.zip (Abfrage am 17.02.2009).

Institutul National de Statistica (2006): Anuarul statistic al Romaniei 2006. Bukarest (Comisia Nationala Pentru Statistica).

Jackson, G. (2001): Marriages at Gretna, 1975-2000. Edinburgh (GROS).

Jancar, Barbara (1978): Women under Communism. Baltimore, London (The Johns Hopkins University Press).

Janky, Béla (2004): The Income Situation of Gypsy Families. In: Kolosi, Tamás, György Vukovich & István György Tóth (Hg.): Social Report 2004, S. 386-399. Budapest (TÁRKI).

Janky, Béla (2006): The Social Position and Fertility of Roma Women. In: Nagy, Ildikó, Marietta Pongrácz & István Gjörgy Tóth (Hg.): Changing Roles: Report on the Situation of Women and Men in Hungary 2005, S. 132-145. Budapest (TÁRKI).

Jász, Krisztina & Zsolt Szoboszlai (2005): Socially Excluded Groups in Hungary and a Special Re-integration Programme. In: Barta, Györgyi, Éva Fekete, Irén Szörényiné & Judit Timár (Hg.): Hungarian Spaces and Places, S. 274-288. Pécs (Centre for Regional Studies).

Jávor, Kata (2006): Tradition-bound. Roles and Gender in a Hungarian Village. In: The Hungarian Quarterly XLVII, S. 93-100.

Jelenszkyné Fábián, Ildikó (2009): Rural development and equal opportunities of the two genders in small villages in Ormánság. In: Modern Geográfia Heft 2/2009, S. 1-15.

Johansson, Mats & Daniel Rauhut (2005): ESPON Project 1.1.4: The Spatial Effects of Demographic Trends and Migration, Final Report. Stockholm (ITPS).

Jordan, Peter (2005a): The concept of the cultural region and the importance of coincidence between administrative and cultural regions. In: Romanian Review of Regional Studies 1, S. 13-18.

Jordan, Peter (2005b): Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien. In: Europa Regional 13, S. 162-173.

Jordan, Peter (2006): Das Problem der ausgeprägten regionalen Disparitäten im östlichen Europa. In: Hitz, Harald (Hg.): Europa neu denken lernen: Möglichkeiten und Ansätze für ein Lernen über und ein Denken für Europa, S. 119-133. Wien (Universität Wien).

Joseph, Serge (2008): Des PACS beaucoup plus nombreux en Loire-Atlantique et en Sarthe. Nantes (INSEE Pays de la Loire).

Kantorová, Vladimíra (2004): Family Life Transitions of Young Women in a Changing Society: First Union Formation and Birth of First Child in the Czech Republic, 1970-1997. A Dissertation Submitted in Satisfaction of the Requirements for the Degree of Doctor of Philosophy in Demography. Prag, Paris.

Kapor-Stanulovic, Nila & Henry David (1999): Former Yugoslavia and Successor States. In: David, Henry (Hg.): From Abortion to Contraception. A Resource to Public Policies and Reproductive Behaviour in Central and Eastern Europe from 1917 to the Present, S. 279-315. Westport, London (Greenwood Press).

Katus, Kalev, Luule Sakkeus, Allan Puur & Asta Põldma (2000): Demographic Development of the Estonian Population: Recent Changes in the Context of the Long-term Trends. In: Kučera, Tomáš, Olga Kučerová, Oksana Opara und Eberhard Schaich (Hg.): New Demographic Faces of Europe. The Changing Population Dynamics in Countries of Central and Eastern Europe, S. 125-140. Berlin u. a. (Springer).

Katus, Kalev & Luule Sakkeus (2001): Demographische Entwicklung der im Ausland geborenen Bevölkerung Estlands: Divergenz oder Konvergenz? In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 26, S. 443-452.

Katus, Kalev, Allan Puur, Asta Põldma & Luule Sakkeus (2007): First union formation in Estonia, Latvia and Lithuania. Patterns across countries and gender. In: Demographic Research 17, S. 247-300.

Kaufman, Robert (2007): Market Reform and Social Protection: Lessons from the Czech Republic, Hungary, and Poland. In: East European Politics & Societies 21, S. 111-125

Kaufmann, Franz-Xaver (2005): Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung).

Kemény, István (2002a): The Roma/Gypsies of Hungary and the Economy. In: Kállai, Ernő (Hg.): The Gypsies/The Roma in Hungarian Society, S. 51-78. Budapest (Teleki László Foundation).

Kemény, István (2002b): Linguistic Groups and Usage Among the Hungarian Gypsies/Roma. In: Kállai, Ernő (Hg.): The Gypsies/The Roma in Hungarian Society, S. 28-34. Budapest (Teleki László Foundation).

Kennedy, James (2004): Die Grenzen der Toleranz. Freiheit, Autorität und die niederländische Gesellschaft. In: Wielenga, Friso & Ilona Traute (Hg.): Länderbericht Niederlande. Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft, S. 189-239. Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung).

Kerese, Tibor (2010): Winner places in a loser county. Growing settlements in Somogy, where the population decrease has been massive for half a century. In: Modern Geográfia, Heft 1/2010, S. 1-14.

Keresztes, László Lóránt & Róbert Tésits (2008): The ability to regional labour market adjustment in the villages of Baranya. In: Geografski vestnik 80, S. 107-116.

Kerr, Don, Melissa Moyser & Roderic Beaujot (2006): Marriage and Cohabitation: Demographic and Socioeconomic Differences in Quebec and Canada. In: Canadian Studies in Population 33, S. 83-117

Kerzer, David (1995): Political-economic and cultural explanations of demographic behavior. In: Greenhalgh, Susan (Hg.): Situating fertility. Anthroplogy and demographic inquiry, S. 29-52. Cambridge (Cambridge University Press).

Kiernan, Kathleen (2001): The Rise of Cohabitation and Childbearing Outside Marriage in Western Europe. In: International Journal of Law, Policy and the Family 15, S. 1-21.

Kiernan, Kathleen (2002): Cohabitation in Western Europe: Trends, Issues, and Implications. In: Booth, Alan & Ann Crouter (Hg.): Just Living Together. Implications of Cohabitation on Families, Children, and Social Policy, S. 3-31. Mahwah (Erlbaum).

Kiernan, Kathleen & Kate Smith (2003): Unmarried parenthood: new insights from the Millennium Cohort Study. In: Population Trends 114, S. 26-33.

Kind en Gezin (2010): Het kind in Vlaanderen. Brüssel (K&G).

Kinder, Herrmann & Werner Hilgemann (1989[23]): dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Karten und chronologischer Abriss. Band 2: Von der französischen Revolution bis zur Gegenwart. München (dtv).

Kipke, Rüdiger (2005): Das politische System Ungarns. Eine Einführung. Wiesbaden (VS).

Kippen, Rebecca (2006): The rise of the older mother. In: People and Place 14, S. 1-11.

Kiraly, Ernö (1964): Ungarn. In: Südost-Institut München (Hg.): Bevölkerungsentwicklungen in Südosteuropa. Jugoslawien, Ungarn, Rumänien. München (Oldenbourg).

Kirk, Dudley (1967): Europe's Population in the Interwar Years. New York u. a. (Gordon and Breach).

Kiss, Éva (2011): The impact of the economic crisis on the spatial organization of Hungarian industry. In: European Urban and Regional Studies 19, S. 62-76.

Klages, Helmut (2001[2]): Werte und Wertewandel. In: Schäfers, Bernhard & Wolfgang Zapf (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, S. 726-738. Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung).

Klement, Carmen & Brigitte Rudolph (2003): Auswirkungen staatlicher Rahmenbedingungen und kultureller Leitbilder auf das Geschlechterverhältnis. Deutschland und Finnland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Heft B44/2003, S. 23-29.

Klinger, András (1991): Les politiques familiales en Europe de l'Est. In: Population 3, S. 511-526.

Klodawski, Ed (2003): Fertility of Ethnic Groups in London. London (GLA).

Klüsener, Sebastian & Joshua Goldstein (2009): Räumliche Analyse des Geburtenverhaltens in Deutschland in Geschichte und Gegenwart: Die Integration soziologischer, geographischer und historischer Forschungsansätze. In: Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft 2008, ohne Seitenangabe. München (Max-Planck-Gesellschaft).

Klüsener, Sebastian & Joshua Goldstein (2012): The Long-Standing Demographic East-West-Divide in Germany (= MPIDR Working Paper WP 2012-007). Rostock (MPIDR)

Knodel, John & Steven Hochstadt (1980): Urban and rural illegitimacy in Imperial Germany. In: Laslett, Peter, Karla Oosterveen & Richard Smith (Hg.): Bastardy and its Comparative History. Studies in the history of illegitimacy and marital nonconformism in Britain, France, Germany, Sweden, North America, Jamaica and Japan, S. 284-312. Cambridge (Harvard University Press).

Kobayashi, Koji, Jozef Mládek, Jana Širocková & Tsukiko Kobayashi (2006): Family Behavior of Japanese and Slovak Populations: Similarities and Differences. In: Geographical Review of Japan 79, S. 644-663.

Kocourková, Jiřina (2009): The Current 'Baby Boom' in the Czech Republic and Family Polica. In: Czech Demography 3, S. 43-53.

Kocsis, Károly (2000): The Roma (Gypsy) Question in the Carpatho-Pannonian Region.

In: Kovács, Zoltán (Hg.): Hungary towards the 21st century: the human geography of transition, S. 119-135. Budapest (HAS).

Kohler, Hans-Peter, Francesco Billari & José Antonio Ortega (2001): Towards a Theory of Lowest-Low Fertility (= MPIDR Working Paper WP 2001-032). Rostock (MPIDR).

Kohler, Hans-Peter & José Antonio Ortega (2002): Tempo-adjusted period parity progression measures, fertility postponement and completed cohort fertility. In: Demographic Research 6, S. 91-144.

Kohler, Hans-Peter & Dimiter Philipov (2001): Variance effects in the Bongaarts-Feeney formula. In: Demography 38, S. 1-16.

Konietzka, Dirk & Michaela Kreyenfeld (2002): Nichteheliche Geburten in Ostdeutschland in den 90er Jahren - Alte Gewohnheiten oder neue Familienformen? In: Dorbritz, Jürgen & Johannes Otto (Hg.): Familienpolitik und Familienstrukturen. Ergebnisse der gemeinsamen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie. Berlin, 21. - 23. Juni 2001, S. 215-237. Wiesbaden (BiB).

Konietzka, Dirk & Michaela Kreyenfeld (2007): Mehr Kinder pro Frau in Ost- als in Westdeutschland. Warum die Diskussion zum Zusammenhang von Kinderkrippen und Geburtenrate verkürzt ist. In: Demographische Forschung aus Erster Hand, Heft 2/2007, S. 4.

Kopp, Johannes (2002): Geburtenentwicklung und Fertilitätsverhalten. Theoretische Modellierungen und empirische Erklärungsansätze. Konstanz (UVK).

Kopp, Mária & Eszter Rádai (2007): Why Men Die Young in Hungary – Mária Kopp in Conversation with Eszter Rádai. In: The Hungarian Quarterly 185, S. 92-99.

Kopp, Mária, Árpád Skrabski, János Lőke & Sándor Szedmák (1999): The Hungarian State of Mind in a Transforming Society. In: Spéder, Zsolt (Hg.): Hungary in Flux. Society, Politics and Transformation, S. 117-133. Hamburg (Krämer).

Kotowska, Irena, Janina Jóźwiak, Anna Matysiak & Anna Baranowska (2008): Poland: Fertility decline as a response to profound societal and labour market changes? In: Demographic Research 19, S. 795-854.

Kovács, Zoltán (1998): Regioal disparities and political party preferences in Hungary. In: Burdack, Joachim, Frank-Dieter Grimm & Leo Paul (Hg.): The political geography of current East-West relations. Papers presented at the 28th International Geographical Congress The Hague 1996 (= Beiträge zur regionalen Geographie 47), S. 273-287. Leipzig (IfL).

Kovács, Zoltán (2001): The Geography of Post-Communist Parliamentary Elections in Hungary. In: Meusburger, Peter (Hg.): Transformations in Hungary: Essays in economy and society, S. 249-272. Heidelberg, New York (Physica).

Kovács, Zoltán (2004): Socio-economic transition and regional differentiation in Hungary. In: Földrajzi Értesítő LIII, S. 33-49.

Kovács, Zoltán (2009): Social and Economic Transformation of Historical Neighbourhoods in Budapest. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie 100, S. 399-416.

Kovács, Zoltán, Tamás Egedy, Zsuzsa Földi, Krisztina Keresztély & Balázs Szabó (2007): Budapest: From state socialism to global capitalism. Pathways to creative and knowledge-based regions. Amsterdam (AMIDSt).

Kovács, Zoltán & Reinhard Wießner (2004): Budapest – Restructuring a European Metropolis. In: Europa Regional 12, S. 22-31.

Kovács, Zoltán, Reinhard Wießner & Romy Zischner (2007): Budapester Altbauquartiere im Revitalisierungsprozess. In: Europa Regional 15, S. 153-165.

Kovatacheva, Siyka (2000): Sinking or swimming in the waves of transformation? Young people and social protection in Central and Eastern Europe. Brüssel (European Youth Forum).

Koytcheva, Elena (2006): Social-demographic differences on fertility and union formation in Bulgaria before and after the start of the societal transition. Inauguraldissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock.

Koytcheva, Elena & Dimiter Philipov (2008): Bulgaria: Ethnic differentials in rapidly declining fertility. In: Demographic Research 19, S. 361-402.

Központi Statisztikai Hivatal (1985): Demográfiai évkönyv 1984. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992a): Demográfiai évkönyv 1991. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992b): 1990. Évi népszámlálás 4. Baranya megye adatai. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992c): 1990. Évi népszámlálás 5. Bács-Kiskun megye adatai. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992d): 1990. Évi népszámlálás 6. Békés megye adatai. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992e): 1990. Évi népszámlálás 7. Borsod-Abaúj-Zemplén megye adatai. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992f): 1990. Évi népszámlálás 8. Csongrád megye adatai. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992g): 1990. Évi népszámlálás 9. Fejér megye adatai. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992h): 1990. Évi népszámlálás 10. Győr-Moson-Sopron megye adatai. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992i): 1990. Évi népszámlálás 11. Hajdú-Bihar megye adatai. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992j): 1990. Évi népszámlálás 12. Heves megye adatai. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992k): 1990. Évi népszámlálás 13. Jász-Nagykun-Szolnok megye adatai. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992l): 1990. Évi népszámlálás 14. Komárom-Esztergom megye adatai. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992m): 1990. Évi népszámlálás 15. Nógrád megye adatai. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992n): 1990. Évi népszámlálás 16. Pest megye adatai. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992o): 1990. Évi népszámlálás 17. Somogy megye adatai. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992p): 1990. Évi népszámlálás 18. Szabolcs-Szatmár-Bereg megye adatai. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992q): 1990. Évi népszámlálás 19. Tolna megye adatai. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (1992r): 1990. Évi népszámlálás 20. Vas megye adatai. Budapest (KSH).
Központi Statisztikai Hivatal (1992s): 1990. Évi népszámlálás 21. Veszprém megye adatai. Budapest (KSH).
Központi Statisztikai Hivatal (1992t): 1990. Évi népszámlálás 22. Zala megye adatai. Budapest (KSH).
Központi Statisztikai Hivatal (1992u): 1990. Évi népszámlálás 23. Budapest adatai. Budapest (KSH).
Központi Statisztikai Hivatal (1996): Demográfiai évkönyv 1995. Budapest (KSH).
Központi Statisztikai Hivatal (2001): Demográfiai évkönyv 2000. Budapest (KSH).
Központi Statisztikai Hivatal (2002): Budapest statisztikai évkönyve 2001. Budapest (KSH).
Központi Statisztikai Hivatal (2003a): Population Census 2001: National and county data. On-line Datenbank; Daten verfügbar unter: http://nepszamlalas.hu/eng/volumes/06/00/ content.html.
Központi Statisztikai Hivatal (2003b): Regional distribution of gross domestic product (GDP), 2001. Budapest (KSH).
Központi Statisztikai Hivatal (2004a): Population Census 2001: Family types, forms of family. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.nepszamlalas.hu/eng/volumes/19/ tartalom.html.
Központi Statisztikai Hivatal (2004b): Population Census 2001: Ethnic Minorities. County data by ethnic minorities. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www. nepszamlalas.hu/eng/volumes/24/tabl3_1.html.
Központi Statisztikai Hivatal (2004c): A területfejlesztési-statisztikai kistérségek fontosabb adatai. A kistérségek 2002. évi fontosabb adatai a 2004. január 1-jei területbeosztás alapján. Budapest (KSH).
Központi Statisztikai Hivatal (2004d): Population Census 2001: Housing conditions of households. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.nepszamlalas.hu /eng/volumes/17/tartalom.html.
Központi Statisztikai Hivatal (2005a): Population Census 2001: Population by religions, denominations. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.nepszamlalas.hu/ eng/volumes/26/tartalom.html.
Központi Statisztikai Hivatal (2005b): Population Census 2001: Ethnic Minorities. Detailed data by ethnic minorities. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www. nepszamlalas.hu /eng/volumes/24/tabl2_1.html.
Központi Statisztikai Hivatal (2005c): Mikrocenzus 2005: Families by family composition and number of children. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.mikrocenzus.hu/mc2005_eng/volumes/01/tables/prnt1_3_3.html.
Központi Statisztikai Hivatal (2005d): Mikrocenzus 2005: Data on territories and individual parliamentary constituencies, Online-Datenbank; Daten verfügbar unter:
http://www.mikrocenzus.hu/mc2005_eng/index.html.
Központi Statisztikai Hivatal (2005e): Population Census 2001: Data on statistical subregions (NUTS4, January 1, 2004). Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www. nepszamlalas.hu/eng/volumes/21/tartalom.html.
Központi Statisztikai Hivatal (2006a): Demográfiai évkönyv 2005. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (2006b): A munkaerő-felmérés regionális idősorai 1992-2005. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (2006c): Population Census 2001: Family and Religion. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.nepszamlalas.hu/eng/volumes/27/ tartalom.html.

Központi Statisztikai Hivatal (2006d): Budapest statisztikai évkönyve 2005. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (2006e): Mikrocenzus 2005: Educational attainment of the population, Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.mikrocenzus.hu/ mc2005_eng/volumes/09/tartalom.html.

Központi Statisztikai Hivatal (2006f): Mikrocenzus 2005: Characteristics of the population and the housing, Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.mikrocenzus.hu/ mc2005_eng/volumes/02/tartalom.html.

Központi Statisztikai Hivatal (2007a): A Magyar Köztársaság helységnévkönyve 2007. január 1. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (2007b): Terhességmegszakítások 1995-2006. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (2008a): Regional Statistics: Enterprises with foreign direct investment, Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://portal.ksh.hu/pls/ ksh/docs/eng/xstadat/xstadat_annual/tabl6_03_02_05ie.html (Abfrage am 04.07.2008).

Központi Statisztikai Hivatal (2008b): Regional Statistics: Average monthly net earnings of employees, Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://portal.ksh.hu/pls/ksh/ docs/eng/xstadat/xstadat_annual/tabl6_02_01_12ie.html (Abfrage am 04.07.2008).

Központi Statisztikai Hivatal (2008c): Regional Statistics: Regular social support, Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://portal.ksh.hu/pls/ksh/docs/eng/xstadat/xstadat_ annual/tabl6_02_03_05ie.html (Abfrage am 04.07.2008).

Központi Statisztikai Hivatal (2008d): Regional Statistics: Average life expectancy at birth, average age, Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://portal.ksh.hu/pls/ksh/docs/ eng/xstadat/xstadat_annual/tabl6_01_07ieb.html (Abfrage am 04.07.2008).

Központi Statisztikai Hivatal (2008e): Kutatás és fejlesztés 2007. Budapest (KSH).

Központi Statisztikai Hivatal (2008f): Regional Statistics: Vital events, Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://portal.ksh.hu/pls/ksh/docs/eng/xstadat/xstadat _annual/tabl6_01_04ie.html (Abfrage am 01.09.2008).

Központi Statisztikai Hivatal (2008g): Regional Statistics: Number of discovered publicly indicted crimes by selected groups of crimes, Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://portal.ksh.hu/pls/ksh/docs/eng/xstadat/xstadat_annual/tabl6_02_07_02ie.html (Abfrage am 07.07.2008).

Központi Statisztikai Hivatal (2008h): Regional Statistics: Resident Population, Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://portal.ksh.hu/pls/ksh/docs/eng/xstadat/xstadat _annual/tabl6_01_01ie.html (Abfrage am 07.07.2008).

Központi Statisztikai Hivatal (2008i): Regional Statistics: Infant nurseries, Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://portal.ksh.hu/pls/ksh/docs/eng/xstadat/xstadat_annual /tabl6_02_03_04ie.html (Abfrage am 07.07.2008).

Központi Statisztikai Hivatal (2009a): Regional Statistics: Unemployment rate, Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://portal.ksh.hu/pls/ksh/docs/eng/xstadat/xstadat_annual/tabl6_02_01_07ie.html (Abfrage am17.05.2009).

Központi Statisztikai Hivatal (2009b): Regional Statistics: Municipal libraries, Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://portal.ksh.hu/pls/ksh/docs/eng/xstadat/xstadat_annual/tabl6_02_06_01ie.html (Abfrage am 18.06.2009).

Központi Statisztikai Hivatal (2009c): Regional Statistics: Number of theatre admissions, museum visits and cinema admissions, Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://portal. ksh.hu/pls/ksh/docs/eng/xstadat/xstadat_annual/tabl6_02_06_02ie.html (Abfrage am 18.06. 2009).

Központi Statisztikai Hivatal (2009d): Regional Statistics: Number of dwellings connected to cable tv network and subscriptions, by regions, Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://portal.ksh.hu/pls/ksh/docs/eng/xstadat/xstadat_annual/tabl6_04_07_03iea.html (Abfrage am 18.06.2009).

Központi Statisztikai Hivatal (2009e): Regional Statistics: Fixed telephone services by type of subscription, 31 December, Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://portal.ksh. hu/pls/ksh/docs/eng/xstadat/xstadat_annual/tabl6_04_07_01ie.html (Abfrage am 18.06. 2009).

Központi Statisztikai Hivatal (2009f): Regional Statistics: Gross domestic product per capita, Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://portal.ksh.hu/pls/ksh/docs/eng/xstadat/ xstadat_annual/tabl6_03_01_02ie.html (Abfrage am 18.06.2009).

Központi Statisztikai Hivatal (2009g): Dissemination Database. Statistics by Subject: Vital Statistics. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://statinfo.ksh.hu/Statinfo/ themeSelector.jsp?page=1&theme=WN.

Központi Statisztikai Hivatal (2011): Munkavégzés és a családi kötöttségek, 2010. Budapest (KSH).

Krätke, Stefan (2002): Medienstadt. Urbane Cluster und globale Zentren der Kulturproduktion. Opladen (Leske und Budrich).

Krekó, Péter (2007): SZDSZ kämpft ums Überleben und für die Homo-Ehe. In: Budapester Zeitung vom 01.10.2007.

Kremm, Werner (2007): Der Sommer des Patriarchen. Fragen, Wandlungen und Perspektiven in der heutigen Rumänisch-Orthodoxen Kirche. In: Südosteuropa Mitteilungen 05-06/2007, S. 86-93.

Kreyenfeld, Michaela (2000): Employment Careers and the Timing of First Births in East Germany (= MPIDR Working Paper WP 2000-004). Rostock (MPIDR).

Kreyenfeld, Michaela (2001): Employment and Fertility – East Germany in the 1990s. Inauguraldissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock.

Kreyenfeld, Michaela (2005): Economic uncertainty and fertility postponement: Evidence from German panel data (= MPIDR Working Paper WP 2005-034). Rostock (MPIDR).

Kreyenfeld, Michaela & Dirk Konietzka (2005): Nichteheliche Lebensgemeinschaften. Demographische Trends und gesellschaftliche Strukturen. In: Scherpe, Jens und Nadjma Yassari (Hg.): Die Rechtsstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften, S. 45-75. Tübingen (Mohr Siebeck).

Kulcsár, László (2007): Something Old, Something New: Hungarian Marriage Patterns in Historical Perspective. In: Journal of Family History 32, S. 323-338.

Kulik, Margarete (2005): The emergence of cohabitation as a first union and its later stability: the case of Hungarian women (=MPIDR Working Paper WP 2005-31). Rostock (MPIDR)

Kulu, Hill & Paul Boyle (2007): High fertility in city suburbs: compositional or contextual effects? (=MPIDR Working Paper WP 2007-034). Rostock (MPIDR).

Kulu, Hill, Paul Boyle & Gunnar Andersson (2008): High suburban fertility: evidence from four Northern European Countries (=MPIDR Working Paper WP 2008-21). Rostock (MPIDR).

Kulu, Hill, Andres Vikat & Gunnar Andersson (2006): Settlement size and fertility in the Nordic countries (=MPIDR Working Paper WP 2006-24). Rostock (MPIDR).

Kytir, Josef (1992): Zwischen "vormodern" und "postmodern" – Familiengründungen in Österreich 1984 bis 1990. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 18, S. 117-133.

Kytir, Josef & Rainer Münz (1986): Illegitimität in Österreich. In: Demographische Informationen 1986, S. 7-21.

Kytir, Josef & Rainer Münz (1999): Strukturen des Zusammenlebens. In: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.): 4. Österreichischer Familienbericht: Familie zwischen Anspruch und Alltag. Band 1: Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich, S. 170-206. Wien (Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie).

Ladányi, János (1993): Patterns of Residential Segregation and the Gypsy Minority in Budapest. In: International Journal of Urban and Regional Research 17, S. 30-41.

Ladányi, János & Iván Szelényi (1999): Sozialräumliche Polarisierung und Suburbanisierung in Ungarn. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 43, S. 1-15.

Laky, Teréz & László Neumann (2004): WELLKNOW National Report: Policies shaping employment, skills and gender equality in the Hungarian labour market. In: Sjørup, Karen (Hg.): The European Employment Strategy and national employment policies. Addressing the employment and gender challenges of the Knowledge Based Society, Anhang VII. Borgarbyggð (Háskólinn á Bifröst).

Lapinš, Andis (1994): Teenage Marriages in Latvia. In: Lutz, Wolfgang, Sergei Scherbov & Andrei Volkov (Hg.): Demographic Trends and Patterns in the Soviet Union before 1991, S. 211-217, London, New York (Routledge).

Laplante, Benoît (2006): The rise of cohabitation in Québec. Power of religion and power over religion. In: The Canadian Journal of Sociology 31, S. 1-24.

Latten, Jan (2004): Trends in samenwonen en trouwen. De schone schijn van burgerlijke staat. In: Centraal Bureau voor de Statistiek (Hg.): Bevolkingtrends, 4e kwartaal 2004, S. 46-60. Vorburg, Heerlen (CBS).

Latvijas Republikas Centrālā Statistikas Pārvalde (2007): Demogrāfija 2007. Statistisko Datu Krājums. Riga (CSP).

Lauster, Nathanael & Urban Fransson (2006): Of Marriages and Mortgages: The Second Demographic Transition and the Relationship between Marriage and Homeownership in Sweden. In: Housing Studies 21, S. 909-927.

Le Bourdais, Céline & Heather Juby (2002): The Impact of Cohabitation on the Family Life Course in Contemporary North America: Insights from Across the Border. In: Booth, Alan & Ann Crouter (Hg.): Just Living Together. Implications of Cohabitation on Families, Children, and Social Policy, S. 107-118. Mahwah (Erlbaum).

Le Bourdais, Céline & Évelyne Lapierre-Adamcyk (2004): Changes in Conjugal Life in Canada: Is Cohabitation Progressively Replacing Marriage? In: Journal of Marriage and the Family 66, S. 929-942.

Leibert, Tim (2009): Polarisation or Convergence? Spatial Patterns of Fertility in Hungary 15 Years after the Beginning of the Process of Transformation. In: Kilper, Heiderose (Hg.): German Annual of Spatial Research and Policy 2009: New Disparities in Spatial Development in Europe, S. 129-144. Heidelberg u. a. (Springer).

Leibert, Tim (2010a): Religion und Religiosität in Europa. In: Europa Regional 16, S. 202-204.

Leibert, Tim (2010b): Nichteheliche Geburten in Europa. In: Nationalatlas aktuell 8 (08/2010) [25.08.2010]. Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde.

Leibert, Tim (2012): Wertewandel oder Wirtschaftskrise? Die Theorie des Zweiten Demographischen Übergangs und der „Crisis Behaviour"-Ansatz als Erklärungsansätze für den Wandel des generativen Verhaltens in den postsozialistischen Mitgliedsstaaten der EU am Beispiel von Ungarn. Eine Regionalanalyse des Familiengründungs- und -erweiterungsverhaltens 1990-2005. Leipzig.

Lesthaeghe, Ron (1992): Der zweite demographische Übergang in den westlichen Ländern: Eine Deutung. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 18, S. 313-354.

Lesthaeghe, Ron & Dominique Meekers (1986): Value Changes and the Dimensions of Familism in the European Community. In: European Journal of Population 2, S. 225-268.

Lesthaeghe, Ron & Karel Neels (2002): From the First to the Second Demographic Transition - An Interpretation of the Spatial Continuity of Demographic Innovation in France, Belgium and Switzerland. In: European Journal of Population 18, S. 225-260.

Lesthaeghe, Ron & Lisa Neidert (2006a): The Second Demographic Transition in the United States: Exception or Textbook Example? In: Population and Development Review 32, S. 669-698.

Lesthaeghe, Ron & Lisa Neidert (2006b): The "Second Demographic Transition" in the U.S.: Spatial Patterns and Correlates. Ann Arbor (Population Studies Center).

Lesthaeghe, Ron & Lisa Neidert (2007): The Political Significance of the "Second Demographic Transition" in the U.S.: A Spatial Analysis. Vortrag im Rahmen des Annual Meeting of the Population Association of America in New York im März 2007.

Lesthaeghe, Ron & Lisa Neidert (2009): US Presidential Elections and the Spatial Pattern of the American Second Demographic Transition In: Population and Development Review 35, S. 391-400.

Lesthaeghe, Ron, Lisa Neidert & Johan Surkyn (2006): Household Formation and the Second Demographic Transition in Europe and the US: Insights from Middle Range Models. Ann Arbor (Population Studies Center).

Lesthaeghe, Ron & Johan Surkyn (2002): New forms of household formation in Central and Eastern Europe: Are they related to newly emerging value orientations? In: United Nations Economic Commission for Europe (Hg.): Economic Survey of Europe 2002/1, S. 197-216. New York, Genf (UN).

Lesthaeghe, Ron & Johan Surkyn (2004): When history moves on: The foundations and diffusion of a second demographic transition. Vortrag im Rahmen der Tagung "population and society: issues, research, policy" der Australian Population Association im September 2004 in Canberra.

Lesthaeghe, Ron & Camille Vanderhoeft (2001): Ready, Willing, and Able: A Concepu-

ualization of Transitions to New Behavioral Forms. In: Casterline, John (Hg.): Diffusion Processes and Fertility Transition: Selected Perspectives, S. 240-264. Washington (National Academy Press).

Lesthaeghe, Ron & Paul Willems (1999): Is Low Fertility a Temporary Phenomenon in the European Union? In: Population and Development Review 25, Heft 2, S. 211-228.

Levin, Irene (2004): Living Apart Together: A New Family Form. In: Current Sociology 52, S. 223-240.

Lewin, Ellen (2004): Does Marriage Have a Future? In: Journal of Marriage and the Family 66, S. 1000-1006.

Lewis, Jane (2001): The End of Marriage? Individualism and Intimate Relations. Cheltenham, Northampton (Edward Elgar).

Liefbroer, Aart & Edith Dourleijn (2006): Unmarried Cohabitation and Union Stability: Testing the Role of Diffusion using Data form 16 European Countries. In: Demography 43, S. 203-221.

Lincot, Liliane & Bruno Lutinier (1998): Les évolutions démographiques départementales et régionales entre 1975 et 1994. Paris (INSÉÉ).

Lintz, Gerd, Bernhard Müller & Maroš Finka (2005): Introduction: The Challenge of Structural Change for Industrial Cities and Regions in CEE Countries. In: Müller, Bernhard, Maroš Finka & Gerd Lintz (Hg.): Rise and Decline of Industry in Central and Eastern Europe. A Comparative Study of Cities and Regions in Eleven Countries, S. 1-23. Berlin u. a. (Springer).

Livi Bacci, Massimo (1971): A Century of Portuguese Fertility. Princeton (Princeton University Press).

Lois, Daniel (2008): Einflüsse von Lebensstilmerkmalen auf den Übergang in die erste Ehe. In: Zeitschrift für Familienforschung 20, S. 11-33.

Lux, Gábor (2008): Industrial Development, Public Policy, and Spatial Differentiation in Central Europe: Continuity and Change (=Centre for Regional Studies of Hungarian Academy of Sciences Discussion Paper No. 62). Pécs (Centre for Regional Studies).

MacInnes, John (2006): Voluntary childlessness, fertility 'plans' and the 'demand' for children: Evidence from Eurobarometer surveys. Barcelona (Centre d'Estudis Demogràfics).

Macura, Miroslav (2000): Fertility decline in the transition economies, 1989-1998: economic and social factors revisited. In: United Nations Economic Commission for Europe (Hg.): Economic Survey of Europe 2000/1, S. 189-207. New York, Genf (UN).

Magistrat der Stadt Wien (2007): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2007. Wien (Magistrat der Stadt Wien).

Marer, Paul (2010): The global economic crisis: impacts on Eastern Europe. In: Acta Oeconomica 60, S. 3-33.

Martin, Claude & Irène Théry (2001): The PACS and Marriage and Cohabitation in France. In: International Journal of Law, Policy and the Family 15, S. 135-158.

Máté, Gyöngyi (2008): Die Republik Ungarn. Das Verwaltungs- und Wahlsystem von Ungarn. Salzburg (Institut der Regionen Europas).

Matlovič, René (2006): Selected features of the demographic behaviour of Romanies in Slovakia. In: Acta Geographica Universitatis Comenianae 47, S. 87-98.

Matthias-Bleck, Heike (2006): Jenseits der Institution? Lebensformen auf dem Weg in die Normalität. Würzburg (ERGON).

Matysiak, Anna (2009): Is Poland really 'immune' to the spread of cohabitation? (=MPIDR Working Paper WP 2009-12). Rostock (MPIDR).

Matysiak, Anna & Daniele Vignoli (2009): Finding the "right moment" for the first baby to come: A comparison between Italy and Poland (=MPIDR Working Paper WP 2009-11). Rostock (MPIDR).

Max Planck Institute for Demographic Research (2006): Generations & Gender Contextual Database: Variable "Total fertility rate" for Poland. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.demogr.mpg.de/cgi-in/databases/cdb/cdb.php?ci=13&vi=101&di=1 &id=0 (Abfrage am 26.08.2008).

McDonald, Peter (2000a): Gender Equity, Social Institutions and the Future of Fertility. In: Journal of Population Research 17, S. 1-16.

McDonald, Peter (2000b): Low fertility in Australia: Evidence, causes and policy responses. In: People and Place 8, S. 6-21.

McDowell, Linda & Doreen Massey (1994): A Woman's Place? In: Massey, Doreen & John Allen (Hg.): Geography matters! A reader, S. 128-147. Cambridge (Cambridge University Press).

McDowell, Linda, Kathryn Ray, Diane Perrons, Colette Fagan & Kevin Ward (2005): Women's paid work and moral economies of care. In: Social & Cultural Geography 6, S. 219-235.

McQuillan, Kevin (2004): When Does Religion Influence Fertility? In: Population and Development Review 30, S. 25-56.

Melegh, Attila (2004): East/West Exclusions and Discourses on Population in the 20th Century (= Working Papers on Population, Family and Welfare 3). Budapest (NKI).

Menzl, Marcus (2007): Leben in Suburbia. Raumstrukturen und Alltagspraktiken am Rand von Hamburg. Frankfurt am Main und New York (Campus).

Meng, Rüdiger, Ansgar Schmitz-Veltin & Christina West (2008): Wohnen in der Stadt? Wohnwünsche intraurban wachsender Haushalte und potentieller Reurbanisierer am Beispiel der Stadt Mannheim. In: Maretzke, Steffen (Hg.): Städte im demographischen Wandel. Wesentliche Strukturen und Trends des demographischen Wandels in den Städten Deutschlands, S. 103-112. Wiesbaden (BiB).

Meslé, France (2004): Mortality in Central and Eastern Europe: long-term trends and recent upturns. In: Demographic Research, Special Collection 2, S. 45-70.

Mészáros, József, Norbert Solymosi & Ferenc Speiser (2007): Spatial distribution of political parties in Hungary 1990-2006. In: Political Geography 26, S. 804-823.

Meusburger, Peter (2001a): Knowledge and transformation – some theoretical considerations. In: Meusburger, Peter (Hg.): Transformations in Hungary: Essays in economy and society, S. 1-38. Heidelberg; New York (Physica).

Meusburger, Peter (2001b): Spatial and Social Disparities of Employment and Income in Hungary in the 1990s. In: Meusburger, Peter (Hg.): Transformations in Hungary: Essays in economy and society, S. 173-206. Heidelberg, New York (Physica).

Micheli, Giuseppe (2004a): Claiming for a demologic approach to demographic change. In: Vienna Yearbook of Population Research 2004, S. 29-34.

Micheli, Giuseppe (2004b): Kinship, family and social network. The anthropological embedment of fertility change in southern Europe. In: Dalla Zuanna, Gianpiero & Guiseppe Micheli (Hg.): Strong Family and Low Fertility: A Paradox?, S. 77-104. Dordrecht (Kluwer).

Miettinen, Anneli, Stuart Basten & Anna Rotkirch (2011): Gender equality and fertility intentions revisited: Evidence from Finland. In: Demographic Research 24, S. 469-496.

Milbourne, Paul (2007): Re-populating rural studies: Migrations, movements and mobilities. In: Journal of Rural Studies 23, S. 381-386.

Milewski, Nadja (2008): Auf einen Streich: Umzug, Heirat und das erste Kind. Mutterschaft von Migrantinnen der ersten und zweiten Generation in Westdeutschland. In: Demographische Forschung aus Erster Hand 2/2008, S. 4.

Mills, Melinda, Letizia Mencarini, Maria Letizia Tanturri & Katia Begall (2008): Gender equity and fertility intentions in Italy and the Netherlands. In: Demographic Research 18, S. 1-26.

Mishtal, Joanna (2009): Understanding low fertility in Poland: Demographic consequences of gendered discrimination in employment and postsocialist neoliberal restructuring. In: Demographic Research 21, S. 599-626.

Mitterauer, Michael (1983): Ledige Mütter. Zur Geschichte illegitimer Geburten in Europa. München (Beck).

Mitterauer, Michael (1986): Formen ländlicher Familienwirtschaft. Historische Ökotypen und familiale Arbeitsorganisation im österreichischen Raum. In: Ehmer, Josef & Michael Mitterauer (Hg.): Familienstruktur und Arbeitsorganisation in ländlichen Gesellschaften, S. 185-323. Wien u.a. (Böhlau).

Mitterauer, Michael (1997): „Das moderne Kind hat zwei Kinderzimmer und acht Großeltern" – Die Entwicklung in Europa. In: Mitterauer, Michael & Norbert Ortmayr (Hg.): Familie im 20. Jahrhundert. Traditionen, Probleme, Perspektiven. Frankfurt am Main (Brandes & Apsel/ Südwind).

Monnier, Alain & Jitka Rychtaříková (1992): The Division of Europe into East and West. In: Population: An English Selection 4, S. 129-160.

Morcillo, Aurora (2000): True Catholic Womanhood. Gender Ideology in Franco's Spain. DeKalb (Northern Illinois University Press).

Moreno Mínguez, Almudena (2003): The Late Emancipation of Spanish Youth: Keys for Understanding. In: Electronic Journal of Sociology 7, S. 1-16.

Mueller, Ulrich (2000): Die Maßzahlen der Bevölkerungsstatistik. In: Mueller, Ulrich, Bernhard Nauck & Andreas Diekmann (Hg.): Handbach der Demographie. Band 1: Modelle und Methoden, S. 1-91. Berlin u. a. (Springer).

Muñoz-Perez, Francisco (2006): Aspects institutionnels et comportementaux dans l'évolution des naissances hors mariage en France et en Espagne, 1960-2000. In: Association internationale des démographes de langue française (Hg.): Enfants d'aujourd'hui: diversité des contextes, pluralité des parcours: Actes du 11e Colloque international de Dakar, 10-13 décembre 2002. Tome 2, S. 582-595. Paris (Presses universitaires de France).

Muñoz-Perez, Francisco & Joaquín Recaño-Valverde (2011): A Century of Nuptiality in Spain, 1900-2007. In: European Journal of Population 27, S. 487-515.

Mureşan, Cornelia, Paul-Teodor Hărăguş, Mihaela Hărăguş & Christin Schröder (2008): Romania: Childbearing metamorphosis within a changing context. In: Demographic Research 19, S. 855-906.

Murphy, Michael (2000): The Evolution of Cohabitation in Britain, 1960-95. In: Population Studies 54, S. 43-56.

Mynarska, Monika (2007): Fertility Postponement and Age Norms in Poland: Is There a Deadline for Parenthood? (MPIDR Working Paper WP 2007-029). Rostock (MPIDR).

Mynarska, Monika & Laura Bernardi (2007): Meanings and attitudes attached to cohabitation in Poland. Qualitative analysis of the slow diffusion of cohabitation among the young generation (= MPIDR Working Paper WP 2007-006). Rostock (MPIDR).

Myrdal, Alva (1968): Nation and Family. The Swedish Experiment in Democratic Family and Population Policy. Cambridge, London (The MIT Press).

Nadejde, Serban, Dorottya Pantea, Adrian Dumitrache & Ionica Braulete (2005): Romania: Consequences of Small Steps Policy. In: Müller, Bernhard, Maroš Finka & Gerd Lintz (Hg.): Rise and Decline of Industry in Central and Eastern Europe. A Comparative Study of Cities and Regions in Eleven Countries, S. 179-194. Berlin u. a. (Springer).

National Statistics (1993): Key population and vital Statistics. Local and health authority areas. Population and vital statistics by area of usual residence in England and Wales, 1991. London (HSMO).

National Statistics (2007a): Key Population and Vital Statistics. Local and Health Authority Areas. Population and vital statistics by area of usual residence in the United Kingdom, 2005. Basingstoke, New York (Palgrave Macmillan).

National Statistics (2007b): Conception statistics. Conceptions for women resident in England and Wales, 2005. Newport (Office for National Statistics).

National Statistics Office, Malta (2006): Demographic Review 2005. Valletta (NSO).

National Statistics Office, Malta (2009): Demographic Review 2008. Valletta (NSO).

Nazio, Tiziana & Hans-Peter Blossfeld (2008): The Diffusion of Cohabitation among Young Women in Europe. A long-term longitudinal analysis. Vortrag im Rahmen des Annual Meeting of the Population Association of America in New Orleans im April 2008.

Nazionalen Statističeski Institut (2005): Naselenie i demografski procesi 2004. Sofia (NSI).

Neményi, Mária & Judit Takács (2006): Changing Family – Changing Policies? In: Review of Sociology 12, S. 37-63.

Nemes-Nagy, József (2000): Regional Inequalities in Hungary at the End of the Socio-Economic Transition. In: Kovács, Zoltán (Hg.): Hungary towards the 21st century: the human geography of transition, S. 151-167. Budapest (HAS).

Nemes-Nagy, József (2001): New Regional Patterns in Hungary. In: Meusburger, Peter (Hg.): Transformations in Hungary: Essays in economy and society, S. 39-64. Heidelberg, New York (Physica).

Nemes-Nagy, József (2003): Les disparités régionales dans la Hongrie en transition. In: Revue Géographique de l'Est XLIII, S. 33-41.

Neyer, Gerda (2006): Family policies and fertility in Europe: Fertility policies at the intersection of gender policies, employment policies and care policies (= MPIDR Working Paper WP 2006-010). Rostock (MPIDR).

Niklas, Marianne (1992): Vergleichende Studie zur Illegitimitätsentwicklung in zwei ländlichen Gemeinden Oberösterreichs 1785-1950. Diplomarbeit zur Erlangung des Magistergrads an der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Paris-Lodron-Universität Salzburg.

Niephaus, Yasemin (1999): Der Einfluss vorehelichen Zusammenlebens auf die Ehestabilität als methodisches Artefakt. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsy-

chologie 51, S. 124-139.
N. N. (2009): Karteneinschub: Glaube in Zahlen und Karten. In: Osteuropa 59, Heft 6, S. 1-14.
Norris, Pippa & Ronald Inglehart (2004): God, guns and gays: Religion and Politics in the US and Western Europe. Vortrag im Rahmen der APSA 3rd annual Political Communication Section conference in Chicago im September 2004.
Noyon, Alexander & Tanja Kock (2006): Living apart together : Ein Vergleich getrennt wohnender Paare mit klassischen Partnerschaften. In: Zeitschrift für Familienforschung 18, S. 27-45.
O'Connor, Alice (2004): Rasse, Klasse und Ausgrenzung: Das Konzept der Unterklasse in historischer Perspektive. In: Häußermann, Hartmut, Martin Kronauer & Walter Siebel (Hg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung, S. 43-70. Frankfurt am Main (Suhrkamp).
OECD (2008): A Profile of Immigrant Populations in the 21st Century. Data from OECD Countries. Paris (OECD Publications).
Oesterdieckhoff, Georg (2002): Die vorindustrielle europäische Familie im Kulturvergleich. In: Dorbritz, Jürgen & Johannes Otto (Hg.): Familienpolitik und Familienstrukturen. Ergebnisse der gemeinsamen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie. Berlin, 21. - 23. Juni 2001, S. 177-183. Wiesbaden (BiB).
Oinonen, Eriikka (2000): Finnish and Spanish family institutions: Similarities and differences. In: Pfenning, Astrid & Thomas Bahle (Hg.): Families and Family Policies in Europe. Comparative Perspectives, S. 141-161. Frankfurt am Main u. a. (Lang).
Oláh, Livia & Eva Bernhardt (2008): Sweden: Combining childbearing and gender equality. In: Demographic Research 19, S. 1105-1144.
Oláh, Livia & Ewa Fratczak (2004): Becoming a Mother in Hungary and Poland during State Socialism. In: Demographic Research, Special Collection 3, S. 213-244.
Opaschowski, Horst (2005): Besser leben, schöner wohnen? Leben in der Stadt der Zukunft. Darmstadt (Primus).
Oppenheimer, Valerie (2003): Cohabiting and Marriage during Young Men's Career-Development Process. In: Demography 40, S. 127-149.
Oppenheimer, Valerie, Matthijs Kalmijn & Nelson Lim (1997): Men's Career Development and Marriage Timing During a Period of Rising Inequality. In: Demography 34, S. 311-330.
Orenstein, Mitchell (2009): What Happened in East European (Political) Economies? A Balance Sheet for Neoliberal Reform. In: East European Politics and Societies 23, S. 479-490.
Őri, Péter (2005): Patterns of demographic behaviour in late 18th century Hungary.An attempt to reconstruct the demographical conditions of Pest-Pilis-Solt county in the 1770's and 1780's. In: Demográfia 50, S. 43-76.
Országos Választási Iroda (2006): Települési önkormányzati választások. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.valasztas.hu/onkval2006/hu/10/10_0.html (Abfrage am 11. 09.2008).
Országos Választási Iroda (2011): 2010 Országgyűlési választások: Eredmények. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.valasztas.hu/hu/parval2010/354/354_0_index. html. (Abfrage am 24.11.2011).
Ostner, Ilona (2001): Cohabitation in Germany – Rules, Reality and Public Discourses.

In: International Journal of Law, Policy and the Family 15, S. 88-101.

Ostrowska, Antonina (2005): The Patterns of Sexual Behaviour of Polish Men and Women. In: Polish Sociological Review 150, S. 143-161.

Otte, Gunnar (2005): Entwicklung und Test einer integrativen Typologie der Lebensführung für die Bundesrepublik Deutschland. In: Zeitschrift für Soziologie 34, S. 442-467.

Otte, Gunnar & Nina Baur (2008): Urbanism as a Way of Life? Räumliche Variationen der Lebensführung in Deutschland. In: Zeitschrift für Soziologie 37, S. 93-116.

Parysek, Jerzy J. (2005): Development of Polish towns and cities and factors affecting this process at the turn of the century. In: Geographia Polonica 78, S. 99-115.

Perelli, Brienna (2004): The influence of coping mechanisms and a positive outlook on childbearing during periods of economic uncertainty. Vortrag im Rahmen des Annual Meeting of the Population Association of America in Boston im April 2004.

Perelli-Harris, Brienna (2008): Ukraine: On the border between old and new in uncertain times. In: Demographic Research 19, S. 1145-1178.

Perelli-Harris, Brienna & Theodore Gerber (2009): Non-marital Childbearing in Russia: Second Demographic Transition or Pattern of Disadvantage? (= MPIDR Working Paper WP 2009-007). Rostock (MPIDR).

Perelli-Harris, Brienna, Wendy Sigle-Rushton, Trude Lappegård, Aiva Jasilioniene, Paola Di Giulio, Renske Keizer, Katja Koeppen, Caroline Berghammer & Michaela Kreyenfeld (2009): Examining nonmarital childbearing in Europe: How does union context differ across countries? (= MPIDR Working Paper WP 2009-021). Rostock (MPIDR).

Perelli-Harris, Brienna, Wendy Sigle-Rushton, Michaela Kreyenfeld, Trude Lappegård, Caroline Berghammer & Renske Keizer (2010): The educational gradient of nonmarital childbearing in Europe: emergence of a pattern of disadvantage? (= MPIDR Working Paper WP 2010-004). Rostock (MPIDR).

Peuckert, Rüdiger (2000[6a]): Norm, soziale. In: Schäfers, Bernhard (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie, S. 255-259. Opladen (Leske + Budrich).

Peuckert, Rüdiger (2000[6b]): Werte. In: Schäfers, Bernhard (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie, S. 434-438. Opladen (Leske + Budrich).

Peuckert, Rüdiger (2005[6]): Familienformen im sozialen Wandel. Wiesbaden (VS).

Philipov, Dimiter (2001): Low Fertility in Central and Eastern Europe: Culture or Economy? Vortrag im Rahmen des IUSSP-Seminars "International Perspectives on Low Fertility: Trends, Theories and Policies" in Tokio im März 2001.

Philipov, Dimiter (2002): Fertility in times of discontinous societal change: the case of Central and Eastern Europe (= MPIDR Working Paper WP 2002-024). Rostock (MPIDR).

Philipov, Dimiter (2003): Possible explanations of demographic changes in central and eastern Europe. In: Philipov, Dimiter & Jürgen Dorbritz (Hg): Demographic consequences of economic transition in countries of central and eastern Europe, S. 151-164, Strasbourg (Council of Europe Publishing).

Philipov, Dimiter & Caroline Berghammer (2007): Religion and fertility ideals, intentions and behaviour: a comparative study of European countries. In: Vienna Yearbook of Population Research 2007, S. 271-305.

Philipov, Dimiter & Jürgen Dorbritz (2003): Changes in demographic trends. In: Philipov, Dimiter & Jürgen Dorbritz (Hg): Demographic consequences of economic transiti-

on in countries of central and eastern Europe, S. 69-149, Strasbourg (Council of Europe Publishing).

Philipov, Dimiter & Aiva Jasilioniene (2007): Union formation and fertility in Bulgaria and Russia: a life table description of recent trends (= MPIDR Working Paper WP 2007-005). Rostock (MPIDR).

Philipov, Dimiter & Hans-Peter Kohler (1999): Tempo Effects in the Fertility Decline in Eastern Europe: Evidence from Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, and Russia. (= MPIDR Working Paper WP 1999-008). Rostock (MPIDR).

Philipov, Dimiter, Zsolt Spéder & Francesco Billari (2004): Fertility intentions and their timing: theory and evidence from Bulgaria and Hungary. Vortrag im Rahmen des Annual Meeting of the Population Association of America in Boston im April 2004.

Philipov, Dimiter, Zsolt Spéder & Francesco Billari (2005): Now or Later? Fertility Intentions in Bulgaria and Hungary and the Impact of Anomie and Social Capital (=Vienna Institute of Demography Working Papers 08/2005). Wien (Vienna Institute of Demography).

Pikálková, Simona (2003): A Third Child in the Family: Plans and Reality among Women with Various Levels of Education. In: Sociologický časopis 39, S. 865-884.

Pinl, Claudia (2003): Uralt, aber immer noch rüstig: der deutsche Ernährer. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Heft B44/ 2003, S. 6-8.

Pixová, Michaela (2007): Geography of subcultures: punks and non-racist skinheads in Prague. In: Acta Universitatis Carolinae Geographica XLII, S. 109-125.

Pla, Anne (2008): Bilan démographique 2009. Deux pacs pour trois marriages. (= INSEE Première 1276). Paris (INSEE).

Pla, Anne & Catherine Beaumel (2010): Bilan démographique 2007. Des naissances toujours très nombreuses. (= INSEE Première 1170). Paris (INSEE).

Pla, Anne & Catherine Beaumel (2011): Bilan démographique 2010. La population française atteint 65 millions d'habitants. (= INSEE Première 1332). Paris (INSEE).

Plahuta, Simone (2007): Die Integration von Migranten in städtische Arbeitsmärkte. Das Beispiel Stuttgart. In: Meyer, Frank (Hg.): Wohnen – Arbeit – Zuwanderung. Stand und Perspektiven der Segregationsforschung, S. 99-115. Berlin (Lit-Verlag).

Pohl, Katharina (1995): Kinderwunsch und Familienplanung in Ost- und Westdeutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 20, Heft 1, S. 67-100.

Pohl, Thomas (2008): Distribution patterns of the creative class in Hamburg: "Openness to diversity" as a driving force for socio-spatial differentiation? In: Erdkunde 62, S. 317-328.

Pollack, Detlef (2002): Religion und Politik in den postkommunistischen Staaten Ostmittel- und Osteuropas. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Heft B42-43, S. 15-22.

Pollack, Detlef (2009): Renaissance des Religiösen? Erkenntnisse der Sozialforschung. In: Osteuropa 59, S. 29-45.

Pollack, Detlef & Gert Pickel (2003): Deinstitutionalisierung des Religiösen und religiöse Individualisierung in Ost- und Westdeutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55, S. 447-474.

Pongrácz, Marietta (2006): Opinions on Gender Roles. In: Nagy, Ildikó, Marietta Pongrácz & István György Tóth (Hg.): Changeing Roles: Report on the Situation of Women and Men in Hungary 2005, S. 71-84. Budapest (TÁRKI).

Pongrácz, Tiborné & Edit Molnár (2002): Birth out of wedlock. Budapest (KSH)

Poon, Jessie (2005): Quantitative methods: not positively positivist. In: Progress in Human Geography 29, S. 766-772.

Potančoková, Michaela, Boris Vaňo, Viera Pilinská & Danuša Jurčová (2008): Slovakia: Fertility between tradition and modernity. In: Demographic Research 19, S. 973-1018.

Pott-Buter, Hettie (1993): Facts and Fairy Tales about Female Labor, Family and Fertility. A Seven-Country Comparison 1850-1990. Amsterdam (Amsterdam University Press).

Presser, Harriet (1986): Comment: [Changing Values and Falling Birth Rates]. In: Population and Development Review 12, Supplement: Below-Replacement Fertility in Industrial Societies: Causes, Consequences, Policies, S. 196-200.

Principat d'Andorra (2005): Butlletí Oficial del Principat d'Andorra. Volum I. Andorra la Vella (Principat d'Andorra).

Prinz, Christopher (1995): Cohabiting, Married, or Single: Portraying, Analyzing and Modeling New Living Arrangements in the Changing Societies of Europe. Aldershot u. a. (Ashgate).

Prskawetz, Alexia, Tomáš Sobotka, Isabella Buber, Henriette Engelhardt & Richard Gisser (2008): Austria: Persistent low fertility since the mid-1980s. In: Demographic Research 19, S. 293-360.

Puur, Allan, Livia Oláh, Mariam Irene Tazi-Preve & Jürgen Dorbritz (2008): Men's childbearing desires and views of the male role in Europe at the dawn of the 21st century. In: Demographic Research 19, S. 1883-192.

Rabušic, Ladislav (1996): On Marriage and Family Trends in the Czech Republic in the Mid-1990s. In: Sociální Studia 1, S. 29-42.

Rabušic, Ladislav (2001): Value Change and Demographic Behaviour in the Czech Republic. In: Czech Sociological Review 9, S. 99-122.

Ranjan, Priya (1999): Fertility Behaviour under Income Uncertainty. In: European Journal of Population 15, S. 25-43.

Rault, Wilfried (2004): The best way to court. The French mode of registration and its impact on the social significance of partnerships. In: Digoix, Marie & Patrick Festy (Hg.): Same-sex couples, same-sex partnerships and homosexual marriages: A Focus on cross-national differentials (= Documents de travail no 124), S. 27-33. Paris (INED).

Rechnitzer, János, Zoltán Csizmadia & András Grosz (2005): Knowledge-based Innovation Potential of the Hungarian Urban Network at the Turn of the Millennium. In: Barta, Györgyi, Éva Fekete, Irén Szörényiné & Judit Timár (Hg.): Hungarian Spaces and Places, S. 397-415. Pécs (Centre for Regional Studies).

Rechnitzer, János & Melinda Smahó (2006): Regional Characteristics of Human Resources in Hungary During the Transition (=Centre for Regional Studies of Hungarian Academy of Sciences Discussion Paper No. 50). Pécs (Centre for Regional Studies).

Reher, David-Sven (1998): Family Ties in Western Europe: Persistent Contrasts. In: Population and Development Review 24, S. 203-234.

Reher, David-Sven (2004): Family ties in Western Europe: persistent contrasts. In: dalla Zuanna, Gianpiero und Guiseppe Micheli (Hg.): Strong Family and Low Fertility: A Paradox?, S. 45-76. Dordrecht (Kluwer).

Reichart, Thomas (1999): Bausteine der Wirtschaftsgeographie. Eine Einführung. Bern u.a. (Paul Haupt).

Reneflot, Anne (2006): A gender perspective on preferences for marriage among cohabiting couples. In: Demographic Research 15, S. 311-328.

Rijavec, Vesna & Suzana Kraljić (2005): Die Rechtsstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften in Slowenien. In: Scherpe, Jens & Nadjma Yassari (Hg.): Die Rechtsstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften, S. 375-397. Tübingen (Mohr Siebeck).

Rindfuss, Ronald, David Guilkey, Philip Morgan, Øystein Kravdal & Karen Benjamin Guzzo (2007): Child care availability and first birth timing in Norway. In: Demography 44, S. 345-372.

Róbert, Péter & Erzsébet Bukodi (2002): The Effects of the Globalization Process on the Transition to Adulthood in Hungary (= GLOBALIFE Working Paper 27). Bamberg (Otto-Friedrich-Universität Bamberg).

Röhr-Sendlmeir, Una & Jenny Yun (2006): Familienvorstellungen im Kulturkontakt: ein Vergleich italienischer, türkischer, koreanischer und deutscher junger Erwachsener in Deutschland. In: Zeitschrift für Familienforschung 18, S. 89-110.

Rosina, Alessandro & Romina Fraboni (2004): Is marriage loosing its centrality in Italy? In: Demographic Research 11, S. 149-172.

Rotariu, Traian (2006): Romania and the Second Demographic Transition. The Traditional Value System and Low fertility Rates. In: International Journal of Sociology 36, S. 10-27.

Rothenbacher, Franz (2005): The European Population since 1945. Basingstoke, New York (Palgrave Macmillan).

Roussel, Louis (1992): La famille en Europe occidentale: divergences et convergences. In: Population 47, S. 133-152.

Rowland, Donald (2007): Historical Trends in Childlessness. In: Journal of Family Issues 28, S. 1311-1337.

Rudolph, Robert, Tamás Hardi & Anja Terpitz (2002): Regionalzentren in Westungarn – Gewinner der Transformation? Győr und Pécs in den 1990er Jahren. In: Europa Regional 10, S. 154-165.

Ruelland, Nadine (2006): Le pacte civil de solidarité : importante progression en 2005. Paris (Ministère de la Justice).

Ryabov, Igor (2008): Gender Equity and Its Effect on Transition to Lower-Order Births in Moldova. Vortrag im Rahmen des Annual Meeting of the Population Association of America in New Orleans im April 2008.

Ryabov, Igor (2010): Late-Twentieth-Century Fertility Decline in Moldova: Interplay of Female Autonomy, Wealth, and Education. In: Journal of Family History 35, S. 164-179.

Rychtaříková, Jitka (1999): Is Eastern Europe experiencing a second demographic transition? In: Acta Universitatis Carolinae 1999 Geographica, S. 19-44.

Rychtaříková, Jitka (2000): Demographic transition or demographic shock in recent population development in the Czech Republic? In: Acta Geographica Universitatis Carolinae 35, S. 89-102.

Rye, Johan Fredrik (2006): Heading for the cities? Gender and lifestyle patterns in rural youths' residential preferences. In: Norsk Geografisk Tidsskrift 60, S. 199-208.

Sackmann, Rosemarie & Hartmut Häußermann (1994): Do regions matter? Regional differences in female labour-market participation in Germany. In: Environment and Planning A 26, S. 1377-1396.

Sailer, Ulrike (2001): Residential Mobility during Transformation: Hungarian Cities in the 1990s. In: Meusburger, Peter (Hg.): Transformations in Hungary: Essays in econo-

my and society, S. 329-354. Heidelberg, New York (Physica).
Saxonberg, Steven & Tomáš Sirovátka (2006): Failing Family Policy in Post-Communist Central Europe. In: Journal of Comparative Policy Analysis 8, S. 185-202.
Scheiner, Joachim (2008): Lebensstile in der Innenstadt – Lebensstile am Stadtrand: Wohnstandortwahl in der Stadtregion. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 2008/I, S. 47-62.
Schenk, Herrad (19882): Freie Liebe – Wilde Ehe. Über die allmähliche Auflösung der Ehe durch die Liebe. München (Beck).
Scherger, Simone (2009): Social Change and the Timing of Family Transitions in West Germany. Evidence from cohort comparisons. In: Time & Society 18, S. 106-129.
Schier, Michaela (2009): Räumliche Enztgrenzung von Arbeit und Familie. Die Herstellung von Familie unter Bedingungen von Multikolalität. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1-2.2009, S. 55-66.
Schmidt, Lucie (2008): Risk preferences and the timing of marriage and childbearing. In: Demography 45, S. 439-460.
Schmidt, Manfred (1995): Wörterbuch zur Politik. Stuttgart (Kröner).
Schmidt-Häuer, Christian (2004): Die Kellerkinder kommen. Mit der Osterweiterung werden Millionen Roma Bürger der EU. Ein verarmtes Volk ohne Staat kämpft um seinen Platz in Europa. In: Die Zeit 11/2004 vom 04.03.2004, S. 10.
Schmitt, Britta (2006): Regulieren, tabuisieren, kriminalisieren. Ethisch-religiöse Wurzeln der Prostitutionspolitik in Europa, in: Osteuropa 56, S. 33-53.
Scholz, Fred (2004): Geographische Entwicklungsforschung. Methoden und Theorien. Berlin, Stuttgart (Borntraeger).
Schüler, Sonja (2006): Roma in Bulgaria after 1989/90 – Living Conditions and State Policy. In: Europa Regional 14, S. 194-203.
Schutte, Gerrit (2004): Eine calvinistische Nation? In: Wielenga, Friso & Ilona Traute (Hg.): Länderbericht Niederlande. Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft, S. 131-187. Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung).
Serbanescu, Florina, Howard Goldberg & Leo Morris (2005): Reproductive Health in the Transition Countries of Europe. In: Macura, Miroslav, Alphonse MacDonald & Werner Haug (Hg.): The New Demographic Regime. Population Challenges and Policy Responses, S. 177-198. New York, Genf (UN).
Seys, François-Olivier (2000): Formation et dissolution des familles dans la Slovaquie de la transition. In: Espace, Populations, Sociétés 2000-1, S. 17-31.
Shimizu, Masato (2006): Recent Trends in Non-Martial Births - A Comparison between Slovakia and other Industrialized Countries. In: Acta Geographica Universitatis Comenianae 46, S. 9-21.
Siebel, Walter (2008): Wohnen in der Innenstadt. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 2008/I, S. 37-46.
Siegfried, Dirk & Kees Waaldijk (2005): Major legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners in Germany. In: Waaldijk, Kees (Hg.): More or less together: Levels of legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners. A comparative study of nine European countries, S. 107-120. Paris (INED).
Sigle-Rushton, Wendy (2008): England and Wales: Stable Fertility and pronounced so-

cial status differences. In: Demographic Research 19, S. 455-502.

Šircelj, Milivoja (2008): Recent Demographic Developments in Slovenia. In: Kučera, Tomáš, Olga Kučerová, Oksana Opara & Eberhard Schaich (Hg.): New Demographic Faces of Europe. The Changing Population Dynamics in Countries of Central and Eastern Europe, S. 325-346. Berlin u. a. (Springer).

Smith, Adrian & Judit Timár (2010): Uneven transformations: Space, economy and society 20 years after the collapse of state socialism. In: European Urban and Regional Studies 17, S. 115-125.

Smock, Pamela & Sanjiv Gupta (2002): Cohabitation in Contemporary North America. In: Booth, Alan und Ann Crouter (Hg.): Just Living Together. Implications of Cohabitation on Families, Children, and Social Policy, S. 53-84. Mahwah (Erlbaum).

Sobotka, Tomáš (2002): Ten years of rapid fertility changes in the European post-communist countries. Evidence and interpretation. Groningen (Population Research Centre).

Sobotka, Tomáš (2004a): Is Lowest-Low Fertility in Europe Explained by the Postponement of Childbearing? In: Population and Development Review 30, S. 195-220.

Sobotka, Tomáš (2004b): Postponement of Childbearing and Low Fertility in Europe. Amsterdam (Dutch University Press).

Sobotka, Tomáš (2005): Changes in fertility quantum and tempo in Austria, the Czech Republic, and Slovakia. A parity-specific view. In: Koschin, Felix (Hg.): Family and fertility trends in Austria, the Czech Republic and Slovakia: towards a convergence, S. 45-71. Prag (Vysoká Škola Ekonomická v Praze, Fakulta Informatiky a Statistiky).

Sobotka, Tomáš (2008a): Overview Chapter 6: The diverse faces of the Second Demographic Transition in Europe. In: Demographic Research 19, S. 171-224.

Sobotka, Tomáš (2008b): Overview Chapter 7: The rising importance of migrants for childbearing in Europe. In: Demographic Research 19, S. 225-248.

Sobotka, Tomáš & Feray Adigüzel (2002): Religiosity and spatial demographic differences in The Netherlands. Groningen (Rijksuniversiteit Groningen).

Sobotka, Tomáš & Wolfgang Lutz (2009): Misleading Policy Messages from the Period TFR: Should We Stop Using It? (= European Demographic Research Papers 4). Wien (Vienna Institute of Demography).

Sobotka, Tomáš, Anna Šťastná, Kryštof Zeman, Dana Hamplová & Vladimira Kantorová (2008): Czech Republic: A rapid transformation of fertility and family behaviour after the collapse of state socialism. In: Demographic Research 19, S. 403-454.

Sobotka, Tomáš & Laurent Toulemon (2008): Changing family and partnership behaviour: Common trends and persistent diversity across Europe. In: Demographic Research 19, S. 85-138.

Sobotka, Tomáš, Kryštof Zeman & Vladimíra Kanterová (2001): Second demographic transition in the Czech Republic: Stages, specific features and underlying factors. Vortrag im Rahmen der EURESCO-Konferenz "The second demographic transition in Europe" in Bad Herrenalb im Juni 2001.

Sobotka, Tomáš, Kryštof Zeman & Vladimíra Kanterová (2003): Demographic Shifts in the Czech Republic after 1989: A Second Demographic Transition View. In: European Journal of Population 19, S. 249-277.

Solsona, Montserrat (1998): The Second Demographic Transition from a Gender Perspective. In: Innovation 11, S. 211-225.

Spéder, Zsolt (2001): Poverty Dynamics in Hungary during the Transformation. In: Meusburger, Peter (Hg.): Transformations in Hungary: Essays in economy and society, S. 225-247. Heidelberg, New York (Physica).

Spéder, Zsolt (2002): Fertility and Structural Change in Hungary: Labour Market Status and Educational Level of Childbearing Mothers at the Time of Declining fertility Rates in the 1990s. Budapest (NKI).

Spéder, Zsolt (2005): The rise of cohabitation as first union and some neglected factors of recent demographic developments in Hungary: In: Demográfia XLVIII, S. 77-103.

Spéder, Zsolt (2006): Rudiments of recent fertility decline in Hungary: Postponement, educational differences, and outcomes of changing partnership forms. In: Demographic Research 15, S. 253-288.

Spéder, Zsolt & Balázs Kapitány (2005): Poverty and Deprivation. Assessing demographic and social structural factors. Budapest (NKI).

Spéder, Zsolt & Ferenc Kamarás (2008): Hungary: Secular fertility decline with distinct period fluctuations. In: Demographic Research 19, S. 599-664.

SPF Economie (2008): Mouvement de la population. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://statbel.fgov.be/figures/d22_fr.asp (Abfrage am 29.10.2008).

Stankuniene, Vlada (2000): Recent Population Development in Lithuania. In: Kučera, Tomáš, Olga Kučerová, Oksana Opara & Eberhard Schaich (Hg.): New Demographic Faces of Europe. The Changing Population Dynamics in Countries of Central and Eastern Europe, S. 199-220. Berlin u. a. (Springer).

Stankuniene, Vlada & Aiva Jasilioniene (2008): Lithuania: Fertility decline and its determinants. In: Demographic Research 19, S. 705-742.

Štatistický úrad Slovenskej republiky (2006): Stav a pohyb obyvateľstva v Slovenskej republike 2005. Bratislava (Štatistický úrad SR).

Statistični Urad Republike Slovenije (2007): Slovenske regije v številkah. Ljubljana (Statistični Urad Republike Slovenije).

Statistični Urad Republike Slovenije (2009): SI-STAT Data Portal. Demography and social statistics. Basic indicators on live births, statistical regions, Slovenia, annually. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.stat.si/pxweb/Dialog/varval.asp?ma= 0554420E&ti=Basic+indicators+on+live+births%2C+statistical+regions%2C+Slovenia%2C+annually&path=../Database/Demographics/05_population/03_05155_vital/01_05544_births/& lang=1 (Abfrage am 20.01.2009).

Statistikaamet (2001): 2000. Aasta rahva ja eluruumide loendus. II: Kodakondsus, rahvus, emakeel ja võõrkeelte oskus. Tallinn (ESA).

Statistikaamet (2002a): 2000. Aasta rahva ja eluruumide loendus. IV: Haridus, Usk. Tallinn (ESA).

Statistikaamet (2002b): 2000. Aasta rahva ja eluruumide loendus. V: Perekonnaseis ja sündimus. Tallinn (ESA).

Statistikaamet (2008a): Life births by birth order, age of mother and county. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://pub.stat.ee/px-web.2001/Dialog/ varval.asp?ma=PO134&ti=LIVE+BIRTHS+BY+BIRTH+ORDER%2C+AGE+OF+MOTHER+AND+COUNTY&path=../I_Databas/Population/03Vital_events/04Births/&lang=1 (Abfrage am 26.08.2008).

Statistikaamet (2008b): Marital life births by age of mother, birth order and county. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://pub.stat.ee/px-web.2001/

Dialog/varval.asp?ma= PO164&ti=MARITAL+LIVE+BIRTHS+BY+AGE+OF+MOTHER%2C+BIRTH+ORDER+AND+COUNTY&path=../I_Databas/Population/03Vital_events/04Births/&lang=1 (Abfrage am 26. 08.2008).

Statistikaamet (2009): Illegitimate live births by identification of father and age of mother. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://pub.stat.ee/pxweb.2001/Dialog/ varval.asp?ma=PO152&ti=ILLEGITIMATE+LIVE+BIRTHS+BY+IDENTIFICATION+OF+FATHER+AND+AGE+OF+MOTHER&path=../I_Databas/Population/03Vital_events/04Births/&lang=1 (Abfrage am 01.09.2009).

Statistik Austria (2003): Volkszählung 2001: Hauptergebnisse I – Wien. Wien (Statistik Austria).

Statistik Austria (2004a): Volkszählung 2001: Hauptergebnisse II – Wien. Wien (Statistik Austria).

Statistik Austria (2004b): Gebäude- und Wohnungszählung 2001: Hauptergebnisse Wien. Wien (Statistik Austria).

Statistik Austria (2005a): Volkszählung 2001: Haushalte und Familien. Wien (Statistik Austria).

Statistik Austria (2005b): Großzählung 2001: Ausgewählte Maßzahlen nach Gemeinden. Wien (Statistik Austria).

Statistik Austria (2006): Demographisches Jahrbuch 2005. Wien (Statistik Austria).

Statistik Austria (2009): Demographisches Jahrbuch 2008. Wien (Statistik Austria).

Statistik Austria (2008): Datenbank ISIS. Daten verfügbar unter: http://www.statistik.at/ web_de/services/datenbank_isis/index.html (Abfrage am 10.12. 2008).

Statistikos Departamentas (2006): Demografijos metraštis 2005. Vilnius (Statistikos departamentas prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės).

Statistisches Bundesamt (2006a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Natürliche Bevölkerungsbewegung 2004. Wiesbaden (Statistisches Bundesamt).

Statistisches Bundesamt (2006b): Leben und Arbeiten in Deutschland. Tabellenband zum Sonderheft 1 Familien und Lebensformen. Ergebnisse des Mikrozensus 1996 bis 2004. Wiesbaden (Statistisches Bundesamt).

Statistisches Bundesamt (2008a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Natürliche Bevölkerungsbewegung 2006. Wiesbaden (Statistisches Bundesamt).

Statistisches Bundesamt (2008b): Durchschnittliche Kinderzahl je Frau. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/ Cotent/Statistiken/Bevoelkerung/GeburtenSterbefaelle/Tabellen/Content50/GeburtenZiffer,templateId=renderPrint.psml (Abfrage am 11.12.2008).

Statistisches Bundesamt (2008c): Gesundheitswesen. Schwangerschaftsabbrüche 2007. Wiesbaden (Statistisches Bundesamt).

Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Natürliche Bevölkerungsbewegung 2007. Wiesbaden (Statistisches Bundesamt).

Statistiska Centralbyrån (2004): Bevolkningsstatistik 2003: Del 4 Födda och döda, civilståndsändringar m.m. Örebro (SCB).

Statistiska Centralbyrån (2006): Tabeller över Sveriges bevolkning 2005. Örebro (SCB).

Statistiska Centralbyrån (2009): Summerad fruktsamhet efter län och kön. År 1970-2008. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://www.ssd.scb.se/databaser/makro/ Visavar.asp?yp=tansss&xu=C9233001&huvudtabell=FruktsamhetSummerad&deltabell=L1&deltabellnamn=Summerad+fruktsamhet+efter+l%E4n+och+k%F6n

%2E+++%C5r+&omradekod=BE&omradetext=Befolkning&preskat=O&innehall=FruksamhetSummerad&starttid=1970&stopptid=2008&Prodid=BE0701&fromSok=&Fromwhere=S&lang=1&langdb=1 (Abfrage am 11.11.2009).

Statistisk Sentralbyrå (2008): StatBank. Population: Vital Statistics and Migration. Life Births by Cohabitation Status. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://statbank.ssb.no/ statistikkbanken/Default_FR.asp?PXSid=0&nvl=true&PLanguage=1&tilside=selecttable/MenuSelS.asp&SubjectCode=02 (Abfrage am 11.12.2008).

Statistisk Sentralbyrå (2009): StatBank. Population: Vital Statistics and Migration. Life Total fertility Rate, Women. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://statbank.ssb.no/ statistikkbanken/Default_FR.asp?PXSid=0&nvl=true&PLanguage=1&tilside=selecttable/MenuSelS.asp&SubjectCode=02 (Abfrage am 11.11.2009).

Steinbach, Josef (1994): Urbanität – Beiträge zu einem verhaltenstheoretischen und planungsbezogenen Konzept. In: Raumforschung und Raumordnung 3/1994, S. 212-221.

Steinführer, Annett (2001): Wandel und Persistenz innerstädtischer Segregationsmuster in Ostmitteleuropa. Beispiele aus Brno (Brünn), Tschechische Republik. In: Europa Regional 9, S. 212-222.

Steinführer, Annett & Annegret Haase (2007): Demographic Change as a Future Challenge for Cities in East Central Europe. In: Geografiska Annaler 89B, S. 183-195.

Stloukal, Libor (1999): Understanding the "Abortion Culture" in Central and Eastern Europe. In: David, Henry (Hg.): From Abortion to Contraception. A Resource to Public Policies and Reproductive Behaviour in Central and Eastern Europe from 1917 to the Present, S. 23-37. Westport, London (Greenwood Press).

Strohm, Charles, Judith Seltzer, Susan Cochran & Vickie Mays (2009): "Living Apart Together" relationships in the United States. In: Demographic Research 21, S. 177-214.

Strohmeier, Klaus-Peter (2002): Familienpolitik und Familienleben in Europa. In: Dorbritz, Jürgen & Johannes Otto (Hg.): Familienpolitik und Familienstrukturen. Ergebnisse der gemeinsamen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie. Berlin, 21. - 23. Juni 2001, S. 109-120. Wiesbaden (BiB).

Stropnik, Nada & Milivoja Šircelj (2008): Slovenia: Generous family policy without evidence of any fertility impact. In: Demographic Research 19, S. 1019-1058.

Surkyn, Johan & Ron Lesthaeghe (2004): Wertorientierungen und die ‚second demographic transition' in Nord-, West- und Südeuropa: Eine aktuelle Bestandsaufnahme. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 29, S. 63-98.

Széman, Zsuzsa (1982): Die Reste des traditionellen Lebens der Großfamilie im ungarischen Dorf. In: Österreichische Osthefte 24, S. 5-20.

Szołtysek, Mikołaj (2009): Familienformen: Ein einheitliches Osteuropa gab es nicht. Wie die historische Demographie dazu beiträgt, mit pauschalen Verstellungen aufzuräumen. In: Demographische Forschung aus erster Hand 6, S. 4.

Szołtysek, Mikołaj & Barbara Zuber-Goldstein (2009): Historical family systems and the great European divide: The invention of the Slavic East (= MPIDR Working Paper WP 2009-041). Rostock (MPIDR).

Szuhay, Péter (2002): Self-Definitions of Gypsy Ethnic Groups. In: Kállai, Ernő (Hg.): The Gypsies/The Roma in Hungarian Society, S. 24-27. Budapest (Teleki László Foundation).

Tésits, Róbert (2007): Regional employment characteristics of the most underdeveloped Hungarian microregions. In: Modern Geográfia Heft 2/2007, S. 1-34.

Titkow, Anna (1999): Poland. In: David, Henry (Hg.): From Abortion to Contraception. A Resource to Public Policies and Reproductive Behaviour in Central and Eastern Europe from 1917 to the Present, S. 165-190. Westport, London (Greenwood Press).

Therborn, Göran (1993): The Politics of Childhood: The Rights of Children in Modern Times. In: Castels, Francis (Hg.): Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies, S. 241-291. Aldershot u. a. (Ashgate).

Therborn, Göran (2006): Between Sex and Power. Family in the World, 1900-2000. Abingdon, New York (Routledge).

Thieme, Günter (1985): Sozialindikatoren in der Geographie. Möglichkeiten und Probleme der Analyse regionaler Disparitäten. In: Kemper, Franz-Joseph, Hans-Dieter Laux & Günter Thieme (Hg.): Geographie als Sozialwissenschaft. Beiträge zu ausgewählten Problemen kulturgeographischer Forschung. Wolfgang Kuls zum 65. Geburtstag, S. 213-241. Bonn (Ferd. Dümmlers Verlag).

Thornton, Arland, William G. Axinn & Yu Xie (2007): Marriage and Cohabitation. Chicago; London (The University of Chicago Press).

Thornton, Arland & Dimiter Philipov (2008): Developmental Idealism and Family and Demographic Change in Central and Eastern Europe. Vortrag im Rahmen des Annual Meeting of the Population Association of America in New Orleans im April 2008.

Tilastokeskus (2009): Statistics Finland's PX-Web databases. Tables on the subject area of: Births. Live births by gender, mother's age and by area 1987 – 2008. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://pxweb2.stat.fi/Dialog/varval.asp?ma=030_synt_tau_103_en& ti=Live+births+by+gender%2C+mother%27s+age+and+by+area+1987+%2D+2008&path=../Database/StatFin/vrm/synt/&lang=1&multilang=en (Abfrage am 11.11.2009).

Timár, Judit (2000): Geographical aspects of changing conditions of women in post-socialist Hungary. In: Kovács, Zoltán (Hg.): Hungary towards the 21st century: the human geography of transition, S. 151-167. Budapest (HAS).

Timár, Judit (2005): Gender and Spatial Inequalities in Hungary in the Transition Era. In: Barta, Györgyi, Éva Fekete, Irén Szörényiné & Judit Timár (Hg.): Hungarian Spaces and Places, S. 307-322. Pécs (Centre for Regional Studies).

Tobío, Constanza (2001): Marriage, Cohabitation and the Residential Independence of Young People in Spain. In: International Journal of Law, Policy and the Family 15, S. 68-87.

Tomka, Béla (2002): Demographic Diversity and Convergence in Europe, 1918-1990: The Hungarian Case. In: Demographic Research 6, S. 19-48.

Tomka, Miklós (2009): Religiosität, Konfessionalität und gesellschaftliche Identität in Ost- und Mitteleuropa. In: Eberhard, Winfried & Christian Lübke (Hg.): Die Vielfals Europas. Identitätren und Räume. Beiträge einer internationalen Konferenz in Leipzig, 6. bis 9. Juni 2007, S. 185-201. Leipzig (Leipziger Universitätsverlag).

Tomka, Miklós & István Harcsa (1999): Denomination and religious practice. In: Andorka, Rudolf, Tamás Kolosi, Richard Rose & György Vukovich (Hg.): A Society Transformed. Hungary in Time-Space Perspective, S. 61-72. Budapest (CEU Press).

Tomka, Miklós & Paul Zulehner (1999): Religion in den Reformländern Ost(Mittel) Europas. Ostfildern (Schwabenverlag).

Tomova, Ilona (2008): Soziale Exklusion von Roma im Postsozialismus: Das bulgarische Fallbeispiel. In: Südosteuropa Mitteilungen 48, S. 53-67.

Topp, Hartmut (2007): Szenarien zur Entwicklung von Mobilität und Verkehr. In: Mückenberger, Ulrich & Siegfried Timpf (Hg.): Zukünfte der europäischen Stadt. Ergebnisse einer Enquete zur Entwicklung und Gestaltung urbaner Zentren, S. 251-280. Wiesbaden (VS).

Tosics, Iván, Éva Gerőházi & Hanna Szemző (2004): Large Housing Estates in Hungary. Opinions and prospects of inhabitants in Budapest and Nyíregyháza. Utrecht (Urban and Regional Research Centre).

Tóth, Olga (1997): Working Women. Changing Roles, Changing Attitudes. In: The Hungarian Quarterly XXXVIII, Nummer 147, S. 69-77.

Tóth, Olga (2006): Modern Behaviour, Traditional Values. In: The Hungarian Quarterly XLVII, Nummer 184, S. 85-92.

Toulemon, Laurent, Ariane Pailhé & Clémentine Rossier (2008): France: High and stable fertility. In: Demographic Research 19, S. 503-556.

Trost, Jan (1978): A Renewed Social Institution: Non-marital Cohabitation. In: Acta Sociologica 21, S. 303-315.

Trost, Jan (1981): Cohabitation in the Nordic Countries. From Deviant Phenomenon to Social Institution. In: Alternative Lifestyles 4, S. 401-427.

Turnock, David (2006): The Economy of East Central Europe, 1815-1989. Stages of transformation in a peripheral region. London, New York (Routledge).

Uecker, Jeremy E. (2008): Religion, Pledging, and the Premarital Sexual Behaviour of Married Young Adults. In: Journal of Marriage and the Family 70, S. 728-744

UNDP (2001a): Roma: Human Development Challenges and Opportunities. National Data Set Bulgaria. On-line Datenbank; Daten verfügbar unter: http://roma.undp.sk (Abfrage am 10.12.2008).

UNDP (2001b): Roma: Human Development Challenges and Opportunities. National Data Set Hungary. Online-Datenbank; Daten verfügbar unter: http://roma.undp.sk (Abfrage am 10.12.2008).

Valkonen, Tapani, Jenni Blomgren, Timo Kauppinen, Pekka Martikainen & Elina Mäenpää (2008): The effects of regional socioeconomic and cultural characteristics on the spatial patterns of the Second Demographic Transition in Finland. In: Demographic Research 19, S. 2043-2056.

van Bavel, Jan (2008): Subreplacement Fertility in the West before the Baby Boom. Current and Contemporary Perspectives. Brüssel (Vrije Universiteit Brussel).

van Bavel, Jan & Vicky Bastiaenssen (2006): De evolutie van de vruchtbaarheid in het Vlaamse Gewest tussen 2001 en 2005. Brüssel (Vrije Universiteit Brussel).

van de Kaa, Dirk (1987): Europe's Second Demographic Transition. In: Population Bulletin 42, S. 1-57.

van de Kaa, Dirk (1997): Options and sequences. Europe's Demographic Patterns. Nethur-Demography Paper 39.

van de Kaa, Dirk (1999): The Past of Europe's Demographic Future. Wassenaar (NIAS).

van de Kaa, Dirk (2002): The Idea of a Second Demographic Transition in Industrialized Countries. Vortrag im Rahmen des 6. Welfare Policy Seminar des National Institute of Population and Social Security in Tokio im Januar 2002.

van de Kaa, Dirk (2004): Is the Second Demographic Transition a useful research con-

cept? Questions and answers. In: Vienna Yearbook of Population Research 2004, S. 4-10.
van de Kaa, Dirk (2006): Temporarily New: On Low Fertility and the Prospect of Pronatal Policies. In: Vienna Yearbook of Population Research 2006, S. 193-211.
van Hoven, Bettina (2004): Rural Women in the Former GDR: A Generation Lost? In: Buller, Henry & Keith Hoggart (Hg.): Women in the European Countryside, S. 123-141. Aldershot (Ashgate)
Vaňo, Boris (2000): The Current Trends of Population Development in the Slovak Republic. In: Kučera, Tomáš, Olga Kučerová, Oksana Opara & Eberhard Schaich (Hg.): New Demographic Faces of Europe. The Changing Population Dynamics in Countries of Central and Eastern Europe, S. 305-324. Berlin u. a. (Springer).
van Poppel, Frans, Hendrik van Dalen & Evelien Walhout (2006): Diffusion of a Social Norm: Tracing the Emergence of the housewife in the Netherlands, 1812-1922. Amsterdam, Rotterdam (Tinbergen Institute).
Váradi, Monika Mária (2005): Increasingly Fossilised Labour Market Structures and Strategies of Livelihood: Chances of Disadvantaged Groups in the Labour Market. In: Barta, Györgyi, Éva Fekete, Irén Szörényiné & Judit Timár (Hg.): Hungarian Spaces and Places, S. 289-306. Pécs (Centre for Regional Studies).
Vassilev, Dimiter (1999): Bulgaria. In: David, Henry (Hg.): From Abortion to Contraception. A Resource to Public Policies and Reproductive Behaviour in Central and Eastern Europe from 1917 to the Present, S. 121-143. Westport, London (Greenwood Press).
Vickers, Daniel, Philip Rees & Mark Birkin (2003): A New Classification of UK Local Authorities Using 2001 Census Key Statistics (=School of Geography University of Leeds Working Paper 03/03). Leeds (School of Geography, University of Leeds).
Vickers, Daniel, Philip Rees & Mark Birkin (2005): Creating the National Classification of Census Output Areas: Data, Methods and Results (=School of Geography University of Leeds Working Paper 05/02). Leeds (School of Geography, University of Leeds).
Vignoli, Daniele & Irene Ferro (2009): Rising marital disruption in Italy and its correlates. In: Demographic Research 20, S. 11-36.
Vikat, Andres (1994): Family Formation in Estonia. Helsinki (Finnish Demographic Society).
Vikat, Andres (2004): Women's Labor Force Attachment and Childbearing in Finland. In: Demographic Research Special Collection 3, S. 177-212.
Virag, Tünde (2006): The Regional Ghetto. In: Review of Sociology 12, Heft I, S. 51-70.
Visy, Elisabeth, György Zala & Krisztian Schneller (2005): Hungary: An Umbrella Plan for the Regions. In: Müller, Bernhard, Maroš Finka & Gerd Lintz (Hg.): Rise and Decline of Industry in Central and Eastern Europe. A Comparative Study of Cities and Regions in Eleven Countries, S. 111-129. Berlin u. a. (Springer).
Vlad, Cătălin-Mihai (2004): Labour Market Participation for Women in Romania. In: Studia Universitatis Babeş-Bolyai, Sociologica XLIX, S. 109-118.
Vojtěchovská, Petra (2000): Population Development in Poland. In: Kučera, Tomáš, Olga Kučerová, Oksana Opara & Eberhard Schaich (Hg.): New Demographic Faces of Europe. The Changing Population Dynamics in Countries of Central and Eastern Europe, S. 247-266. Berlin u. a. (Springer).
von Zwiedineck-Südenhorst, Otto (1895): Die Illegitimität in Steiermark. In: Statistische Monatsschrift XXI, S. 156-181.
Waaldijk, Kees (2005a): Levels of legal consequences of marriage, cohabitation and re-

gistered partnership for different and same-sex partners: Comparative overview. In: Waaldijk, Kees (Hg.): More or less together: Levels of legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners. A comparative study of nine European countries, S. 7-35. Paris (INED).

Waaldijk, Kees (2005b): Major legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners in the Netherlands. In: Waaldijk, Kees (Hg.): More or less together: Levels of legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners. A comparative study of nine European countries, S. 137-154. Paris (INED).

Wagner, Stephan (2005): Das nichteheliche Zusammenleben aus rechtshistorischer Sicht – eine Tour d'Horizon durch die Geschichte des Konkubinats. In: Scherpe, Jens & Nadjma Yassari (Hg.): Die Rechtsstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften, S. 15-44. Tübingen (Mohr Siebeck).

Waitt, Gordon (2005): Sexual citizenship in Latvia: geographies of the Latvian closet. In: Social and Cultural Geography 6, S. 161-181.

Walks, Alan (2007): The boundaries of suburban discontent? Urban definitions and neighbourhood political effects. In: The Canadian Geographer 51, S. 160-185.

Walks, Alan (2008): Urban form, everyday life, and ideology: support for privatisation in three Toronto neighbourhoods. In: Environment and Planning A 40, S. 258-282.

Wallace, Deborah & Roderick Wallace (1998): A Plague on Your Houses: How New York Was Burned Down and National Public Health Crumbled. London, New York (Verso).

Watt, Paul (2005): Housing Histories and Fragmented Middle-class Careers: The Case of Marginal Professionals in London Council Housing. In: Housing Studies 20, S. 359-381.

Wehner, Peter & Yuval Levin (2008): A cultural recovery? In: Prospect, February 2008, S. 30-31.

Weiske, Christine, Knut Petzold & Diana Zierold (2009): Multikolale Haushaltstypen. Bericht aus dem DFG-Projekt „Neue multilokale Haushaltstypen" (2006-2008). In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1-2.2009, S. 67-75.

West, Christina (2007): Gedächtnis – Kultur – Raum. Zur Identitätskonstruktion der Roma („Gitanos") in Spanien. In: Geographische Rundschau 59, S. 44-52.

Wikman, Karl Robert (1937): Die Einleitung der Ehe. Eine vergleichend ethno- soziologische Untersuchung über die Vorstufe der Ehe in den Sitten des schwedischen Volkstums (= Acta Academiae Aboensis Humanoria XI.1). Åbo (Åbo Akademi).

Willaert, Didier & Patrick Deboosere (2005): Buurtatlas van de bevolkning van het Brussels Hoofstedelijk Gewest bij de aanvang van de 21e eeuw/ Atlas des Quartiers de la population de la Région de Bruxelles-Capitale au début du 21ème siècle. Brüssel (IRIS).

Wilson, William (1987): The Truly Disadvantaged: The Inner City, The Underclass, and Public Policy. Chicago (Chicago University Press).

Wilson, William (1996): When Work Disapperars. The World of the New Urban Poor. New York (Vintage Books).

Winckler, Onn (2008): The Failure of Pronatalism in Developed States 'with Cultural-Ethnic Hegemony': The Israeli Lesson. In: Population, Space and Place 14, S. 119-134.

Windhorst, Hans-Wilhelm (1983): Geographische Innovations- und Diffusionsforschung. Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft).

Wu, Zheng (2000): Cohabitation. An Alternative Form of Family Living. Don Mills (Oxford University Press Canada).

Wunder, Edgar (2005): Religion in der postkonfessionellen Gesellschaft. Ein Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Theorieentwicklung in der Religionsgeographie. München (Steiner).

Wynnyczuk, Vladimír & Radim Uzel (1999): Czech Republic and Slovak Republic. In: David, Henry (Hg.): From Abortion to Contraception. A Resource to Public Policies and Reproductive Behaviour in Central and Eastern Europe from 1917 to the Present, S. 91-119. Westport, London (Greenwood Press).

Yamaguchi, Kazuo & Motomi Beppu (2004): Survival probability indices of period total fertility rate. Chicago (PRC).

Ytterberg, Hans & Kees Waaldijk (2005): Major legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners in Sweden. In: Waaldijk, Kees (Hg.): More or less together: Levels of legal consequences of marriage, cohabitation and registered partnership for different-sex and same-sex partners. A comparative study of nine European countries, S. 169-186. Paris (INED).

Zakharov, Sergei (2008): Russian Federation: From the first to the second demographic transition. In: Demographic Research 19, S. 907-972.

Željazkova, Antonina (2002): Avoiding the dependency trap: the Roma in Central and Eastern Europe. A regional human development report. Bratislava (UNDP).

Zeman, Kryštof (2003): Divorce and Marital Dissolution in the Czech Republic and in Austria – The Role of Premarital Cohabitation. Diplomarbeit eingereicht am Lehrstuhl für Demographie und Geodemographie der Karls-Universität Prag.

Zeman, Kryštof (2007a): Population Development in the Czech Republic in 2005. In: Czech Demography 1, S. 3-15.

Zeman, Kryštof (2007b): Transition of nuptiality and fertility onset in the Czech Republic since the 1990s – the role of women's education and its expansion (= MPIDR Working Paper WP 2007-017). Rostock (MPIDR).

Magyar összefoglaló

Értékrendváltozás vagy gazdasági válság? A második demográfiai átmenet elmélete, egy magyarázat a magyar demográfiai viselkedésben 1990 és 2005 között beállt változásokra

Az 1989 és 90-es évek folyamán Közép- és Kelet-Európában végbemenő átmenet az államszocializmusból a demokráciába és a piacgazdaságba nem csak politikai, társadalmi és gazdasági változásokat vont maga után, hanem egyben demográfiai korszakváltást is. A szocialista időszakban a népmozgalmi mutatókat a „magas" jelzővel illethetjük, a házasságkötési és válási arányszám európai összehasonlításban magas volt, éppen úgy ahogyan az élveszületések aránya (Rabušic 2001). Ezen kívül erős kapcsolat állt fenn a házasságkötések és a szaporodás között (Kulcsár 2005). 1990 óta a házasság jelentőségének csökkenése figyelhető meg, amivel párhuzamosan látványosan csökkent a termékenység is (Philipov/Dorbritz 2003).

A rendszerváltó országok demográfiai viselkedésében beállt változások magyarázatára a szakirodalomban két elméleti megközelítés kerül megvitatásra: Egyrészt az a feltételezés, hogy Közép- és Kelet-Európa államai egy „második demográfiai átmeneten" (*Second Demographic Transition*, SDT) mennek keresztül és ezzel hasonló fejlődési pályát futnak be, mint az észak- és nyugat-európai államok (Lesthaeghe/Surkyn 2002). A második demográfia átmenet elmélete központi szerepet szán a kulturális és társadalmi tényezőknek a demográfiai viselkedésben beállt változások magyarázata során. Ennek értelmében kiemelkedő szerephez jut az individualizálódás folyamata. A családalapítás és a családbővítés új trendje, különös tekintettel a házasságon kívüli együttélésre valamint a házasság és az első gyermek vállalásának egy későbbi életkorra való elhalasztására. Mindezek elsősorban olyan jól képzett fiatalokra jellemzőek, akik világi és tekintélyelv ellenes beállítottsággal, egyenlőségre törekvő világképpel és erős önmegvalósításra való igénnyel rendelkeznek (Lesthaeghe/Neidert 2006). Az SDT előfeltételei közzé tartozik a gazdasági jólét, anyagi biztonság és a lakosság képzettségi szintjének javulása (Sobotka 2008).

A második elméleti megközelítés a ‚*Crisis behaviour*', amely megállapítja, hogy a gazdasági törés, amelyet a rendszerváltás okozott, ahhoz vezetett, hogy a fiatalok a vissza nem fordítható döntéseket, mint a házasság vagy egy gyermek vállalása elhalasztják, vagy teljesen lemondanak róla (Philipov 2003). Vitatja továbbá, hogy a rendszerváltó országokban 1989 után a családi értékrend változása egy felgyorsult nyugat-európai minta alapján zajlott le. A demográfiai viselkedésben beállt változás a lakosság pragmatikus válasza a rendszerváltás krízise során kialakult megromlott gazdasági keretfeltételekre és a csökkenő életminőségre. Az empirikus bizonyítékok a ‚*Crisis behaviour*' elméletére inkább gyengének mondhatóak. ‚*Crisis behaviour*' elmélet várakozásaival szemben Közép- és Kelet-Európában a gazdasági élet és az életszínvonal javulása nem járt együtt a szocializmusra jellemző demográfiai viselkedéshez való visszatéréssel (Zakharov 2008). További kritikai észrevételként említhető meg, hogy a gazdasági ésszerűségre való koncentrálás elkendőzi, hogy a családdal kapcsolatos döntések nem ilyen logikát követnek. Továbbá leegyszerűsíti a társadalmi realitást, amennyiben abból indul ki, hogy különböző társadalmi csoportokra egységes gazdaságilag ésszerű viselkedés jellemző.

Egy döntő ellenérv továbbá, hogy a gazdasági érveléssel a strukturális keretfeltételek nem kerülnek figyelembevételre. Mégpedig hogy a családalapítás mintája az 1989/90-es évek előtti szocialista jóléti államtól elválaszthatatlan (Frejka 2008), ez pedig a globalizált kapitalizmus logikájával összeegyeztethetetlen. Ebből az okból kifolyólag a visszatérés a demográfiai viselkedés szocialista modelljéhez – korai általános családalapítás, két gyermekes családmodell, valamint a házasság és a gyermekvállalás szoros összefonódása inkább tűnik valószínűtlennek.

Egy alternatív felfogása a *‚Crisis behaviour'*-nak abból indul ki, hogy a gazdaságilag hátrányos helyzetbe kerülés nem a családalapítás és az első gyermek megszületésének elhalasztásához vezet, hanem ellenkezőleg: magas termékenységhez és az első gyermek fiatalabb korban való vállalásához. Egy olyan helyzetben, a mikor a hátrányos helyzetű csoportok már semmilyen esélyt nem látnak arra, hogy munkaerőpiacon elhelyezkedjenek, amikor minden más esély az önmegvalósításra megszűnik, a család marad az egyetlen lehetőség, hogy értelmet adjon az életnek és biztonságérzetet, kiszámíthatóságot biztosítson (Durst 2002). Egy ilyen mintája a demográfiai magatartásnak, amit Perelli-Harrisra és Gerber (2009) *‚Pattern of disadvantage'*-nak (POD) nevez, a klasszikus *‚Crisis behaviour'* érvelését teljesen megfordítja. A gazdasági marginalizálódás konzerválja a „klasszikus", ebben az esetben a „szocialista" demográfiai magatartás jellemzőit. Ez az interpretáció összeegyeztethető az SDT elmélettel is. A marginalizálódott csoportok ebben az értelemben ‚késők', akik az SDT demográfiai innovációját később veszik át. A POD így egy kiindulási konfiguráció vagy az SDT korai fejlődési szakaszának tekinthető.

„Kultúra vagy gazdaság?" kérdése központi szerepet játszik e munkában során. A dolgozat célja nem az 1990 óta zajló demográfiai magatartás változásának magyarázata - általánosságban Kelet-Európában és Magyarországon, hanem a következő kérdés megválaszolása: *„Alkalmas-e a „második demográfiai átmenet" elmélete a kelet-európai demográfiai magatartásban beállt változás magyarázatára vagy a tisztán gazdasági modellek, mint a ‚Crisis behaviour' nagyobb magyarázó erővel bírnak?"* Egy olyan kutatási módszer került kiválasztásra, amely a földrajzban inkább szokatlannak mondható. Ugyanis nem került megfogalmazásra elméleti modell, amely rendszerváltó országokban lezajló demográfiai magatartás változásait magyarázná, hanem éppen ellenkezőleg, vizsgálat alá kerülnek a fent leírt modellek, abból a szempontból, hogy a családalapítási és gyermekvállalási magatartást kielégítően magyarázzák-e és azt előre tudják-e jelezni. A munka célja a meglévő kutatásokban felelhető három hiányosság pótlása:

- A második demográfiai átmenet modellje eddig ritkán szolgált alapjául népességföldrajzi munkáknak. Különösen hiányzik az elméleti összehasonlítás tisztán gazdasági modellekkel, azon a módon, ahogyan ebben a munkában elemzésre kerül.
- Eddig kevés kutatás készült Kelet-Európában lezajló demográfiai viselkedés változásáról *regionális* szinten. Különösen hiányoznak az olyan kutatások, amelyek a változásokat a termékenység mértékének és idejének, valamint az életforma változásának tükrében is elemeznék.
- A népességföldrajzi kutatásokban az életformák puralizálódása eddig alig kapott figyelmet.

A kutatási kérdés megválaszolására több módszertani megközelítés lehetséges. Ezen munka szerzője a regionális szint kvantitatív elemzése mellett döntött. Ennek során Európa, mint összehasonlítási alap, és egy posztszocialista ország – Magyarország, mint esettanulmány kerül elemzésre. A kiválasztás tartalmi és pragmatikus kritériumok (az

adatok rendelkezésre állása és időbeli összehasonlításuk lehetősége) alapján történt. A szocialista időszakban Magyarországra nagy fokú nyitottság volt jellemző nyugati befolyásokkal szemben. Így feltételezhető, hogy Magyarországon a Vasfüggöny kisebb akadályt jelentett a második demográfiai átmenet népesedési innovációjának terjedésében, mint más közép- és kelet-európai országokban. Az ország Budapesttel, egy olyan jelentős nemzetközi városi központtal rendelkezik, amely az SDT kristályosodási pontjaként szolgálhat.

Azért, hogy az absztrakt elméleti képződményt, a második demográfiai átmenetet kvalitatív elemzés számára mérhetővé tegyük, operacionalizálás szükséges, így különbséget lehet tenni az elméletbe illeszkedő és az elméletbe nem illeszkedő a demográfiai magatartási minták között. A következőkben SDT alatt egy olyan demográfiai folyamatot kell érteni, ahol a polgári családi modell dominanciáját plurális életformák és együttélési formák váltják fel. A népesedési statisztikákban abban érhető tetten, hogy a házasság jelentősége csökken és a házasságon kívüli együttélések száma, valamint a nem családi együttélési formák kvalitatíve nagyobb jelentőségre tesznek szert. Párhuzamosan ezzel a folyamattal házasságkötés és az első gyermek vállalása közötti kapcsolat is csökken. Mivel a terhesség már nem kényszerítő házassági tényező, növekszik a nem házasok aránya. A családalapítás idősebb korba halasztódik el (postponement). A kapcsolatok minőségének folyamatos hangsúlyozása, csökkenti a hajlandóságot egy kevésbé kielégítőnek ítélt házasság folytatására. A válási arányszám növekszik, amivel az egyszülős családok száma szinén növekszik. Mindezen a tényezők *elengedhetetlen* elemei az SDT-nek és egy logikai „és"-sel kapcsolódnak egymáshoz. Így második demográfiai átmenetről csak abban az esetben beszélhetünk, ha a fent említett feltételek *hiánytalanul* teljesülnek.

A statisztikai adatoknak kritikai szemlélete, úgymint a folyamatos kontrollja, hogy a rendelkezésre álló adatok tényleg azt mérik, amit magyarázunk velük, elengedhetetlen aspektusai a kvantitatív adatokkal történő munka során. Az SDT esetében különösen megmutatkozik ez a pluralizált háztartások koncepciója esetében. Az aktuális tanulmányok kiértékelése során egyértelművé válik, hogy az együttélési formák változásának van egy minőségi összetevője is, amely az egyszerű strukturális változásokon túlmutat. Az életformák plurálissá válása nemcsak azt jelenti, hogy a házasság mellett más életformák – egyedül éléstől egészen a házasságon kívüli ill. azonos neműek együttéléséig – alacsony társadalmi költségekkel realizálhatóak. A pluralitás azt is jelenti, hogy az együttélés, függetlenül a jogi kerettől, egyre kisebb mértékben válik társadalmi normák és konvenciók által irányítottá, hanem növekvő mértékben személyes döntések alakítják. Ezáltal a házasságon kívüli együttélés, úgymint a házas kapcsolatok komplexebbé válnak. Ennek a következménye, hogy egyre nehezebb egy bizonyos kapcsolati forma esetén meghatározott jellemzőkre asszociálni. Az élettársi kapcsolatra mindig is egy nagyfokú komplexitás volt a jellemző, habár ezt a komplexitást a kutatásokban nem mindig vették eléggé figyelembe. Amilyen mértékben napjainkban a házasság előtti együttélés megszokottá válik, feltehető a kérdés, mennyire lehet a házasságon kívüli együttélést még individuális életformának tekinteni. A komplexitást tovább fokozza, hogy az együttélés életkortól és képezettségtől vagy társadalmi helyzettől függően más jelentőségű. A házasságon kívüli együttélésnek többféle típusa létezik egy időben és egy helyen. A házasság is változik. A kötelező biográfiai stádium helyett opcióvá válik. Itt is megfigyelhető a különböző típusok egyidejűsége. Ennek a belső sokszínűségnek a következménye, hogy a kapcsolati forma, mint az SDT indikátor a jövőben veszíteni fog jelentőségéből, mivel

különböző életformák közötti különbségek elmosódnak. De a vizsgált időszakban a különböző életformák közötti különbségek még határozottan felismerhetőek voltak.

Az európai demográfiai magatartás típusai

Európa demográfiai magatartásának elemzése során a következő kérdés került a középpontba: a rendszerváltó országokban felismerhető-e demográfiai magatartási minta, amely a fent bemutatott második demográfiai átmenet profiljának megfelel, vagy a népességstatisztikai adatok jobban alátámasztják a kritikusok véleményét, mint David Coleman (2004), akik abból indulnak ki, hogy az Alpok, a Pireneusok és a korábbi Vasfüggöny olyan akadályok, amelyeket az SDT nem tud átlépni. Mindamellett nincs lehetőség azon kérdés megválaszolására, hogy hogyan magyarázható a demográfiai magatartás térbeli szabályszerűsége. Egy összeurópai összehasonlításhoz nem állnak rendelkezésre kulturális változók, mint választási eredmények vagy a vallási hovatartozásról szóló adatok. A következőkben csak a megléte az „SDT-tényezőnek" vagy az „SDT-klaszternek" bizonyítható. „Gazdaság vagy kultúra?" kérdése továbbra is nyitva marad.

A második demográfiai átmenet demográfiai modernizációs elméletként fogható fel, amelynek a kiinduló feltételezései a következőek: a demográfiai viselkedés változása több lépcsőn keresztül, a hagyományostól egészen a modernig zajlik le; egy homogenizálódási folyamat, amelyet az egymáshoz hasonulási trend vált ki; az SDT visszafordíthatatlan és egy hosszan tartó folyamat (Greenhalgh 1995). Az elmélettel való munka során problémát jelent, hogy nem került megállapításra, a demográfiai viselkedés hogyan alakul az SDT utolsó szakaszában és mikor záródik le az átmenet. Megoldást az SDT éllovasainak azonosítása, mint Svédország vagy Hollandia jelenti és ezek, mint „mértékegység" kerülnek felhasználásra (Billari/Liefbroer 2004). Az a feltételezés, hogy a családi minták növekvő közeledése egy egységes mintázathoz vezet, az európai kulturális sokszínűség tekintetében - az európai megállapodások ellenére továbbra is nagy különbségek vannak a társadalombiztosítási rendszerek, a munkaerőpiac szervezése között, valamint a családjog és a családpolitika területén, inkább valószínűtlennek tekinthető. Egyes területeke, mint házasságon kívüli együttélés arányának növekedése közeledési trendként fogható fel. A fejlődés minden országban ugyanabba az irányba mutat, de a szintje és a fejlődés sebessége közötti különbségek továbbra is jelentősek (Leibert 2010). Más indikátoroknál, mint a házasság kötések és válások alakulásának tekintetében a helyzet bonyolultabb. Léteznek különböző, vagy akár teljesen ellentétes fejlődési minták is, amelyeken nemzeti sajátosságok tükröződnek vissza. A második demográfiai átmenet elméletéből következtetett egységesülési trendet az adatok nem támasztják alá.

Annak a kérdésre, hogy Európában azonosíthatóak-e különböző demográfiai magatartási tértípusok, amelyek ennek a profilnak megfelelnek, a faktoranalízissel adható válasz, amely a változók mögött meghúzódó összefüggéseket felfedi és ezzel komplex modellek, mint az SDT mérhetővé válnak. Olyan indikátorok kerültek kiválasztásra, amelyek a második demográfiai átmenet összes aspektusát lefedik. Azért, hogy a családalapítás és családbővítést is figyelembe lehessen venni több korcsoport került bevonásra a kutatás során. Kulcsszerephez jut a házasságon kívüli élettársi kapcsolat, mint indikátor, amely a leginkább individualizált életstílus és egyben világos törést jelez a tradicionális a házasság-szexualitás felfogás között. Regionális tanulmányok számára az adatbázis

gyenge pontját pontosan ez az indikátor jelenti, mivel az élettársi kapcsolatokról csak a népszámlálások alkalmával történik adatgyűjtés.

Az SDT szempontjából az eredmények kijózanítóak. Szemben az USA-val (Lesthaghe/Neidert 2006) nem lehetséges „SDT-tényező" azonosítása. Ez nem jelenti azt, hogy az elméletet el kellene vetni. Az elméleti elvárásoknak megfelelő mintázat egy magasabb komplexitású szinten érhető tetten. Ez azt jelenti, hogy csak az elméletnek megfelelő tényezők kombinációján keresztül mutatkozik meg. Ehhez kínál megoldást a klaszter-analízis, amelynek célja, hogy heterogén indikátork tömegét lehetőség szerint homogén csoportokká alakítsa. A megvizsgált országokat három családalapítási főcsoportra lehet osztani (lásd 10. térkép a német szövegben). Az 1-es, 4-es és a 6-os klaszter egy házasság orientáltabb típust jelent, ahol alacsony a pluralizált életformák és alacsony termékenység jellemző, ide azon régiók tartoznak, ahol az SDT még nem kezdődött el vagy annak egy korai szakaszában találhatóak. A különbség a három altípus között a „halasztás" (postonement) kiterjedésében van. Ebbe a típusba tartozik Dél-Európa, Lengyelország és Románia. Spanyolországot kivéve olyan országokról van szó, ahol a vallásosság átlagon felüli jelentőséggel bír (Leibert 2008). Közép- és Kelet-Európa államai – Lengyelország és Románia kivételével - a 3-as klaszterbe tartoznak, rájuk a szocialista időszakra jellemző korai házasságkötéssel együtt járó családalapítás jellemző, továbbá kis jelentőségű a házasságon kívül együtt élők aránya és a magas válási arányszám. Végül a 2-es, 5-ös és 7-es klaszterekkel három további típusa azonosítható a demográfiai viselkedésnek. A 2-es klaszter esetében a második demográfiai átmenetnek egy moderált változatáról van szó, ahol is a plurális együttélési formák egy gyerekvállalás orientált házasságkötéssel párosulnak. A családi értékek változása már előrehaladott, a gyermek továbbra is házasságkötési okot jelent, de a válást már nem megakadályozó tényező. Az 5-ös és 7-es klaszter a termékenység és az együttélés elterjedtségének tekintetében különbözik. A 7-es klaszter az SDT tökéletes formáját testesíti meg. Mindegyik észak- és nyugat-európai ország ebbe az utóbbi három típus egyikébe tartozik. Az elemzés megmutatja, hogy az SDT coleman-i (2004) kritikájának, hogy az SDT Kelet-Európa esetében nem felhasználható, van létjogosultsága, mivel ott Észtországot kivéve csak az SDT „előfutárai", tehát a 2-es klaszterhez tartózó régiók találhatóak itt. Ebben az esetben legtöbbször az országok fővárosi régióiról beszélünk.

A népmozgalom térszerkezete Magyarországon

A családalapítási magatartás regionális különbségeinek elemzése sok új felismerést ígér, mind a második demográfiai átmenet szempontjából, mind a gazdaságelméleti megközelítések tekintetében. Sem a demográfiai innovátorok sem a gazdasági keretfeltételek nincsenek minden országrészben egyenlően elosztva. Meglévő szubkultúrák jelenléte is hatást gyakorolhat a családalapítási magatartás megváltozására. Mivel mind a két elméleti modellből lehetséges a demográfiai magatartás regionális mintájának levezetése és előrejelzésére, a demográfiai valóság összehasonlítható az elméleti elvárásokkal. Egy esettanulmány keretein belül lehetséges gazdasági és kulturális változókon keresztül vizsgálni, hogy a demográfiai magatartás térszerkezete az elméletből levezettet statisztikai modellel kielégítően magyarázható-e.

A rendszerváltás során Magyarországon komoly térbeli és társadalmi polarizáció zajlott le, ahol is a hagyományos kelet-nyugat lejtő tovább erősödött (Kovács 2004). Amíg

Északnyugat-Magyarországot alacsony munkanélküliség, egy relatív magas egy főre eső jövedelem és átlagon felüli GDP jellemez, addig ezek az mutatók az ország többi részében jóval kedvezőtlenebbek. A térbeli különbségeknek másik fő dimenziója Magyarországon a városrendszer hierarchiáján keresztül érvényesül, ami egy hagyományos „kozmopolita-városi" és egy „népi" Magyarország kettősségben testesül meg (Dieringer 2009).

Az elméleti alapokból és a fent vázolt gazdasági különbségekből a következő demográfiai térszerkezet várható Magyarország esetében:

- A második demográfiai átmenet először a jómódú, városias jellegű régiókban jelentkezik, ahol a lakosságot átlagon felüli képzettségi színvonal és szoros nyugat-európai kapcsolatok jellemzik, míg
- ‚*Crisis behaviour*' vagy POD a vidéki és a nehézipari régiókban várható, ahol alacsony a gazdasági teljesítmény, a lakosság alacsony képzettségi szinttel rendelkezik, a munkanélküliség magas és elterjedt az inaktivitás a munkaképes korú lakosság körében.

A ‚*crisis behaviour*' vagy a POD ennek következtében azokban a régiókra kellene jellemzőnek lennie, amelyek a rendszerváltás vesztesei közé kerültek, ezzel szemben az SDT a nyertesekre kell hogy jellemző legyen. A második demográfiai átmenetből következne, hogy a hátrányos helyzetű régiók demográfiai magatartása kevésbé változott volna. A ‚*crisis behaviour*' elmélete kételkedik egy nyugat-európai alapon nyugvó értékrend változásban. Ennek következtében a demográfiai magatartás a gazdaságilag sikeres régiókban kevésbé kellet hogy változzon, mint a krízis-régiókban. Mivel a szocialista családalapítási modell alapjaiban véve összeegyeztethetetlen a fiatalok lehetőségeivel a kapitalista gazdasági rendszerben, az várható, hogy a nyertes régiókra egy olyan népmozgalom lesz jellemző, mint a dél-európai modell. A szocialista időszakra jellemező negatív beállítódottság a házasságon kívüli együttéléssel és a házasságon kívüli gyermekvállalással szemben továbbra is fennmarad, de a képzettség terjedése, a javuló karrier lehetőségek és a bizonytalanság oda vezet, hogy az első gyermek vállalása a házasság keretein belül mégis kitolódik. A válások számának csökkenéséből és a elhalasztott családalapításból lehetséges módon következik a hagyományos család megerősödése. Mivel a nyertes régiókban megtalálhatóak a rendszerváltás vesztesei is, várható, hogy ez az ideális típus valamennyire elmosódik. A demográfiai indikátorok mind a két modell számára ugyan azok, mégis egy fordított területi logikát követnek. Figyelembe véve az ország vallási térképét és a cigány lakosság eloszlását, akik társadalmi-gazdasági hátrányos helyzet indikátorának tekinthetőek; a következő területi szabályszerűség várhatóak. Azok a megyék, ahol a lakosság magas képezettségi szintje és a gazdasági mutatók magas értéke jellemző a második demográfia átmenet innovációs központjai lesznek, ide tartozik Csongrád, Győr-Moson-Sopron és a fővárosi régió, Budapest. Habár a katolikus beállítottságú Győr-Moson-Sopron megyében a vallásos irányultság akadályt jelenthet a nem hagyományos demográfiai magatartás kialakulásában. A munkanélküliség által sújtott és gyenge gazdasági teljesítményű megyék, mint Bács-Kiskun, Békés, Borsod-Abaúj-Zemplén, Jász-Nagykun-Szolnok, Nógrád, Somogy és Szabolcs-Szatmár-Bereg ezzel szemben a ‚*crisis behaviour*' vagy POD demográfiai magatartás válhat jellemzővé.

A regionális elemzés alátámasztja, hogy a demográfiai viselkedés változása Magyarországon gazdasági és kulturális komponensekkel is rendelkezik és megerősítette térszerkezettel kapcsolatos várakozásokat. Budapest az ország demográfiai innovációs centruma. A fővárosban az SDT kezdetének első jelei már 1990 előtt megmutatkoztak. A második demográfiai átmenet Magyarországon egy városi folyamatot jelent. Csupán

Csongrád megye esetében figyelhető meg az SDT kisugárzása a vidéki térségre, ami megerősíti a feltételezést, hogy a megye egy másodlagos SDT innovációs centrumként funkcionál. Ezzel szemben Győr-Moson-Sopron megye a családalapítási magatartására a dél-európai modell jellemző, kiegészülve egy erős elhalasztási (postponement) trenddel és egy hagyományosabb demográfiai magatartással. A katolikus meghatározottság sokkal inkább tűnik magyarázó tényezőnek, mint a gazdasági helyzet vagy a lakosság képzettségi színvonala. Az a feltételezés, hogy a krízissel küzdő megyékre a *‚crisis behaviour'* válik jellemzővé szintén helytálló. Megőrzésre kerülnek a „szocialista" demográfiai magatartások. Az a feltételezés, miszerint a gazdasági és szociális krízishelyzet a családalapítás elodázásához ill. elkerüléséhez vezet ezzel szemben aggregát szinten nem érhető tetten. Egy olyan tértípus, amelyre a *‚crisis behaviour'* jellemző, tehát az anyagi és születési szegénység kombinációja jellemez, Magyarországon hiányzik. Összefoglalásként megállapítható, hogy a termékenység és a korai családalapítás térszerkezetére vonatkozó gazdasági elmélet jobban megfelel a valóságnak, mint a kulturális elmélet. Az utóbbiak viszont jobban alkalmasak az életforma változásának magyarázatára. Összegzésként kell még megemlíteni, hogy a kérdés *„Kultúra vagy gazdaság?"* Magyarország és más rendszerváltó országok esetében a következő kijelentéssé kell alakítani: *„Kultúra és gazdaság!"*.

Forditotta Juhász Rita

Register der Orts-, Regionen- und Staatennamen